

Aus dem
Fachbereich Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin

und dem

Institut für Geschichte der Medizin
Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften (CCI)
der Berliner Hochschulmedizin der Charité
Geschäftsführender Direktor: Prof. Dr. Volker Hess
Betreuer: Dr. Martin Fritz Brumme

Tierschutz in der DDR

**Hintergründe zur Entwicklung des Tierschutzes und seiner Organisation.
Exemplarische Analyse der Haltungsbedingungen der Tierarten Rind und
Schwein unter Tierschutzgesichtspunkten.**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Veterinärmedizin
an der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Marianne Stock (geb. Hähnlein)
Tierärztin aus Sömmerda

Berlin 2014

Journal-Nr.: 3739

Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs Veterinärmedizin
der Freien Universität Berlin

Dekan: Univ.-Prof. Dr. Jürgen Zentek
Erster Gutachter: PD Dr. Martin-Fritz Brumme
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Volker Hess
Dritter Gutachter: Prof. Dr. Dr. Theodor Hiepe

Deskriptoren (nach CAB-Thesaurus):

pigs, cattle, animal welfare, german democratic republic, industrial livestock
production, factory farming; veterinary history

Tag der Promotion: 30.03.2015

Bibliografische Information der *Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN: 978-3-86387-582-4

Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2014

Dissertation, Freie Universität Berlin

D 188

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die der Übersetzung, des Nachdruckes und der Vervielfältigung des Buches, oder
Teilen daraus, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in
irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Warenbezeichnungen, usw. in diesem Werk berechtigt auch
ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der
Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von
jedermann benutzt werden dürfen.

This document is protected by copyright law.

No part of this document may be reproduced in any form by any means without prior written
authorization of the publisher.

Alle Rechte vorbehalten | all rights reserved

© Mensch und Buch Verlag 2015

Choriner Str. 85 - 10119 Berlin

verlag@menschundbuch.de – www.menschundbuch.de

„Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation
kann man daran messen, wie sie ihre Tiere behandelt.“

(Mahatma Gandhi)

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. | Einleitung | 1 |
| 1.1 | Hinleitung zum Thema | 1 |
| 1.2 | Forschungsstand | 5 |
| 1.3 | Quellenlage und Sekundärliteratur | 13 |
| 1.3.1 | Selbsterzeugte Quellen..... | 14 |
| 1.4 | Methode | 15 |
| 1.4.1 | Methodische Probleme..... | 15 |
| 1.4.2 | Chronologisches Vorgehen | 17 |
| 1.4.3 | Fragestellungen und tierartbezogene Eingrenzungen | 18 |
| | | |
| 2. | Politisch-ideologische Grundlagen der SBZ und DDR und deren Einfluss auf den Tierschutz im Rahmen der Entwicklung von Landwirtschaft und Veterinärwesen | |
| 2.1 | Allgemeine Betrachtung | 19 |
| 2.2 | Geschichtlicher Abriss der Entwicklung der Landwirtschaft in der SBZ und DDR und ihre Hintergründe | 20 |
| 2.3 | Die Entwicklung des Veterinärwesens und der Einfluss der sozialistischen Ziele auf die Aufgaben der Tierärzteschaft | 38 |
| 2.3.1 | Die Entwicklung und der Aufbau des Staatlichen Veterinärwesens der DDR | 39 |
| 2.3.2 | Die Bezirksinstitute für Veterinärwesen und ihre Rolle im Tierschutz | 42 |
| 2.3.3 | Der Veterinärhygienische Überwachungsdienst und seine Aufgaben im Tierschutz .. | 44 |
| 2.3.4 | Der Tierschutz als Aufgabengebiet der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin..... | 45 |
| 2.3.5 | Die Entwicklung der Tierarztpraxen | 46 |
| 2.3.6 | Die Aufgaben des Tierarztes im Sozialismus und der Stellenwert des Tierschutzes... | 48 |
| 2.3.7 | Sozialistischer Wettbewerb, leistungsabhängige Zusatzvergütung und daraus folgende Konsequenzen für den Tierschutz..... | 55 |
| | | |
| 3. | Der Stellenwert der Disziplin „Tierschutz“ in der DDR | 63 |
| 3.1 | Tierschutz in der Ausbildung veterinärmedizinischer Fachkräfte..... | 63 |
| 3.2 | Rechtsgrundlagen des Tierschutzes in der DDR | 69 |
| 3.2.1 | Allgemeine Betrachtung | 69 |
| 3.2.2 | Rechtsgrundlagen mit tierschutzrechtlichen Inhalten | 69 |
| 3.2.3 | Entwicklung der Tierschutzgesetzgebung der DDR | 84 |
| 3.2.4 | Abschließende Betrachtung Tierschutzgesetzgebung | 90 |
| 3.3 | Die Organisation des Tierschutzes in der DDR | 93 |

| | | |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 3.3.1 | Organisierter Tierschutz und dessen Entwicklung bis 1968 | 93 |
| 3.3.2 | Organisierter Tierschutz und dessen Entwicklung ab 1968 | 113 |
| 3.3.3 | Kirche und Tierschutz in der DDR..... | 125 |
| 3.3.4 | Tierheime..... | 132 |
| 3.3.5 | Exkurs: Tierschutz in der Hunde- und Katzenhaltung | 134 |
| 3.3.6 | Diskussion des Kapitels..... | 138 |
| 4. | Die Entwicklung der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere und ihr Einfluss auf den Tierschutz | 141 |
| 4.1 | Rinderhaltung in der DDR..... | 146 |
| 4.1.1 | Erste Anfänge | 146 |
| 4.1.2 | Rinder-Offenställe | 147 |
| 4.1.3 | Rinderhaltung in der industriellen Tierproduktion..... | 162 |
| 4.2 | Schweinehaltung..... | 238 |
| 4.2.1 | Entwicklung der Schweinehaltung | 238 |
| 4.2.2 | Schweineproduktion und Tierschutz | 241 |
| 4.2.3 | Schweinemast in der DDR | 243 |
| 4.2.4 | Aufzucht | 253 |
| 4.2.5 | Sauen..... | 263 |
| 4.2.6 | Schweinezucht..... | 277 |
| 4.3 | Tiertransporte und Tierschutz..... | 281 |
| 4.4 | Zusammenfassende Betrachtung des Kapitels: Tierschutz-Realität in der Rinder- und Schweineproduktion der DDR..... | 289 |
| 5. | Diskussion..... | 300 |
| 5.1 | Die Charakterisierung des „marxistischen“ Tierschutzkonzeptes. Utilitarismus versus Anthropozentrismus? | 300 |
| 5.2 | Die sozialistische Mensch-Nutztier-Beziehung und der Tierschutz | 308 |
| 5.3 | Tierärztliche Tierschutzkonzepte - Der Tierschutz im Aufgabenfeld des sozialistischen Tierarztes..... | 310 |
| 5.4 | Zukünftige Forschung | 317 |
| 6. | Zusammenfassung | 319 |
| 6.1 | Zusammenfassung | 319 |
| 6.2 | Summary..... | 321 |

| | |
|--------------------------------------------------|------------|
| 7. Quellen- und Literaturverzeichnis..... | 323 |
| 7.1 Quellenverzeichnis | 323 |
| 7.1.1 Gedruckte Quellen..... | 323 |
| 7.1.2 Ungedruckte Quellen..... | 325 |
| 7.2 Literaturverzeichnis..... | 338 |
| | |
| Tabellen..... | 494 |
| | |
| Abbildungen..... | 362 |
| | |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 363 |
| | |
| Danksagung..... | 503 |
| Selbständigkeitserklärung..... | 505 |

1. Einleitung

1.1 Hinleitung zum Thema

Der Tierschutzgedanke blickt auf eine lange Tradition zurück. Als älteste Quelle mit einem Tierschutzbezug gilt aus heutiger Sicht wohl der Codex Hammurabi, die Gesetzessammlung des babylonischen Königs HAMMURABI.¹ In den 280 Paragraphen dieses Gesetzes, eingemeißelt auf einer Steinstele, wurden in mehr als 30 Paragraphen die landwirtschaftlichen Nutztiere thematisiert. Hauptsächlich handelte es sich um die Aufzählung von Verstößen und deren Ahndung, welche fahrlässige oder vorsätzliche Vergehen am Tier beinhalteten und in ihrer Folge zu wirtschaftlichen Verlusten führten. Für das Tier dadurch entstehende Schmerzen und Leiden standen hierbei nicht zu Debatte, allein der ökonomische Schaden und die Schadensersatzregelungen hatten Relevanz.

In vielen Religionen spielt der Schutz des Tieres schon immer eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zu den polytheistischen Religionen, in denen die Götter oft symbolhaft in Tierform dargestellt werden, bestimmte Tiere also als heilig verehrt werden, betonen die monotheistischen Religionen, welche nur einen allumfassenden Gott huldigen, die Unterschiede des Menschen als Krone der Schöpfung zum Tier; hier hat das Tier eine deutlich unter dem Menschen liegende Stellung inne und wird nicht verehrt. Die Betonung der Unterschiede zwischen Mensch und Tier wird auch dualistische Sichtweise genannt, während die polytheistischen Religionen den Monismus vertreten, also die Wesenseinheit zwischen Mensch und Tier.² Monotheistische Religionen, welche das Tier demnach nicht numinos überhöhen, sind beispielsweise Judentum, Christentum und Islam.³

Auch in der Philosophie wird schon lange und umfangreich über den Tierschutz und Mensch-Tier-Beziehungen debattiert. Der griechische Schriftsteller und Philosoph PLUTARCH (45-125 n. Chr.) beklagte beispielsweise das Unrecht, das den Tieren vom Menschen angetan würde. Er war weiterhin überzeugt davon, dass die Tiere über ein Schmerzempfinden verfügten. Bereits ARISTOTELES (384-322 v. Chr.), ebenfalls griechischer Philosoph, versuchte zu beweisen, dass Tiere nicht seelenlos seien, wobei er allerdings verschiedene Seelenarten unterschied. Er meinte, dass Tiere eine „vegetative“ und eine „animalische“ Seele hätten, wohl aber keine Vernunft gleich dem Menschen.⁴ Diese Ansicht stand im Widerspruch zu manchen Glaubensrichtungen. Das christliche Abendland entfernte sich mehr als alle anderen Religionen vom „Mitgeschöpf Tier“, was sich unter anderem in Hexenwahn und abergläubischen Tendenzen niederschlug. Dabei beteiligte sich der „Aberglaube“ maßgeblich an Überhöhungen und Mystifizierungen des Tieres. Die philosophische Wissenschaft wurde ebenfalls beeinflusst. Die hellenistisch-römische Philosophie vertrat die Auffassung, dass Wesensunterschiede zwischen Mensch und Tier bestünden und dass nur die menschliche Seele unsterblich sei. Diese „anthropozentrische“ Sichtweise stellt den Menschen als einziges Geschöpf mit Vernunft in den Mittelpunkt der christlichen Ethik.⁵ Als weitestgehende Distanzierung des Menschen vom Tier gilt dem Tierschutz der französische Philosoph René DESCARTES (1596-1650), der seine Lehren zu Beginn des 17. Jahrhunderts verbreitete; er

¹ HAMMURABI-König von Babylon (1728- 1686 v. Chr.)

² LORZ, A. (1979), Tierschutzgesetz. Kommentar, S. 1

³ SAMBRAUS, H. H. und STEIGER, A. (Hrsg.) (1997), Das Buch vom Tierschutz, S. 2

⁴ SAMBRAUS, H. H. und STEIGER, A. (1997) (Hrsg.), Das Buch vom Tierschutz, S. 3

⁵ MEYER, R. (1990), Vom Umgang mit Tieren, S. 33 und BRUNNER, P. (1995), Vet. med. Diss München, S. 3

bezeichnete die Tiere als „Reflexmaschinen“.⁶ Grundlage dafür war seine Überzeugung davon, dass das Bewusstsein bzw. der Geist die Eigenschaft des Menschen ist, welche ihn von Tieren und Maschinen unterscheidet. „*Ich denke, also bin ich.*“ war der berühmte Satz seinerseits, mit dem er die Tiere als nicht denkende, seelenlose Wesen darstellte und ihnen das Attribut „*lebende Maschinen*“ zuordnete.⁷ Immanuel KANT (1724-1804), deutscher Philosoph der Aufklärung, vertrat einen ähnlichen Standpunkt, indem er die Tiere als „Sache“ bezeichnete, was er mit der fehlenden Vernunft begründete.⁸ Diese Theorie behielt über lange Zeit ihre Gültigkeit. Erst durch den britischen Naturwissenschaftler Charles DARWIN (1809-1882) wurde diese markante Abgrenzung zwischen Mensch und Tier wieder relativiert, denn seine Theorie basierte auf dem Konnex zwischen Menschen und ihren „*tierlichen Wurzeln*“.⁹ Im Rahmen seiner Evolutionstheorien stellte er die Verwandtschaft des Menschen zum Affen dar und die Abstammung des Menschen vom Tier. Obwohl die DARWINschen Theorien anfangs auf immensen Widerstand vor allem seitens der Kirche stießen, wurden sie im Laufe der Zeit anerkannt und sowohl in der Gesellschaft als auch in verschiedenen Wissenschaften akzeptiert.¹⁰ Die sich im 19. Jahrhundert entwickelnde Veränderung der Mensch-Tier-Beziehung hatte ebenfalls Auswirkungen auf die Welt der Philosophie. Die Lehren von Arthur SCHOPENHAUER (1788-1860), welcher das Mitleid als ethischen Grundsatz definierte und die vom Vertreter des christlichen Humanismus Albert SCHWEITZER (1875-1965) propagierte „Ehrfurcht vor dem Leben“ lassen die ab dem 19. Jahrhundert wieder stärker ausgeprägten monistischen Tendenzen erkennen.¹¹ Weitere Philosophen, welche sich kritisch gegenüber dem anthropozentrischen Weltbild äußerten und für eine humanere Einstellung zum Tier plädierten, waren Friedrich NIETZSCHE und Henri BERGSON.¹² Martin Fritz BRUMME bezeichnet diese Entwicklung einer „Tier(schutz)-Ethik“ als „*Versuch der Neuformierung gesellschaftlicher Normen*“¹³ und verweist auf SCHOPENHAUER, der als Philosoph eine bedeutsame Rolle bei der Novellierung der Mensch-Tier-Beziehung explizit im deutschen Raum gespielt haben dürfte.¹⁴

Das erste Tierschutzgesetz der Neuzeit wurde 1822 in England erlassen und diente dem Schutz vor Misshandlungen von Nutztieren, explizit Pferd, Schaf und Rind, wobei die Tierquälerei in Englands Gerichten schon ab 1770 als Straftat geahndet wurde.¹⁵ 1824 wurde in England die erste weltweite Tierschutzorganisation „Society for the Prevention of Cruelty to Animals“ gegründet.¹⁶ Bereits im Jahre 1821 hatte eines der Gründungsmitglieder der Organisation, der irische Parlamentarier Richard MARTIN die Schrift „To prevent cruel and improper treatment of Cattle“ verfasst, die den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere beinhaltete.¹⁷ 1840 konnte Königin Victoria von England als Schirmherrin der Tierschutzorganisation gewonnen werden.¹⁸ Die Bildung von Tierschutzorganisationen erfolgte im Zuge der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, als der Einsatz

⁶ LORZ, A. (1979), Tierschutzgesetz. Kommentar, S. 2

⁷ SAMBRAUS, H. H. und STEIGER, A. (1997) (Hrsg.), Das Buch vom Tierschutz, S. 3

⁸ LORZ, A. (1979), Tierschutzgesetz. Kommentar, S. 3

⁹ MEYER, R. (1990), Vom Umgang mit Tieren, S. 51

¹⁰ RENGER, J. (2008), Vet. med. Diss. Berlin, S. 9

¹¹ LORZ, A. (1979), Tierschutzgesetz. Kommentar, S. 3, SAMBRAUS, H. H. und STEIGER, A. (1997) (Hrsg.), S. 8

¹² MEYER, H. (2000) in DINZELBACHER, P. (Hrsg.) (2000): Mensch und Tier in der Geschichte Europas, S. 523 f.

¹³ BRUMME, M. F. (1999) in DOBIAT, C. und LEIDORF, K. (Hrsg.) (1999): Studia honoraria, Bd. 8, S. 93

¹⁴ BRUMME, M. F. (1999) in DOBIAT, C. und LEIDORF, K. (Hrsg.) (1999): Studia honoraria, Bd. 8, S. 94

¹⁵ ZETER, K. (2010), Geschichte des Tierschutzes, S. 1

¹⁶ ZETER, K. (2010), Geschichte des Tierschutzes, S. 1 und RITVO, H. (1987), The Animal Estate, S. 127

¹⁷ RITVO, H. (1987), The Animal Estate, S. 127

¹⁸ RITVO, H. (1987), The Animal Estate, S. 129

landwirtschaftlicher Nutztiere an Bedeutung zunahm.¹⁹ Zurückzuführen ist die Veränderung der Mensch-Tier-Beziehung und die daraus resultierende Gründung von Tierschutzinstitutionen auf die gesellschaftlichen und sozialen Umgestaltungen, die im Zuge der Industrialisierung in Gang gesetzt wurden. England galt als Vorreiter dieser Entwicklung, die eine zunehmend humanitäre Einstellung des Menschen zum Tier bedingen sollte. Harriet RITVO beschreibt diese „tierbezogene“ Bewegung des 19. Jahrhunderts als Wandel, welcher kaum einen gesellschaftlichen Bereich unbeeinflusst ließ: „*It described a wide range of interactions, which might be inspired by primary motives as disparate as sentiment (petkeeping), economics (animal husbandry), and curiosity (natural history).*”²⁰

Auf jene Strömungen sind wohl auch die ersten Anfänge des Tierschutzes in Deutschland zurückzuführen. Der Geistliche Christian Adam DANN²¹ verfasste um 1819 eine Schrift „Bitte der armen Thiere“. DANNs Wirken wurde von seinem Nachfolger, dem Stadtpfarrer Albert KNAPP²² fortgesetzt, dem durch sein weitreichendes Engagement der Titel „Vater der deutschen Tierschutzbewegung“ verliehen wurde. KNAPP gründete 1837 den ersten deutschen Tierschutzverein in Stuttgart²³, welcher auch als „1. deutscher Tierschutzverein auf dem europäischen Festland“ galt.²⁴ In den folgenden Jahren wurden in vielen deutschen Städten weitere Tierschutzvereine gegründet, 1881 wurde nach jahrelangen Verhandlungen der Verband der Tierschutzvereine des Deutschen Reiches gegründet, um den Mangel einer zentralen Dachorganisation auszugleichen.²⁵ Landesweit bestanden zu diesem Zeitpunkt 72 Tierschutzvereine.²⁶

Auch die Rechtsstellung des Tieres änderte sich im Laufe der Zeit. 1838 wurde im deutschen Königreich Sachsen die vorsätzliche Tierquälerei zum ersten Mal unter Kriminalstrafe gestellt.²⁷ Weitere deutsche Länder folgten dem Beispiel Sachsens, jedoch teilweise mit Einschränkungen. In Preußen beispielsweise war Tierquälerei nur dann strafbar, wenn sie in der Öffentlichkeit stattfand, in Württemberg war die Strafbarkeit der Tierquälerei davon abhängig, ob sie in Ärgernis erregender Weise begangen wurde.²⁸ Im § 360 Nr. 13 des Reichsstrafgesetzbuches wurde ebenfalls nur die boshafte Quälerei beziehungsweise die rohe Misshandlung von Tieren als Straftat geahndet, wenn sie „*öffentlich oder in Ärgernis erregender Weise*“²⁹ geschah. Bestraft wurde hier nicht die Misshandlung des Tieres an sich, sondern die „*Verletzung des menschlichen Empfindens, dass sich im Mitgefühl für die Tiere äußert*“.³⁰ Im Fokus dieser Rechtsprechung stand also der Mensch, was Ausdruck eines als anthropozentrisch geltenden, ästhetisch gewichteten Tierschutzes war.³¹

Die Tierschutzorganisationen des Kaiserreiches hatten sich bereits für eine gesetzliche Fixierung des Tierschutzes eingesetzt, was jedoch erst 1933 durch das Reichstierschutzgesetz in die Tat umgesetzt wurde. Bei letzterem ist zu berücksichtigen, dass das Nazi-Regime den

¹⁹ RITVO, H. (1987), *The Animal Estate*, S. 3

²⁰ RITVO, H. (1987), *The Animal Estate*, S. 4

²¹ Christian Adam DANN (1758-1837), Stuttgarter Stadtpfarrer – aus: ZETER, K. (2010), *Geschichte des Tierschutzes*, S. 1

²² Albert KNAPP (1789- 1864), Stuttgarter Pfarrer- Nachfolger von C. A. DANN – aus: Vgl. ZETER, K. (2010), *Geschichte des Tierschutzes*, S. 2

²³ TEUTSCH, G. (1987), S. 105

²⁴ <http://www.stuttgarter-tierschutz.de/index.php?cat=2&sub=2#Geschichte>

²⁵ MARTIN, M. (1989), *Vet. med. Diss.* Berlin, S. 7 und ZETER, K. (2010), *Geschichte des Tierschutzes*, S. 2

²⁶ BRUNNER, P. (1995), *Vet. med. Diss.* München, S. 12

²⁷ HIRT, A., MAISACK, C. und MORITZ, J. (2003), *Tierschutzgesetz, Kommentare*, S. 1

²⁸ HIRT, A., MAISACK, C. und MORITZ, J. (2003), *Tierschutzgesetz, Kommentare*, S. 1-2

²⁹ *RGBl.* 1871 S. 127

³⁰ HIRT, A., MAISACK, C. und MORITZ, J. (2003), *Tierschutzgesetz, Kommentare*, S. 2

³¹ HIRT, A., MAISACK, C. und MORITZ, J. (2003), *Tierschutzgesetz, Kommentare*, S. 2

Tierschutz für seine antisemitischen Ideologien missbrauchte, was vor allem im nun geltenden Schächtverbot zum Ausdruck kam. Bis das Reichstierschutzgesetz erlassen wurde, galten Tierquälereien lediglich als Verletzung der Moral und unsittliches Verhalten. Nun aber wurden Tierquälereien geahndet und das Tier um seiner selbst willen geschützt, was als Grundstein für den ethischen Tierschutz interpretiert wird.³² Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die nationalsozialistische Tierschutz-Gesetzgebung in beiden deutschen Staaten übernommen. Die sich nach 1945 entwickelnde Intensivierung der Landwirtschaft hatte maßgeblichen Einfluss auf den Schutz der Tiere, wobei die politische Entwicklung und die gesellschaftlichen Bedingungen als beeinflussende Faktoren stets mit zu betrachten sind.

Es folgt die spezielle Betrachtung auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone und späteren Deutschen Demokratischen Republik.³³ Dabei wird versucht, besonders auf Faktoren einzugehen, welche die Tierschutzsituation mit beeinflusst haben könnten.

Die Landwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war in ihrer Entwicklung einem Strukturwandel unterzogen, der sich durch verschiedene Perioden charakterisieren lässt. Stand nach dem Krieg noch die bäuerliche Kleinwirtschaft im Vordergrund, kam es ab Anfang der fünfziger Jahre zur Verstaatlichung der Betriebe, in deren Folge Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften³⁴ entstanden. Ab den sechziger Jahren strebte man die forcierte Steigerung der Produktivität an. Ziel war, die Produktion tierischer Erzeugnisse bis 1980 um 30-40% zu steigern. Dazu sollte eine Umstellung der Produktion auf industriemäßige Verfahren in der Tierproduktion erfolgen.³⁵ Diese wollte man durch Kooperation und Spezialisierung der Landwirtschaftsbetriebe erreichen. Politische Forderung war die Eigenversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln, was man mittels der Errichtung industriemäßiger Tierproduktionsanlagen zu realisieren versuchte. Merkmal dieser Anlagen waren hohe Tierkonzentrationen in den Produktionseinheiten.³⁶ Um das Ziel der ökonomischen Produktion langfristig zu erreichen, sollten Tiere gezüchtet werden, die unter den spezifischen Produktionsbedingungen maximale Leistungen erbringen konnten und die unproblematisch auf extreme industrielle Umweltbedingungen reagierten.³⁷ Die Entwicklung des Veterinärwesens in der DDR verlief in Anlehnung an die landwirtschaftlichen Reformen. Aufgaben des Tierschutzes wurden vom angegliederten Fachbereich Tierhygiene wahrgenommen, schwerpunktmäßig hier die Gestaltung der Umweltfaktoren und deren Erforschung. Tierschutz, Tierhygiene und Ökonomie wurden als untrennbarer Komplex verstanden.³⁸

³² MARTIN, M. (1989), Vet. med. Diss. Berlin, S. 8-20

³³ Deutsche Demokratische Republik = DDR

³⁴ Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften= LPG

³⁵ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 325 und S. 344

³⁶ KIUPEL, K. (1996), Vet. med. Diss. Berlin, S. 8 -10

³⁷ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 345 und S. 410

³⁸ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 345 und S. 410

1.2 Forschungsstand

In den bisher veröffentlichten Dissertationen sowie Publikationen im Rahmen des Dokumentationsprojektes „Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus“³⁹ findet man vor allem Beiträge zu den in DDR-Zeiten relevanten Arbeitsfeldern wie Tierseuchenbekämpfung, Reproduktion, Tierärztliche Praxis und Tätigkeitsschwerpunkte der Tierärzte, Prophylaxe von Krankheiten und damit verbundene politische Hintergründe. Die in Zeiten industrieller Produktion eher in den Hintergrund getretenen Bereiche wie Lebensmittelüberwachung, Kleintiermedizin oder auch Tierschutz wurden bisher nur am Rande erwähnt. Beim aufmerksamen Lesen bereits veröffentlichter Arbeiten wird man feststellen, dass Tierschutz durchaus eine Rolle gespielt hat - sowohl für den im Sozialismus tätigen Tierarzt an sich als auch als Thema in der Landwirtschaft, welche Steigerung der Produktion als Hauptziel definierte. Eine Arbeit, die explizit den Tierschutz im Sozialismus der DDR in den Fokus stellt, existiert bisher nicht.

Einen präzisen und übersichtlichen, noch wenig detaillierten Beitrag mit dem Thema „Tierschutz in der Tierproduktion der DDR“ lieferte Bodo BUSCH im Rahmen einer DVG-Tagung.⁴⁰ Der Autor erwähnt, dass aufgrund der Tabuisierung des Themas Tierschutz in der DDR das Auffinden von entsprechender Literatur schwierig sei. Außerdem werden in dem Vortrag die Gründe für die DDR-spezifische Tierschutzethik und die politischen und ökonomischen Hintergründe dafür dargestellt. Thematisiert und interpretiert werden weiterhin die gesetzlichen Grundlagen des Tierschutzes in der DDR im Überblick, wobei deutlich wird, wie wenig umfangreich die Inhalte der Gesetze in Bezug auf den Tierschutz waren. Trotz dieses Sachverhalts macht BUSCH deutlich, dass Probleme im Tierschutz in der DDR durchaus vorhanden waren, so vor allem im Nutztiersektor. Dies wird zum Teil durch eigenes Erleben des Autors dargestellt. Weiterhin werden tierschutzrelevante Aspekte der industriemäßigen Haltung von Nutztieren skizziert, ohne dabei in die Tiefe zu gehen. Der Vortrag gibt wertvolle Anhaltspunkte zur Weiterverfolgung und kann als Grundstein für die vorliegende Arbeit genutzt werden.

AZAR und PRANGE dokumentieren in ihrem Beitrag der Reihe ‚Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus‘ erst in einem allgemeinen Abriss, dann speziell anhand von Fallbeispielen, wie Tierärzte unter dem Konzept der Diktatur des Proletariats beruflich und persönlich eingeschränkt wurden.⁴¹ Die zahlreichen Beispiele belegen, dass die betroffenen Tierärzte nicht zuletzt wegen der Missstände im Tierschutzbereich und der Ignoranz gegenüber Verbesserungsvorschlägen resignierten und zum Teil sogar republikflüchtig wurden. Die in den Fallbeispielen dargestellten Stellungnahmen der Tierärzte zu ihrer damaligen Republikflucht beinhaltete auch die Schilderung von katastrophalen Zuständen der Tierhaltung in den landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben und das oft wenig erfolgreiche Bestreben der betreuenden Veterinäre nach Verbesserung. In seiner Dissertation beschreibt AZAR die Entwicklung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik bis 1965.⁴² Das Verständnis dafür ist unerlässlich, um die Vorgänge im Gebiet des Tierschutzes einzuordnen und zu untersuchen. Im Fokus stehen dabei die Entwicklung des Veterinärwesens zum eng an die Landwirtschaft gekoppelten Fachgebiet, die Verstaatlichung der Tierarztpraxen und damit die Einschränkung der

³⁹ Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Reihe. Berlin

⁴⁰ BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S.73-83

⁴¹ PRANGE, H. und AZAR, J. (Hrsg.) (2004): Repression von Tierärzten im politischen System der DDR. Bd. 7

⁴² AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover

Eigenständigkeit der Tierärzteschaft sowie die Orientierung hin zu Zentralisierung und Produktivität. In seiner Abschlussdiskussion erwähnt der Autor kritisch, dass unter anderem der Tierschutz zugunsten der Produktionsmaximierung vernachlässigt wurde. AZAR spricht von einer *“Deformation des tierärztlichen Berufsethos”* durch die *“Priorität ökonomischer Aspekte”*.⁴³ Er charakterisiert das Veterinärwesen im Sozialismus als *“progressive Ausrichtung”* auf die *“Steigerung und qualitative Verbesserung des Produktionsaufgebotes”*⁴⁴ und sieht darin die Ursache dafür, dass wesentliche Aufgaben der Veterinärmedizin und Bestandteile des tierärztlichen Berufsethos nicht ausdrücklich erwähnt werden, so vor allem Verbraucher- und Tierschutz.

Ergänzung findet die Dissertation in der Reihe des ehemaligen *“Weißbuches”* der Veterinärmedizin.⁴⁵ Hier werden Aussagen aus der Dissertation mittels Übersichten, Beispielen und noch detailgetreuerer Darstellung der Entwicklungsgeschichte präzisiert.⁴⁶ Im letzten Abschnitt der Diskussion dieses sechsten Bandes trifft der Herausgeber des Werkes, Hartwig PRANGE, einige Aussagen zum Tierschutz im Zeitraum 1945-1965 auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und der ehemaligen DDR. PRANGE stellt fest, dass Tierschutz in genannter Periode *„weder in Ost noch West“* von Bedeutung gewesen wäre, da es sich seiner Meinung nach *„um eine Zeit geringerer Selbstbespiegelung und weniger ausgeprägter hysteroider Überreaktionen bei allgemein höherer Einsatzbereitschaft des Einzelnen“* gehandelt habe.⁴⁷ Der Autor bemerkt, dass Tierschutz in der DDR auch später kaum thematisiert worden sei, da die sozialistische Gesellschaft vorrangig ökonomische Ziele verfolgt habe. Die fehlende Reflexion aus Sicht des Tierschutzes soll laut PRANGE *„mangels innerer Differenzierung“* des gesellschaftlichen Bewusstseins zustande gekommen sein.⁴⁸ Als Konsequenz der dadurch bedingten fehlenden Politisierung von Tierschutzthemen wird vom Autor auf den in der DDR bestehenden Mangel an Tierheimplätzen hingewiesen.⁴⁹ Allen genannten Thesen ist gemeinsam, dass diese sehr verallgemeinernd sind und ihnen der Bezug zur historischen Forschung fehlt, womit die Notwendigkeit konkreter Untersuchungen aufgezeigt wird.

Im neunten Band der Reihe *„Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus“* beschäftigt sich PRANGE mit der Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld und der Entwicklung des Berufes rund um die Wiedervereinigung.⁵⁰ In seiner Abhandlung über die Struktur und Arbeitsweise des Veterinärwesens in der DDR behandelt PRANGE auch den Tierschutz als Teildisziplin.⁵¹ Der Inhalt des kurzen Überblickes thematisiert die vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Entwicklung, wobei sich der Autor ausschließlich auf die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, nämlich das Reichstierschutzgesetz, das Strafgesetz und das *„Gesetz über das Veterinärwesen“* bezieht. Weiterhin wird erwähnt, dass Tierschutzvereine nicht existierten und dass es an deren Stelle teilweise *„Beiräte für*

⁴³ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 401

⁴⁴ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 401

⁴⁵ *„Weißbuch“* Tiermedizin in der DDR- ehemalige Bezeichnung der Reihe Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus- Eine Dokumentation

⁴⁶ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945- 1965.

⁴⁷ PRANGE, H. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945- 1965, S. 433

⁴⁸ PRANGE, H. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945- 1965, S. 433

⁴⁹ PRANGE, H. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945- 1965, S. 433

⁵⁰ PRANGE, H. (Hrsg.) (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld. Bd. 9

⁵¹ PRANGE, H. (Hrsg.) (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld, S. 87-88

Tierschutz und Tierhygiene“ gab. Auf deren Organisation, Gründung, Arbeitsweise und Auswirkung auf tierschutzrelevante Belange wird nicht eingegangen. PRANGE bewertet im Rahmen des Themas Tierschutz auch einige Haltungsformen landwirtschaftlicher Nutztiere, beispielsweise die Offenstallhaltung der Rinder in den fünfziger und sechziger Jahren, bestimmte Verfahren in der Schweinehaltung und die Käfigaufstallung von Kaninchen und Geflügel, wobei er diese zum Teil als „tierquälerisch“ bezeichnet. Dabei distanziert sich der Autor allerdings mit Vehemenz davon, die industriemäßige Haltung der DDR mit dem Terminus der „Massentierhaltung“ zu verunglimpfen und mit Tierquälerei gleichzusetzen. Laut PRANGE sei die Bezeichnung „Massentierhaltung“ „*ein höchst unscharfer und obendrein ideologisch verbogener Begriff*“.⁵² Ergänzend weist die Autorin hier auf das von Hartwig PRANGE und Jost BERGFELD 1975 herausgegebene Werk „Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion“ hin, welches die gängigen Produktionsverfahren der modernen Großanlagen im Bereich Schweinemast und –zucht in der DDR detailliert aufzeigt.

In einer Studie der Theologin Heike BARANSKE wird die Mensch-Tier-Beziehung untersucht, die in der Kirche der DDR in den achtziger Jahren im Rahmen der sich entwickelnden Umweltbewegung entstand.⁵³ Darin enthalten ist ein Absatz über „Tierschutz in der DDR“, der einen kurzen Überblick über die Organisation des Tierschutzes in der DDR und die vorhandenen Rechtsvorschriften beziehungsweise hier bestehende Gesetzeslücken vermittelt. BARANSKE nimmt im Rahmen der Publikation den Versuch einer Bewertung der Tierschutzethik in der DDR vor, wobei die Autorin herausarbeitet, dass „*der kompromißlose Vorrang der Ökonomie vor Umwelt-, Natur- und Tierschutz*“ der dominierende Faktor bei allen Fragen der Tierhaltung gewesen sein soll.⁵⁴ Eine der BRD äquivalente „*privatrechtliche Trägerschaft der Tierschutzanliegen*“ habe in der DDR allem Anschein nach nicht existiert, was nach der Autorin durch das „*Fehlen eines zusammenhängenden Tierschutzgesetzes, das Verbot von Tierschutzvereinen sowie die außerordentliche Einschränkung des Wirkens der Tierschutzbeiräte*“ zustande kam.⁵⁵ BARANSKE erwähnt, dass die größte Schwierigkeit bei der Durchführung der Studie der Umstand war, dass die Anzahl von Informanten sehr restriktiv gewesen sei und weniger als ein Viertel der Anfragen der Autorin beantwortet wurden. Sie führt das darauf zurück, dass wohl lediglich „*eine kaum zu ermittelnde Anzahl von Einzelpersonen*“ existierte, die sich aus unterschiedlichen Motivationen heraus ausschließlich privat für den Tierschutz engagierten. Die öffentliche Behandlung tierschutzrelevanter Themen war in der DDR nicht erwünscht und wurde laut BARANSKE „*sogar strukturell und politisch unterdrückt*“.⁵⁶

Die Struktur und Organisation des Veterinärwesens in Ostberlin in den Jahren 1970-1990 wird in der Dissertation von Lutz ZENGERLING im Detail untersucht und dargestellt.⁵⁷ Hierbei geht der Autor auch auf die Organisation des Tierschutzes in Ostberlin, auf die rechtlichen Grundlagen des Tierschutzes an sich sowie auf die Existenz, den Aufbau und die Aufgaben eines Beirates für Tierschutz und Tierhygiene und das ihm angegliederte Tierheim ein.⁵⁸ Die nur in einzelnen Punkten in die Tiefe gehenden Analysen betreffs des Tierschutzes lassen jedoch kaum Rückschlüsse auf eine Tierschutzrealität in der DDR zu und sind als

⁵² PRANGE, H. (Hrsg.) (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld, S. 87

⁵³ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 65 f.; (Studie: Universität Jena, Fakultät für Evangelische Theologie)

⁵⁴ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 67

⁵⁵ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 70

⁵⁶ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 70

⁵⁷ ZENGERLING, L. (2007), Vet. med. Diss. Hannover

⁵⁸ ZENGERLING, L. (2007), Vet. med. Diss. Hannover, S. 94-105

kurzer Abriss eines eher nebensächlichen Fachbereiches des Veterinärwesens im Rahmen dieser Arbeit zu werten.

Die Dissertation von Katrin KIUPEL analysiert die Aufgaben des Veterinärwesens in einer industriemäßig betriebenen Tierproduktionsanlage der DDR, die 1969 als Beispielbetrieb für die industriemäßige Schweineproduktion der DDR errichtet wurde.⁵⁹ Dabei wird auch Bezug auf diese Art der Tierhaltung genommen, in der hohe Tierzahlen auf verhältnismäßig geringer Fläche konzentriert gehalten wurden. Wiederholt werden haltungsbedingte Tierverluste erwähnt, aber auch Maßnahmen dagegen dargestellt.⁶⁰ Auch wenn Tierschutz in der Arbeit nicht explizit thematisiert wird, findet der Leser immer wieder Anhaltspunkte zum Stellenwert und den Problemen dieses Fachbereiches in der industriemäßigen Tierproduktion der DDR. Bei der zusammenfassenden Betrachtung der Vor- und Nachteile solcher Betriebsstrukturen werden die Mängel auf Tierschutzebene von der Autorin erwähnt. Hierbei werden schwerpunktmäßig Erkrankungen des Atmungsapparates aufgrund suboptimaler klimatischer und hygienischer Bedingungen in den Anlagen und Verluste aufgrund von Fehlern bei der Fütterung genannt.⁶¹

Eine Dissertation von Mareike MAAß stellt anhand von Untersuchungen zur Arbeit des Schweinegesundheitsdienstes in der DDR im historischen Rückblick die Schwerpunkte tierärztlicher Tätigkeiten am Beispiel der Schweineproduktion dar. So liefert die Autorin nicht nur einen Überblick über das Veterinärwesen der DDR und dessen präzise Organisation, sondern vermittelt auch Eindruck davon, wie fokussiert Landwirtschaft und Veterinärwesen auf Aspekte wie industrielle Tierproduktion, Leistungsoptimierung und Technisierung waren. Die umfassenden Darstellungen über Aufbau, Arbeit, Aufgaben und historische Entwicklung des Schweinegesundheitsdienstes der DDR gewähren einen Einblick in die Nutztierproduktion und die straffe Organisation zur Umsetzung von Produktionszielen der DDR, hier speziell auf dem Schweinesektor. Dass Tierschutz hier ein Thema war, erwähnt MAAß mit dem Umstand, dass mindestens 70% der Schweineerkrankungen primär oder sekundär durch Haltungs- oder Fütterungsfehler auftraten.⁶²

Auch aus der Dissertation von Thomas MOELLER⁶³ ergeben sich Hinweise auf die sozialistischen Besonderheiten, die sich letztendlich auf den Fachbereich Tierschutz auswirkten. So stellt der Autor im ersten Teil übersichtlich die Perioden der Entwicklung der Landwirtschaft dar, die eng gekoppelt an die Veterinärmedizin deren Entwicklung beeinflusste. Weiterhin wird vom Autor die Lage der Tiergesundheit der Rinderbestände der DDR chronologisch dargestellt, wobei auch das Thema Tierhygiene im Speziellen aufgegriffen wird. In diesem Zusammenhang werden Haltungsmisstände dargestellt, deren Folgen sowie Verbesserungsvorschläge seitens des Fachpersonals. Obwohl der Schwerpunkt dieser Dissertation auf der Entwicklung der Krankheiten des Rindes liegt, werden so Aussagen über tierschutzrelevante Punkte gemacht beziehungsweise Hinweise auf besondere Schwachpunkte im Bereich Tierschutz gegeben, da diese nicht selten Auslöser der relevanten Krankheiten waren. Auch wenn hier der Komplex Tierhygiene/Tierschutz nur am Rande erwähnt wird, so werden in dieser Arbeit doch die Relevanz des Themas deutlich und der Kontrast zwischen Ökonomie und Tierschutz und deren Gewichtung in der ehemaligen DDR aufgezeigt. Anhand der Entwicklung der Schwerpunkte veterinärmedizinischer Veröffentlichungen gibt Thomas MOELLER in seiner Arbeit auch Hinweise auf die

⁵⁹ KIUPEL, K. (1996), Vet. med. Diss. Berlin

⁶⁰ KIUPEL, K. (1996), Vet. med. Diss. Berlin, S. 66

⁶¹ KIUPEL, K. (1996), Vet. med. Diss. Berlin, S. 82-84 und S. 124

⁶² MAAß, M. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 164

⁶³ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Hannover

Entstehung der Problemschwerpunkte in der Tierhygiene und Tierhaltung, bezogen auf den Wandel in der Rinderhaltung im Laufe der Jahre. Deutlich wird, dass durch die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft mit dem Ziel, ökonomischer zu produzieren, die Relevanz bestimmter Krankheiten zunahm - oft in Abhängigkeit der Haltungs- und Umweltbedingungen.

Madeleine MARTIN untersucht in ihrer Dissertationsschrift die Entwicklung des Tierschutzes und dessen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, dem deutschsprachigen Ausland und auch in der Deutschen Demokratischen Republik. Dabei umfassen die Recherchen den Zeitraum von 1837 bis 1987. Der zweiseitige Abriss der Darstellung der Tierschutzbewegung in der DDR, welche zum Zeitpunkt der Bearbeitung der Dissertation noch existierte, stellt lediglich die Struktur des staatlich organisierten Tierschutzes, den Hinweis auf ein existierendes Tierschutzgesetz ohne weitere Details und einige Bemerkungen zum Thema Tierversuche dar.⁶⁴ Die restriktiven Ausführungen in dieser Dissertation sind sicherlich auch damit zu begründen, dass Informationen aus der DDR schwierig zu beschaffen waren, zumal das Thema „Tierschutz“ innerhalb der DDR wenig popularisiert wurde und das westliche Ausland auch keine offiziellen Stellungnahmen darüber erhalten sollte.

Eine der Dissertationen, die die Entwicklung der Veterinärmedizinischen Fakultät Leipzig von 1961 bis 1968 beschreibt ist die von Michael KÜHN⁶⁵, wobei die Regierungsbeschlüsse der SED⁶⁶ und deren Auswirkungen auf die Fakultät ebenso Kernpunkt sind wie die chronologische Fakultätsgeschichte bis zu ihrer Auflösung und nachfolgende Gründung der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin. Die Arbeit vermittelt einen historischen Überblick über die Entwicklung der Fakultät in Zusammenhang mit den politischen Hintergründen. Hier wird wiederum die Entwicklung des Aufgabenspektrums der praktischen Tierärzte weg von der kurativen Tätigkeit hin zur Überwachung und Sicherung der Produktion durch vermehrt prophylaktische Tätigkeiten dargestellt. Die Arbeit zeigt auf, dass ein Institut für Tierschutz fehlte, im Gegensatz dazu aber eine eigene Abteilung Marxismus-Leninismus mit verschiedenen Fachgebieten geschaffen wurde. Für das Verständnis der politischen Zusammenhänge und daraus resultierende Entwicklungen im Veterinärwesen und der Ausbildung der 60er Jahre können die Ausführungen dieser Publikation durchaus nützlich sein. Auch als belegende Quelle für den Stellenwert des Fachgebietes Tierschutz im Sozialismus der 60er Jahre kann die Arbeit mit herangezogen werden, wohingegen spezielle Untersuchungen zum Thema Tierschutz nicht vorkommen.⁶⁷

Weitergeführt wird die Arbeit durch die Dissertation von Stefan SIEBERT, die die Geschichte der Leipziger Fakultät von 1968 bis 1990 untersucht.⁶⁸ Hier wird verdeutlicht, welche Stellung die Veterinärmedizin in dieser Zeit einnahm, nämlich die des an die Agrarwissenschaften angegliederten Fachbereiches. Im Zuge dessen beschreibt der Autor, wie mit der Gründung der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin die Eigenständigkeit der tiermedizinischen Forschung und Lehre schwand, genauso wie die des nun staatlich angestellten Tierarztes. Auch in dieser Dissertation wird der Tierschutz als Ausbildungsinhalt oder Fachbereich nicht mit aufgeführt, was wiederum vom niederen Stellenwert desselben in der vom Autor untersuchten Zeit zeugt. Die beiden Dissertationen machen deutlich, in welchem Maße die Veterinärmedizin in der analysierten Periode berufspolitisch von den

⁶⁴ MARTIN, M. (1989), Vet. med. Diss. Berlin (FU)

⁶⁵ KÜHN, M. (1997), Vet. med. Diss. Leipzig

⁶⁶ SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

⁶⁷ KÜHN, M. (1997), Vet. med. Diss. Leipzig

⁶⁸ SIEBERT, S. (2002), Vet. med. Diss. Leipzig

sozialistischen Zielen beeinflusst wurde und dient damit wiederum als Basis für eine Arbeit, die sich mit einem speziellen Fachgebiet wie Tierschutz in Zeiten der DDR beschäftigt.

In seinem Vortrag „Tierschutz - Lehrfach und zunehmende Bedeutung in der tierärztlichen Ausbildung“ thematisiert Theodor HIEPE 1992 im Rahmen der Konsultation „Tierarzt, berufener Tierschützer“ in Bad Boll den veränderten Stellenwert des Tierschutzes und seine Aufwertung innerhalb des Studienganges Veterinärmedizin zum Lehr- und Prüfungsfach, den er seit der Wiedervereinigung erfahren hatte.⁶⁹ HIEPE geht während seiner Ausführungen auf den Wandel ein, welcher die tierärztliche Ausbildung unterliegt. Er kritisiert, dass der Tierschutz in der Veterinärmedizin bisher eine eher untergeordnete Rolle gespielt habe, da die Nutzung durch den Menschen und gewinnbringende Faktoren Priorität gehabt hätten.⁷⁰

Ohne dabei zwischen Ost- und Westdeutschland zu unterscheiden, bemerkt HIEPE, dass sich die Beziehung zwischen Mensch und Tier bereits in den letzten Jahrzehnten dahingehend verändert habe, dass sich eine „*Ethik der Gerechtigkeit für Mensch und Tier*“, eine „*Ethik der artübergreifenden Humanität*“ entwickelt habe,⁷¹ die sich von der vorherigen anthropozentrischen Ethik immer mehr distanzieren. Den Anstoß für diese Entwicklung sieht HIEPE unter anderem in der Aktivität einer Vielzahl von Tierschützern. HIEPE regt in seinem Vortrag in seiner Funktion als Vorsitzender des Veterinärmedizinischen Fakultätentages der Humboldt-Universität zu Berlin dazu an, die tiermedizinische Ausbildung künftig so zu gestalten, dass das Tier als Mitgeschöpf respektiert und der Tierarzt dessen Unversehrtheit und Wohlbefinden in den Fokus seines Handelns stellt.⁷² Der Vortrag enthält die Forderung, die durch die Wiedervereinigung entstandenen Möglichkeiten, sich auch geistig frei zu entfalten, zu nutzen, so dass sich Tierärzte zukünftig mehr als „*Partner des Tieres*“ verstehen könnten.⁷³ Genannter Vortrag thematisiert nicht, in welchem Umfang der Tierschutz bis hierher Ausbildungsinhalt gewesen war. Die Überschrift des Vortrages impliziert jedoch, dass die Existenz eines „Lehrfaches Tierschutz“ ein Novum darstellte und Teil der von HIEPE erwähnten Studienreform war. Inwieweit diese Annahme zutrifft und in welchem Umfang Tierschutz Inhalt der veterinärmedizinischen Ausbildung in der DDR war, soll ein Untersuchungsgegenstand vorliegender Arbeit sein.

Interessante Aspekte zum Thema Tierschutz in der DDR liefert die Dissertation von Rupert JENTZSCH über das rituelle Schlachten von Haustieren in Deutschland und den Rechtsgrundlagen dazu ab 1933.⁷⁴ So greift die Arbeit neben den Besonderheiten des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland auch die der DDR von 1949-1990 auf. Hierbei werden bei der Betrachtung der zuständigen Behörden die Gesetzeslage in der DDR und die Zuständigkeit der „Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene“ für Tierschutzfragen erwähnt.⁷⁵ Was die Tierschutzthematik angeht wird erwähnt, dass das Tierschutzgesetz von 1933 in der DDR weiter fortbestand und die Tierschutzethik auf marxistischen Grundlagen beruhte, bei der die Wirtschaftlichkeit des Tieres im Fokus stand.⁷⁶ Der Autor verschafft einen Überblick über die geltenden Rechtsvorschriften und deren Interpretation zu den Themen Tiermisshandlung und Tierquälerei sowie die Ahndung oben genannter Vergehen in der DDR-Rechtssprechung.⁷⁷ Weiterhin werden die zeitliche Entwicklung und die

⁶⁹ HIEPE, T. (1992), Berufener Tierschützer, S. 129-136

⁷⁰ HIEPE, T. (1992), Berufener Tierschützer, S. 129, 130

⁷¹ HIEPE, T. (1992), Berufener Tierschützer, S. 130

⁷² HIEPE, T. (1992), Berufener Tierschützer, S.130, 131

⁷³ HIEPE, T. (1992), Berufener Tierschützer, S. 133

⁷⁴ JENTZSCH, R. (1998), Vet. med. Diss. Hannover

⁷⁵ JENTZSCH, R. (1998), Vet. med. Diss. Hannover, S. 42- 43

⁷⁶ JENTZSCH, R. (1998), Vet. med. Diss. Hannover, S. 186- 187

⁷⁷ JENTZSCH, R. (1998), Vet. med. Diss. Hannover, S. 188- 189

Veränderung der Gesetzgebung von 1933-1990 im Hinblick auf Tierschutzfragen in der DDR betrachtet.⁷⁸ Eine detaillierte Darstellung der gesetzlichen Grundlagen des Tierschutzes der DDR soll Teil der vorliegenden Arbeit werden. Offen bleibt in der Arbeit von JENTZSCH die Antwort auf die Frage, inwieweit rituelles Schlachten in der DDR überhaupt zur Debatte stand und welche Rolle der Tierschutz per se in der Gesellschaft spielte. Interessant wäre, inwieweit das rituelle Schlachten in der DDR verbreitet war und ob, wenn vorhanden, es Personen oder Institutionen gab, die die Tierschutzfrage beim Praktizieren genauer verfolgten. Zum Thema Tierschutz in der DDR liefert die Arbeit wertvolle Anhaltspunkte in Bezug auf Gesetz und Rechtssprechung in Tierschutzfragen im Sozialismus.

Einblicke in das Veterinärwesen der DDR und der Darstellung des Tierarztes und seines Handelns in den Medien gibt Elke OBERHOFER in ihrer Dissertation über das Bild des Tierarztes in der Deutschen Presse.⁷⁹ Es werden die Entwicklungsetappen des Veterinärwesens der DDR dargestellt. Die von OBERHOFER aufgeführten Punkte, von denen der sozialistische Berufsethos des Tierarztes geprägt ist, lassen Rückschlüsse auf den Stellenwert des Tierschutzes in der DDR und für den im Sozialismus tätigen Tierarzt zu, vor allem in Hinblick auf eine vergleichende Betrachtung des gegenwärtig vorhandenen Berufsethos des Veterinärmediziners. Untermalt wird dies durch die Darlegung der Funktionen des Tierarztes im Sozialismus.⁸⁰ Die Diskussion des tierärztlichen Berufsethos im Sozialismus und die Identifikation des Tierarztes mit diesem soll Thema vorliegender Arbeit sein. Durch die von OBERHOFER verschafften Einblicke in die tierärztliche Ausbildung im SED-Staat wird bereits das politische Ziel verdeutlicht, unter Verwendung marxistisch-leninistischer Denkweisen sozialistische Persönlichkeiten zu formen.⁸¹ Auch diese Arbeit beschreibt das Veterinärwesen im Sozialismus respektive der daraus folgenden Entwicklungen des Fachgebietes Tierschutz. Komplettiert werden die Darstellungen durch die weiterführende Betrachtung der Tierärzteschaft und Veterinärmedizin nach der politischen Wende 1989/90, wo eine neue Berufsethik, losgelöst vom Produktionsfaktor des Sozialismus, entstehen konnte.⁸² Im Abschnitt der Bewertung des Tierarztes im Sozialismus aus heutiger Sicht erwähnt OBERHOFER die zum Teil kontroversen Debatten, die von verschiedenen Autoren im Rückblick auf die Tierschutzdiskussion im Sozialismus geführt werden.⁸³ Sie genauer zu analysieren bleibt in genannter Publikation unbearbeitet und soll in vorliegender Dissertation detaillierter untersucht werden.

Eine vornehmlich sozioökonomische Studie zur Entstehung des Brathähnchens und seiner Bedeutung bei der Erschließung von Lebensmitteln tierischer Herkunft zur Versorgung der Bevölkerung der DDR liefert die Arbeit „Die Erfindung des Goldbroilers“ von Patrice G. POUTRUS.⁸⁴ Im Mittelpunkt der Darstellungen stehen die Bemühungen um eine Sicherung der Versorgung der DDR-Bürger mit Fleisch aus landeseigener Herkunft, welche man unter anderem durch den Aufbau einer intensiven Geflügelproduktion dauerhaft stabilisieren wollte. Die Studie thematisiert in erster Linie die Entwicklung der Geflügelproduktion, das Konsumverhalten der DDR-Bevölkerung und die dem zugrunde liegenden agrarpolitischen Prinzipien. Die Unabhängigkeit der DDR von Lebensmittelimporten war offenbar das erklärte Ziel der Staatsführung und sollte Herrschaftsanspruch der SED mit sichern. POUTRUS stellt unter anderem die Ausdauer und Beratungsresistenz der SED-Führung dar, mit denen auf die

⁷⁸ JENTZSCH, R. (1998), Vet. med. Diss. Hannover, S. 186- 196

⁷⁹ OBERHOFER, E. (1996), Vet. med. Diss. München

⁸⁰ OBERHOFER, E. (1996), Vet. med. Diss. München, S. 73- 76

⁸¹ OBERHOFER, E. (1996), Vet. med. Diss. München, S. 79

⁸² OBERHOFER, E. (1996), Vet. med. Diss. München, S. 80- 83

⁸³ OBERHOFER, E. (1996), Vet. med. Diss. München, S. 83- 85

⁸⁴ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers

Warnungen von Wissenschaftlern im Hinblick auf sozialistische Neuerungen in der Landwirtschaft reagiert wurde. Als Beispiele, die unter anderem Aspekte des Tierschutzes streifen, nennt der Autor hierbei Kampagnen wie das Offenstallbau- oder das Maisanbauprogramm.⁸⁵ POUTRUS veranschaulicht auch das Scheitern von Versuchen, die sich in den sechziger Jahren entwickelnde industrielle Tierproduktion auf andere Tierarten auszuweiten. Als Beispiele werden die Produktion von Broiler-Kaninchen und Fasanen angeführt, deren intensive Aufzucht und Mast aufgrund fehlender physiologischer Voraussetzungen offenbar nicht gelang.⁸⁶ Tierschutzrelevant sind diese Beispiele schon allein deshalb, weil die Versuche trotz der aufgetretenen extrem hohen Tierverluste über längere Zeit unbeirrt weiter fortgesetzt wurden.⁸⁷

Neben der spezifischen Betrachtung der Broilerproduktion werden allgemeine agrarpolitische Entwicklungstendenzen geschildert, die nicht ausschließlich die Geflügelproduktion betrafen. POUTRUS schildert beispielsweise den durch die Kollektivierung bedingten Motivationsverlust, der bei vielen der ehemaligen Privatbauern nach dem erzwungenen LPG-Beitritt einzutreten schien.⁸⁸ Anhand der beispielhaften Darlegung der Historie des „Goldbroilers“ demonstriert der Autor das von einer „Mangelwirtschaft“ geprägte sozialistische System,⁸⁹ wobei er auf Tierschutzaspekte allenfalls am Rande eingeht. Einzelne der von POUTRUS erwähnten „*Krisen in der pflanzlichen und tierischen Erzeugung in der DDR-Landwirtschaft*“⁹⁰ sollen im Rahmen vorliegender Arbeit im Hinblick auf tierschutzrelevante Folgen untersucht werden.

Stefan SEIDEL untersuchte den Status des Tieres in der DDR-Gesellschaft aus der Position des Tierrechtlers, was nicht zuletzt als ethisch-politische Verdeutlichung dieser Bewegung von Interesse sein dürfte. Im Magazin „Tierbefreiung“, welches als Publikationsorgan der Tierrechtsorganisation „Tierbefreier e.V.“ aktuell vierteljährlich veröffentlicht wird, stellt SEIDEL das „Schicksal der Tiere in der DDR“⁹¹ vornehmlich unter Gesichtspunkten dar, die das Tier als Würdeträger und damit Inhaber subjektiver Rechte voraussetzen. Die Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden stellte demnach „eine neue Dimension der Entrechtung“⁹² dar, wobei die Errichtung der Kombinate industrieller Mast⁹³ den Höhepunkt der „*qualvollen Haltungsformen*“⁹⁴ bilden sollten. Dem Leser wird vermittelt, dass die dort ablaufenden „*unvorstellbar grausamen Tiermisshandlungen*“⁹⁵ zum Tagesgeschäft gehörten und dass die Abschirmung der Tierproduktionsanlagen nach außen ausschließlich zur Verschleierung derartiger Zustände diene. SEIDEL stellt fest, dass es in der DDR keine Tierschutzbewegung gab, da auf jegliche Initiative mit Repressionen durch den Staat reagiert wurde.⁹⁶ Außer dem staatlichen Widerstand sei auch das Fehlen tierethischer Literatur dafür verantwortlich gewesen, dass die Gesellschaft mit dem Thema Tierschutz und Tierrechte kaum konfrontiert wurde.⁹⁷ Lediglich die Theorien Albert SCHWEITZERs seien verfügbar gewesen. Der Philosoph wurde laut SEIDEL häufig von den wenigen Einzelpersonen zitiert,

⁸⁵ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 31-32

⁸⁶ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 182

⁸⁷ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 182-183

⁸⁸ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 216

⁸⁹ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 224

⁹⁰ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 32

⁹¹ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 5

⁹² SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 6

⁹³ Kombinate industrieller Mast = KIM

⁹⁴ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 6

⁹⁵ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 6

⁹⁶ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 6-7

⁹⁷ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 7

die sich für Tiere und deren Rechte einsetzten. Als Fazit zum Titelthema „Leiden im Verborgenen“ erwähnt SEIDEL, dass die „*hemmungslose Versklavung der Tiere*“⁹⁸ in den industriellen Tierproduktionsanlagen wohl auch auf die Propagierung des hohen Fleischkonsums zurückzuführen gewesen sei. Der Autor bemerkt jedoch, dass diese Art der Tierhaltung mit dem Ende der DDR nicht zu Ende gegangen sei, sondern dass viele der größeren Anlagen noch heute existieren und im gleichen Stile produzieren würden wie vor der politischen Wende.⁹⁹

1.3 Quellenlage und Sekundärliteratur

Bei der Erstellung vorliegender Arbeit wurden diverse Lehrbücher der DDR, Enzyklopädien und Publikationen, auch Diplomarbeiten und Dissertationsschriften verwendet. Wertvolle Informationen konnten aus den „Monatsheften für Veterinärmedizin“ gewonnen werden, welche die bedeutendste Fachzeitschrift für den Tierarzt in der DDR darstellte. Sowohl in den Monatsheften als auch in jeglicher anderweitig benutzter Literatur aus DDR-Zeiten muss allerdings stets die ideologische Ausrichtung dieser Schriften bei der Interpretation und Schlussfolgerung beachtet werden. Zahlen, die die Tiergesundheit und die Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft betreffen, sind unter Vorbehalt zu betrachten, da sie nicht selten beschönigt wurden, um die Politik der DDR vor der Bevölkerung, aber auch dem kapitalistischen Ausland zu rechtfertigen und positiv darzustellen.¹⁰⁰ Diplom- und Fachtierarztarbeiten erwiesen sich teilweise als ergiebige Quelle bei der Recherche im Hinblick auf Tierverlustursachen und Betriebsabläufe. Inhalt derartiger Abschlussarbeiten waren neben allgemeinen, ständig wiederholten ideologischen Phrasen Abhandlungen spezifischer Problembereiche, häufig innerhalb eines bestimmten Betriebes. Diese beinhalteten unter anderem die teilweise ungeschönte Analyse von Mängeln und Fehlern im Betriebsablauf und lassen so Rückschlüsse auf tierschutzrelevante Umstände zu. Erfahrungsberichte von Tierärzten, die in der DDR tätig waren, wurden in verschiedenen veterinärmedizinischen Zeitschriften nach der Wende veröffentlicht und bieten einen lebhaften Kontrast zu mancher Publikation aus der DDR, wobei auch der Tierschutz als Randthema aufgegriffen wird. Weiterhin wurden diverse Quellen aus den Beständen deutscher Archive genutzt, wobei hauptsächlich Eingaben von Bürgern in Hinblick auf Tierschutzproblematik und entsprechende Stellungnahmen, Briefe und Briefentwürfe, Sitzungsprotokolle von Dienstversammlungen, Aktennotizen und Entwürfe von Rechtsgrundlagen mit den dazu geführten Diskussionen sowie Beschlusstexte zu nennen sind. Die Quellen liegen als hand- bzw. maschinenschriftliche Originale oder Durchschriften vor. Vereinzelt wurden auch Tonträger verwendet. Die Mehrzahl der hier hinzugezogenen archivarischen Quellen stammt aus dem Bundesarchiv Berlin Lichterfelde (BArch), Abteilung DDR, aus der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und aus den Archivalien der Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO- BArch).

Eine mehrfach für die vergleichende sowie ergänzende Betrachtung herangezogene Ressource ist das autobiographische Werk „Von Tieren und anderen Menschen“ von Wolfgang

⁹⁸ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 8

⁹⁹ SEIDEL, S. (2007), Tierbefreiung 13, Heft 55, S. 8

¹⁰⁰ BUSCH, B. (2010), Mündliche Mitteilung vom 19.03.2010

KÖPP.¹⁰¹ Der Veterinär liefert detaillierte Einblicke in das Leben eines DDR-Tierarztes mit all seinen Facetten. Lebhaft schildert der Autor seine persönlichen Erinnerungen und Erlebnisse in chronologischem Ablauf von 1959 bis 1991, wobei die politischen Geschehnisse und ihre Konsequenz für das Leben auf dem Land, speziell für den Nutztierarzt, das Gerüst der Erzählungen bilden. Ausgeschmückt werden die Darstellungen mit pointiert subjektiven, teilweise höchst emotionalen Wahrnehmungen des Autors, wobei dieser den Leser zu keiner Zeit im Zweifel über seine Meinung zu gewissen politischen Hintergründen lässt. Als „Zeitzeugenaussage“ gewertet, betont KÖPPs Subjektivität noch seine Glaubwürdigkeit. Indem der Autor rationale Darstellungen vermeintlich bewusst außen vorlässt, wird der Leser in die Welt des Sozialismus entführt, wobei er immer wieder auf die erlebten Schilderungen tierschutzwidriger Umstände stößt. Die Memoiren von KÖPP bieten eine interessante Darstellung der Zusammenhänge von Sozialismus, Planwirtschaft, Produktion und der Gesellschaft, wobei auch der Stellenwert des Tierschutzes mehrfach aufgegriffen wird – sei es indirekt durch die Berichte der teilweise gravierenden Missstände und ihrer Ursachen oder direkt – durch die Diskussion des Tierschutzes in der sozialistischen Gesellschaft. KÖPP arbeitet im Hinblick auf den Tierschutz heraus, dass in diesem der ethische Aspekt in der DDR keine Bedeutung hatte. Im Mittelpunkt jedweder Bemühungen um Veränderungen der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere stand offenbar eine Steigerung der Produktion, wobei der Tierschutzgedanke teilweise völlig vernachlässigt wurde. Verbesserungen bestimmter Umstände beziehungsweise Beseitigung von Missständen wurden scheinbar erst dann forciert, wenn die Ergebnisse bezüglich Leistung und Produktion sichtbar unzureichend ausfielen. Deutlich wird dabei wiederholt, welche Rolle der „Anlagentierarzt“ als „Produktionsorganisator“ einnahm, wenn er – wie so oft - mit den Konsequenzen unzureichender Haltungs- und Fütterungsbedingungen konfrontiert wurde. Des Weiteren schildert KÖPP Situationen, in denen praktizierende Tierärzte den teilweise fragwürdigen Entscheidungen im Hinblick auf den Tierschutz machtlos gegenüber standen und sogar als ausführendes Organ gegen ihre Überzeugungen handeln mussten.¹⁰² Einige der Darstellungen KÖPPs sollen in vorliegender Arbeit aufgegriffen werden. Sie sollen mit anderen Zeitzeugen diskutiert und mit deren Wahrnehmungen verglichen werden, um zu einem möglichst objektiven Ergebnis bei der Beurteilung der Tierschutzsituation in der DDR zu gelangen.

1.3.1 Selbsterzeugte Quellen

Da Tierschutz im Vergleich zu anderen Bereichen eine von der Öffentlichkeit weitgehend ferngehaltene Thematik war, sind die verfügbaren Quellen, ob archivalischer oder literarischer Natur, beschränkt und lückenhaft. In Lehrbüchern sowie in landwirtschaftlicher beziehungsweise veterinärmedizinischer Fachliteratur der DDR finden sich, wenn überhaupt, nur wenige kurze Absätze mit dem Terminus „Tierschutz“ als Leitwort. Oft findet man nur beim Lesen zwischen den Zeilen Hinweise auf tierschutzrelevante Themenbereiche. Um möglichst realistische Ergebnisse zu erzielen, wurden diverse Zeitzeugeninterviews durchgeführt. Die befragten Personen waren zum großen Teil in der DDR als Tierarzt tätig beziehungsweise waren dazumal Studenten der Veterinärmedizin. Weiterhin wurden Beschäftigte ehemaliger Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und direkt im Tierschutz tätige Personen befragt, die sowohl im privaten Bereich, auf kirchlicher Basis, als

¹⁰¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen

¹⁰² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 291

auch von staatlicher Seite beauftragt für den Schutz der Tiere Initiative ergriffen. Es wurde versucht, eine möglichst große Bandbreite von mit dem Tierschutz direkt und indirekt betrauten Personen zu befragen, um relativ vielfältige Erlebnisse und Gesichtspunkte einfließen lassen zu können, die die verschiedenen Positionen und Aufgaben der befragten Zeitzeugen reflektieren.

Die Schilderungen der Zeitzeugen stellten sich als naturgemäß vielfältig dar. Teilweise waren die Angaben verschiedener Befragter kontrovers. Es gab aber auch Bereiche, die tendenziell von den meisten Befragten ähnlich beantwortet wurden.¹⁰³

1.4 Methode

Zur Auswertung genannter Quellen wurde die Methode der historischen Quellenanalyse verwendet. Ergänzend zu den schriftlichen Quellen wurden Zeitzeugen zu speziellen tierschutzrelevanten Themenbereichen sowohl schriftlich als auch mündlich befragt. Einzelne Sachverhalte wurden anhand von Angaben aus der Sekundärliteratur präzisiert.¹⁰⁴ Anschließend wurde versucht, diese Aspekte anhand verfügbarer Quellen (sowohl gedruckte Quellen als auch Zeitzeugenaussagen) kritisch zu bewerten.

Um die Arbeit übersichtlicher zu gestalten, wurden Zitate in kursiver Schrift hervorgehoben. Hervorhebungen im Originalzitat durch kursive Schrift wurden unterstrichen, fettgedruckte Passagen wurden wiederum fettgedruckt dargestellt.

1.4.1 Methodische Probleme

In der zahlreichen veröffentlichten Literatur über Veterinärwesen und Landwirtschaft der DDR wird der Begriff „Tierschutz“ an sich kaum verwendet. Wenn überhaupt, so wird er am Rande erwähnt, dabei immer im Kontext mit Tiergesundheit und damit einhergehender Sicherung der Produktion. Da die Häufigkeit der Verwendung des Terminus „Tierschutz“ in der DDR in keinem Verhältnis zur gegenwärtigen Situation steht, war es teilweise schwierig, relevante Sekundärliteratur und das Thema betreffende Quellen ausfindig zu machen. Archivrecherchen waren nur dann ergiebig, wenn themenverwandte Findwörter wie beispielsweise „Tierverluste“, „Tiergesundheit“ oder „Tierhygiene“ genutzt wurden. Dieser Umstand führt dazu, dass die Resultate der vorliegenden Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da tierschutzrelevante Themen mit hoher Wahrscheinlichkeit Inhalte weiterer nicht gesichteter Quellen sind, welche den Begriff nicht ansatzweise erwähnen. Spezielle Einzelfälle, die einen zur beschriebenen Situation differenten Zustand beschreiben, können nicht ausgeschlossen werden.

Eine Schwierigkeit bei der Auswertung von Quellen war es, bestimmte Autoren zu identifizieren. Vor allem in Artikeln der Monatshefte, teilweise aber auch in der Sekundärliteratur erfolgte die Angabe der Autoren häufig mit Namenskürzeln. In einigen

¹⁰³ Beispielsweise Offenstallproblematik, Sauenhaltung, Existenz der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene.

¹⁰⁴ Auf Angaben aus der Sekundärliteratur wurde vor allem bei der Darstellung der gängigen Haltungsverfahren und Fütterungsverfahren bei Rind und Schwein zurückgegriffen.

Fällen war es trotz gründlicher Recherche nicht möglich, die Vornamen betreffender Autoren ausfindig zu machen.

Problematisch war auch, dass die in den Archiven gesichteten Quellen häufig nur unvollständig und als Auszug einer Korrespondenz vorlagen. Bestimmte Sachverhalte mussten aufgrund der verfügbaren Schriftstücke rekapituliert werden, weshalb eine lückenlose Darstellung nicht immer möglich war. Neben mancher im Sande verlaufenden Korrespondenz war es der Umstand fehlender Zeitzeugen, der eine lückenlose Aufarbeitung einzelner Fragen nicht immer möglich machte. Das betrifft vor allem Themen wie Ausbildung oder die Organisation des Tierschutzes, da einige der als Zeitzeugen in Frage kommenden Personen wie Bedienstete der Ministerien oder Lehrende der veterinärmedizinischen Ausbildungsstätten bereits verstorben sind.

Zu einzelnen Themen waren trotz intensiver Recherchen weder in den Archiven noch in der sozialistischen Sekundärliteratur kaum aussagekräftige Angaben auffindbar. Teilweise wurde deshalb ergänzend Literatur der Bundesrepublik Deutschland hinzugezogen, welche die Landwirtschaft der DDR beinhaltet.¹⁰⁵ Zu beachten ist dabei, dass in dieser Literatur die Herkunft der Angaben nicht immer quellenmäßig belegt wurde. Subjektive Darstellungen sind deshalb nicht ausgeschlossen.

Mehrere der untersuchten Sachverhalte wurden aus Sicht des heutigen, ethisch geprägten Tierschutzes beurteilt, in dessen Fokus das Prinzip der Leidensvermeidung steht.¹⁰⁶ Eine der größten Herausforderungen beim Verfassen vorliegender Arbeit war, eine sachliche, möglichst objektive Darstellung verschiedener Themen und Vorkommnisse zu erstellen. Die Schwierigkeiten dabei ergaben sich aus mehreren Gründen:

1. Tierschutz völlig frei von Emotionen und ohne ethisch-politisch motivierte, persönliche Wertung zu diskutieren, wird kaum gelingen.
2. Jede Gesellschaft befindet sich zu jeder Zeit im Wandel. Diese Entwicklung beeinflusst selbstverständlich auch die Einstellung zum Tier. Aspekte, die von uns aus aktuellem Stand heraus als grotesk beurteilt werden, wurden in der damaligen Zeit möglicherweise aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Situation als Notwendigkeit gesehen und keineswegs in Frage gestellt. Gleiches gilt auch für jegliche Aspekte, die sich auf „optimierte“ Haltung beziehen. Diese wird in Abhängigkeit der jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen definiert. Es wurde deshalb im Rahmen der Arbeit versucht, auch Punkte herauszuarbeiten, die bereits in der damaligen Zeit öffentlich oder hinter vorgehaltener Hand kritisiert wurden. Gleichzeitig wird auf Aspekte eingegangen, die als Konsequenz der politischen Entwicklung kaum anders zu erwarten waren.
3. Bei der Diskussion der tierschutzrelevanten Punkte werden teilweise Begriffe verwendet, die so im untersuchten Zeitraum nicht existierten. Beispiele sind der Begriff des „Tierwohls“ sowie „ethischer“ oder „ökonomischer Tierschutz“.
4. Für einige angesprochene Einzelfälle standen ausschließlich die Schilderungen eines Zeitzeugen zur Verfügung. Diese repräsentieren immer die rein subjektive Wahrnehmung dieser einen Person. Die Schilderungen sind stets beeinflusst von den Empfindungen der Person im Augenblick des Erlebens und auch derselben zum Zeitpunkt des Erzählens, weshalb eine wertungsfreie Darstellung solcher Sachverhalte nicht möglich ist. Dieser Aspekt verdeutlicht die Existenz der von Regina BORNEMANN, Martin Fritz BRUMME

¹⁰⁵ Vorrangig handelt es sich dabei um die Schrift: Autorenkollektiv (1980), in: BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: industriemäßig betriebene tierische Agrarproduktion.

¹⁰⁶ Siehe u. a. SCHNEIDER, M. (2001) in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden, S. 229

und Johann SCHÄFFER erwähnten Gefahr des „*Verlusts an Objektivität und kritischer Distanz*“¹⁰⁷, welche bei der Schaffung selbsterzeugter Quellen auftreten kann. Diese erhöht sich nach Ansicht der Autorin vor allem dann, wenn das Zeitzeugeninterview von einer Sympathie zum Befragten getragen wird und dieser die eigenen Erlebnisse hochgradig emotional gefärbt darstellt.

5. Die Angaben der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) müssen ebenfalls kritisch betrachtet werden. Die Darstellungen erfolgten parteigetreu und enthalten deshalb subjektive Wertungen.

Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit häufiger verwendeten Begriffe „Tierschutzproblem“, „tierschutzwidrig“, „tierschutzrelevant“ und verwandte Termini beziehen sich auf durch den Menschen verursachte Beeinträchtigungen des Wohlbefindens der Tiere in unterschiedlicher Ausprägung.

Der ebenfalls in einzelnen Abschnitten verwendete Terminus „Technopathie“ umschreibt haltungsbedingte Erkrankungen beziehungsweise Verletzungen und Verhaltensstörungen.¹⁰⁸

Anhand ausgesuchter Fallbeispiele, die hauptsächlich aus Unterlagen des Stasiarchives rekrutiert wurden, sollen verschiedene tierschutzrelevante Situationen dargestellt werden. Dabei wurde versucht, in erster Linie systembedingte Tierschutzfälle auszuwählen, die keine Einzelfälle darstellten, sondern die „typische“ Probleme der damaligen Situation in der DDR repräsentieren. Vereinzelt wurden Geschehnisse aufgeführt, die bezeichnend dafür waren, welche politischen Konsequenzen einzelne vermeintlich harmlose Aktivitäten für den sich im Sinne des Tierschutzes engagierenden DDR-Bürger haben konnten.

1.4.2 Chronologisches Vorgehen

Der in vorliegender Arbeit betrachtete Zeitraum umfasst die Zeit von 1945-1990. Die Darstellung des Tierschutzes auf dem Gebiet der DDR orientiert sich an der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Die Analyse der Haltung der landwirtschaftlichen Nutztiere Rind und Schwein erfolgt bezogen auf die landwirtschaftliche Entwicklung und damit einhergehende Neuerungen. Die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR verlief in mehreren Etappen, an denen sich die Untersuchungen im Hinblick auf den Tierschutz orientieren. Damit erwies sich eine Einteilung der zeitlichen Abläufe in folgende Abschnitte als günstig: 1. Periode der Bodenreform (1945-1952), 2. Periode der Kollektivierung (1952-1960), 3. Phase der Konsolidierung mit dem Ergebnis der Konzentration und Spezialisierung (1960-1970), 4. Industrialisierung (1970er und 1980er Jahre). Die vierte, durch Industrialisierung und Spezialisierung gekennzeichnete Etappe lässt sich in zwei zeitliche Abschnitte teilen, die für die Tierhaltung von Relevanz waren: die Phase des Gigantismus, welche bis zum Tod Gerhard GRÜNEBERGs beziehungsweise bis zum X. Parteitag der SED 1981 andauerte und die Phase der Abkehr vom Gigantismus, die auf den Zeitraum von 1981-1989 fiel.

Das Veterinärwesen der DDR war dem Landwirtschaftsministerium unterstellt.¹⁰⁹ Das in der Arbeit mehrfach erwähnte Ministerium trug bis 1960 die Bezeichnung „Ministerium für

¹⁰⁷ BORNEMANN, R., BRUMME, M. F. und SCHÄFFER, J. (1994) in: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994), Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, Oral History, S. 171

¹⁰⁸ Siehe z. B. WIESNER, E. und RIBBECK, R. (1999), Lexikon der Veterinärmedizin, S. 1433

¹⁰⁹ Die genaue Entwicklung wird beispielsweise dargestellt in: AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001),

Landwirtschaft“ (MLF). Laut Beschluss des Präsidiums des Ministerrates wurde es im März 1963 umbenannt zum „Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft“ (MLEF). Nach dem VIII. Parteitag der SED 1963 erfolgte die Umbenennung der Institution zum „Ministerium für Land, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft“ (MLFN), was bis zur Wende fort galt.¹¹⁰ In vorliegender Arbeit wird jeweils die Bezeichnung verwendet, welche dem jeweiligen betrachteten Zeitabschnitt entspricht, vereinzelt wird die allgemeine Bezeichnung „Landwirtschaftsministerium“ verwendet.

1.4.3 Fragestellungen und tierartbezogene Eingrenzungen

Vorliegende Arbeit besteht aus zwei Schwerpunktthemen. Im ersten Teil werden die gesellschaftliche und politische Entwicklung der DDR und ihre Auswirkungen auf Landwirtschaft und Veterinärwesen untersucht, da diese den Tierschutz in der sozialistischen Gesellschaft maßgeblich beeinflussten. Anschließend erfolgen eine Analyse der gesetzlichen Grundlagen des Tierschutzes in der DDR, seiner Organisation und die Beurteilung seines Stellenwertes in der Ausbildung. Es soll anhand dieser Schwerpunkte erforscht werden, wie der Tierschutzgedanke im politischen System der DDR formuliert, beurteilt und umgesetzt wurde. Im zweiten Teil der Arbeit wird untersucht, unter welchen Bedingungen die Tierarten Rind und Schwein in der sozialistischen Landwirtschaft gehalten wurden. Die sich daraus eventuell ergebenden tierschutzrelevanten Folgen sollen im Mittelpunkt der Analyse stehen. Die Auswahl dieser beiden Spezies erfolgte aufgrund der hohen ökonomischen Relevanz, welche diese für das Land hatten. Beide Tierarten eignen sich hervorragend, um beispielhaft die zentralen Probleme mit Tierschutzrelevanz darzustellen, welche systembedingt auftraten. Es sprengt den Rahmen einer Dissertation, mehr als zwei Tierarten im Hinblick auf Tierschutzaspekte tiefgründig zu untersuchen. Nicht thematisiert werden andere für die DDR wirtschaftlich relevante Tierarten wie Geflügel, Schafe oder Kaninchen sowie Pelztiere. Außen vorgelassen werden weiterhin die Thematiken Tierversuche, Jagd und Pferdebeziehungswise Hundesport. Auch die Heim- und Hobbytierhaltung im Speziellen stellt einen eigenen Themenbereich dar, der kein Gegenstand folgender Untersuchungen sein wird. Das bedeutet gleichzeitig, dass weitere Forschungen, bezogen auf andere Tierarten, ebenso lohnend sein könnten.

Weitere Kernfragen der Untersuchung sind die Darstellung charakteristischer Merkmale eines „marxistischen“ Tierschutzkonzeptes, sofern dieses existierte und die Rolle des Tierschutzes aufgrund der bestehenden Mensch-Tier-Beziehung im Sozialismus. Weiterhin wird der Tierschutz als Aufgabe des tierärztlichen Berufsstandes betrachtet und untersucht, ob spezielle tierärztliche Tierschutzkonzepte vorhanden waren.

Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945- 1965 und LAMBRECHT, H. (1977) in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die Landwirtschaft der DDR, S. 85

¹¹⁰ LAMBRECHT, H. (1977) in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1977), Die Landwirtschaft der DDR, S. 85

2. Politisch-ideologische Grundlagen der SBZ und DDR und deren Einfluss auf den Tierschutz im Rahmen der Entwicklung von Landwirtschaft und Veterinärwesen

2.1 Allgemeine Betrachtung

Die Agrarpolitik der Sowjetischen Besatzungszone und später der DDR hatte eine hohe Bedeutung im wirtschaftlichen und ideologischen System des Landes. Als theoretische Grundlage diente die von Karl MARX, Friedrich ENGELS und Wladimir Iljitsch LENIN begründete Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Landwirtschaft spielte in der DDR als Rohstofflieferant für die Industrie und Nahrungsmittelproduktion eine wichtige ökonomische Rolle. Das Ziel der DDR und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, eine Eigenversorgung an Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln zu erreichen, sollte durch „sozialistische Intensivierung“¹¹¹ erreicht werden. Weiterhin sollten die Lebensbedingungen auf dem Land denen der Stadt angeglichen werden. Dabei war das Ziel in Industrie und Landwirtschaft, von anderen Ländern, vornehmlich dem nicht sozialistischen Ausland, weitgehend eine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen, wie folgender Merksatz aus einem sozialistischen Lehrbuch demonstriert: „*Es ist volkswirtschaftlich vorteilhafter, unsere sozialistische Landwirtschaft mit mehr und besseren Produktionsmitteln zu fördern statt Nahrungsgüter, die wir selbst erzeugen können, einzuführen*“.¹¹² Dies sollte durch Intensivierung der Landwirtschaft und den Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden auf dem Wege der Kooperation verwirklicht werden. Als vordergründige Aufgaben wurden Ertragssteigerung, Zunahme der Effektivität der landwirtschaftlichen Produktion, Spezialisierung und Konzentration genannt. Ein „volkswirtschaftlicher Agrar-Industriekomplex“ sollte herausgebildet werden.¹¹³ Basierend auf Grundlagen der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie wurden die Ziele der Landwirtschaft formuliert und versucht, sie umzusetzen. Die politische Ökonomie galt als eine der drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus, der die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse im Sozialismus war. Die Arbeiterklasse hatte in der DDR eine Führungsposition und sollte vorrangig die Aufgaben und das Programm der SED ausführen.¹¹⁴ Zur Arbeiterklasse gehörten unter anderem Parteifunktionäre verschiedener Positionen, Bedienstete der Armee beziehungsweise Polizei und Mitarbeiter der Staatssicherheit, wobei deren Schulabschluss und berufliche Qualifikation nicht relevant waren. Vorteile, welche sich aus der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse ergaben, galten für diese Bürger uneingeschränkt.¹¹⁵ Die Agrarpolitik der SED basierte auf den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus.¹¹⁶ In Folge der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wurden bäuerliche Kleinbetriebe verstaatlicht. Privateigentum wurde sowohl in „*staatliches als auch genossenschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln*“¹¹⁷ überführt. Die Machthaber beabsichtigten, eine durch die Umstrukturierung entstehende „Klasse der Genossenschaftsbauern“ zu rekrutieren. Um die Landbevölkerung ohne größere Widerstände von den Vorteilen dieser Gesellschaftsordnung zu überzeugen, wurde ihnen politisches Mitspracherecht versprochen. In marxistisch-leninistischen Schriften werden die

¹¹¹ MÜLLER, P. et al. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 12

¹¹² MÜLLER, P. et al. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 12

¹¹³ MÜLLER, P. et al. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 13

¹¹⁴ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 65

¹¹⁵ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 31

¹¹⁶ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 65

¹¹⁷ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 657

Genossenschaftsbauern dementsprechend als „*enger Bündnispartner der führenden Arbeiterklasse*“ dargestellt, welche zur aktiven Teilnahme „*an der Ausübung der politischen Macht*“¹¹⁸ aufgefordert waren. In dieser Konstellation sollte die Landwirtschaft der DDR gestärkt und die Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten stabilisiert werden. Eine zunehmende Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion sollte nach sozialistischer Meinung durch eine „*Ausschöpfung des Leistungsvermögens der Kulturpflanzen und der Nutztiere*“¹¹⁹ realisiert werden. Der Übergang zur industrialisierten Landwirtschaft wurde schrittweise geplant. Die wesentlichen Etappen der landwirtschaftlichen Umgestaltung werden im Folgenden behandelt.

2.2 Geschichtlicher Abriss der Entwicklung der Landwirtschaft in der SBZ und DDR und ihre Hintergründe

Die Entwicklung der Landwirtschaft nach 1945 bis 1989 gliederte sich in drei wesentliche Perioden: die Bodenreform, die Kollektivierung und die Industrialisierung, wobei die Industrialisierungsperiode zweiphasig verlief. Die verschiedenen Entwicklungsperioden werden im Folgenden im Überblick dargestellt.

Erste Periode: Die Bodenreform

Um eine Steigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion zu realisieren, sollte die Nutzung der limitierten Bodenfläche so effektiv wie möglich erfolgen. Die Grundlage einer „Lösung der Bodenfrage“¹²⁰ sahen Karl MARX, Friedrich ENGELS und Wladimir Iljitsch LENIN in der „*Gestaltung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden*“.¹²¹ Die so in die Wege geleitete erste Entwicklungsperiode, die sogenannte demokratische Bodenreform,¹²² begann 1945 und lief auf die Aufteilung von Großgrundbesitz hinaus. Nach Ansicht LENINs sollten die Bauern hierfür in verschiedene Klassen eingeteilt werden. Die Bauern mit kleinem Besitz sowie Landarbeiter ohne nennenswertes Eigentum galten als Verbündete der Arbeiterklasse und sollten daher in größtem Maße unterstützt werden. Bauern mit mittelgroßem Besitz sollten politisch und wirtschaftlich so gelenkt werden, dass sie eine neutrale Position einnehmen würden. Die Großbauern hingegen sollten zurückgedrängt werden, um die bestehenden dörflichen Strukturen zu zerstören und durch neue zu ersetzen, die dem Bild der kommunistischen Weltanschauung entsprachen. Unter „Großbauern“ verstand man nach Definition der SED Betriebe mit mehr als 20 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, in denen Lohnarbeiter beschäftigt waren.¹²³ Die Bodenreform dauerte bis zum Anfang der fünfziger Jahre und führte zum Aufbau einer Landwirtschaft mit überwiegend kleinen bis mittleren Betrieben. Dazu waren vermeintliche Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher und Betriebe mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entschädigungslos enteignet worden. Die Flächen, aber auch Vermögen und Inventar wurden anschließend Flüchtlingen, Landarbeitern und Kleinbauern übereignet. Politisches Ziel der

¹¹⁸ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 657

¹¹⁹ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 660

¹²⁰ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 12

¹²¹ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 12

¹²² MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 13

¹²³ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 32

Reform war vorrangig die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Unterstützung und Stärkung der Neubauern.¹²⁴ Oft wurde die Enteignung mit nationalsozialistischen Sympathien beziehungsweise Aktivitäten der Gutsbesitzer begründet. Die Realität sah so aus, dass selbst ehemalige aktive Gegner des Nationalsozialismus und jüdische Großgrundbesitzer im Rahmen der Bodenreform enteignet wurden.¹²⁵ So wurden 7160 Großgrundbesitztümer und 4537 kleinere Privatbetriebe aufgelöst und umverteilt.¹²⁶ Im Ergebnis entstanden 209.000 Neubauernstellen, die durchschnittliche Fläche ihrer Betriebe betrug 7,7 Hektar.¹²⁷ Weiterhin wurden 80400 kleinbäuerliche Betriebe um ungefähr 3,4 Hektar aufgestockt.¹²⁸ Ungefähr ein Drittel der Fläche wurde Staatseigentum, auf denen Staatsbetriebe, die Volkseigenen Güter¹²⁹, neu gegründet wurden. Die VEG dienten der Produktion von Saat- und Pflanzgut sowie Nutz- und Zuchttieren. Sie galten als Musterbetriebe für die Neubauern und spielten später eine fördernde Rolle bei der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Bald darauf wurde diese „individuelle bäuerliche Warenproduktion“¹³⁰ dahingehend verändert, dass die VEG und die neu gegründeten Maschinen-Ausleih-Stationen¹³¹ die Bauern „von den Vorteilen gemeinsamen Handelns“¹³² überzeugen sollten. Auch das Herbeiführen einer wirtschaftlich schwierigen Situation für die Kleinbetriebe gilt bei vielen Kritikern als Teil des damals existierenden politischen Planes. Fehlende landwirtschaftliche Kenntnisse der Neubauern, mangelhafte Ausstattung mit Arbeitsmitteln wie Vieh und Gerätschaften sowie Auflagen, die mit der Vergabe des Bodens an die neu erschaffenen Betriebe verbunden waren, führten dazu, dass bis 1952 fast ein Drittel der Neubauern ihre Höfe wieder aufgaben.¹³³ Die noch bestehenden größeren und wirtschaftlich erfolgreicher arbeitenden Höfe wurden durch übermäßige Ablieferungssollvorschriften in die finanzielle Misere gebracht.¹³⁴ Ein Beschluss der Regierung beinhaltete beispielsweise, einen „Kampfplan zur Bildung und allseitigen Unterstützung der LPG“ zu erarbeiten und umzusetzen. Inhalte solcher Pläne waren unter anderem „Maßnahmen zu strenger Kontrolle über die Bestimmungen zur Ablieferung pflanzlicher und tierischer Produkte“.¹³⁵ Pflichtablieferungen sollten einerseits der Ernährung der Bevölkerung dienen, andererseits wurden sie als Instrument zur Manipulation der wirtschaftlichen Stabilität größerer Betriebe genutzt.¹³⁶

Zweite Periode: Die Kollektivierung

Die Herbeiführung wirtschaftlicher Engpässe sowohl in kleinen Betrieben als auch bei den Großbauern erwies sich ebenfalls als politisches Kalkül. Mit dem Beginn der Bildung von Genossenschaften wurde den Bauern im Falle des Eintritts in die LPG eine Vielzahl von Vergünstigungen zugesprochen. Neben Krediterlass, bevorzugter Belieferung mit Saatgut und Gerätschaften, der Nutzung von Maschinen der MAS, kostenloser tiermedizinischer

¹²⁴ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 67

¹²⁵ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 70

¹²⁶ KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 103- 104

¹²⁷ KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 79- 80

¹²⁸ KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 79- 80

¹²⁹ Volkseigene Güter = VEG

¹³⁰ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 13

¹³¹ Maschinen-Ausleih-Stationen = MAS, spätere Maschinen-Traktor-Stationen = MTS

¹³² MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 13

¹³³ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 81

¹³⁴ SCHIER, B. (2008) in: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.) (2008), Blätter zur Landeskunde, S.2

¹³⁵ KREUZIG, W.- C. (1985), Die Entwicklung der Landwirtschaft, S. 6

¹³⁶ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 40

Betreuung und dem Erlass von Zahlungsverpflichtungen der Bodenreform wurde den Bauern ein Anreiz gegeben, der Genossenschaft beizutreten. Die Bauern sollten so schrittweise an die sozialistische Großproduktion herangeführt werden. 1952 entstanden in den Dörfern der DDR nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen die ersten „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“¹³⁷. Damit begann die Periode der Kollektivierung.¹³⁸

Politisch orientierte man sich währenddessen an den Ideologien nach russischem Vorbild, wie folgende Erklärung aus einem sozialistischen Lehrbuch aufzeigt: *„Die Bodenfrage ist nach Ansicht Lenins endgültig gelöst, wenn die Bauern im Bündnis und unter der Führung der Arbeiterklasse die Agrarproduktion in sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben organisieren.“*¹³⁹ Um dieses Ziel zu erreichen, sollte nach dem von LENIN entwickelten „Leninschen Genossenschaftsplan“ vorgegangen werden. Dieser orientierte sich an Prinzipien, die bereits von MARX und ENGELS aufgestellt worden waren.¹⁴⁰ Das Grundanliegen des Planes lag offiziell darin, die Differenzen *„zwischen Stadt und Land verschwinden zu lassen“* und *„die Rückständigkeit des Dorfes zu beseitigen“*.¹⁴¹ An anderer Stelle findet man als Begründung dieser Planziele die enge Einbindung des *„sozialistischen Dorfes“* in die zentrale Planwirtschaft, welches unter der Führung der Arbeiterklasse im Sinne der KPD¹⁴² seiner *„traditionellen Autonomie beraubt“* werden sollte.¹⁴³ Dabei sollte offiziell das Bündnis zwischen führender Arbeiterklasse und Klasse der Genossenschaftsbauern gefestigt und weiterentwickelt werden, welches letztlich auf die Formierung eines Arbeiter- und Bauern-Staates abzielte. Kritiker erwähnen jedoch, dass Bodenreform und Kollektivierung zusammenhängende Teile eines Planes war, welcher *„die komplette Liquidierung der selbständigen Bauern als Klasse“*¹⁴⁴ zum Ziel hatte. Demnach waren die Bauern nach der Ideologie von Marx *„eine zu bekämpfende Klasse“*¹⁴⁵, weil sie über die von ihnen bewirtschafteten Flächen und über ihre „Produktionsmittel“ selbst verfügten. Diese „kapitalistischen“ Strukturen sollten durch die Strategien Lenins in zwei Schritten abgeschafft werden: Im ersten Schritt sollten die Groß- und Mittelbauern enteignet und vertrieben, die kleinbäuerlichen Betriebe hingegen aufgebaut und gestärkt werden. Im zweiten Schritt war dann nach den Worten des Autors Michael BELEITES die *„faktische Enteignung des gesamten Bauernstandes mit dem Ziel seiner Proletarisierung und der hierfür erforderlichen Konzentration und Industrialisierung der gesamten Landwirtschaft“*¹⁴⁶ vorgesehen. In der Sowjetunion war dieser Plan bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren umgesetzt worden.¹⁴⁷

Selbst in einschlägiger sozialistischer Literatur wird erwähnt, dass der Übergang von privater Kleinwirtschaft zu genossenschaftlicher Produktion mit Übereignung der Betriebe in Staatshand nicht überall unproblematisch abgelaufen war. So heißt es im Werk *Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus*: *„Es bedurfte großer Anstrengungen, um überlebte Denk- und Verhaltensweisen abzubauen, feindliche Einflüsse zurückzudrängen und die bestehenden Genossenschaften zu festigen.“*¹⁴⁸ Jeglicher Individualismus sollte

¹³⁷ Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften = LPG

¹³⁸ KREUZIG, W.- C. (1985), Die Entwicklung der Landwirtschaft, S. 19

¹³⁹ MÜLLER, P. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 20

¹⁴⁰ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 419

¹⁴¹ MÜLLER, P. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 25

¹⁴² KPD = Kommunistische Partei Deutschlands

¹⁴³ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S.19

¹⁴⁴ BELEITES, M. In: SCHÖNE, J.(2008), Das sozialistische Dorf, S. 9

¹⁴⁵ BELEITES, M. In: SCHÖNE, J.(2008), Das sozialistische Dorf, S. 10

¹⁴⁶ BELEITES, M. In: SCHÖNE, J.(2008), Das sozialistische Dorf, S. 10

¹⁴⁷ BELEITES, M. In: SCHÖNE, J.(2008), Das sozialistische Dorf, S. 10-11

¹⁴⁸ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 421

unterbunden werden, um die Bauern gänzlich der Kontrolle des Staates zu unterwerfen. Wurde genehmigt, dass in die Genossenschaften eingebrachter Boden vorübergehend privat genutzt wurde, musste neben Entschädigungen eine Bodennutzungsgebühr bezahlt werden. Diese lag nach der Gesetzgebung der DDR für einen vorübergehenden Entzug je Hektar und Jahr bei 5000 Mark, für einen ständigen Bodenzug bei 30000-400000 Mark je Hektar.¹⁴⁹ An anderer Stelle wurde betont, dass man den Genossenschaftsplan nur unter bestimmten Voraussetzungen verwirklichen könne: *„Nur bei Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit-Freiwilligkeit heißt hier jedoch keinesfalls Selbstlauf- kann der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden erfolgreich beschrritten werden.“*¹⁵⁰ In der Realität war vom „freiwilligen“ Beitritt der Bauern zur LPG jedoch offenbar kaum etwas zu bemerken. Die Vorgehensweise der Machthaber wird von vielen Zeitzeugen anders geschildert. So berichtet ein Tierarzt von den üblichen „Überzeugungs“methoden: *„Die Werbung der Bauernfamilien ging so vor sich, daß einige Leute, meist von ihrer Idee fest überzeugte Genossen, bei den Bauern aufkreuzten und solange auf sie einredeten, bis die Unterschrift unter der ‚freiwilligen Eintrittserklärung‘ stand.“*¹⁵¹ Ihren Höhepunkt erfuhr die Kollektivierungswelle 1960, nachdem auf dem VII. Parteitag der SED im Dezember 1959 die *„abschließende Umgestaltung der Landwirtschaft“*¹⁵² beschlossen worden war. BELEITES beschreibt das darauf folgende, rigorose Vorgehen im Jahre 1960: *„Jegliche Gesetzlichkeit verlor ihre Bedeutung, die Dörfer wurden mit Zwangsmaßnahmen überzogen und mehr als 400 000 Bauern innerhalb weniger Monate zur Aufgabe ihrer Betriebe genötigt.“*¹⁵³

Diese zweite Entwicklungsphase war mit der „Vollkollektivierung“ beendet. Im Verlauf dieser Etappe waren alle Bauern in Genossenschaften zusammengeschlossen worden. Das Resultat wurde als „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande in Form der Vollgenossenschaftlichkeit“ bezeichnet. Die Machthaber nutzten als verherrlichende Metapher des erreichten Zieles die Phrase „Sozialistischer Frühling auf dem Lande“.¹⁵⁴ Die systematische Zwangskollektivierung nach dem Vorbild der Sowjetunion konnte aufgrund des Volksaufstandes vom Juni 1953 nicht stattfinden. Die Vollendung der Kollektivierungsperiode fand somit erst 1960 statt. Michael BELEITES beschreibt diese abschließende Phase der Zwangskollektivierung *„als eine beispiellose, von Stasi, Volkspolizei und zahlreichen ‚Agitatoren‘ getragene Repressionswelle von Nord nach Süd durch die DDR“*.¹⁵⁵ Im Mai 1960 wurde die Kollektivierung als beendet erklärt. Mehr als 800.000 privat wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe waren im Zuge der Kollektivierung in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften integriert worden.¹⁵⁶

Die LPG-Typen

In der DDR wurden ab dem Sommer 1952 die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach den Prämissen der SED gegründet. Es wurden zunächst drei verschiedene Typen von LPG gebildet, welche sich im *„Vergesellschaftungsgrad an Produktionsmitteln“*¹⁵⁷ und der Entlohnung der Genossenschaftsmitglieder unterschieden.

¹⁴⁹ MÜLLER, P. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 25

¹⁵⁰ MÜLLER, P. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 29

¹⁵¹ WEBER, K. (1994), VETimpulse 3, Nr.2, S. 11

¹⁵² PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 52

¹⁵³ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 21

¹⁵⁴ KREUZIG, W.- C. (1985), Die Entwicklung der Landwirtschaft, S. 19

¹⁵⁵ BELEITES, Michael in: Schöne, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 11-12

¹⁵⁶ SCHÖNE, J. (2010), Frühling auf dem Lande?, S. 9

¹⁵⁷ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S.106

Beim Typ I wurde der Boden der Bauern, beim Typ II ihre landwirtschaftlichen Maschinen, Gerätschaften und Zugtiere, beim Typ III letztendlich die Gesamtheit des Betriebes mit Vieh, Maschinen, Gebäuden und allen Flächen, inklusive Wald, eingebracht. Während in der LPG Typ I die Höhe des Lohnes zu 40% von dem Anteil des eingebrachten Bodens und zu 60% von der geleisteten Arbeit abhing, ging der Bodenanteil beim Typ III nur noch zu 20% in die Entlohnung ein. 80% dagegen resultierten hier aus der erbrachten Arbeitsleistung. LPG Typ II berechnete den Lohn zu 30% aus dem Anteil eingebrachten Bodens.¹⁵⁸ Der politische Hintergrund der Existenz dreier LPG-Typen war, mittels der Typen I und II die noch unentschlossenen Bauern mit möglichst wenig Widerstand an gemeinschaftliches Arbeiten und Denken schrittweise heranzuführen, wobei dies nur als Übergangslösung dienen sollte. Ziel war, in absehbarer Zeit ausschließlich Betriebe vom Typ III zu bewirtschaften.¹⁵⁹ Ab Mitte der sechziger Jahre schlossen sich zunehmend LPG Typ I mit Typ II zusammen. Dies wurde von Staatsorganen durchgesetzt.¹⁶⁰ Nachdem in den Jahren nach der Vollkollektivierung zuerst die LPG Typ I überwogen, reduzierte sich ihre Anzahl nach und nach. In den siebziger Jahren wurden die meisten noch bestehenden LPG Typ I in die LPG Typ III integriert, auch wenn dies oft nicht völlig freiwillig geschah.¹⁶¹ Offiziell, beispielsweise gegenüber der BRD, wurde die Motivation zum Übergang in LPG vom Typ III von den Machthabern als Fortschritt dargestellt, der allein in der Hand der Bauern liegen sollte: „Die meisten in Typ I wirtschaftenden Bauern haben die Vorteile einer Genossenschaft vom Typ III längst erkannt.“ (...) „Diese Entscheidung ist ausschließlich Sache der Genossenschaftsmitglieder selbst. Niemand bevormundet sie oder forciert gar den Schritt zu einem höheren Typ.“¹⁶² In der Realität war es laut Zeitzeugenaussagen so, dass diese kleinen Betriebe lediglich formal als LPG eingestuft wurden. Wolfgang KÖPP berichtet, dass die Bauern getreu dem Motto „LPG Typ I, jeder macht seins.“¹⁶³ ihre Eigenständigkeit bewahren und ihre Betriebe weitgehend individuell weiter führen konnten. Die kleinen landwirtschaftlichen Anwesen, die einzelbäuerlich weiter wirtschafteten, arbeiteten trotz kleiner Betriebsgröße und kleinem Nutztierbestand meist mit hoher Effizienz und hatten damit eine nicht unerhebliche Bedeutung bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Die sich vor allem in der Tierproduktion niederschlagenden guten Ergebnisse waren vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass aufgrund der geringen Tierzahl das Einzeltier besonders betreut wurde und eine engere Mensch-Tierbeziehung als in Großanlagen bestand. Auch war die Motivation zur guten Arbeit auf der vermeintlich „eigenen Scholle“ höher.¹⁶⁴ Das individuelle Wirtschaften war politisch jedoch nicht gewollt, was einer der Hauptgründe dafür war, dass die LPG Typ I schrittweise reduziert werden sollten. Trotz großem Widerstands der Bauern dieser LPG, welche wenig Interesse an einer Fusion mit zumeist wirtschaftlich schlechter dastehenden LPG Typ III hatten, setzte die SED schlussendlich die Beseitigung der meisten LPG Typ I durch.¹⁶⁵ Außer einer begrenzten Anzahl Nutztiere und einer Fläche von meist circa einem halben Hektar zur Gestaltung ihrer „persönlichen Hauswirtschaft“¹⁶⁶ ging alles landwirtschaftliche Habe in die Genossenschaft des höheren Typs ein. Die Mehrzahl der Mitglieder einer LPG Typ III verfügten über eine

¹⁵⁸ KRIENER, A. und SPIECKERMANN, H. (1970), LPG Bauer auf neue Art, S. 34-35

¹⁵⁹ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 47

¹⁶⁰ <http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk199805051bvr113194.html>

¹⁶¹ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 63

¹⁶² KRIENER, A. und SPIECKERMANN, H. (1970), LPG Bauer auf neue Art, S. 35-36

¹⁶³ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 69

¹⁶⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähreschern und Musterdörfern, S. 99 und KÖPP, W. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 04.07.2013

¹⁶⁵ HEINZ, M. (2011), Von Mähreschern und Musterdörfern, S. 99-116 und PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 63

¹⁶⁶ KRIENER, A. und SPIECKERMANN, H. (1970), LPG Bauer auf neue Art, S. 37

individuelle Landwirtschaft. Hier konnten die Bauern zu Hause nach Feierabend Gartenbau und eine kleine Nutztierhaltung betreiben und sich selbst so mit Lebensmitteln versorgen beziehungsweise etwas dazuverdienen.¹⁶⁷

Tierschutzrelevante Folgen der Kollektivierung

Die verloren gegangene Individualität der Bauern hatte weitgehende Konsequenzen, welche auch für den Tierschutz bedeutsam waren. Der Bauer des Sozialismus wirtschaftete nicht mehr in seine eigene Tasche. Handeln und Denken hatten im Sinne der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erfolgen, alle Aktivitäten sollten der Genossenschaft zugute kommen. Das führte nicht selten zu innerem und teilweise auch offen nach außen getragendem Widerstand des Einzelnen. Resignation, Verbitterung und Antriebslosigkeit waren offenbar häufig auftretende Phänomene bei den ehemals eigenverantwortlich und frei wirtschaftenden Bauern. Alkoholismus und gehäufte Ausfälle wegen Krankheit waren vor allem in den LPG Gang und Gäbe.¹⁶⁸ So scheint es kaum überraschend, dass beispielsweise der Milchertrag am Wochenbeginn mancherorts regelmäßig messbar höher lag als am Wochenende. Ein Melker berichtete während einer Tagung 1960 folgendes: „*Wir wollen uns nichts darüber vormachen, dass wir noch Melker im Stall haben, die eben nicht mit Leib und Seele Melker sind, die nur des Geldes wegen diese Arbeit durchführen, sie aber an den Sonntagen und Feiertagen oft vernachlässigen.(...) Ich kann Ihnen sagen, es sieht in manchen Genossenschaften in dieser Beziehung katastrophal aus. Wenn die Regierung davon Kenntnis hätte, würden uns allen die Haare hochgehen. Es gibt Genossenschaften, die nicht einmal wissen, - sie haben 700 Kopf Rindvieh - ob sie diese Tiere überhaupt den Winter über durchfüttern können.*“¹⁶⁹

In der sozialistischen Literatur der siebziger und achtziger Jahre wurde betont, dass der Zusammenschluss der Bauern in LPG nach dem Prinzip der Freiwilligkeit abgelaufen wäre. Dabei sei der eingebrachte Boden zwar weiterhin persönliches Eigentum geblieben, die Nutzung der Fläche hatte aber im Interesse der Genossenschaft zu erfolgen.¹⁷⁰ Tatsächlich wurde der Beitritt der Bauern zur LPG jedoch vielerorts erzwungen. Bereits Anfang der fünfziger Jahre zeigte sich, dass die Bauern teilweise erheblichen Widerstand gegen die Bestrebungen der Kollektivierung zeigten. Von der Regierung wurden entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Bauern von der Notwendigkeit zur „*gemeinschaftlichen Großproduktion*“¹⁷¹ zu „überzeugen“. Bauern, die bisher erfolgreich gewirtschaftet hatten, waren in den meisten Fällen nicht an einem Beitritt zur LPG interessiert. Bereitwillig traten vor allem solche Bauern ein, deren Höfe aus verschiedenen Gründen vor dem wirtschaftlichen Ruin standen. Ein Zeitzeuge berichtet dazu: „*Es waren meist Neubauern, die ehemalige Gutsarbeiter waren oder aus artsfremden Berufen kamen. Sie hatten ohne größeren Zwang ihre Wirtschaften aufgegeben, da sie meist die selbständige Arbeit und gewinnbringende Führung eines Bauernhofes gar nicht beherrschten.*“¹⁷² Wie Jens SCHÖNE beschreibt, waren viele der 1952 entstandenen LPG folglich „*Notgemeinschaften, die zumeist nicht in der Lage waren, die Wirtschaftsführung aus eigener Kraft erfolgreich zu gestalten*“.¹⁷³ Durch die politisch veranlassten Eingriffe in die

¹⁶⁷ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 51

¹⁶⁸ Siehe beispielsweise BStU MfS BVfS Potsdam, KD Pw 160, Bd. 8, Bl. 151

¹⁶⁹ BArch DK 1/ 10320, Bl. 79

¹⁷⁰ KRAUß, E., ARLT, R. et al. (1985), Kommentar zum Gesetz über die LPG; LPG-Gesetz, S. 19

¹⁷¹ MÜLLER, P. (1976), Biologische und agrotechnische Grundlagen, S. 20

¹⁷² WEBER, K. (1994), VETimpulse 3 ,Nr. 2, S. 11

¹⁷³ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 107

Autonomie der dörflichen Strukturen kam es wiederkehrend zu einem Mangel an Arbeitskräften in den landwirtschaftlichen Betrieben. Da man die ländliche Bevölkerung außerdem stärker politisch beeinflussen und kontrollieren wollte, wurde die Aktion „Industriearbeiter auf das Land“ ins Leben gerufen.¹⁷⁴ Während der gesamten Kollektivierungszeit wurden im Rahmen dieser Initiative Industriearbeiter aus den Städten auf das Land entsendet, um dort verschiedene Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben auszuüben.¹⁷⁵ Der Einsatz dieser Kräfte in berufsfremden, landwirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern führte teilweise nicht nur zu ökonomischen Einbußen, er hatte auch tierschutzwidrige Konsequenzen. Der Zeitzeuge Wolfgang ELLER berichtet beispielsweise über einen Bäckermeister aus Jena, welcher über die Aktion „Industriearbeiter auf das Land“ zum Hofbesitzer wurde. Nachdem der Bäcker den mit 20 Hektar größten Betrieb eines thüringischen Dorfes erhalten hatte, welcher durch die Vertreibung des Vorbesitzers zur Verfügung stand, war die Tierkörperbeseitigungsanstalt angeblich beinahe täglicher Gast. ELLER führt dies auf die gravierenden Lücken des Bäckers in den Kenntnissen der Tierhaltung zurück. Eine Begebenheit, die diese Behauptung stützen sollte, sei eine Sauengeburt gewesen. ELLER erzählt: *„Die Muttersau war noch aus der Vorbesitzerzeit trächtig. Als sie abferkelte, stand er dabei. Das erste Ferkel schien ihm zu klein, deshalb hat er es selektiert. Das machte er auch mit den folgenden Ferkeln. Nach dem achten Ferkel wurde er doch stutzig, und er ließ die letzten Tiere am Leben. So hat er den Wurf von 10 Ferkeln bis auf zwei selektiert, anstatt die Abferkelung erst abzuwarten und dann zu selektieren.“*¹⁷⁶

Nicht nur fehlende Fachkompetenz der Beschäftigten und Personalmangel führten in der Kollektivierungszeit zu ökonomischen und tierschutzrelevanten Problemen. Durch das Zusammenstellen von Tieren mit unterschiedlichem Gesundheits- und Seuchenstatus konnten diverse Krankheiten über Jahre nicht nachhaltig getilgt werden. Tierunterkünfte mit oftmals provisorischem Charakter, die nicht den tierhygienischen Anforderungen entsprachen, wurden für die Unterbringung der plötzlich angestiegenen Herdenzahlen genutzt. Eine der größten Schwierigkeiten stellte die Futterbeschaffung für die Tiere dar. Um die Seuchenproblematik in den Griff zu bekommen, wurde 1952 die Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen in LPG¹⁷⁷ erlassen. Nur durch politische Unterstützung und Förderung konnten auch die nicht rentabel arbeitenden LPG weiter existieren. In den Dörfern selbst reagierten die meisten Einwohner auf die Gründung von LPG mit Skepsis und Widerstand,¹⁷⁸ was schlussendlich auch eine Ursache zunehmender Abwanderungen der Landbevölkerung gewesen sein dürfte.

Dritte Periode: Die Industrialisierung der Landwirtschaft

Diese Zeitspanne kann nach dem Verlauf des agrarpolitischen Kurses in zwei Abschnitte eingeteilt werden. Die erste Phase der Industrialisierungsperiode begann Anfang bis Mitte der sechziger Jahre und dauerte bis zum Ende der siebziger Jahre. Sie war gekennzeichnet durch das Streben nach Superlativen sowohl im Bezug auf die Betriebsgrößen als auch im Hinblick auf die Ausschöpfung der maximal möglichen Leistungen bei Pflanzen und Tieren. Das Ziel dabei war die Optimierung der Kosten-Nutzen-Relation in der landwirtschaftlichen

¹⁷⁴ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 41

¹⁷⁵ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 41

¹⁷⁶ Autorenkollektiv (1999), Thüringer Landwirtschaft, Zeitzeugenbericht von ELLER, W., S. 154

¹⁷⁷ GBl. 1953, Nr. 1, S. 13-14

¹⁷⁸ SCHÖNE, J. (2008), Das sozialistische Dorf, S. 108

Produktion. Durch die Schaffung von stetig größer werdenden Produktionseinheiten kam es zur Kumulation finanzieller und organisatorischer Probleme, was sich bis zum Ende der siebziger Jahre zuspitzte. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte eine Abkehr vom bis dahin beschrittenen Kurs, der sich durch rigoroses Streben nach maximaler Produktion ausgezeichnet hatte. Die achtziger Jahre waren verglichen mit den Vorjahren eher eine Zeit der Stagnation und des Innehaltens, weshalb man die verbleibende Zeit bis zur Wiedervereinigung als 'Phase der Abkehr vom Gigantismus' bezeichnen kann. Die folgende Charakterisierung der Industrialisierungsperiode soll dem grundsätzlichen Verständnis dienen und einen Bezug zur Tierschutzsituation in der Landwirtschaft zur DDR herstellen.

Nach 1960 war die Entwicklung der Landwirtschaft durch Vergrößerung der Betriebe geprägt. Die Umsetzung der Pläne war unter anderem deshalb möglich, weil durch die 1961 errichtete Mauer keine nennenswerten Abwanderungen von Bauern aus der DDR mehr zu befürchten waren und das Land in Sachen Agrarpolitik und Versorgung der Bevölkerung nun isoliert von außen agieren konnte. Ein weiterer Faktor war die sich zunehmend stabilisierende Volkswirtschaft des Landes, wobei der Landwirtschaft ein hoher Stellenwert beigemessen wurde.¹⁷⁹ Die Expansion der Betriebe hatte diverse negative Auswirkungen auf den Tierschutz. Zum einen war die Versorgung der gewachsenen Viehbestände mit ausreichend Futter nach wie vor ein ungelöstes Problem. Das war vor allem auf die Planrückstände in der Pflanzenproduktion zurückzuführen. Auffällige Lagergebäude und ein Mangel an entsprechender technischer Ausstattung sowie Saatgut waren die Gründe für unzureichende Futtermittelproduktion, was sich auf die Tierproduktion negativ auswirkte.¹⁸⁰ Des Weiteren bestand nach wie vor vielerorts ein akuter Mangel an qualifiziertem Personal, welches die Tiere den neuen Anforderungen entsprechend versorgen konnte. Das MfS bemerkt hierzu folgendes: *„Tierverluste [,] zurückzuführen auf ungenügende Fütterung, Haltung und Pflege der Tiere, sind oftmals in solchen Betrieben besonders hoch, in denen unqualifizierte und uninteressierte Personen – u.a. durch Alter leistungsschwache und zum Teil auch geistig zurückgebliebene Personen – in den Viehzuchtbrigaden arbeiten. In solchen Ställen wird mangelnde Futterplanung, falsche Fütterung, besonders durch plötzliche Futterumstellungen, Unsauberkeit und Schlamperei festgestellt.“*¹⁸¹ Diese Mangelzustände führten 1960-61 zu einer Erzeugungskrise in der Landwirtschaft, welche die ohnehin angespannte Lage bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln noch verschärfte.¹⁸² Durch eine 1961 bestehende Missernte spitzte sich die Situation zu. Die Staatsführung war gezwungen, darauf mit einer agrarpolitischen Kursänderung zu reagieren, die unter anderem die höhere Entlohnung von LPG-Mitgliedern und deren verbesserte Versorgung mit Sozialleistungen beinhaltete.¹⁸³ Auf dem VI. Parteitag der SED 1963 wurde beschlossen, dass die Etablierung industriemäßiger Produktionsverfahren in der DDR-Landwirtschaft ab sofort im Mittelpunkt stehen sollte. Mit diesem Ziel wurden in einer dritten Phase der Agrarpolitik ab 1963 Kooperationsgemeinschaften gebildet. Landwirtschaftliche Betriebe wurden durch Vergrößerung und Fusionen rationalisiert. Neben dem Ziel verstärkter Konzentration spezialisierte sich die Produktion in den LPG. Kooperative Einrichtungen wurden gebildet, um die Zusammenarbeit in den Pflanzen- und Tierproduktionsbetrieben zu verbessern. Es entstanden Betriebsverflechtungen der LPG und VEG, deren Resultate Kooperationsgemeinschaften¹⁸⁴, Kooperative Einrichtungen¹⁸⁵ und

¹⁷⁹ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 59

¹⁸⁰ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 71

¹⁸¹ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 4

¹⁸² POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 217

¹⁸³ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 217-218

¹⁸⁴ Kooperationsgemeinschaften = KOG

¹⁸⁵ Kooperative Einrichtungen = KOE

Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen¹⁸⁶ waren. Diese wurden von Kooperationsräten kontrolliert.¹⁸⁷ Der Prozess der Konzentration und Spezialisierung mit dem Ziel der fortschreitenden Industrialisierung der Landwirtschaft begann 1967 auf Beschluss des VII. Parteitag der SED, welcher im selben Jahr stattfand. Die Kooperation wurde in der DDR als geeigneter Weg zu sozialistischer Intensivierung und Übergang zu industriemäßiger Produktion dargestellt: „Durch schrittweise Kooperation wurde über die Bildung der kooperativen Abteilungen (...) ein höherer Grad der Konzentration und Spezialisierung der Produktion erreicht. Es bildeten sich allmählich moderne spezialisierte LPG und VEG der Pflanzenproduktion und Tierproduktion heraus, wobei die hauptsächliche Betriebsform die LPG bleiben.“¹⁸⁸ Die von der SED geforderte Kooperation wurde letztendlich ebensowenig wie die Kollektivierung freiwillig umgesetzt, da die landwirtschaftlichen Betriebe so weit wie möglich unabhängig voneinander wirtschaften wollten. Das jedoch war dem Modell der SED nicht mehr möglich.¹⁸⁹ Unter Konzentration wurde die Zusammenfassung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in durch Kooperation gebildete große Produktionseinheiten verstanden.¹⁹⁰ Die Spitze dieser Organisationsform der Landwirtschaft bildeten die Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion¹⁹¹, in denen die früheren LPG nun Betriebsabteilungen darstellten. Sinn dieser Umorganisation war vermutlich der, ökonomische Differenzen zwischen VEG und LPG auszugleichen und gesellschaftliche Unterschiede zwischen Arbeitern und Genossenschaftsbauern zu überwinden.¹⁹² ZGE und KAP sollten nach den Vorstellungen der Politik eine Übergangsform zu hochspezialisierten LPG darstellen.¹⁹³ Diese spezialisierten Betriebe sollten die Effizienz der Produktion erhöhen. Durch weitere Intensivierung und Übergang zu industriemäßiger Produktion entstanden sogenannte Agrar-Industrie-Komplexe, bestehend aus Produktionsmittelindustrie, Landwirtschaft und verarbeitender Industrie. Diese wurden als Voraussetzung für den weiteren Abbau der gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land proklamiert.¹⁹⁴ Von 1960 an wurde infolge der Konzentration und Spezialisierung die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der DDR auf fast die Hälfte im Vergleich zu den fünfziger Jahren reduziert, 1986 gab es noch 4556 solcher Betriebe.¹⁹⁵ Die sechziger Jahre waren zusammenfassend geprägt durch eine Stabilisierung und Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Kooperation und zahlreiche Neuinvestitionen.¹⁹⁶ Für die Etablierung industriemäßiger Produktionsverfahren in der Tierhaltung macht der Tierarzt Bodo BUSCH ausschließlich menschliche Interessen verantwortlich. Seiner Ansicht nach waren „Gesellschaftliche Veränderungen und die ausreichende Fleischversorgung in der sozialistischen Planwirtschaft“ die Motivationen für die nun angestrebte „Massentierhaltung“.¹⁹⁷

Die siebziger und achtziger Jahre waren geprägt von fortschreitender Industrialisierung und weiterer Spezialisierung der Produktion. Die im Rahmen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands¹⁹⁸ 1971 formulierten Beschlüsse forderten die

¹⁸⁶ Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen = ZGE

¹⁸⁷ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 359- 361

¹⁸⁸ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 668

¹⁸⁹ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 71

¹⁹⁰ ZILLIG, R. (1978), Einführung in die sozialistische Produktion, S. 58

¹⁹¹ Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion = KAP

¹⁹² PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 64

¹⁹³ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 75-76

¹⁹⁴ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 669

¹⁹⁵ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 75

¹⁹⁶ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 77

¹⁹⁷ BUSCH, B. (1993), in LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.): Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 98

¹⁹⁸ Sozialistische Einheitspartei Deutschlands = SED

Intensivierung der Agrarproduktion und den schrittweisen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden. Nach den Klassikern des Marxismus-Leninismus war die Anwendung der Prinzipien der maschinellen Großindustrie in der Landwirtschaft eine Voraussetzung auf dem Weg zum Sozialismus.¹⁹⁹ Industriemäßige bzw. industrielle Verfahren in der Landwirtschaft sollten den Anteil an manuellen Tätigkeiten verringern und die „*schwere körperliche und insbesondere die unästhetische Arbeit*“²⁰⁰ überflüssig machen, gleichzeitig wollte man die maximale Leistung aus dem genetischen Potential der Nutztiere ausschöpfen.²⁰¹ In den Monatsheften für Veterinärmedizin kommentiert VON DER AA die Vorstellungen im Hinblick auf Leistungssteigerung: „*Unter hoher tierischer Leistung ist vorrangig die Produktion von hochwertigen Nahrungsgütern in großer Menge je Tier in einem bestimmten Zeitabschnitt und bei rationellem Nährstoffverbrauch zu verstehen. Diese Produktion wird überwiegend nur noch in modernen Anlagen erfolgen.*“²⁰² In der Zeit von 1971 bis 1981 wurde die Bildung einer industriemäßigen Landwirtschaft forciert.²⁰³ Die Konzentration der Agrarproduktion ging einher mit einer Reduktion der Anzahl an Betrieben, wobei gleichzeitig die Betriebsflächen und die Zahl der Tierplätze anstiegen. Durch die Spezialisierung wurde die Vielseitigkeit der Produktion in einem landwirtschaftlichen Betrieb minimiert, wobei versucht wurde, die Erzeugung dem Standort beziehungsweise der Betriebsstruktur entsprechend zu optimieren. Alles, was andernorts in höherer Quantität und Qualität produziert werden konnte, wurde ausgegliedert. Von der Spezialisierung versprach man sich geringere Produktionskosten, effektivere Nutzung der Produktionsmittel, Einsparung von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Spezialisierung der Tätigkeit und letztendlich bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter und Bauern im landwirtschaftlichen Sektor.²⁰⁴ In der Mitte der siebziger Jahre wurde die Pflanzenproduktion vollständig aus der ursprünglichen LPG herausgelöst, wodurch die vorher entstandenen KAP und ZBE zum größten Teil wieder in LPG oder VEG umgewandelt wurden. Es erfolgte nunmehr eine Umbenennung je nach Produktionsrichtung, wodurch es nur noch LPG(T), also auf Tierproduktion spezialisierte Betriebe und LPG(P), welche ausschließlich auf Pflanzenproduktion ausgerichtet waren, gab.²⁰⁵ Initiator dieses Prozesses war Gerhard GRÜNEBERG, der von 1960-1981 das Amt des ZK-Sekretär für Landwirtschaft besetzte. Zum folglich entsprechend benannten „Grüneberg-Plan“ von 1974 schreibt BAUERNKAMP: „*Benannt nach dem mächtigen (...) Gerhard Grüneberg erreichte mit diesem Konzept der Größenwahn, der die Landwirtschaftspolitik des SED-Regimes seit den 1950er Jahren kennzeichnete, seinen Höhepunkt.*“²⁰⁶ Auch hier wird das Ziel der SED-Agrarpolitik deutlich, der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte tendenziell industriellen Charakter zu verleihen und sich damit vom ursprünglichen bäuerlichen Arbeiten und Denken vollständig abzuwenden. Um auf diesem Wege ökonomischer zu arbeiten, sollte die Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion radikal umgesetzt werden.²⁰⁷ Selbst aus den Reihen der Parteispitze wurde dieses rigorose Konzept kritisiert, allerdings ohne durchschlagende Wirkung.²⁰⁸ Die beschleunigte Umsetzung konnte besonders nach dem Wechsel der

¹⁹⁹ BECHER, J. et al. (1985), Politische Ökonomie, S. 667

²⁰⁰ VON DER AA, R. (1968), MH 23, S. 841

²⁰¹ VON DER AA, R. (1968), MH 23, S. 841

²⁰² MIELKE, H. und KETZ, H.-A. (1970), MH 25, S. 889-897

²⁰³ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 77

²⁰⁴ ZILLIG, R. (1978), Einführung in die sozialistische Produktion, S. 58-59

²⁰⁵ PRANGE (2006), Bauernschicksale, S. 65

²⁰⁶ BAUERNKAMP, A. in SCHULTZ, H. und WAGENER, H. (Hrsg.) (2007), S. 216

²⁰⁷ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 77

²⁰⁸ BAUERNKÄMPER, A. (2007) in: SCHULTZ, H. und WAGENER, H. (Hrsg.) (2007), Die DDR im Rückblick, S. 216 und HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 89

Parteispitze²⁰⁹ forciert werden. Walter ULBRICHT hatte auf GRÜNEBERG wohl eher bremsend eingewirkt, der neue 1. Sekretär des ZK der SED, Erich HONECKER, zeigte jedoch weniger Interesse an der Landwirtschaft als sein Vorgänger. So konnte GRÜNEBERG nun relativ frei agieren und seine Visionen verwirklichen.²¹⁰ PRANGE bezeichnet in seiner Schrift „Bauernschicksale“ die Trennung der Tier- von der Pflanzenproduktion als „*Ergebnis von politischem Übereifer und Selbstherrlichkeiten im Zentralkomitee der SED*“.²¹¹ Der Trennungsprozess war 1975 weitgehend abgeschlossen, es existierten nun landesweit 418 VEG (T), 360 ZBE/ ZGE (T) und 3401 LPG (T). In der Summe war der Grad der Spezialisierung in den Tierproduktionsbetrieben der DDR jedoch trotz der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion relativ gering. Einzig die bestehenden Kombinate industrieller Mast²¹² und ZBE/ZGE, welche die Erzeugung tierischer Produkte im Land nur zu 20% sicherten, hatten sich auf eine Produktionsrichtung spezialisiert. Bei den LPG (T) und VEG (T) wurde in den meisten Fällen unter herkömmlichen Voraussetzungen weitergewirtschaftet. Das bedeutete, dass in der Mehrzahl der Betriebe der DDR mehrere Tierarten und Produktionszweige existierten, wenig Modernisierung stattgefunden hatte und somit die Arbeitsbedingungen nicht wesentlich verbessert worden waren. Die über mehrere Ortschaften verteilten Ställe dieser Betriebe erschwerten Logistik und Organisation.²¹³ Durch die territoriale Zersplitterung vieler Betriebe ergaben sich tierschutzrelevante Nachteile. Einer davon war die Notwendigkeit häufiger Tierumsetzungen aufgrund beschränkter Kapazitäten einzelner Ställe. Dies betraf vor allem den Kälber- und Jungrinderbereich. Das Auftreten von Krankheiten in der ohnehin immunlabilen Aufzuchtphase wurde so begünstigt.²¹⁴ In allen Zweigen der Tierproduktion, ausgenommen Geflügel, fand die Haltung noch in den späten siebziger Jahren zum größten Teil in Altbauten statt. Folgende Tabelle veranschaulicht den 1977 bestehenden Anteil der Tierplätze in industriemäßigen Anlagen:²¹⁵

Tabelle 1: Anlagengrößen in der industriemäßigen Tierproduktion der DDR 1977²¹⁶

| Art der Anlage | Anzahl Tierplätze | Anteil (%) an den Gesamtplätzen |
|---------------------------|-------------------|---------------------------------|
| Milchvieh | ab 800 | 11,7 |
| Jungrinderaufzucht | ab 1000 | 15,8 |
| Kälberaufzucht | ab 1000 | 21,2 |
| Rindermast | ab 1000 | 12,9 |
| Schweinezucht | ab 600 | 20,5 |
| Schweinemast | ab 3000 | 28,1 |

GERBER erläutert diese Tatsache in seiner Abschlussarbeit 1979 wie folgt: „*Die Analyse über den Stand der Produktionsbedingungen in der Tierproduktion der DDR zeigt, dass trotz umfangreicher Investitionen in den vergangenen 10 Jahren (ca. 12 Mrd. Mark) ein großer Teil der Grundfonds moralisch und physisch verschlissen ist.*“²¹⁷ Dieser Umstand bedingte, dass Ende der siebziger Jahre der prozentuale Anteil an Tierplätzen ohne mechanisierte Entmistung außer in der Jungrinder- und Schweineaufzucht in allen anderen

²⁰⁹ Wechsel des 1. Sekretär des ZK der SED von W. ULBRICHT zu E. HONECKER am 3. Mai 1971

²¹⁰ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 120

²¹¹ PRANGE (2006), Bauernschicksale, S. 64

²¹² Kombinate industrielle Mast = KIM

²¹³ BMELF (Hrsg.) (1980), DDR: industriemäßige Agrarproduktion, S. 6

²¹⁴ FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl., Kälberaufzucht, S. 16

²¹⁵ GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 4

²¹⁶ Aus: GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 4

²¹⁷ GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 4

Produktionsrichtungen noch deutlich über 50% lag. Ein Viertel des Milchviehbestandes der DDR und mehr als 34% der Kälber waren laut GERBER 1977 noch in vor 1950 errichteten Ställen untergebracht.²¹⁸ Die hohen Investitionskosten für industriemäßige Anlagen entstanden nicht allein durch den Bau der Stallungen an sich, sondern waren auch durch die dazugehörige Schaffung der Strom- und Wasserversorgung, die Einrichtung von Verwaltungs- und Sozialgebäuden sowie die Finanzierung von Betriebskindergärten bedingt. Aus diesem Grunde konnten solche Betriebe häufig nur als kooperative Einrichtung geschaffen werden, wenn sich mehrere Betriebe an den Kosten beteiligten. In der Folge gerieten viele Betriebe in finanzielle Engpässe, so dass für die Sanierung und Rationalisierung ihrer eigenen älteren Ställe kaum Kapital zur Verfügung stand.²¹⁹ Der Kontrast zwischen modernen Anlagen und den von Altbauten dominierten LPG wurde im Laufe der Zeit immer deutlicher. In den Jahren zwischen 1968 und 1977, der Blütezeit des Gigantismus, nahm dieser Verlauf deutliche Ausmaße an. 85% des vorhandenen Investitionsvolumens der Landwirtschaft sollte für die fortschreitende Industrialisierung, also für den Neubau von modernen Anlagen, eingesetzt werden. Die Unterschiede zwischen den Betrieben im Hinblick auf Ausstattung, Mechanisierung, Tierhaltung und Arbeitsbedingungen wurden immer größer.²²⁰ Diese Entwicklung schien ein Grund dafür zu sein, dass gerade die LPG mit Nachwuchssorgen konfrontiert wurden, weshalb personelle Engpässe hier vorprogrammiert waren. Die Bereitschaft junger Menschen, in Betrieben mit geringem Mechanisierungsgrad körperlich schwer zu arbeiten, nahm ab.²²¹ Unterbesetzung und der Einsatz von ungeeignetem Personal sollten eine Ursache für auftretende Mängel in der Haltung und Betreuung der Tiere werden.

Häufig schien zudem der Fall einzutreten, dass einige moderne Produktionseinheiten geschaffen worden waren, die materiellen Mittel aber nicht ausreichten, um eine komplette Sanierung oder einen vollständigen Stallneubau durchzuführen. Die volle Ausschöpfung der modernen Technik war in diesem Falle unmöglich, weil diese durch einzelne, veraltete Teilarbeitsschritte gebremst wurde.²²² Ältere Stallgebäude waren häufig mit vielen Ecken und Nischen versehen, in denen man mit moderner Technik nicht arbeiten konnte. Die Entmistung solcher Stellen musste per Hand erfolgen, was nicht immer mit der notwendigen Sorgfalt und Häufigkeit durchgeführt wurde. Gleiches galt für die teilweise noch über Jahre für die Jungviehaufzucht genutzten Offenställe, welche meist nur manuell bewirtschaftet und gewartet werden konnten.²²³

Der Tierarzt Wolfgang KÖPP sieht eine der großen Schwachstellen der Tierproduktion der DDR darin, dass den Tieren aus wirtschaftlichen sowie politisch-ideologischen Gründen heraus keine tiergerechten Umwelt- und Lebensbedingungen geboten wurden: *„Statt tiergerechte Stallungen zu bauen, war es eher umgekehrt. Wir bauten nach den Möglichkeiten der volkseigenen Industrie und Materialsituation, mit einer PGH-Bau oder unserer eigenen Baubrigade, (...), und die Ställe wurden- oft gegen jede Erkenntnis von Tierbau und Tierleben- nach den herrschenden Möglichkeiten hingeklotzt. Betonhüllen ohne jede Atmungsfähigkeit der Wände mit nicht isolierten Schleppdächern glichen Tropfsteinhöhlen, der Raum war aus Sparsamkeitsgründen zu eng bemessen. Es wurde, wie fast überall, am falschen Ende gespart. Alte bewährte Einrichtungen wie Schwerkraftlüftungen,*

²¹⁸ GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 5 und BMELF (Hrsg.) (1980)

DDR: Agrarproduktion, S. 31

²¹⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 30-31

²²⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 74

²²¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 30-31

²²² FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 16

²²³ FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 40

*Mittellangstände, Drehfenster, die das Schwitzwasser nach außen ableiteten, waren unmodern. Von Tierpsychologie und Tierphysiologie schienen die Architekten nie etwas gehört zu haben und hätten doch bloß in Wilhelm Nussbags Lehrbuch über Tierhygiene nachzulesen brauchen. Das Tier wurde mehr und mehr zum Produktionsmittel.*²²⁴

Um große Anlagen für die industrielle Tierproduktion zu bauen, mussten hohe Investitionen getätigt werden. Um auch in weniger fortschrittlichen, meist kleineren Betrieben mit veralteter Ausstattung eine Adaptation an industriemäßige Produktionsverfahren zu erreichen, wurden Kooperationsverbände gebildet. In einem solchen Kooperationsverband existierten laut sozialistischem Ideal mehrere auf je ein bestimmtes Produkt spezialisierte Betriebe. Auf diese Weise konnten die ökonomisch schwächeren Betriebe vom höheren Investitionsvolumen der innovativen Kooperationspartner profitieren, so die Theorie. Kritiker des Systems erwähnten aber, dass diese Organisation zum Verlust der Kompetenz der Betriebe führte, da die nun gebildeten Kooperationsräte als übergeordnete Instanz alle wesentlichen Entscheidungen trafen.²²⁵ Durch die Bildung von Kooperationsverbänden wurden ab 1970 große Betriebseinheiten gebildet, wodurch Anlagen mit durchschnittlich 1500 Großvieheinheiten²²⁶ entstanden.²²⁷ Ein Großteil der LPG und VEG expandierten durch Vergrößerung der Viehbestände und Neubau von Ställen bzw. Vergrößerung der Anlagen. Schwerpunkt der Neuschaffung von Viehplätzen war von 1970 bis 1980.²²⁸ Die Bauart der neu zu errichtenden Ställe wurde vorgegeben, indem nur bestimmte Angebotsprojekte zur Verfügung standen. Unter Angebotsprojekten wurden Stalltypen verstanden, die dem „wissenschaftlich-technischen Erkenntnisstand“ entsprachen und die vorher praktisch erprobt worden waren. Eine einheitliche Baupolitik wurde als Grundlage für den Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft gesehen. Sie wurden nur von einzelnen Betrieben produziert und zeichneten sich durch Einheitlichkeit im Gesamten und im Detail aus. Individuelle Veränderungen der Bauweise, die sich eventuell für manche Standorte als günstig erwiesen hätten, konnten nicht vorgenommen werden und waren auch nicht erwünscht.²²⁹ Die Bestätigung von Bauprojekten durch staatliche veterinärmedizinische Institutionen und die Festlegung von entsprechenden Standards und Normen für die industrielle Tierproduktion wurde als fortschrittlich im Sinne des Tierschutzes im Vergleich zu anderen Ländern gewertet.²³⁰ Horst DEISTING begründet diesen allgemein gültigen Umstand in seiner Dissertation wie folgt: „Die fortschreitende und objektiv bedingte industriemäßige Produktion läßt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht keinen Raum mehr für die Durchführung individueller Projekte. Genauso falsch sind Gedanken, die zu einer Abänderung bzw. Veränderung bestimmter Teile der Angebotsprojekte führen.“²³¹ Für alle Tierarten und jede Produktionsstufe gab es verschiedene Angebotsprojekte, also Stalltypen.²³² Die zentralen Angebotsprojekte sahen dabei Tierkonzentrationen vor, welche im Laufe der 70er Jahre konsequent nach oben korrigiert wurden. Während auf dem VIII. Bauernkongress 1964 noch Milchviehanlagen mit einer Stallkapazität für 500 Tiere anvisiert wurden,²³³ strebte der Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft 1971 bereits

²²⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 298

²²⁵ BMELF (Hrsg.) (1980), DDR: industriemäßige Agrarproduktion, S. VII und 36-37

²²⁶ Großvieheinheiten = GVE

²²⁷ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 77

²²⁸ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 162

²²⁹ PETER, W. (1973), MH 29, S. 89

²³⁰ BURCKHARDT, A., BEHRENDT, I. und SCHINDLER, W. (1989): Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, Bl. 5

²³¹ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 148

²³² PETER, W. (1973), MH 29, S. 89

²³³ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 162

Milchviehanlagen mit mindestens 1000 Plätzen an.²³⁴ Bereits 1974 sollten Neubauten über 1930 Tierplätze verfügen. Ähnlich verhält es sich mit den Größen für Jungrinderaufzuchtanlagen, Sauenanlagen und Schweinemastbetrieben, deren Richtgrößen durch die stufenweise Industrialisierung erhöht wurden.²³⁵

Tabelle 2: Vergleich der Tierkonzentrationen in Anlagen der ITP 1971 und 1974²³⁶

| Nutzungsrichtung | Mindestgröße in Tierplätzen 1971 | Standardgröße ab 1974 |
|----------------------------------|----------------------------------|-----------------------|
| Milchviehanlagen | 1000 Plätze | 1930 Plätze |
| Jungrinderaufzuchtanlagen | 1000 Plätze | 4480 Plätze |
| Sauenanlagen | 400 Plätze | 5600 Plätze |
| Schweinemastanlagen | 3000 Plätze | 24000 Plätze |

Tabelle 3: Angebotsprojekte in der Viehwirtschaft auf dem Gebiet der neuen Bundesländer vor 1990²³⁷

| Tierart | Projekt | Anzahl errichteter Typenprojekte |
|------------------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| Kälber | 1600er KAA (Kälberaufzuchtanlage) | 13 |
| | | 14 |
| | | Summe 27 |
| Jungrinder | 2240er JRA (Jungrinderaufzuchtanlage) | 6 |
| | | 23 |
| | | Summe 29 |
| Milchvieh | 616er MVA (Milchviehanlage) | 16 |
| | 1232er MVA | 26 |
| | 1930er MVA | 93 |
| | 5000er MVA | 1 |
| | 1000/2000er MVA | 30 |
| | | Summe 166 |
| Mastrinder | 20000/40000 RMA (Rindermastanlage) | 2 |
| Zuchtschweine | 1000/1275er SZA (Sauenzuchtanlage) | 55 |
| | 5600er SZA (S111/S112) | 8 |
| | | Summe 63 |
| Mastschweine | 6000er SMA (Schweinemastanlage) | 35 |
| | 12000/24000er SMA | 18 |
| | 10000er SMA | 6 |
| | | Summe 59 |
| Gesamtzahl: 346 | | |

²³⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 162

²³⁵ ESCHENBACH, E. (1978) in: Industriemäßige Tierproduktion, S. 24 und AZAR, J. (2001) in PRANGE, H. Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 6, S. 238-239

²³⁶ ESCHENBACH, E. (1978) in: Industriemäßige Tierproduktion, S. 24 und AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 6, S. 238-239

²³⁷ PAAR, G. (2010), Tabelle wurde ausgehändigt am 17.06.2010

Der Superlativ der großen Tierproduktionsanlagen waren sogenannte Volkseigene Kombinate der industriellen Mast,²³⁸ welche unter staatlicher Leitung standen. Sie wurden zur spezialisierten Erzeugung von Geflügel-, Schweine und Rinderfleisch errichtet.²³⁹ Die „Vereinigung Volkseigener Betriebe Industrielle Tierproduktion“²⁴⁰ nannte als hauptsächliche Aufgaben der zu schaffenden KIM:²⁴¹

- Förderung des gesellschaftlichen Fortschrittes in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft
- maximale Arbeitsproduktivität bei minimalen Kosten durch Einsatz moderner Technologien
- Demonstration des aktuellsten Forschungsstandes verschiedener Wissenschaftsbereiche
- Weiterentwicklung der Kooperation und Spezialisierung
- Erforschung des Konzentrationsoptimums in Großanlagen in Hinblick auf verschiedene Standortvoraussetzungen
- Kontinuität in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln tierischer Herkunft²⁴²

Bereits 1967 wurde das erste KIM in Königs Wusterhausen errichtet. Der auf Eier- und Broilerproduktion spezialisierte Betrieb wurde hauptsächlich zur Versorgung der Hauptstadt Berlin errichtet.²⁴³ Der Bezirk Neubrandenburg spielte bei Beginn der Schaffung industriemäßiger Anlagen eine zentrale Rolle in der DDR.²⁴⁴ Hier wurde die KIM Ferdinandshof als Beispielanlage für die industriemäßige Rindermast in Betrieb genommen, die über 6720 Aufzuchtplätze und 14 475 Mastplätze verfügte.²⁴⁵ Der Betrieb sollte vor allem für den Export produzieren.²⁴⁶ Nun wurden in der gesamten Republik industriemäßige Anlagen nach dem Vorbild des Bezirkes Neubrandenburg errichtet. In Dummerstorf wurde eine Läuferaufzuchtanlage mit 20000 Plätzen aufgebaut,²⁴⁷ in Eberswalde entstand der VEB KIM Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde mit 37900 Plätzen für die Schweinemast, 28300 Plätzen für die Schweineaufzucht und 16200 Zuchtplätzen.²⁴⁸ Im Geflügelbereich hatten die KIM Größenordnungen von zum Teil 1 Million Legehennen und bis rund 1,6 Millionen Masthähnchen.²⁴⁹ Michael HEINZ spricht aufgrund dieser Dimensionen von Betrieben, „die als landlose Massentierhaltungsanlagen im Eigentum des Staates betrieben wurden“.²⁵⁰ Der Bevölkerung wurde suggeriert, dass KIM für die Versorgung mit hochwertigen und ausreichenden Nahrungsmitteln steht. So wurde aus KIM

²³⁸ Kombinate Industrieller Mast = KIM

²³⁹ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 70

²⁴⁰ Vereinigung Volkseigener Betriebe für Industrielle Produktion und Verarbeitung von Schlachtvieh, Geflügel und Eiern = VVB Industrielle Tierproduktion

²⁴¹ LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 7

²⁴² LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 7

²⁴³ LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 7- 8

²⁴⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 161

²⁴⁵ LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 39

²⁴⁶ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 158

²⁴⁷ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 160-161

²⁴⁸ LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 45

²⁴⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Kombinat_Industrielle_Mast

²⁵⁰ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 157

in der Reklame: „Köstlich! Immer marktfrisch!“²⁵¹ Bis 1975 wurden 68 Anlagen der industriemäßigen Tierproduktion in Betrieb genommen, wovon 24 KIM waren.²⁵² Der Unterschied zu den übrigen industriemäßigen Anlagen war der, dass in den KIM bei höherer Tierkonzentration in einem geschlossenen Produktionszyklus gearbeitet wurde.²⁵³ Bis zum Jahre 1989 war die durchschnittliche Zahl der GVE in den Agrarbetrieben der DDR auf ca. 1800 angestiegen, wobei die Zahl der LPG (T) von 1975 bis 1989 um fast 50% gesunken war. Weiterhin existierten nun 31 KIM.²⁵⁴ Die Regierung propagierte, dass die Anwendung industriemäßiger Methoden in der Tierproduktion der einzig erfolgreiche Weg sei, um Milch, Fleisch und Eier „mehr, besser und billiger“ produzieren zu können. Um diese Produktionsweise in der Zukunft als nahezu einzige auf dem Gebiet der DDR zu etablieren, wurde der Bau von industriemäßigen Anlagen staatlich subventioniert, ebenso wie die industriemäßig produzierte Milch bezuschusst wurde, um den Bau von großen Milchviehanlagen zu fördern.²⁵⁵ Während in der ersten Hälfte der siebziger Jahre noch schwerpunktmäßig der Neubau industriemäßiger Tierproduktionsanlagen erfolgte, konzentrierte man sich zehn Jahre später auf die Modernisierung und Rationalisierung der bereits bestehenden Betriebe.²⁵⁶ Der Investitionsanteil in der Tierproduktion für Rationalisierungsmaßnahmen an Altbauten stieg von 15% 1977 auf 50% im Jahre 1979. Bis dahin waren die Tierkonzentrationen zum Teil in höherem Maße angestiegen als neue Stallplätze geschaffen worden waren, vor allem in den Sektoren Rindermast und Sauenhaltung. Der Anteil an nicht mechanisierter Arbeit stieg deshalb entgegen der Planvorhaben an, Abwanderungen von Beschäftigten in andere Branchen bzw. in moderne Anlagen waren dadurch zu verzeichnen.²⁵⁷ Die Machthaber waren durch diese Entwicklung gezwungen, von ihrem bisher verfolgten, agrarpolitischen Kurs abzuweichen. BREITSCHUH nennt dieses Umdenken das Ende der „*Periode des Gigantismus*“, welches seiner Auffassung nach auch durch den Tod Gerhard GRÜNEBERGs im April 1981 bedingt wurde.²⁵⁸ Die SED kam daraufhin allmählich wieder vom Kurs der Errichtung von immer größer werdenden Großanlagen ab.²⁵⁹ Bereits die Ziele des Fünfjahresplanes 1976-1980 liefen nicht in erster Linie darauf hinaus, die Tierbestände zu vergrößern, sondern sollten durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch effektive Nutzung vorhandener Ressourcen realisiert werden. Neben dem Bau industriemäßiger Tierproduktionsanlagen sollten verstärkt Altställe rekonstruiert und rationalisiert werden. Weiterhin sollten neue Tierrassen etabliert und die Leistung der Nutztiere verbessert werden.²⁶⁰ So wurde als eine Intensivierungsmaßnahme schwerpunktmäßig die Zucht neuer Pflanzen und Tiere angestrebt, deren Ergebnisse beispielsweise Fleischschweine mit höherer Leistung oder das „Schwarzbunte Milchrind der DDR“ waren. Weiterhin wurden „Notplätze“ für die vermehrte Aufstallung von Rindern und Schweinen geschaffen. Diese versuchte man über die „Rekonstruktion“ alter, baufälliger Scheunen, Garagen, Schuppen zu erschließen, indem man diese Gebäude notdürftig zur Nutzung wieder herrichtete. In diese Unterkünfte wurden nun teilweise Rinder und Schweine gebracht, die durch Fertilitätsstörungen oder chronische Erkrankungen bereits aus dem Produktionsprozess herausgenommen worden waren. Um die Produktion zu maximieren,

²⁵¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Kombinat_Industrielle_Mast

²⁵² HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 162

²⁵³ HOHMANN, K. (1985), Agrarpolitik., S. 10

²⁵⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 150 und Autorenkollektiv (1980) in: BMELF (Hrsg.) (1980), DDR: industriemäßige Agrarproduktion, S. 6

²⁵⁵ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 162

²⁵⁶ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Hannover, S. 21

²⁵⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 31

²⁵⁸ BREITSCHUH, G. et al. (1999), S. 68-69

²⁵⁹ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 257

²⁶⁰ BRUCKMANN, A. (1977), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 2

wies die Partei an, solche Tiere wieder in die Produktionskette zu integrieren. Mastsauen sollten im Rahmen dieses Prozesses zur Zucht genutzt werden.²⁶¹ Noch 1980 klammerte sich die Politik an ihren Kurs nach Superlativen in der Landwirtschaft, wie die Formulierungen der VVB Industrielle Tierproduktion über die Tendenzen der prognostischen Entwicklung der Tierproduktion bis 1985 zeigten: „*Hochspezialisierte Betriebe mit modernster Ausrüstung müssen in ihrer Produktionsausrichtung neben höchster Arbeitsproduktivität und niedrigsten Selbstkosten auch höchste Leistungen je ha LN erreichen.*“²⁶²

Tabelle 4: Struktur der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe in der DDR 1981²⁶³

| Landwirtschaftsbetriebe | Anzahl |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften insgesamt | 3969 |
| davon LPG (P) | 1101 |
| LPG (T) | 2868 |
| Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion und Zwischenbetriebliche Einrichtungen Pflanzenproduktion | 36 |
| Zwischenbetriebliche Einrichtungen Tierproduktion | 269 |
| Volkseigene Güter insgesamt | 479 |
| davon Pflanzenproduktion | 72 |
| Tierproduktion | 321 |
| Agrochemische Zentren | 259 |
| Kreisbetriebe für Landtechnik | 215 |
| Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen Bauorganisation | 216 |
| Meliorationsgenossenschaften | 161 |
| Gärtnerische Produktionsgenossenschaften | 215 |

Die vorab genannten Maßnahmen brachten nicht den gewünschten Produktionszuwachs und konnten die Landwirtschaft der DDR nicht stabilisieren. Die politische Spitze war gezwungen, ihren Kurs zu überdenken und zu ändern, um die nicht mehr zu verleugnende Regression aufzuhalten.

BREITSCHUH bezeichnet die nun folgende Zeitspanne, welche er von 1982-1989 einordnet, als „Fondsparende“ Optimierung der Produktion. Sie war laut Ansicht des Autors durch eine regressive Effektivität und einen Stillstand der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet und führte infolge der hohen lokalen Tierkonzentrationen vermehrt zu Umweltverschmutzungen.²⁶⁴ Die „vorsichtige Korrektur“ der Agrarpolitik wurde durch den X. Parteitag der SED 1981, der 3. ZK- Tagung der SED und dem XII. Bauernkongress formal eingeleitet.²⁶⁵ Werner FELFE, Nachfolger GRÜNEBERGs im Politbüro der SED, schien fehlerhafte Ansätze erkannt zu haben und sie zum Teil zu revidieren.²⁶⁶ Laut Beschluss des Politbüros der SED sollten ab 1983 Tier- und Pflanzenproduktion mittels Kooperationsräten wieder mehr zusammenarbeiten. Ohne dass dies öffentlich thematisiert wurde, wurde das Ziel, die Differenzen der Lebensverhältnisse von Stadt und Land zu beseitigen, nicht mehr in dem Maße wie vorher verfolgt. Die Regierung versuchte nun außerdem, wenn auch zögerlich,

²⁶¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, . 320

²⁶² LAB C Rep. 635 Nr. 134/1, S. 2

²⁶³ Zusammengestellt nach Angaben des Statistischen Jahrbuches der DDR 1982, S. 169, 175, 179

²⁶⁴ BREITSCHUH G. et al. (1999)

²⁶⁵ BAUERNKÄMPER, A. (2007) in: SCHULTZ, H. und WAGENER, H. (Hrsg.) (2007), S. 218

²⁶⁶ BREITSCHUH G. et al. (1999), S. 68-69

Umweltschäden zu minimieren, indem zum Beispiel Baumschutzstreifen angepflanzt und Ackerschläge verkleinert wurden. Trotz zunehmender Umweltbelastung und stagnierender Gewinne der Großbetriebe wich die Politik allerdings bis zur Wende nicht vom eingeschlagenen Kurs der industriemäßigen Produktion ab.²⁶⁷ Auch HEINZ spricht von einer „Kurskorrektur“;²⁶⁸ wobei diese nicht dazu führte, dass vom Bau neuer Ställe vollständig Abstand genommen wurde. Stattdessen wurde die Kapazität der Neubauten reduziert. Laut HEINZ wurden nun landesweit einige Milchviehanlagen errichtet, welche lediglich Platz für 500 Kühe boten. Im Zuge dessen sollen auch einige Schweineställe errichtet worden sein, welche statt mehrere tausend Tierplätze nur noch über einige hundert verfügten.²⁶⁹ Die geringe Rentabilität der Betriebe resultierte vor allem aus dem durch hohe Tierkonzentrationen bedingtem Infektionsdruck und einem hohen Arbeitsaufwand insgesamt.²⁷⁰ Die durch die Kooperation geschaffene Stufenproduktion führte zu Störungen im Produktionsablauf, sobald nur eine Produktionsstufe Abweichungen von den geplanten Parametern aufwies. Die geschaffene Komplexität dieser Art der Produktion erwies sich durch die Abhängigkeiten der einzelnen Produktionsstufen voneinander als sehr störanfällig, was sich auf die erhoffte Steigerung der Arbeitsproduktivität der landwirtschaftlichen Betriebe häufig negativ auswirkte.²⁷¹ Weitere gewinnlimitierende Faktoren sind in den hohen Kosten zu sehen, welche für die Großbetriebe durch notwendige Investitionen entstanden waren. Längere Versorgungswege mit der Folge höherer Treibstoffkosten und der durch die Betriebsgröße bedingte hohe Verwaltungsaufwand waren zusätzliche Belastungsfaktoren. Die mangelnde Identifikation der Angestellten mit dem Betrieb spielte ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle, was vor allem in der Tierproduktion der Fall gewesen zu sein schien.²⁷² Die Agrarpreisreform von 1984 ließ die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stark ansteigen, wodurch Verbraucherpreise verstärkt subventioniert werden mussten. Der zunehmende Mangel an Devisen im Land verlangte den Export von Landmaschinen trotz fehlender Kapazitäten. Dadurch wurde die ohnehin schwierige gesamtwirtschaftliche Lage der DDR weiter verstärkt. Ende der achtziger Jahre kam es im ländlichen Raum vermehrt zu Protesten, da die Agrarpolitik unübersehbar schädliche Folgen für die Umwelt hatte. Dies war nur einer von vielen Faktoren für die zunehmende Unzufriedenheit und Rebellion der Bevölkerung, welche die Konsequenz der politischen Wende mit beeinflussten.²⁷³

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der Entwicklung der Landwirtschaft in vier Etappen:

1. Bodenreform

2. Kollektivierung

3. Industrialisierung mit

Phase I, dem Gigantismus und

Phase II, der Abkehr vom Gigantismus

²⁶⁷ BAUERNKÄMPER, A. (2007) in: SCHULTZ, H. und WAGENER, H. (Hrsg.) (2007), S. 218-219

²⁶⁸ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 259

²⁶⁹ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 259

²⁷⁰ PRANGE (2006), Bauernschicksale, S. 72

²⁷¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 47-48

²⁷² BAUERNKÄMPER, A. (2007) in: SCHULTZ, H. und WAGENER, H. (Hrsg.) (2007), S. 217

²⁷³ BAUERNKÄMPER, A. (2007) in: SCHULTZ, H. und WAGENER, H. (Hrsg.) (2007), S. 219

Dabei auftretende tierschutzrelevante Probleme werden der jeweiligen Etappe zugeordnet, wobei dies ausschließlich als Tendenz verstanden werden darf, gab es doch häufig zeitliche Überlappungen der verschiedenen Perioden. Außerdem existierten Aspekte mit Tierschutzrelevanz, welche kein Spezifikum einer bestimmten Entwicklungsperiode darstellten, sondern die rezidivierend oder permanent eine Rolle spielten.

2.3 Die Entwicklung des Veterinärwesens und der Einfluss der sozialistischen Ziele auf die Aufgaben der Tierärzteschaft

Gegenwärtig spielt der Tierschutz eine große Rolle im Berufsbild des Tierarztes. Die zunehmende Bedeutung der ethischen Verpflichtung des Tierarztes, das Tier als „Mitgeschöpf“ zu schützen, darf als Resultat einer jahrzehntelangen Entwicklung verstanden werden, die einer Vielzahl von gesellschaftlichen und politischen Einflüssen unterlag. Dieser Prozess verläuft zumindest auf westeuropäischem Raum aufgrund des gehobenen Lebensstandards heutzutage schneller denn je. War der Tierarzt in den Kriegs- und Nachkriegsjahren primär für die Gesunderhaltung der (Nutz)tiere und damit sekundär für die Ernährung der Bevölkerung verantwortlich, so stieg im Laufe der Jahrzehnte seine Bedeutung als „Anwalt der Tiere“ im Sinne einer Wandlung der Ethik.²⁷⁴ Nachdem nicht mehr ausschließlich das bloße Überleben im Mittelpunkt stand, die Gesellschaft sich quasi zunehmend zur „Luxusgesellschaft“ mit Nahrungsmitteln im Überfluss entwickelte, erfuhr auch der Tierschutz eine andere Wertigkeit, die den Menschen nicht diffamierte, wohl aber das Tier zunehmend als „Mitgeschöpf“ in den Fokus rücken ließ. Diese Entwicklung verlief in den beiden deutschen Staaten aufgrund der ungleichen Versorgungslage, vor allem aber wegen der grundverschiedenen politisch-ideologischen Gesellschaftsordnungen völlig verschieden. Da Tierschutz als veterinärmedizinische Disziplin vornehmlich als Aufgabe des staatlichen Veterinärwesens galt und noch immer gilt, soll im Folgenden auf einige wichtige strukturelle Merkmale und Entwicklungen des Veterinärwesens in der DDR eingegangen werden.

Eine detaillierte Beschreibung der Steuerung des Veterinärwesens und der Entwicklung sind bereits in den Bänden I-IX der Reihe ‚Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus‘ publiziert worden. Ein kurzer Überblick darüber soll ungeachtet dessen Bestandteil dieser Arbeit werden, da der Fachbereich Tierschutz und sein Stellenwert als eigenständige Disziplin im Zusammenhang mit den allgemeinen Vorgängen im Veterinärwesen und der Tiermedizin gesehen werden müssen. Dabei soll der Bezug zur Entwicklung der Landwirtschaft hergestellt werden, ohne dabei den Blick auf politische Hintergründe zu verlieren. Die von der SED geführte Agrarpolitik beeinflusste wesentlich den Sektor Veterinärwesen, welcher als Teilsystem der Landwirtschaft der Umsetzung der agrarpolitischen Ziele des Staates dienen sollte.²⁷⁵

²⁷⁴ HIEPE, T. (1992) in PFEIFFER, M. (Hrsg.) (1992): Tierarzt. Berufener Tierschützer. Tagung Bad Boll, S. 130

²⁷⁵ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 16 und BURCKHARDT, A. (1997) in: BRUMME, M. F. und VON MICKWITZ, G. (Hrsg.) (1997) aus: Das Berliner Colloquium Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte in: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, S. 119

2.3.1 Die Entwicklung und der Aufbau des Staatlichen Veterinärwesens der DDR

Bereits im Frühjahr 1945 wurde der Wiederaufbau des Veterinärwesens gestartet, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu gewährleisten und um die Gefahr von Seuchenausbrüchen in der Nachkriegszeit einzudämmen. Der Neuaufbau des Veterinärwesens hatte somit eine vorrangige Bedeutung.²⁷⁶ Das Veterinärwesen wurde vorerst übergangsweise als 'Abteilung für Veterinärwesen' in die Provinzialverwaltung Brandenburg überführt.²⁷⁷ Am 15.08.1945 erfolgte die Eingliederung des Veterinärwesens in die neu erschaffene Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone.²⁷⁸ Im Oktober 1945 wurde die Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen gegründet, in der ebenfalls eine Abteilung Veterinärwesen rekrutiert wurde. Die Lebensmittelüberwachung wurde künftig von hier aus verwaltet, während Milch- und Fleischhygiene, Tierseuchenbekämpfung und die tierärztlichen Institute von der Abteilung Land- und Forstwirtschaft verwaltet wurden.²⁷⁹ Ende 1945 wurde das Amt des Kreistierarztes in allen Kreisen der Sowjetischen Besatzungszone wieder eingeführt. Die Kreistierärzte wurden den Landräten unterstellt. Ihre Hauptaufgabe waren die Sicherung der Ernährung des Volkes, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, die Prophylaxe und Bekämpfung von Tierseuchen sowie die Leitung der Fleischbeschau.²⁸⁰ Schon um 1946 zeichnete sich ab, dass das Veterinärwesen ebenso wie die Landwirtschaft und in Anlehnung an die Vorgehensweise dort zentralisiert werden sollte.²⁸¹ Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet, noch im selben Monat erfolgte die Eingliederung der Abteilung Veterinärwesen in das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft²⁸² der DDR (später Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft²⁸³).²⁸⁴ Die 1951 unter anderem erlassene 'Verordnung über die Organisation des Veterinärwesens und der Verbesserung der tierärztlichen Tätigkeit'²⁸⁵ legte unter anderem die Bestellung eines Landestierarztes, der gleichzeitig das Amt des Leiters der Abteilung Veterinärwesen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR innehatte, fest. Weiterhin beschrieb sie die Aufgaben und Positionen der Kreistierärzte, die Schaffung von Veterinärhelfern und die Einstellung von Abschnittstierärzten, die unter der Aufsicht der Kreistierärzte stehen sollten.²⁸⁶ Grundlegend beeinflusst wurde die Umsetzung durch die Erhebung des ersten Fünfjahresplanes. Ein Gesetz vom 7.2.1952, verabschiedet von der Volkskammer, formulierte als Hauptaufgaben des Veterinärwesens die Tierseuchenbekämpfung, die Pflege eines umfassenden und öffentlichen Tiergesundheitsdienstes und die Lebensmittelhygiene und Fleischbeschau. Hierbei wurde die Bedeutung der Prophylaxe bereits besonders hervorgehoben.²⁸⁷ Diese sollte die Stabilisierung

²⁷⁶ STOCKMANN, I. (2003), Vet. Med. Diss. Berlin, S. 18

²⁷⁷ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 21

²⁷⁸ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 21

²⁷⁹ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 41- 43

²⁸⁰ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 25

²⁸¹ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 37

²⁸² Ministerium für Land- und Forstwirtschaft = MLF

²⁸³ Ministerium für Land-, Forst-, und Nahrungsgüterwirtschaft = MLFN

²⁸⁴ MAAß, M. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 28

²⁸⁵ GBl. 1951, Nr. 38, S. 223-224

²⁸⁶ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, S. 51

²⁸⁷ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 42

der Tiergesundheit und die Steigerung der Leistung gewährleisten.²⁸⁸ Die zwischen 1950 und 1952 eingeführte Planwirtschaft²⁸⁹ hatte Einfluss auf die Konsolidierung des Veterinärwesens, die sich 1951-1954 in Anlehnung an die Entwicklung der Landwirtschaft abspielte.²⁹⁰ Im Ministerratsbeschluss vom 27.03.1952 wurde als eine der „Maßnahmen zur Erreichung einer produktiven Viehwirtschaft in den Jahren 1952-1953“²⁹¹ unter anderem die Verbesserung der Tierhaltung als Aufgabe genannt, deren Ziel die Leistungssteigerung der Tierbestände sein sollte.²⁹² Der Ministerratsbeschluss folgte in Anbetracht des 1951 verabschiedeten ersten Fünfjahresplanes.²⁹³ Durch die ‚Verordnung über die tierärztliche Betreuung den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften‘ vom 13.11.1952²⁹⁴ wurden die Tierärzte dazu verpflichtet, der Betreuung der LPG-Tierbestände Priorität vor allen anderen Aufgaben einzuräumen. Dazu hatten mindestens einmal im Monat eine prophylaktische Untersuchung der Tiere und eine Beratung der LPG in Fragen der Tiergesundheit zu erfolgen. Am 21.01.1954 wurde auf Initiative Johannes DOBBERSTEINs²⁹⁵ die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin²⁹⁶ in Berlin als berufsbezogene Organisation gegründet. Die WGV diente vorrangig der Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung in der Veterinärmedizin.²⁹⁷ Die am 21.05.1954 erlassene ‚Anordnung über das Veterinärwesen‘ beinhaltete die Aufgaben des staatlichen Veterinärwesens, die Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung und die Pflichten der Tierärzte und Tierhalter. Dem MLF waren die Räte der Bezirke und Kreise unterstellt, diesen wiederum die Bezirks- und Kreistierärzte.²⁹⁸ Die Kreistierärzte waren die Leiter der veterinärmedizinischen Fachorgane der Kreise. Auf Grundlage des V. Parteitages der SED wurde ab 1958 die Umgestaltung des Veterinärwesens forciert. Ähnlich wie in der Landwirtschaft schien diese nicht ohne Widerstand möglich zu sein. KREUZIG spricht in seiner Arbeit von einem „ideologischen Klärungsprozess“ für das Veterinärwesen, „der gerade in dieser Zeit nicht ohne Probleme verlief“.²⁹⁹ Walter ULBRICHT, Staatsratsvorsitzender der DDR von 1963-1973, forderte eine Überlegenheit der DDR im Pro-Kopf-Verbrauch an Lebensmitteln gegenüber Westdeutschland.³⁰⁰ Unter ULBRICHT kam es zu zahlreichen Republikfluchten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, wobei eine Vielzahl von Spezialisten und Fachkräfte aller Berufssparten vertreten waren. Auch viele Veterinärmediziner, die sich dem Druck der Politik nicht aussetzen wollten, waren darunter vertreten. Gründe für die Abwanderung waren unter anderem die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Tierärzte.³⁰¹ Die Staatsführung hingegen gab die Schuld an der Flucht dem „Klassenfeind“: „Den Einflüssen der gegnerischen Propaganda, besonders seitens westdeutscher Medien, erlagen einige Tierärzte.“

²⁸⁸ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 52

²⁸⁹ Planwirtschaft des Sozialismus: Ihre Anfänge hatte sie bereits in der SBZ, wo in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 der erste Halbjahresplan verabschiedet wurde. 1949 und 1950 gab es den ersten Zweijahresplan, 1951 dann den ersten Fünfjahresplan. Aus: STOCKMANN, I. (2003), S. 20

²⁹⁰ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 407

²⁹¹ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 61

²⁹² AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 61

²⁹³ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 21

²⁹⁴ GBl. 1952, Nr. 161, S. 1209-1210

²⁹⁵ MAAß, M. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 29

²⁹⁶ Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin = WGV

²⁹⁷ PRANGE, H. (2004), <http://mlutkls1.landw.uni-halle.de/inhalte/Anlagen/BTK.pdf>, S. XXX

²⁹⁸ MAAß, M. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 30

²⁹⁹ KREUZIG, W.-C. (1985), S. 13

³⁰⁰ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 63

³⁰¹ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1965, S. 159, 161

Aktionen direkter Abwerbung spielten dabei mit eine Rolle.“³⁰² Weiterhin wurden republikflüchtige Tierärzte als naiv diffamiert: „Eine Reihe von Tierärzten hatte nicht die ideologische Reife für die neue Entwicklung und verließ unsere Republik.“³⁰³ Durch die Abwanderung zahlreicher Tierärzte entstand in vielen Gebieten der DDR ein Tierärztemangel.³⁰⁴ Der unter anderem durch Republikflucht fortschreitende Engpass an qualifizierten Fachkräften in der DDR war einer der Gründe dafür, dass am 13.08.1961 die Mauer entstand. Sie stellte die endgültige territoriale Abtrennung der DDR vom übrigen Deutschland dar und wurde von der Politik als „antifaschistischer Schutzwall“ propagiert.³⁰⁵

Die Hauptabteilung Veterinärwesen im MLF hatte bereits 1954 den Aus- und Aufbau von Diagnostikzentren und Bezirkstierkliniken beschlossen. Ab 1958 wurden Tiergesundheitsdienste eingesetzt, da Organisationsprobleme in den größer gewordenen Betrieben aufgetreten waren. Weiterhin wurden durch die bis 1960 andauernde Phase der Kollektivierung weitere Probleme manifest, die auch tierschutzrelevant waren. So nahm das Auftreten von Tierseuchen wie Brucellose, Tuberkulose und anderen Infektionskrankheiten zu, da durch Zusammenstellen mehrerer Tierbestände der Durchseuchungsgrad enorm anstieg.³⁰⁶ Das am 20.06.1962 verabschiedete ‚Gesetz über das Veterinärwesen‘, welches bis zur politischen Wende 1989 galt, war politisch geprägt.³⁰⁷ Das Gesetz beinhaltete die Neustrukturierung der staatlichen Veterinärverwaltung mit der Hierarchie Ministerium-Bezirk-Kreis.³⁰⁸ Geregelt wurden unter anderem Hygienefragen in der Tierhaltung, die Struktur und Aufgaben der Praxen und Institutionen sowie Belange der Lebensmittelhygiene. Vergleicht man die heutigen Referate des staatlichen Veterinärwesens mit den damaligen in der DDR, fällt auf, dass der Tierschutz als Fachgebiet gänzlich fehlte. PRANGE erklärt diesen Umstand mit seiner fehlenden Bedeutung innerhalb des sozialistischen Systems: „Allein der Tierschutz war kein gesellschaftsrelevantes Thema, weshalb dieses Fachgebiet in der auf Quantität orientierten Tierproduktion nicht vorkam.“³⁰⁹ Das ‚Gesetz über das Veterinärwesen‘ übertrug dem Veterinärwesen „eine Mitverantwortung für die Produktion“.³¹⁰ 1963 fand der VI. Parteitag der SED statt, welcher unter anderem die künftigen Aufgaben der Landwirtschaft in den Fokus stellte. So wurde hier die Forderung nach Intensivierung und allmählichem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden gestellt, mit dem Ziel, die Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen. Auch die tierärztliche Ausbildung sollte diesen Forderungen angepasst werden.³¹¹ Ein weiteres, damit verbundenes Vorhaben des VI. Parteitages der SED war, die Tierärzte in die Produktionsleitung so einzuschalten, dass volle Verantwortung auf ihnen lag. Dazu sollten die Tierärzte in die LPG eingegliedert werden. Das Ziel war, Produktivität und Effektivität zu steigern.³¹² Das ‚Prinzip der Einheit von Hygiene und Produktion‘ kam zur Geltung, wobei die veterinärmedizinischen Aufgaben mit solchen der

³⁰² KREUZIG, W.- C. (1985), S. 18

³⁰³ KREUZIG, W.- C. (1985), S. 32

³⁰⁴ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1965, S. 163

³⁰⁵ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 64

³⁰⁶ RECKLING, K.- F. (2006), Festansprache zur veterinärmedizinischen Untersuchungstätigkeit in Stendal, S. 3

³⁰⁷ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 408

³⁰⁸ PRANGE, H. (2004), Veterinärmedizin der DDR, Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung, S. XXX

³⁰⁹ PRANGE, H. (2004), Veterinärmedizin der DDR, Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung, S. XXXI

³¹⁰ LÖTSCH, SCHULZE, BURCKHARDT (Hrsg.) (1986), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 54

³¹¹ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 65

³¹² AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 408

Produktionsorganisation und –leitung verschmelzen sollten.³¹³ Daneben sollten Prämien für Tierärzte eingeführt werden, um einen sozialistischen Wettbewerb zu schaffen. Die Prämienhöhe sollte abhängig von den Produktionserfolgen in der LPG sein.³¹⁴ Ab 1967 wurden tiermedizinische Abteilungen in den industriemäßigen Anlagen geschaffen, weiterhin waren Hygienedienste im Bereich Nahrungsgüterwirtschaft im Einsatz.³¹⁵ Von den Veterinärmedizinern wurden tiefgründige Kenntnisse über ökonomische Vorgänge beim Aufbau der industriemäßigen Produktion verlangt. Die Fokussierung der Aufgaben veterinärmedizinischer Fachkräfte hatte darauf abzielen, die tierische Produktion zu optimieren und zu stabilisieren.

Die nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 im Vordergrund stehende Hauptaufgabe des Veterinärwesens und der Landwirtschaft war die weitere Produktionssteigerung, um den Lebensstandard im Volke zu verbessern.³¹⁶ Dieses Ziel sollte durch Übergang zu industriellen Produktionsmethoden verwirklicht werden, wobei eine industrialisierte Agrarproduktion als Vollendung der Entwicklung der Landwirtschaft nach den Vorgaben der marxistisch-leninistischen Grundsätze galt.³¹⁷ Merkmale, die den „sozialistischen Tierarzt“ charakterisieren sollten, waren nach Willfriede WELS-OPEL *„der Leninsche Arbeitsstil, unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus, konsequente Parteilichkeit, kämpferische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Imperialismus und dem modernen Revisionismus, die Erziehung der Volksmassen im Geiste des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus“*.³¹⁸ Diese Aufzählung aus einer Abschlussarbeit zum Fachtierarzt für „Staatsveterinärkunde“ demonstriert recht anschaulich, welche Eigenschaften ein Tierarzt in der DDR in erster Linie zu verkörpern hatte, um den ideologischen Ansprüchen zu genügen. Der Tiermediziner und Zeitzeuge Wolfgang KÖPP beurteilt diese Entwicklung der tierärztlichen Tätigkeit aus heutiger Sicht als *„Hinleitung des Tierarztes zum Produktionsorganisator und Reparaturschlosser der Landwirtschaft“*.³¹⁹ Aufgaben, die sich durch das von der Volkskammer am 20.06.1962 verabschiedete ‚Gesetz über das Veterinärwesen‘ ergaben, waren die Beratung der Tierhalter und Genossenschaften in Tierschutzfragen sowie die Kontrolle der Durchführung von Maßnahmen zur Gesunderhaltung und zum Schutz der Tiere und Viehbestände. Diese in ihrer Präzisierung fortgeschrittenen Aufgaben in Hinblick auf Tierschutzfragen hatten sich aus den in den fünfziger Jahren bestehenden Rechtsgrundlagen zur Sicherung der Tiergesundheit und der tierärztlichen Betreuung der entstehenden LPG für das Veterinärwesen ergeben.³²⁰

2.3.2 Die Bezirksinstitute für Veterinärwesen und ihre Rolle im Tierschutz

Die in den 50er und 60er Jahren gebauten Veterinäruntersuchungs- und Tiergesundheitsämter³²¹ sowie die ebenfalls in fast allen 14 Bezirken der DDR erbauten staatlichen Bezirkstierkliniken wurden um 1970 zu den ‚Bezirksinstituten für

³¹³ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 397

³¹⁴ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 408

³¹⁵ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S.408

³¹⁶ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 88

³¹⁷ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 359

³¹⁸ WELS-OPEL, W. (1973), Die politische Führungstätigkeit des Kreistierarztes, S. 30

³¹⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 22

³²⁰ BURCKHARDT, A., BEHRENDT, I. und SCHINDLER, W. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 5

³²¹ Veterinäruntersuchungs- und Tiergesundheitsamt = VUTGA, Plural: VUTGÄ

Veterinärwesen³²² zusammengeführt. In ihre Aufgabenbereiche fielen die Schaffung neuer Diagnostikverfahren, die Prüfung von Impfstoffen, epidemiologische Fragen, Infektions- und Seuchenbekämpfung und die Optimierung von Verfahren der Zucht, Haltung und Hygiene.³²³ Auch die Gründung der BIV sollte darauf hinauslaufen, Effizienz und Rationalisierung der Veterinärmedizin in ihrer gesamten Bandbreite zu verbessern.³²⁴ Die sogenannten Leit-BIV erarbeiteten bestimmte wissenschaftliche Fragestellungen und mussten die anderen BIV zu ihrem Schwerpunktthema anleiten. Dieses Procedere stand unter Weisung des Ministeriums für Land,- Forst,- und Nahrungsgüterwirtschaft.³²⁵ Zu den Aufgaben der BIV gehörten unter anderem Belange des Tierschutzes, wengleich diese nicht als solche bezeichnet wurden. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Leit-BIV für veterinärmedizinische Bauhygiene, das seit 1972 im thüringischen Bad Langensalza beheimatet war. Die Tierärzte des BIV Langensalza waren beispielsweise in die Planung und den Bau landwirtschaftlicher Anlagen involviert und konnten „die Vorbereitung, Projektierung und Realisierung neuer Anlagen und Ställe der Tierproduktion“³²⁶ im Sinne des Tierschutzes mit beeinflussen. Tatsächlich soll die Einflussnahme zugunsten des Tierkomforts möglich gewesen sein, solange die wirtschaftlichen Ergebnisse davon nicht negativ beeinflusst wurden.³²⁷ Weitere Aufgaben des BIV, welche den Tierschutz betrafen, waren die Verfahrensentwicklung von Lüftungssystemen, die Tierseuchenprophylaxe und die Schaffung von optimalen Haltungsbedingungen in der Tierproduktion.³²⁸ Unter „Optimierung“ von Haltungssystemen verstand man vorrangig die Steigerung der Rentabilität einer Tierhaltung. Die Durchsetzung tierhygienischer Grundlagen wurde als Bedingung für eine stabile Tiergesundheit und damit die Produktionssicherung verstanden.³²⁹ Die „Schaffung von Umweltbedingungen, die hohe Tierleistungen bei geringsten Tierverlusten gewährleisten“³³⁰, bedeutete durch die Senkung von Tierverlusten auch Tierschutz im weiteren Sinne. Wirtschaftliche Gründe waren es ebenfalls, die zur Erprobung neuer Haltungsverfahren führten. Die Weiterentwicklung von Kotrosten für Rinder und Schweine, die Etablierung von Haltungsalternativen im Bereich der Kälberhaltung oder die Entwicklung beheizbarer Ferkelnester sind einige Beispiele dafür. Diese Innovationen sollten in erster Linie Verluste minimieren, die durch Technopathien und hohe Jungtiersterblichkeit aufgetreten waren.³³¹ Sie dürften gleichzeitig zu einem höheren Tierkomfort geführt haben.

Die BIV wurden von Bezirkstierärzten angeleitet, ebenso wie die Kreistierärzte und die Veterinärhygieneinspektionen. Die Kreistierärzte wiederum beaufsichtigten die Staatlichen

³²² Bezirksinstitut für Veterinärwesen = BIV

³²³ RECKLING, K.-F. (2006), Festansprache zur veterinärmedizinischen Untersuchungstätigkeit in Stendal, S. 7

³²⁴ AZAR, J (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 241

³²⁵ MAAß, M. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S.46

³²⁶ SCHACHT, K. et al (1989) in: Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.) (1989) 20 Jahre BIV, S. 23

³²⁷ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

³²⁸ SCHACHT, K. et al (1989) in: Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.) (1989) 20 Jahre BIV, S. 22-23

³²⁹ SCHACHT, K. et al (1989) in: Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.) (1989) 20 Jahre BIV, S. 20

³³⁰ SCHACHT, K. et al (1989) in: Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.) (1989) 20 Jahre BIV, S. 22

³³¹ SCHACHT, K. et al (1989) in: Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.) (1989) 20 Jahre BIV, S. 20

Tierärztlichen Gemeinschaftspraxen³³² ihres Kreisgebietes sowie die tiermedizinischen Abteilungen in den Tierproduktionsanlagen.³³³

2.3.3 Der Veterinärhygienische Überwachungsdienst und seine Aufgaben im Tierschutz

Die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft und damit verbundene Erhöhung des Schlachtviehaufkommens bedingte eine stetige Zunahme der nationalen und internationalen Viehtransporte. Bereits 1946 wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone ein Kontrollorgan für veterinärhygienische Fragen auf Eisenbahnen gegründet. Aus diesem ging auf Grundlage des Veterinärgesetzes der DDR von 1962 der Veterinärhygienische Überwachungsdienst³³⁴ hervor. Dieser wurde als spezialisierte Institution geschaffen, damit die Einhaltung tierhygienischer Prinzipien auch im Verkehrswesen, welches als eigener Volkswirtschaftszweig fungierte, gewährt werden sollte.³³⁵ Die Hauptaufgabe dieses zentralen Organes war der Schutz der Tierbestände vor Tierseuchen. Weiterhin war der VHVD zuständig für:

- Kontrolltätigkeiten
- Anleitung und Zusammenarbeit mit dem örtlichen Veterinärwesen und der Landwirtschaft
- Kooperation mit Verkehrswesen, Zoll und Außenwirtschaft in Hinblick auf Hygienefragen
- politische Aufgaben: Wahrung der Grenze zum „imperialistischen Klassengegner“

So durften an der Grenze nur Tierärzte tätig werden, welche Genossen waren und die keine „*verwandtschaftlichen Beziehungen nach dem kapitalistischen Ausland*“ hatten.³³⁶ Im ‚Lehrbuch der Tierhygiene‘ aus dem Jahre 1979 werden die Aufgaben des VHVD folgendermaßen zusammengefasst: „*Der VHVD unterstützt die Werktätigen des Verkehrswesen bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe, leitet sie an und kontrolliert die Einhaltung der Hygienenormen beim Tiertransport. Durch Belehrungen, Schulungen und notfalls auch mit Erziehungsmaßnahmen bemühen sich die Mitarbeiter des VHVD, bei den Werktätigen des Verkehrswesens ein Hygienebewußtsein zu entwickeln.*“³³⁷ Auch wenn nicht im Speziellen erwähnt, so umfasste genanntes Aufgabenspektrum des VHVD damit auch Belange des Tierschutzes.

³³² Staatliche Tierärztliche Gemeinschaftspraxen = STGP

³³³ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 375, 376

³³⁴ Veterinärhygienischer Verkehrsüberwachungsdienst = VHVD

³³⁵ WERNICKE, R. (1979) in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 869

³³⁶ BArch DK 1/13835, o. Bl.

³³⁷ WERNICKE, R. (1979) in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 869

2.3.4 Der Tierschutz als Aufgabengebiet der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin

Die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin wurde 1954 als repräsentatives Gremium der tierärztlichen Wissenschaft in der DDR gegründet.³³⁸ Im Laufe der Jahre wurden für alle bedeutenden Fachbereiche in der Veterinärmedizin Fachkommissionen beziehungsweise untergeordnete Arbeitskreise gebildet. Obgleich vor allem in den achtziger Jahren die Forderung nach einer stärkeren Beachtung des Tier- und Umweltschutzes zunahm, existierte laut Patrick KLUGE in der WGV weder eine Fachkommission noch ein Arbeitskreis, welche sich speziell mit Tierschutzfragen beschäftigten.³³⁹ Nachdem die Tierärzteschaft der DDR sich in den achtziger Jahren durch stagnierende Produktionsergebnisse in der Landwirtschaft gezwungenermaßen verstärkt mit Fragen des Tierschutzes beziehungsweise der Optimierung von Tierhaltungen auseinandersetzen hatte, wurde auf Initiative des damaligen Präsidenten der WGV, Günther HEIDER, die Bildung eines Arbeitskreises Tierhygiene veranlasst. Dieser sollte sich laut KLUGE mit Themen wie Bau- und Transporthygiene sowie Umweltschutz und –toxikologie beschäftigen. Die Bearbeitung von Themen mit Tierschutzinhalten wurde weiterhin von einer Arbeitsgemeinschaft Versuchstiere getätigt, welche später eine Aufwertung zum Arbeitskreis erfuhr. Das genaue Gründungsdatum dieses Arbeitskreises ist laut KLUGE schwer zu rekapitulieren, erstmals soll der Arbeitskreis in einem Sitzungsprotokoll des Präsidiums von 1986 erwähnt worden sein. KLUGE nach war der Arbeitskreis an der Entwicklung des Entwurfes einer Tierschutzverordnung beteiligt. Daneben war der Arbeitskreis im Rahmen der Bearbeitung einer 'Anordnung zur Überwachung von Versuchstieren' involviert. Ein Ziel sollte dabei die Reduktion von Tierversuchen in der Erforschung von Medikamenten sein. KLUGE erwähnt, dass sowohl der Arbeitskreis Tierhygiene als auch der Arbeitskreis Versuchstiere wenig Bedeutung innerhalb der WGV erlangten. Dies lag wahrscheinlich auch daran, dass beide Gremien erst kurz vor der politischen Wende gegründet wurden und es meist zwei bis drei Jahre dauerte, bis ein Arbeitskreis eingearbeitet war.³⁴⁰ Tierschutzthemen wie die Haltungshygiene landwirtschaftlicher Nutztiere oder die Fütterungsoptimierung wurden auch in der WGV aufgrund anhaltend unbefriedigender Produktionsergebnisse zunehmend diskutiert. Als besondere Problemschwerpunkte wurden die bis zum Ende der DDR anhaltenden hohen Jungtierversluste und Produktionseinbußen, die durch mangelhafte Futterqualität und Infektionskrankheiten auftraten, diskutiert.³⁴¹ Spezielle Tierschutzgremien existierten in der WGV allerdings nicht, was die untergeordnete Rolle des Schutzes der Kreatur in der Veterinärmedizin an sich und als Fachbereich in der Wissenschaft vermuten lässt.

³³⁸ WERNICKE, R. (1992): Entstehung und Entwicklung der WGV in der DDR. Beitrag zum Kolloquium „Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte“, S. 11

³³⁹ KLUGE, P. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 24.07.2013 aus: Vet. med. Diss. Berlin (2014) (in Fertigstellung)

³⁴⁰ KLUGE, P. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 24.07.2013 aus: Vet. med. Diss. Berlin (2014) (in Fertigstellung)

³⁴¹ KLUGE, P. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 24.07.2013 aus: Vet. med. Diss. Berlin (2014) (in Fertigstellung)

2.3.5 Die Entwicklung der Tierarztpraxen

Auch die praktischen Tierärzte bekamen die Auswirkungen der politischen Veränderungen in Anlehnung an die Vorgänge in der Landwirtschaft zu spüren. Im Zuge der Kollektivierung wurde die tierärztliche Privatpraxis in die Staatspraxis umgewandelt.³⁴² Die Führung privater Praxen stand im Widerspruch zu den Zielen der Planwirtschaft.³⁴³ Nachdem 1946 begonnen wurde, mit der Rinderpflichtuntersuchung die staatliche Tierseuchenbekämpfung einzuführen, war der Grundstein für die Entwicklung des Tierarztes in Richtung des Staatstierarztes gelegt.³⁴⁴ Als Folge der Verstaatlichung des gesamten Veterinärwesens ab 1955 wurden am 23.07.1955 die 'Anordnung über die Errichtung und Organisation von Staatlichen Tierarztpraxen' und die 'Erste Anweisung zur Anordnung über die Errichtung und Organisation von Staatlichen Tierarztpraxen' veröffentlicht. Diese sahen vor, den Bereichen der Maschinen-Traktor-Stationen staatliche Tierarztpraxen zuzuordnen.³⁴⁵ Ab 1955 existierte eine Niederlassungsbeschränkung, nach der die Eröffnung einer Praxis erst vom MLF genehmigt werden musste.³⁴⁶ Ab 1957 wurden nur noch staatliche Tierarztpraxen neu zugelassen; sie übernahmen zunehmend die Betreuung der sozialistischen Betriebe.³⁴⁷ 1959 waren noch 56% der Praxen private Tierarztpraxen, bis 1964 entwickelte sich die Anzahl auf 25% zurück. Die Verstaatlichung bestehender Tierarztpraxen wurde offiziell unter Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit vollzogen. Nachdem allerdings nur staatliche Tierarztpraxen die Betreuung der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe übernehmen durften und die Kollektivierung der Landwirtschaft voranschritt, wurde dem Privatpraktiker die Existenzgrundlage schrittweise entzogen.³⁴⁸ 1972 konnten so die letzten Praktiker für die Verstaatlichung „gewonnen“ werden.³⁴⁹

In Anbetracht der Entwicklung der Betriebsgrößen wurden ab Ende der 60er Jahre Staatliche Tierärztliche Gemeinschaftspraxen gebildet, deren Leitung oft Genossen der SED übertragen wurde.³⁵⁰ Der Übergang zu industriellen Produktionsmethoden führte letztendlich dazu, dass die Tierärzte zunehmend Leitungsfunktionen in den sich entwickelnden spezialisierten Produktionseinheiten übernehmen sollten. Die Integration von Tierärzten in die Betriebe als Betriebstierärzte wurde vorerst vor allem von den älteren Jahrgängen mit großer Skepsis gesehen.³⁵¹ Die Mehrzahl der Tierärzte des Landes war gegen diese strukturelle Veränderung des Veterinärwesens.³⁵² Durch die damit einhergehende Unterstellung des Tierarztes unter den Leiter des Betriebes wurde in erster Linie der Verlust persönlicher Freiheit befürchtet.³⁵³ Selbst aus den Reihen der Partei wurde von namhaften Persönlichkeiten davor gewarnt, Tierärzte zur LPG-Mitgliedschaft zu drängen. Die Skeptiker argumentierten damit, dass

³⁴² PRANGE, H. (2004), Veterinärmedizin der DDR, Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung, S. XXX

³⁴³ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 44-45

³⁴⁴ LÖTSCH, D. (1986), MH 41, S. 541-545

³⁴⁵ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 131

³⁴⁶ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 133

³⁴⁷ PRANGE, H. (2004), S. XXX

³⁴⁸ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 160- 161

³⁴⁹ PRANGE, H. (2004), Veterinärmedizin der DDR, Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung, S. XXX

³⁵⁰ PRANGE, H. (2004), Veterinärmedizin der DDR, Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung, S. XXX

³⁵¹ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 14

³⁵² BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 27

³⁵³ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 15

dieses Vorgehen im Rahmen einer Reformierung des Veterinärwesens in anderen sozialistischen Staaten wie beispielsweise Rumänien bereits gescheitert war³⁵⁴ und dass man den Tierärztemangel in der DDR dadurch verschärfen würde.³⁵⁵ Mit Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion sank der Stellenwert der staatlichen tierärztlichen Einzelpraxen. In der Folge schlossen sich Tierärzte, Veterinäringenieure und Veterinärtechniker zu Staatlichen Tierärztlichen Gemeinschaftspraxen³⁵⁶ zusammen.³⁵⁷ Von Seiten der Politik wurde dies so begründet, dass die Form der STGP den höheren Anforderungen des Veterinärwesens an die sozialistische Intensivierung eher gerecht würde als die Einzelpraxis und somit ökonomische Aufgaben besser gelöst werden könnten.³⁵⁸ VON DER AA beschreibt den mit der Industrialisierung einhergehenden tierärztlichen Tätigkeitswandel folgendermaßen: *„Wir sehen also, daß es bei der Entwicklung solcher Großanlagen eine ganze Anzahl noch zu lösender Probleme gibt. (...) Dazu gehört aber auch eine inhaltliche Veränderung der Tätigkeit der praktizierenden Tierärzte. Wir dürfen nicht mehr so sehr am Tier arbeiten, sondern wir müssen mehr für die Tiere wirksam werden. Das heißt auch Abkehr von der Einmann-Arbeit und rasche Hinwendung zur kollektiven Arbeit. Wir müssen liebgewordene Traditionen zugunsten unseres Faches und zugunsten des Fortschrittes aufgeben, wenn wir nicht zum Hemmschuh werden wollen, sondern Pioniere sein wollen.“*³⁵⁹ Heutzutage beurteilen damals praktizierende Veterinäre wie Klaus WEBER die Bildung der STGP als eine Möglichkeit, *„Individualismus zu verhindern oder zu bekämpfen“*.³⁶⁰ Zeitzeugen beurteilen die Verstaatlichung der Praxen als politisches Kalkül. Ebenso wie in der Landwirtschaft sollte die volle politische Kontrolle gewährleistet werden, währenddessen man die höhere wirtschaftliche Effizienz der STGP als Begründung nach außen trug.³⁶¹ Ziel der politischen Führung war es, möglichst alle Tierärzte für die Partei zu gewinnen. Nichtmitglieder der SED wurden offenbar häufiger benachteiligt. Ein ehemaliger praktischer Tierarzt, welcher sich nicht mit den Ideologien der SED identifizieren wollte, charakterisiert die STGP folgendermaßen: *„Alle Tierärzte und der Vet. Techniker wohnten an einem Ort. So konnte der Idealfall einer Gemeinschaftspraxis, wie sie vom Landwirtschaftsrat und Kreistierarzt gewünscht wurde, durchgesetzt werden. Es wurde strikte Arbeitszeit eingehalten. Es war eine Zentralapotheke vorhanden. Pünktlicher Treffpunkt u. Kontrolle durch den Leiter. Es wurden Programme erarbeitet und Aufgaben zugeteilt. Wünsche wurden nicht berücksichtigt. Es herrschte ein diktatorisches Prinzip.“*³⁶² Als Vorteile der STGP gegenüber der Einzelpraxis wurden unter anderem bessere Arbeitsbedingungen, eine gesicherte Existenz, Einflussnahme auf wirtschaftliche und politische Fragen, Stärkung der Dominanz der LPG und damit Mitbeteiligung an der Erhöhung der Produktivität genannt. 1974 waren 89,9% der Tierärzte in der DDR in Staatlichen Gemeinschaftspraxen tätig, 6,3% der Tierärzte waren in Anlagen der industriemäßigen Tierproduktion angestellt.³⁶³ Die größten Betriebe wurden von innerbetrieblichen Veterinärabteilungen betreut, deren Anteil an Praxen aber 10% nie übertraf.³⁶⁴ Die bereits 1952 im Ministerratsbeschluss erwähnte

³⁵⁴ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 17

³⁵⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 27

³⁵⁶ Staatliche Tierärztliche Gemeinschaftspraxen = STGP

³⁵⁷ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 91

³⁵⁸ KREUZIG, W.-C. (1985), Ein Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft, S. 30

³⁵⁹ VON DER AA, R. (1968), MH 23, S. 847

³⁶⁰ WEBER, K. (1994), VetImpulse 3, S. 13

³⁶¹ WEBER, K. (1994), VetImpulse 3, S. 13

³⁶² ROTHENBURG, F. (1993), schriftliche Mitteilung an BUSCH, B., Bl. 2

³⁶³ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 369

³⁶⁴ PRANGE, H. (2004), Veterinärmedizin der DDR, Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung S. XXX und PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 430

Maßnahme zum Erreichen einer produktiven Viehwirtschaft³⁶⁵, Veterinärhelfer auszubilden, wurde im Beschluss des Ministerrates über `Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft` von 1954 weiter ausgebaut³⁶⁶ und fand seine Vollendung in der Ausbildung von Veterinärtechnikern und Veterinäringenieuren. Die Veterinäringenieure wurden ab 1969 in den beiden Veterinäringenieurschulen der DDR, Rostock und Beichlingen, ausgebildet. Ursache für die Herausbildung dieser Berufe war unter anderem der Mangel an Fachkräften aufgrund der Republikfluchten der späten 50er Jahre und der erhöhte Bedarf in den vermehrt industriell produzierenden Anlagen, in denen Tierärzte „eingespart“ werden konnten, indem man für „*sich wiederholende, mechanische Tätigkeiten*“³⁶⁷ solche Facharbeiter einsetzte. Die Ausbildung der Veterinäringenieure erfolgte auf Niveau eines Fachschulstudiums. Von den insgesamt fast 5000 in der DDR ausgebildeten Veterinäringenieuren waren Ende der 80er Jahre etwa 50% in Tierarztpraxen tätig.³⁶⁸

2.3.6 Die Aufgaben des Tierarztes im Sozialismus und der Stellenwert des Tierschutzes

Das Aufgabenfeld der Tierärzte in der DDR orientierte sich immer an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und politischen Zielen. In Anlehnung an die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft wurde den Tierärzten der DDR die Aufgabe zugesprochen, die quantitative und qualitative Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion und die damit verbundene Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln voranzutreiben. In den Nachkriegsjahren lag das Hauptaugenmerk darauf, gesunde Tierbestände wieder aufzubauen und Seuchen zu tilgen, wobei vor allem die Tuberkulose, die Brucellose und auch die Beschälseuche zu nennen sind. Mit Gründung der DDR wurde weiter am Wachstum der Viehbestände gearbeitet, um die Versorgung der Bevölkerung mit Produkten tierischer Herkunft kontinuierlich zu verbessern. Dabei stand nach wie vor die Seuchenbekämpfung, aber auch die zuchthygienische Arbeit und Gesundheitsüberwachung im Mittelpunkt der veterinärmedizinischen Arbeit. Zunehmend konzentrierte man sich auf prophylaktische Maßnahmen und führte entsprechende Rechtsgrundlagen dafür ein, wie beispielsweise das 1950 verabschiedete Gesetz über die jährliche Schutzimpfung der Rinder gegen die MKS. Auch die Schweinepest war einer der Tierseuchen, deren Bekämpfung im Fokus stand.³⁶⁹ Tierseuchenbekämpfung wurde und wird in erster Linie aus ökonomischen Gründen und zum Schutz des Menschen vor übertragbaren Krankheiten getätigt; sie beinhaltet auch den Tierschutzaspekt, da durch die Verhinderung der Krankheitserscheinungen Leiden und Schmerzen der Tiere vermieden werden. In der DDR wurde vehement die Wichtigkeit der Tierhygiene als Lehre von der Erhaltung der Tiergesundheit gepredigt. Die Motivation zur Gesunderhaltung der Tiere lautete: „*Nur gesunde Tiere können höchste Dauerleistungen erreichen.*“³⁷⁰ Ab 1952, mit dem Beginn der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, wurden prophylaktische Tätigkeiten verstärkt notwendig, da durch das Zusammenstellen der Tierbestände mehrerer Betriebe die Seuchenbekämpfung neue, weitaus größere Dimensionen annahm. Um die

³⁶⁵ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 61

³⁶⁶ MAAß, M. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 29

³⁶⁷ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 26

³⁶⁸ PRANGE, H. und IDEL, A. (Hrsg.) (2001), Der Veterinäringenieur und weitere Berufe im Umfeld der Tiermedizin in der DDR, Übersicht

³⁶⁹ HEINICKE, W. et al. (1969), MH 24, S. 643-648

³⁷⁰ SCHMIDT, H.-G. (1970), Schweineproduktion, S. 90

Produktion nachhaltig zu steigern, wurden Maßnahmen für die Gesunderhaltung der Tierbestände in den neuen LPG in die Wege geleitet. Diese waren die Untersuchung der Tiere von Einzelbauern vor Einstellung in die LPG, die Intensivierung der Seuchenprophylaxe, die Kontrolle der Stallungen, Weiden und Ausläufe und deren Reinigung und Desinfektion und die Überwachung von Viehhandel und Tierverkehr in den LPG.³⁷¹ Außerdem mussten die Genossenschaftsmitglieder geschult und angeleitet werden, was ebenfalls ins tierärztliche Aufgabenspektrum fiel. Diese anfallenden zusätzlichen Aufgaben konnten durch die bestehende Gebührenordnung nicht abgerechnet werden.³⁷² Deshalb, aber auch mit der Begründung, dass die neuen Anforderungen von Seiten privater Tierarztpraxen nicht im notwendigen Rahmen durchzuführen seien, wurde 1954 die Gründung staatlicher Tierarztpraxen beschlossen.³⁷³ Die nächsten Jahre waren geprägt von der Kollektivierung in der Landwirtschaft und den sich daraus ergebenden Aufgaben: *„Diese stürmische Entwicklung bringt auch uns Tierärzten neue und schöne Aufgaben. (...) Schöne Aufgaben deshalb, weil bei der Mithilfe beim Aufbau des Sozialismus der humanistische Gehalt, den wir unserem Berufsstand immer zuerkannt haben, voll zur Geltung kommen kann.“*³⁷⁴ Auch die politische Mitwirkung der Tierärzte gehörte hierzu. Überzeugungsarbeit sollte geleistet werden, um die Skeptiker unter den Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen. Die vordergründige Aufgabe der 60er Jahre stand dann, nachdem 1960 der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande“ erreicht war, die Tierbestände der LPG und VEG leistungsfähig zu halten und zu schützen.³⁷⁵ In Anlehnung an die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft wurden die Tierärzte der DDR verpflichtet, die quantitative und qualitative Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion und die damit verbundene Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung voranzutreiben. Im Mittelpunkt stand dabei der im Rahmen des V. Parteitages der SED verabschiedete Siebenjahrplan der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft. Der landwirtschaftliche Fortschritt sollte bestimmt werden vom *„unaufhaltsamen Aufstieg der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und vom Wachstum des Sozialismus“*³⁷⁶. Das schnellst mögliche Erreichen der Überlegenheit des Sozialismus über die kapitalistischen Verhältnisse war Grund dafür, die Planvorgaben 1959/60 zu erhöhen und auf die Siebenjahresplanung umzustellen. Für die Landwirtschaft lautete die Aufgabe, bis Ende 1962 die Eigenversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und die Bedarfsdeckung der Industrie mit Rohstoffen landwirtschaftlicher Herkunft zu realisieren.³⁷⁷ Dies wurde im Februar 1959 auf der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG von Walter ULBRICHT³⁷⁸ konkretisiert. Im Sektor Rinderhaltung sollte ein Durchschnittsalter der Kühe von 10 Jahren angestrebt werden, die Nutzungsdauer sollte erhöht werden. Die Fett- und Milchleistung sollte gesteigert und die Herdbuchzucht³⁷⁹ erweitert werden. Weiterhin wurde eine Intensivierung der Jungbullenmast angestrebt. Das Mastendgewicht von Kälbern sollte auf 100 kg erhöht werden. Weitere Ziele waren die Verkürzung der Zwischenkalbezeitintervalle, die zu einer Erhöhung der Abkalbungen und damit der Kuhbestände insgesamt führen sollten. Steigende

³⁷¹ LÖTSCH, D. et al. (1971), MH 26, S. 364

³⁷² AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 126

³⁷³ LÖTSCH, D. et al. (1971), MH 26, S. 364

³⁷⁴ VON DER AA, R. (1958), MH 13, S. 577

³⁷⁵ HEINICKE, H. et al. (1969), MH 24, S. 643-648

³⁷⁶ REICHEL, H. (1960), Referat: "Die Aufgaben der Tierärzte im Siebenjahrplan", aus: Protokoll der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, S. 22

³⁷⁷ MAHLICH, W. (1999), Diss. agr. sc., S. 316

³⁷⁸ Walter ULBRICHT (1893- 1973), 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates/ Staatsoberhaupt der DDR

³⁷⁹ Herdbuchzucht: „Zentral gelenkte, planmäßige Zucht von Tieren, die durch Eintragung in ein Herdbuch als hochwertige Zuchttiere anerkannt sind und deren Leistungen regelmäßig geprüft werden.“
Aus: WIESNER, E. und RIBBECK, R. (Hrsg.)(2000), Lexikon der Veterinärmedizin, S. 636

Besamungsquoten bei verbesserter Fruchtbarkeit verfolgten ebenfalls eine Vergrößerung der Herden. Ähnliche Pläne hatte man im Sektor Schweineproduktion. Pro Sau und Jahr wurden 13 Läufer als zu produzierender Maßstab angesetzt, um die Rentabilität in der Schweineproduktion zu erhöhen.³⁸⁰ Das Durchschnittsgewicht bei Schlachtschweinen sollte auf mindestens 120 kg erhöht werden.³⁸¹

Um diese Pläne geschlossen umzusetzen, forderte man die Tierärzte auf, die LPG zu stärken, indem sie helfen sollten, noch unschlüssige Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen. Somit wurden sie als Mitgestalter des „*neue[n] sozialistische[n] Bewusstsein[s]*“³⁸² gehuldigt, die den „*Schritt vom Ich zum Wir*“³⁸³ durch Mitarbeit und Förderung der „*sozialistischen Gemeinschaftsarbeit*“³⁸⁴ vorantreiben sollten. Selbst Studenten der Veterinärmedizin wurden bereits dazu aufgefordert, politische Überzeugungsarbeit auf dem Land zu leisten und ihrer künftigen Kundschaft die Vorteile der Genossenschaft zu vermitteln.³⁸⁵ Die Forderung nach einer deutlichen Positionierung der Tierärzte zu sozialistischen Zielen und Idealen zieht sich wie ein roter Faden durch die Zeit von 1945 bis zur politischen Wende 1989/90, wie folgende beispielhafte Äußerung in der Schrift „*Tierärztliche Empfehlungen zur Steigerung der tierischen Produktion*“ verdeutlicht: „*Entscheidend ist die Erkenntnis des Tierarztes, dass der sozialistische Weg der deutschen Landwirtschaft der richtige und kein anderer möglich ist. Diese politische Klarheit in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hineinzutragen, ist die wichtigste Aufgabe der Tierärzte.*“³⁸⁶ Damit wurde den Tierärzten die „*patriotische Aufgabe*“ gestellt, „*durch Beispiel und Überzeugung die Bauern für den sozialistischen Weg in der Landwirtschaft zu gewinnen*“.³⁸⁷ Vehement wurde von der Tierärzteschaft gefordert, nicht nur fachlich gute Arbeit zu leisten, sondern auch politisch-ökonomisch mit den sozialistischen Idealen konform zu sein: „*Der gewaltige Umwandlungsprozess (...) läßt den Tierarzt nicht mehr nur Fachmann sein, sondern erfordert auch den Einsatz seines politischen Bekenntnisses und seiner ökonomischen Einsicht.*“³⁸⁸ Die politische Identifikation des Tierarztes mit den Zielen der Partei wurde als unbedingte Voraussetzung für seine Tätigkeit erklärt: „*Der Tierarzt, der dem Sozialismus ergeben ist, (...) kann nur seine Aufgabe erfüllen, (...) wenn er zugleich ein überzeugter Anhänger der Schaffung neuer sozialistischer Lebens- und Produktionsaufgaben auf dem Lande wird.*“³⁸⁹ Die Aufforderung ging so weit, dass Tierärzte nicht nur Mitläufer zu sein hatten, sondern als Repräsentanten der sozialistischen Ideologie aktiv agieren sollten: „*Alle Menschen, die auf dem Lande sind, demnach auch die Tierärzte, müssen sich vom angeblichen Ideal des Apolitischen abwenden.*“³⁹⁰ So wurde vom Tierarzt erwartet, zur sozialistischen Bewusstseinsbildung beizutragen, indem er die Grundprinzipien der sozialistischen Moral offen vertrat. Der oft als Vertrauensperson geltende Tierarzt wurde aufgefordert, seine Position auszunutzen, um „*moralische Prophylaxe*“ zu betreiben. Es wurde

³⁸⁰ REICHEL, H. (1960), S.25 f. , HEINICKE, W. und KNOBLAUCH (1962), S.31

³⁸¹ STRÜMPF, K.- H. (1962), MH 17, S.876

³⁸² REICHEL, H. (1960), Referat: "Die Aufgaben der Tierärzte im Siebenjahrplan", aus: Protokoll der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, S. 24

³⁸³ REICHEL, H. (1960), Referat: "Die Aufgaben der Tierärzte im Siebenjahrplan", aus: Protokoll der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, S. 24

³⁸⁴ REICHEL, H. (1960), Referat: "Die Aufgaben der Tierärzte im Siebenjahrplan", aus: Protokoll der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, S. 24

³⁸⁵ SEITE, B. (2009), Schneeengel frieren nicht, S. 32

³⁸⁶ SCHULZE, D. (1962), Tierärztliche Empfehlungen zur Steigerung der tierischen Produktion, S. 4

³⁸⁷ REICHEL, H. (1960), Referat: "Die Aufgaben der Tierärzte im Siebenjahrplan", aus: Protokoll der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, S. 27

³⁸⁸ HUSSEL, L. (1960), MH 15, S. 79

³⁸⁹ HUSSEL, L. (1959), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 157

³⁹⁰ HUSSEL, L. (1960), MH 15, S. 79

vom Tierarzt erwartet, „daß er mit den Einzelbauern, die noch nicht in die LPG eingetreten sind, positiv diskutiert und sie von der Richtigkeit der sozialistischen Großbrauwirtschaft überzeugt.“³⁹¹ Nach dem Abschluss der Kollektivierung, dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ sollte nun „der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR zum Hauptinhalt der Tätigkeit der Arbeiterklasse“ und auch der Tierärzte gemacht werden.³⁹² Tierärzte, die nicht mit den ideologischen Zielen konform gingen, also nicht Mitglied der SED waren, wurden gewissermaßen akzeptiert, solange sie nicht gegen den Strom schwammen. WEBER kommentiert: „Als Parteiloser war man da ein zwar gebrauchtes, aber nur geduldetes Anhängsel.“³⁹³ Auch durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen sollte eine Formung des sozialistischen Tierarztes gefördert werden. Das Präsidium der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin³⁹⁴ schrieb sich als wichtigste Aufgabe auf die Fahne, „alle Angehörigen des Veterinärwesens zu bewußten und aktiven Mitstreitern beim Aufbau des Sozialismus in der DDR zu machen, die einen festen Klassenstandpunkt vertreten und ihre ganze Kraft zum Wohle ihres Staates, der Deutschen Demokratischen Republik einsetzen“.³⁹⁵ Das eigentliche große Ziel der Produktionssteigerung sollte die dauerhafte Überflügelung anderer Länder, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, im Pro- Kopf- Verbrauch aller Nahrungsmittel sein.³⁹⁶ Grundlage waren die am 17. September 1962 von der Regierung der DDR beschlossenen Maßnahmen zur Erhöhung der Viehbestände und der Fleischproduktion. Dazu mussten die beiden vordergründigen Aufgaben, nämlich die Produktionssteigerung und gleichzeitige Senkung der Tierverluste, von den im Veterinärwesen tätigen Personen gelöst werden. Tierärzte sollten hierbei als „Organisatoren der Produktion“ dazu beitragen, die Planvorgaben für die Produktion zu erfüllen.³⁹⁷ Die Sanierung und Gesunderhaltung der Viehbestände wurden als „Planposition, Bestandteil der Planerfüllung und ökonomisch wirksamer Faktor“³⁹⁸ gepriesen. Konkret wurden als Ursachen der immer noch zu hohen Tierverluste Mängel in der Fütterung, Haltung und Pflege genannt. Weiterhin wurden Nachlässigkeiten der Melkhygiene und zu lange Zwischenkalbezeiten für Leistungseinbußen verantwortlich gemacht. Tierärzte wurden aufgefordert, diese Missstände durch Aufklärung der Bauern, denen die Erfahrungen in genossenschaftlichen Betriebsstrukturen noch fehlten, sowie das Erstellen von Maßnahmeplänen zu beseitigen. Die Verbesserung der Haltungsbedingungen sollten von den Praktikern aktiv mit umgesetzt werden, beispielsweise das Erstellen winterfester Sauen- und Abferkelställe.³⁹⁹ Da nur mit gesunden Tierbeständen „mehr, besser und billiger“⁴⁰⁰ produziert werden konnte, hatten die im Veterinärwesen tätigen Personen die allen vorangestellte Aufgabe, mittels ihres Wissenstandes und ihres Könnens das Maximale aus dem Tier herauszuholen. Die Fachkräfte des Veterinärwesens waren hierbei dazu angehalten, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Veterinärmedizin zur Anwendung zu bringen.⁴⁰¹ Die quantitative und qualitative Steigerung der Produktion bei gleichzeitig sinkenden Kosten wurde als Beitrag dargestellt, „die allseitige politische, ökonomische,

³⁹¹ SIEGERT (1959), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 134

³⁹² PILZ, H. und HEIDER, G. (1963), MH 18, S. 1

³⁹³ WEBER, K. (1994), VetImpulse 3, S. 13

³⁹⁴ Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin = WGV

³⁹⁵ ROTHE et al (1967), MH 22, S. 242

³⁹⁶ REICHELT, H. (1969), S. 26

³⁹⁷ STRÜMPF, K.- H. (1962), MH 17, S. 874

³⁹⁸ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 247

³⁹⁹ STRÜMPF, K.- H., (1962), MH 17, S. 875

⁴⁰⁰ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 242

⁴⁰¹ ZILLIG, R. (1978), Einführung in die sozialistische Produktion, S. 35, RÖHLINGER, P. (1976), Die Aufgaben und Ziele, S. 3

*kulturelle und militärische Stärkung der DDR*⁴⁰² zu erreichen. Dabei sollte durch die Arbeit des Veterinärwesens eine deutliche und dauerhaft steigende Produktivität bei gleichzeitiger Gesunderhaltung und Sanierung der Viehbestände erfolgen: *„Die rationelle und ökonomisch vertretbare Produktion tierischer Erzeugnisse ist nur mit gesunden und fruchtbaren Tierbeständen möglich, die physiologisch und psychologisch im Einklang mit ihrer Umwelt stehen.*“⁴⁰³ Die Realisierung dieser Voraussetzung erwies sich in der Praxis als schwierig. Diese These wird in den Kapiteln Haltung und Fütterung landwirtschaftlicher Nutztiere im Detail erörtert.

Oft gingen die Empfehlungen der Tierärzte zur Verbesserung der Haltungsbedingungen ins Leere. Als Betriebstierarzt tätige Zeitzeugen schilderten eine zu geringe Möglichkeit der Beeinflussung von Betriebsabläufen.⁴⁰⁴ Auf der Jahreshaupttagung der WGV 1963 beklagt ein Staatspraktiker, dass dem Betriebstierarzt häufig die Hände gebunden seien: *„Wir schreiben zwar viele Berichte, die aber nie jemand auswertet. Die Landwirtschaft hört nicht auf unseren Rat.*“⁴⁰⁵ Durch diese offenbar durch die gesamte DDR-Zeit bestehende Problematik war die Einflussnahme der Tierärzte auch auf tierschutzrelevante Sachverhalte relativ beschränkt. Christian RIEGER, der einige Zeit als ehrenamtlicher Kontrolleur der Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) tätig war, erläutert, dass die tierärztliche Einflussnahme in dieser Position viel eher möglich war als in der Stellung als Betriebstierarzt. Dies lag laut RIEGER daran, dass die ABI vom Betrieb unabhängig war und eine objektive Formulierung der Mängel eher vornehmen konnte. Diese wurden in den meisten Fällen zufriedenstellend behoben. Im Vergleich dazu musste der regelmäßig geforderte Bericht eines Betriebstierarztes wohl überlegt sein, da es kaum im Interesse des Veterinärs lag, „seinen“ Betrieb im negativen Licht zu repräsentieren. Bestehende Missstände wurden somit häufig entweder nicht aufgedeckt oder verharmlost, da der Tierarzt die Zusammenarbeit mit dem Betrieb nicht gefährden wollte, so RIEGER.⁴⁰⁶ Ende der 60er Jahre wurden die Aufgaben des Veterinärwesens und der Tierärzte so formuliert: *„Die politische Aufgabe des Veterinärwesens besteht darin, durch die Erhaltung der Gesundheit der Tierbestände nach den fortgeschrittenen Erkenntnissen der Wissenschaft eine hohe und qualitätsgerechte Produktion mit niedrigen Kosten und hoher Arbeitsproduktivität maximal abzusichern, die hygienische Unbedenklichkeit der tierischen Erzeugnisse und Produkte bis zum Verbraucher zu sichern und allen Betreuungsanforderungen in allen Gesellschaftsbereichen gerecht zu werden.*“⁴⁰⁷ Die Produktion sollte ständig verbessert, auf jedem Fall aber stabilisiert werden, was durch die Vermittlung und Anwendung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis und optimale Auslastung vorhandener Ressourcen realisiert werden sollte.⁴⁰⁸ Um die Leistungssteigerung der Tierbestände zu erreichen, sollte der Tierarzt leitende und kontrollierende Tätigkeiten direkt im Großbetrieb übernehmen, wozu es als nicht genügend angesehen wurde, wenn Betriebsbesuche in bestimmten Abständen erfolgten: *„Dieser [Verantwortung] kann er nur gerecht werden, wenn er unmittelbar in der Produktion, d.h. im Großbetrieb tätig ist.*“⁴⁰⁹ Die Forderung nach Integration der Tierärzte in Leitungspositionen wurde mit fortschreitender Industrialisierung immer lauter. Reine Beratungsaufgaben wurden als nicht mehr zeitgemäß, als nicht ausreichend in industriemäßig produzierenden Anlagen gesehen. Um die Tierärzte von praktischen Tätigkeiten zu entbinden, wurden zunehmend die

⁴⁰² HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 250

⁴⁰³ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 242

⁴⁰⁴ RIEGER, C. (2013), Mündliche Mitteilung vom 01.07.2013

⁴⁰⁵ BStU MFS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 21

⁴⁰⁶ RIEGER, C. (2013), Mündliche Mitteilung vom 01.07.2013

⁴⁰⁷ HEINICKE, W., SCHWEDLER, H., BRIGULLA und DÜNGEFELD, H. (1969), MH 24, S. 643-648

⁴⁰⁸ HEINICKE, W., SCHWEDLER, H., BRIGULLA und DÜNGEFELD, H. (1969), MH 24, S. 647

⁴⁰⁹ PILZ, H. und HEIDER, G. (1963), MH 18, S. 1

Veterinäringenieure zu Maßnahmen der Prophylaxe und Behandlung in Anspruch genommen. So war es vorgesehen, dass die Veterinäringenieure den Großteil der veterinärmedizinischen Tätigkeiten in die Praxis umsetzen sollten, „um den Tierarzt als Hochschulkader weitestgehend von manuellen Tätigkeiten zu entlasten.“⁴¹⁰

In der Praxis war es nicht immer leicht, der Forderung nach Mitsprache des Tierarztes im Betrieb gerecht zu werden. Der Wille dazu war bei vielen Praktikern vorhanden, jedoch beklagten sich viele, zu LPG-Versammlungen nicht eingeladen zu werden, obwohl dies vertraglich fixiert war.⁴¹¹ Angeordnete prophylaktische Maßnahmen wurden zum Teil nicht durchgeführt, die Hinweise des Tierarztes beim Bau neuer Ställe nicht berücksichtigt.⁴¹² Diskrepanzen zwischen LPG-Vorsitzenden und Tierarzt sollen keine Seltenheit gewesen sein. Die Betriebsleiter setzten ihre Prioritäten in Hinblick auf Erfüllung beziehungsweise Übererfüllung der von der Partei geforderten Produktionsziele. Der Tierarzt dagegen sollte sich um eine stabile Tiergesundheit und Leistung des Bestandes kümmern sowie die Entstehung von Seuchen verhindern. Der Betriebsleiter war aus ökonomischen Gründen heraus häufig nicht in der Lage, die Umsetzung aller veterinärhygienischen Forderungen durchzusetzen. Die Tierärzte sahen sich ebenfalls in einem Zwiespalt, da sie einerseits ihre veterinärmedizinischen Pflichten erfüllen mussten und wollten, gleichzeitig aber an den Ergebnissen des Betriebes über die leistungsabhängige Zusatzvergütung mitbeteiligt waren.⁴¹³ Diese Kontroverse führte immer wieder zu Unstimmigkeiten. Viele Tierärzte fühlten sich hilflos gegenüber den Missverhältnissen in den Betrieben. Bei einer großen Anzahl von Berufskollegen entstand Frust aufgrund der ihnen aufgezwungenen Rolle als „Reparaturschlosser und Produktionsorganisator“⁴¹⁴. Diese Umstände waren eine Ursache für diverse Republikfluchten praktischer Tierärzte; zum Teil war diese berufsethische Komponente der ausschlaggebende Punkt, die DDR zu verlassen.⁴¹⁵ Vor allem während der Offenstall-Bauphase in den fünfziger Jahren beklagten die praktischen Tierärzte, zu wenig oder gar nicht zu Rate gezogen worden zu sein.⁴¹⁶ KÖPP erzählt, dass auch später so mancher Stall erbaut wurde, bei dem schon bei der Planung abzusehen war, dass Platzmangel und schlechte hygienische Bedingungen kaum zu vermeiden waren. Konnten die Initiatoren derartiger Bauvorhaben das Projekt mit volkswirtschaftlichen Vorteilen verteidigen, blieben die Tierärzte in ihrer Argumentation gegen die Errichtung solcher von dem Zeitzeugen in seiner Autobiographie auch als „Kuh-KZ“⁴¹⁷ genannten Bauten oft unbeachtet und die geplanten Anlagen wurden trotz widriger Umstände erbaut. Die Begründung des Planes unter ökonomischen Aspekten hatte laut KÖPP oberste Priorität.⁴¹⁸ Wie in den folgenden Abschnitten dargestellt wird, waren diese Umstände häufig tierschutzrelevant.

Staatlich angestellte Tierärzte hatten es mitunter offenbar leichter, Dinge durchzusetzen und Missstände bis hin zu Tierquälereien zu unterbinden. KÖPP zufolge lag das daran, dass man als Staatsbediensteter unabhängig von den Bauern war und die Beseitigung von Missständen ohne Rücksicht auf persönliche Diskrepanzen mit letzter Konsequenz durchsetzen konnte.⁴¹⁹

⁴¹⁰ RÖHLINGER, P. (1976), Die Aufgaben und Ziele, S. 5

⁴¹¹ SCHACHT (1960), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 131

⁴¹² SCHACHT (1960), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 131

⁴¹³ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 357

⁴¹⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 350

⁴¹⁵ BArch DK 1/1760, Bl. 10-11: Schreiben von Dr. H. Zesewitz vom 21.09.1960 an Herrn Dehnsdorf sowie BArch DK 1/1761, Bl. 66-72 und DANNERBECK, G. (2010), mündliche Mitteilung vom 26.04.2010

⁴¹⁶ WEBER, K. (1994), VetImpulse 3, S. 13 und SCHACHT (1959), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll S. 131

⁴¹⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 223

⁴¹⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 223

⁴¹⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 64

Nicht selten allerdings wurde der staatlich angestellte Tierarzt für Tierverluste direkt verantwortlich gemacht, obschon er mit aller Kraft versucht hatte, Mängel zu beseitigen: *„In dieser Hinsicht waren Tierärztinnen, Tierärzte, Veterinäringenieurinnen und Veterinäringenieure die Prügelknaben, denn wir hatten gegenüber den LPG und VEG keinerlei Rechte und keine Möglichkeit, schlechte Stallverhältnisse, unzureichende Fütterung oder nachlässige Betreuung der Tiere zu verändern, um damit verbundene Tierverluste zu senken.“*⁴²⁰ Eine andere Zeitzeugin bestätigt diese Schilderungen mit folgender Aussage: *„Tierschutz in den LPGen? Prinzipielle Kritik hätte Staatsverleumdung bedeutet! Und die Tierärzte in den Großstallungen waren machtlos.“*⁴²¹ Die Kritik der Tierärzte, zu wenig in die viehwirtschaftlichen Belange einbezogen zu werden, wurde an mancher Stelle als Bequemlichkeit und Verantwortungslosigkeit abgetan. Die Überlegung, dass man den Tierarzt von LPG-Seite aus nicht überall dabei haben wollte, wurde offiziell nicht in Erwägung gezogen. Stattdessen wurde die Verantwortung für mangelnde Integration der Tierärzte von den LPG-Vorständen den Veterinären zugeschoben, indem man zur Eigeninitiative aufforderte: *„Deshalb sollte der Tierarzt auch nicht auf die Einladung warten, sondern selbst den Weg zur Genossenschaft finden.“*⁴²² Der große Unterschied zur tierärztlichen Tätigkeit vor der Kollektivierung und zu der nach Umgestaltung der Landwirtschaft war die Zuwendung zur Prophylaxe und Weggang von der Kurativpraxis. Die Ziele Leistungssteigerung und Planerfüllung in Großbetrieben erforderten diese Entwicklung, die das Einzeltier in den Hintergrund rücken ließ und die Bestandsbetreuung rechtfertigen sollte. Es durfte zwar auch weiterhin eine kurative Behandlung des Einzeltieres durchgeführt werden, allerdings musste dabei die Rentabilität gewährleistet sein: *„Die Heilung erkrankter Einzeltiere (...) wollen wir deshalb nicht in den Vordergrund stellen, aber auch nicht aus unserem tierärztlichen Aufgabengebiet streichen, da die Erhaltung des Produktionsmittels Tier unter ökonomisch vertretbarem Einsatz eine gleichfalls nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung hat.“*⁴²³ Probleme, die sich im Laufe der Zeit durch die Inbetriebnahme industriemäßiger Anlagen manifestierten, sollten durch verstärkte Einbindung des Tierarztes in den Produktionsprozess kompensiert werden. Indem die Produktionsleitung zum veterinärmedizinischen Aufgabenschwerpunkt deklariert wurde, wollte man den sich durch höhere Tierkonzentrationen ergebenden Anforderungen an das Management gerecht werden. Betriebsökonomie auf der einen und verstärkte, durch hohe Tierkonzentration notwendig gewordene Hygienemaßnahmen auf der anderen Seite waren häufig schwierig zu vereinbaren.⁴²⁴ In der Realität spielte jedoch die kurative Tätigkeit weiterhin eine tragende, wenn nicht gar die wichtigste Rolle. Das lag laut Zeitzeugen vornehmlich daran, dass „vielfältige Versorgungs- und Betreuungsmängel“ bestanden, die ihrerseits dazu führten, dass die Tierärzte hier Schadensbegrenzung betrieben. War das nicht mehr möglich, die Prognose zu ungünstig, so war der Veterinär der Entscheidungsträger dafür, ob ein Tier noch der „Verwertung“, heißt der Notschlachtung zugeführt werden konnte.⁴²⁵ In diesem Fall bedeutete das das kleinere Übel, da notgeschlachtete Tiere nicht in die Verluststatistik eingingen.

Konflikte zwischen Betriebsleitern und Tierärzten waren durch die nicht immer bestehende „Einheit von Hygiene und Produktion“ vorprogrammiert und keine Seltenheit. Obwohl die Tierärzte die aus der Industrialisierung resultierenden Probleme durchaus bemerkten, waren sie oftmals nur ausführendes Organ. In den Leitungsebenen wurde Skepsis nicht selten als Bremsklotz der Produktion verstanden. KÖPP empfand die Entwicklung des tierärztlichen

⁴²⁰ RÖSLER, G. (2010), Deutsches Tierärzteblatt 10/2010, S. 1318

⁴²¹ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 161

⁴²² STRÜMPF, K.-H. (1962), MH 17, S. 875

⁴²³ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 243

⁴²⁴ PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 431

⁴²⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 377

Aufgabenfeldes rückblickend als Verlust für den Berufsethos: „*Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß alle diese Unzulänglichkeiten, Mängel und Mißstände dazu führten, daß wir immer mehr zu Planungsgehilfen, Notnägeln und 'Reparaturschlossern' der Produktionsmittel und nicht selten zu Sündenböcken degradiert wurden.*“⁴²⁶

2.3.7 Sozialistischer Wettbewerb, leistungsabhängige Zusatzvergütung und daraus folgende Konsequenzen für den Tierschutz

Ein bedeutendes Mittel, wenn nicht sogar das wichtigste Instrument zur Steigerung der Arbeitsproduktivität der Volkswirtschaft, sah man im sozialistischen Wettbewerb. Dieses wurde auch in der Landwirtschaft beziehungsweise im Veterinärwesen angewendet. Ab 1963 wurde dieses neue „Prinzip der materiellen Interessiertheit im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“⁴²⁷ vermehrt gefordert und gefördert. Der Anreiz für den Tierarzt und die in der Landwirtschaft tätigen Personen sollten dabei Prämienzahlungen sein, auch „leistungsfördernde Vergütungsformen“⁴²⁸ genannt, welche im Falle einer Steigerung der Tierproduktion bei gleichzeitiger Senkung der Tierverluste ausbezahlt werden sollten. Die leistungsabhängige Zusatzvergütung wurde als stimulierendes Instrument eingeführt, um auch politisch Inaktive dazu zu bringen, sich am Sozialistischen Wettbewerb zu beteiligen: „*Die derzeit noch unterschiedliche Mitwirkung an der Erkennung und Abstellung von produktionsmindernden Ursachen und Erkrankungen (...) wird durch Formen der leistungsabhängigen Vergütung (...) als echten materiellen Anreiz zu einer allseitigen Mitverantwortung beitragen.*“⁴²⁹ Ein Zeitzeuge bezeichnet die leistungsabhängige „Stimulierung“ retrospektiv als Synonym für „Zwang zur Anpassung“.⁴³⁰ Für die Veterinäre in den Praxen bedeutete die Anwendung der leistungsabhängigen Zusatzvergütung, dass sich die Höhe ihres Gehaltes nebst Zuschlägen nicht mehr hauptsächlich an den zu betreuenden Großvieheinheiten und entsprechend geleisteten Überstunden orientierte, sondern an der Erfüllung der staatlich festgelegten Kennziffern, welche von den betreuten landwirtschaftlichen Betrieben pro Jahr erfüllt werden mussten.⁴³¹ Begründet wurde dieser „ökonomisch wirksame Faktor“ damit, dass auf diesem Wege die tierärztlichen Maßnahmen termingetreuer und in verbesserter Art und Weise durchgeführt würden: „*Dadurch wird die Verantwortlichkeit des Tierarztes für die art- und qualitätsgerechte Produktion nicht aufgehoben, sondern vielmehr abrechenbar präzisiert.*“⁴³² Konkrete Ziele, die eine Erfüllung und „maximale Übererfüllung der Pläne“ erwirken sollten, waren beispielsweise die Tilgung bedeutender Tierseuchen wie Brucellose und Tuberkulose, Steigerung der Milchleistung, der Aufzuchtergebnisse im Jungrinder- und Schweinebereich und die Bekämpfung von Parasitosen. Die Kennzahlen in der Kälberaufzucht waren beispielsweise der Lebendmassezuwachs in Gramm pro Tier und Tag und die Senkung der Kälberverluste in %.⁴³³ Wichtigste Kennzahl insgesamt war die „Planerfüllung der Produktion“.⁴³⁴ Als Bewertungsmaßstab wurden hierfür von staatlicher Seite aus die entsprechenden Kennzahlen

⁴²⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 377

⁴²⁷ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 226

⁴²⁸ BRUCKMANN, A. (1973), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 3

⁴²⁹ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 248

⁴³⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S.164

⁴³¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S.164

⁴³² HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 247

⁴³³ BRUCKMANN, A. (1973), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 36

⁴³⁴ BRUCKMANN, A. (1973), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 34

fixiert: „Die Vergütung ist so aufzubauen, daß sie den örtlichen Bedingungen und der von den staatlichen Organen festgelegten Konsumtion entspricht.“⁴³⁵ Auch in diesem Punkt war vorgesehen, dass sich die Ziele der veterinärmedizinischen Tätigkeit im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs an den Plänen der Landwirtschaft, speziell denen der Tierproduktion zu orientieren hatten.⁴³⁶ Die Kennziffern wurden mehr oder weniger in Absprache mit dem jeweiligen Kreistierarzt festgelegt, welcher auch die Auszahlung absegnen musste. Art und Höhe dieser Zahlen orientierten sich hauptsächlich an den schwachen Betrieben des jeweiligen Betreuungsgebietes der Praxis.⁴³⁷ Anhand der Kennziffern sollte nun die sogenannte „leistungsabhängige Zusatzvergütung“ auch für die erfolgreich am Wettbewerb teilnehmenden Tierärzte erfolgen. Das leistungsabhängige Zusatzgehalt von in staatlichen Praxen beziehungsweise industriemäßigen Anlagen arbeitenden Tierärzten konnte bis zu 4800 Mark jährlich betragen.⁴³⁸ Diese maximal mögliche monatliche Prämie von 200 Mark pro Monat wurde nur in Ausnahmefällen besonders großen Praxen mit schwierigen Arbeitsbedingungen genehmigt und musste wiederkehrend neu beantragt werden. Die Höhe der Jahresendprämie hing von der Erfüllung von mindestens drei Kennziffern ab, wobei jedes Prozent, das an der Erfüllung einer Kennzahl fehlte, 10% Prämienverlust nach sich zog. In der Praxis stellte sich heraus, dass es für die Tierärzte günstiger war, eher mehr als drei Kennziffern erfüllen zu müssen, wie ein Zeitzeuge beschreibt: „Je mehr Kennziffern man hat, umso besser, da bleibt dann die Chance, daß wenigstens die eine oder andere teilweise in Erfüllung geht, wenn man auch als Tierarzt in diesen Betrieben kaum nennenswerten Einfluß darauf hat.“⁴³⁹ Bei der Kennzahl `Tierverluste` wurden die vorgegebenen `Normen und Erfordernisse` besonders niedrig angesetzt, was einerseits den Ehrgeiz der Tierärzte fördern sollte und andererseits bei den zwangsläufig auftretenden höheren Abgangsraten zum Einsparen von staatlichen Lohnzahlungen führte.⁴⁴⁰ Die Tierverluste galten als wichtigste Kennzahl für die in der Tierproduktion Beschäftigten. Von der Prämienzahlung konnten neben den Tierärzten auch die mittleren veterinärmedizinischen „Fachkader“ wie Veterinäringenieure und Veterinärtechniker und die Mitarbeiter der LPG und VEG profitieren, sofern die Kennziffern dies rechtfertigten.⁴⁴¹ In der Umsetzung erwies sich die Einführung der leistungsabhängigen Zusatzvergütung nicht nur als Segen. Nachdem ein Genossenschaftsbauer 1976 ein durchschnittliches Monatsgehalt von 962 Mark einschließlich Prämie erhielt⁴⁴², bei einer „Überplanerfüllung“ aber nochmals eine monatliche Steigerung der Zusatzvergütung um bis zu 10% möglich war, bewarb man hier eine Möglichkeit für die Genossenschaftsbauern, ihr vergleichsweise nicht unbedingt üppiges monatliches Einkommen selbst zu beeinflussen: „Mit der leistungsorientierten Vergütung ist gegenüber der endproduktbezogenen Vergütung eine bessere Stimulierung der Genossenschaftsbauern möglich.“⁴⁴³ Diese Möglichkeit führte sicherlich zu einer engagierten Betreuung der entsprechenden Tierbestände, sowohl auf tierärztlicher als auch auf bäuerlicher Seite. Sie hatte allerdings in mancherlei Hinsicht auch

⁴³⁵ BRUCKMANN, A. (1973), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 4

⁴³⁶ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 228-230

⁴³⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S.164 und LOHRENGEL, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

⁴³⁸ AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 236

⁴³⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 164

⁴⁴⁰ PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 425

⁴⁴¹ HÄHNLEIN, R. (2010), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011

⁴⁴² BRUCKMANN, A. (1973), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 23

⁴⁴³ BRUCKMANN, A. (1973), Untersuchungen zur Milchproduktion, S. 38

fragwürdige Methoden zur Konsequenz, um die Kennzahlen zu erreichen. Der Tierschutz blieb davon nicht unberührt. Problematisch war offenbar unter anderem, dass die Prämien im Falle der Planerfüllung erst am Jahresende und nicht etwa monatlich ausgezahlt wurden. Das führte laut KÖPP dazu, dass die Beschäftigten keine Relation zwischen erbrachter Leistung und deren Belohnung herstellen konnten und damit zu wenig motiviert waren.⁴⁴⁴ In nicht wenigen Fällen, so zeigen zahlreiche Schilderungen von verschiedenen Zeitzeugen, setzte der „Wettbewerb“ auch illegale Machenschaften in Gang beziehungsweise führte zum „Schönen“ der erreichten Kennziffern mittels diverser Tricks. Im Bereich der Reproduktion einer Milchviehanlage mit Kälberaufzucht wurden beispielsweise nach Einführung der leistungsabhängigen Zusatzvergütung plötzlich auffallend wenig bis gar keine Zwillingskalbungen mehr erfasst. Nachdem in den „guten“ Betrieben der DDR eine Kälberverlustrate von 5-8% die Norm waren, konnte so der eine oder andere Kälberverlust statistisch „ausgeglichen“ werden. Ein Zeitzeuge berichtet, dass man mit der Zeit dazu überging, lebensschwache und untergewichtige Kälber von vorneherein als Totgeburten zu verbuchen, da sie meist ohnehin innerhalb der ersten zwei Lebensstage verendeten.⁴⁴⁵ Es war teilweise üblich, dass für verendete Kälber Abzüge der Vergütung erfolgten, was man auf diese Weise zu umgehen versuchte. Diese Methode der Manipulation der Kälberverlustzahlen konnte deshalb funktionieren, da Meldungen über Geburten und Verluste nicht zwingend täglich vorgenommen wurden, sondern teilweise monatlich erfolgten.⁴⁴⁶ Daß dieses Vorgehen offenbar nicht nur in Einzelfällen praktiziert wurde, bestätigen diverse interne Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit.⁴⁴⁷

Tierschutzrelevanz durch Kennzahlen entstanden im Bereich der Kälberhaltung sicherlich auch durch den geringen materiellen Wert, den ein Kalb hatte. Ein Problem war, dass die Abnahme der Kälber aus den Milchviehanlagen nicht immer problemlos funktionierte. Besonders traf dies auf die männlichen Tiere zu. Eine gebräuchliche Strategie gegen den daraus resultierenden Platzmangel war die Schlachtung der überzähligen Kälber.⁴⁴⁸ KÖPP schildert, dass es in den fünfziger und sechziger Jahren hauptsächlich die Bauern betraf, die noch nicht in die LPG eingetreten waren. Diese hatten oft einen gesunden Viehbestand und suchten einen Weg, nicht zur Nachzucht oder Mast gebrauchte Kälber loszuwerden. Es gab häufig Abnahmeschwierigkeiten, so dass in jenen Betrieben der Platz für die Kälber knapp wurde. Eine Taktik der Bauern war, überzählige Kälber als Totgeburten zu melden. Auf diese Weise fielen die danach zu Hause oder beim bekannten Metzger illegal geschlachteten Kälber bei den üblichen Viehzählungen nicht auf und der Bauer profitierte zusätzlich zum gewonnenen Platz davon, indem er selbst Fleisch und Wurst zur Verfügung hatte. Im Kreis Demmin versuchten Tierärzte beispielsweise, diese „*unverständlich hohen Kälberverluste*“⁴⁴⁹ zu minimieren. Sie verhandelten mit den SED-Funktionären, dass eine Abnahmegarantie für 2-3 Wochen alte Kälber geschaffen würde, wobei die Kälber für die Kalbfleischversorgung von Krankenhäusern, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen geschlachtet werden sollten. Auf diese Weise konnte die im Fokus stehende Statistik der Lebendgeburten verbessert werden. KÖPP berichtet, dass auch diese Lösung nicht von Dauer war. Nach einem Jahr Umsetzung wurde der Beschluss von der SED-Kreisleitung revidiert, da nun ausgerechnet im Kreis mit den besten Produktionsergebnissen im Agrarsektor die geringsten

⁴⁴⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 306

⁴⁴⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 394

⁴⁴⁶ BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.117

⁴⁴⁷ Siehe z. B. BStU MfS BV SwN AOPK 741/89, Band 1; BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.117 und BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 28-31

⁴⁴⁸ BStU MfS SwN Reg.-Nr. II 135/76, 174/94, Bd. 1, Bl. 100 und KÖPP, W. (2013), Schriftliche Mitteilung

⁴⁴⁹ KÖPP, W. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 08.07.2013

Aufzuchtergebnisse bei Kälbern zu verzeichnen waren.⁴⁵⁰ Dieses Beispiel demonstriert die Priorität der Einhaltung vorgegebener Planzahlen, die teilweise auch gegen die Grundsätze wirtschaftlicher Rentabilität verstießen. Auch in den Jahren der Industrialisierung blieb die nicht gesicherte Abnahme von Kälbern ein Problem mit Tierschutzrelevanz. In den Milchviehanlagen waren die Kälberabteile dadurch überfüllt, was zu erhöhtem Infektionsdruck und Platzmangel führte. Beide Aspekte sind systembedingte Folgen, die vermeidbare Leiden nach sich ziehen mussten. Um das Problem zu lösen, wurden mancherorts Kälber der Milchviehanlagen geschlachtet. Wie aus einem entsprechenden Bericht der Staatssicherheit hervorgeht, stieß dieses Vorgehen beim Betreuungspersonal auf Widerstand. Hier kam die Frage auf, wofür man die für Kälber übliche Mühe und den höheren Pflegeaufwand investieren sollte, wenn doch die Tiere wenige Tage später geschlachtet würden.⁴⁵¹ Dass Nachlässigkeiten bei der Versorgung der Kälber durch solche Umstände gefördert wurden, dürfte eine logische Konsequenz gewesen sein, die ebenfalls als tierschutzrelevant zu bewerten ist.

Ein anderes, für den Tierschutz bedeutendes Beispiel, was aus der Schaffung einer „materiellen Interessiertheit“ resultierte, war laut PRANGE und AZAR die bereits in der Kollektivierungsphase praktizierte Überbelegung mancher Offenställe mit Milchkühen durch die Melkermeister. Rangniedere Tiere konnten sich bei der Konkurrenz um das Futter so kaum behaupten, was teilweise bis zum Hungertod dieser Rinder führte.⁴⁵²

In der Schweineproduktion waren als ökonomische Parameter vor allem die Verlustraten und die Aufzuchtergebnisse von Wichtigkeit. Saugferkelwürfe konnten meist problemlos ausgeglichen werden, in dem man die vorhandenen Saugferkel halbwegs gleichmäßig auf die vorhandenen Sauen verteilte.⁴⁵³ Begünstigt wurde die Schönung der Verlustzahlen außerdem dadurch, dass die Betriebe mit unterschiedlichen Einheiten arbeiteten. So erfolgte in den Tierkörperverwertungsanstalten oft nur eine Erfassung des Gewichtes verwerteter Tiere und nicht der Stückzahl. Auf diese Weise konnte man der LPG einen Betrug kaum nachweisen.⁴⁵⁴ Eine gebräuchliche Möglichkeit zur Manipulation der Statistik war das Zählen der lebensfähig geborenen Ferkel erst ab dem zweiten oder dritten Tag post partum. In manchen Betrieben versuchte man sich so zu helfen, dass die kleineren Ferkel eines Wurfs nicht erfasst wurden, um so als „Verlustreserve“ zu gelten.⁴⁵⁵ Die Hauptverantwortung für die Tierverslustraten lag beim Tierarzt, da er das Prinzip der Einheit von Hygiene und Produktion` zu kontrollieren und durchzusetzen hatte. Der so gewichtigen Kennziffer `Tierversluste` wurden vermutlich aus banalen Gründen ein so hoher Maßstab beigemessen, wie PRANGE schlussfolgert: *„Die Tierversluste waren ein bevorzugtes Zielobjekt klassenkämpferischen Handelns in der Tierproduktion, weil offenbar für den naturwissenschaftlich ungebildeten Funktionär eine leicht fassbare Größe.“*⁴⁵⁶ Nutztiere, welche per Notschlachtung noch verwertet werden konnten, galten statistisch nicht als „Verlust“. Der Ehrgeiz, ein schwer krankes Tier noch lebend zum Notschlachthof zu transportieren, war somit nicht gering. Die Folge war, dass zum Teil halb tote Tiere

⁴⁵⁰ KÖPP, W. (2013), Schriftliche Mitteilungen vom 04.07.2013 und 08.07.2013

⁴⁵¹ BStU MfS SwN Reg.-Nr. II 135/76, 174/94, Bd. 1, Bl. 100

⁴⁵² PRANGE, H. und AZAR, J. (Hrsg.) (2004): Repression von Tierärzten, S. 157

⁴⁵³ HÄHNLEIN, R. (2011), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011; bestätigt wird die Aussage z. B. in folgender Quelle: BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.120

⁴⁵⁴ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 29

⁴⁵⁵ BStU MfS BV SwN Reg.-Nr. II/352/80, 215/94, Bd. 2, Bl. 19

⁴⁵⁶ PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 425

angeliefert wurden, „wo man nicht mehr viel machen musste“, wie ein Zeitzeuge äußerte.⁴⁵⁷ Trotz der Tatsache, dass Diesel als Treibstoff Mangelware war und jede Fahrt mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen dokumentiert und begründet werden musste, soll es vorgekommen sein, dass ein großer Lastkraftwagen mit nur einem Lämmchen beladen am Schlachthof vorfuhr.⁴⁵⁸ Die Vorgabe der Kennziffern „von oben“, welche bereits am Jahresanfang festgelegt wurden, ungeachtet eventuell auftretender widriger Witterungsumstände, Seuchen oder anderweitig bedingter Versorgungsengpässe, führten nicht selten zu solchem, sowohl unter Tierschutzgesichtspunkten als auch ökonomisch, fragwürdigem Aktionismus. Die Tierverlustzahl war eine entscheidende Größe bei der Prämienberechnung sowohl für Tierpfleger und Bauern als auch für Tierärzte. Um den maximalen Prämienatz zu erhalten, war die Manipulation der Verlustzahlen ein gängiges Instrument in den Betrieben. Staatliche Institutionen waren nicht ahnungslos, was diese Methode betraf. Günther LOHRENGEL berichtet, dass solche Tricks allgemein ein offenes Geheimnis gewesen seien: „Das wussten alle, bis hin zum Kreistierarzt.“⁴⁵⁹ Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes bestätigen diese Aussage.⁴⁶⁰ Durch Ermittlungen des Staatssicherheitsdienstes kam man zu dem Ergebnis, dass Manipulationen an der Tagesordnung sein müssen: „Die Zahlenangaben der KVA⁴⁶¹ sind immer höher als die registrierten Werte der LPG-en. Ungeklärt ist, ob die KVA dadurch ihre Planposition aufbessert oder die LPG-en die Quote ihrer Tierverluste drücken. Generell ist davon auszugehen, daß die LPG-en stets mehr Tiere halten als offiziell ausgewiesen.“⁴⁶² Weiterhin stellte man fest, dass die Tierkörperverwertungsanstalten „völlig andere Positionen bezüglich der Tierkadaverkategorie“ erfassen würden,⁴⁶³ womit weiterhin einer Verlustzahlmanipulation Vorschub geleistet werden würde. Wie aus den Akten des Staatssicherheitsdienstes hervorgeht, gestaltete sich die „operative Aufklärung“ der festgestellten Verlustdifferenzen aufgrund von Beweismängeln jedoch schwierig.⁴⁶⁴

Nicht nur die Kennzahl „Tierverluste“ wurde geschönt. „Kühe glauben nicht an den Sozialismus“, dies war eine gebräuchliche Floskel in den Genossenschaften, mit der man dem Umstand Ironie verlieh, dass Kühe unter suboptimalen Bedingungen „trotz Vorgaben“ den geforderten Jahresdurchschnitt von mehr als 3000 Litern Milch nicht zu geben bereit waren.⁴⁶⁵ So war es hin und wieder ein Eigentor des Staates, wenn als Bewertungsmaßstab statt die Milchgüte die Milchmenge „angeordnet“ wurde, da durch Panschen der Milch mit Wasser wohl die geforderte Quantität, nicht aber die Qualität erreicht wurde. Ein weiteres Vorkommnis soll das Zusetzen von Desinfektionsmittel gewesen sein, wodurch man die Keimzahl in der Milch reduzieren konnte, wenn dies als Kennziffer fixiert war und dementsprechend überprüft wurde.⁴⁶⁶ Auch das Einmelken des Kolostrums bereits ab dem dritten Tag post partum statt wie vorgegeben, frühestens nach fünf Tagen, war ein gängiges Mittel mancher Melker zur Erhöhung der ablieferbaren Milchmenge.⁴⁶⁷ Hatte ein Tierarzt samt Melker es geschafft, eine Herde frei vom „Gelben Galt“ zu bekommen, wobei gleichzeitig die Milchmenge etwas zurückging, so musste er mit entsprechendem Tadel von

⁴⁵⁷ MÖBIUS, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 22.10.2010

⁴⁵⁸ MÖBIUS, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 22.10.2010

⁴⁵⁹ LOHRENGEL, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

⁴⁶⁰ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 29 und BStU MfS BV Magdeburg KD Saldwedel, Reg.-Nr. VII, 312/65, Nr. 27, Bl. 392

⁴⁶¹ KVA=Körperverwertungsanstalt (entspricht der Tierkörperverwertungsanlage)

⁴⁶² BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 29

⁴⁶³ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 29

⁴⁶⁴ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 30

⁴⁶⁵ LOHRENGEL, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

⁴⁶⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 306

⁴⁶⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 94

staatlicher Seite rechnen, denn die Menge hatte als Kennzahl Priorität, was KÖPP so kommentiert: „*Quantität vor Qualität, das ewig gleiche Ärgernis in der Produktion.*“⁴⁶⁸ In manchen Betrieben mangelte es an der Einsicht einer Notwendigkeit verstärkter Hygienemaßnahmen, die sich aus den größer werdenden Tierbeständen ergab. Seuchenprophylaxe, Zwischendesinfektion, Quarantänemaßnahmen, Substitution von Mineralien über das Futter, welche die Spurenelementdefizite der zum Teil ausgelaugten Böden ausgleichen sollte und andere Bestimmungen wurden teilweise in Anbetracht der Kennziffern und des vorgegebenen Plansolls von Betriebsleitern und Angestellten nur widerwillig umgesetzt. Vor allem bei den ökonomisch schwächeren Betrieben wurde die Hygiene vom Leitungspersonal als „Bremsklotz der Produktion“ angesehen. Dies lag laut KÖPP nicht zuletzt daran, dass die Erfolge dieser Maßnahmen sich oft nicht direkt und sofort sichtbar produktionssteigernd auswirkten und bei nicht allen Involvierten die nötige Weitsicht für nachhaltige Maßnahmen zur Produktionssteigerung gegeben war.⁴⁶⁹

Dass manche Vorgaben ein Absurdum darstellten, wurde teilweise von Betroffenen auch öffentlich kritisiert. Der Betriebsleiter einer Tierkörperbeseitigungsanstalt⁴⁷⁰ beschwerte sich auf der I. Zentralen Tierärztekonzferenz der DDR 1959 darüber, dass die Anlage einen vom Rat des Kreises vorgegebenen Produktionsplan erfüllen müsse, was demnach eine bestimmte Anzahl verendeter Tiere anordnete. Die Forderungen gingen aber noch weiter: „*Ja, man verlangt sogar, wenn der Plan nicht erfüllt wird, daß wir einen Aufholeplan aufstellen, wie wir den eingetretenen Rückstand wieder aufholen können.*“⁴⁷¹ Ursache für diese fragwürdigen Forderungen sah man in der Doppelunterstellung solcher Betriebe – fachlich unter das Veterinärwesen und ökonomisch unter die örtliche Wirtschaft oder unter kommunale Einrichtungen. Außerdem kritisierte der Leiter besagter Tierkörperbeseitigungsanstalt, dass die pro Quartal abzuliefernden Berichte fachlich nicht genutzt würden, obwohl sie durchaus aussagekräftig wären. Die Todesursachen der Tiere würden Rückschlüsse auf Fehler im Betriebsmanagement zulassen. Hier wurde konkret an das Veterinärwesen und die landwirtschaftlichen Abteilungen der Räte der Kreise appelliert, da diese an entsprechenden Berichten und Statistiken der TKBA anscheinend nicht das erwartete Interesse zeigten und aus Hinweisen nicht die nötigen Konsequenzen zogen. Man forderte mehr Mitspracherecht und die „sinnvolle“ Verwertung der Quartalszahlen, beispielsweise zur Aufdeckung von Missständen in Betrieben mit erhöhter Tierverlustrate.⁴⁷² Durch die Planvorgaben wurde jedoch die Meldung solcher Auffälligkeiten eher nicht gefördert, profitierte man doch als Tierkörperbeseitigungsanstalt von hoher Tiersterblichkeit, wenn das Plansoll schnell erfüllt wurde. Dieses Beispiel demonstriert die teilweise fragwürdigen Forderungen der Politik in der sozialistischen Planwirtschaft, welche sich auf den Tierschutz nicht positiv auswirken konnten. Ein ähnliches Beispiel war der Medikamentenverbrauch pro Großvieheinheit, welcher als wichtige Kennziffer für die „Qualität“ der tierärztlichen Tätigkeit galt, gleich unter welchen Voraussetzungen der jeweilige Tierarzt seine Arbeit verrichten musste. Das Anliegen von staatlicher Seite war klar festgelegt: „*Zielgerichtete Bekämpfungspläne und deren ökonomische Begründung, die Abrechnung der bereitgestellten Mittel und des damit erreichten Erfolges (...) verhindern sorglosen und leichtfertigen Umgang mit staatlichen*

⁴⁶⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 306

⁴⁶⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 94

⁴⁷⁰ Tierkörperbeseitigungsanstalt - TKBA, 1960 umbenannt in „Tierkörperverwertungsanstalt“- TKVA: produzierten nun nicht mehr vorrangig Seife, sondern Fleisch-, Knochen-, Blutmehle u.a., die mit Proteinen, Antibiotika, Vitaminen etc. versetzt als Futterzusatzstoffe verwendet wurden - Siehe auch KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 51

⁴⁷¹ WENZEL, H. (1960), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 162

⁴⁷² WENZEL, H. (1960), Rede der I. Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 165

*Mitteln.*⁴⁷³ Diese Konsequenz ergab sich daraus, dass man staatliche Aufwendungen ausschließlich als *Beihilfemittel zur Sanierung und Stützung unverschuldeter Schäden, nicht aber zur verschleierte Prämierung von unhygienischen Zuständen und hygienischen Nachlässigkeiten*⁴⁷⁴ gewähren wollte. Selbstverschuldete Produktionsausfälle und Verluste sollten hingegen nicht (mehr) entschädigt werden, so die Theorie.⁴⁷⁵ In der Umsetzung erwies sich als problematisch, dass individuelle Faktoren wie die Betriebsstruktur und der bestehende Gesundheitsstatus der Tiere hier nicht berücksichtigt wurden. Tierärzte, welche größere Anlagen vom Typ III zu betreuen hatten, standen in Sachen Arzneimittelverbrauch dann statistisch weitaus schlechter da als deren Kollegen, welche einen hohen Anteil Typ I-Betriebe zu betreuen hatten. Die Tatsache, dass große Anlagen mit hoher Tierdichte und dementsprechend hohen Infektionsdruck im Vergleich zu den Typ I-Betrieben logischerweise einen höheren Medikamentenverbrauch aufweisen mussten, wurde in die statistische Wertung nicht mit einbezogen.⁴⁷⁶

Alle vorgenannten Beispiele zeigen die Abhängigkeit der veterinärmedizinischen Tätigkeit von den Zielen der Agrarpolitik, die nach den Grundsätzen der sozialistischen Planwirtschaft umgesetzt werden sollte. Die Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit konnte sich sicherlich in vielen Fällen positiv auf die Haltung und Fütterung der Nutztiere auswirken, indem sie zu mehr Sorgfalt beim Umgang mit dem Tier führte. Nicht nur ausnahmsweise hatte die einseitige Ausrichtung auf das Erreichen vorgegebener Planzahlen jedoch negative Auswirkungen auf das Wohl der Tiere. Durch das Schönen von Betriebsstatistiken und die Priorität der Kennzahlen, welche die Quantität betreffen, wurden Probleme verschleiert und manche Missstände verdeckt. Mängel hinsichtlich Tierhaltung und Hygiene wurden aus diesen Gründen häufig nicht offen dargelegt und entsprechende Gegenmaßnahmen brauchten nicht getroffen zu werden. Das Resultat war in solchen Fällen ein Teufelskreis, in dem schlechte Haltungsbedingungen zu verminderter Leistung führten. Um diese zu kompensieren, wurden wiederum mehr Tiere aufgestellt, was bei fehlender Platz- und Futterkapazität die Misere weiter verstärkte.⁴⁷⁷ Insgesamt hatte die Erfüllung des Plansolls den Vorrang, wobei sich das Wohlbefinden der Tiere unterzuordnen hatte. Eine Zeitzeugin, die einst im Greifswalder Tierschutzbeirat tätig war, beurteilt die Priorität ökonomischer Vorgaben wie folgt: „*Es war der totale Triumph der Bürokratie, auch Plandisziplin genannt. Es kam vor, daß Kühe reihenweise nicht ausgemolken wurden und dann an Eutererkrankungen litten. Der zuständige Stallarzt durfte angeblich kaum Kritik äußern. Das wäre eine Beleidigung der Werktätigen gewesen, die doch täglich um die Planerfüllung rangen.*“⁴⁷⁸ Viele Tierärzte versuchten offenbar, den ideologisch teilweise unrealen Forderungen zum Trotz das Beste aus der Situation zu machen. PRANGE schildert beispielsweise, dass man in „aufmerksamen“ Betrieben neben der offiziellen Statistik eine eigene Betriebsstatistik führte, um einen Überblick über die tatsächlichen Verluste zu behalten.⁴⁷⁹

⁴⁷³ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 248

⁴⁷⁴ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 248

⁴⁷⁵ HEINICKE, W. (1967), MH 22, S. 248

⁴⁷⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 165

⁴⁷⁷ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 166

⁴⁷⁸ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 161-162

⁴⁷⁹ PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65, S. 425

Fallbeispiel: Manipulation von hohen Kälberverlusten durch die Leitung einer LPG⁴⁸⁰

In einigen Fällen wurde die Staatssicherheit auf Manipulationen der Verlustzahlen aufmerksam. Es gab Betriebe, die die Falschmeldungen in einem auffälligen Rahmen vornahmen. In einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit, der im Rahmen einer operativen Personenkontrolle die Ursache von Kälberverlusten in einer LPG untersuchen sollte, wird dies deutlich.⁴⁸¹

Tabelle 5: Untersuchungsergebnisse des IM „Heinz Schuster“ im Auftrag des Kreisstaatsanwaltes⁴⁸²

| Jahr | Durch TKVB abgeholte Kälber | Durch die LPG als Verlust gemeldete Kälber | Differenz |
|------|-----------------------------|--------------------------------------------|-----------|
| 1984 | 72 | 55 | 17 |
| 1985 | 104 | 77 | 27 |
| 1986 | 155 | 66 | 89 |
| 1987 | 148 | 60 | 88 |
| 1988 | 133 | 81 | 52 |

Betreffender Betrieb meldete den staatlichen Stellen innerhalb von 4 Jahren 273 verendete Kälber nicht.⁴⁸³ Dass unter anderem Zwillingsgeburten als Einzelgeburten registriert wurden, war der Staatssicherheit bekannt. Die hohen Verluste entstanden laut Angaben des Inoffiziellen Mitarbeiters⁴⁸⁴ durch ungenügende Sorgfalt bei der Geburtshygiene und Überwachung, nicht zeitgerechte Kolostrumgabe, Überfüllung der Kälberabteile und Fehler im Management der Ein- und Ausstallung, was auch zu Lasten ordnungsgemäßer Reinigung und Desinfektion ging.⁴⁸⁵ Außerdem wurden die hochträchtigen Rinder angeblich nicht entsprechend auf die nahende Abkalbung vorbereitet, was eine angemessene Transitfütterung und eine rechtzeitige Aufstallung und Mutterschutzimpfung bedeutet hätte.⁴⁸⁶ Eine weitere Methode, damit die hohen Verluste den staatlichen Stellen nicht auffielen, sollte folgende vom eingesetzten IM dargelegte Strategie aufzeigen: *„In einigen Betrieben hatte sich nun die Praxis herausgebildet, um nicht negativ aufzufallen, den Bestand des Vormonates zu werden, den jetzigen Bestand, die Differenz daraus zu bilden plus 6 Prozent und diese dann als neugeborene Kälber auszugeben in diesem Formblatt.“*⁴⁸⁷ Fraglich erscheint, ob die hier beschriebene, absurd anmutende Rechnung vom IM selbst verstanden wurde. Als Ergebnis stellte der IM fest, dass oft doppelt so viele Kälber vom TKVB abgeholt worden seien als gemeldet worden waren. Die vom Kreis vorgegebene Kennzahl der maximal „zulässigen“ Aufzuchtverluste hatte zu diesem Zeitpunkt bei 6,2% gelegen.⁴⁸⁸ Schwerpunkte der Kontrolle waren die Ursachenermittlung der hohen Kälberverluste, die Manipulationen der Verlustzahlen und die Mängel der Leitungsfunktion, vor allem die Duldung von Missständen.⁴⁸⁹ Man kam zu dem Ergebnis, dass die Kälberverluste aufgrund der Fehler und Nachlässigkeiten in der Leitungsebene diese nicht vertretbaren Ausmaße angenommen hätten.

⁴⁸⁰ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1

⁴⁸¹ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 7

⁴⁸² BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 7

⁴⁸³ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 7

⁴⁸⁴ Inoffizieller Mitarbeiter = IM

⁴⁸⁵ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 8, Bl. 198

⁴⁸⁶ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 198

⁴⁸⁷ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 143

Anm.: Der Satz wurde originalgetreu aus der Akte übernommen und aus Demonstrationsgründen absichtlich nicht korrigiert.

⁴⁸⁸ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 143, Durchschnittswert

⁴⁸⁹ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 197

Mindestens ebenso schwer wie die Kälberverluste wog die Tatsache der bewussten Manipulation der Verlustzahlen.⁴⁹⁰

Nach Abschluss der Ermittlungen wurden zwei der Leitungskader „*disziplinarisch zur Verantwortung gezogen*“, ein dritter wurde „*aus seiner Funktion entbunden*“.⁴⁹¹ Die Untersuchungen durch die Organe der Staatssicherheit wurden daraufhin auf den gesamten Bezirk Schwerin ausgeweitet.⁴⁹² Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft und dem Bezirkstierarzt zog man die republikweite Überprüfung der Betriebe hinsichtlich Manipulation von Tierverlustzahlen in Erwägung.⁴⁹³ Für den erwähnten Betrieb wurde ein umfangreicher Maßnahmenplan erarbeitet.⁴⁹⁴ Dieser enthielt schwerpunktmäßig Anweisungen, die einer lückenlosen Dokumentation und Kontrolle dienen sollten, um zukünftige Manipulationen zu verhindern.⁴⁹⁵ An einer „*Stimulierung der Leistungsbereitschaft und der Interessiertheit der Tierpfleger an niedrigen Tierverlusten*“ durch leistungsabhängige Zusatzvergütung hielt man weiterhin fest.⁴⁹⁶

3. Der Stellenwert der Disziplin „Tierschutz“ in der DDR

3.1 Tierschutz in der Ausbildung veterinärmedizinischer Fachkräfte

Schon lange vor Bestehen der DDR wurden während der tiermedizinischen Ausbildung Aspekte des Tierschutzes vermittelt. Die Fächer Allgemeine Veterinärpolizei, Gerichtliche Tierheilkunde und Staatsveterinärkunde beinhalteten vor allem rechtliche Grundlagen des Tierschutzes.⁴⁹⁷ In Leipzig war bereits 1944 eine Professur für „Tierpsychologie“ besetzt worden,⁴⁹⁸ ob diese im Gründungsjahr der DDR noch bestand, ist unklar. In den fünfziger Jahren soll an der Karl-Marx-Universität Leipzig eine einsemestrige Vorlesung gehalten worden sein, die sich mit „Tierschutzfragen“ beschäftigte. Der damalige Prodekan der Fakultät Lothar HUSSEL erwähnt dies 1958 in einem Schreiben an den Landwirtschaftsminister Hans REICHELT, in welchem unter anderem Fragen der Organisation des Tierschutzes thematisiert werden.⁴⁹⁹ Tierschutz als Disziplin beziehungsweise als Vorlesungs- und Prüfungsfach gab es in der gesamten DDR-Zeit nicht. Die erste „Tierschutz“-Vorlesung wurde erst 1989 in Leipzig gehalten.⁵⁰⁰ Die Ausbildungsinhalte für Veterinärmediziner und Veterinäringenieure müssen im Kontext mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Zielen einer Zeit gesehen werden. In der DDR hatte die Erziehung angehender veterinärmedizinischer Fachkräfte eine starke politische Ausrichtung. Das Ziel war, die sozialistische Persönlichkeit zu formen, welche sich durch

⁴⁹⁰ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 198

⁴⁹¹ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 5 und Bl. 199

⁴⁹² BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 5, Bl. 190

⁴⁹³ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 199

⁴⁹⁴ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 145-147, Bl. 178-179

⁴⁹⁵ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 178-179

⁴⁹⁶ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 146

⁴⁹⁷ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 15-16

⁴⁹⁸ SALOMON, F.-V. und BRUMME, M. F. (2009), in: HEHL, U., JOHN, U. und RUDERSDORF, M. (Hrsg.) (2009): Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 4, S. 1439

⁴⁹⁹ BArch DK 1/4443, Bl. 55

⁵⁰⁰ MÖBIUS, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 22.10.2010

Fleiß und Beharrlichkeit, Risikobereitschaft, Sorgfalt und Pflichttreue und wissenschaftlich fortschrittliches Denken und Handeln auszeichnen sollte.⁵⁰¹

Auf der ersten Zentralen Konferenz der Tierärzte der DDR in Leipzig 1959 formulierte das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft für die Weiterentwicklung des Veterinärwesens folgende These: „Die Veterinärmedizinischen Fakultäten haben die Aufgabe, fachlich hoch qualifizierte, dem Sozialismus treu ergebene Tierärzte auszubilden.“⁵⁰² Dieser Aufgabe meinte man nur gerecht werden zu können, indem die Lehrpläne der sozialistischen, landwirtschaftlichen Entwicklung angepasst wurden. Das Ziel der Ausbildung war die Rekrutierung hochqualifizierter, sozialistisch geformter Absolventen, wie beispielsweise die Formulierung des Ausbildungszieles für Veterinäringenieure zeigt: „Ein fester Klassenstandpunkt, kluges Arbeiten mit den Werktätigen, überlegte Aktivität in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, prognostisches Denken, Fähigkeiten zur Systemanalyse, Schöpferkraft und Optimismus, das sind die bestimmenden Merkmale des Veterinäringenieurs.“⁵⁰³ Identisch zu den Forderungen, die an die Tierärzte gestellt wurden, sollte der Veterinäringenieur die politischen Ideologien der SED bedingungslos vertreten.⁵⁰⁴ Um diese Ausbildungsinhalte zu vermitteln, wurde den politisch-ideologischen Grundlagenfächern ein hoher Stellenwert beigemessen. Das war keine Besonderheit der veterinärmedizinischen Ausbildung, sondern galt für alle in der DDR angebotenen Studiengänge und Ausbildungsfächer. Mit zunehmender Industrialisierung konzentrierte sich die Ausbildung vermehrt auf die Erfordernisse der Intensivbetriebe, welche vor allem prophylaktisch tätige, kontrollierende und in Leitungspositionen arbeitende Tierärzte benötigten.⁵⁰⁵ Besonders deutlich wurde dies nach der dritten Hochschulreform der DDR 1968.⁵⁰⁶ Die Ausbildungsstätten der beiden veterinärmedizinischen Fakultäten der DDR in Leipzig und Berlin wurden zu „Sektionen Tierproduktion und Veterinärmedizin“ umfunktioniert. Ab diesem Zeitpunkt war die Veterinärmedizin der Tierproduktion „faktisch untergeordnet“.⁵⁰⁷ SALOMON und BRUMME konstatieren, dass die Unterordnung der „Fachstudienrichtung Veterinärmedizin“ unter die „Grundstudienrichtung Agraringenieurwesen, Fachrichtung Tierproduktion“ von einigen Lehrenden bereits als Zeichen dafür gewertet wurde, dass das tiermedizinische Fach künftig seine Daseinsberechtigung verlieren würde. Dies wurde offenbar unter anderem damit begründet, dass die zunehmend verbesserte Haltung und Fütterung landwirtschaftlicher Nutztiere Krankheiten zur Ausnahme werden lassen würde. Kranke Tiere würden dann nicht mehr behandelt, sondern der Schlachtung zugeführt.⁵⁰⁸

Damit die sozialistische Planwirtschaft in der Lehre ungehindert und frei von „klassenfeindlicher“ Propaganda umgesetzt werden konnte, wurde der Lehrkörper bereits ab Mitte der fünfziger Jahre nach Möglichkeit aus Genossen der SED gebildet. Nur so, so versprach man sich, konnten ideologisch gefestigte, linientreue und sozialistische Persönlichkeiten erzogen werden.⁵⁰⁹ Durch das Gesetz über das Veterinärwesen vom 20.06.1962 wurde die juristische Grundlage für die Einflussnahme der Landwirtschaft auf die

⁵⁰¹ RÖHLINGER, P. (1978), S. 5, Ausbildung und Ziele bei der Ausbildung von Veterinäringenieuren

⁵⁰² Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR (Hrsg.) (1960), S. 244

⁵⁰³ WELS-OPEL, W. (1973), Die politische Führungstätigkeit des Kreistierarztes, S. 13

⁵⁰⁴ WELS-OPEL, W. (1973), Die politische Führungstätigkeit des Kreistierarztes, S. 17

⁵⁰⁵ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S.66 f. und 108

⁵⁰⁶ SIEBERT, S. (2002), Vet. med. Diss. Leipzig, S. 16 f. und Stockmann, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S.82 f.

⁵⁰⁷ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 108

⁵⁰⁸ SALOMON, F.-V. und BRUMME, M. F. (2009), in: HEHL, U., JOHN, U. und RUDERSDORF, M. (Hrsg.) (2009): Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 4, S. 1456

⁵⁰⁹ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 52 f.

Ausbildungsinhalte der Veterinärmedizin gelegt.⁵¹⁰ Im Fokus jeglicher veterinärmedizinischer Tätigkeit, so auch in der Lehre und Forschung, stand die Erhöhung der Effektivität der Tierproduktion, die stetig bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen tierischer Herkunft und die schrittweise Beseitigung der gesellschaftlichen Differenzen zwischen Land und Stadt.⁵¹¹ Durch die Inbetriebnahme industriemäßig produzierender Anlagen sollte die „Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes“ erreicht werden.⁵¹² Die durch Konzentration und Spezialisierung der Landwirtschaft bedingte Arbeitsteilung forderte neben der „Spezialisierung der veterinärmedizinischen Fachkräfte nach Produktionsrichtungen“ auch eine „Überwindung der vorwiegend individuellen Arbeitsweise“,⁵¹³ wobei Kollektivbildung und der Aufbau Staatlicher Tierärztlicher Gemeinschaftspraxen deren Umsetzung dienen sollten.⁵¹⁴ Innerhalb dieser Praxen wurden im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen Spezialisten ausgebildet. Angestrebt wurde, dass in einer STGP für alle regional relevanten Tierproduktionszweige, in der Regel Rind, Schwein und Schaf, ein dafür spezialisierter Fachtierarzt vorhanden ist.⁵¹⁵ Die fokussierte Ausrichtung der Ausbildung auf Herdenbetreuung und Prophylaxe begann schon während des Studiums und wurde postgradual weitergeführt. Die Entwicklung nach dem 8. Parteitag der SED zielte auf die noch bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln tierischer Herkunft ab, auch die zunehmende Produktion für den Export spielte eine nicht unbedeutende Rolle. In der Ausbildung konzentrierte man sich deshalb auf den zukünftigen „vorrangigen Einsatz der Kader des sozialistischen Veterinärwesens bei der Entwicklung der industriemäßigen Tierproduktion mit einer auf das Höchstmaß an Produktionssicherheit orientierten veterinärmedizinischen Tätigkeit und Produktionskontrolle“.⁵¹⁶ Beschriebene Sachverhalte sind bei der Bewertung des Stellenwertes des Tierschutzes als Ausbildungsinhalt veterinärmedizinischer Fachkräfte mit einzubeziehen. Aspekte des Tierschutzes wurden dahingehend vermittelt, dass man die volkswirtschaftlichen Werte, in dem Falle die Tierbestände, schützen und erhalten wollte. Das vorrangige Interesse galt also dem Tiergesundheitsschutz. Im Mittelpunkt standen nicht moralische Aspekte der Mensch-Tier-Beziehung, sondern das Wachstum der Arbeitsproduktivität zur Versorgung des Volkes. Um die Pläne zu erfüllen, mussten die „Produktivkräfte“ auf Maximierung der Produktion getrimmt werden. Vor allem in den späten fünfziger und sechziger Jahren wurde eine Einheit zwischen politisch-ideologischen und fachlichen Fragen angestrebt, dieser Trend war später allerdings wieder rückläufig.⁵¹⁷ Die Lehrpläne der Veterinärmediziner folgten dieser Entwicklung. Der Studiengang Veterinärmedizin wurde unter dem Fach „Agraringenieurwesen (Tierproduktion), Fachrichtung Veterinärwesen“ geführt und war bis 1990 keine eigene Grundstudienrichtung, was die von SIEBERT beschriebene Position des Faches als Anhängsel der Landwirtschaft und Unterordnung als Teilbereich der Tierproduktion demonstriert.⁵¹⁸ Alle von der Autorin dazu befragten Zeitzeugen gaben an, dass es in den veterinärmedizinischen Ausbildungsstätten der DDR keine spezielle Tierschutzvorlesung oder äquivalente Veranstaltungen gegeben habe.⁵¹⁹ Allein eine befragte

⁵¹⁰ SALOMON, F.-V. und BRUMME, M. F. (2009), in: HEHL, U., JOHN, U. und RUDERSDORF, M. (Hrsg.) (2009): Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 4, S. 1448

⁵¹¹ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 229

⁵¹² WELS-OPEL, E. (1973), Die politische Führungstätigkeit des Kreistierarztes, S. 21

⁵¹³ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 44

⁵¹⁴ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 44

⁵¹⁵ LOHRENGEL, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

⁵¹⁶ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 94

⁵¹⁷ SIEBERT (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, S. 34 ff.

⁵¹⁸ SIEBERT (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, S. 111

⁵¹⁹ Siehe auch SIEBERT, S. (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, Anh. XXXVIII-1 und 2 (Studienplan Direktstudium Veterinärmedizin, Übersicht)

Person glaubte sich an fakultative Tierschutzvorlesungen erinnern zu können, die zeitweise in Leipzig in den sechziger Jahren angeboten worden sein sollen.⁵²⁰ Bereits 1964 wurde vom Fakultätsrat der Berliner Ausbildungsstätte die Aufnahme fakultativer Vorlesungen beantragt, von denen eine die Thematik „Verhaltensweise von Zootieren“ beinhalten sollte.⁵²¹ SIEBERT erläutert in seiner Arbeit, dass sich an der Karl-Marx-Universität Leipzig für Veterinärmediziner 1982 einige fakultative Vorlesungen etabliert hatten; als den Tierschutz tangierende Veranstaltungen wären hier „Zootierverhalten“ und „Landwirtschaftlicher Umweltschutz“ zu nennen.⁵²² Ab 1986 wurden weitere Veranstaltungen geplant, wobei die Vorlesungen „Streß und Adaptation“, „Grundlagen der Ökologie“ und „(tierartbezogen) Prophylaxe, Diagnostik und Therapie in intensiver Tierproduktion (für Praktiker und junge Nachwuchswissenschaftler)“ als Veranstaltungen mit auf den Tierschutz bezogenen Inhalten zu nennen sind.⁵²³ Ob diese letztlich stattfanden, ist nicht bekannt. Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, dass in der Berliner Fakultät ab Dezember 1989 von STRUWE eine fakultative Vorlesung angeboten wurde, die sich mit dem Bundestierschutzgesetz befasste. Da die Nachfrage seitens der Studenten ausreichend vorhanden war, wurde diese auch gehalten.⁵²⁴ Da diese Lehrveranstaltung aber erst ab Ende 1989 stattfand, kann sie nicht in die Beurteilung der Situation in der DDR einbezogen werden.⁵²⁵

Bei der Befragung von Zeitzeugen fällt auf, dass die Rolle des Tierschutzes in der Ausbildung sehr unterschiedlich gewertet wird. Während Befragte, die sich damals in der Rolle des Auszubildenden befanden, dem Tierschutz als Lehrinhalt eher wenig oder gar keine Bedeutung zumessen, sprechen die als Zeitzeugen befragten ehemaligen Hochschullehrer, welche Aspekte des Tierschutzes vermittelten, ihm durchaus einen nicht unbedeutenden Stellenwert zu und nehmen eine verteidigende Haltung dazu ein.⁵²⁶ Ehemalige Studenten der Veterinärmedizin trafen in der Mehrheit Aussagen wie: *„Das Thema Tierschutz spielte in der Ausbildung der Studenten in der DDR keine Rolle.“*⁵²⁷ oder: *„In DDR-Zeiten wusste man nicht mal, wie das [Tierschutz] geschrieben wird, Tierschutz hatte da einfach nicht die Bedeutung.“*⁵²⁸ Von den befragten damaligen Lehrenden hingegen wurde teilweise überzeugend dargelegt, welch relativ große Bandbreite den Studenten zum Thema Tierschutz vermittelt wurde. Professor Arnulf BURCKHARDT, der den Lehrstuhl für Staatsveterinärkunde der Karl-Marx-Universität Leipzig seit 1971 innehatte, führt zum Tierschutz in der Ausbildung von Veterinärmedizinern aus: *„Tierschutzvorlesungen hat es an den Veterinärmedizinischen Fakultäten der DDR immer gegeben. Sie waren stets zweifach verankert: Die rechtlichen Grundlagen des Tierschutzes, orientiert am Tierschutzgesetz von 1933, wurden zunächst vom Fach ‘Gerichtliche Tierheilkunde’, später von den Lehrstühlen für Staatsveterinärkunde, vertreten. Die Leipziger Staatsveterinärkunde hat einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des Tierschutzes geleistet. (...) Daneben wurden natürlich Tierschutzgesichtspunkte von den einzelnen Fachdisziplinen behandelt: Tierschutzgerechtes Schlachten und Töten von der Lebensmittelhygiene, Tierschutzbelange bei der Kastration von Tieren vermittelten die Chirurgen usw. Es gab wohl keine*

⁵²⁰ ZEMKE, P. (2010), Mündliche Mitteilung vom 18.06.2011

⁵²¹ STOCKMANN, I. (2003), Vet. med. Diss. Berlin, S. 76

⁵²² SIEBERT, S. (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, S. 80

⁵²³ SIEBERT, S. (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, S. 58

⁵²⁴ STRUWE, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 01.04.2011

⁵²⁵ STAUFENBIEL, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 07.04.2011

⁵²⁶ BURCKHARDT, A. (2010) Schriftliche Mitteilung vom 04.12.2010, METHLING, W. (2013) Schriftliche Mitteilung vom 20.10.2013 und WUNDERLICH, H. (2010), Mündliche Mitteilung vom 25.05.2011

⁵²⁷ STAUFENBIEL, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 07.04.2011

⁵²⁸ MÖBIUS, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 22.10.2010

*Fachdisziplin, die in der Lehre nicht auf die Belange des Tierschutzes einging.*⁵²⁹ Laut STRUWE wurden den Studenten der Ausbildungsstätte Berlin vor 1972 Inhalte des Tierschutzgesetzes im Fach 'Gerichtliche Veterinärmedizin' durch Professor Hans-Arthur MEYER vermittelt. Dieser bekleidete in erster Linie die Funktion als Ordinarius für Innere Veterinärmedizin. Mit der Emeritierung MEYERs wurde die 'Gerichtliche Tiermedizin' und damit auch der Tierschutz Bestandteil des Institutes für Staatsveterinärkunde.⁵³⁰ Den Lehrauftrag hierfür besaß bis 1990 Professor Rainer STRUWE. Sowohl in Leipzig als auch in Berlin waren Tierschutz und Tierschutzrecht Inhalte eines Vorlesungsabschnittes des Faches 'Staatsveterinärkunde'.⁵³¹ Andere Themen dieses Faches waren die Tierseuchenbekämpfung, Verwaltungsrecht, Arbeitsrecht, Versicherungs- und Vertragsrecht, soweit es für die staatliche Tätigkeit des Tierarztes relevant war.⁵³² Das Fach Staatsveterinärkunde wurde deshalb unterrichtet, um „Grundlagen für die wissenschaftliche Leitungstätigkeit im Veterinärwesen zu erarbeiten und in der Aus- und Weiterbildung der veterinärmedizinischen Fachkräfte zu vermitteln“.⁵³³ Wie das Studium der gängigen DDR-Lehrbücher für Staatsveterinärkunde zeigt, spielte der Tierschutz als Disziplin eine völlig untergeordnete Rolle. In der ersten Auflage des über 300 Seiten umfassenden Lehrbuches „Grundriß der Staatsveterinärkunde“⁵³⁴ von 1975 findet man allenfalls einen einseitigen Abriss über die Thematik „Tierschutz“. In diesem wird vorrangig der Schutz der Tierbestände als volkswirtschaftliches Gut diskutiert. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass es den „Tierschutz im traditionellen Sinne“ nicht mehr gäbe.⁵³⁵ Begründet wird das damit, dass die Etablierung industriemäßiger Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft eine Optimierung der Haltungsbedingungen mit sich gebracht hätte, so dass allenfalls im Bereich der Haus- und Kleintierhaltung noch „Aktivitäten des Tierschutzes“ nötig seien.⁵³⁶ Der Studierende wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Intensivierung der Landwirtschaft mit einem allgemein höheren Bildungsniveau der in der Landwirtschaft tätigen Menschen einher ginge und dass dieser Umstand und die „Anwendung leistungsstimulierender Technologien“ den Tierschutz obsolet werden ließen.⁵³⁷ Bei der Lektüre der mehr als 10 Jahre später veröffentlichten dritten Auflage des Lehrbuches⁵³⁸ wird deutlich, dass sich die tierschutzbezogenen Inhalte und deren Umfang kaum geändert hatten. Der Abschnitt über Tierschutz war annähernd identisch übernommen worden. Das deutet darauf hin, dass die Sichtweise auf den Tierschutz und dessen Wertmaßstab in der Ausbildung in dieser Zeit keiner Veränderung zu unterliegen schien.

Aspekte des Tierschutzes wurden weiterhin in dem Studienfach „Tierhygiene“ vermittelt. Die Grundlage dafür war die Auffassung, dass jegliche tiermedizinische Intervention, die auf die Gesunderhaltung von Tieren abzielte, „angewandter Tierschutz“ sei.⁵³⁹ Die zentrale Funktion des Faches Tierhygiene war die Schaffung von Haltungsbedingungen, in denen die Tiere ihre genetisch maximal mögliche Leistung erbringen konnten. Tierschutz wurde als Teilgebiet der Tierhygiene definiert,⁵⁴⁰ wobei dieser hauptsächlich für „gute Umweltbedingungen für die

⁵²⁹ BURCKHARDT, A. (2010), Schriftliche Mitteilung vom 04.12.2010

⁵³⁰ STRUWE, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 01.04.2011

⁵³¹ BURCKHARDT, A. (2010), Schriftliche Mitteilung vom 04.12.2010 und STRUWE, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 01.04.2011

⁵³² STRUWE, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 01.04.2011

⁵³³ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 7

⁵³⁴ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde

⁵³⁵ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 238

⁵³⁶ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 239

⁵³⁷ LÖTSCH, D. und SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 238-239

⁵³⁸ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. und BURCKHARDT, A. (Hrsg.) (1986), Grundriß der Staatsveterinärkunde

⁵³⁹ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 49

⁵⁴⁰ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 48

Tiere und Nutzung ihrer Leistung“⁵⁴¹ Anwendung finden sollte. Diese aus dem „Lehrbuch für Tierhygiene“ zitierten Passagen demonstrieren wiederholt die eindeutige Fokussierung ökonomischer Faktoren. Das Lehrbuch vermittelt gleichzeitig, dass Ansichten, welche dem Tier eine Seele zusprechen, wirklichkeitsfern seien und dass diese mit dem vorab beschriebenen Tierschutz nichts gemeinsam hätten.⁵⁴² Dem Studierenden wurde demnach vermittelt, dass nicht in erster Linie das Tier als Mitgeschöpf, sondern das Tier als Produktionsmittel geschützt beziehungsweise erhalten werden müsse.

STRUWE schildert, dass im 9. und 10. Fachsemester des Studienganges `Tierproduktion, Fachrichtung Veterinärmedizin` je eine Semesterwochenstunde zur Vermittlung der gesetzlichen Grundlagen inklusive des Tierschutzrechtes zur Verfügung gestanden haben soll. Für Tierschutzrecht seien insgesamt 4 Vorlesungsstunden veranschlagt worden.

Ab Herbst 1990 wurde in den Ausbildungsstätten Berlin und Leipzig die bundesdeutsche Approbationsordnung übernommen, nach der Tierschutz als Prüfungs- und Vorlesungsfach vorgesehen war.⁵⁴³

In der Forschung, welche als Thema mit Ausbildungsnähe gesehen werden muss, konzentrierte man sich ebenfalls in erster Linie auf die Vorgaben des Volkswirtschaftsplanes. Die Wissenschaftseinheit Tierproduktion und Veterinärmedizin legte den Schwerpunkt auf das Forschungsthema „Ertragssteigerung in der Tierproduktion durch Intensivierung und Rationalisierung.“⁵⁴⁴ Das Interesse galt dabei vorrangig der Produktionsoptimierung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Tierschutz in der Ausbildung nur indirekt eine Rolle spielte. Im Mittelpunkt der Ausbildung stand, den Schutz der Tiere betreffend, die Gesunderhaltung der Tierbestände zugunsten einer effektiven Tierproduktion. Dies galt auch für den Klein- und Hobbytierbereich. Nutztiere hatten in der Ausbildung veterinärmedizinischer Fachkräfte in der DDR den Vorrang. Kleine Haus- und Heimtiere wurden in der tiermedizinischen Ausbildung der DDR sowohl in den klinischen Fächern als auch im Hinblick auf Tierschutzbelange als Nebensache behandelt.⁵⁴⁵ Der von den befragten Lehrenden behauptete Tierschutz-Fokus in veterinärmedizinischen Fächern sollte nicht überschätzt, sondern muss als nachträgliche Adaptation an neue Anforderungen verstanden werden.

⁵⁴¹ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 49

⁵⁴² MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 49

⁵⁴³ STRUWE, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 01.04.2011

⁵⁴⁴ SIEBERT, S. (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, Anhang XIX

⁵⁴⁵ STAUFENBIEL, R. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 07.04.2011

3.2 Rechtsgrundlagen des Tierschutzes in der DDR

3.2.1 Allgemeine Betrachtung

Eine Gesetzgebung, wie sie derzeit in Deutschland für den Tierschutz besteht, gab es in der ehemaligen DDR nicht. Es fehlte ein zusammenhängendes Tierschutzgesetz, welches den Schutz der Tiere thematisierte und definierte. Stattdessen tangierten mehrere Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen den Tierschutz. Aus der Zeit vor 1945 wurden das Tierschutzgesetz vom 24.11.1933 sowie die Rechtsvorschriften über das Töten und Schlachten von Tieren übernommen. Auf sozialistischer Basis entstanden weitere zahlreiche Einzelregelungen, die in ihrer Gesamtheit die Tierschutzgesetzgebung der DDR darstellten. Im Folgenden werden die rechtlichen Grundlagen der DDR genannt, die Tierschutzfragen beinhalteten.

3.2.2 Rechtsgrundlagen mit tierschutzrechtlichen Inhalten

Reichstierschutzgesetz vom 24.11.1933

Das erste deutsche Tierschutzgesetz entstand 1933 nach langwierigen Debatten auf der Basis des §360/13 des Reichsstrafgesetzbuches⁵⁴⁶, welcher das Vorgehen gegen Tierquälerei legitimierte. Die Tierschutzorganisationen des Kaiserreiches hatten sich bereits für eine gesetzliche Fixierung des Tierschutzes eingesetzt, was jedoch erst 1933 durch das Reichstierschutzgesetz in die Tat umgesetzt wurde. Hierbei spielte eine große Rolle, dass das Nazi-Regime den Tierschutz für seine antisemitischen Ideologien missbrauchte, was vor allem im nun geltenden Schächtverbot zum Ausdruck kam.⁵⁴⁷ Bis das Reichstierschutzgesetz erlassen wurde, galten Tierquälereien lediglich als Verletzung der Moral und unsittliches Verhalten. Nun aber wurden Tierquälereien geahndet und das Tier um seiner selbst willen geschützt, womit der Grundstein für den ethischen Tierschutz gelegt war.⁵⁴⁸ Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die nationalsozialistische Tierschutz-Gesetzgebung in beiden deutschen Staaten übernommen.⁵⁴⁹ Die sich nach 1945 entwickelnde Intensivierung der Landwirtschaft in der DDR hatte maßgeblichen Einfluss auf den Tierschutz, wobei die politische Entwicklung und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als beeinflussende Faktoren für die Gesetzgebung mit einzubeziehen sind.

Mit Beginn des Inkrafttretens am 24.11.1933 bekam der stattgefundenen Wandel vom anthropozentrisch-ästhetischen zum als ethisch bezeichneten Tierschutz eine gesetzliche Grundlage. Bis zum Erlass des Reichstierschutzgesetzes 1933 war nur solche Tierquälerei, die mit den Begriffsmerkmalen „Ärgerniserregung“ und „Öffentlichkeit“ einherging, bestraft worden.⁵⁵⁰ Diese Regelung entstand auf Grundlage des ästhetischen Tierschutzes, welcher die Strafbarkeit davon abhängig machte, ob das Vergehen am Tier von einer dritten Person wahrgenommen werden konnte. Das bedeutete, dass jemand, der beispielsweise seinen Hund

⁵⁴⁶ Reichsstrafgesetzbuch = RStGB

⁵⁴⁷ MARTIN, M. (1989), Vet. med. Diss. Berlin, S. 21 und BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 765

⁵⁴⁸ TEUTSCH, G. (1987), Lexikon der Tierschutzethik, S. 71

⁵⁴⁹ TEUTSCH, G. (1987), Lexikon der Tierschutzethik, S. 71

⁵⁵⁰ GIESE, C. (1950) in: Giese, C und KÄHLER, W. (Hrsg.) (1950), Das deutsche Tierschutzrecht, S. 12-13

hinter verschlossenen Türen prügelte, nichts zu befürchten hatte. Weiterhin galt „unnötige“ Tierquälerei als strafbar, welche dann vorlag, wenn die Quälerei „*keinem vernünftigen, berechtigten Zwecke dient[e]*“. ⁵⁵¹

Das Reichstierschutzgesetz von 1933 war die Fassung des Tierschutzgesetzes, die aus der Zeit vor 1945 übernommen wurde und somit in der DDR offiziell gültig war. Die Übernahme des Gesetzes konnte deshalb erfolgen, da es der Verfassung der DDR von 1949 nicht zuwider lief ⁵⁵² und nicht in Konflikt mit „*den Prinzipien der demokratischen Umgestaltung*“ geriet. ⁵⁵³ Einzelne Ausführungsverordnungen mit faschistischen Inhalten waren davon ausgenommen. ⁵⁵⁴ In der DDR-Literatur zum Thema Tierschutz findet man Aussagen über dieses Gesetz höchstens als Bemerkung am Rande, wenn es um die Vervollständigung der Aufzählung tierschutzrelevanter Rechtsvorschriften ging. HUSSEL schrieb im sozialistischen Lehrbuch „Tierarzt und Recht in der DDR“, dass das Tierschutzgesetz von 1933 eines der älteren, großen „Schutzgesetze“ sei, „*zu denen das staatliche Veterinärwesen insgesamt und der Tierarzt im einzelnen Beziehungen aufzubauen hat. - Letztere bilden sich automatisch aus.*“ ⁵⁵⁵ Ausführungen, die diese These beispielhaft belegen, lässt der Autor jedoch vermissen.

In den Monatsheften für Veterinärmedizin wurde zum Reichstierschutzgesetz kritisch Stellung bezogen. BURCKHARDT machte darauf aufmerksam, dass die fachspezifischen Inhalte zwar noch ihre Geltung besäßen, die politisch-ökonomischen Prinzipien, unter denen das Gesetz einst verabschiedet wurde, jedoch völlig verschieden zu den sozialistischen Grundlagen seien. So zeichne sich die sozialistische Gesellschaft durch kameradschaftliche Beziehungen der Menschen untereinander aus, wohingegen es keine „*Ausbeutung des Menschen durch den Menschen*“ mehr gäbe. ⁵⁵⁶ Weiterhin merkte BURCKHARDT an, dass die Faschisten den Tierschutzgedanken an sich zu „*zügelloser demagogischer Propaganda*“ missbrauchten und sich dies unter anderem in der Gesetzgebung manifestierte. ⁵⁵⁷ Das galt in erster Linie für das Gesetz über das Schlachten von Tieren und die dazu erlassene Verordnung. BURCKHARDT stellte fest, dass die Nationalsozialisten sich den Verdienst an der Vollendung des Tierschutzbestrebens zugeschrieben und gesetzliche Bestimmungen zur Diskriminierung und Rassenhetze gegen die jüdische Bevölkerung genutzt hätten. ⁵⁵⁸ In einer Abhandlung über die Situation und die Rechtsgrundlagen des Tierschutzes in der DDR von 1990 ⁵⁵⁹ wies BURCKHARDT darauf hin, dass das Reichstierschutzgesetz der DDR wohl formal noch gültig, allerdings nicht zeitgemäß war und somit in der Praxis nicht angewendet wurde. ⁵⁶⁰ Im Zusammenhang mit dem Reichstierschutzgesetz waren in der DDR die 1. und 2. Ausführungsverordnung zum Tierschutzgesetz, das Gesetz über das Schlachten von Tieren vom 21.04.1933 und die dazu gleichzeitig erlassene Verordnung sowie die Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren vom 14.01.1936 weiterhin gültig. ⁵⁶¹

⁵⁵¹ GIESE, C. (1950) in: Giese, C und KAHLER, W. (Hrsg.) (1950), Das deutsche Tierschutzrecht, S. 15

⁵⁵² BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 767

⁵⁵³ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 2

⁵⁵⁴ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 766-767

⁵⁵⁵ HUSSEL, L. (Hrsg.) (1965), Tierarzt und Recht in der DDR, S. 23

⁵⁵⁶ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 766

⁵⁵⁷ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 765

⁵⁵⁸ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 765

⁵⁵⁹ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 12-15

⁵⁶⁰ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14

⁵⁶¹ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 767

Das Reichstierschutzgesetz war aufgrund des Fehlens eines Äquivalentes zu dem am 24.7.1972 verabschiedeten bundesdeutschen Tierschutzgesetz⁵⁶² in der DDR ausschließlich formal weiterhin gültig. Einen maßgeblichen Unterschied erfuhr die Gültigkeit des Reichstierschutzgesetzes in der DDR im Hinblick auf die Tierschutzethik. Galt das Gesetz im Nationalsozialismus noch als Rechtsgrundlage für den ethischen Tierschutz, so wurde diese durch die geltenden Bestimmungen in der DDR wieder aufgehoben. BARANSKE macht dafür die „*ästhetische und ökonomistische Interpretation der Tierschutzbestimmungen der DDR*“⁵⁶³ verantwortlich. Diese These bestätigt sich beispielsweise im Kommentar zum Strafgesetzbuch der DDR, wo darauf hingewiesen wird, dass der Paragraph 250 über Tierquälerei aus vornehmlich ästhetischen Gründen gelte: „*Die Strafbestimmung dient dem Schutz der Tiere vor Angriffen, die das ethische Empfinden des Menschen verletzen.*“⁵⁶⁴ Zahlreiche der in der DDR-Zeit erlassenen Rechtsvorschriften standen im Widerspruch zu der im Reichstierschutzgesetz formulierten Zweckbestimmung des ethischen Tierschutzes. Die tendenzielle Ausrichtung der Rechtsgrundlagen auf das Erreichen wirtschaftlicher Ziele wird nachfolgend aufgezeigt. Die Strafbestimmungen des Reichstierschutzgesetzes galten bis zur Strafrechtsreform 1968.⁵⁶⁵

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik⁵⁶⁶

Laut BURCKHARDT beinhaltet die Verfassung der DDR die „*Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft über die Gestaltung von Natur- und Tierschutz*“.⁵⁶⁷ Der Jurist wies einschränkend darauf hin, dass der „*humanistische Inhalt des Tierschutzes*“ nur dann realisierbar sei, wenn die Grundbegriffe der sozialistischen Moralauffassung, beispielsweise das kameradschaftliche Verhältnis der Menschen untereinander und die persönliche Freiheit und Würde, zur Geltung kämen.⁵⁶⁸ Bedeutend für den Tierschutz waren somit Artikel 19 sowie Artikel 15, Absatz 2. Im Artikel 82 der Verfassung der DDR war weiterhin geregelt, dass die örtlichen Volksvertretungen eigenverantwortlich über alle ihr Territorium und ihre Bürger betreffenden Angelegenheiten auf Basis bestehender Rechtsgrundlagen Entscheidungsbefugnis besitzen. Im Bezug auf den Tierschutz konnten die Städte- und Gemeindeordnungen auf dieser Grundlage ortsspezifische Festlegungen in Sachen Tierhaltung und Tierhygiene treffen.⁵⁶⁹

Übersicht 1: Verfassung der DDR, Auszug

Art. 19

„Frei von Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Abhängigkeit hat jeder Bürger gleiche Rechte und vielfältige Möglichkeiten, seine Fähigkeiten in vollem Umfange zu entwickeln und seine Kräfte aus freiem Entschluß zum Wohle der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gesellschaft ungehindert zu entfalten. So verwirklicht er Freiheit und Würde seiner Persönlichkeit. Die Beziehungen der Bürger werden durch gegenseitige Achtung und Hilfe, durch die Grundsätze sozialistischer Moral geprägt.“

⁵⁶² BGBl. I S. 1277

⁵⁶³ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 70

⁵⁶⁴ Ministerium der Justiz (Hrsg.) (1979), Strafgesetzbuch DDR, Kommentar, S. 560

⁵⁶⁵ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 13

⁵⁶⁶ Verfassung der DDR 06.04.1968. GBl. Teil I 1968, Nr. 8, S. 199-222

⁵⁶⁷ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 766

⁵⁶⁸ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 766

⁵⁶⁹ BURCKHARDT, A., KUPPER, L. und ZINKE, G. (1987), Normen und Erfordernisse der Tierhaltung, S. 5

Art. 15, Abs. 2

„Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und sind darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers.“

Gesetz über das Veterinärwesen (vom 20.06.1962)⁵⁷⁰

Die wohl wichtigste geltende Rechtsgrundlage im Veterinärwesen der DDR war das ‚Gesetz über das Veterinärwesen‘ vom 20.06.1962. Es wurde als notwendige Fortsetzung der in den 50er Jahren erlassenen Rechtsvorschriften zur Sicherung der Tiergesundheit und der tiermedizinischen Betreuung der nun entstehenden LPG verabschiedet.⁵⁷¹ Aufgabe des Gesetzes war, die *„Aufgaben, Rechte, Pflichten, Stellung und Funktion des Veterinärwesens“*⁵⁷² zu regeln. Als tierschutzrelevante Bestimmungen sind hier insbesondere die in den Paragraphen 13, 14 und 15 festgehaltenen Pflichten der Tierhalter sowie geltende Ordnungsstrafbestimmungen zu erwähnen.

Paragraph 13 beinhaltete die tierärztlichen Pflichten der Beratung und Kontrolle therapeutischer und prophylaktischer Maßnahmen. Im Absatz 2 war geregelt, dass der im Betrieb tätige Tierarzt in Vertretung des Veterinärwesens schriftliche Auflagen zur Mängelbeseitigung erheben dürfe. Dies galt unter der Voraussetzung, dass die Missstände *„eine Gefährdung der Gesundheit des Menschen oder der volkswirtschaftlichen Planerfüllung“* darstellten.⁵⁷³

Im Paragraphen 14 wurden die Tierhalter zum Schutz der Tiere vor *„vorsätzlichen oder fahrlässigen Schädigungen aller Art“* verpflichtet.⁵⁷⁴

Paragraph 15 bestimmte die Durchführung prophylaktischer Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten. Verantwortlich dafür waren die sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe, alle anderen Tierhalter und mit der Tierpflege und –betreuung beauftragte Personen.⁵⁷⁵

Gesetzlich fixiert wurden ebenfalls die Aufgaben veterinärmedizinischer Fachkräfte, die auch Beratung in Tierschutzfragen umfassten. Tierschutzbelange beinhaltete weiterhin der Paragraph 19, der die Mitwirkung der Veterinärbehörden beim Bau von Tierunterkünften und Tiertransportmitteln sowie deren Planung vorsah. Durch diese Festlegung mussten neu zu errichtende Tierunterkünfte vor dem Bau vom veterinärmedizinischen Fachorgan geprüft und genehmigt werden.⁵⁷⁶

Die Abschnitte VII (Maßnahmen bei besonderen Gefahren für Tierbestände) und VIII (veterinärhygienische Verkehrsüberwachung) des Gesetzes beinhalteten tierhygienische Bestimmungen und waren damit teilweise tierschutzrelevant.⁵⁷⁷

⁵⁷⁰ GBl. Teil I 1962, Nr. 5, S. 55-60

⁵⁷¹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 3

⁵⁷² MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S.411

⁵⁷³ HUSSEL, L. (Hrsg.) (1965), Tierarzt und Recht in der DDR, S. 15

⁵⁷⁴ HUSSEL, L. (Hrsg.) (1965), Tierarzt und Recht in der DDR, S. 15

⁵⁷⁵ HUSSEL, L. (Hrsg.) (1965), Tierarzt und Recht in der DDR, S. 15

⁵⁷⁶ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14

⁵⁷⁷ BURCKHARDT, A. (1968), MH 24, Sonderdruck, S. 767

Wurden genannte Vorschriften nicht eingehalten, so konnten sie nach Paragraph 30 mit einer Ordnungsstrafe von bis zu 500 Mark geahndet werden.⁵⁷⁸ Der Paragraph 30 war insofern problematisch, dass die Tatbestände durch die geltende Formulierung (Schutz der Tiere vor „vorsätzlichen oder fahrlässigen Schädigungen aller Art“, siehe Paragraph 14) nicht klar eingegrenzt wurden. Da die Bestimmung weiterhin festlegte, dass nur die „Leiter von Betrieben und Einrichtungen“ (Paragraph 13) sowie „Tierhalter bzw. die von ihnen mit der Betreuung von Tieren beauftragten Personen“ (Paragraph 14 und 15) ordnungsstrafrechtlich belangt werden konnten, konnten nicht zu diesem Personenkreis zugehörige Bürger nicht auf dieser Grundlage bestraft werden.⁵⁷⁹ 1968 wurde deshalb eine neue Fassung des Paragraphen erlassen, durch welchen die Eingrenzung des Personenkreises entfiel.⁵⁸⁰

Strafgesetzbuch (StGB) der DDR vom 12.01.1968⁵⁸¹

Bis zur Strafrechtsreform 1968 waren die Strafbestimmungen des Tierschutzgesetzes von 1933 noch gültig, ab dann wurden tierschutzwidrige Vergehen nach dem Strafgesetzbuch der DDR strafrechtlich beziehungsweise nach der Verordnung über Ordnungswidrigkeiten ordnungsstrafrechtlich geahndet. Im Rückblick wurde von den Ordnungsstrafbestimmungen weit häufiger Gebrauch gemacht.⁵⁸² Das Strafgesetzbuch der DDR regelte das Vorgehen bei vorsätzlicher Tierquälerei und Tiermisshandlung (§250 StGB) sowie bei Schädigung des Tierbestandes (§168 StGB). Schädigung des Tierbestandes wurde als Straftat gegen sozialistisches Eigentum und die Volkswirtschaft geahndet, wobei Vergehen, die zu Verlusten oder Produktionsausfall führten, vordergründig verurteilt wurden.⁵⁸³ Durch die Strafbestimmungen wollte man die Tierverluste senken und deren subjektive Ursachen wirksam bekämpfen, um damit das Volksvermögen dauerhaft zu sichern.⁵⁸⁴ Schwerpunkte der Vergehen im Bereich Veterinärwesen mit strafrechtlichen Konsequenzen waren unter anderem Verstöße gegen die Paragraphen 167 (Wirtschaftsschädigung), 168 (Schädigung des Tierbestandes), 250 (Tierquälerei) des Strafgesetzbuches sowie gegen den Paragraphen 30 des Gesetzes über das Veterinärwesen. Delikte, die dabei zu wirtschaftlichen Schäden oder zur Schädigung menschlicher Gesundheit führten, hatten ein besonders hohes Strafmaß zur Folge.⁵⁸⁵ Tierverluste in landwirtschaftlichen Betrieben, die durch vorsätzliche oder fahrlässige Handlungen entstanden, sollten vorrangig nach den Paragraphen 167 und 168 geahndet werden. Hiernach wurde das Verenden von Tieren als Ausfall von Produktionsmitteln gewertet, der zum wirtschaftlichen Schaden für den Betrieb und damit für die Volkswirtschaft führte.⁵⁸⁶ Die Höhe der Strafe war unter anderem abhängig vom Ausmaß des entstehenden Schadens. Straftaten in der Landwirtschaft stellten laut BURCKHARDT Ausnahmefälle dar.⁵⁸⁷

⁵⁷⁸ GBl. Teil I 1962, Nr. 5, S. 55

⁵⁷⁹ BURCKHARDT, A. (1969), MH 24, Sonderdruck, S. 207-208

⁵⁸⁰ BURCKHARDT, A. (1969), MH 24, Sonderdruck, S. 208

⁵⁸¹ Neufassung vom 19.12.1974 (GBl. I 1975, Nr.3, S. 13)

⁵⁸² BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14 und MÖBIUS, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 22.10.2010

⁵⁸³ DUFT, H. et al. (1981), Strafgesetzbuch, S. 67

⁵⁸⁴ BURCKHARDT, A. (1973), MH 28, Sonderdruck, S. 673

⁵⁸⁵ BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, Sonderdruck, S. 362

⁵⁸⁶ BURCKHARDT, A. (1973), MH 28, Sonderdruck, S. 674

⁵⁸⁷ BURCKHARDT, A. (1973), MH 28, Sonderdruck, S. 673

Abbildung 2: Strafgesetzbuch der DDR vom 12.01.1968, Auszug

§ 168

Schädigung des Tierbestandes

(1) Wer unter vorsätzlicher Verletzung seiner beruflichen Pflichten als Verantwortlicher für die Haltung, Fütterung und Pflege von Zucht- und Nutztieren fahrlässig Verluste oder Produktionsausfall in wirtschaftlich bedeutendem Umfang verursacht, wird von einem gesellschaftlichen Organ der Rechtspflege zur Verantwortung gezogen oder mit öffentlichem Tadel, Geldstrafe, Verurteilung auf Bewährung oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft, soweit nicht, insbesondere bei geringer Schuld, die materielle Verantwortlichkeit zur Erziehung des Täters ausreicht.

(2) Ebenso wird zur Verantwortung gezogen, wer trotz staatlicher oder gesellschaftlicher erzieherischer Einwirkung unter fortwährender vorsätzlicher Verletzung seiner beruflichen Pflichten als Verantwortlicher für die Haltung, Fütterung und Pflege von Zucht- und Nutztieren wiederholt fahrlässig Verluste oder Produktionsausfall verursacht.

§ 250

Tierquälerei

Wer vorsätzlich ein Tier roh mißhandelt oder quält, wird von einem gesellschaftlichen Organ der Rechtspflege zur Verantwortung gezogen.

Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (OWVO) vom 22.03.1984⁵⁸⁸

Die Verordnung stellte die Nachfolgeregelung der 'Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten' vom 05.11.1963⁵⁸⁹ dar. Das 'Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten' (OWG) vom 12.01.1968⁵⁹⁰ wurde im Zuge der Weiterentwicklung des Ordnungsstrafrechts der DDR erlassen. Laut diesem wurden Ordnungswidrigkeiten definiert als „*schuldhaft begangene Rechtsverletzungen, die eine Disziplinlosigkeit zum Ausdruck bringen und die staatliche Leitungstätigkeit erschweren oder die Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens stören, jedoch die Interessen der sozialistischen Gesellschaft oder einzelner ihrer Bürger nicht erheblich verletzen und deshalb keine Straftaten sind.*“⁵⁹¹ Ordnungsstrafmaßnahmen sollten vor allem erzieherische Wirkung haben und der Prophylaxe von Straftaten dienen.⁵⁹² Nachdem das Strafgesetzbuch das Vorgehen bei „roher“ Misshandlung und bei Tierquälerei beinhaltete, regelte die Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten im Bezug auf den Tierschutz die Maßnahmen bei Gefährdung der Tierbestände und den „übrigen“ Misshandlungsfällen von Tieren. Als Misshandlung wurde „*das normale Maß übersteigende oder unnötige Schmerzzufügung, z. B. Einschlagen auf Tiere, Futterentzug*“⁵⁹³ bezeichnet. Die Tierquälerei wurde als Steigerung

⁵⁸⁸ GBl. Teil I 1984, Nr. 14, S. 173

⁵⁸⁹ GBl. Teil II 1963, Nr. 98, S. 773-776

⁵⁹⁰ GBl. Teil I 1968, Nr. 3, S. 101

⁵⁹¹ Aus: § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12.01.1968

⁵⁹² BURCKHARDT, A. (1969), MH 24, Sonderdruck, S. 207

⁵⁹³ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 114

der Tiermisshandlung definiert, wobei die Abgrenzung beider Begriffe als schwierig erachtet wurde: „Bei Mißhandlungen wird es sich in der Regel um eine einmalige kurz andauernde menschliche Entgleisung handeln, die das Tier zu überwinden in der Lage ist. Bei Tierquälerei handelt es sich meist um lang andauernde schädigende Einwirkungen oder so grobes Mißhandeln, daß das Tier daran siecht und nach längerem Siechtum eingeht.“⁵⁹⁴ Diese Interpretation harmoniert mit der im Reichstierschutzgesetz getroffenen Differenzierung beider Begriffe, in welchem „Quälen“ die „Verursachung erheblicher Schmerzen oder Leiden“⁵⁹⁵ bedeutet, deren „das Wohlbefinden des Tieres beeinträchtigende Auswirkung sich dann auf eine längere Zeit erstrecken müsse“.⁵⁹⁶ Weiterhin heißt es hier: „Mißhandlung ist die gegen das Tier gerichtete Tätigkeit, die sich als ein erheblicher Angriff auf dessen körperliches Wohlbefinden darstellt.“⁵⁹⁷ Außerdem wird der Begriff der „Rohheit“ präzisiert: „Roh ist die Mißhandlung dann, wenn sie einer gefühllosen Gesinnung (...) entspringt.“⁵⁹⁸ Strafrechtliche Ahndung der Misshandlung eines Tieres fand nur bei Vorsatz statt. Fehlte der Tatbestand des Vorsatzes, geschah die Misshandlung also fahrlässig, so wurde dies bestenfalls als Ordnungswidrigkeit geahndet.⁵⁹⁹ Unklar bleibt in den Ausführungen von RICHTER und GRÜNBAUM, was unter der „fahrlässigen Misshandlung“ eines Tieres verstanden wurde.

Die Befugnisse zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und deren Ahnung waren den Leitern der veterinärmedizinischen Fachorgane, den Vorsitzenden des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft, den Leitern der Organe des Gesundheitswesens oder Leiter anderer staatlicher Organe vorbehalten.⁶⁰⁰ BURCKHARDT kritisierte in einer Veröffentlichung in den Monatsheften die „große Differenziertheit in der Konsequenz“⁶⁰¹, was die Anwendung des Ordnungsstrafrechtes anging. Danach wurde von der Befugnis zur Ahndung in den verschiedenen Bezirken der DDR sehr unterschiedlich Gebrauch gemacht. Es soll somit auch Kreise oder Bezirke gegeben haben, in denen von den Kreistierärzten kaum oder keine Ordnungsstrafen ausgesprochen wurden.⁶⁰² Vorgesehen war im Allgemeinen, dass die Misshandlungsfälle von Tieren von der Deutschen Volkspolizei verfolgt werden sollten, wohingegen ordnungswidrige Misshandlungen der landwirtschaftlichen Zucht- und Nutztiere in den Verantwortungsbereich des Kreistierarztes fielen. Straftaten sollten von der Staatsanwaltschaft und den Gerichten geahndet werden.⁶⁰³ Ebenso wie im Strafrechtsbereich war das vordergründige Ziel der Anwendung von Ordnungsstrafbestimmungen die Senkung der Tierverluste und damit Sicherung der Zunahme volkswirtschaftlichen Eigentums und dementsprechende verbesserte Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und Rohstoffen tierischer Herkunft.⁶⁰⁴ Die am häufigsten festgestellten Verstöße waren Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Seuchenprophylaxe und Tierhygiene, Missachtung von Vorschriften beim Tierverkehr, Versäumnisse betreffs der Versorgung von Tieren, also fehlerhafte Fütterung, vernachlässigte Haltung und Pflege sowie Delikte im Bereich der Tierkörperbeseitigung. Auch die Mißhandlung von Tieren kam vor, findet aber in der Aufzählung der häufigsten Verstöße im Bereich Veterinärwesen nur den

⁵⁹⁴ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 116

⁵⁹⁵ GIESE, C. (1950) in: GIESE, C. und KAHLER, W. (Hrsg.) (1937), Das deutsche Tierschutzrecht, S. 13

⁵⁹⁶ GIESE, C. (1950) in: GIESE, C. und KAHLER, W. (Hrsg.) (1937), Das deutsche Tierschutzrecht, S. 14

⁵⁹⁷ GIESE, C. (1950) in: GIESE, C. und KAHLER, W. (Hrsg.) (1937), Das deutsche Tierschutzrecht, S. 14

⁵⁹⁸ GIESE, C. (1950) in: GIESE, C. und KAHLER, W. (Hrsg.) (1937), Das deutsche Tierschutzrecht, S. 16

⁵⁹⁹ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 771; BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, S. 362

⁶⁰⁰ BURCKHARDT, A. (1969), MH 24, Sonderdruck, S. 206

⁶⁰¹ BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, Sonderdruck, S. 363

⁶⁰² BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, Sonderdruck, S. 363

⁶⁰³ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 771

⁶⁰⁴ BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, Sonderdruck, S. 361

letzten Platz.⁶⁰⁵ Tenor der Auflistung festgestellter Verstöße sowie der Begründung einer Notwendigkeit der Bekämpfung und Verhinderung von Vergehen ist die ökonomische Relevanz für das Volk und das sozialistische Eigentum, was die Existenz des ökonomischen Tierschutzes in der DDR unterstreicht.

Abbildung 3: Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten, Auszug⁶⁰⁶

§ 9

Mißhandlung von Tieren

(1) Wer vorsätzlich ein Tier mißhandelt, kann mit einem Verweis oder einer Ordnungsstrafe von 10 bis 300 Mark belegt werden.

Anordnung über die Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene vom 04.07.1973 bzw. 13.08.1973⁶⁰⁷

Ab 1973 entstanden auf Basis dieser genannten Anordnung Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene. Sie konnten laut 'Statut des Beirates der Hauptstadt der DDR- Berlin' vom 23.06.1969 auf der Grundlage des Artikel 15 der Verfassung der DDR zur Erhöhung der Wirksamkeit des Tierschutzes sowie auf Grundlage des Paragraphen 17 der Tierseuchenverordnung vom 11. August 1971⁶⁰⁸ gebildet werden. Die Anordnung wurde als Grundlage für die Aufgaben des Tierschutzes in den privaten Tierhaltungen der Bürger, vor allem in größeren Städten, verstanden.⁶⁰⁹ Die Leiter der Beiräte waren befugt, Ordnungsstrafen auf Basis des Paragraphen 2 des Gesetzes über das Veterinärwesen zu ahnden⁶¹⁰, wohingegen die übrigen Mitglieder nur die Befugnis zur Kontrolle von Tierhaltungen hatten. Die Anordnung beinhaltete nicht die Pflicht zur Bildung dieser Beiräte. Die Institutionen entstanden in manchen Städten der DDR auf Initiative einzelner Engagierter und nur mit Zustimmung des verantwortlichen Kreistierarztes. Entwicklung, Struktur und Aufgaben der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene werden im Teil „Die Organisation des Tierschutzes in der DDR“ detailliert dargestellt (Kapitel 3.3).

Verordnung zum Schutz der Tierbestände vor Tierseuchen, Parasitosen und anderen besonderen Gefahren vom 11.08.1971 (Tierseuchenverordnung)⁶¹¹

Die Verordnung gehörte infolge der Intensivierung der Produktionsmethoden der Landwirtschaft zu den „*Maßnahmen zum Schutz der Volkswirtschaft*“ und sollte die Bestimmungen für die Seuchenbekämpfung sowie das Verhindern von Parasitosen und

⁶⁰⁵ BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, Sonderdruck, S. 361-362

⁶⁰⁶ GBl. Teil II 1968, Nr. 62, S. 359

⁶⁰⁷ GBl. Teil I 1973, Nr. 36, S. 382-384

⁶⁰⁸ GBl. Teil II 1971, Nr. 64, S. 557

⁶⁰⁹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 4

⁶¹⁰ BURCKHARDT, A. und LANGE, M. (1985), MH 40, Sonderdruck, S. 362

⁶¹¹ GBl. Teil II 1971, Nr. 64, S. 557

anderen besonderen Gefahren regeln.⁶¹² Die Bestimmungen sahen vor, dass der Tierarzt die Tierhalter in Fragen des Tierschutzes zu beraten hatte. In erster Linie sollte die Rechtsgrundlage die Versorgung der Bürger sicher stellen: „Die Staatsveterinärkunde (...) erarbeitet die wissenschaftlichen Grundlagen für die Leitung und Planung dieser Prozesse, wobei die Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen, Parasitosen und anderen besonderen Gefahren für die Tierbestände einen besonderen Schwerpunkt darstellen; dienen sie doch dem Schutz eines bedeutenden Teiles des Volksvermögens und einer lebenswichtigen Ressource zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung.“⁶¹³ Leitungs- und Überwachungsaufgaben zur Gewährleistung der Prophylaxe- und Bekämpfungsmaßnahmen wurden von den Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisräte wahrgenommen, die dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft unterstellt waren. Als „andere besondere Gefahren“ wurden beispielsweise „Faktoren, die gleichfalls eine vollkommene oder teilweise, dauernde oder zeitweilige unvorhergesehene Einschränkung der Leistung oder des Gebrauches der Tiere hervorrufen“⁶¹⁴ bezeichnet. Die Verordnung sollte in erster Linie dem Erreichen des Zieles der Seuchenfreiheit auf dem Gebiet der DDR dienen, sowie im Falle eines Ausbruchs der raschen Tilgung der Seuche.⁶¹⁵ Dass auch diese Verordnung den ethischen Tierschutz kaum berücksichtigte, wird deutlich in der Formulierung ihres Zweckes, nämlich der „Erfüllung der Hauptaufgabe zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.“⁶¹⁶

Mit der Tierseuchenverordnung wurde die veterinärhygienische Überwachung des Tierverkehrs geregelt. Konkrete Inhalte lieferte die 4. Durchführungsbestimmung zur Tierseuchenverordnung vom 14.11.1984.⁶¹⁷ Weiterhin wurde am 23.7.1986 die Weisung Nr. 37 zur Tierseuchenverordnung verabschiedet, die die Veterinärbedingungen bei Tiertransporten präziserte. Diese war notwendig geworden, da zwar die klassischen Tierseuchen im Laufe zunehmender Konzentration und Spezialisierung der Landwirtschaft an Bedeutung verloren hatten, die zunehmenden internationalen Kontakte der DDR aber zu einer erhöhten Gefahr der Einschleppung von exotischen Seuchen geführt hatten.⁶¹⁸ Tierhalter, auch im privaten häuslichen Bereich, waren nach der Tierseuchenverordnung verpflichtet, Bedingungen zu schaffen, die die Gesundheit der Tiere sicherte und erhielt. Diese Forderung sollte dem Schutz vor Parasitosen, Zoonosen und Seuchen dienen.⁶¹⁹

Gesetz über die Organisation und Leitung der Tierzucht vom 20.06.1962 (Tierzuchtgesetz)⁶²⁰

Als Abschnitte mit tierschutzrelevanten Inhalten sind insbesondere die Paragraphen 10–14 zu nennen, welche die Rechte und Pflichten der Tierzüchter festlegten. Der sich aus der Präambel ergebende Zweck des Gesetzes war die Schaffung großer Viehbestände, die einer gesteigerten Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft zur Versorgung der DDR-Bevölkerung dienen sollten.⁶²¹

⁶¹² LÖTSCH, D., Schulze, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 174

⁶¹³ LÖTSCH, D., Schulze, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 13

⁶¹⁴ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 411

⁶¹⁵ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. diss. habil., S. 165

⁶¹⁶ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 179

⁶¹⁷ GBl. I 1984, Nr. 37, S. 444

⁶¹⁸ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. diss. habil., S. 167

⁶¹⁹ GBl. II 1971, Nr. 64, S. 557; GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 11

⁶²⁰ GBl. I 1962, Nr. 5, S. 60

⁶²¹ Präambel des Tierzuchtgesetzes vom 20.06.1962

Fachbereichsstandards auf dem Gebiet des Veterinärwesens und der Tierproduktion

Die sogenannten Fachbereichsstandards (TGL)⁶²² regelten die technologischen Mindestanforderungen an die industriemäßige Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel. Sie entsprachen inhaltlich weitgehend den Anforderungen anderer westlicher Länder, so auch der BRD.⁶²³ Neu- und Umbauten von Stallungen sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe hatten sich an den jeweiligen Vorgaben der TGL zu orientieren. Diese wurden von Zeit zu Zeit aktualisiert und dem jeweiligen Entwicklungsstand der Landwirtschaft angepasst. Die TGL beinhalteten unter anderem Tierschutzkriterien, wie beispielsweise umfangreiche und präzisierte Forderungen zur Stallklimagestaltung.⁶²⁴ Als Optimalwerte galten Bedingungen, unter denen die Nutztiere bei dem „geringstem erforderlichen Aufwand an Futter“, gleichzeitig aber minimalen Verlustzahlen maximale Leistungen erbringen konnten.⁶²⁵ Die festgelegten Normen orientierten sich demnach in erster Linie an technologischen und ökonomischen Zielen. Die Fachbereichsstandards waren bis zum 03.10.1990 gültig.⁶²⁶ Den Tierschutz betreffende Auflagen wurden neben den TGL durch die veterinärhygienischen Anforderungen an die industriemäßige Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel festgelegt.⁶²⁷

Rechtliche Bestimmungen zum Schutze der Tiere beim Transport und Handel

Explizite gesetzliche Vorschriften zum Tierschutz gab es in der DDR in diesem Bereich nicht. Die Überwachung des Tierverkehrs hatte dafür zu sorgen, „daß die Gesundheit von Mensch und Tieren nicht gefährdet ist und der Schutz der Tierbestände vor Tierseuchen, Parasitosen und anderen besonderen Gefahren gewährleistet wird“.⁶²⁸ Der Veterinärhygienische Verkehrsüberwachungsdienst⁶²⁹ war eine zentrale Einrichtung, welche dem Ministerium für Verkehrswesen angegliedert war. 1966 wurde dem VHVD zusätzlich zum bahntierärztlichen Dienst die gesamte veterinärhygienische Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs durch die Veterinärmedizinische Grenzüberwachungsverordnung⁶³⁰ übertragen.⁶³¹ Diese Verordnung wurde auf Basis des Gesetzes über das Veterinärwesen vom 20.06.1962 wirksam. Ab diesem Zeitpunkt war der grenzüberschreitende Verkehr gemäß internationalem Recht möglich. Ab 1964 wurde der Seeverkehr, ab 1965 der Luftverkehr, die Binnenschifffahrt und der „volkseigene Kraftverkehr“ mit in das System des VHVD aufgenommen. Die Hauptaufgabe des VHVD war, transportbedingte Verluste von Tieren, von Tieren stammenden Lebensmitteln und Rohstoffen sowie Futtermitteln zu verhindern.⁶³² Die Ein-, Aus-, und Durchfuhr von Tieren fand in Verbindung mit einer Grenzuntersuchung, einer Untersuchung während der Quarantäne und einer Schlussuntersuchung vor

⁶²² TGL: Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen der DDR – entspricht westdeutscher DIN.

⁶²³ Tierschutzbericht (1991), S. 11

⁶²⁴ TGL 29 084 (Tierphysiologische Angaben und Forderungen zur Stallklimagestaltung), Gruppe 23 000

⁶²⁵ TGL 29 084 (Tierphysiologische Angaben und Forderungen zur Stallklimagestaltung), Gruppe 23 000, S. 1

⁶²⁶ PAAR, G. und WEINLICH, P. (1994), Deutsche tierärztliche Wochenschrift 101, S. 118

⁶²⁷ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (1991): Tierschutzbericht (1991), S. 11

⁶²⁸ BURCKHARDT, A., KUPPER, L. und ZINKE, G. (1987), Normen und Erfordernisse der Tierhaltung, S. 19

⁶²⁹ Veterinärhygienischer Verkehrsüberwachungsdienst der DDR = VHVD

⁶³⁰ GBl. Teil II 1966, Nr. 102, S. 659-662 (Verordnung vom 22.09.1966)

⁶³¹ PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens, S. 217

⁶³² PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 16

Quarantäneaufhebung statt. Tiertransporte in die Sowjetunion wurden häufig von Tierärzten des VHVD begleitet.⁶³³ Für die Arbeitspflichten der für die Überwachung zuständigen Veterinäre existierten keine speziellen Rechtsvorschriften. Im Zuge der vor allem nach dem VIII. Parteitag der SED stattfindenden Rechtsreform wurden die vor dem Krieg erlassenen viehseuchengesetzlichen Rechtsgrundlagen annulliert, welche die Überwachung von Viehmärkten und –verladung im Detail geregelt hatten.⁶³⁴ 1985 wurden die `Veterinärhygienische Grenzüberwachungsverordnung` und eine erste Durchführungsbestimmung dazu neu in Kraft gesetzt. Die bis dahin geltende Pflicht zur Überwachung bei der Ausfuhr von Tieren wurde in eine Genehmigungspflicht umgewandelt.⁶³⁵

Tierverkehr innerhalb des Landes war genehmigungspflichtig. Die Genehmigung wurde durch den Kreistierarzt erteilt. Für Viehtransporte war mindestens 28 Tage vor Lieferung eines Tieres ein Veterinärzeugnis beim zuständigen Kreistierarzt zu beantragen. In diesem waren die spezifisch für die Tierart einzuhaltenden Veterinärbedingungen festgelegt. Diese beinhalteten die Anforderungen an die Tiergesundheit sowie die veterinärhygienischen Bedingungen beim Tierverkehr. Für das Verbringen von Tieren innerhalb eines Kreises mussten ein vom zuständigen Tierarzt ausgestelltes Veterinärzeugnis und die Einfuhrgenehmigung vorliegen. Ebenfalls genehmigungspflichtig war die Durchführung von Veranstaltungen, welche mindestens 28 Tage vor geplantem Termin beim Kreistierarzt anzuzeigen waren.⁶³⁶ Neben standardisierten, staatlichen Hygienenormen hatte der Transport von Tieren nach „*innerbetrieblichen Dienstvorschriften*“ zu erfolgen.⁶³⁷ Diese „*eisenbahninternen Dienstvorschriften*“ hatten laut Ministerium für Staatssicherheit ausschließlich „*allgemeinen Charakter*“.⁶³⁸ Die Bezirkstierärzte konnten „Richtlinien zur veterinärhygienischen Sicherung und Kontrolle der Tierverladungen“ entwickeln und deren Durchsetzung erwirken.⁶³⁹ Ein Analogon zur heutigen Tierschutztransportverordnung inklusive strikter tierartspezifischer Regelungen gab es in der DDR nicht. Bei den Bürgern herrschte im Allgemeinen Unklarheit darüber, welche Vorschriften bei der Mitnahme von Tieren in das Ausland vorlagen.⁶⁴⁰ Trotz fehlender gesetzlicher Vorgaben mit Tierschutzrelevanz waren transportbedingte Tierverluste begrenzt, obwohl technische Voraussetzungen vergleichsweise wenig fortschrittlich waren. PRANGE sieht die Ursache dafür in kürzeren Transportstrecken und konsequenter Berücksichtigung bestehender Regelungen. Durch den weitgehenden Verzicht von zuladebedingten Zwischenaufhalten waren die Transportzeiten insgesamt wesentlich kürzer, wodurch ebenfalls eine Minderung der Stressoren gegeben war. Aufgrund dessen hatte die DDR laut PRANGE zum Beispiel im Mastschweinebereich wesentlich weniger Transportverluste zu verzeichnen als die BRD.⁶⁴¹ Schwerpunkt bei der Verhinderung von transportbedingter Tierverlusten lag jedoch eindeutig bei der Seuchenprophylaxe.⁶⁴² Im Bereich von Hunden, Katzen, Heimtieren und Vögeln gab es nur wenige zu beachtende Vorschriften beim Transport, weil der Transport solcher Tiere eine untergeordnete Rolle in der DDR spielte. Die Haltung der kleinen Haus- und Heimtiere nahm im Laufe der Jahre an Bedeutung zu, was sich auch an der Anzahl zoologischer Fachhandlungen niederschlug. So stieg die Zahl der Zoohandlungen in Berlin beispielhaft von

⁶³³ BArch DK 1/ 13835, o.Bl., Schreiben W. HEINICKE an R. WERNICKE vom 19.05.71

⁶³⁴ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 219, Bl. 28

⁶³⁵ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. und BURCKHARDT, A. (Hrsg.) (1986), S. 126

⁶³⁶ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. und BURCKHARDT, A. (Hrsg.) (1986), S. 177-178

⁶³⁷ WERNICKE, R. (1979) in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 869

⁶³⁸ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 219, Bl. 28

⁶³⁹ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 219, Bl. 29

⁶⁴⁰ BArch DK 1/ 13835, o.Bl., Schreiben W. HEINICKE an R. WERNICKE vom 19.05.71

⁶⁴¹ PRANGE, H. (Hrsg.) (2001), Die Steuerung des Veterinärwesens, S. 433

⁶⁴² PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 17

34 im Jahre 1970 auf 49 im Jahre 1978. WUNDERLICH bringt 1980 zum Ausdruck, dass die bis dahin nur auf Stichproben basierenden Kontrollen der Tierhaltungen seitens des Veterinärwesens unzureichend wären und keinen Überblick über die Gesamtsituation in den Tierhaltungen, hier speziell im Stadtbereich Berlin, zuließen. Gleiches galt für den Handel mit kleinen Haus- und Heimtieren, wie der Veterinär feststellt: „*Hier liegt ein noch unzureichend bearbeitetes Betätigungsfeld für das Veterinärwesen und wird in Zukunft Anforderung mit sich bringen.*“⁶⁴³ Bei der Mitführung im Reiseverkehr gab es für Hunde, Katzen und Ziervögel keine Genehmigungspflicht für die Einfuhr oder Durchfuhr. An den Landesgrenzen wurden lediglich Gesundheitszeugnisse für Hunde und Katzen gefordert, die die Tollwutfreiheit belegen sollten.⁶⁴⁴ Lebende Tiere durften in Personenwägen nur mitgenommen werden, wenn es sich um kleine und zahme Tiere handelte, die in geeigneten Behältnissen untergebracht waren. Hunde durften außerhalb von Käfigen mitgeführt werden. Sie mussten angeleint sein und ein Maulkorb musste mitgeführt und bei Bedarf angelegt werden.⁶⁴⁵ Die bestehenden Vorschriften dienten vorrangig der allgemeinen Sicherheit und Ordnung sowie dem Schutz vor übertragbaren Krankheiten, der Tierschutz wurde höchstens am Rande thematisiert.

Gesetzliche Regelungen im Bereich Tierversuche

Diese Vorschriften hatten in der DDR keinen besonderen Stellenwert.⁶⁴⁶ Thematisiert wurden sie in den 1984 vom Rat für Medizinische Wissenschaft des Ministeriums für Gesundheit und Vertretern des Veterinärwesens erarbeiteten 'Empfehlungen zur Wahrnehmung ethischer Grundsätze bei Tierversuchen'⁶⁴⁷, wo sie allenfalls einen Anreiz zur Selbstverpflichtung darstellten.⁶⁴⁸ Einzelne Regelungen zu Tierversuchen gab es im 'Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln' - Arzneimittelgesetz - vom 27.11.1986⁶⁴⁹ sowie in der vierten Durchführungsbestimmung zum Arzneimittelgesetz vom 01.12.1986.⁶⁵⁰ Beide Vorschriften regelten die Prüfung, Zulassung, Kennzeichnung und Anwendung von Arzneimitteln in der Veterinärmedizin. Ebenso beinhaltete die 'Anordnung über die Haltung und veterinärmedizinische Überwachung von Tieren zur Gewinnung, Herstellung oder Prüfung von Arzneimitteln' vom 17.02.1989⁶⁵¹ Grundlagen zum Schwerpunkt Tierversuche. Zur Qualitätssicherung und Gewährleistung eines hohen Gesundheitsstatus der Versuchstiere gab es entsprechende Fachbereichsstandards (TGL), äquivalent zu denen der Nutztierhaltung. Durch das Fehlen der Nachweispflicht betreffs der Unerlässlichkeit der Durchführung eines Tierversuches konnten Tierversuche offenbar in großem Umfang komplikationslos durchgeführt werden. HÄNDEL erwähnte 1990 in der Zeitschrift „Der praktische Tierarzt“, dass die fehlenden Restriktionen in der DDR im Hinblick auf die Durchführung von Tierversuchen besonders westdeutschen Firmen und Wissenschaftlern zugute kamen. Da in der BRD wesentlich strengere Reglements galten, nutzten westdeutsche Wissenschaftler angeblich die lockere Handhabung in der DDR aus und „verlagerten“ die von ihnen geplanten

⁶⁴³ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. diss. habil., S. 225

⁶⁴⁴ SCHRADER, O. und HEINE, W. (1965) in: HUSSEL, L. (Hrsg.) (1965), Tierarzt und Recht in der DDR, S. 143

⁶⁴⁵ SCHRADER, O. und HEINE, W. (1965) in: HUSSEL, L. (Hrsg.) (1965), Tierarzt und Recht in der DDR, S. 145

⁶⁴⁶ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (1991): Tierschutzbericht (1991), S. 12

⁶⁴⁷ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 6

⁶⁴⁸ MÖBIUS, G. (1995), schriftliche Mitteilung an SEIDE, A. vom 08.08.1995

⁶⁴⁹ GBl. Teil I 1986, Nr. 37, S. 473

⁶⁵⁰ GBl. Teil I 1986, Nr. 37, S. 491

⁶⁵¹ GBl. Teil I 1989, Nr. 7, S. 114

Versuche in den ostdeutschen Raum.⁶⁵² Hier war es für sie möglich, Tierversuche mit erheblich geringerem finanziellem und behördlichem Aufwand durchzuführen, für die sie in der BRD eventuell gar keine Genehmigung erhalten hätten.⁶⁵³ Anfragen seitens der BRD, die Versuchstierhaltungen in Augenschein nehmen zu dürfen, wurden von den Verantwortlichen in der DDR stets abgelehnt. Auf westdeutscher Seite vermutete man deshalb horrende Zustände, die die DDR aus Angst vor Devisenverlusten verschleiern wollte.⁶⁵⁴

Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR vom 04.07.1985⁶⁵⁵

Das Gesetz enthielt im Paragraphen 47, Abs. 4 die Festlegung, dass der Rat des Kreises für die Leitung der Maßnahmen des Tierschutzes zuständig wäre. Im Paragraphen 61, Abs. 4 wurde geregelt, dass von den örtlichen Volksvertretungen in Übereinstimmung mit den gültigen Rechtsvorschriften die Stadt- und Gemeindeordnungen beschlossen würden, welche die Rechte und Pflichten der ansässigen Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen sowie der Bürger im Detail festlegten. Die in den Städte- und Gemeindeordnungen fixierten Inhalte enthielten zumeist auch die Normen und Erfordernisse der Tierhaltung und Veterinärhygiene.⁶⁵⁶ Der Paragraph 62 beinhaltete die Befugnis des Bürgermeisters, ohne weitere Rechtsvorschrift bestimmte Auflagen an Bürger und Betriebe zu erteilen, wobei darin auch Belange der Tierhaltung und – hygiene inbegriffen waren.

Zivilgesetzbuch der DDR vom 19.06.1975

Die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches dienten dem Schutz vor Belästigungen, Gefahren und Schäden, die von Tieren und Tierhaltungen ausgehen können. Die vertragsmäßige Nutzung von Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen schloss die Erlaubnis zur Tierhaltung in zumutbaren Grenzen mit ein. Präzisere Angaben wurden in der `Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes` gemacht.

Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes⁶⁵⁷

In der Durchführungsbestimmung zu dieser Verordnung⁶⁵⁸ wurde die Haltung von Haustieren in Mietobjekten geregelt. Mietern war die Tierhaltung gestattet, solange davon keine Belästigungen für die Mitmieter entstanden und die Grundprinzipien der Hygiene und Sauberkeit eingehalten wurden. Damit waren in Mietverträgen festgelegte Einschränkungen wie das Untersagen der Tierhaltung rechtsunwirksam, solange die Tierhaltung in „zumutbaren Grenzen“ stattfand.⁶⁵⁹

⁶⁵² HÄNDEL, U. M. (1990), Der praktische Tierarzt 71, S. 49

⁶⁵³ Einen Hinweis dafür macht auch BURCKHARDT, A. (1989) in seiner vergleichenden Analyse der Tierschutzgesetzgebung europäischer Länder auf S. 9, wobei er ohne die Benennung spezieller Länder allgemein bemerkt, dass Arzneimittelhersteller eine Verlagerung der Tierversuche in Länder mit weniger strengen Vorschriften tätigen.

⁶⁵⁴ HÄNDEL, U. M. (1990), Der praktische Tierarzt 71, S. 49

⁶⁵⁵ GBl. Teil I 1989, Nr. 18, S. 213

⁶⁵⁶ BURCKHARDT, A., KUPPER, L. und ZINKE, G. (1987), Normen und Erfordernisse der Tierhaltung, S. 5

⁶⁵⁷ GBl. Teil II 1967, Nr. 105, S. 733

⁶⁵⁸ Erste Durchführungsbestimmung: GBl. Teil II 1967, Nr. 105, S. 739-744

⁶⁵⁹ BURCKHARDT, A., KUPPER, L. und ZINKE, G. (1987), Normen und Erfordernisse der Tierhaltung, S. 25

Verordnung über die staatliche Hygieneinspektion⁶⁶⁰

Nicht selten kam es innerhalb der Nachbarschaft durch die Tierhaltung zu Streitfragen. Diese entstanden vermutlich auch deshalb, weil die vorab erwähnten „zumutbaren Grenzen“ der Tierhaltung von Bewohnern unterschiedlich interpretiert wurden. Die Gerichte sollten für Streitigkeiten zwischen Bürgern möglichst wenig in Anspruch genommen werden. Stattdessen gab es die Möglichkeit, eine schriftliche Stellungnahme an die Kreishygieneinspektion zu senden, welche dann vor Ort die Streitfrage entschied. Für beide Parteien war dies kostenlos. Voraussetzung dafür war jedoch, dass Auflagen, die im Zuge der Entscheidung vom Inspekteur festgelegt wurden, erfüllt wurden. Diese bestanden beispielsweise in einer Einschränkung oder gar Einstellung der Tierhaltung. Bei Nichterfüllung der Auflagen konnten laut Paragraph 9 der Verordnung Ordnungsstrafen bis zu 1000 Mark festgelegt werden.⁶⁶¹

Jagdgesetz⁶⁶²

Dem Jagdwesen der DDR lag das ‚Gesetz zur Regelung des Jagdwesens‘ vom 25. November 1953 zugrunde.⁶⁶³ Im Jagdgesetz wurde die Aufteilung „jagdbare“ und „nichtjagdbare“ Tiere vorgenommen. Die als Volkseigentum geltenden jagdbaren Tiere durften nur von Bürgern mit einer entsprechenden Jagderlaubnis gefangen, erlegt oder in Besitz genommen werden. Somit war es nur erlaubt, jagdbare Tiere von Grundstücken zu verscheuchen, nicht aber zu fangen oder zu erlegen.⁶⁶⁴ Eine Ausnahme davon stellte jedoch die im Paragraphen 26, Absatz 2 aufgeführte Gestattungsregel⁶⁶⁵ dar, nach der Wildkaninchen, Marder, Minke, Hermeline, Iltisse, Füchse, Marderhunde, Waschbären, Krähen, Elstern, Eichelhäher und jagdbare Möwen, die sich auf eingezäunten Grundstücken befanden, genehmigungsfrei gefangen und getötet werden durften beziehungsweise deren Nester und Bauten zerstört werden durften.⁶⁶⁶ Mutterlose junge oder verletzte jagdbare Tiere durften nur mit einer Genehmigung der Jagdbehörde zeitweise aufgenommen und gepflegt werden, bevor sie wieder ausgewildert werden mussten. Die nicht im Jagdgesetz und der Durchführungsbestimmung sowie Ausnahmeregelungen aufgeführten freilebenden Tiere galten als nichtjagdbare Tiere, welche von jedem Bürger der DDR gefangen und gehalten werden durften. Laut Paragraph 5, Abs. 3b Jagdgesetz durften streunende Hunde und Katzen, die sich weiter als 200 Meter von Wohngebieten entfernten und in einem Jagdgebiet aufhielten, von Förstern und Jägern ganzjährig getötet werden.⁶⁶⁷ Jagdbare Tiere durften von Befugten nur innerhalb der spezifischen Jagdzeiten geschossen werden.

⁶⁶⁰ GBl. Teil I 1975, Nr. 2, S. 17-21

⁶⁶¹ GBl. Teil I 1976, Nr. 2, S. 17; GRABS, J. (1985), S. 16

⁶⁶² GBl. Teil I 1953, Nr. 125, S. 1175-1179

⁶⁶³ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 734

⁶⁶⁴ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 39; GBl. Teil I 1984, Nr. 18, S. 217

⁶⁶⁵ Gestattungsregel bedeutet, dass keine Verpflichtung zu genannten Handlungen besteht.

⁶⁶⁶ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 40

⁶⁶⁷ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 54

Naturschutzverordnung⁶⁶⁸

Das Naturschutzgesetz (Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur) der DDR wurde 1954 als Nachfolger des Reichsnaturschutzgesetzes verabschiedet.⁶⁶⁹ 1955 folgte die 'Erste Durchführungsverordnung zum Naturschutzgesetz mit Kennzeichnung der vom Aussterben bedrohten Tiere'. Weiterhin wurden 1954 die 'Anordnung zum Schutz nichtjagdbarer, wildlebender Tiere mit Ausnahme der Vögel' und die 'Anordnung zum Schutz nichtjagdbarer, wildlebender Vögel' erlassen. 1968 wurde der Naturschutz als Staats- und Bürgeraufgabe in die Verfassung der DDR aufgenommen. Das 1970 erlassene Landeskulturgesetz 'Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR' trat für das Naturschutzgesetz von 1954 in Kraft und bestand neben dem Rahmengesetz aus vier Durchführungsverordnungen.⁶⁷⁰ Eine dieser Verordnungen war die 'Verordnung zum Schutz und zur Pflege der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten', die Naturschutzverordnung.⁶⁷¹ In dieser Verordnung und ihrer ersten Durchführungsbestimmung, der Artenschutzbestimmung, wurden Ausnahmeregelungen für die Tiere aufgeführt, die besonderen Schutz benötigten. Dies waren nichtjagdbare Tiere, welche vom Aussterben bedroht waren oder besonderen Nutzen für die Volkswirtschaft hatten. Solche Tiere, zum Beispiel Igel, Lurche, Fledermäuse, seltene Süßwasserfischarten, Käfer und andere, durften nicht gefangen, beunruhigt oder gar getötet werden. Die für freilebende Tiere geltenden Rechtsvorschriften stellten nur Grundlagen dar, von denen in bestimmten Fällen abgewichen werden konnte. Das unerwünschte Nisten mancher Vögel in Wohnungsnähe durfte so beispielsweise ohne weiteres durch Nestzerstörung verhindert werden.⁶⁷² Weiterhin regelte die Naturschutzverordnung den Schutz volkswirtschaftlich oder kulturell wertvoller Insekten.⁶⁷³ Im Paragraphen 14, Abs. 5 wurde festgelegt, dass Katzenhalter dafür sorgen mussten, dass ihre Tiere in der Brutzeit vom 15. März bis 31. Juli keine Vögel jagen. Grundstücksbesitzer beziehungsweise Nutzungsberechtigte durften während dieses Zeitraumes Katzen fangen, die sich auf ihrem Grundstück befanden, ohne sie dabei zu verletzen. Anschließend mussten die Katzen ihrem Besitzer zurückgegeben werden. Jedoch war es erlaubt, die Katzen schmerzlos zu töten, wenn der Besitzer unbekannt war.⁶⁷⁴ Wie genau das zu erfolgen hatte, war nicht aufgeführt. Im Kulturbund der DDR wurde 1980 die 'Gesellschaft für Umwelt und Natur' gegründet. Die 1970 erlassene Naturschutzverordnung wurde 1989 durch ihre neue Version 'Schutz und Pflege der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten' ersetzt, bevor ab 1990 das Bundesnaturschutzgesetz für das Gebiet der DDR in Kraft trat.

Deutsche Bauordnung vom 02.10.1958

Auch in der Deutschen Bauordnung gab es einzelne Festlegungen, die den Tierschutz im Hinblick auf die Haltung von Nutztieren zumindest am Rande beinhalteten. Diese waren ausschließlich verallgemeinernd formuliert. So hieß es im Paragraphen 395 dieser

⁶⁶⁸ GBl. II 1970 Nr. 46 S. 331

⁶⁶⁹ GBl. I 1954 S. 695

⁶⁷⁰ <http://www.stadt-brandenburg.de/fileadmin/pdf/63/Naturschutz/Naturschutz-DDR.pdf>

⁶⁷¹ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 314

⁶⁷² GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 43

⁶⁷³ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 44

⁶⁷⁴ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 56

Rechtsvorschrift: „Stallbauten müssen eine gesunde Tierhaltung gewährleisten.“ Der Paragraph 396 legte fest: „Stallbauten sind ausreichend zu be- und entlüften.“⁶⁷⁵

3.2.3 Entwicklung der Tierschutzgesetzgebung der DDR

Die rechtliche Stellung des Tieres wurde durch ökonomische Gesichtspunkte und philosophische Sichtweisen der Gesellschaft in Bezug auf die Kreatur geprägt. Definiert wurde der Tierschutz folgendermaßen: „Tierschutz ist ein sich aus den jeweils herrschenden moralischen Anschauungen und dem Stand der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft (deren Entwicklung wiederum in den politisch-ökonomischen Grundlagen der jeweiligen Gesellschaftsordnung begründet ist) sowie aus dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen ergebendes Bestreben der Gesellschaft, Tiere im Rahmen der gesellschaftlichen Notwendigkeit und Möglichkeiten entsprechend ihren biologischen Möglichkeiten sachkundig zu behandeln und sie vor unsachgemäßer Behandlung zu bewahren. Dieses Bestreben wird gesetzlich fixiert und in der Praxis verwirklicht.“⁶⁷⁶ Auch für die Realisierung dieses Vorhabens wurden Definitionen formuliert: „Verwirklichung [von Tierhygiene und Tierschutz] heißt materielle und finanzielle Absicherung, bedeutet aufklären und qualifizieren, verlangt Durchsetzung von Tierhygiene und Tierschutz mit Hilfe moralischer und ökonomischer Stimuli sowie notfalls bei Versagen aller anderen Mittel Einsatz staatlichen Zwangs, arbeitsrechtlicher Verantwortlichkeit und strafrechtlicher Sanktionen.“⁶⁷⁷ Die zahlreichen Gesetze und Verordnungen der DDR, die die Themen Tierhygiene und Tierschutz tangierten, wurden aus sozialistischer Sichtweise so begründet, dass derjenige die Verantwortung für die Lebensbedingungen des Tieres besaß, der mit ihm umging beziehungsweise der Besitzer oder Eigentümer des Tieres. Die politisch-ökonomischen Prinzipien des Sozialismus waren völlig andere als die des Nationalsozialismus, auf dessen Grundlage das Reichstierschutzgesetz verabschiedet wurde. Deshalb wurde dieses um zahlreiche rechtliche Bestimmungen ergänzt, die der sozialistischen Gesellschaftsordnung und den Produktionsverhältnissen der DDR entsprachen. Diese ergänzenden Vorschriften wurden in die Fachbereiche Tierhygiene, Tierernährung und Naturschutz integriert.⁶⁷⁸ Jenen jeweils auf bestimmte begrenzte Bereiche gemündeten Regelungen fehlte der einheitliche, zusammenhängende und verbindliche Charakter, was durchaus offiziell in Fachzeitschriften kritisiert wurde. Man war sich der dadurch entstehenden „Gefahr der unübersichtlichen Zersplitterung“ bewusst.⁶⁷⁹ In der Hauptabteilung Veterinärwesen des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten wurde wiederholt kritisiert, dass eine durchgängige, präzise Rechtsgrundlage, auf die man sich im Ernstfall berufen konnte, fehlte.⁶⁸⁰ Eine katalogisierte Auflistung der Sachverhalte, die als Verstöße gegen den sozialistischen Tierschutz galten, existierte nicht.⁶⁸¹ Die Idee, diese Schwachpunkte durch Schaffung einer neuen gesetzlichen Grundlage zu beheben, bestand somit offensichtlich schon in den sechziger Jahren. Dies wollte man beispielsweise durch eine an das Gesetz über

⁶⁷⁵ MOTHES, E. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 299

⁶⁷⁶ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 764

⁶⁷⁷ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 767

⁶⁷⁸ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 766

⁶⁷⁹ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 767

⁶⁸⁰ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

⁶⁸¹ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 771

das Veterinärwesen angelehnte 'Durchführungsverordnung über den vorbeugenden Tiergesundheitsschutz', die in den sechziger Jahren diskutiert wurde, realisieren.⁶⁸² Explizit wurde darauf hingewiesen, dass eine Reformierung der Tierschutzgesetzgebung nicht gleichgesetzt werden dürfe mit einer Zusammenfassung der bereits bestehenden zahlreichen Einzelregelungen. Vielmehr sollte eine neue Rechtsvorschrift geschaffen werden, die dem neuesten Stand der Wissenschaft und den gesellschaftlichen Idealen der Zeit gerecht werden konnte. Spezifiziert werden sollten sie dann durch entsprechende Anordnungen und Durchführungsbestimmungen des jeweiligen Fachbereiches.⁶⁸³ Vorgesehene inhaltliche Schwerpunkte waren unter anderem die Grundnormen für Haltung, Pflege, Fütterung und Transport von Tieren, welche ebenso wie die eigentliche Bezeichnung dieser fiktiven Verordnung den wiederholt betonten Zweck einer derartigen gesetzlichen Umstrukturierung offenlegten, nämlich die Optimierung der Produktion und die Stärkung des sozialistischen Staates. Die somit bereits 1968 in Fachkreisen diskutierte Frage der Notwendigkeit einer Reformierung der Tierschutzgesetzgebung ging in Form eines von der Öffentlichkeit ferngehaltenen Prozesses weiter, der sich jahrelang fortsetzte. Auch Fachleute des Ministeriums, zum Beispiel Helmut SCHWEDLER, Leiter des Veterinärwesens im Ministerium für Land-, Forst-, und Nahrungsgüterwirtschaft, regte jahrzehntelang immer wieder an, eine neue Rechtsgrundlage für den Tierschutz zu schaffen.⁶⁸⁴ Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass die Verhandlungen bezüglich einer Gesetzesnovelle für den Tierschutz in der benachbarten Bundesrepublik über viele Jahre ähnlich zäh verliefen, dies jedoch öffentlich diskutiert wurde. Barbara SCHRÖDER diskutiert diese Entwicklung in ihrer Dissertationsschrift und kritisiert mehrfach die über 15 Jahre dauernden Debatten, ohne dass maßgebliche Fortschritte zu verzeichnen waren.⁶⁸⁵ Die fehlende Initiative der Regierung beider Staaten, das Reichstierschutzgesetz durch eine Gesetzesnovelle zu ersetzen ist zugleich Beweis dafür, dass diese Hinhaltetaktik nicht ausschließlich ein Werkzeug der SED-Politik war. In der BRD wurde schließlich am 24.7.1972 ein neues Tierschutzgesetz verabschiedet. Dabei blieb der Einfluss der bundesdeutschen Tierschutzvereine, die sich über viele Jahre vehement für ein neues Tierschutzgesetz eingesetzt hatten, nicht ohne Wirkung.⁶⁸⁶ In der DDR änderte sich hingegen bis zum Ende wenig an der Strategie der Staatsführung. Bis zur Wende wurden zahlreiche Verhandlungen geführt. Über den Stand dieser Debatten wurden die Initiatoren selten informiert, bis nach meist einer längeren Zeit die Information „von oben“ kam, dass auch dieses Mal wieder keine Veranlassung für die Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage bestünde. Über die Gründe für diese Entscheidung wurden die Mitarbeiter der Abteilung Veterinärwesen nicht oder nur vage informiert. Es war laut Ingrid BEHRENDT ein ungeschriebenes Gesetz für die Bediensteten des Ministeriums, diese Entscheidung nicht in Frage zu stellen beziehungsweise eine Begründung einzufordern.⁶⁸⁷ Ein Argument aus heutiger Sicht für diese schleppende Entwicklung war die damals bestehende Befürchtung, Tierschutzaktivisten könnten sich aufgrund neuer Regelungen in die Belange landwirtschaftlicher Betriebe einmischen und so den Produktionsablauf nachhaltig stören.⁶⁸⁸ Vor allem aber war man der Meinung, die bestehenden Rechtsgrundlagen - hier sind hauptsächlich veterinärhygienische Normen und Erfordernisse und die Fachbereichsstandards zu nennen - seien völlig ausreichend, um den Tierschutz zu gewährleisten. BEHRENDT erwähnt, dass diese Entscheidung nicht selten von Personen getroffen wurde, die nicht vom

⁶⁸² BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 768

⁶⁸³ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 767- 768

⁶⁸⁴ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

⁶⁸⁵ SCHRÖDER, B. (1970), Vet. med. Diss. Berlin, S. 32, 40

⁶⁸⁶ SCHRÖDER, B. (1970), Vet. Med. Diss. Berlin, S. 40

⁶⁸⁷ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

⁶⁸⁸ BURCKHARDT, A. (2010), Schriftliche Mitteilung vom 04.12.2010

Fach Veterinärmedizin waren.⁶⁸⁹ Die tierschutzrelevanten Rechtsvorschriften wurden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert, so dass sie den wenigsten Bürgern bekannt waren. Starke Defizite juristischer Kenntnisse in Tierschutzfragen waren selbst beim Fachpersonal der diversen Einrichtungen des Veterinärwesens vorhanden.⁶⁹⁰ Die Kenntnis über gesetzliche Grundlagen und deren Anwendung wurde landesweit nicht einheitlich gehandhabt. Das Beispiel Dresden zeigt eine Region, wo die Tierschutzarbeit laut Zeitzeugenaussage effektiv durchgeführt werden konnte. Die ehemalige Tierschutzbeauftragte der Stadt Dresden Annelies KRAUSS schildert, dass man sich hier beim Durchsetzen von Sanktionen, Erteilen von Auflagen etc. auf das Reichstierschutzgesetz berief. Ergänzend dazu wurde das Gesetz über das Veterinärwesen hinzugezogen. Die Zusammenarbeit zwischen den Tierschutzverantwortlichen und der Polizei beziehungsweise Vollzugsbeamten funktionierte nach Angaben der Zeitzeugin gut. Ihren Erlebnissen zufolge stand bei staatlichen Tierschutzkontrollen bei Bedarf polizeiliche Unterstützung zur Verfügung. Um Tierschutzbelange durchzusetzen, wurde teilweise die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Ob dies von Erfolg gekrönt war, hing laut KRAUSS von einer guten Kooperation mit dem Staatsanwalt ab - vorausgesetzt ein entsprechendes Interesse am Tierschutz von Seiten der Justiz war vorhanden.⁶⁹¹

Es waren in erster Linie die Tierärzte, denen man die Kontrolle der Einhaltung der Normen aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation zusprach. Im landwirtschaftlichen Sektor sah man die Notwendigkeit neuer Regelungen der Tierschutzgesetzgebung auch deshalb für nicht zwingend notwendig an. 1979 wurden dem Ministerium für Land-, Forst-, und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR die von Fachleuten entwickelten „Konzeptionellen Vorstellungen zur Erarbeitung einer Rechtsvorschrift auf dem Gebiet Tierhygiene und Tierschutz“ vorgelegt, die akzeptiert wurden.⁶⁹² Im darauffolgenden Jahr erging der Auftrag des Ministeriums für Land-, Forst-, und Nahrungsgüterwirtschaft an den Fachbereich Staatsveterinärkunde der Karl-Marx-Universität Leipzig, die Inhalte für eine neue Verordnung zu entwerfen. Eine Gruppe von Fachleuten, bestehend aus Bezirkstierärzten, Praktikern, Spezialisten aus der Landwirtschaft und Mitarbeitern des Ministeriums, Sektor Veterinärwesen, entwickelten das geforderte Konzept.⁶⁹³ 1981 lag der erste Entwurf vor. Erst 1986 wurde der Erlass einer solchen Verordnung seitens der Regierung mit in die Planung der Gesetzgebung aufgenommen, welcher bis 1990 realisiert werden sollte. 1989 entschied die Regierung, der neu zu erlassenden Regelung Gesetzesrang zu verschaffen.⁶⁹⁴ Das Konzept dieser Gesetzesnovelle mit diversen Auflagen, welches ausgewählten Personen in der DDR zeitnah vorlag, war an der weiteren Entwicklung einer neuen Tierschutzgesetzgebung nicht unbeteiligt.⁶⁹⁵ Es gab mehrere Gründe für die nun scheinbar ernsthaft in Erwägung gezogene Verabschiedung einer neuen rechtlichen Grundlage für den Tierschutz. In erster Linie war es wohl überfällig, das formal noch geltende Reichstierschutzgesetz mit seinem nationalsozialistischen Hintergrund durch eine zeitgemäße Novelle zu ersetzen. Weiterhin soll die seit den siebziger Jahren bestehende Umweltbewegung der Bundesrepublik zunehmend auch die DDR-Jugend beeinflusst haben, wobei auch Tierschutzthemen in den Fokus des Interesses rückten. Nicht ohne Bedeutung für die Entscheidung zur Novellierung war vermutlich die Existenz von Tierschutzgesetzen in den Nachbarländern der DDR. In der BRD gab es beispielsweise bereits seit 1972 ein eigenes Tierschutzgesetz, in der Schweiz seit 1978.

⁶⁸⁹ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

⁶⁹⁰ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14

⁶⁹¹ KRAUSS, A. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

⁶⁹² BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14

⁶⁹³ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

⁶⁹⁴ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14

⁶⁹⁵ HÄNDEL, U. M. (1990), Der praktische Tierarzt 71, S. 49-50

Laut Wilfried HEINECKE waren auch die in den achtziger Jahren zunehmenden Proteste des Personals in Anlagen der industriellen Tierproduktion eine Motivation für die Verabschiedung eines neuen Gesetzes, welches damit angeblich vorrangig „Ventilfunktion“ erfüllen sollte.⁶⁹⁶ Durch zusätzlichen Druck von außen - Tierschutz war mittlerweile ein international lebhaft diskutiertes Thema - sowie innenpolitischer Forderungen nach Umgestaltungen wurde entschieden, die geplante neue Verordnung in Form eines neuen, höherrangigen Gesetzes zu verabschieden.⁶⁹⁷ BURCKHARDT formulierte in den Konzepten für die Novellierung der Tierschutzgesetzgebung als Begründung: *„Die Zeit ist herangereift, eine rechtliche Regelung von höchstem normativen Rang mit einer Folgegesetzgebung zu schaffen, die alle Seiten des Tierschutzes komplex und in sich geschlossen auf dem neuesten internationalen Stand umfaßt.“*⁶⁹⁸ Ein nicht unwesentlicher Faktor, der die Weiterentwicklung der Bestimmungen des Tierschutzes in den späten achtziger Jahren unumgänglich machte, waren die ökonomischen Zwänge für die DDR. Als wichtiges Exportland für tierische Produkte und Rohstoffe musste die DDR sich an den internationalen Standards orientieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Da sich deshalb „nationale Alleingänge“ kontraproduktiv auswirken würden, sollte nun ein Gesetz entstehen, welches den Anforderungen international entsprach.⁶⁹⁹ Die Weisung dazu erging 1985 an die Mitarbeiter des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Die Verabschiedung von Rechtsgrundlagen in der DDR war so geregelt, dass für ein Gesetz die Zustimmung des Ministerrates nötig war, eine Verordnung konnte vom jeweiligen Minister selbst verabschiedet werden und Anordnungen bedurften der Zustimmung des Leiters der Hauptabteilung Veterinärwesen im Ministerium. Ab 1986 begann die Erarbeitung des neuen Tierschutzgesetzes inklusive entsprechender Durchführungsverordnung sowie gesonderten gesetzlichen Regelungen hinsichtlich Schlachtung, Tiertransport und Tierversuchen.⁷⁰⁰ Die von den Verantwortlichen zusammengetragenen Gründe für die Notwendigkeit eines neuen Tierschutzgesetzes waren vielfältig. BURCKHARDT führte auf, dass die Vielzahl von Einzelregelungen, die den Tierschutz betrafen, der Mehrheit der Bürger nur vereinzelt bekannt war. Dadurch sei vermittelt worden, *„daß es in der DDR keine Tierschutzgesetzgebung und keinen Tierschutz gäbe.“*⁷⁰¹ Diese Einschätzung soll selbst in landwirtschaftlichen Betrieben und unter den Mitarbeitern des Veterinärwesens bestanden haben. Daraus ergaben sich laut BURCKHARDT auch Mängel in Beratungs- und Aufklärungsaufgaben, *„manche den Tierschutz betreffende Fragen der Bürger wurden nicht oder nur ausweichend beantwortet.“*⁷⁰²

Die Fassungen des neuen Tierschutzgesetzes unterlagen, wie alle anderen Gesetzesentwürfe in der DDR auch, strengster Geheimhaltung, allerdings waren sie ca. 200 Personen zumindest in Teilen bekannt.⁷⁰³ Bei der Konzeption des neuen Tierschutzgesetzes wurde eine Ausnahme gemacht, um die verschiedenen und zum Teil sehr speziellen Regelungen zu bearbeiten. So wurden Spezialisten der unterschiedlichen Fachbereiche zu Rate gezogen und diesen Personen der jeweilige Teil des Gesetzes, sobald der Entwurf fertiggestellt war, zur Überarbeitung zugesendet. Der engere Personenkreis, welcher sich mit dem Konzept des neuen Gesetzes beschäftigte, bestand aus ca. 30 Personen. Die zusätzlich hinzugezogenen

⁶⁹⁶ BARANSKE, H. (1995), persönliche Mitteilung von HEINICKE, W. in: Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 67

⁶⁹⁷ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 14

⁶⁹⁸ BURCKHARDT, A. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 6

⁶⁹⁹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 10

⁷⁰⁰ BEHRENDT, I., Persönliche Mitteilung an BUSCH, B. (1994)

⁷⁰¹ BURCKHARDT, A. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 6

⁷⁰² BURCKHARDT, A. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 6

⁷⁰³ BURCKHARDT, A. (1990), Der praktische Tierarzt 11, S. 12- 15

Spezialisten beliefen sich nochmals auf mehr als 100 Personen.⁷⁰⁴ Das neue Gesetz sollte vor allem Regelungen über die Grundsätze tierschutzgerechten Verhaltens, Haltungsanforderungen, Eingriffe an Tieren, Schlachten und Töten von Tieren, Transport von Tieren, Tierversuche, die Organisation des Tierschutzes, Maßnahmen des Vollzugs sowie Beschwerderegulungen beinhalten.⁷⁰⁵ So wurde der Entwurf dieses Gesetzes im Oktober 1989 den Vertretern der Volkskammer und dem Ministerrat vorgelegt. Die offiziellen Verhandlungen dafür waren für November/Dezember selben Jahres geplant, wozu es aufgrund der politischen Veränderungen jedoch nicht mehr kam. Laut Artikel 8 des Einigungsvertrages wurde das gesamte die Tierhaltung, die Bodennutzung und das Veterinärrecht betreffende Bundesrecht auf das Gebiet der DDR übertragen, womit auch das Tierschutzgesetz betroffen war.⁷⁰⁶ Bis es dazu kam, rückte die Diskussion um den Tierschutz allerdings in den Hintergrund, da dieser aufgrund der politischen Unruhen rund um den Mauerfall vorerst wenig Bedeutung hatte. Die westdeutsche Zeitschrift „Der praktische Tierarzt“ veröffentlichte Anfang des Jahres 1990 einen Appell an die Volkskammer der noch bestehenden DDR, auch in Tierschutzfragen am gesamtdeutschen Fortschritt mitzuwirken und im Eilverfahren ein neues Tierschutzgesetz zu verabschieden: *„Bei allem Verständnis für den Vorrang anderer Probleme dürfe die Entwicklung zur deutschen Einheit nicht dazu führen, daß Tiere und Tierfreunde in der DDR während der Übergangszeit völlig rechtlos bleiben.“*⁷⁰⁷ Der diese Forderung formulierende damalige Tierschutzbeauftragte Hessens Ilja WEISS hatte die DDR im Vorfeld als „Entwicklungsland“ in Tierschutzfragen bezeichnet und festgestellt, dass ethischer Tierschutz hier offenbar keine Rolle spielte.⁷⁰⁸ An anderer Stelle dieser Zeitschrift wurde die Befürchtung geäußert, die deutsch-deutsche Annäherung könnte die gerade mühevoll erkämpfte Erhöhung des Stellenwertes des Tierschutzes in der BRD gefährden. Dabei mutmaßte man, dass bei Übernahme der Belegschaft des Landwirtschaftsministeriums der DDR nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen die ökonomischen Gesichtspunkte Priorität zu Ungunsten des Tierschutzes gewinnen könnten, auch weil sich das Bonner Landwirtschaftsministerium laut Auffassung mancher Fachleute nicht engagiert genug für den Tierschutz einsetzen würde.⁷⁰⁹ Als dann 1990 beratschlagt wurde, wie beide Tierschutzgesetze in ein gesamtdeutsches Tierschutzgesetz integriert werden können, lagen erstmals beide Entwürfe nebeneinander vor. Ingrid BEHRENDT, die als Mitarbeiterin in der Abteilung Veterinärwesen des Ministeriums für die Koordination des Projektes ‚Neufassung eines DDR-Tierschutzgesetzes‘ zuständig war, bekam 1990 erstmalig in das Tierschutzgesetz der BRD Einblick. Überrascht musste sie feststellen, dass die beiden Gesetze inhaltlich in den meisten Punkten völlig konform gingen, allenfalls der Aufbau unterschied sich maßgebend.⁷¹⁰

Interessant ist der Vergleich der Entwürfe der nie verabschiedeten Tierschutzverordnung von 1981 und der Rohfassung des Tierschutzgesetzes von 1989, welches durch die politische Wende ebenfalls nie Gültigkeit erlangte. Schon im Bereich Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich wurden im Entwurf des Tierschutzgesetzes weitaus detailliertere und umfassendere Definitionen erstellt. Während die Verordnung nur Tierquälerei und Tiermisshandlungen thematisieren sollte, wurden im Gesetzesentwurf Grundregeln tierschutzgerechten Verhaltens unter dem Grundsatz des Vermeidens von Schmerzen und

⁷⁰⁴ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

⁷⁰⁵ BURCKHARDT, A. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 7

⁷⁰⁶ Anonym (1990 b), Der praktische Tierarzt 71, S. 113

⁷⁰⁷ Anonym (1990 a), Der praktische Tierarzt 71, S. 89

⁷⁰⁸ Zitat des Hessischen Tierschutzbeauftragten WEISS, I. in: Anonym (1990 a), Der praktische Tierarzt 71, S. 89

⁷⁰⁹ HÄNDEL, U. M. (1990), Der praktische Tierarzt 71, S. 50

⁷¹⁰ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

Schäden formuliert. Hier wurde nicht mehr unterschieden zwischen Tiermisshandlung und Tierquälerei. Der Katalog der Verbote wurde von vier im Entwurf der Verordnung auf siebzehn Punkte im geplanten Gesetz erweitert. Während die entworfene Verordnung nur genehmigungspflichtige Tierhaltungen fokussierte, nicht aber Haltungsbedingungen an sich, waren im Gesetzesentwurf schon einzelne Paragraphen nur für die Voraussetzungen der Tierunterkünfte und Stalleinrichtungen vorgesehen.⁷¹¹ Auch die Forderung nach Sachkunde für das Töten von Tieren⁷¹² war hier vorhanden, in der Verordnung war diese nicht vorgesehen, hier wurden nur Kenntnisse und Fähigkeiten ohne Nachweispflicht vorausgesetzt.⁷¹³

Töten und Schlachten durften laut Verordnungsentwurf mit „nicht mehr als vermeidbaren Schmerzen“⁷¹⁴ durchgeführt werden und die Betäubung wurde für Säugetiere vorgeschrieben. Laut Gesetzesentwurf musste das Töten und Schlachten schmerzlos erfolgen und neben Säugetieren mussten nun auch Vögel vorher betäubt werden.⁷¹⁵ Bei Eingriffen an Tieren waren laut Entwurf der Verordnung keine Einschränkungen der Person, die den Eingriff durchführen wollte, vorgesehen, während im Gesetzesentwurf Betäubung und Sachkunde grundsätzlich vorausgesetzt wurden.

Tierversuche unterlagen im Verordnungsentwurf nur der Genehmigungspflicht, laut geplantem Gesetz durfte nur ein Tierversuch stattfinden, wenn keine andere Methode verfügbar war. Weiterhin musste das am niedrigsten entwickelte Tier, das möglich war, zum Versuchszweck verwendet werden. Es war eine Nachweispflicht über die Notwendigkeit, Art und Umfang des Tierversuchs vorgesehen. Außerdem mussten mehrere Voraussetzungen erfüllt sein, damit der Versuch überhaupt zulässig war. Es wurde zusätzlich eine separate Durchführungsverordnung nur für Tierversuche entwickelt.

Die Aus- und Weiterbildung sollte laut Gesetz explizit das Fach Tierschutz beinhalten beziehungsweise Grundkenntnisse im Tierschutz vermitteln, in der Verordnung war dies nicht vorgesehen. Ein weiterer Punkt sind die Veränderungen der Sichtweise auf Strafbestimmungen im Vergleich. Während im Entwurf der Verordnung nur Geldstrafe vorgesehen war, wurde dies im Gesetzesentwurf ausgedehnt auf möglichen Tadel, Bewährung oder gar Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr.

Zwischen der Entwicklung der beiden Entwürfe liegen rund 8 Jahre. Anhand der Darstellung der Unterschiede zwischen beiden Konzepten wird die sich abzeichnende Entwicklung des Tierschutzes deutlich. Der Gesetzesentwurf tendiert klar in Richtung europäischer Standards und ist im Vergleich zum Verordnungsentwurf zeitgemäßer. Beim Entwurf des neuen Gesetzes strebte man die Objektivierbarkeit aller festgelegten Rechtsbegriffe an. Von Termini wie beispielsweise „Wohlbefinden“, „Leiden“, „artgemäß“ oder „verhaltensgerecht“⁷¹⁶, wie sie im Gesetz der BRD Verwendung fanden, wurde bewusst Abstand genommen. Diese das Tier als Mitgeschöpf positionierenden Begriffe wurde von den die Novelle entwickelnden Personen als „*unbestimmte und schwer objektivierbare Rechtsbegriffe*“ beurteilt,⁷¹⁷ welche nicht „*frei von Subjektivismus und ungerechtfertigten Emotionen*“ seien.⁷¹⁸ Das geplante neue Tierschutzgesetz sollte die Bürger der DDR erreichen und in einer verständlichen Form für

⁷¹¹ § 5 Entwurf des Tierschutzgesetzes (1989)

⁷¹² § 9 Entwurf des Tierschutzgesetzes (1989)

⁷¹³ § 6 Entwurf der Tierschutzverordnung (1981)

⁷¹⁴ § 6 Entwurf der Tierschutzverordnung (1981)

⁷¹⁵ § 9 Entwurf des Tierschutzgesetzes (1989)

⁷¹⁶ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 13

⁷¹⁷ BURCKHARDT, A. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 8

⁷¹⁸ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 13

jeden zugänglich sein. Die Belange des Tierschutzes sollten durch die Novelle objektiv und umfassend, aber „frei von dem Anliegen des Tierschutzes nicht dienenden Übertreibungen und Emotionen“ abgedeckt sein.⁷¹⁹ In einer vergleichenden Analyse der Tierschutzgesetzgebung sozialistischer Länder mit denen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz von 1989 beurteilte der Jurist und Veterinärmediziner Arnulf BURCKHARDT die rechtlichen Grundlagen der betrachteten kapitalistischen Länder als fachlich innovatives Beispiel für eine weit entwickelte Tierschutzbewegung. Gleichzeitig kritisiert er allerdings, dass der Tierschutz in diesen Ländern als Instrument missbraucht werde, um die Bevölkerung zu beeinflussen: „Der Tierschutz ist zu einer öffentlichkeitswirksamen Angelegenheit gemacht worden, die teilweise Züge der Massenmanipulierung trägt.“⁷²⁰ Laut BURCKHARDT's Aussagen verwendeten kapitalistische Länder den Tierschutz schon in der Vergangenheit teilweise als „humanistisches Aushängeschild“, was sich nach seiner Auffassung bis in die Gegenwart fortsetzte.⁷²¹ Im direkten Vergleich der Rechtsgrundlagen der DDR mit denen der BRD stellt BURCKHARDT fest, dass der größte Unterschied zwischen beiden in den politisch-ideologischen und den ethisch-moralischen Grundprinzipien zu sehen wären: „Das Tierschutzgesetz der BRD stellt die Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf an den Anfang und gibt damit bewußt dem Mensch-Tier-Verhältnis einen idealistisch-religiösen Leitgedanken.“⁷²² Hingegen lägen dem Tierschutz in der DDR materialistische und sozialökonomische Bedingungen zugrunde, die ethische Grundsätze wie die christliche ‚Ehrfurcht vor dem Leben‘ mit einschlossen.⁷²³

3.2.4 Abschließende Betrachtung Tierschutzgesetzgebung

Gesetzliche Bestimmungen basierten in der DDR auf den politisch-ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wie in den Monatsheften zusammenfassend bemerkt wird: „Tierhygiene und Tierschutz vollziehen sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution insbesondere in der industriemäßig organisierten sozialistischen Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft.“⁷²⁴ Die Notwendigkeit einer Tierschutzgesetzgebung wurde darin gesehen, die industriemäßige Tierproduktion und Tierhaltung zu organisieren und zu optimieren: „Die Tierbestände sind ein wichtiger Teil des Volksvermögens und werden entweder als Produktionsmittel in der Landwirtschaft oder auf sportlich-kulturellem Gebiet zur Freizeitgestaltung genutzt. Die grundlegende Aufgabe des Tierschutzes besteht im Schutz gesellschaftlichen Eigentums.“⁷²⁵ MEYER, Oberveterinärarzt, schreibt einleitend zum Thema Tierschutz in der Enzyklopädie ‚Land, Forst, Nahrung, Garten‘: „Jede Störung des Wohlbefindens wirkt sich aber auch leistungsmindernd, also ökonomisch, aus und muß verhütet werden. Tierschutz, Tierhygiene und Ökonomie bilden deshalb einen untrennbaren Komplex.“⁷²⁶ Die Bedeutung des Themas Tierschutz in der DDR war offensichtlich rein anthropozentrischer Natur. Tierschutz wurde vorrangig aus ökonomischen Gründen praktiziert, was sich auch in der Gesetzgebung

⁷¹⁹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 13

⁷²⁰ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 9

⁷²¹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 9

⁷²² BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 11

⁷²³ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 11

⁷²⁴ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck, S. 766

⁷²⁵ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 238

⁷²⁶ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 419

manifestierte. Tierschutz, Quantität und Qualität der von Tieren stammenden Produkte wurden in der DDR als Einheit gesehen: „*Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß Tiere, die frei von Schmerzen, krankhaften Störungen der Körperfunktionen, Verhaltensstörungen und Schäden sind, ihr genetisch veranlagtes Leistungsvermögen besser auszuschöpfen und qualitativ hochwertigere Erzeugnisse und Rohstoffe liefern. Jede Anpassung des Tieres an Umweltbelastungen verringert die spezifischen Leistungen, die für die Tierproduktion und den Tierhalter von Interesse sind.*“⁷²⁷ Hieraus wird deutlich, dass „sozialistischer Tierschutz“ in erster Linie dem Menschen dienen musste. Nach der Ideologie des Sozialismus stand der Mensch im Mittelpunkt, auch was Tierschutz anbelangte. Als Voraussetzung für einen sachkundigen, von Vernunft geprägten Umgang mit dem Tier sah man das auf Respekt und Kameradschaft basierende Miteinander der Menschen, wie es typisch für die sozialistische Gesellschaft sein sollte.⁷²⁸ In der Öffentlichkeit wurde die Meinung vertreten, dass die sozialistische Moral das Vorkommen von tierschutzwidrigem Verhalten verbiete und es dadurch nahezu ausgeschlossen sei: „*Tiermißhandlungen und –quälereien sind in der DDR sehr selten, so daß Gerichte und andere Institutionen nur wenig Veranlassung haben, sich mit derartigen Entgleisungen zu befassen.*“⁷²⁹ Neben der dem Tierschutz zgedachten Aufgabe, sozialistisches Eigentum zu schützen, sollte der Mensch vor negativen Einflüssen geschützt werden: „*Darüber hinaus gilt es, den Menschen vor Belästigungen infolge unsachgemäßer Tierhaltung zu bewahren und eine hygienische Haltung der Tiere durchzusetzen.*“⁷³⁰ Die Tierschutzgesetzgebung der DDR hatte somit neben der Berücksichtigung von Interaktionen zwischen Tieren und Tierhaltungen zur Umwelt auch die Interessen von nicht tierhaltenden Bürgern und Institutionen zu vertreten. Dieser kommunalpolitische Aspekt war im Tierschutzgesetz der BRD nicht vertreten, was man in der DDR kritisierte. Auch hier kommt die untergeordnete Idee des Tierschutzgedankens zum Ausdruck. Der Paragraph 1 des bundesdeutschen Tierschutzgesetzes bestimmt den Zweck des Gesetzes, „*das Tier als Mitgeschöpf*“ um seiner selbst willen zu schützen.⁷³¹ Ein Äquivalent dazu gab es in der DDR-Rechtsprechung aufgrund der völlig verschiedenen Tierschutzideologie nicht. Hauptanliegen des Tierschutzgesetzes der DDR sollte der Schutz volkswirtschaftlichen Eigentums und der Schutz des Menschen vor von Tieren und Tierhaltungen ausgehenden Gefahren und Belästigungen sein. Dementsprechend fehlen Termini, die tierartbezogene „Bedürfnisse“ beschreiben. Stattdessen erfolgte die Aufforderung zur Beachtung naturbedingter, artspezifischer Merkmale zwecks maximaler Leistungssteigerung: „*Bei der ökonomischen Charakteristik des Tieres als Produktionsmittel und als Ware sind unbedingt die biologischen Besonderheiten des Tieres zu berücksichtigen.*“⁷³² Dem lag die Auffassung zugrunde, dass das Wohlbefinden des Menschen den Schutz seiner belebten Umwelt voraussetzt und die Tiere, welche vor allem als Nahrungsmittellieferant für die Existenz des Menschen dienen, zu schützen sind.⁷³³ Doch Tierschutz und Produktionssteigerung verhielten und verhalten sich häufig konträr und die Leistungskapazität und Adaptationsfähigkeit des Produktionsmittels Tier wurde offenbar oft bis an die Grenzen und darüber hinaus ausgereizt. Im Zweifelsfalle hatte die Steigerung der Produktion Vorrang. HÄNDEL charakterisiert die in der DDR geltende Philosophie als rigoros und egozentrisch. Seiner Meinung nach galt das Motto: „*Wer auf Tierschutz keine Rücksicht nimmt, produziert und arbeitet billiger.*“⁷³⁴ BURCKHARDT stellt 1990 rückblickend fest, dass die Tierschutzgesetzgebung der DDR den Anforderungen

⁷²⁷ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 13

⁷²⁸ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 10

⁷²⁹ GRABS, J. (1985), Tiere halten verpflichtet, S. 114

⁷³⁰ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 238

⁷³¹ LORZ, A. (1987), Tierschutzgesetz, Kommentar, S. 1

⁷³² BURCKHARDT, A. und ESCHLER, E. (1968), MH 23, S. 764

⁷³³ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 11

⁷³⁴ HÄNDEL, U. M. (1990), Der praktische Tierarzt 71, S. 50

nicht entsprach. Die Vorgaben seien weder angepasst an die gesellschaftlichen und technischen Voraussetzungen der Zeit gewesen noch wären sie angemessen publiziert worden: *„Die einzelnen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Tierschutzes waren den Bürgern kaum bekannt und haben die Öffentlichkeit nicht erreicht, eine demokratische Kontrolle war nicht vorhanden.“*⁷³⁵

Im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern war die Tierschutzgesetzgebung der DDR fortgeschritten und relativ umfangreich. In der UdSSR gab es lediglich ein Gesetz zum Schutz und zur Nutzung der Tierwelt, welches vor allem den Schutz und die Nutzung von Wildtieren regelte. Der prophylaktische Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere vor Seuchen, Parasitosen und anderen besonderen Gefahren wurde im Veterinärstatut der UdSSR vom 22.12.1968 geregelt und kann als Äquivalent zum Gesetz über das Veterinärwesen von 1962 und zur Tierseuchenverordnung der DDR vom 11.08.1971 gewertet werden. Inhalt dieses Statuts waren Grundsätze der Haltung und des Viehtransportes. Im Mittelpunkt stand der vorbeugende Tiergesundheitschutz. Weitere Regelungen, den Tierschutz betreffend, existierten nicht.⁷³⁶

Bei der Novellierung des Tierschutzgesetzes wurde in erster Linie auf die sozialökonomischen Erfordernisse hingewiesen, die eine Tierschutzgesetzgebung notwendig machen sollte: *„Hinsichtlich der Haltung landwirtschaftlicher Zucht- und Nutztiere liegt den rechtlichen Regelungen der Zusammenhang von Tierschutz, Gesundheit und Leistung der Tiere und Qualität tierischer Rohstoffe zugrunde.“*⁷³⁷ Internationale Einflüsse und eine weiter entwickelte Gesellschaft stellten ebenso wirtschaftliche, nicht aber moralisch-ethische Aufgaben des Tierschutzes in den Fokus. BURCKHARDT bemerkt zum Stellenwert des Tierschutzes in der DDR 1989 zusammenfassend: *„Nutzung der Tiere und Tierschutz bilden eine Einheit. Der Tierschutz der DDR wird von der Weltanschauung des dialektischen und historischen Materialismus und von den sozialökonomischen Bedingungen bestimmt.“*⁷³⁸ Als Ergebnis der Analyse der rechtlichen Situation des Tierschutzes kann festgestellt werden, dass der in der DDR praktizierte anthropozentrisch orientierte, ökonomische Tierschutz Auswirkungen auf die Gesetzgebung hatte. Die zahlreichen, den Tierschutz betreffenden Einzelregelungen zielten vorrangig auf die Gesunderhaltung der landwirtschaftlichen Nutztiere zum Zwecke der Produktionssicherung und -optimierung. Vorgaben, die die kleinen Haus- und Heimtiere betrafen, beinhalteten in erster Linie die Einhaltung hygienischer Prinzipien und die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Ethischer Tierschutz, der das Tier als Mitgeschöpf betrachtet, spielte aufgrund der beschriebenen geltenden sozialistischen Ideologie in der Tierschutzgesetzgebung der DDR keine Rolle.

⁷³⁵ BURCKHARDT, A. (1990), *Der praktische Tierarzt* 11, S. 14

⁷³⁶ BURCKHARDT, A. (1989), *Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR*, S. 2

⁷³⁷ BURCKHARDT, A. (1989), *Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR*, S. 8

⁷³⁸ BURCKHARDT, A. (1989), *Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR*, S. 11

3.3 Die Organisation des Tierschutzes in der DDR

3.3.1 Organisierter Tierschutz und dessen Entwicklung bis 1968

In Deutschland wurden ab 1837 in den größeren Städten Tierschutzvereine gegründet. Diese waren unter anderem der Auslöser für die Entstehung einer Welttierschutzorganisation, deren Bildung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die weltweit national gegründeten Tierschutzverbände veranlasst wurde. Damit existierte ein internationales Netzwerk von fast eintausend Tierschutzvereinen, welches über die ganze Welt verteilt war.⁷³⁹ Die Welttierschutzorganisation konnte erreichen, dass der Tierschutz international ratifiziert wurde, woraufhin in Deutschland der Paragraph 360, Absatz 13 in das Strafgesetzbuch als Maßnahme gegen Tierquälerei aufgenommen wurde. Im Bereich der DDR existierten seit 1945 vor allem im Großstadtbereich Tierschutzvereine und örtliche Tierschutz-Arbeitsgemeinschaften. Seit 1949 wurde darüber verhandelt, eine eigenständige Tierschutzgesetzgebung in der DDR zu schaffen, um damit den Tierschutz zu legalisieren.⁷⁴⁰ Diese Verhandlungen beinhalteten auch die Forderung nach einer zentralen Tierschutzorganisation.⁷⁴¹ Nachdem in den Jahren nach 1945 das Ministerium des Innern jegliche Verhandlung über den Tierschutz abblockte, indem man den Bereich für „*gegenwärtig undiskutabel*“⁷⁴² befand, wurden im Laufe der Zeit immer wieder Forderungen aus der Bevölkerung laut, den Tierschutz zu organisieren und zu paraphieren. Die Notwendigkeit dafür bestand vor allem aus Sicht tierschutzinteressierter Bürger dringend. 1949 erging erstmals der Vorschlag, im Kulturbund eine Fachsparte Tierschutz zu gründen, was aber abgelehnt wurde. 1950 zog man die Eingliederung des Tierschutzes in die „*Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe*“⁷⁴³ in Erwägung, was ebenfalls abschlägig beantwortet wurde. Man nahm an, dass Tierschutzvereine sich hauptsächlich aus Stadtbewohnern rekrutieren würden⁷⁴⁴ und damit der „*Charakter einer bäuerlichen Massenorganisation*“ verloren gehen könnte.⁷⁴⁵ Die Diskussion, wie und wo der Tierschutz integriert und organisiert werden könne, wurde immer wieder durch zahlreiche Eingaben der Bevölkerung veranlasst, die anhand der Darstellung von Fallbeispielen der Tierquälerei auf die Dringlichkeit einer neuen gesetzlichen Grundlage hinwiesen, aber auch die Existenz von Tierschutzvereinen forderten.⁷⁴⁶ Auch nach der Gründung der DDR sah die Regierung vorerst keine Notwendigkeit dafür, örtliche Tierschutzvereine zu gründen und gesetzliche Reformen zu veranlassen. Die Hauptabteilung Veterinärwesen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft begründete diese Tatsache 1951 in einem Schreiben an die Landesregierung Mecklenburg damit, dass der Tierschutz in den bestehenden Rechtsvorschriften „*hinreichend verankert*“ sei, so dass die zuständigen Behörden die Einhaltung des Tierschutzes auf dieser Basis gewähren könnten.⁷⁴⁷ Zusätzlich wurde die Gründung einer „*allgemeinen*

⁷³⁹ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz Bahninspektor W. WERNER mit K. KNESCHKE (Kulturbund) (1952); siehe auch BArch DK 1/4442, Bl. 120

⁷⁴⁰ BArch DK 1/4441, Bl. 103-106

⁷⁴¹ BArch DK 1/4442, Bl. 120

⁷⁴² BArch DK 1/4441, Bl. 107

⁷⁴³ VdgB = Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

⁷⁴⁴ BArch DK 1/4441, Bl. 104

⁷⁴⁵ BArch DK 1/4442, Bl. 277; Schreiben der VdgB vom 24.01.1950 an das MLF

⁷⁴⁶ SAPMO-BArch DY 27/183, ohne Bl.; Korrespondenz W. WERNER mit K. KNESCHKE (Kulturbund) vom Mai 1952 sowie E. HULE (Ortsverband der NDPD Weida) mit dem Vorstand des Kulturbundes vom Januar 1952

⁷⁴⁷ BArch DK 1/4442, Bl. 248

Tierschutzorganisation“ innerhalb des Kulturbundes erwogen.⁷⁴⁸ Einzelne Quellen belegen, dass es zu diesem Zeitpunkt mancherorts kurzzeitig zur Gründung einer Sektion Tierschutz im Kulturbund kam. Tierschützer bestehender Arbeitsgemeinschaften beziehungsweise anderer noch existierender Vereinigungen forderten, dass der Tierschutz republikweit organisiert werden müsse, um den angeblich täglich vorkommenden Tierquälereien wirksam Einhalt gebieten zu können. Aus gleichem Grund plädierte man für eine Bekanntmachung der Existenz rechtlicher Grundlagen des Tierschutzes im Zuge verbesserter Aufklärungsarbeit. Die Meinung, mit dem Ende des dritten Reiches wäre auch die entsprechende Tierschutzrechtsgrundlage nicht mehr aktuell, war zu dieser Zeit offenbar nicht nur bei zahlreichen Bürgern, sondern auch bei der Deutschen Volkspolizei teilweise vertreten, die so angeblich unterlassenes Eingreifen rechtfertigte.⁷⁴⁹ Zeitweise wurde in den Zentralorganen an einer gesetzlichen Regelung zur Organisation des Tierschutzes in der DDR gearbeitet. Bereits 1950 lag ein Entwurf einer `Verordnung über die Förderung des Tierschutzes` vor.⁷⁵⁰ Die Hauptabteilung Veterinärwesen des MLF hatte den Verordnungsentwurf und die Muster-Satzung für die Gründung einer Tierschutzorganisation dazu in Korrespondenz mit der Deutschen Volkspolizei sowie mit dem Ministerium des Innern gefertigt. Die Entwürfe wurden später dem Zentralkomitee der SED vorgelegt. Am 24.04.1953 wurde der Hauptabteilung Veterinärwesen mitgeteilt, dass man derzeit im Zentralkomitee keine Notwendigkeit dafür sehe, die Gründung einer Tierschutzorganisation zu veranlassen, weshalb die Entwürfe vorerst hinfällig waren.⁷⁵¹ Von staatlicher Seite aus wurde die Ablehnung der Entwürfe damit begründet, dass das Staatsbewusstsein der Bürger eine Tierschutzorganisation überflüssig mache. Im Juli 1953 teilte das Ministerium des Innern dem MLF mit, dass man aufgrund „des neuen politischen Kurses“⁷⁵² die Problematik des Tierschutzes und entsprechender Vereine erneut aufgreifen solle. Daraufhin überarbeitete die Hauptabteilung Veterinärwesen die bereits entworfenen Muster und initiierte eine Besprechung zur Diskussion der Entwürfe mit der Rechtsabteilung des Staatssekretariates für innere Angelegenheiten sowie der Deutschen Volkspolizei, damit die Entwürfe anschließend dem Ministerium vorgelegt werden konnten.⁷⁵³ Die dafür anberaumte Sitzung fand am 20.08.1953 statt. Von der Veterinärverwaltung des MLF wurde im Rahmen der Sitzung deutlich gemacht, dass der Tierschutz „als Sektion eines Welttierschutzvereins mit weltbürgerlichen-humanistischen Tendenzen westlicher Prägung“⁷⁵⁴ nicht im Interesse der Regierung sei und dass er deshalb nicht in Form eines Teiles des Welttierschutzvereins gebildet werden sollte.⁷⁵⁵ Vielmehr schwebte den Initiatoren zu diesem Zeitpunkt eine Organisation nach Vorbild des „Roten Kreuzes“ vor, die aus Unterorganisationen bestehen und der Abteilung Veterinärwesen des Landwirtschaftsministeriums unterstellt werden sollte. Als Vorsitzender sollte stets ein Kreistierarzt beziehungsweise ein anderer Tierarzt einberufen werden, welcher über die Zusammenstellung des Vorstandes frei entscheiden durfte.⁷⁵⁶ Aufgaben der geplanten Tierschutzorganisation „Deutscher Tierschutz“ sollten die Verhinderung von Tierquälereien, die Popularisierung der Tierschutzthematik im Volke und die Unterstützung der Tierheime bei der Unterbringung sowie Tötung streunender Hunde und

⁷⁴⁸ BArch DK 1/4442, Bl. 248

⁷⁴⁹ SAPMO-BArch DY 27/183, ohne Bl.; Korrespondenz TRAUTVETTER (Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Tierschutz Gotha) mit dem Kulturbund, Schreiben TRAUTVETTER vom 20.03.1952

⁷⁵⁰ BArch DK 1/4442, Bl. 275

⁷⁵¹ BArch DK 1/4441, Bl. 107

⁷⁵² Beschluss des Ministerrates vom 11.06.1953- siehe auch WEBER, H. (2012), Die DDR 1945-1990, S. 42

⁷⁵³ BArch DK 1/4441, Bl. 108

⁷⁵⁴ BArch DK 1/4442, Bl. 174

⁷⁵⁵ BArch DK 1/4442, Bl. 174

⁷⁵⁶ BArch DK 1/4442, Bl. 186

Katzen sein.⁷⁵⁷ Die Vorstellung über die Struktur und Arbeitsweise der geplanten Organisation lagen bereits präzisiert vor. Der Abteilungsleiter der Rechtsabteilung des Staatssekretariates für innere Angelegenheiten verkündete, dass die geplante Organisation nicht staatlich angeordnet, sondern aufgrund der Initiative von Tierschützern gegründet werden sollte. Die vorliegenden Entwürfe für Verordnung und Statut sollten daraufhin nochmals überprüft werden, bevor sie der Deutschen Volkspolizei, dem Staatssekretariat für innere Angelegenheiten und dem Zentralkomitee der SED vorgelegt werden konnten. Nachdem dies am 30.09.1953 umgesetzt worden war, folgte die Ablehnung der Entwürfe und es wurde eine nochmalige Überprüfung von Fachleuten des Tierschutzes vorgenommen.⁷⁵⁸ Da auch die CDU mehrfach von einzelnen Tierschützern und Tierschutzvereinen gebeten wurde, eine einheitliche Novellierung der Organisation des Tierschutzes zu unterstützen, wandte die Partei sich in einem Schreiben vom 17.06.1955 an Lothar HUSSEL, der zu dieser Zeit Stellvertreter des Ministers im MLF der DDR war. Von CDU-Seite äußerte man sich verständnisvoll gegenüber den Forderungen der Tierschützer und erbat sich vom Ministerium eine Stellungnahme zum weiteren geplanten Vorgehen.⁷⁵⁹ In dieser antwortete HUSSEL der CDU, dass diese Frage eingehend diskutiert worden sei, wobei letztlich geschlussfolgert wurde: „*Es hat sich herausgestellt, daß politische Momente dagegen sprechen, eine neue zentrale Organisation in der DDR zu schaffen.*“⁷⁶⁰ In dem Antwortschreiben erwähnte HUSSEL auch, dass die Tierschützer „*gewisse Einwände*“ gegen diese Bestimmung erhoben hätten.⁷⁶¹ Diese Tatsache bestätigte sich, als die Tierschützer auf die Entscheidung der Regierung mit einer am 10.07.1955 an die Hauptabteilung Veterinärwesen gerichteten Resolution reagierten. Weiterhin gingen bei den staatlichen Institutionen zahlreiche Schreiben der Bürger ein, die ihrer Empörung angesichts der Entscheidung gegen eine Tierschutzorganisation damit Ausdruck verliehen.⁷⁶² Auch die Presse wurde durch Anfragen der Leser mit dem Thema Tierschutz konfrontiert. Die Redaktionen bemühten sich daraufhin um verbindliche Antworten von der Regierung, um die Fragen der offensichtlich interessierten Leserschaft nach einer zentralen Tierschutzorganisation beantworten zu können. Dabei wurde kritisiert, dass die Informationen dazu bisher sehr widersprüchlich gewesen seien und dass man mit derartigen Fragestellungen von einer Instanz zur nächsten verwiesen würde.⁷⁶³

Im Januar 1956 verhandelte man im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft darüber, den Tierschutz einer Tierzuchtorganisation zu unterstellen. Von der Hauptabteilung `Tierische Produktion und Veterinärwesen` wurde am 08.02.1956 mitgeteilt: „*Augenblicklich wird eine gesetzliche Regelung vorbereitet, die eine kontinuierliche Arbeit der Tierschutzfreunde ermöglichen soll.*“⁷⁶⁴ Zwischenzeitlich hatte man erwogen, ob man örtliche Tierschutzvereine im Rahmen einer Eingliederung in den Verband der Kleintierzüchter zulassen könnte.⁷⁶⁵ Von der Deutschen Volkspolizei wurde diese Möglichkeit, den Tierschutz auf Kreisebene zu organisieren, ebenfalls befürwortet.⁷⁶⁶ Am 16.03.1956 wurden die Verhandlungen über eine Anordnung, die Legalisierung der Tierschutzarbeit durch die Gründung von Kreisverbänden zu erwirken, als gescheitert erklärt. Das Ministerium für Innere Angelegenheiten hatte dies

⁷⁵⁷ BArch DK 1/4442, Bl. 174

⁷⁵⁸ BArch DK 1/4441, Bl. 105

⁷⁵⁹ BArch DK 1/4442, Bl. 11

⁷⁶⁰ BArch DK 1/4442, ohne Bl.; Antwortschreiben von HUSSEL an die CDU vom 11.07.1955

⁷⁶¹ BArch DK 1/4442, Bl. 10; Antwortschreiben von HUSSEL an die CDU vom 11.07.1955

⁷⁶² BArch DK 1/4441, Bl. 105

⁷⁶³ BArch DK 1/4441, Bl. 113

⁷⁶⁴ BArch DK 1/4441, Bl. 105

⁷⁶⁵ BArch DK 1/4442, Bl. 161

⁷⁶⁶ BArch DK 1/4441, Bl. 105

zuvor abgelehnt.⁷⁶⁷ In einer am 26.10.1956 im MLF stattfindenden Sitzung wurde die Vielzahl eingegangener Anfragen von Bürgern, Presse und Parteien im Hinblick auf die Umsetzung des Tierschutzes erneut diskutiert. Die Hauptabteilung Veterinärwesen beurteilte diese Zuschriften als Zeichen für das vorhandene Interesse der Gesellschaft am Schutze der Tiere: „Unzählige Schreiben sind von Seiten der Bevölkerung, der demokratischen Parteien, der Presse, der Volkskammer usw. dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zugegangen. Sie legen davon Zeugnis ab, daß der Tierschutzgedanke tief im Volke verwurzelt und, durch den wachsenden Wohlstand gefördert, in irgendeiner Form zur Verwirklichung drängt“.⁷⁶⁸ Dabei stellte man klar, dass die Bildung von Gruppen mit radikaler Gesinnung von vorneherein ausgeschlossen werden sollte: „Nicht dem übertriebenen Tierschutz, sondern dem sinnvollen Tierschutz soll das Wort geredet werden.“⁷⁶⁹ Als vorgesehene Aufgaben des Tierschutzes wurden im Rahmen der Sitzung die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung, Verwaltung und Betreuung von Tierheimen und -asylen, Prophylaxe von Tierquälereien und Tiermisshandlungen sowie Tierschutz als Teilgebiet des Naturschutzes genannt.⁷⁷⁰ Als Resümee der bis dato geführten Verhandlungen hielt die Abteilung Tierhygiene fest, dass die Gründung einer Tierschutzorganisation unter einer zentralen Dachorganisation nicht erwünscht sei. Dies führe allerdings auch dazu, dass eine politische Kontrolle bestehender Tierschutzvereine und -arbeitsgemeinschaften nicht gesichert werden könne.⁷⁷¹ Abteilungsleiter Kurt REINHARDT merkte außerdem an, dass die Mitwirkung der DDR an einer Welt-Tierschutzorganisation nicht geplant sei. Da man den Tierschutz nicht als besonderes Interesse der Allgemeinheit beurteilte, sondern eher als Bedürfnis „eines an Tierliebe und Naturschutz besonders interessierten Personenkreises“ sah,⁷⁷² wollte man über die Integration der noch bestehenden Arbeitsgemeinschaften in den Verband der Kleintierzüchter beziehungsweise in die Naturschutzorganisation als eigene Sparte verhandeln.⁷⁷³ In einer dazu am 22.11.1956 stattgefundenen Besprechung von Vertretern der Hauptverwaltung 'Deutsche Volkspolizei' und des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden die Vorteile für eine Aufnahme des Tierschutzes in die Kreisverbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter⁷⁷⁴ erörtert, welche vor allem in einer Anleitung und Kontrolle der Tierschützer gesehen wurde. Die Arbeit sollte rein prophylaktischer Art sein, Befugnisse zur Vollstreckung und eigenständiges Handeln wurden der Sparte von vorneherein nicht zugedacht. Die Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zeigten sich mit der Aufnahme einer Sparte Tierschutz augenscheinlich einverstanden, nicht zuletzt deshalb, da die Mindestzahl der Mitglieder auf 200 Personen festgelegt wurde und die Aufnahmegebühren und Mitgliedsbeiträge zum Teil an die Kreisverbände gehen sollten. Nachdem von Seiten des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und von der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei nichts gegen die Aufnahme einer Sparte Tierschutz sprach, sollten die Vertreter der Kreisverbände der KSK die endgültige Entscheidung darüber treffen.⁷⁷⁵ Aufgrund der Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der VKSK und den Einwänden seitens der SED verzögerte sich der Prozess erneut. Das ZK der SED hatte bis dahin einer Neuorganisation des Tierschutzes nicht zugestimmt. Die Abteilung Veterinärwesen des MLF versuchte die Partei durch den Hinweis darauf umzustimmen, dass durch das Aussitzen der Tierschutzthematik ein Kontrollverlust unvermeidbar wäre: „Auf eine

⁷⁶⁷ BArch DK 1/4441, Bl. 106

⁷⁶⁸ BArch DK 1/4441, Bl. 103

⁷⁶⁹ BArch DK 1/4441, Bl. 103

⁷⁷⁰ BArch DK 1/4441, Bl. 104

⁷⁷¹ BArch DK 1/4441, Bl. 106

⁷⁷² BArch DK 1/4441, Bl. 106

⁷⁷³ BArch DK 1/4441, Bl. 105

⁷⁷⁴ Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter= VKSK

⁷⁷⁵ BArch DK 1/4441, Bl. 85- 86

*Änderung im Tierschutz in der vorgesehenen Form zu verzichten, hieße, alles dem Selbstlauf zu überlassen. Das wäre der größte Fehler!*⁷⁷⁶ Nach einer Besprechung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft mit der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED am 02.01.1957 wurde festgelegt, dass nun endgültig eine Organisation des Tierschutzes in Angriff genommen werden sollte. Dabei sollte man die Beweggründe für eine bestimmte Struktur im Tierschutz des Zentralkomitees aber keinesfalls nach außen tragen. Debatten des Zentralkomitees über die noch zu entscheidende Form, in welcher der Tierschutz praktiziert werden sollte, unterlagen der absoluten Geheimhaltung. Nach wie vor herrschte keine Einigkeit darüber, wie die Organisation der Bevölkerung präsentiert werden sollte: *„Noch bevor irgendeine Nachricht über die beabsichtigte Organisation des Tierschutzes in das Land geht, muß eine fest gegründete Auffassung über deren Gesicht durch Partei und Kollektiv der Hauptabteilung erarbeitet sein.*⁷⁷⁷ Entgegen vorheriger Überlegungen stand zwischenzeitlich die Frage im Raum, die geplante Tierschutzorganisation an die Bezirksorganisation der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin⁷⁷⁸ zu binden und nicht, wie vorher beabsichtigt, an den Verband der KSK oder die VdgB. Es sollte nun möglichst zeitnah ein neues Konzept über die zukünftigen Aufgaben und die Organisation erarbeitet werden, um dieses dann in detaillierter Form dem Zentralkomitee präsentieren zu können.⁷⁷⁹ Öffentlich war zu dem Zeitpunkt nur die beabsichtigte Eingliederung des Tierschutzes in den Verband der KSK bekannt.⁷⁸⁰ Man hielt daran fest, dass es keine eigenständige Tierschutzorganisation geben dürfe, sondern dass die zu gründende Organisation staatlicher Leitung und Kontrolle unterliegen müsste: *„[Eine selbständige Organisation] ist deshalb bisher nicht zustande gekommen, weil in Kreisen der Tierschützer falsche Vorstellungen vom Tierschutz herrschen, wie ihn die neue Gesellschaftsordnung verlangt. Der Tierschutz soll nicht in Vereinsmeierei ausarten, nicht Vorrecht einer bestimmten Bevölkerungsschicht sein, nicht unter dem Deckmantel des Humanismus soziale Missstände verbergen und nicht Ziele verfolgen, die der Gesellschaft abträglich sind.*⁷⁸¹ Um das Zentralkomitee der SED von der Notwendigkeit des organisierten Tierschutzes zu überzeugen, stellte die Hauptabteilung Tierische Produktion und Veterinärwesen die Integration des Tierschutzes in die Kreisverbände der KSK als dezentralisierte Organisationsform als die einzige Möglichkeit dar, eine *„konzentrierte ideologische Beeinflussung“* und Kontrolle der Tierschützer zu verwirklichen.⁷⁸² Auch die Vermeidung von *„übertriebenem“* Tierschutz wurde dem Zentralkomitee als Vorteil dieser Organisationsform genannt. Um die Argumentation des Zentralkomitees zu entkräften, dass die Existenz einer Tierschutzbewegung in der DDR gar nicht vonnöten sei, wurde aufgezeigt, dass der Tierschutzgedanke im Volk weit verbreitet und nicht völlig entfernbar sei, weshalb es umso wichtiger wäre, diese *„unvermeidbaren“* Aktivitäten in einer organisierten Form kontrollierbar zu machen. Auf diese Weise könne die marxistische Ideologie auch bei den Tierschützern verbreitet werden. In einer vom Ministerium erlassenen Richtlinie wurde festgelegt, dass es ab dem 30.06.1957 keinen organisierten Tierschutz mehr außerhalb der Verbände der KSK geben sollte.⁷⁸³ Da die örtliche Bildung einer Tierschutzsparte von einer ausreichenden Anzahl an Interessenten und dem Willen des jeweiligen Vorstandes abhängig war, kam es vielerorts nicht oder nur vorübergehend zu einer Eingliederung des Tierschutzes in den VKSK.⁷⁸⁴ Für viele Tierschutzinteressierte stellte dieser Zustand eine unbefriedigende

⁷⁷⁶ BArch DK 1/4441, Bl. 23

⁷⁷⁷ BArch DK 1/10662, Bl. 91

⁷⁷⁸ Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin = WGV

⁷⁷⁹ BArch DK 1/10662, Bl. 91

⁷⁸⁰ DK 1/4441, Bl. 70

⁷⁸¹ SAPMO-BArch DY 27/ 183, Bl. 46

⁷⁸² BArch DK 1/4441, Bl. 20-25

⁷⁸³ SAPMO-BArch DY 27/183, Bl. 28 und BArch DK 1/4441, Bl. 59

⁷⁸⁴ BArch DK 1/4443, Bl. 68

Lösung dar. Eingaben von Tierschutz-Arbeitsgruppen forderten beständig die staatliche Integration von Tierschutzvereinen beziehungsweise eine grundsätzliche Neuorganisation des Tierschutzes. Als Vorteile der Tierschutzvereine wurden in diesem Zusammenhang die gute Kooperation mit Behörden und der Bedarf der Bevölkerung, die Vereine bei Tierschutzfragen zu konsultieren, angeführt.⁷⁸⁵ Einzelne Tierschutzaktivisten forderten die Regierung wiederholt schriftlich auf, den Tierschutz zu organisieren beziehungsweise ein neues Tierschutzgesetz zu erlassen. Antwortschreiben von Seiten des Ministeriums an solche Bürger hatten meistens beschwichtigenden Charakter. Besonders hartnäckige Tierschützer wurden auch deutlicher abgewiegelt, wie folgender Satz an eine Tierschützerin beispielhaft demonstriert: *„Sie werden durch Ihre zahlreichen Anfragen, die Sie an uns richten, unterrichtet sein, daß die Veterinärinspektion sich wiederholt für die Neuordnung des Tierschutzes eingesetzt hat.(...) Sie wollen in Zukunft von Ihren zahlreichen Eingaben gleichen Inhalts absehen, da kein Anlaß besteht, in die Befugnisse der unteren Verwaltungsorgane einzugreifen.“*⁷⁸⁶

3.3.1.1 Stellungnahmen bezüglich einer Neuorganisation des Tierschutzes

Die Debatten bezüglich einer Organisation beziehungsweise Neuorganisation des Tierschutzes dauerten über die gesamte Zeit der DDR an. Eine Vielzahl der Diskussionen fanden vor dem Erlass der 'Anordnung über die Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene' 1973 statt, die zumindest in einzelnen Städten der DDR zur Bildung einer für den Tierschutz zuständigen Institution führte. Vorher führten Eingaben von Bürgern wiederkehrend dazu, dass die Thematik in den Zentralorganen neu diskutiert wurde. Bei der Verfolgung der Korrespondenzen zwischen den verschiedenen Behörden wird deutlich, dass die divergierenden Auffassungen letztlich eine endgültige Lösung behinderten, so dass der Tierschutz bis zuletzt in keiner organisierten, in der gesamten DDR einheitlichen Form vorlag. Die häufigsten Schriftwechsel fanden zwischen dem Ministerium des Innern und der Veterinärbehörde des MLF statt, da diesen Stellen die Kompetenz für die Tierschutzfrage zugeordnet wurde. Die Positionen der relevanten zentralen Stellen zur Thematik der Tierschutzorganisation werden im Folgenden dargestellt.

Stellungnahme des Ministeriums des Innern (Deutsche Volkspolizei)

1959 äußerte sich das Ministerium des Innern in einer Stellungnahme an das MLF, dass die „Deutsche Volkspolizei“ keine Notwendigkeit für die Bildung von Tierschutzvereinen beziehungsweise für die Förderung bestehender Vereine sähe.⁷⁸⁷ Als ein Argument wurde aufgeführt, dass die Tierschutzaufgaben, die für die Sicherung der volkswirtschaftlichen Interessen essentiell wären, von staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen *„unter aktiver Beteiligung der Werktätigen“* gewährleistet seien.⁷⁸⁸ Der Tierschutz würde nach Auffassung der Behörde keinen von einem Verein wahrzunehmenden eigenständigen Aufgabenbereich darstellen, sondern im Rahmen wirtschaftlicher und kultureller Angelegenheiten mit praktiziert.⁷⁸⁹ Das Argument der erzieherischen Wirkung von

⁷⁸⁵ BArch DK 1/10662, Bl. 82

⁷⁸⁶ BArch DK 1/4443, Bl. 73

⁷⁸⁷ BArch DK 1/4443, Bl. 15

⁷⁸⁸ BArch DK 1/4443, Bl. 16

⁷⁸⁹ BArch DK 1/4443, Bl. 16

Tierschutzvereinen auf Jugend und Gesellschaft entkräfteten die Vertreter der Volkspolizei dahingehend, dass die angeblich immer stärker werdende sozialistische Moral und das daraus erwachsende Verhältnis der Menschen untereinander diese Aufgabe hinfällig sein ließe. Außerdem würden Tierschützer, diesen Punkt betreffend, „den Wert der Tierschutzvereine überschätzen“.⁷⁹⁰ Auch hier formuliert man die Bedenken, dass die bestehenden Tierschutzgruppen unter westdeutschen Einflüssen stehen würden. Man vermutete, dass die Forderungen der Tierschützer nach Tierschutz in organisierter Form durch das Vorbild westdeutscher Tierschutzvereine entstanden seien. Diese sah man als imperialistisches Feindbild, welches nicht unterstützt werden durfte: „Diese Vereine dienen jedoch dazu, die idealistische Weltanschauung zu propagieren, über die sozialen Gegensätze hinwegzutäuschen und sie tragen dazu bei, bürgerliche Moralauffassungen zu verbreiten.“⁷⁹¹ Die westdeutschen Tierschutzvereine wurden im gleichen Zusammenhang als „Instrumente der reaktionären klerikalen Kräfte“⁷⁹² bezeichnet, da sie angeblich die Aufgabe hatten, die Jugendlichen Westdeutschlands von ihren alltäglichen Sorgen in sozialer und beruflicher Hinsicht abzulenken. Auch soll die Tierschutzbewegung von sich behauptet haben, ‚eine der stärksten Gegenströmungen gegen die unverantwortliche Neugierde der Menschen gegenüber den Geschehnissen der Natur zu sein‘.⁷⁹³ Das Ministerium des Innern sah den Aufbau des Sozialismus gefährdet, würde man Vereinigungen zulassen, die sich aus Bürgern rekrutierten, welche „sich absichtlich oder in Unkenntnis“ mit antisozialistischen Idealen identifizierten.⁷⁹⁴ Bestärkt wurde diese Ansicht durch die angebliche Tatsache, dass durch einzelne Bürger Schriften des westdeutschen Tierschutzverbandes in der DDR in den Umlauf gebracht werden. Diese Gründe würden nach Auffassung des Ministeriums des Innern deutlich dafür sprechen, das bereits bestehende Verbot der Tierschutzvereine aufrecht zu erhalten und die zu dem Zeitpunkt noch bestehenden Vereine aufzulösen.⁷⁹⁵

Stellungnahme des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Abt. Veterinärwesen

Die Veterinärinspektion des MLF formulierte gegenüber dem Ministerium des Innern wiederholt, dass die Existenz des Tierschutzgesetzes in der Ausführung vom 24.11.1933 nicht ausreichend sei, um den Tierschutz und seine generellen Prinzipien zu gewährleisten.⁷⁹⁶ In den Anfangsjahren der DDR hob das MLF noch die Wichtigkeit des Tierschutzes für die Gesellschaft hervor und begründete dies unter anderem in der historischen Bedeutung des Tierschutzgedankens.⁷⁹⁷ Im Laufe der Zeit passte man sich an die von der Partei vertretene Auffassung an, Tierschutz sei in einer sozialistischen Gesellschaft automatisch gewährleistet und die Verhinderung von Tierquälereien und -misshandlungen sei nicht an eine Organisation gebunden. Die grundsätzliche Wiedererrichtung von Tierschutzvereinen wurde aufgrund der gesellschaftspolitischen Entwicklung nicht als Erfordernis gesehen. Man begründete diese Einstellung auch damit, dass die Organisation des Tierschutzes in Form von Vereinen nicht „eine allgemeine, notwendige Mitarbeit aller werktätigen Menschen“⁷⁹⁸ gewährleisten könne. Stattdessen hob man die Wichtigkeit von Aufklärung und Erziehung hervor, die dazu führen

⁷⁹⁰ BArch DK 1/4443, Bl. 17

⁷⁹¹ BArch DK 1/4443, Bl. 17-18

⁷⁹² BArch DK 1/4443, Bl. 18

⁷⁹³ BArch DK 1/4443, Bl. 18

⁷⁹⁴ BArch DK 1/4443, Bl. 18

⁷⁹⁵ BArch DK 1/4443, Bl. 18

⁷⁹⁶ BArch DK 1/4443, Bl. 89

⁷⁹⁷ BArch DK 1/4441, Bl. 105

⁷⁹⁸ BArch DK 1/4443, Bl. 49

sollten, Tierschutz zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen.⁷⁹⁹ Gegenüber dem Zentralkomitee vertrat das MLF die Auffassung, dass es ungeschickt wäre, den Tierschutz in einer organisierten Form völlig abzuschaffen. Eine Organisation, beispielsweise auf Kreisebene im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, wurde hingegen als geeignete Möglichkeit gesehen, die Tierschützer ideologisch zu beeinflussen und kontrollierbar zu machen, was nach Meinung des MLF beim Fehlen einer organisierten Form nicht gewährleistet sei. Noch bestehende Tierschutzvereine wurden als „halbillegal“ bezeichnet. Eine Integration in die Verbände der KSK wurde als der richtige Weg gesehen, „übertriebenen“ Tierschutz zu unterbinden.⁸⁰⁰ 1959 zog das MLF in Erwägung, den Tierschutz nach dem Vorbild des Sachgebietes Naturschutz zu gestalten, indem lediglich eine „Tierschutzverwaltung“, bestehend aus der Veterinärinspektion des MLF sowie den Bezirks- und Kreistierärzten, gebildet werden sollte.⁸⁰¹

Von Seiten des MLF wurde die Ansicht vertreten, „daß der Tierschutz mehr als bisher gefördert wird, daß man ihn aber in seiner neuen Form nicht als solchen erkennt“.⁸⁰² Man führte aus, dass prophylaktische Maßnahmen der Tiergesundheit „angewandter Tierschutz“ seien und führte als Beispiele das Offenstallbauprogramm im Rinderbereich und die Gründung eines Schweinegesundheitsdienstes an. Auch gäbe es hier die Möglichkeit für jeden Bürger, diese Projekte „durch konstruktive Vorschläge“ zu unterstützen und in diesem Sinne „tierschützerisch“ tätig zu werden.⁸⁰³ Es wurde nicht abgestritten, dass tierschutzwidrige Umstände nach wie vor existierten, jedoch vertrat man nach außen die Meinung, Tierschutzvereine würden diese „Versäumnisse“ nicht verhindern. Stattdessen sollte „durch eine breite Aufklärung, durch Mitarbeit im Rahmen der Nationalen Front durch entsprechende Hinweise, in den Schulen durch Einschaltung der FDJ, ein wesentlich größerer Effekt erzielt werden“.⁸⁰⁴ Die Meinung, dass Tierschutzvereine nicht nötig seien, hatte auch in den darauffolgenden Jahren Bestand. In einem Antwortschreiben an eine Bürgerin auf eine Anfrage betreffs der Bildung von Tierschutzvereinen hält die Leitung der Veterinärinspektion fest, dass „überzeugende Belehrung“ ein ausreichendes Mittel sei, „schädliches Verhalten einzelner Menschen“ gegenüber Tieren abzustellen. Dazu würden keine Vereine benötigt: „Die Schulen, die Massenorganisationen, die Jagdbehörden und nicht zuletzt die LPG sind ebenso wie die Nationale Front Träger des Tierschutzgedankens.“⁸⁰⁵

Stellungnahme des ZK der SED

Nachdem das ZK über lange Zeit gegen jedwede organisierte Form des Tierschutzes gewesen war, erklärte man sich gegenüber dem MLF im Januar 1957 damit einverstanden, eine Organisationsform für den Tierschutz zu finden. Damit waren bis dahin getätigte Beschlüsse, die sich rigoros gegen eine organisierte Form aussprachen, vorerst hinfällig. Das ZK beauftragte das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft damit, einen Vorschlag für die zu schaffende Organisation zu erarbeiten, was unter strengster Geheimhaltung passieren sollte.⁸⁰⁶ Die Bedenken der SED waren unter anderem, Tierschutzorganisationen könnten sich in die

⁷⁹⁹ BArch DK 1/4443, Bl. 89, 90

⁸⁰⁰ BArch DK 1/4441, Bl. 20-25

⁸⁰¹ BArch DK 1/4443, Bl. 93

⁸⁰² BArch DK 1/4443, Bl. 32

⁸⁰³ BArch DK 1/4443, Bl. 32

⁸⁰⁴ BArch DK 1/4443, Bl. 35

⁸⁰⁵ BArch DK 1/10662, Bl. 83

⁸⁰⁶ BArch DK 1/4441, Bl. 20-25

Belange der landwirtschaftlichen Betriebe einmischen und so die Produktion behindern.⁸⁰⁷ Einzelnen Quellen zufolge erwies sich das ZK als bremsender Faktor bei der Entscheidungsfindung bezüglich einer Neuorganisation. In einer Korrespondenz zwischen dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem ZK wird deutlich, dass das MLF auf die zeitnahe praktische Lösungsfindung drängte und ein Aussitzen der Thematik und weitere zahlreiche Debatten nicht befürwortete. Das ZK hingegen hatte dem MLF offenbar vorgeworfen, selbst kein präzises Konzept über die Organisation und Aufgaben des Tierschutzes vorliegen zu haben.⁸⁰⁸

Stellungnahme des Ministeriums für Staatssicherheit

Vom Ministerium für Staatssicherheit erging im Oktober 1959 ein Schreiben an alle Räte der Städte und Gemeinden sowie an alle Abteilungsleiter, welches sich zu den „Tendenzen zur Bildung von Tierschutzvereinen“ äußerte. Eingaben seitens der Bürger, welche eine Organisation des Tierschutzes forderten, wurden folgendermaßen beurteilt: *„Die Regungen stammen vermutlich aus Einflüsterungen von WD. Dort besteht der Tierschutzverein nach wie vor, die Schirmherren sind SA-Innenminister Schröder und viele andere faschistische Elemente in Westdeutschland.“*⁸⁰⁹

Von Seiten der Staatssicherheit sah man keinen Beweggrund, *„irgendwelche Vereine auf dem Gebiet des Tierschutzes wieder erstehen zu lassen“*, da man diesen durch gesetzliche Grundlagen gewährleistet sah. Die Räte der Städte und Gemeinden wurden aufgefordert, Eingaben der Bürger entsprechend zu beantworten und gleichzeitig *„Obacht zu geben, aus welchen Kreisen dies[e] Anregungen kommen“*.⁸¹⁰

Die Gründung beziehungsweise die Tätigkeit von Vereinen wurde nicht nur im Hinblick auf den Tierschutz kritisch beurteilt. Das MfS definierte den Begriff „Vereinigungen“ wie folgt: *„Vereinigungen sind Organisationen und Einrichtungen zur Verwirklichung gesellschaftlicher Ideen, zur Verteidigung und Entwicklung oder Veränderung materieller Verhältnisse und zur Aufrechterhaltung und Förderung oder Zerstörung ideologischer Auffassungen.“*⁸¹¹ Das westdeutsche Vereinswesen wurde mit dem des Faschismus verglichen, als *„alle fortschrittlichen Vereinigungen verboten“* und *„alle übrigen dem faschistischen System untergeordnet“* worden seien.⁸¹² Die Aktivitäten der Vereine in der DDR wurden pro forma als positiv beurteilt, da sie laut Ansicht des MfS auf völlig anderer Grundlage arbeiteten als westdeutsche Vereinigungen.⁸¹³ Man befürchtete jedoch, dass durch die Aktivität der Vereine Kontakte zur BRD entstehen könnten, wenn Mitglieder beider Länder untereinander kooperierten. Weiterhin warnte man vor dem *„Einfluß alter bürgerlicher Gewohnheiten und Anschauungen“*,⁸¹⁴ die sich, ebenso wie der Einfluss

⁸⁰⁷ BArch DK 1/4441, Bl. 23

⁸⁰⁸ BArch DK 1/4441, Bl. 24

⁸⁰⁹ BStU BV Lpz. KD Lpz.-Stadt Nr. 50913, Abschrift der Dienststelle Stollberg an den Rat des Kreises Stollberg vom 22.07.1959 betreffs Tendenzen zur Bildung von Tierschutzvereinen; (Privatarchiv von H. WEND)

⁸¹⁰ BStU BV Lpz. KD Lpz.-Stadt Nr. 50913, Abschrift der Dienststelle Stollberg an den Rat des Kreises Stollberg vom 22.07.1959 betreffs Tendenzen zur Bildung von Tierschutzvereinen; (Privatarchiv von H. WEND)

⁸¹¹ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 70

⁸¹² BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 71

⁸¹³ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 72

⁸¹⁴ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 72

westdeutscher Vereine, negativ auf den politischen Kurs auswirken könnten.⁸¹⁵ Als allgemein defizitär beurteilte das MfS die „*Behandlung politischer Probleme*“⁸¹⁶ in den Vereinen. Angeblich würde die politische Arbeit deshalb vernachlässigt, da die Mitglieder in den Vereinen vorrangig ihrem Hobby nachgehen wollten und politische Diskussionen in ihrer Freizeit ablehnten.⁸¹⁷ Personen, die eine Politisierung der Vereinstätigkeit ablehnten, wurden als „politisch negative Kräfte“ bezeichnet.⁸¹⁸ Diese zeichneten sich nach Ansicht des MfS dadurch aus, dass sie politische Fragen „entsprechend der früheren bürgerlichen Vereinsmeierei“ aus dem Vereinsleben ausschlossen und „fortschrittliche Funktionäre“ in ihrer Aktivität behinderten.⁸¹⁹

Stellungnahme des Institutes für Staatsveterinärkunde und Veterinärhygiene der Karl-Marx-Universität Leipzig

Lothar HUSSEL als Leiter des genannten Institutes vertrat die Meinung, dass organisierter Tierschutz in Form von Vereinen nicht erstrebenswert und nötig sei, wohl aber eine Tierschutzorganisation in dezentralisierter Form, die vor allem die „Produktionswerte“ der Landwirtschaft sichern sollte.⁸²⁰ Dabei wies der Professor darauf hin, dass die Veterinärinspektion des MLF in dieser Frage durchaus als Zünglein an der Waage fungieren könne, da die Behörde die Regierung zu beeinflussen in der Lage sei.⁸²¹ Dem Auftreten von reaktionären Strömungen könne durch den „Einbau von Staatsfunktionären“, also beispielsweise Kreistierärzten in die örtlichen Gruppen, entgegengewirkt werden.⁸²² HUSSEL erwähnt an anderer Stelle, dass die Anfang der sechziger Jahre bestehenden regionalen Unterschiede in Hinsicht auf die Existenz von Tierschutzvereinen innenpolitische Unruhen bedingen könnten, wenn sich ein Teil der tierschutzinteressierten Bürger unrechtmäßig benachteiligt fühlte. Die bestehende Rechtsungleichheit provoziere Zuwiderhandlungen gegen bestehendes Recht.⁸²³ Der Auffassung, dass in einem sozialistischen Staat organisierter Tierschutz obsolet sei, stimmte HUSSEL nicht uneingeschränkt zu. Dem Wissenschaftler nach war die Erziehung zum „sozialistischen Menschen“ ein zeitabhängiger Prozess, welcher nicht bei jedem in gleichem Tempo vollzogen werden konnte. Dies führte nach HUSSEL dazu, dass gerade von Jugendlichen noch Tierschutzvergehen verübt würden und dass manche dieser Zuwiderhandlungen nicht aus Rohheit, sondern aus Unwissenheit begangen würden. Dafür sei auch der Umstand verantwortlich, „daß der Charakter nicht ausgeprägt und gefestigt ist“.⁸²⁴ Organisierter Tierschutz hätte nach Ansicht der Fakultät weiterhin deshalb seine Berechtigung, weil die neuen Formen der Tierhaltung durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, HUSSEL nutzt hier den Terminus „Massen-Tierhaltung“, ein neues Aufgabenfeld darstellten. Durch prophylaktische Maßnahmen des Tierschutzes sollten laut Partei und Regierung Verstöße gegen das Tierschutzgesetz verhindert werden, was als aktiver Tierschutz ausreichend sei.⁸²⁵ Im Gutachten wird bezweifelt, dass damit die seuchenfreie und fehlerfreie Haltung des Viehs gesichert würde. Deshalb plädierte man für einen zusätzlichen

⁸¹⁵ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 72

⁸¹⁶ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 76

⁸¹⁷ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 76, 78, 88

⁸¹⁸ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 78

⁸¹⁹ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 78

⁸²⁰ BArch DK 1/4443, Bl. 33-34 und BArch DK 1/4443, Bl. 55

⁸²¹ BArch DK 1/4443, Bl. 33-34

⁸²² BArch DK 1/10662, Bl. 81

⁸²³ BArch DK 1/10662, Bl. 77

⁸²⁴ BArch DK 1/10662, Bl. 76

⁸²⁵ BArch DK 1/10662, Bl. 77

organisierten Tierschutz. Die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmenkataloge wurden als nicht ausreichend dafür beurteilt, die in praxi auftretenden tierschutzrelevanten Vergehen zu verhindern, „*die dem Unwissen, der rohen Gesinnung bzw. der Unerfahrenheit entspringen*“.⁸²⁶ Organisierter Tierschutz sei im Nutztierbereich ein Produktionsstabilisator und nutze im Bereich der Haus- und Heimtierhaltung der Volksgesundheit, weil dadurch unter anderem seuchenprophylaktische Maßnahmen gesichert würden, so HUSSEL.⁸²⁷ Er machte deshalb den Vorschlag, Tierschutzvereine zuzulassen, die der staatlichen Kontrolle unterliegen, beispielsweise durch Kreistierärzte. Auf diese Weise würde dem historisch verwurzelten, „*kulturellen, ernsten Bedürfnis*“ vieler Bürger Rechnung getragen, Tierschutz zu betreiben.⁸²⁸

Stellungnahme der Christlich-Demokratischen Union (CDU)

Auch aus den Reihen der Blockparteien der DDR kamen Vorschläge, den Tierschutz neu zu organisieren. 1965 erging von Seiten der CDU der Vorschlag an Minister EWALD, eine zentrale Arbeitsgemeinschaft „Pfleger des Tieres“ zu gründen.⁸²⁹ Darin bringt der CDU-Generalsekretär Gerald GÖTTING zum Ausdruck, dass die zu gründende Arbeitsgemeinschaft nicht wie die früheren Tierschutzvereine primär Tierquälereien unterbinden und Tiere schützen sollte, sondern dass hauptsächlich Aufklärungsarbeit zu leisten sei. Diese sollte gewährleisten, dass Nutztiere angemessen gehalten werden, damit „*eine maximale Erfüllung der Volkswirtschaftspläne*“ möglich würde.⁸³⁰ Weiterhin sei die Bildung einer zentralen Gruppe unter fachlicher Anleitung deshalb notwendig, weil nicht wenige Bürger eine von Emotionalität geprägte Auffassung vom Tierschutz hätten, die teilweise gar abergläubische Tendenzen aufweise. Laut GÖTTING sollte die Arbeitsgemeinschaft dem Landwirtschaftsrat der DDR unterstellt werden.⁸³¹ Hauptsächliche Aufgaben sollten die Aufklärung der Bevölkerung über den wissenschaftlichen Fortschritt, den korrekten Umgang mit Tieren einschließlich ordnungsgemäßer Haltung, Fütterung und Pflege sein.⁸³² Die Arbeitsgemeinschaft sollte lenkend auf die Mensch-Tier-Beziehung wirken, welche von den gesellschaftlichen Normen und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung geprägt werden sollte. Außerdem regte die CDU an, Kontakte zu bestehenden Organisationen im Ausland zu entwickeln. Dabei wurde in erster Linie an die Sowjetunion gedacht, die angeblich über eine staatliche Tierschutzorganisation verfügte. Außerdem wurde von der CDU auch die Verbesserung der Beziehungen in das westdeutsche Ausland in Betracht gezogen, wofür eine Tierschutz-Arbeitsgemeinschaft als hilfreich angesehen wurde.⁸³³ Neben präzisen Aufstellungen über die vorgesehene Arbeitsweise und Zusammenstellung der Gruppe⁸³⁴ weist GÖTTING auf die von Albert SCHWEITZER vertretene Theorie der „Ehrfurcht vor dem Leben“ hin und nennt diese als Motivationsgrundlage für die zu schaffende Arbeitsgemeinschaft. Bei allen aufgeführten

⁸²⁶ BArch DK 1/10662, Bl. 77

⁸²⁷ BArch DK 1/10662, Bl. 78

⁸²⁸ BArch DK 1/10662, Bl. 81

⁸²⁹ BArch DK 1/10662, Bl. 2

⁸³⁰ BArch DK 1/10662, Bl. 3

⁸³¹ BArch DK 1/10662, Bl. 4

⁸³² BArch DK 1/10662, Bl. 4-6

⁸³³ BArch DK 1/10662, Bl. 8

⁸³⁴ BArch DK 1/10662, Bl. 9

Inhalten, die den ökonomischen Tierschutz fokussieren, stellt diese von der CDU vertretende Sichtweise die ethische Komponente des Tierschutzes mit zur Diskussion.⁸³⁵

GÖTTING erklärte weiterhin, dass die CDU Maßnahmen der Erziehung und Aufklärung für ausreichend halte, wenn es um die Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen des Tierschutzes ginge.⁸³⁶

Meinungen aus dem Volk

In den Jahren nach 1949 gingen zahlreiche Eingaben von tierschutzinteressierten Bürgern in den diversen zentralen Stellen der DDR ein, welche um eine Klärung der Tierschutzfrage baten. Die meisten Schreiben beinhalteten den Wunsch nach einer Neuorganisation des Tierschutzes beziehungsweise die Frage nach dem Fortbestehen der Tierschutzvereine. In einer Vielzahl der Briefe wurde auch die Reformierung der Tierschutzgesetzgebung gefordert. Beispielhaft für die dringenden Anschreiben der Tierschützer aus dem Volk sei jenes der Toni TRAUTVETTER aus dem thüringischen Gotha aufgeführt, die in der dortigen Tierschutz-Arbeitsgemeinschaft seit 1950 tätig war. TRAUTVETTER sendete mehrfach Schreiben an die zentralen Stellen der Regierung der DDR, wie zum Beispiel an die Hauptabteilung Veterinärwesen des MLF, an den Vorstand des Kulturbundes und an Bezirks- und Kreistierärzte.⁸³⁷ In den Anschreiben versuchte sie wiederholt, eine Antwort auf die Frage einer Neuorganisation und Legalisierung des Tierschutzes von den staatlichen Stellen zu erhalten. Dabei beklagt sie wie viele ihrer zeitgenössischen Mitstreiter, dass die Tierschützer betreffs dieser Frage ständig vertröstet würden und die Zuständigkeit der Tierschutzfrage nicht geklärt sei.⁸³⁸ Ein Problem, das sich für den praktischen Tierschutz für Tierschützer wie TRAUTVETTER ergab, war die fehlende Rechtsfähigkeit bestehender Tierschutzgruppen. Durch diesen Umstand wurden beispielsweise ein von der Stadt errichteter Hundezwinger und dazugehörige Grundstücke für entlaufene Hunde nicht der Arbeitsgruppe Tierschutz übergeben, solange die juristische Form der Tierschutzorganisation staatlicherseits nicht geklärt war.⁸³⁹ Ihre Verzweiflung darüber bringt TRAUTVETTER unter anderem mit folgenden Worten an das MLF zum Ausdruck: *„Fünf Monate sind nun schon wieder vergangen – und wir warten immer noch. Wir in Gotha hängen z.Zt. völlig in der Luft. Der KB. [Kulturbund] hat uns ausgebootet(...). Wir sind für Gotha ein Begriff geworden, man lässt uns weiterarbeiten, aber die Schwierigkeiten werden immer größer. Wir haben keinerlei Ausweise mehr, es erwachsen uns finanzielle Schwierigkeiten – wir sind am Ende und bitten Sie,- uns und überhaupt dem Tierschutz zu helfen.“*⁸⁴⁰ Ähnlich dringliche Schreiben erhielt die Hautabteilung Veterinärwesen des MLF in dieser Zeit vom „Landes-Tierschutz-Verband Sachsen-Anhalt“, in welchen darum gebeten wurde, den Tierschutz als eigenständige Organisation bestehen zu lassen, da die Landesregierung von Sachsen-Anhalt nur unter dieser Voraussetzung eine Förderung gewähren würde. Außerdem beklagte der Präsident des Verbandes, dass durch die daraus entstehenden finanziellen Engpässe die Gründung von geplanten örtlichen Tierschutzvereinen gefährdet wäre.⁸⁴¹ Unzufriedenheit entstand offensichtlich auch dadurch, dass Bürger mit ihren Anliegen bezüglich des Tierschutzes häufig an andere Behörden weiter verwiesen wurden und die Verantwortung für

⁸³⁵ BArch DK 1/10662, Bl. 10

⁸³⁶ BArch DK 1/10662, Bl. 6

⁸³⁷ siehe z.B. BArch DK 1/4442, Bl. 225, 235; SAPMO-BArch DY 27/183 o.Bl.

⁸³⁸ BArch DK 1/4442, Bl. 225 und 235

⁸³⁹ BArch DK 1/4442, Bl. 225; Schreiben der T. TRAUTVETTER vom 08.11.1952

⁸⁴⁰ BArch DK 1/4442, Bl. 225; Schreiben der T. TRAUTVETTER vom 17.08.1952

⁸⁴¹ BArch DK 1/4442, Bl. 239

Entscheidungsfindungen abgegeben wurde.⁸⁴² Die in Erfurt lokalisierte 'Gesellschaft zum Schutze der Tiere' kritisierte die Arbeit der früheren Tierschutzvereine dahingehend, dass man sich hier ausschließlich um den Tierschutz gekümmert hätte, sich aber weder politisch noch in Erziehungsfragen engagierte. Die Ursachen für Tierquälereien in den 50er Jahren sah die Vorsitzende der Gesellschaft hauptsächlich in Verrohung der Menschen durch Kriegserlebnisse und darin, dass „*die Schinder in unseren Kz's in ihrer Jugend unbestrafte Tierquäler waren u. sich so ungehindert zu Sadisten entwickeln konnten*“.⁸⁴³ Deshalb lautete die Zielstellung der Gesellschaft, die Erziehung und Aufklärung der Jugend mit in die Tierschutzarbeit zu integrieren. Weiterhin bemängelte LANGE, dass der Tierschutz in den früher bestehenden Tierschutzvereinen oft zu unsachlich und gefühlsbetont bearbeitet wurde. In der Arbeitsgemeinschaft hingegen wollte man keinen „Schoßhündchenschutz“, sondern den sachlichen Tierschutz. LANGE betonte außerdem die Wichtigkeit der Einhaltung des Fünfjahresplanes und die Unterstützung der Wiedervereinigung Deutschlands und gab diese als vordergründige Aufgaben im Rahmen der Tierschutzarbeit an. Verdeutlicht wurden die Punkte am Beispiel der Leistungssteigerung, welche durch Aufklärung und Seuchenprophylaxe erreicht werden sollte. Weiterhin erwähnte die 'Gesellschaft zum Schutz der Tiere' in ihrem Schreiben an den Kulturbund, dass man die Zucht von Rassehunden fördern wolle, da Rassehunde Devisenbringer seien. Auch für die Tierhaltung im privaten Bereich wollte man in Anbetracht der dadurch möglichen Steuereinnahmen werben. Im Zuge des Schreibens bat man den Kulturbund, sich bei der Volkskammer dafür einzusetzen, dass finanzielle Unterstützung von Tierschutzorganisationen gesetzlich fixiert würde.⁸⁴⁴

3.3.1.2 Der Kulturbund und der Tierschutz

Der Kulturbund war eine der großen Massenorganisationen der DDR. Mit der Auflösung der Tierschutzvereine Anfang der fünfziger Jahre begannen die Diskussionen, in welcher Form organisierter Tierschutz weiterhin betrieben werden könnte. Die Mitglieder der Tierschutzvereine begegneten der Auflösung mit zahlreichen Eingaben an diverse zentrale Stellen der DDR. Als Alternative zu den Tierschutzvereinen wurde von diesen die Integration des Tierschutzes als Sektion in den Kulturbund in Erwägung gezogen. In einer am 20.09.1949 stattfindenden Besprechung zwischen Tierschutzinteressierten und Vertretern der Hauptabteilung Veterinärwesen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft hatte man die Fraktion der Tierschützer versucht zu überzeugen, dass die Integration der Tierschutzvereine in den Kulturbund anzustreben sei. Das MLF sah dieses Vorgehen als richtig an, „*um der Tierschutzbewegung den nötigen Auftrieb zu geben*“.⁸⁴⁵ Die Mitglieder der sich in Auflösung befindenden Tierschutzvereine befürchteten wahrscheinlich die völlige Wegrationalisierung ihrer Vereinigung und betrachteten die Integration in den Kulturbund als Kompromiss und Provisorium. Folglich appellierten sie an den Vorstand des Kulturbundes, die Aufgaben des Tierschutzes zu übernehmen, damit sie ihre Arbeit wie gewohnt fortsetzen konnten. Dazu wurde versucht, den Vorstand des Kulturbundes von der Aufnahme zu überzeugen. Ein Tierschützer wendet sich beispielsweise mit folgenden Worten an den Vorstand des

⁸⁴² BArch DK 1/4442, Bl. 198

⁸⁴³ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz Hildegard LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt) mit Karl KNESCHKE (Kulturbund)- Brief der H. LANGE an K. KNESCHKE vom 19.01.1952

⁸⁴⁴ SAPMO-BArch DY 27/ 183 ohne Bl.; Korrespondenz H. LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt) mit K. KNESCHKE (Kulturbund)- Brief der H. Lange an K. KNESCHKE vom 13.02.1952

⁸⁴⁵ BArch DK 1/4442, Bl. 274, Korrespondenz HA Veterinärwesen an Min. des Innern vom 20.06.1950

Kulturbundes: „*Der Tierschutz hat in jedem Volke und in aller Welt die Aufgabe, moralisch, ethisch, ästhetisch und ökonomisch zu wirken und wird dabei zum besten Gradmesser für die kulturelle Höhe und Reife eines Volkes. Hierbei unterstützen ihn die Tierschutzvereine je nach ihrer Tüchtigkeit und ihren Fähigkeiten nach besten Kräften.*“⁸⁴⁶ Die Reaktion auf solche und ähnliche Appelle war regional verschieden. Vereinzelt wurden auf das Drängen von Tierschutzinteressierten bereits 1950 einzelne örtliche Sektionen Tierschutz innerhalb des Kulturbundes gegründet. Dies war jedoch vom Vorhandensein entsprechend interessierter Bürger abhängig, wobei deren Engagement wohl häufig bestenfalls gebilligt, aber kaum erwünscht war. Bestätigt wird dieser Umstand durch die Tatsache, dass das Vorhandensein von Tierschutz-Sektionen nicht auf einer Vorschrift beruhte. Teilweise wurden sie bereits kurz nach der Gründung zur Arbeitsgemeinschaft degradiert, wo sie allenfalls innerhalb einer anderen Sektion geduldet wurden.⁸⁴⁷ In einem Artikel der ‚Deutschen Woche‘ vom 01.01.1952⁸⁴⁸ wurde vom Bundessekretär des Kulturbundes Karl KNESCHKE festgestellt, dass es keine Notwendigkeit zur Wiederbelebung der Tierschutzvereine gäbe. Die Resonanz auf diese Aussage war groß, etliche Leser reagierten empört. Von Seiten der Tierschützer gingen auf den Artikel hin etliche Forderungen nach einer Organisation für den Tierschutz ein. In einem der Leserbriefe wurde die vermeintlich untergeordnete Rolle des Tierschutzes mit diesen Worten begründet: „*Seit 1945 sind die Tierschutzvereine immer als Stiefkind behandelt worden, von einer Stelle zur anderen überwiesen, keiner wollte sie haben & keiner hatte Interesse an ihnen. (...) Die Mitglieder, soweit noch welche vorhanden waren, verloren selbst die Lust zur Sache & der Gedanke des Tierschutz schlief ein.*“⁸⁴⁹ KNESCHKE reagierte darauf mit der Aussage, dass Tierschutz nicht von der Existenz einer Organisation abhängig sei, sondern dass vielmehr die ethischen Grundsätze innerhalb eines Staates dafür verantwortlich wären. Diese Argumentation bekräftigt der Bundessekretär damit, dass Tierschutzvereine in der Vergangenheit nicht verhindern konnten, dass Tiere während zweier Weltkriege massenhaft auf barbarische Art und Weise „abgeschlachtet“ worden waren: „*Hier hätten sich die Tierliebhaber für die stumme Kreatur einsetzen können, wenn sie es schon für die sprechende nicht taten.*“⁸⁵⁰ Weiterhin stellte KNESCHKE fest, dass eine Tierschutzorganisation von den wesentlichen Fragen der menschlichen Entwicklung ablenken würde.⁸⁵¹

Mehrfach machte der Vorstand des Kulturbundes deutlich, dass eine Integration des Tierschutzes in diese Massenorganisation nicht in dessen Sinne stünde.⁸⁵² Im Mai 1952 wurde von Seiten des Kulturbundes der Vorschlag gemacht, amtliche Stellen für den Tierschutz zu errichten - sowohl im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft als auch in der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften. Konkret sollten solche amtlichen Stellen nach Ansicht des Kulturbundes dafür sorgen, dass der Tierschutz in der Öffentlichkeit mehr thematisiert wird, so zum Beispiel in Schule und Presse.⁸⁵³ Im Punkt „Erziehung und

⁸⁴⁶ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz W. WERNER mit K. KNESCHKE (ZV des KB), (Mai 1952)

⁸⁴⁷ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz T. TRAUTVETTER (Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Tierschutz Gotha) mit K. KNESCHKE - Brief der T. TRAUTVETTER vom 20.03.1952

⁸⁴⁸ Angabe laut Brief des W. WERNER an den Kulturbund vom 14.05.1952- SAPMO BArch DY 27/ 183, o. Bl.

⁸⁴⁹ SAPMO-BArch DY 27/183 Bl. 3689; Leserbrief des Erich HULE (Vorsitzender Ortsverband Weida der NDPD) an die Schriftleitung der Deutschen Woche Berlin, 03.01.1952

⁸⁵⁰ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz K. KNESCHKE mit E. HULE vom 14.01.1952

⁸⁵¹ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz K. KNESCHKE mit E. HULE vom 14.01.1952

⁸⁵² SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz W. WERNER, E. HULE, H. LANGE und T. TRAUTVETTER mit K. KNESCHKE

⁸⁵³ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz W. WERNER mit KNESCHKE (ZV des KB) – Antwortschreiben des K. KNESCHKE an W. WERNER vom 26. Mai 1952

Ausbildung“ vertrat der Kulturbund die Meinung, dass Tierschutz in einer sozialistischen Gesellschaft keine Notwendigkeit darstelle: „Wenn die Jugend im Geiste eines streitbaren Humanismus erzogen wird, wird die Tierquälerei auf ein Minimum gesenkt werden.“⁸⁵⁴ Tierschutz war, so wurde im Antwortschreiben des Kulturbundes an die Gesellschaft zum Schutze der Tiere wiederholt deutlich, kein Thema, für das sich die Organisation verantwortlich sah. Begründet wurde dies neben fehlenden Kapazitäten aufgrund schon vorhandener Arbeitsfülle damit, dass andere Institutionen, vordergründig Presse und Schule, die geeigneteren Sprachrohre seien, um die noch nötige Tierschutzarbeit zu leisten.⁸⁵⁵

Diese vom Kulturbund vertretene Ansicht änderte sich auch in den darauffolgenden Jahren nicht, wie eine Korrespondenz zwischen einigen Mitgliedern beispielhaft aufzeigt. Hier machte man keinen Hehl daraus, dass kein Interesse an der Integration von Tierschutzgruppen bestand. Dabei spielten offensichtlich auch finanzielle Interessen eine Rolle. Aus den Reihen der Partei wurde der Kulturbund darin bekräftigt, dass die Schaffung neu organisierter Tierschutzgruppen nicht notwendig sei. In einem Schreiben eines SED-Genossen vom Februar 1962 an den damaligen Bundessekretär Karl-Heinz SCHULMEISTER heißt es: „Ich teile selbstverständlich die Meinung, daß uns diese Neugründung keinen Schritt schneller zum Sozialismus bringen würde. Mit dem modernen sozial. Bewußtsein wächst die richtige Haltung des Menschen zum Tier ohnehin heraus. Und außerdem wollen sie dann auch noch Geld haben.“⁸⁵⁶

In einem Regierungsschreiben von 1965 wurde festgelegt, dass keine neuen Tierschutzvereinigungen mehr gebildet werden dürften. Die Begründung dafür lautete lapidar: „Der Tierschutz ist in unserem sozialistischen Staat eine Sache der gesamten Gesellschaft. Besondere Vereinigungen oder Fachgruppen erübrigen sich deshalb.“⁸⁵⁷ Die Festlegung hatte auch für Zusammenschlüsse innerhalb des Kulturbundes Geltung.

3.3.1.3 Tierschutz und der VKSK

Seit 1955 wurde in den zentralen Behörden unter anderem die Eingliederung der Tierschutzgruppen in die Kreisverbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter diskutiert. Die Unterbringung des Tierschutzes in diese Verbände wurde ebenso wie jene Eingliederung in den Kulturbund als Möglichkeit gesehen, dem öffentlichen Wunsch nach organisiertem Tierschutz gerecht zu werden, aber gleichzeitig die politische Kontrolle über diese Gruppen zu behalten.⁸⁵⁸ Es war örtlich verschieden, ob die Vorstände des Verbandes einer Aufnahme zustimmten oder nicht. Als Folge gab es nicht in allen Kreisen Tierschutzsparten.⁸⁵⁹ Sowohl Mitglieder bestehender Tierschutzvereinigungen als auch Vertreter des veterinärmedizinischen Fachorganes meldeten gegen eine Aufnahme in genannte Verbände Protest an. Ein Kreistierarzt plädierte beispielsweise in einem Schreiben

⁸⁵⁴ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz H. LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt) mit K. KNESCHKE (Kulturbund)- Brief des K. KNESCHKE vom 04.02.1952

⁸⁵⁵ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz Hildegard Lange (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt) mit K. Kneschke (Kulturbund)- Brief des K. Kneschke vom 04.02.1952

⁸⁵⁶ SAPMO-BArch DY 27/8301 o.Bl.; Korrespondenz zwischen Genossen Bergmann und K.- H. Schulmeister betreffs der Bemühungen um eine Tierschutzorganisation in der DDR, Initiator Gerald Götting (Kulturbund)

⁸⁵⁷ SAPMO DY 8319, o. Bl.; Schreiben des H. BÄNNINGER an K.- H. SCHULMEISTER vom 03.12.1965

⁸⁵⁸ BArch DK 1/ 4441, Bl. 85- 86; Protokoll der HV DVP und dem MLF über Verhandlung der Aufnahme einer Sparte Tierschutz in die Kreisverbände der KSK vom 23.11.1956

⁸⁵⁹ DK 1/4443, Bl. 68

an den Rat des Bezirks Magdeburg, dass Tierschutz in den Händen der Tierschutzvereine bleiben und nicht in den Verband der KSK eingegliedert werden sollte. Als Begründung führt der Veterinär auf, dass gerade in den Schrebergärten der Kleingärtner häufig Tiere unter schlechten Bedingungen gehalten würden und dass damit die Gefahr eines Interessenkonfliktes bestünde.⁸⁶⁰ Auch hochkarätige Wissenschaftler kritisierten das Vorhaben einer Integration des Tierschutzes in den VKSK teilweise auf das Schärfste. Hans PETZSCH, seinerzeit Zoodirektor in Halle/Saale und Präsident des gesamtdeutschen Verbandes deutscher Zoodirektoren⁸⁶¹ beklagte, dass der Tierschutz von der Regierung als Nebensache abgetan würde: „Diese Bagatellisierung des Tierschutzgedankens und der Tierschutzarbeit ist nicht nur ungerechtfertigt und ungebührlich unterschätzend, sondern vor allem eine riesengroße politische Dummheit von einschneidender Tragweite!“⁸⁶² PETZSCH sah die geplanten Absichten gar als Gefahr für das Streben nach Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands an. Er begründete dies damit, dass die Tierschutzbewegung der BRD eine einflussreiche Größe darstelle, die sich, sollte man von der Verniedlichung des Tierschutzes in der DDR erfahren, kontraproduktiv auf eine mögliche Wiedervereinigung auswirken könnte. Die Herabsetzung der Wichtigkeit des Tierschutzgedankens in der DDR würde die westdeutsche Presse dazu veranlassen, dieses gegen die Politik und die gesellschaftlichen Ideale der DDR zu verwenden, so PETZSCH.⁸⁶³ Ebenfalls kritisierte er, dass die Mindestzahl für die Zulassung einer Tierschutzsparte bei 200 Mitgliedern liegen sollte. Die Forderung seinerseits lautete, eine eigenständige, staatlich unterstützte, zentrale Tierschutzorganisation zu gründen, die der der BRD gleichwertig sei, um damit nicht nur den Tierschutz an sich zu fördern, sondern auch internationale Stabilität zu gewährleisten.⁸⁶⁴ Zu den Aufgaben der geplanten Sparte Tierschutz sollten nach Ansicht des MLF neben Aufklärung der Bevölkerung in Hinblick auf Tierhaltung und Tierschutz auch die Einschränkung der Hunde- und Katzenhaltung und viehseuchengesetzliche Maßnahmen, vor allem im Rahmen der Tollwutbekämpfung gehören. In der Stellungnahme wird erstmals auch die Begrenzung der Mindestanzahl Mitglieder auf 100 in Erwägung gezogen.⁸⁶⁵ In einer Aufstellung vom 19.02.1957, die die Bereitschaft der Verbände der KSK zur Aufnahme des Tierschutzes darlegen sollte, wird deutlich, dass sich ca. die Hälfte der KSK-Verbände für und die andere Hälfte gegen die Bildung einer Sparte Tierschutz in ihrem Verband ausspricht. Die Argumente dagegen waren vor allem die Befürchtung finanzieller Belastungen, die dadurch für die KSK-Verbände entstehen könnten, aber auch die häufig nicht zu erreichende Mitgliederzahl von mindestens 200 Personen. Außerdem schienen die Verbände der KSK nicht ausreichend über die Aufgaben des Tierschutzes aufgeklärt worden zu sein.⁸⁶⁶ In der `Wochenpost` vom 25.05.1957 teilte das MLF dann der Leserschaft mit, dass die Kreisverbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter einer Aufnahme einer Sparte Tierschutz mit zentraler Fachkommission zugestimmt hätten. Die Abteilungen Landwirtschaft und Veterinärwesen der Räte der Kreise würden diese Sparten anleiten und unterstützen, wodurch das MLF den Lesern eine nachhaltige Verbesserung des Tierschutzes versprach.⁸⁶⁷ Eine vom Ministerium dazu erstellte Richtlinie legte fest, dass es ab dem 30.06.1957 keinen

⁸⁶⁰ DK 1/4441, Bl. 70

⁸⁶¹ Verband deutscher Zoodirektoren- gegründet 1887, ab 1968 (bis 1990) ohne Mitglieder der DDR. Aus: http://www.zoodirektoren.de/index.php?option=com_k2&view=itemlist&layout=category&task=category&id=66&Itemid=334

⁸⁶² SAPMO-BArch DY 27/183, Bl. 47

⁸⁶³ SAPMO-BArch DY 27/183, Bl. 47

⁸⁶⁴ SAPMO-BArch DY 27/183, Bl. 47

⁸⁶⁵ SAPMO-BArch DY 27/183, Bl. 46

⁸⁶⁶ SAPMO-BArch DY 27/183, Bl. 50-52

⁸⁶⁷ BArch DK 1/4441, Bl. 26

organisierten Tierschutz mehr außerhalb der Verbände der KSK geben sollte.⁸⁶⁸ Einigen Quellen zufolge sollte die Eingliederung des Tierschutzes als Sparte in den VKSK nur vorübergehend erfolgen. Von den Tierschützern wurde diese Lösung bemängelt, da in vielen Städten die Bereitschaft des VKSK fehlte, den Tierschutz aufzunehmen. Aus diesem Grunde gab es vielerorts keine „Sparte Tierschutz“, obgleich die Rekrutierung einer solchen vom jeweiligen Kreis- oder Bezirkstierarzt befürwortet wurde. In den bestehenden Sparten erwies sich offensichtlich die Werbung von Mitgliedern als problematisch, da mit der Eingliederung in den VKSK womöglich Unklarheiten über die verfolgten Ziele einer Tierschutzsparte geschaffen wurden und sich so der falsche Personenkreis angesprochen fühlte.⁸⁶⁹ Ob eine Sparte Tierschutz gegründet wurde, lag im Ermessen der jeweiligen Kreisverbände der KSK.⁸⁷⁰ In einer Auflistung der in der DDR bestehenden Verbände und Sparten des KSK, welche 1966 vom Ministerium für Staatssicherheit erstellt wurde,⁸⁷¹ wird keine einzige Sparte „Tierschutz“ erwähnt. Es werden 9 verschiedene Fachrichtungen des Verbandes aufgeführt, der Tierschutz fehlt dabei.⁸⁷²

3.3.1.4 Regionale Unterschiede der Organisation des Tierschutzes

Der Tierschutz wurde lokal sehr verschieden praktiziert, was sich bereits in den differenten Bezeichnungen der Organisationen äußerte.⁸⁷³ Scheinbar war das Interesse für den Tierschutz ebenfalls regional unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Veterinärverwaltung des MLF stellte Anfang 1953 fest, dass die meisten Anfragen bezüglich einer Neuorganisation des Tierschutzes aus den Bezirken Dresden, Erfurt, Leipzig und Halle eingingen.⁸⁷⁴ Dies änderte sich auch im darauf folgenden Jahrzehnt kaum. Die wenigen Tierschutzvereine, die Anfang der sechziger Jahre noch existierten, waren in den Bezirken Halle, Berlin, Frankfurt/Oder und Berlin beheimatet. Die regionalen Unterschiede des organisierten Tierschutzes waren vermutlich auch auf die vermeintlich endlosen Diskussionen und die sehr verschiedenen Ansichten von Seiten der Regierung, wie und ob der Tierschutz organisiert werden soll, zurückzuführen. In der Tat sind die Angaben zur Existenz von Tierschutzvereinen in der DDR recht widersprüchlich. In einem Schreiben an die Volkskammer erwähnt der Tierschützer Ernst DEELITZ, dass die Tierschutzvereine der DDR bereits im Februar 1953 von der Volkspolizei aufgelöst worden seien. Die Vereinsmitglieder wurden angeblich damit beschwichtigt, dass stattdessen „eine umfassendere und wirkungsvollere Tierschutz-Organisation geschaffen werden würde“.⁸⁷⁵ Die Tierschützer wurden offenbar über Monate hinweg damit vertröstet, dass eine Tierschutzorganisation geplant sei, die veterinärpolizeiliche Aufgaben wahrnehmen sollte und dass auch eine entsprechende neue Verordnung dazu in Arbeit sei. Im Dezember 1954 wurde jedoch mitgeteilt, dass die Regierung eine Tierschutzbewegung als nicht mehr notwendig erachte und dass das Tierschutzgesetz sowie die „amtlichen Hilfskräfte“ die Einhaltung des Tierschutzes zur

⁸⁶⁸ SAPMO- BArch DY 27/183, Bl. 28, Schreiben der Abt. Veterinärwesen des Rates des Bezirkes Rostock (BTA Dr. KLOTZ) an das MLF vom 05.06.1957 und BArch DK 1/4441, Bl. 59

⁸⁶⁹ BArch DK 1/4443, Bl. 68; Schreiben des H. SCHÜTTING an das MLF vom 14.10.1958

⁸⁷⁰ BArch DK 1/4441, Bl. 86; Protokoll der DVP und des MLF der Besprechung vom 22.11.1956

⁸⁷¹ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 84

⁸⁷² BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 84

⁸⁷³ BArch DK 1/4442, Bl. 225; Schreiben der Toni TRAUTVETTER an das MLF, Dr. GEISSLER, vom 08.11.1952

⁸⁷⁴ BArch DK 1/4442, Bl. 216

⁸⁷⁵ BArch DK 1/4441, Bl. 146

Genüge gewährleisten würden.⁸⁷⁶ Die Regierung argumentierte gegen die Bildung privater Tierschutzvereine damit, „daß sich aufgrund des kameradschaftlichen Verhältnisses der Menschen untereinander auch das Verhältnis zu den Tieren (...) so geändert habe, daß sich die Bildung von privaten Tierschutz-Vereinen erübrige“.⁸⁷⁷ Diese Aussage deckt sich mit der am 11.05.1955 im Rahmen der Tierschutzsitzung getroffenen Feststellung, dass aufgrund der Hebung des Staatsbewusstseins der Bürger keine Tierschutzorganisation mehr nötig sei.⁸⁷⁸ In einigen Orten vertrat die dortige Polizei die Meinung, dass es gar ein Verbot für organisierten Tierschutz gäbe, welches DDR-weit Gültigkeit hätte.⁸⁷⁹ An anderer Stelle findet man die Angabe, dass es erst seit dem Ende der 50er Jahre zur Auflösung der Tierschutzvereine kam, da sie wie die übrigen privatrechtlichen Tierschutzvereine verdächtigt wurden, sich „als Sammelbecken reaktionärer Kräfte“ dem wachsamem Auge des „großen Bruders“ Staat zu entziehen.⁸⁸⁰ Aus Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gehen ähnliche Aussagen hervor. Hier erklärte man die Tierschutzvereine als Institution, die im Hinblick auf die Entwicklung der Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß wären. Außerdem merkte man an, dass die Tierschutzvereine „einen ständigen Unsicherheitsfaktor in der DDR aufgrund ihrer negativen Zusammensetzung sowie aufgrund ihrer Bestrebungen nach staatlicher Anerkennung“ darstellen würden.⁸⁸¹ Einer Quelle des Bundesarchivs zufolge scheint es trotz des zentralen Widerstandes gegen Tierschutzvereine lokal weiter bestehende Tierschutzvereinigungen gegeben zu haben, die von den örtlichen Gremien genehmigt wurden.⁸⁸² Annelies KRAUSS berichtet, dass die Bezeichnung „Verein“ nicht zulässig gewesen sei, als „Tierschutzorganisation“ durfte eine Vereinigung sich jedoch bezeichnen. Dies sei der Zeitzeugin nach zumindest in der Stadt Dresden so gehandhabt worden.⁸⁸³ Wie aus einem Schreiben eines Tierschutzvereins an das MLF hervorgeht, lag die Zahl der organisierten Tierschützer in der gesamten DDR 1958 angeblich bei rund 50 000.⁸⁸⁴ Laut Artikel 12 der Verfassung der DDR hatten alle Bürger der DDR das Recht, Vereine oder Gesellschaften zu gründen, solange diese nicht dem Strafgesetz zuwider handelten.⁸⁸⁵ Trotzdem wurden die Tierschutzvereine landesweit nach und nach aufgelöst. In Leipzig geschah dies unter Zwang der staatlichen Behörden im April 1955, das zum Verein gehörende Tierheim wurde im Zuge dessen der Stadtreinigung übergeben.⁸⁸⁶ 1962 lag die Zahl der in der DDR offiziell registrierten und „in operativer Hinsicht“ von Bedeutung erscheinender Tierschutzvereine bei 34.⁸⁸⁷ Die politischen Bestrebungen gingen dahin, diese Vereinigungen aufzulösen. Die allgemeine Begründung lautete, dass die Tierschutzvereine in der sozialistischen Gesellschaftsordnung keine „Existenzberechtigung“ mehr hätten.⁸⁸⁸ Allein die Zusammensetzung der Mitglieder schien der Regierung ein Dorn im Auge zu sein. Laut Bericht der Staatssicherheit rekrutierten sich in Tierschutzvereinen überwiegend „kleinbürgerliche Elemente“.⁸⁸⁹ Diese seien meist schon älter und gehörten häufig den

⁸⁷⁶ BArch DK 1/4441, Bl. 146

⁸⁷⁷ BArch DK 1/4441, Bl. 146, S. 2

⁸⁷⁸ BArch DK 1/4441, Bl. 105

⁸⁷⁹ BArch DK 1/4443, Bl. 5

⁸⁸⁰ LOHFINK, I. (1991), Mein Pommernbuch, S.32

⁸⁸¹ BStU MfS HA XX, Nr. 12261; Bl. 441

⁸⁸² BArch DK 1/10662, Bl. 3

⁸⁸³ KRAUSS, A. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

⁸⁸⁴ BArch DK 1/4443, Bl. 99; Schreiben Tierschutzverein Raguha an das MLF vom 18.07.1959

⁸⁸⁵ BArch DK 1/10662, Bl. 76; Gutachten über die Tätigkeit des DDR-Tierschutzes von L. HUSSEL vom 04.05.1961

⁸⁸⁶ SPERLICH, M. (2013) <http://www.tierheim-leipzig.de/Historik.aspx>

⁸⁸⁷ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 64

⁸⁸⁸ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 439

⁸⁸⁹ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 440

Berufsgruppen der Intelligenz an.⁸⁹⁰ Die Auflistung aller in der DDR bestehenden Vereine durch das Ministerium für Staatssicherheit 1966 legt dar, dass zu diesem Zeitpunkt noch 13 Tierschutzvereine mit insgesamt 5674 Mitgliedern existierten.⁸⁹¹ In Berlin gab es bis zum Jahre 1968 einen Tierschutzverein, der erst mit der Bildung des Beirats für Tierschutz und Tierhygiene 1969 offiziell aufgelöst wurde. Der 1949 für den Verein berufene Notvorstand wurde damit aufgehoben. Die dem 1. und 2. Vorsitzenden einige Jahre zuvor erteilten Vertretervollmachten der Volkspolizei wurden mit der Auflösung des Tierschutzvereines ebenfalls außer Kraft gesetzt.⁸⁹² So wie es in der Region Berlin und Umgebung bis 1968 einen Tierschutzverein gab, wurde der Tierschutz in anderen Regionen zum Teil innerhalb von Sparten des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter organisiert. Beispiele sind verschiedene Kreise Mecklenburgs oder die Oberlausitz.⁸⁹³ Allein in den Sparten der Oberlausitz sollen mehr als 1000 Mitglieder vereinigt gewesen sein.⁸⁹⁴

In Dresden soll es Zeitzeugenangaben zufolge schon in den jungen Jahren der DDR die einzige langfristig bestehende Tierschutzorganisation des Landes gegeben haben, welche bis zur Neugründung des Dresdener Tierschutzvereines 1990 die Aufgaben des praktischen Tierschutzes wahrnahm.⁸⁹⁵

Die in Erfurt lokalisierte 'Gesellschaft zum Schutz der Tiere', eine am 07.12.1951 gegründete Tierschutz-Arbeitsgemeinschaft, unterstand dem MLF. Vorstandssitzungen der Gesellschaft konnten nur in Anwesenheit eines Vertreters des Ministeriums stattfinden, die Tätigkeiten der Gesellschaft hatten sich an den vom Ministerium vorgelegten Richtlinien zu orientieren. Die Gesellschaft zum Schutze der Tiere wurde gegründet, da das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft das Tätigkeitsspektrum des Tierschutzes nicht als seine Aufgabe ansah und es weiter delegierte. Dabei wollte man jedoch die politische Kontrolle nicht abgeben.⁸⁹⁶ 1956 entbrannten in Erfurt diverse Diskussionen über die Auflösung der 'Gesellschaft zum Schutz der Tiere'. Anlass dafür war eine Mittelung des Rates der Stadt Erfurt in der Tageszeitung „Das Volk“ gewesen,⁸⁹⁷ in dem die Auflösung der Gesellschaft mitgeteilt wurde. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass Tierschutzbelange mit sofortiger Wirkung ausschließlich vom Sachgebiet Veterinärwesen der Stadt Erfurt wahrgenommen werden würden.⁸⁹⁸ Die Vorsitzende der Organisation reagierte auf den Artikel in Form eines empörten Schreibens an das MLF. Angeblich wären die Tierschützer erst durch die Zeitungsnachricht überhaupt von einer Auflösung der Gesellschaft in Kenntnis gesetzt worden.⁸⁹⁹ Die lokalen Behörden bezeichnete die Gesellschaft zum Schutz der Tiere als „illegale Gesellschaft“, welche unter anderem die veterinärhygienischen Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung behindern würde.⁹⁰⁰ Hinweise, die die endgültige Auflösung der genannten Tierschutzvereinigung belegen, konnten ebenso wie Zeitzeugen, die einst Mitglied der 'Gesellschaft zum Schutz der Tiere' waren, nicht ausfindig gemacht werden. Die im Rahmen der Arbeit gesichteten Quellen ließen keinerlei Rückschlüsse auf eine über die fünfziger Jahre hinaus gehende Existenz der Erfurter 'Gesellschaft zum Schutz der Tiere' zu.

⁸⁹⁰ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 440

⁸⁹¹ BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3, Bl. 74

⁸⁹² LAB C Rep. 112-02, Nr. 237; Schreiben der VP an den I. Vorsitzenden des TSV Berlin vom 06.01.1969

⁸⁹³ BArch DK 1/4443, Bl. 5

⁸⁹⁴ BArch DK 1/4443, Bl. 6

⁸⁹⁵ KRAUSS, A. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

⁸⁹⁶ SAPMO-BArch DY 27/183 ohne Bl.; Korrespondenz H. LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt) mit K. KNESCHKE (Kulturbund)- Brief der H. LANGE an K. KNESCHKE vom 13.02.1952

⁸⁹⁷ BArch DK 1/4442, o.Bl.; Mitteilung aus „Das Volk“ vom 26.04.1956, Nr. 98

⁸⁹⁸ BArch DK 1/4442, o.Bl.; Mitteilung aus „Das Volk“ vom 26.04.1956, Nr. 98

⁸⁹⁹ BArch DK 1/4442, Bl. 76-89

⁹⁰⁰ BArch DK 1/4442, Bl. 95

In Sachsen-Anhalt wurde der Tierschutz in den fünfziger Jahren noch als selbständiger Landesverband organisiert. Diese regionale Ungleichheit ist unter anderem auf verwaltungsrechtliche Aspekte der Geschichte der DDR zurückzuführen. Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde der bis dahin existierende Reichstierschutzbund aufgelöst. Örtliche Tierschutzvereine konnten danach die Wiederzulassung bei den jeweiligen Landesregierungen beantragen. In Sachsen-Anhalt wurde von diesem Recht vielerorts Gebrauch gemacht, wohingegen in anderen Regionen, wie beispielsweise in Sachsen, kaum Anträge gestellt wurden. Als im Rahmen der Verwaltungsreform 1952 die Landesregierungen aufgelöst wurden, waren keine Neuzulassungen von Tierschutzvereinen mehr vorgesehen. Aufgrund dieser Entwicklung existierten in den Jahren um 1960 in den Bezirken Magdeburg und Halle teilweise noch größere Tierschutzvereine, die offiziell zugelassen waren.⁹⁰¹ In den beiden Bezirken soll sich die Zahl der organisierten Tierschützer auf mehr als 10 000 belaufen haben.⁹⁰² Insgesamt unterstanden dem Landes-Tierschutz-Verband Sachsen-Anhalt 26 Tierschutzvereine.⁹⁰³ Bis 1960 besaß die Vereinigung eine Sondergenehmigung dafür, Tierschutzliteratur aus Westdeutschland zu beziehen.⁹⁰⁴ Bis dahin schienen auch Kontakte zu westdeutschen Tierschutzvereinen möglich gewesen zu sein, ein Partnerverein war hier offenbar der in Frankfurt am Main ansässige Tierschutzverein.⁹⁰⁵ Der Landes-Tierschutz-Verband Sachsen-Anhalt und die dazugehörigen Vereine galten als bedeutendste Tierschutzvereinigungen in der DDR, deren Einfluss offenbar bis über die Bezirksgrenzen hinaus reichte.⁹⁰⁶ Somit war der Verband auch ein Untersuchungsobjekt der Staatssicherheit. In ihren Berichten wird wiederholt auf die vermeintliche Gefahr hingewiesen, die durch die Mitglieder des Verbandes ausgehen sollte: „*Die Leitung kommt durchweg aus bürgerlichen Kreisen und ihre Tätigkeit entspricht auch immer noch den alten, kapitalistischen Gepflogenheiten.*“⁹⁰⁷ Es wurde auch angemerkt, dass Vorstandsmitglieder teilweise Beziehungen zu staatlichen Institutionen pflegen, um diese für Tierschutzbelange zu gewinnen.⁹⁰⁸ Ebenfalls wurde vom Staatssicherheitsdienst kritisiert, dass der Landes-Tierschutz-Verband „Drohbriefe“ an Tierquälerei schreiben würden, obwohl das außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Verbandes läge. Besonders verwerflich wäre jedoch, dass solche Briefe sogar „*gegen fortschrittliche Personen*“ gerichtet seien.⁹⁰⁹ In einer Stellungnahme über die Aktivitäten der Vereine des Landes-Tierschutz-Verbandes begründet das MfS die fehlende Notwendigkeit des Fortbestehens des Verbandes damit, dass sich ausschließlich eine Minderheit an Mitgliedern tatsächlich mit der Bekämpfung von Tierquälereien beschäftigen würde. Gleiches gelte für die „*Unterbringung und Pflege entlaufener Tiere und Fragen der Tierpflege*“.⁹¹⁰ Weiterhin fehle das notwendige politische Engagement: „*Die Vorstandsmitglieder treten nur dann fortschrittlich auf, wenn sie Belange ihres Vereins bei staatlichen Dienststellen vertreten.*“⁹¹¹ Als letzten Punkt erwähnte man wiederholt die Kontakte zur BRD, von wo aus der Vorstand des Tierschutzverbandes angeblich Zeitschriften und Medikamente für die Behandlung von Tierheimbewohnern bezog.⁹¹²

⁹⁰¹ BArch DK 1/10662, Bl. 75

⁹⁰² BArch DK 1/4443, Bl. 5 und Bl. 99, BArch DK 1/10662, Bl. 75

⁹⁰³ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 439

⁹⁰⁴ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 439

⁹⁰⁵ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 439

⁹⁰⁶ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 441

⁹⁰⁷ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 439

⁹⁰⁸ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 440

⁹⁰⁹ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 440

⁹¹⁰ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 445

⁹¹¹ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 445

⁹¹² BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 446

Der Bericht traf weiterhin Aussagen über die zum Untersuchungszeitraum noch bestehenden größeren Tierschutzvereine. Es wird deutlich, dass man an einer möglichst zeitnahen Auflösung dieser Vereinigungen interessiert war. Vereine, in denen Auflösungsstendenzen erkennbar waren, sollten dahingehend dem Einfluss noch aktiver Vereine entzogen werden. Die Mitglieder der sich in Auflösung befindenden Vereine akzeptierten die zunehmende Inaktivität offenbar teilweise nicht und versuchten, dieser entgegen zu wirken.⁹¹³ Genaue Angaben, wann es zur Auflösung des Landes-Tierschutz-Verbandes Sachsen-Anhalt kam, konnten trotz intensiver Recherchen nicht ausfindig gemacht werden.

Die Bezirke Halle und Magdeburg stellten eine der wenigen Ausnahmen im Hinblick auf organisierten Tierschutz dar. In den meisten anderen Gebieten der DDR waren bereits ab den fünfziger Jahren keine Tierschutzvereine zugelassen. Durch die uneinheitliche Vorgehensweise der Behörden ergab sich insgesamt eine Rechtsungleichheit. Teilweise war die Regelung innerhalb eines Bezirkes verschieden, wenn in einem Kreis ein Tierschutzverein existierte, in einem anderen Kreis hingegen keiner zugelassen war.⁹¹⁴ 1965 existierte weiterhin der Tierschutzverein Magdeburg als eingetragener Verein. Außerdem erwähnen Quellen Reste des ehemaligen Tierschutzvereins Halle, welche scheinbar 1965 noch fortbestanden.⁹¹⁵ Der Regierung waren diese noch existierenden Vereinigungen ein Dorn im Auge. Man versuchte, sie zu sabotieren und damit die Auflösung zu beschleunigen. Dazu erging die Anweisung an die involvierten Räte der Kreise, die noch bestehenden Vereine weder zu unterstützen noch Genehmigungen zum Druck von Informationsmaterial zu erteilen.⁹¹⁶ Der Landes-Tierschutz-Verband Sachsen-Anhalt wurde schließlich aufgelöst und erst 1991 wieder gegründet.⁹¹⁷ Auch in Halle schienen die Bemühungen der Staatsführung Früchte getragen zu haben, so dass es dort später offensichtlich keinen organisierten Tierschutz mehr gab. Eine Zeitzeugin berichtet, dass keine Möglichkeit bestand, Tiermisshandlungen oder Tierquälereien anzuzeigen. Diese seien in keiner Weise verfolgt worden. Besonders häufig sollen hier Tierquälereien an Katzen stattgefunden haben, was auch durch die offensichtlich hohe Anzahl von verwilderten Straßenkatzen zustande kam. Einzelne Tierschützer, meist ältere Leute, die Mitleid hatten, fütterten diese Katzen zum Teil regelmäßig auf eigene Kosten. Unter diesen privaten Tierschützern sei bekannt gewesen, dass es einen „Tierschutz“ in Halle geben sollte, aber niemand wusste offenbar, wo dieser seinen Sitz hatte und wen man hier kontaktieren konnte. Die vermeintliche Institution sei nicht einmal im Telefonbuch zu finden gewesen, geschweige denn, dass Pressemitteilungen über sie erschienen, so Regina KRIEG. Die Zeitzeugin kam zu dem Schluss, dass es bis zur Wende schlicht keinen Tierschutz gegeben habe.⁹¹⁸

3.3.2 Organisierter Tierschutz und dessen Entwicklung ab 1968

Um der Weisung der Partei nach staatlicher Kontrolle und der Forderung der Bürger nach einer Institution für den Tierschutz gerecht zu werden, wurde vorerst im Raum Groß-Berlin ein „Beirat für Tierschutz und Tierhygiene“ einberufen. Ab 1973 entstanden nach dem Berliner Modell in mehreren großen Städten der DDR solche Beiräte. Sie nahmen bis zur

⁹¹³ BStU MfS HA XX, Nr. 12261, Bl. 449

⁹¹⁴ BArch DK 1/10662, Bl. 75

⁹¹⁵ SAPMO DY 8319, o. Bl.; Schreiben des H. BÄNNINGER an K.- H. SCHULMEISTER vom 03.12.1965

⁹¹⁶ DK 1/4443, Bl. 15, 18; Schreiben des Ministerium des Innern (VP) an das MLF 20.08.1958

⁹¹⁷ POHLMANN, M. (2013), Mündliche Mitteilung vom 30.05.2013

⁹¹⁸ KRIEG, R. (2013), Mündliche Mitteilung vom 04.06.2013

Wende offiziell Aufgaben des Tierschutzes wahr. Die Bevölkerung wurde daneben darüber unterrichtet, dass Vereine zur Umsetzung des Tierschutzgedankens nicht mehr notwendig seien, wie beispielsweise folgender Absatz der Sächsischen Zeitung demonstriert: *„Der Tierschutz (...) arbeitet heute nicht mehr auf Vereinsbasis, denn er geht alle an, ist ein Teil des Naturschutzes. Nur gemeinsam werden wir erreichen, daß sich ein Verhältnis zum Tier herausbildet, das unserer Gesellschaftsordnung entspricht.“*⁹¹⁹

Die Zeitzeugin Jutta HINZ schildert, dass es hauptsächlich auf Privatinitiative zurückging, wenn tierschutzrelevante Probleme gelöst wurden. Dass sich nur wenige Einzelpersonen für den Tierschutz einsetzten, führt sie vor allem darauf zurück, dass man als Tierschützer schnell in das Visier der Staatssicherheit geriet. HINZ schildert, dass einzelne Tierschützer trotz aller Widrigkeiten mit Geduld und Beharrlichkeit kleine Verbesserungen erreichen konnte. Als Beispiele nennt sie das Verbot des Aalgreifens im Kreis Frankfurt/Oder oder das zeitweise Entfernen der Schellen an den Geschirren der Ponys, die auf Jahrmärkten in Karussellen eingesetzt wurden. Auch das Erwirken eines Hundehaltungsverbotess beziehungsweise die Wegnahme eines Hundes bei Tierquälerei konnte offenbar durch die hartnäckige Initiative einzelner Personen erreicht werden.⁹²⁰

Im Rahmen der sich ab Mitte der achtziger Jahre entwickelnden kirchlichen Umweltbewegung wurden vereinzelt Tierschutzgruppen gebildet. Als aktive Gruppen sind hier vor allem die Tierschutzgruppen in Leipzig und Dresden zu nennen. Die Tierschutzarbeit innerhalb der Kirche war allenfalls eine Ausnahme und war auf das Engagement von einigen wenigen Menschen zurückzuführen.

3.3.2.1 Die Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene

Die Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene sollten als „Gremium des örtlichen Staatsapparates“ mit vornehmlich beratenden Aufgaben aus dem Sektor des Veterinärwesens gegründet werden.⁹²¹ In Berlin wurde bereits am 18.11.1968 der ´Beirat für Tierschutz und Tierhygiene Berlin` gegründet.⁹²² Dessen Prinzipien bildeten die Basis für eine Neuordnung des Tierschutzes in der DDR, welche durch die ´Anordnung über die Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene` vom 04.07.1974 komplettiert wurde. In Berlin wurde der Bezirkstierarzt beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft damit beauftragt, diesen Beirat zu bilden, in welchem er gleichzeitig das Amt des Vorsitzenden übernehmen sollte.⁹²³ Ab 1973 entstanden auch im übrigen Raum der DDR auf Basis dieser Anordnung Kommissionen, die sich aus vornehmlich ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern rekrutierten. Grund dafür waren die zahlreicher werdenden Beschwerden zu Tierschutzproblemen seitens der Bürger.⁹²⁴ Besonders in den Städten gab es augenscheinlich oft Tierschutzprobleme, die der Handlung bedurften. Zu nennen sind hier vor allem vernachlässigte Hunde und Katzen, streunende Tiere und herrenlose, sich unkontrolliert vermehrende Katzen.⁹²⁵ Die Anordnung regelte unter anderem die Zuständigkeit der Beiräte, welche zwar den Tierschutz privater Tierhaltungen umfasste, aber ausdrücklich die

⁹¹⁹ Anonym (1972) in: Sächsische Zeitung vom 26.11.1972 aus: Privatarchiv KRAUSS, A. (2010)

⁹²⁰ HINZ, J. (2013), Mündliche Mitteilung vom 29.05.2013 und SAPMO-BArch DY 30/1929, Bl. 235-244

⁹²¹ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 768

⁹²² LAB C. Rep. 112-02, Nr. 237

⁹²³ ZENGERLING, L. (2007), Vet. med. Diss. Hannover, S. 93

⁹²⁴ BEHRENDT, I.: Persönliche Mitteilung an BUSCH, B. (1994)

⁹²⁵ BEHRENDT, I. (2010): Persönliche Mitteilung

Zuständigkeit für die Einhaltung des Tierschutzes in den Produktionsgenossenschaften und sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben ausschloss. Begründet wurde dies von staatlicher Seite wie folgt: *„Die Entwicklung der industriemäßigen Tierproduktion in der sozialistischen Landwirtschaft macht den Tierschutz im traditionellen Sinne durch optimale hygienische Bedingungen der Tierhaltung, die ständige Erhöhung des Bildungsgrades der Werktätigen der Landwirtschaft, die Anwendung leistungsstimulierender Technologien usw. gegenstandslos.“*⁹²⁶ Man wollte verhindern, dass der Ablauf der Produktion durch Tierschutzaktivitäten in den Betrieben gestört wird.⁹²⁷ Die Tierschutzbeiräte waren vor allem in den Städten und größeren Gemeinden tätig. Die wenigen bestehenden Tierschutzvereine der DDR wurden in diese Beiräte integriert, um staatliche Kontrolle gewährleisten zu können.⁹²⁸ Die Leitung der Beiräte sollte von „politisch und fachlich“ geeigneten Tierärzten übernommen werden⁹²⁹, was diesen Aspekt unterstreicht. Weiterhin waren in den Beiräten Mitarbeiter des Kreisrates, des Gesundheits- und Veterinärwesens sowie in geringer Zahl auch sachkundige Bürger als Mitglieder vertreten. Im Paragraphen 3 der ‚Anordnung über die Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene‘ wurde die Zusammensetzung der Beiräte bestimmt. Das damit bezweckte Ziel war, ausschließlich *„fachlich, beruflich und gesellschaftlich geeignete Bürger“*⁹³⁰ einzuberufen. Als „geeignet“ galten beispielsweise Vertreter der Hundesportorganisationen des VKSK oder Hundehalter des Jagdwesens.⁹³¹ Die Anleitung und Kontrolle der Beiräte unterlag dem Kreistierarzt. Auf Vorschlag des Kreistierarztes wurden die Beiratsmitglieder vom Vorsitz des örtlichen Rates berufen. Diese Mitglieder leisteten ihre Arbeit ehrenamtlich.⁹³² Als Aufgaben der Beiräte wurden die *„Mitwirkung bei der Durchsetzung tierseuchenprophylaktischer Maßnahmen“*, die *„Popularisierung einer ordnungsgemäßen Tierhaltung, Fütterung, Pflege und Hygiene“* und die *„Aufklärung der Bevölkerung über Maßnahmen zum Schutze des Menschen vor durch Tiere übertragbaren Krankheiten“* festgelegt.⁹³³ Dazu gehörte auch die Beurteilung von privaten Tierhaltungen bei Nachbarschaftsstreitigkeiten. Diese wurden der zuständigen Schiedskommission mitgeteilt, welche eine Entscheidungsfindung im Rahmen außergerichtlicher Verfahren erwirkte.⁹³⁴ Die Notwendigkeit der Bildung der Beiräte war nicht zwingend vorgeschrieben und sollte in erster Linie dem Schutz des Volksvermögens gelten. Diese Vorstellung wurde untermauert mit der Aussage, dass der Tierschutz in der sozialistischen Landwirtschaft aufgrund der Anwendung moderner Produktionsverfahren überflüssig geworden sei.⁹³⁵ Die Beiräte hatten deshalb ihre Aktivitäten auf die private Haus- und Heimtierhaltung zu beschränken.⁹³⁶ Im Beirat von Berlin begründete man das Ausklinken aus dem Bereich landwirtschaftlicher Tierhaltungen ebenfalls damit, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Landwirtschaft den Tierschutz obsolet werden ließe: *„In unserer Republik werden immer umfangreicher wissenschaftlich begründete und erprobte Methoden der Tierhaltung und – pflege angewandt. Schon allein dadurch sind allgemeingültige Forderungen des Tierschutzes erfüllt.“*⁹³⁷ Die Koordination des Betriebens

⁹²⁶ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), S. 238- 239

⁹²⁷ SEIDEL, S. : http://www.tierbefreier.de/tierbefreiung/55/tiere_in_der_ddr.html, S. 2

⁹²⁸ BURCKHARDT, A. (1990), S. 12- 15 sowie LÖTSCH, D., SCHULZE, D. (Hrsg.) (1975), S.239

⁹²⁹ HÄNDEL, U. M. (1990), S. 48- 50

⁹³⁰ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769

⁹³¹ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769

⁹³² ZENGERLING, L. (2007), Vet. med. Diss. Hannover, S.95

⁹³³ LÖTSCH, D., SCHULZE, D., BURCKHARDT, A.(Hrsg.) (1986), S. 247

⁹³⁴ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 153

⁹³⁵ LÖTSCH, D., SCHULZE, D., BURCKHARDT, A.(Hrsg.) (1986), S. 247

⁹³⁶ LÖTSCH, D., SCHULZE, D., BURCKHARDT, A.(Hrsg.) (1986), S. 247

⁹³⁷ WUNDERLICH, H. (1980), S. 229 - Zitat FRITZENWANKER (1978), Vorsitzender des Beirates in Berlin

von Tierheimen, der amtliche Tierfang, auch Kontrolle von Zoohandlungen, Hundesalons und Tierparks wurden den Beiräten als Aufgaben übertragen.⁹³⁸ Bei Beanstandungen von Tierhaltungen war die Mitwirkung der Beiräte im VKSK möglich.⁹³⁹ Weiterhin gehörte die Vermittlung von Fundtieren zu den Tätigkeiten der Beiräte, was oft auf unbürokratischem Weg durch Eigeninitiative einzelner Beiratsmitglieder realisiert werden musste, da Tierheimplätze rar oder gar nicht vorhanden waren.⁹⁴⁰ Die Bearbeitung von Eingaben der Bürger nahm im Laufe der Zeit insgesamt zu, was höchstwahrscheinlich vor allem an der steigenden Anzahl von Tierhaltungen lag. Im Beirat Berlin wurden im Jahre 1979 mehr als 200 Eingaben bearbeitet, wovon die Mehrzahl der Fälle vernachlässigte Hunde betraf.⁹⁴¹ Auf jede Eingabe eines Bürgers sollte mit einer Empfangsbestätigung geantwortet werden. Teilweise war auch eine Stellungnahme über die weitere Bearbeitung der Anzeige vorgesehen.⁹⁴² Mitglieder des Beirates hatten hier die Befugnis, die Tierhaltungen zu kontrollieren, gegebenenfalls Auflagen zur Verbesserung der Haltung zu erteilen und deren Erfüllung durchzusetzen beziehungsweise mit Hilfe staatlicher Organe zu erzwingen. Zumeist war der Ablauf jedoch so, dass der Beirat ausschließlich in beratender oder begutachtender und gutachterlicher Tätigkeit zur Unterstützung für den Kreistierarzt oder den örtlichen Rat agierte.⁹⁴³ Einer der Schwachpunkte bei der Tätigkeit der Beiräte war laut RICHTER und GRÜNBAUM die fehlende Möglichkeit, „neben einer kontinuierlichen und planmäßigen Arbeit auch schnell und kurzfristig zu reagieren“.⁹⁴⁴ Weiterhin war die Arbeitsweise und Organisation der verschiedenen Beiräte in den Städten offenbar sehr unterschiedlich, was dazu führte, dass republikweit weder ein einheitliches Vorgehen noch eine Gleichheit in der Beurteilung bestimmter Situationen vorlag.⁹⁴⁵ Laut Zeitzeugenaussagen wurde aktiver Tierschutz von den Mitgliedern der Beiräte oft nicht praktiziert. Hiernach waren die Beiräte zumeist nur bestehende Kommissionen. KRAUSS berichtet, dass praktische Tierschutzarbeit stattdessen von den ehrenamtlichen Mitgliedern der Tierschutzgruppen wahrgenommen wurde, welche den Beiräten unterstellt waren.⁹⁴⁶

Die Relevanz der Beiräte für eine Verbesserung des Tierschutzes wird rückblickend insgesamt als gering eingeschätzt. Die Existenz der Beiräte war kaum bekannt, so dass sich selbst ehemalige praktische Tierärzte, die als Zeitzeugen befragt wurden, häufig nicht an sie erinnern konnten⁹⁴⁷, was sich bei der Recherche zu vorliegender Arbeit bestätigte. Folgende Aussage SEIDELs untermauert diese Feststellung: „Die Beiräte blieben wirkungslose Dekoration eines Staates, der Ökologie- und Tierschutzfragen kompromisslos der Ökonomie unterordnete.“⁹⁴⁸ HÄNDEL erwähnt, dass es allenfalls die politische Lenkung war, die unter dem Deckmantel „Tierschutz“ bis in private Tierhaltungen hinein durch die Beiräte vollzogen werden konnte.⁹⁴⁹

⁹³⁸ ZENGERLING, L. (2007), Vet. med. Diss. Hannover, S. 144

⁹³⁹ WUNDERLICH, H. (1980), S. 230

⁹⁴⁰ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 152

⁹⁴¹ WUNDERLICH, H. (1980), S. 230

⁹⁴² LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 15

⁹⁴³ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769-770

⁹⁴⁴ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769

⁹⁴⁵ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 771

⁹⁴⁶ KRAUSS, A. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

⁹⁴⁷ BUSCH, B. (2010), Persönliche Mitteilung

⁹⁴⁸ SEIDEL, S. : http://www.tierbefreier.de/tierbefreiung/55/tiere_in_der_ddr.html, S. 2

⁹⁴⁹ HÄNDEL, U. M. (1990), Der Praktische Tierarzt 71, Heft 4, S. 49

Abb. 4: Mitgliedsausweis der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene Dresden⁹⁵⁰

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p style="text-align: center;">Aufgaben des Beirates für Tierschutz und Tierhygiene</p> <p>Anleitung und Aufklärung der Bevölkerung und der Tierhalter außerhalb der sozialistischen Landwirtschaft in den Fragen der Tierhaltung und Tierhygiene sowie unmittelbare Einwirkung auf Tierhalter bei Verstößen gegen das Veterinär-gesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. 6. 1962 und gegen das Tierschutzgesetz vom 24. 11. 1933.</p> <p>Die Mitarbeiter des Beirates für Tierschutz und Tierhygiene sind tätig auf Beschluß des Rates der Stadt Dresden vom 24. 4. 1975 und der AO über Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene vom 4. 7. 1973.</p> <p>Sie sind berechtigt, bei groben Vergehen bzw. Unbelehrbarkeit die staatlichen Organe, die Volkspolizei und die Organe der Justiz zur Unterstützung anzurufen.</p> <p style="text-align: right;">III-9-17 lt 2943/75</p> | <p style="text-align: center;">Rat der Stadt Dresden Beirat für Tierschutz und Tierhygiene</p> <hr/> <p style="text-align: center;">Ausweis Nr.</p> <p style="text-align: center;">Foto</p> <p style="text-align: center;">Dienstsiegel</p> <p style="text-align: center;">Dieser Ausweis ist gültig für das Gebiet Dresden-Stadt und gilt nur in Verbindung mit dem Personalausweis.</p> <p style="text-align: center;">..... Unterschrift</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Beirat für Tierschutz und Tierhygiene in Berlin als Modell

Bis 1968 gab es in Berlin den 'Tierschutzverein Berlin und Umgebung'. Dessen Tätigkeit wurde 1968 für beendet erklärt, der 1949 von der Polizei Berlin eingesetzte Notvorstand des Tierschutzvereins und dessen Ermächtigungen wurden im Zuge der Gründung des Beirates für nichtig erklärt. Mit der Bildung des Beirates für Tierschutz und Tierhygiene in Berlin sollte „*ein wesentlicher Schritt zur Erhöhung der Wirksamkeit des Tierschutzes*“ umgesetzt werden. Ebenfalls sollte damit auf Grundlage des Artikels 15 der Verfassung der DDR der „*breitesten Forderung der Bürger zur Mitgestaltung des Tierschutzes*“ Folge geleistet werden.⁹⁵¹ Als Argumente für die Gründung des Beirates bei gleichzeitigem Beenden der Tätigkeit des Tierschutzvereines wurden genannt:⁹⁵²

Tierschutz unter staatlicher Leitung sei wirkungsvoller als der auf Vereinsebene praktizierte, er könne nun „*in eine sinnvolle, feste und klare Hand*“⁹⁵³ genommen werden.

Der Terminus Tierschutz müsse weiträumiger gesehen werden, die daraus entstehenden Aufgaben seien von einem Tierschutzverein nicht zu lösen. Dabei bestünde die Möglichkeit, ehemalige Mitglieder des Tierschutzvereines im Rahmen einer Fördergemeinschaft mit einzubeziehen.

⁹⁵⁰ Zur Verfügung gestellt von KRAUSS, A. (2010)

⁹⁵¹ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 2

⁹⁵² LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 7

⁹⁵³ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 7

Im Rahmen der Arbeit des Beirates sollte Tierschutz zukünftig als Unterrichtsstoff in Schulen thematisiert werden.⁹⁵⁴

Die Eingaben von Bürgern in der Anfangszeit des Beirates in Berlin bezogen sich hauptsächlich auf verwilderte Haustauben und vernachlässigte Hunde. Bereits nach einigen Wochen des Bestehens wurde von Beiratsmitgliedern angeregt, dass ehemalige Vereinsmitglieder für die Bearbeitung des Problems der verwilderten und sich unkontrolliert vermehrenden Katzen zurückgewonnen werden. Der Fang dieser Tiere wurde bis zur Auflösung des Tierschutzvereines von Mitgliedern unter der Leitung des Tierheimes Berlin vorgenommen und sollte nun in dieser Form wieder aufgenommen werden.⁹⁵⁵ Hinweise auf Haltungsmängel oder vernachlässigte Tiere wurden häufig weiter delegiert. Derartige Anzeigen wurden meist von Mitarbeitern des Tierheimes Berlin „operativ bearbeitet“.⁹⁵⁶ Die Anzahl der Eingaben durch Bürger beim Beirat Berlin stieg mit den Jahren kontinuierlich an. Im Jahre 1977 wurden 126 Tierschutzeingaben registriert, 1978 stieg diese Zahl auf 189 Eingaben und 1979 wurden bereits mehr als 200 Meldungen für den Stadtbereich Berlin verzeichnet. Die meisten Eingaben erfolgten nach WUNDERLICH wegen „Vernachlässigung von Hunden durch ihre Besitzer und der damit verbundenen Belästigung der Nachbarn“.⁹⁵⁷

Als Schwerpunkte der Arbeit des Beirates in Berlin wurden die Öffentlichkeitsarbeit und die Versuchstierkunde genannt. Als Öffentlichkeitsarbeit galten beispielsweise die Publikation von Broschüren über Hunde-, Katzen- und Ziervogelhaltung.⁹⁵⁸ Auch „pädagogische Handreichungen“, die über den richtigen Umgang mit Luftdruckgewehren informierten, wurden vom Beirat für Tierschutz und Tierhygiene herausgebracht, vermutlich um über die „sachgemäße“ Entfernung von verwilderten Haustauben zu informieren.⁹⁵⁹ Die meisten vom Beirat publizierten Merkblätter und Broschüren beinhalteten seuchenprophylaktische Maßnahmen und die Aufklärung über Zoonosen.⁹⁶⁰

3.3.2.2 Diskussion der Bedeutung der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene

Vielen Bürgern der DDR war es nicht bekannt, dass Gremien wie die Beiräte bestanden. Dies lag vermutlich unter anderem daran, dass die Existenz dieser Institutionen davon abhängig war, wie ausgeprägt das Interesse der lokalen Entscheidungsträger am Tierschutz war. Es gab keine Vorschrift, ab welcher Einwohnerzahl Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene vorhanden sein mussten. Ohne die systematische Bildung von Beiräten konnte demnach offenbar auch keine flächendeckende Arbeit der Beiräte stattfinden, zumal deren Kompetenzen ohnehin durch den Ausschluss der Mitsprache am Geschehen in Landwirtschaftsbetrieben stark eingeschränkt waren. Bei den ehrenamtlichen Helfern der Beiräte stieß diese Regelung durchaus auf Kritik.⁹⁶¹ Mancherorts konnten Beiratsmitglieder trotz der rechtlich fixierten Einschränkungen des Verantwortungsbereiches durch diplomatisches Geschick die Verantwortlichen der Genossenschaften von

⁹⁵⁴ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 7

⁹⁵⁵ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 18

⁹⁵⁶ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 30

⁹⁵⁷ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. Med. Diss. habil. S. 230

⁹⁵⁸ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 22

⁹⁵⁹ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 21

⁹⁶⁰ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 21 und 32

⁹⁶¹ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 149

Optimierungsmaßnahmen in der Tierhaltung überzeugen und sich im Interesse des Tierschutzes auf diese Weise mit einbringen.⁹⁶² Ingeborg LOHFINK, ehemaliges Beiratsmitglied im Beirat für Tierschutz und Tierhygiene Greifswald, wagte es entgegen der Bestimmungen einmal, sich in die Belange einer LPG einzumischen. Den Schilderungen der Zeitzeugin zufolge standen in einer Ortschaft nahe Greifswald 1986 fast 200 Färsen kurz vor dem Hungertod, was eine Anwohnerin zur anonymen Beschwerde veranlasst hatte. LOHFINK kontaktierte daraufhin den zuständigen Betriebsleiter und konnte angeblich durch Verhandlungen mit diesem erreichen, dass die Tiere umgehend mit Futter ausreichender Menge und Qualität versorgt wurden. Die Konsequenz daraus war eine Abmahnung LOHFINKs durch den Beirat. Außerdem legte man ihr den Austritt aus selbigem nahe. Den Ausschluss aus dem Greifswalder Tierschutzbeirat konnte die Tierschützerin offenbar nur umgehen, indem sie beim Staatsrat in Berlin persönlich vorsprach und ihr Handeln mit dem Abwenden eines drohenden volkswirtschaftlichen Verlustes in Millionenhöhe rechtfertigte. Da sie somit im „gesellschaftlichen Interesse“ agiert hatte, konnte die Zeitzeugin nach einigen Ermahnungen der leitenden Beiratsmitglieder ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Beirat weiterführen.⁹⁶³

Die Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene unterstanden dem Kreistierarzt. Von dessen Engagement für Tierschutzbelange hing laut BEHRENDT und WUNDERLICH auch die Effektivität der Tätigkeit der Beiräte ab.⁹⁶⁴ War genügend Unterstützung und Motivation von Seiten des entsprechenden Kreistierarztes vorhanden, konnten die Beiräte durchaus wirksam arbeiten. War dem Kreistierarzt der Tierschutz eher lästig, hatten die Mitglieder der Beiräte wenig Handhabe. Die Bedeutung der Beiräte für den Tierschutz hing vermutlich auch vom persönlichen Engagement der Mitglieder ab, was offenbar in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich war.⁹⁶⁵ Ebenfalls von Wichtigkeit war die Befürwortung der Aktivitäten seitens der Stadträte. LOHFINK berichtet von der finanziellen Unterstützung des Druckes von Merkblättern für Tierhalter durch den Stadtrat Greifswald, was von den Mitgliedern des dortigen Beirates vor der Wiedervereinigung als großer Erfolg gewertet wurde: „*Diese zweitausend Faltblätter (...) waren uns im sozialistischen Alltagsgrau und Stillstand ein Hoffnungszeichen für Zukunft und Entwicklung.*“⁹⁶⁶

Siegfried WEND, ein ehemaliger Leipziger Pfarrer, der sich zeitlebens für den Tierschutz einsetzte, trat 1974 dem Leipziger Beirat für Tierschutz und Tierhygiene bei. Seinen baldigen Austritt aus dem Gremium begründete er angeblich damit, dass „*keinerlei Tierschutzinteressen vertreten wurden*“.⁹⁶⁷

⁹⁶² LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 154

⁹⁶³ LOHFINK, I. (1991), Vorpommern, S. 159-161

⁹⁶⁴ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010 und WUNDERLICH, H. (2010), Mündliche Mitteilung vom 25.05.2011

⁹⁶⁵ BEHRENDT, I. (2010), Mündliche Mitteilung

⁹⁶⁶ LOHFINK, I. (1991), Mein Pommernbuch, S. 31

⁹⁶⁷ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/2007, S. 15

3.3.2.3 Tierschutz in Dresden

Die Stadt Dresden nahm im Tierschutz der DDR gewissermaßen eine Sonderstellung ein. Hier soll bis zur Wende die DDR-weit einzige Tierschutzorganisation bestanden haben, der rund 40 ehrenamtlich arbeitende Mitglieder angehörten. Die „Tierschutzorganisation der Stadt Dresden“ existierte neben dem städtischen Beirat für Tierschutz und Tierhygiene, welche als Kommission bestand. Zusätzlich wurde vom Dresdener Stadtrat eine Tierschutzbeauftragte eingesetzt, welche wie der Beirat und die Tierschutzorganisation dem zuständigen Kreistierarzt unterstellt war. Die „Tierschutzbeauftragte der Stadt Dresden“ wurde 1975 erstmals einberufen. Die ehemalige Amtsinhaberin Annelies KRAUSS vermutet, dass die Schaffung der Stelle auch auf ihre persönlichen Kontakte zu bestimmten Mitgliedern des Stadtrates zurückzuführen war. Im Rahmen ihrer Arbeit war KRAUSS ihren Angaben zufolge befugt, Tierschutzfälle zu verfolgen und zu bearbeiten. Unterstützt wurde sie dabei vom Kreistierarzt und bei Bedarf auch von der Polizei und Staatsanwaltschaft. Praktischer Tierschutz soll vornehmlich durch die Tierschutzorganisation getätigt worden sein, der Tierschutzbeirat dagegen bestand Angaben der Zeitzeugin nach allenfalls als Kommission. Einmal monatlich fand eine Versammlung der Tierschutzorganisation statt, bei der Vorträge mit fachspezifischen Themen gehalten wurden, so KRAUSS. Referenten waren dabei angeblich Personen, die fachlich mit Tierschutzthemen konfrontiert waren, beispielsweise Tierärzte. Die monatlichen Treffen inklusive der Vorträge, aber auch andere Tätigkeiten der Organisation wurden von der Stadt Dresden finanziell unterstützt. Auch die jährliche Weihnachtsfeier sowie kleinere Sachpreise, die den Mitgliedern als Auszeichnungen für besonderes Engagement verliehen wurden, sollen durch die Stadt finanziert worden sein. KRAUSS erwähnt, dass die Existenz einer Tierschutzbeauftragten sowie einer Tierschutzorganisation in Dresden das Interesse anderer Großstädte weckte. Der Zeitzeugin zufolge sollen in einigen wenigen Städten der DDR nach dem Vorbild Dresdens amtliche Stellen für den Tierschutz geschaffen worden sein. Auch der Tierschutzorganisation ähnliche Vereinigungen sind wohl auf diesem Wege vereinzelt gegründet worden. Beides sei allerdings von der Unterstützung und dem Befürworten des jeweiligen Kreistierarztes abhängig gewesen. Vielerorts scheiterte die Schaffung von organisiertem Tierschutz KRAUSS nach genau an diesem Punkt, da die Veterinäre scheinbar mit der Einführung von Tierschutzstellen erhebliche Mehrarbeit und zusätzliche Konflikte befürchteten.⁹⁶⁸

Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Tierschutzfälle durch KRAUSS waren ihren Angaben nach gut. Als Beispiel dafür dient ein Antwortschreiben der Staatsanwaltschaft Dresden, in dem auf die Beschwerde von KRAUSS hin in einem von der Volkspolizei bereits beendeten Vorgang erneut ermittelt wurde. In dem Fall ging es um die Tötung einer Katze. Die Tierschutzbeauftragte KRAUSS hatte sich an den Staatsanwalt gewendet, nachdem die Polizei den Fall bereits zu den Akten gelegt hatte, da kein Täter ermittelt werden konnte. Der Staatsanwalt veranlasste daraufhin die Aufhebung der Entscheidung der Volkspolizei und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.⁹⁶⁹

KRAUSS wurde als Tierschutzbeauftragte und Vorsitzende der Tierschutzorganisation in verschiedene Institutionen berufen. So erfolgte beispielsweise 1968 die Ernennung zum Mitglied des Jagdbeirates der Kreisjagdbehörde. Im entsprechenden Berufungsschreiben formulierte man als Zweck der Einberufung von Frau KRAUSS: *„Die Kreisjagdbehörde sowie der Jagdbeirat erwarten von Ihnen, daß durch Ihre Mitgliedschaft als Vorsitzende der*

⁹⁶⁸ KRAUSS, A. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

⁹⁶⁹ Schreiben des Staatsanwaltes der Stadt Dresden vom 13.03.1967 an KRAUSS, A. aus:
KRAUSS, A. (2010), Privatarchiv

*Tierschutzorganisation der Stadt Dresden die Fragen des Tierschutzes in der Jagd stets zur Zufriedenheit der Jagdwirtschaft und des Tierschutzes gelöst werden.*⁹⁷⁰ Inwieweit die Tierschutzbeauftragte durch ihre Einberufung tatsächlich praktischen Einfluss auf Tierschutzaspekte im Jagdwesen hatte, bleibt aufgrund fehlender Angaben der Zeitzeugin dazu offen. KRAUSS berichtet weiterhin, dass sie in der Funktion als Tierschutzbeauftragte zu Tagungen internationaler Tierschutzorganisationen entsendet wurde. Eine überstaatliche Institution, in deren Verwaltungsausschuss KRAUSS 1973 gewählt wurde, war die „International Association Against Painful Experiments on Animals“⁹⁷¹, deren Sitz sich in London befand. Die Vereinigung hatte beratende Funktionen innerhalb der UNO. Bei der Durchsicht der von der Zeitzeugin zur Verfügung gestellten Materialien wird deutlich, dass sich die Erlaubnis zur Teilnahme an den Tagungen lediglich auf das sozialistische Ausland beschränkte. Als die Tagung der „International Association Against Painful Experiments on Animals“ 1973 in London stattfand, wurde KRAUSS trotz Einladung und Ankündigung der Einberufung als Mitglied des Verwaltungsausschusses nicht zur Teilnahme entsendet. In einem Schreiben an den Rat der Stadt Dresden, welche die Wahl von KRAUSS in den Verwaltungsausschuss der Organisation mitteilte, äußert sich der Generalsekretär der Organisation teils bedauernd, teils verwundert, über das unbegründete Fehlen der Tierschutzbeauftragten: *„Wir bedauern es außerordentlich, dass auf Grund unbekannter Umstände Frau Krauss nicht in der Lage war, unsere Generalversammlung in London zu besuchen, aber wir freuen uns, dass zu unserem Verwaltungsausschuss nun auch ein Bürger der DDR gehört.“*⁹⁷²

Offen bleibt die Antwort auf die Frage, warum in Dresden eine Tierschutzorganisation sowie eine staatlich bestellte Tierschutzbeauftragte existierten. Beides hatte in der DDR Ausnahmestatus. Sicherlich war die Schaffung der Institution, die zumindest dem Namen nach eine „Organisation“ war, von der Zustimmung des Rates der Stadt Dresden abhängig, so dass ein gewisses Interesse am Tierschutz vorhanden gewesen sein dürfte. Es lässt sich allenfalls vermuten, dass die staatlich gelenkte Tierschutzorganisation mit dem Vorsitz der Tierschutzbeauftragten als Paradebeispiel zu repräsentativen Zwecken geschaffen wurde. Somit hätte sich die DDR die Möglichkeit verschafft, auch international ihr Interesse am Tierschutz zu bekunden, ohne dass im Land tatsächlich organisierter Tierschutz zugelassen werden musste. Dass Bezeichnung „Organisation“ aus diesen Gründen nicht zufällig gewählt wurde, ist rein spekulativ.

Ab den achtziger Jahren entwickelten sich zusätzlich zu den bestehenden Tierschutzinstitutionen in Dresden die „Dresdener Kirchenbezirke“. Unter anderem entstand hier der Arbeitskreis Ökologie. Im Rahmen letztgenannten Arbeitskreises bildete sich die „Gruppe Tier“, eine der wenigen Gemeinschaften, die sich offiziell in der DDR mit Tierschutzthemen befasste.⁹⁷³

Letztlich kann die Frage, warum ausgerechnet die Stadt Dresden zumindest ansatzweise über organisierten Tierschutz verfügte, im Rahmen vorliegender Arbeit nicht abschließend geklärt werden. Selbst durch gezielte Recherchen, speziell in den Akten des BStU, waren hierzu keine Angaben aufzufinden.

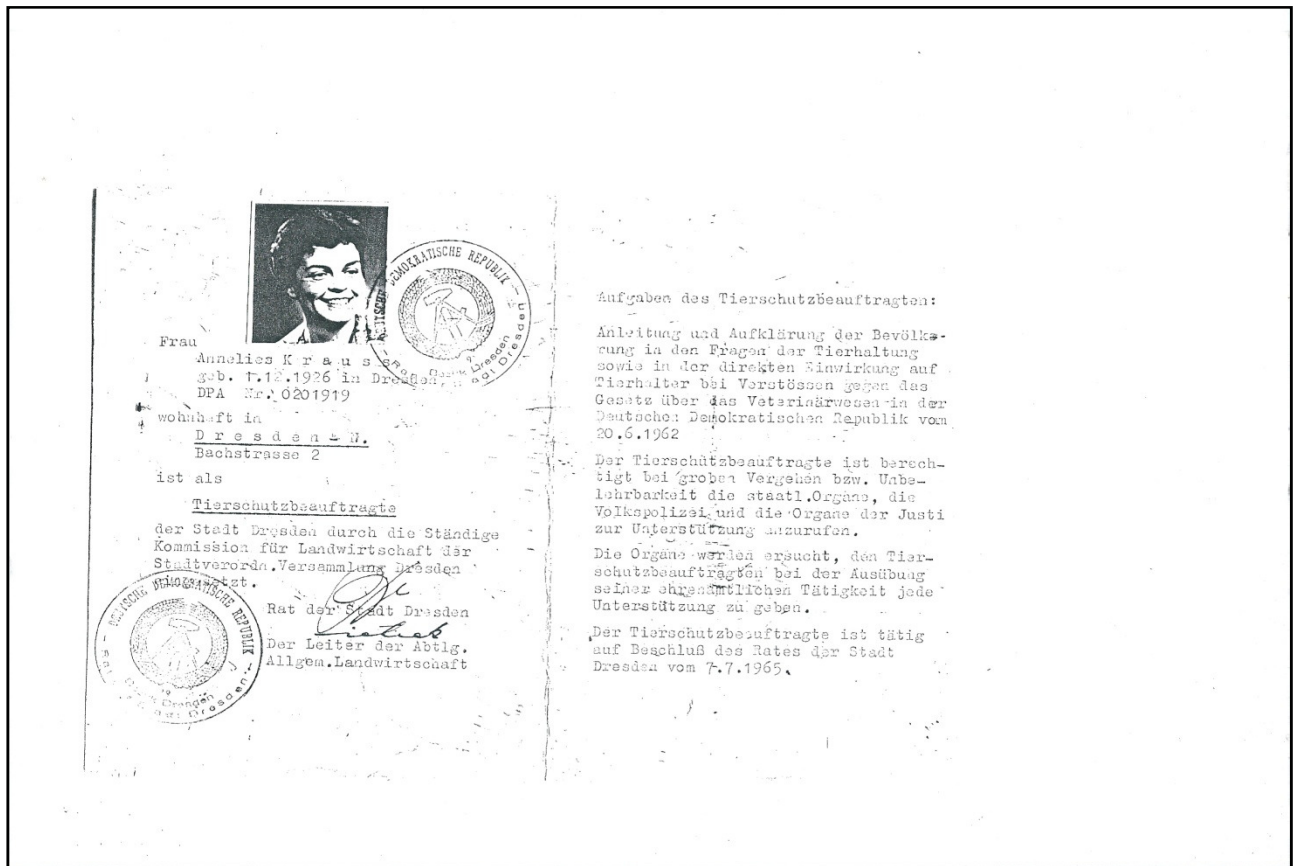
⁹⁷⁰ Schreiben der Kreisjagdbehörde des Rat des Kreises Dresden vom 29.05.1968 an KRAUSS, A. aus: KRAUSS, A. (2010), Privatarchiv

⁹⁷¹ Internationale Vereinigung gegen qualvolle Tierversuche, Sitz London (Abkürzung: IAAPEA).

⁹⁷² Schreiben des Generalsekretärs der IAAPEA, Colin SMITH, an den Rat der Stadt Dresden vom 16.08.1973

⁹⁷³ ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung

Abbildung 5: Ausweis der Tierschutzbeauftragten Dresdens, A. KRAUSS



Fallbeispiel: Schilderungen eines Zeitzeugen zu den Erlebnissen rund um ein Flugblatt mit Anmerkungen zum Thema „Vegetarismus“⁹⁷⁴

Der Zeitzeuge Andreas HINZ, zu DDR-Zeiten wohnhaft im Kreis Strausberg, war eine der Einzelpersonen, die sich privat für den Tierschutz einsetzten. Neben der Initiative im Hinblick auf Missstände bei Hunde- und Katzenhaltungen in der näheren Umgebung seines Heimatortes beschäftigte sich der Tierschützer unter anderem mit den Intensivtierhaltungen der sozialistischen Landwirtschaft. HINZ bekleidete in den achtziger Jahren die Funktion des Naturschutzbeauftragten in seinem Heimatort Fredersdorf und war zudem Bereichsnaturschutzbeauftragter in weiteren vier Gemeinden des Kreises. Der Zeitzeuge berichtete, dass er 1987 erstmals einen Beitrag über Vegetarismus im westdeutschen Fernsehen gesehen hätte. Diese Dokumentation löste Verwunderung bei HINZ aus, hatte er doch bisher vermittelt bekommen, dass ein menschliches Überleben ohne Fleisch nicht möglich wäre. Nachdem der Zeitzeuge sich einige Zeit mit der Thematik auseinandergesetzt hatte, begann er 1988, sich selbst fleischlos zu ernähren. Dies sah er vorerst als einzige Möglichkeit an, gegen die sogenannte „Massentierhaltung“ aktiv zu werden, wohingegen er Eingaben oder Demonstrationen als unwirksam beurteilte. Um dennoch mehr Menschen zu

⁹⁷⁴ Die Darstellung des Falles erfolgt anhand von schriftlichen Mitteilungen des Zeitzeugen HINZ, A. sowie Unterlagen desselben Zeitzeugen.

erreichen, entwarf HINZ ein Rundschreiben, welches er an verschiedene Berliner Gaststätten verteilte. Das Schreiben appellierte an die Leiter der Restaurants, den Verbrauch an Fleisch und Eiern zu reduzieren und damit etwas gegen die beschriebenen Missstände in Intensivtierhaltungen zu tun. Weiterhin wurden konkrete Vorschläge gemacht, wie vegetarische Gerichte in den Speisekarten aufgenommen und gekennzeichnet werden könnten.⁹⁷⁵ HINZ hatte eigenen Angaben zufolge gerade vier der Schreiben an Gaststätten verteilt, als er eine Vorladung zu einem persönlichen Gespräch vom Bürgermeister in Fredersdorf erhielt. In dieser wurden keine Angaben über den Anlass vermerkt.⁹⁷⁶ Entsprechend ahnungslos fand sich der Zeitzeuge damals beim Bürgermeister ein. Neben diesem war auch der Leiter der Kreisnaturschutzbehörde anwesend. HINZ schildert die nun folgende Situation wie folgt: *„Der Bürgermeister erklärte mir, dass wir wegen meines Schreibens an die Berliner Gaststätten zusammen gekommen waren und dass er mein Handeln nicht akzeptieren kann. Vor ihm lag ein Exemplar dieses Schreibens mit grünem und orangefarbenem Textmarker an einigen Stellen markiert. Ich erwartete nun, dass wir über diese Stellen reden, aber was in den nächsten 45 Minuten folgte, wirkt bis heute surreal auf mich. Die beiden Männer hielten mir 45 Minuten lang politische Vorträge, immer abwechselnd, mal über ein Denkmal von Rosa Luxemburg, dann wieder über Planerfüllungen und über den wachsenden Bedarf der Bevölkerung mit Fleisch. Erst als sie fast am Ende fachlich werden wollten, hatte ich Punkte zum Einhaken, z. B. als sie meinten, für eine pflanzliche Ernährung würde die Fläche nicht reichen. Trotzdem blieb es ein Aneinander vorbei reden.“*⁹⁷⁷ Offiziell wurde HINZ vorgeworfen, dass er seine Position als Naturschutzbeauftragter missbraucht hätte, indem er das Rundschreiben mit dem entsprechenden Stempel versehen hatte. Der Inhalt wurde nicht konkret beanstandet. Als Konsequenz der Veröffentlichung genannten Schreibens und der Nutzung des Stempels wurde HINZ wenige Tage später von seiner Funktion als Ortsnaturschutzbeauftragter durch den Gemeinderat entbunden. Im entsprechenden Schreiben dazu fehlt ebenfalls jegliche Begründung für diesen Beschluss.⁹⁷⁸ HINZ vermutet, dass der Stempelmissbrauch lediglich die offizielle Begründung für die Suspendierung gewesen sein dürfte. Der eigentliche Dorn im Auge der Beamten schien der nicht mit der politischen Linie konform gehende Inhalt des Schreibens gewesen zu sein, da in der DDR der Konsum von Fleisch und Wurst gefördert wurde und weiter steigen sollte: *„Offenbar hatte ich damit einen wunden Punkt in der DDR getroffen, ohne dass ich damit gerechnet hatte.“*⁹⁷⁹ Auch die Staatssicherheit interessierte sich laut Angaben des Zeitzeugens für den Fall, wobei das Schreiben in seiner Stasi-Akte allerdings ausschließlich erwähnt wurde. Offen bleibt, durch wen der Bürgermeister überhaupt von dem Rundschreiben erfahren hatte. Dazu sind laut HINZ auch in betreffender Stasi-Akte keine Hinweise enthalten.⁹⁸⁰

⁹⁷⁵ Genauer Inhalt: Siehe Abbildung 6

⁹⁷⁶ Schreiben des Rates der Gemeinde Fredersdorf an A. HINZ vom 11.10.1988, aus: Privatarchiv HINZ, A. (2013)

⁹⁷⁷ HINZ, A. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 29.06.2013

⁹⁷⁸ Schreiben des Rates der Gemeinde Fredersdorf an A. HINZ vom 31.10.1988, aus: Privatarchiv HINZ, A. (2013)

⁹⁷⁹ HINZ, A. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 29.06.2013

⁹⁸⁰ HINZ, A. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 16.08.2013

Diskussion des Falles:

Auch wenn Stellungnahmen beziehungsweise Beurteilungen der Behörden bezüglich des Rundschreibens nicht verfügbar waren, veranschaulicht der Fall die möglichen Reaktionen seitens des Staates auf den der politischen Ziele zuwider laufenden Aktionismus.

Zwar war es im Laufe der achtziger Jahre zu einer Kurskorrektur in der vorher vom Gigantismus geprägten Agrarpolitik gekommen.⁹⁸¹ Die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln tierischer Herkunft jedoch sollte nicht beeinträchtigt werden. Ein hoher Verbrauch von Fleisch und Eiern galt in der DDR als Zeichen des Wohlstands, wie beispielsweise folgender Absatz aus dem Lehrbuch „Industriemäßige Tierproduktion“ veranschaulicht: *„Das Bedürfnis zum erhöhten Verbrauch animalischer Erzeugnisse ergab sich vornehmlich aus (...) den sich verändernden Verzehrsgewohnheiten unserer Bürger, die als Ausdruck des steigenden Lebensstandards zu werten sind.“*⁹⁸²

So hatte sich der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch und Fleischerzeugnissen von 1950 bis 1975 fast verdreifacht⁹⁸³, bis 1986 war er laut Angaben des statistischen Jahrbuches der DDR auf 97 kg jährlich gestiegen.⁹⁸⁴ Die Produktion und Konsumtion von Fleisch und Fleischprodukten lagen demnach im Interesse des Staates.

Die Absetzung des Zeitzeugen als Ortsnaturschutzbeauftragter wurde offenbar unter dem Vorwand des Stempelmissbrauches beschlossen. Mit dem Hintergrundwissen, dass die DDR den Verzehr von Lebensmitteln tierischer Herkunft fördern wollte, scheint der wirkliche Grund für die Suspendierung eher in dem gegen die geltende Ideologie gerichteten Aufruf gelegen zu haben.

⁹⁸¹ Siehe z. B. HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 48

⁹⁸² PILZ, K. et al. (1978), Industriemäßige Tierproduktion, S. 16

⁹⁸³ PILZ, K. et al. (1978), Industriemäßige Tierproduktion, S. 17

⁹⁸⁴ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1987), Statistisches Taschenbuch der DDR 1987, S. 115 (Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln)

3.3.3 Kirche und Tierschutz in der DDR

Rundschreiben an
Berliner Gaststätten

Frederdorf, den 2.7.1988

1273 Altlandsberger Ch.52

Werter Gaststättenleiter!

Ich schreibe Ihnen im Namen vieler Millionen Tiere, die in Massentierhaltungen dahinvegetieren müssen, mit dem Ergebnis, daß die DDR mit ihrem Fleischverbrauch von 97kg pro Kopf an der Weltspitze steht.

Bestimmt haben Sie irgendwann schon einmal in Fernsehsendungen solche Intensivhaltungen gesehen. Daß Hühner, Schweine und Mastriinder fast zur absoluten Bewegungsunfähigkeit verurteilt ihr Dasein fristen müssen, steht doch in krassem Widerspruch zur vielzitierten Menschenwürde.

Schädigungen der Tiere werden immer wieder festgestellt. So bei den Hühnern, die sich auf engstem Raum zusammengerpfercht gegenseitig die Federn aushacken. Die Eiablage kann zur Qual werden, da die Hühner der Nachbarkäfige nach der beim Legen heraustretenden rotglänzenden Kloakenschleimhaut picken und kein Unterschlupf vorhanden ist. Mastriinder und Schweine leben in so schmalen Einzelverschlägen, daß sie sich nicht umdrehen können. Dadurch und durch den kahlen Beton treten Schwanzverletzungen und Entzündungen an Klauen und Gelenken auf.

Es gibt nur einen Ausweg aus dieser Lage: Die Menschen müssen weniger Fleisch und weniger Eier essen.

Sie als Gaststättenleiter haben die größten Möglichkeiten etwas für die Tiere zu tun. Sie könnten in Ihr Angebot vegetarische Gerichte aufnehmen. Diese Gerichte müßten in der Speisekarte besonders hervorgehoben werden, z.B. unter der Überschrift "Gerichte für den Tierfreund". Wenn diese Speisen geschmackvoll zubereitet sind und auch sättigen, werden viele Ihrer Gäste bestimmt auch Anregungen für die eigene Küche mitnehmen. Besonders großartig würde ich es finden, wenn Sie sich nach dem Erfolg einzelner vegetarischer Gerichte völlig auf ein vegetarisches Angebot umstellen würden.

In der Hoffnung, daß wir alle etwas für den Tierschutz erreichen, verbleibe ich

Mit freundlichem Gruß

A. HINZ
Nutzerin
in Frederdorf

⁹⁸⁵ Zur Verfügung gestellt von HINZ, A. (2013), Privataarchiv

Politische Entwicklung der Beziehung zwischen Kirchen und Staat im Überblick

Die christlichen Kirchen waren in der DDR eine von der politischen Spitze geduldete, jedoch ungeliebte Institution. Die Aktionen der Kirche wurden von staatlicher Seite aus kontrolliert, da man jeglichen eventuellen oppositionären Einfluss der Religion gegen die politische Ideologie des Staates von vorneherein im Keim ersticken wollte. Da die marxistisch-leninistische Weltanschauung keine Religion vorsah, wurde in der DDR antireligiöse Propaganda betrieben.⁹⁸⁶ Als 1952 von der SED der Aufbau des Sozialismus beschlossen worden war, nahmen die Kirchen die Position des Widerstandes ein. Die SED befürchtete die politische und gesellschaftliche Einflussnahme der Kirchen und akzeptierte die Jugendarbeit in den Kirchen, die scheinbar in direkter Konkurrenz zur Arbeit der „Freien Deutschen Jugend“ stand, nicht.⁹⁸⁷ Nachdem die SED anfangs mit offener Konfrontation gegen den vermeintlichen Einfluss der Kirchen vorging, änderte sich die Strategie nach dem 17. Juni 1953 dahingehend, dass gegen die Kirchen „mit atheistischer Propaganda und verdeckten Methoden“⁹⁸⁸ agiert werden sollte. In den nun folgenden Jahren wurde die Zensur durch die SED verstärkt, um die Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen so weit wie möglich zu behindern.⁹⁸⁹ In Rahmen der wirtschaftlichen und innenpolitischen Stabilisierungsphase in den sechziger Jahren blieben die Diskrepanzen zwischen Kirche und Staat bestehen. Für bekennende Christen war es schwierig, gesellschaftspolitische Akzeptanz zu erlangen. In den späten sechziger Jahren bildeten sich trotz des Widerstandes der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit Gruppen innerhalb der Kirche, die sich „Offene Jugendarbeit“ beziehungsweise „Offene Arbeit“⁹⁹⁰ nannten und die sich von der politischen Arbeit der SED-Jugendpolitik abgrenzten. NEUBERT bezeichnet diese Gruppen als „Keimzelle der sich später entwickelnden Opposition im kirchlichen Raum“.⁹⁹¹ Diese Gruppen verbreiteten sich in den siebziger Jahren vehement, wobei sich die Aktivitäten nicht mehr ausschließlich auf die reine Jugendarbeit beschränkten, sondern auch Erwachsene mit einbezogen. Da sich bei den Gruppen der „Offenen Arbeit“ nun scheinbar zunehmend auch Vernetzungen mit anderen „subkulturellen Milieus“ entwickelten und politische Themen diskutiert wurden, gerieten die Zentren der „Offenen Arbeit“ immer mehr in das Visier der Staatssicherheit.⁹⁹² Trotz aller Widersprüche wurden immer wieder Gespräche zwischen Staat und Kirche geführt. 1971 wurde der Bund der evangelischen Kirchen der DDR offiziell durch den Staat anerkannt, wobei die Mitwirkung der Christen bei der Entwicklung des Sozialismus offiziell erbeten wurde.⁹⁹³ In den folgenden Jahren begann hauptsächlich die evangelische Kirche, vorher tabuisierte Themen wie Menschenrechte, Sicherung des Friedens und Umweltschutz zu diskutieren.⁹⁹⁴ Dass dies möglich war, lag wahrscheinlich vor allem daran, dass Erich HONECKER kirchenpolitisch eher gemäßigt agierte.⁹⁹⁵ Das Interesse des Staatssicherheitsdienstes an den kirchlichen Umweltgruppen schwand damit wesentlich, wohingegen sich Menschenrechts- und Friedensgruppen besonders im Visier der Spitzel

⁹⁸⁶ ZILLMANN, P. (2002), <http://www.seggeluchbecken.de/kirche/ddr-kirche-1.htm#121>, Teil I

⁹⁸⁷ NEUBERT, E. (2009), Opposition in der DDR, S. 14-15

⁹⁸⁸ NEUBERT, E. (2009), Opposition in der DDR, S. 24

⁹⁸⁹ NEUBERT, E. (2009), Opposition in der DDR, S. 25

⁹⁹⁰ Offene Arbeit = OA

⁹⁹¹ NEUBERT, E. (2009), Opposition in der DDR, S. 34-35

⁹⁹² NEUBERT, E. (2009), Opposition in der DDR, S. 44

⁹⁹³ ZILLMANN, P. (2002), <http://www.seggeluchbecken.de/kirche/ddr-kirche-1.htm#121>, Teil III

⁹⁹⁴ MÄHLERT, U. (1997), Geschichte der DDR, S. 63

⁹⁹⁵ GENSICHEN, H. P. (2005) in: BRÜGGEMEIER, J. und ENGELS, J.-I. (Hrsg.)(2005), Natur- und Umweltschutz, S. 290

befanden.⁹⁹⁶ Im Rahmen dieser Bewegung wurde die Kirche mit sozialetischen Problemen und Lösungsvorschlägen konfrontiert. Die im Zuge dessen auftretenden ökologischen Fragestellungen fielen in den Zuständigkeitsbereich des kirchlichen Forschungsheimes Lutherstadt Wittenberg.⁹⁹⁷ Eine legale Verbreitung von Informationen zwischen den Gruppen konnte durch Druckschriften mit dem Aufdruck „Nur für den innerkirchlichen Gebrauch“ erfolgen. Diese Schriften unterlagen nicht der Zensur durch den Staat. Allenfalls in Ausnahmefällen verhinderte der Staat die Publikation einzelner Blätter. Die Inhalte wurden von Gruppenmitgliedern honorarlos verfasst. Theologische Phrasen überwogen hier zwar, bargen aber scheinbar dennoch genügend weltliches Informationsmaterial, um auch von Nicht-Christen gelesen zu werden.⁹⁹⁸ Seit 1980 wurden im Kirchlichen Forschungsheim spezielle Kontaktblätter, die „Briefe - zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde“, kurz „Briefe“, zweimal jährlich herausgegeben und an interessierte Leser verschickt. Damit waren sie ein Einzelfall im Hinblick auf die Veröffentlichung umweltkritischer Medien in der DDR.⁹⁹⁹ Die Art und Weise der Kritikäußerung durch die kirchlichen Umweltgruppen sollte zwar defensiv, jedoch mit aller Deutlichkeit stattfinden, wie folgende These aus den „Briefen“ zeigt: *„Unser Tun und Reden muß aufrütteln, darf aber nie provozierend sein. Es muß oft anprangern, soll aber nie richten.“*¹⁰⁰⁰ Eine landesweite Organisation der kirchlichen Umweltbewegung fand nie statt.¹⁰⁰¹ Umweltthemen wurden im Rahmen theologischer und kirchlicher Arbeit ausschließlich am Rande behandelt. Der Soziologe Detlef POLLACK meint, dass es rückblickend nicht primär um den Umweltschutz gegangen sei, sondern dass dieser vielmehr als Vorwand für die sich entwickelnde Opposition gegen den Staat genutzt wurde.¹⁰⁰² Es waren hauptsächlich junge Nichtchristen und evangelische Christen, welche sich unter dem Schutz der evangelischen Kirche mit umweltpolitischen Fragestellungen beschäftigten, zu denen auch der Tierschutz gehörte.¹⁰⁰³ Auch in der westdeutschen Presse wurde das wachsende Umweltengagement thematisiert. In einem Artikel des westdeutschen STERN vom November 1988 wurde erklärt, warum die Umweltgruppen sich ausgerechnet auf kirchlichem Territorium formierten: *„Zwar verstehen sich die Mitglieder der grünen Zirkel nicht durchweg als Christen. Aber ohne den Beistand des einzigen staatsunabhängigen Großbandes hätten sie kaum eine Chance, ihre Anliegen überhaupt vorzutragen und sich gegen die Repressionen von Behörden zu behaupten.“*¹⁰⁰⁴ Tierschutz als eines dieser Anliegen wurde hier scheinbar nur vereinzelt thematisiert. Selbst innerhalb der Kirche soll der Schutz der Tiere als triviale Nebensache abgehandelt worden sein. Im Dresdener Abschlusspapier des „Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ 1988 wurde dem Antrag, die Tierschutzthematik zu integrieren, mit der Begründung fehlender theologischer Relevanz abgelehnt. Von den für die erste Vollversammlung eingegangenen 1459 Eingaben zum Punkt „Schöpfung“ waren angeblich nur 15 auf das Thema Tierschutz bezogen, was mit mangelndem Interesse der Menschen am Thema gleichgesetzt wurde.¹⁰⁰⁵ Letztlich blieb das Engagement für den Tierschutz auch innerhalb der Kirche auf Einzelpersonen beschränkt. Diese kannten sich zumeist auch überregional und versuchten

⁹⁹⁶ SEIDEL, U. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 09.04.2013

⁹⁹⁷ NEUBERT, E. (2009), Opposition in der DDR, S. 46

⁹⁹⁸ GENSICHEN, H. P. (2005) in: BRÜGGEMEIER, J. und ENGELS, J.-I. (Hrsg.) (2005), Natur- und Umweltschutz S 298

⁹⁹⁹ <http://kfh.ev-akademie-wittenberg.de/index2.php>

¹⁰⁰⁰ Anonym in: „Briefe“ Nr. 17 (1988), S. 2

¹⁰⁰¹ GENSICHEN, H. P. (2005) in: BRÜGGEMEIER, J. und ENGELS, J.-I. (Hrsg.) (2005), Natur- und Umweltschutz, S. 290

¹⁰⁰² POLLACK, D. (1994), Die Zeichen der Zeit 48/1994, S. 202 f.

¹⁰⁰³ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 66

¹⁰⁰⁴ PRAGAL, P. (1988) in: STERN 45 (1988), S. 96

¹⁰⁰⁵ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 68

offenbar in unregelmäßigen Abständen zu kommunizieren, was sich als schwierig erwies.¹⁰⁰⁶ In den „Briefen“ Nr. 23 heißt es zum Thema Tierschutz: „*Tierschutz ist ein Stiefkind der Gesellschaft, er ist aber auch bei den Umweltschützern nur ein Seitenthema.*“¹⁰⁰⁷ Eine christliche „Tierschutzbewegung“, welche mit der Umweltbewegung gleichgesetzt werden könnte, gab es demnach nicht. BARANSKE begründet dies damit, dass die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein organisiertes Tierschutzengagement nicht möglich machten. Bestätigt wird diese Tatsache durch entsprechende Informationsberichte des MfS, die die Umweltgruppen observierten und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen gezielt zu verhindern versuchten.¹⁰⁰⁸ Noch gewichtiger als Ursache erscheint der Theologin allerdings die „*anthropozentrische Verengung der theologischen Botschaft*“ in der traditionellen Schöpfungstheorie gewesen zu sein.¹⁰⁰⁹ Diese Meinung geht mit der des Leipziger Pfarrers Ulrich SEIDEL konform, der das kirchliche Weltbild als „*ziemlich zementiert anthropozentrisch*“ bezeichnet und dies als das größere Hindernis für die Etablierung eines Tierschutzes in der Kirche der DDR wertet.¹⁰¹⁰ Die innerkirchliche Behandlung des Themas Tierschutz als Bagatelle schien nicht ausschließlich auf die DDR begrenzt zu sein. In einer Monatsschrift zum kirchlichen und gesellschaftlichen Zeitgeschehen der BRD von 1989 kritisierte Werner LANTERMANN die Kirche als „*ideologisch blauäugig und unvorbereitet, bestenfalls noch unschlüssig oder abwartend*“¹⁰¹¹, wenn es darum ging, ihren Standpunkt zum Thema Tierartenschutz und Tierschutz darzustellen. Weiterhin stellt auch LANTERMANN fest, dass es bis dato ausschließlich einzelne Pfarrer, Gemeinden und innerkirchliche Gruppen gäbe, die sich für das Tier als Mitgeschöpf einsetzen und sich im Tierschutz und Tierartenschutz engagierten.¹⁰¹² Der Ordinarius für das Neue Testament der Universität Bonn Erich GRÄSSER geht mit seiner Kritik an der Ignoranz der christlichen Kirche gegenüber Tieren und Tierschutz noch weiter und vergleicht die Thematik „Kirche und Tierschutz“ im 20. Jahrhundert mit der Materie „Kirche und Hexenverbrennung“ im Mittelalter. Die Konsequenz dieses Unvermögens der Kirche im Hinblick auf Natur- und Tierschutz sei nach Auffassung GRÄSSERS ein Abwandern von Tierschützern analog dem der Arbeiter im 19. Jahrhundert, als die Kirchen seiner Meinung nach „*bei der sozialen Frage versagten*“.¹⁰¹³ Die anthropozentrische Sichtweise der Kirche ist weder ein DDR-spezifisches Phänomen noch eines der Vergangenheit, sondern existiert gegenwärtig immer noch.¹⁰¹⁴ Ulrike DAHLKE sieht diese Tatsache in der Tradition der christlichen Kulturgeschichte begründet, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.¹⁰¹⁵ Sie erwähnt außerdem, dass die Anthropozentrik des neuen Testaments das Tier zugunsten des stärker in den Fokus tretenden Menschen verdrängt, ohne dass dabei eine Diffamierung des Tieres gewollt wäre: „*Die neutestamentliche Anthropozentrik wendet sich nicht gegen das Tier, landwirtschaftlich genutzte Tierarten dienen der Versorgung und sichern das Überleben. Hier zeigt sich ein sachliches Mensch-Tier-Verhältnis ohne besonderen ethischen Anspruch.*“¹⁰¹⁶

¹⁰⁰⁶ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 72

¹⁰⁰⁷ Anonym (1991) in: Briefe Nr. 23, S. 20

¹⁰⁰⁸ z.B. BStU MfS ZAIG 20623, 1221/89, Bl.7-16

¹⁰⁰⁹ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 70-71

¹⁰¹⁰ SEIDEL, U. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 09.04.2013

¹⁰¹¹ LANTERMANN, W. (1989), Evangelische Kommentare 22, S. 10

¹⁰¹² LANTERMANN, W. (1989), Evangelische Kommentare 22, S. 10

¹⁰¹³ GRÄSSER, E. (), http://www.schule-und-tierschutz.de/load_php?name=Content&pa=showpage&pid=99&title=Kirche%20und%20Tierschutz&subtitle=&=standpunkte

¹⁰¹⁴ SEIDEL, U. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 09.04.2013

¹⁰¹⁵ DAHLKE, U. (1993) in: LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 8

¹⁰¹⁶ DAHLKE, U. (1993) in: LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 13

Aus der übergeordneten Position, welche dem Menschen durch die Kirche zugeordnet wurde und wird, entstand als Echo die Anthropozentrismuskritik. Diese war unter anderem eines der zentralen Themen ARTHUR SCHOPENHAUERS. Dieser war ohnehin Kritiker des Christentums. Im Hinblick auf das Verhältnis des Menschen zum Tier bezeichnete SCHOPENHAUER den sich immer mehr abzeichnenden Verlust der Einheit zwischen Mensch und Tier als einen „Grundfehler des Christentums“.¹⁰¹⁷ Die Philosophie SCHOPENHAUERS behielt bis heute ihre Bedeutung für Fragen der Mensch-Tier-Beziehung. Seine Überlegungen gipfeln in aktuellen tierethischen Diskussionen zur Gleichheit zwischen Menschen und Tieren.¹⁰¹⁸ Fehlende Tierschutzinitiative innerhalb der Kirche der DDR war also offenbar weniger systembedingt denn eine Folge des christlichen Anthropozentrismus.

Nach BARANSKE existierte christlich motivierte Tierschutzarbeit in der DDR ausschließlich vereinzelt innerhalb ökologischer Basisgruppen. Die Theologin schreibt weiterhin: „Daneben gab es noch eine kaum zu ermittelnde Anzahl von Einzelpersonen, die aus vielleicht auch christlich-theologischen Motiven, meist jedoch wohl einfach aus Tierliebe Tierschutz zum Teil buchstäblich im eigenen Wohnzimmer betrieben.“¹⁰¹⁹ Umstände, die eine breiter angelegte Diskussion der Tierschutzthematik innerhalb und außerhalb der Basisgruppen verhinderten, waren laut BARANSKE der fehlende Zugang zu geeigneter Literatur sowie „die Geheimhaltung der Umweltdaten und die Verleugnung der Tierschutzsituation im eigenen Land“.¹⁰²⁰

Die Befragung von Zeitzeugen, die sich in der DDR als „Einzelkämpfer“ im Tierschutz engagierten, bestätigt diese von BARANSKE getroffene Aussage. Die folgende Porträtierung der Dresdener Gruppe „Tier“ soll dies belegen.

Die Dresdener Kirchenbezirke und die Gruppe „Tier“

Eine der wenigen aktiven Tierschutzgruppen war die 1987 von der Pastorin Elisabeth ADAM gegründete Gruppe „Tier“, welche innerhalb des Arbeitskreises „Ökologie“ ins Leben gerufen wurde. Dieser Arbeitskreis war einer von mehreren, die innerhalb der Dresdener Kirchenbezirke ab Mitte der achtziger Jahre bestanden. Die Kirche hatte ADAM auf ihre Bitte hin, sich für Tiere und ihren Schutz einsetzen zu wollen zugestanden, dies im Rahmen des ökologischen Arbeitskreises zu verwirklichen. Laut ADAMs Schilderungen fanden sich daraufhin sehr rasch ungefähr zehn weitere Personen, die sich mit dem Thema Tierschutz beschäftigten und die sich auch aktiv engagieren wollten. In der darauffolgenden Zeit traf man sich regelmäßig in ADAMs Wohnung, um dort Probleme zu analysieren und Projekte sowie Aktionen zu planen. Im Rahmen dessen wurden Druckschriften und Blätter verfasst, welche unter anderem auf der Basis von Material entstanden, das ADAM aus Westdeutschland zugesendet bekam. Dieses Material und die Flugblätter konnten nur deshalb weitgehend unzensuriert in den Verkehr gebracht werden, da sie mit der Aufschrift „Nur für den innerkirchlichen Gebrauch“ versehen worden waren.¹⁰²¹ Mit diesem Aufdruck durften sie in geringer Auflage an einige interessierte Personen verteilt werden. Die sonstige Publikation

¹⁰¹⁷ BRUMME, M. F. (1999) in DOBIAT, C. und LEIDORF, K. (Hrsg.) (1999): *Studia honoraria*, Bd. 8, S. 99

¹⁰¹⁸ BRUMME, M. F. (1999) in DOBIAT, C. und LEIDORF, K. (Hrsg.) (1999): *Studia honoraria*, Bd. 8, S. 91 f.

¹⁰¹⁹ BARANSKE, H. (1995), *Zeitschrift für evang. Ethik* 39, S. 70

¹⁰²⁰ BARANSKE, H. (1995), *Zeitschrift für evang. Ethik* 39, S. 70

¹⁰²¹ ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010 und KRÜGER, S. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.06.2010

von Mitteilungsblättern der Basisgruppen war verboten.¹⁰²² Alle Tätigkeiten der Gruppe liefen darauf hinaus, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen und Gleichgesinnte zu werben.¹⁰²³ Die Gruppe erreichte durch ihr beharrliches Streben nach Anerkennung des Tierschutzes als gewichtiges Thema auch innerhalb der Kirche, dass es auf der zweiten Vollversammlung zum Prozess zumindest unter dem Stichpunkt „Massentierhaltung“ im Text „Wertewandel“ mit aufgeführt wurde.¹⁰²⁴ Der Höhepunkt der Arbeit der Gruppe „Tier“ war schließlich der Dresdener Kirchentag 1989, an dem die Gruppe mit einem eigenen Stand zu dem Motto „Tu deinen Mund auf für die Stummen“ vertreten war.¹⁰²⁵ Dazu wurde ein entsprechendes Falblatt entworfen.¹⁰²⁶ ADAM zufolge stießen die von der Gruppe vertretenen Tierschutz-Themen damals auf reges Interesse der Besucher.¹⁰²⁷ Sabine KRÜGER, ebenfalls ehemaliges Mitglied der Gruppe „Tier“ berichtete, dass es den Tierschützern damals nicht erlaubt wurde, im Rahmen des Kirchentages Material zu verteilen. Jedoch wurden die Adressen von Interessenten festgehalten und nachträglich entsprechende Informationen zugeschickt.¹⁰²⁸ Die Zeitzeugin berichtete, dass sie selbst erst durch das westdeutsche Material auf die oft tierschutzwidrigen Bedingungen bei der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere in der DDR aufmerksam geworden wäre. Derartige Informationspost aus Westdeutschland bezog die Zeitzeugin seit 1986/87.¹⁰²⁹ In den „Briefen“ Nr. 17 des Kirchlichen Forschungsheimes Wittenberg veröffentlichte KRÜGER 1988 einen Beitrag zum Thema „Tierliebe“ und Tierschutz.¹⁰³⁰ Der Text sollte auf die Leidensfähigkeit der Tiere und die Defizite im Tierschutz aufmerksam machen. Nach KRÜGER stellten sowohl Tierversuche als auch die intensiviertere Tierproduktion, hier bezeichnet als „Massentierhaltung“, Tierquälerei und Tiermisshandlung dar.¹⁰³¹ Die Tierschützerin sah die Ursachen für den niedrigen Stellenwert des Tierschutzes zum einen in den „*menschlichen Lebensgewohnheiten*“, wobei sie in erster Linie den ständig steigenden Fleisch- und Eierverbrauch und die „*ständig steigenden Ansprüche in allen nur denkbaren Bereichen*“ nannte.¹⁰³² Dies seien die Gründe für eine Zunahme der Intensivtierhaltungen und fortwährende Tierversuche.¹⁰³³ KRÜGER kritisiert die ihrer Meinung nach grenzenlose Ausbeutung der Tiere und vermutet als Ursachen die verkannte Leidensfähigkeit des Tieres durch den (DDR)-Menschen,¹⁰³⁴ dessen Konsumverhalten¹⁰³⁵ und die fehlenden gesetzlichen Grundlagen im Tierschutzrecht der DDR.¹⁰³⁶ Als Positivbeispiel für ein fortschrittliches und detailliertes Tierschutzgesetz nennt KRÜGER die Schweiz. Sie erwähnt dabei auch, dass in der DDR zwar eine neue gesetzliche Grundlage erarbeitet werden würde, jedoch keinerlei Informationen darüber an die Bevölkerung gelangten.¹⁰³⁷ Der Beitrag endete mit Vorschlägen, wie das offensichtlich bestehende Leiden vieler Tiere verhindert werden könnte.¹⁰³⁸ Die Betonung legte KRÜGER dabei auf die grundsätzliche Änderung der Einstellung des

¹⁰²² BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 73

¹⁰²³ KRÜGER, S. (2010), Schreiben an BARANSKE, H. vom 31.03.1993, S. 2

¹⁰²⁴ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 68

¹⁰²⁵ ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

¹⁰²⁶ KRÜGER, S. (2010), Schreiben an BARANSKE, H. vom 31.03.1993, S. 2

¹⁰²⁷ ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

¹⁰²⁸ KRÜGER, S. (2010), Schreiben an BARANSKE, H. vom 31.03.1993, S. 2

¹⁰²⁹ KRÜGER, S. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.06.2010

¹⁰³⁰ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 6-10

¹⁰³¹ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 9

¹⁰³² KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 6

¹⁰³³ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 6

¹⁰³⁴ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 9

¹⁰³⁵ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 7

¹⁰³⁶ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 9

¹⁰³⁷ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 9

¹⁰³⁸ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 9-10

Menschen zum Tier, die eine Aufwertung desselben zum gleichwertigen „Mitgeschöpf“ als Ziel haben sollte.¹⁰³⁹

Nachdem kurz nach dem Dresdener Kirchentag 1989 die politische Wende eintrat, veröffentlichte die Gruppe im November des Jahres einen Aufruf in der lokalen Presse, um Gleichgesinnte zu werben.¹⁰⁴⁰ Mitarbeiter der „Intensivtierhaltungen“, Versuchstieranstalten und Schlachtbetriebe wurden explizit angesprochen und um Mithilfe gebeten.¹⁰⁴¹ Auf den Artikel hin gab es laut Elisabeth ADAM innerhalb kürzester Zeit ca. 60 Rückmeldungen interessierter Leser, welche sich zeitnah zu einer ersten Versammlung in der Christuskirche trafen. Im Laufe des Treffens wurden der Wunsch und die Notwendigkeit nach der Gründung eines Tierschutzvereines deutlich, die nach Ansicht der Teilnehmer dringend bestand. Auf Initiative einiger dieser Personen wurde am 31. März 1990 der Dresdener Tierschutzverein gegründet, welcher zuletzt bis 1945 bestanden hatte. ADAM wurde Vorsitzende des Vereines.¹⁰⁴²

Der Leipziger Pfarrer Siegfried WEND

Ein Pfarrer, der ebenso wie seine Kollegin Elisabeth ADAM eine Außenseiterposition im Hinblick auf sein Engagement für den Tierschutz einnahm, war der in Leipzig tätige Siegfried WEND.¹⁰⁴³ Der Geistliche begann bereits während seiner Jugend, sich für Tiere und deren Schutz einzusetzen. 1932 wurde er Mitglied im Tierschutzverein Dresden. In seiner späteren Position als Pfarrer versuchte er, die Menschen auf Tierschutzthemen aufmerksam zu machen, beispielsweise indem er Gemeindeschaukästen für die Veröffentlichung von Texten nutzte. 1958 soll WEND in seiner ersten Gemeinde einen Tierschutztext mit einem Hundefoto illustriert veröffentlicht haben¹⁰⁴⁴, was ihm eine Rüge seitens des örtlichen SED-Apparates einbrachte.¹⁰⁴⁵ Kurz zuvor war die Hündin „Laika“ im Satelliten „Sputnik 2“ der Sowjetunion in den Weltraum geschickt worden und in dem Raumflugkörper verendet. Nach Meinung der Behörden stand WEND durch die Nutzung des Hundebildes im Kontext mit Tierschutz im Verdacht, ´antisozialistische Propaganda` betrieben zu haben.¹⁰⁴⁶ 1959 wollte WEND einen Tierschutzverein gründen, der Antrag wurde von staatlicher Seite aus abgelehnt.¹⁰⁴⁷ 1961 wurde WEND Pfarrer in Leipzig.¹⁰⁴⁸ Hier trat er einem noch bestehenden Tierschutzverein als aktives Mitglied bei. Der Verein wurde bald darauf verboten, angeblich weil die Mitwirkung eines Pfarrers und daraus resultierende überregionale Verbindungen von Seiten staatlicher Behörden nicht mehr tolerierbar gewesen seien. Als letzte Möglichkeit, die WEND anschließend sah, sich im Tierschutz zu engagieren, war der Beitritt zum 1974 gegründeten Leipziger Beirat für Tierschutz und Tierhygiene.¹⁰⁴⁹ Scheinbar wurden die Erwartungen des Theologen im Hinblick auf aktiven Tierschutz hier nicht im Geringsten erfüllt, was nach Meinung von WENDs Ehefrau Hella WEND rückblickend mehrere Ursachen hatte. Ihren Angaben zufolge waren zu damaliger Zeit hauptsächlich Personen im Beirat wortführend, die

¹⁰³⁹ KRÜGER, S. (1988), Briefe Nr. 17, S. 10

¹⁰⁴⁰ ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

¹⁰⁴¹ <http://www.tierschutz-dresden.de/verein/grundung/>

¹⁰⁴² ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

¹⁰⁴³ SEIDEL, U. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 09.04.2013

¹⁰⁴⁴ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

¹⁰⁴⁵ WEND, H. (2013), Mündliche Mitteilung vom 15.04.2013

¹⁰⁴⁶ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

¹⁰⁴⁷ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

¹⁰⁴⁸ WEND, H. (2013), Mündliche Mitteilung vom 15.04.2013

¹⁰⁴⁹ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

sich mit den „wirklich brisanten“ Tierschutzthemen wie „Hühner-KZs“ oder anderen „Massentierhaltungen“ nicht beschäftigten. Schwerpunkte wurden in Leipzig vielmehr auf Zootierhaltung und verwandte Gebiete gelegt. Den Hauptgrund dafür sieht Hella WEND darin, dass die Leitung des Leipziger Zoos in der Vorstandschaft des Beirates stark vertreten war. Außerdem war die Bearbeitung von Themen außerhalb des festgelegten Statutes politisch nicht erwünscht, so dass die Thematisierung von Nutztierhaltungen von vorneherein ausgeschlossen war.¹⁰⁵⁰ Siegfried WEND sah sich daraufhin zum Wiederaustritt gezwungen. Sein Engagement beschränkte sich ab diesem Zeitpunkt nur mehr auf innerkirchliche Tierschutzarbeit, wo er Tierschutzgottesdienste hielt und Artikel, Thesen und Memoiren veröffentlichte. Diese sollten an die Menschen appellieren, das Tier als Mitgeschöpf mit Rechten zu achten.¹⁰⁵¹ Über die evangelische Akademie Sachsens in Meißen veranstaltete er Aktionen und Wochenendseminare mit Tierschutzthemen.¹⁰⁵² 1968 erschienen im „Deutschen Pfarrerberblatt“ die von WEND verfassten 14 Thesen zur Verantwortung des Menschen gegenüber seiner Mitgeschöpfe. Dabei thematisierte er auch die augenscheinlich indifferente Haltung der Kirche gegenüber den Tieren und bezeichnete das vermeintliche Desinteresse als „Unterlassungssünde“.¹⁰⁵³ Der Pastor referierte teilweise auch in Schulen über Tierschutz, was ein Interesse des Lehrkörpers am Thema voraussetzte.¹⁰⁵⁴ Innerhalb der Kirche nahm WEND eine Außenseiterrolle ein und wurde aufgrund seines Engagements häufig belächelt oder gar verspottet. Unter Kollegen, welche seine Bestrebungen nicht ernst nahmen, wurde er als „Fliegenwend“ oder „Tier-Wend“ bezeichnet.¹⁰⁵⁵ Das Thema wurde vom Pfarrkonvent der evangelischen Kirche als „nicht theologisch“ abgewiegelt.¹⁰⁵⁶ Siegfried WEND blieb bis zur Wende und darüber hinaus im Tierschutz aktiv und machte es sich zur Lebensaufgabe, Politik und Kirche für die Thematik Tierschutz zu sensibilisieren.¹⁰⁵⁷

3.3.4 Tierheime

Vor der Verwaltungsreform 1952 existierten in vielen Regionen beziehungsweise Städten Tierheime, die von den ansässigen Tierschutzvereinen betrieben wurden. Diese waren für die Unterbringung herrenloser, entlaufener und teilweise streunender Tiere zuständig. Es kam vor, dass Tiere von ausländischen Reisenden im Tierheim untergebracht waren. Mit der Auflösung der Tierschutzvereine wurde deren Eigentum liquidiert, so dass Tierheime häufig mit davon betroffen waren und nicht mehr unterhalten werden konnten. Ersatzweise sollten nun kommunale Tierheime entstehen - ein Prozess, der nur sehr zäh voranschritt.¹⁰⁵⁸

Die Problematik herrenloser Tiere nahm im Laufe der Jahrzehnte in der DDR stetig an Bedeutung zu, was damit zusammenhing, dass die Haltung von Haus- und Heimtieren immer beliebter wurde. Als „herrenlose“ Tiere zählten entlaufene oder ausgesetzte Hunde und Katzen. Solche Tiere wurden von Bürgern abgegeben oder von Mitarbeitern des Tierheimes eingefangen und in das örtliche Tierheim gebracht. Sie wurden dort bis zur Abholung durch

¹⁰⁵⁰ WEND, H. (2013), Mündliche Mitteilung vom 15.04.2013

¹⁰⁵¹ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

¹⁰⁵² WEND, H. (2013), Mündliche Mitteilung vom 15.04.2013

¹⁰⁵³ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

¹⁰⁵⁴ ADAM, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010

¹⁰⁵⁵ SEIDEL, U. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 09.04.2013

¹⁰⁵⁶ WEND, H. (2013), Mündliche Mitteilung vom 15.04.2013

¹⁰⁵⁷ SEIDEL, S. (2007), AKUTE Nachrichten 2/ 2007, S. 15

¹⁰⁵⁸ BArch DK 1/10662, Bl. 78

den Besitzer oder bis zur Vermittlung verwahrt. Konnte der Besitzer nicht ausfindig gemacht werden oder gelang keine zeitnahe Vermittlung, so wurde das Tier euthanasiert.¹⁰⁵⁹

Obwohl offensichtlich die Notwendigkeit für Auffangplätze vorhanden war, gab es nur in einzelnen Städten der Republik Tierheime. Ob eine Vermittlung gelingen und damit die drohende Euthanasie verhindert werden konnte, hing unter anderem davon ab, welchen Nutzen ein Tier noch hatte. Nicht nur in kleineren Städten, auch in diversen Großstädten, musste auf unbefriedigende Alternativen zurückgegriffen werden, wenn es um die Unterbringung herrenloser Tiere oder Fundtiere ging. Das gebräuchliche Procedere war jenes, dass Mitglieder von Hundesportorganisationen oder andere Hundeführer mit diversen Erfahrungen herrenlose und entlaufene Hunde bis zur Vermittlung bei sich aufnahmen. Dabei erfolgte die anscheinend selbstlose Aufnahme solcher Tiere nicht immer bedingungslos, wie folgende Bemerkung aus dem Bericht des Tierschutzbeirates Potsdam verdeutlicht: „Während dieses Verfahren bei Rassehunden zwar etwas schwerfällig, aber doch befriedigend ablief, gab es bei Mischlingen immer wieder Probleme, so daß diese Tiere meist euthanasiert werden mußten.“¹⁰⁶⁰ Ein Problem, welches aus dem Mangel an Tierheimplätzen resultierte, war die Unterbringung von vernachlässigten oder misshandelten Tieren. Der ehemalige Kreistierarzt Helmut SCHRÖDER berichtet, dass staatliche Maßnahmen wie eine Tierwegnahme häufig nicht durchgeführt werden konnten, da die Möglichkeit einer Unterbringung für solche Tiere fehlte.¹⁰⁶¹ Nachdem der Bedarf an Tierheimplätzen mit der Zeit durch die Zunahme an privaten Tierhaltungen anstieg, strebten Ende der siebziger Jahre einige größere Städte die Neuerrichtung von Tierheimen an. Dabei erwies es sich offenbar als Problem, dass ein gängiges Konzept zum Bau und zur Ausstattung von Tierheimen fehlte. Bei der Schaffung neuer Tierheime konnte man deshalb lediglich auf die wenigen vorhandenen Erfahrungen bereits bestehender Tierheime zurückgreifen.¹⁰⁶² In kleineren Städten und Gemeinden gab es keine Tierheime. Mancherorts stand hier allenfalls eine begrenzte Räumlichkeit, beispielsweise ein Zimmer, zur Verfügung, in der ein herrenloses Tier kurzzeitig betreut und untergebracht werden konnte. Die Verantwortlichkeit dafür lag bei der Gemeinde.¹⁰⁶³

Ein besonderes Problem aus Sicht des Tierschutzes stellten verwilderte Katzen dar, welche aus Gründen der Seuchenprophylaxe und schwierigen Vermittelbarkeit eingefangen und prinzipiell euthanasiert wurden. In der Hauptstadt Berlin wurden im Jahre 1978 allein 1945 streunende Katzen auf diese Weise beseitigt. Ein weiteres Aufgabengebiet der Tierheime lag in der befristeten Aufnahme von Tieren während der Urlaubssaison oder bei Krankheit der Besitzer. Die Dauer der Pension belief sich durchschnittlich auf 2-4 Wochen. Dabei war die Nachfrage, wie es scheint, erheblich größer als das Angebot an verfügbaren Pensionsplätzen. In Berlin überstieg die Nachfrage die vorhandenen Kapazitäten laut WUNDERLICH um das Zehnfache.¹⁰⁶⁴ PAAR berichtet, dass es in Thüringen drei städtische Tierheime gegeben habe, je eines in Erfurt, Gera und Weimar. Jedes der Tierheime bot Platz für 50 Hunde und für 80 Katzen. Im Vergleich dazu existieren derzeit im Gebiet Thüringen 28 Tierheime.¹⁰⁶⁵

¹⁰⁵⁹ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 227

¹⁰⁶⁰ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 770

¹⁰⁶¹ SCHRÖDER, H. (2011), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011

¹⁰⁶² RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 771

¹⁰⁶³ LOHRENGEL, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

¹⁰⁶⁴ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 227

¹⁰⁶⁵ PAAR, G. (2010, 2013), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010 und Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

Tierheime dienten auch zur Unterbringung von Haus- und Heimtieren zu Quarantänезwecken, beispielsweise bei Seuchenverdacht oder illegaler Einfuhr.¹⁰⁶⁶ Trotz überfüllter Tierheime, notdürftiger Unterkünfte und einer mit den Jahren aufgrund wachsender Halterzahl zunehmenden Anzahl herrenloser Hunde und Katzen wurde es nicht als notwendig erachtet, in allen Städten der Republik entsprechende Auffangeinrichtungen zu errichten.¹⁰⁶⁷ Vor 1990 sollen nur rund 10% der heutzutage auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verfügbaren Tierheimplätze existiert haben. Hartwig PRANGE führt dies unter anderem auf die Tatsache zurück, dass Tierschutz in der DDR auch in der Politik kein relevantes Thema darstellte.¹⁰⁶⁸

Bei den im Rahmen vorliegender Arbeit durchgeführten Recherchen in den anfangs erwähnten Archiven konnten keine Daten zur Tierheimproblematik ausfindig gemacht werden. Eine Übersicht über die in der DDR existierenden Tierheime und die dort verfügbaren Tierplätze konnte somit nicht erstellt werden. Für die Hauptstadt der DDR liegen ausschließlich für einen begrenzten Zeitraum statistische Erhebungen vor. WUNDERLICH analysiert die Situation des Berliner Tierheims für das Jahr 1979 in seiner Habilitationsschrift.¹⁰⁶⁹ Danach wurden von den 1979 im Tierheim Berlin untergebrachten 1446 herrenlosen Hunden 363 als Findlinge wieder an ihre Besitzer zurückgegeben. 979 der Hunde wurden „zugunsten des Staatshaushaltes verkauft“ und 104 Hunde „aus Alters- oder Krankheitsgründen getötet“. Weiterhin legt die Statistik von 1979 dar, dass 248 Hunde und 350 Katzen „von Bürgern zur Euthanasie im Tierheim abgegeben wurden“.¹⁰⁷⁰

3.3.5 Exkurs: Tierschutz in der Hunde- und Katzenhaltung

Im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Nutztieren, die volkswirtschaftlich eine beträchtliche Relevanz besaßen, spielten kleine Haus- und Heimtiere in der DDR keine besondere Rolle. Im Laufe der Jahre nahm die Praxis der Haltung von kleinen Haus- und Heimtieren in der Gesellschaft der DDR immer mehr zu. Im Großraum Ostberlin verdoppelte sich die Anzahl der Heimtiere von 1970 auf 1978 nahezu.¹⁰⁷¹ 1980 wurde in der DDR auf 20 Einwohner ein Hund registriert, auf 11 Einwohner kam eine Katze. Dabei waren die Zunahmen an Tierhaltungen im ländlichen Gebiet der DDR höher als in der Stadt, man rechnete aber auch hier mit steigenden Tierzahlen für die nähere Zukunft.¹⁰⁷² Mit wachsender Beliebtheit der kleinen Haustiere stieg auch die Bereitschaft, für die Gesundheit der vierbeinigen Lieblinge zu sorgen. So stieg die Anzahl der gegen Staupe geimpften Hunde von 1974 bis 1979 auf mehr als das Dreifache an.¹⁰⁷³ Auch der Aufwand in der Diagnostik und Therapie nahm zu.¹⁰⁷⁴ Der Trend der zunehmenden Haltung von Haus- und Heimtieren wurde von der Politik von verschiedenen Standpunkten aus beurteilt. Die Beschäftigung mit einem Haustier und der Wunsch danach wurden prinzipiell positiv bewertet, da man sie als Resultate der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung einordnete. Die Haustierhaltung wurde damit dem

¹⁰⁶⁶ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 228

¹⁰⁶⁷ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769

¹⁰⁶⁸ PRANGE, H. (2001) in: PRANGE, H. (Hrsg.) (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik 1945- 1965, S. 433

¹⁰⁶⁹ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 227

¹⁰⁷⁰ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 227

¹⁰⁷¹ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 215

¹⁰⁷² WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 216

¹⁰⁷³ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 218. Die Zahlen beziehen sich auf die Hauptstadt der DDR, Berlin.

¹⁰⁷⁴ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 219

„Bereich der sinnvollen Freizeitgestaltung“ zugeordnet.¹⁰⁷⁵ MEHLHORN argumentierte ähnlich, indem er die hobbymäßige Tierhaltung durch ihre entspannende Wirkung legitimierte, was dem sozialistischen Ziel der sich ständig verbessernden Lebensbedingungen entsprach. Dabei erwähnt der Autor im „Lehrbuch der Tierhygiene“ in Bezug auf den Tierschutz, dass diese privaten Tierhaltungen einerseits frei von „Sadismus und Quälerei“ und andererseits frei „von der ´vermenschlichten` Haltung“ sein sollten.¹⁰⁷⁶ Auf der anderen Seite wurde die Haltung von Haustieren zu Hobbyzwecken von der Regierung kritisch gesehen. Man beurteilte die Tierliebhaber als eine Minderheit, deren Bedürfnisse hinter denen der Gesamtgesellschaft zurückzutreten hatten. Hierbei wurde vor allem die Konkurrenz um Nahrungsmittel, vor allem Fleisch, als problematisch beurteilt: „Es steht außer Zweifel, daß die gehaltenen Haus- und Heimtiere die Warenfonds für die menschliche Ernährung nicht unerheblich belasten. Das ist besonders gravierend bei Fleisch. (...) Werden nur 100 g pro Hund und Tag zugrunde gelegt, so sind das etwa 5 t Fleisch [für den Raum Berlin] täglich. (...) Damit sind die Katzen noch nicht ernährt. (...) Damit muß zu der Feststellung gekommen werden, daß die kleinen Haus- und Heimtiere keine unwesentliche Ernährungskonkurrenz für die Menschen darstellen.“¹⁰⁷⁷ Dieses Politikum schlug sich vor allem nach der dritten Hochschulreform auch in der veterinärmedizinischen Ausbildung nieder, indem die Kleintiermedizin weiter an Bedeutung verlor.¹⁰⁷⁸ Die wachsende Beliebtheit der kleinen Haustiere wurde nicht nur aus Gründen der Nahrungskonkurrenz kritisch gesehen. Als problematisch galt auch die Bewahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, welche vor allem in den Städten durch die vermehrt anfallenden Exkremamente gefährdet sein sollte.¹⁰⁷⁹ WUNDERLICH beschreibt, dass es vor allem Hunde seien, welche die Mitbürger durch Lärm und Schmutz „belästigten“.¹⁰⁸⁰ Solchen Störungen wurde mit Auflagen oder gar mit „Zwangseinweisungen“ von Hunden beigegeben.¹⁰⁸¹ Die steigende Anzahl der Haustierhaltungen führte zu einer wachsenden Verantwortung des Veterinärwesens in diesem Bereich, welche laut WUNDERLICH auch tierschutzrelevante Aufgaben beinhaltete: „Bei den Bürgern (...) muß die Erkenntnis entwickelt werden, daß Tiere nur gehalten werden können, wenn die der Tierart gerechten Bedingungen vorhanden sind und keine unzumutbare Belästigung oder Belastung der Gemeinschaft damit verbunden ist.“¹⁰⁸² Die dafür vorgesehene Aufklärungsarbeit sollte auch eine Beeinflussung der Bürger in Hinblick auf den Umfang der Tierhaltung beinhalten, um diese in Grenzen zu halten. Um dem wachsenden Aufgabenbereich des Veterinärwesens gerecht zu werden, sollten die Tierschutzbeiräte unterstützend mitwirken. Die bis dahin hauptsächlich repräsentativen Aufgaben der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene sollten erweitert werden, indem man öffentliche Sprechstunden und regelmäßige Pressegespräche vorschlug.¹⁰⁸³

Im Gegensatz zur Haltung der landwirtschaftlichen Nutztiere, wo das Tierschutzbestreben auf das Erreichen maximaler Leistungen und dementsprechender Produktionssicherung ausgerichtet war, ging es bei der Haltung von Heim- und Hobbytieren im privaten Bereich in erster Linie darum, mögliche Belästigungen in Form von Lärm, Schmutz und Geruch zu verhindern. Die Einhaltung tierhygienischer Grundprinzipien wurde dementsprechend auch

¹⁰⁷⁵ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 231

¹⁰⁷⁶ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 50

¹⁰⁷⁷ WUNDERLICH, H. (1980), S. 231- 232

¹⁰⁷⁸ SALOMON, F.-V. und BRUMME, M. F. (2009), in: HEHL, U., JOHN, U. und RUDERSDORF, M. (Hrsg.) (2009): Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 4/2, S. 1456

¹⁰⁷⁹ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 232

¹⁰⁸⁰ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 233

¹⁰⁸¹ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 232- 233

¹⁰⁸² WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 236

¹⁰⁸³ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 237

von den Tierschutzbeiräten mit der Bewahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründet: „Bei fehlerhafter Tierhaltung kommt es zur Lärmbelästigung, meist infolge mangelhafter Abschirmung von Hundezwingeranlagen, zur Geruchsbelästigung durch unzureichende Sauberkeit und fehlende bzw. falsche Kotdeponie und zur Verletzung der Sicherheitsbedingungen in Wohngebieten durch unkontrolliertes Ausbrechen von Hunden aus Zwingeranlagen, Gärten oder Wohnungen infolge fehlender Zäune“.¹⁰⁸⁴ Der Schutz der Hunde und Katzen aus ethischen Gründen wurde in der öffentlich zugänglichen Literatur nicht thematisiert. Die Maßnahmen bei Missständen zielten nicht in erster Linie darauf ab, die Ursache der Belästigung zu beseitigen, indem man zum Beispiel die Beschäftigung mit dem Hund oder das Verschaffen von ausreichend Auslauf anriet. Stattdessen wurde sich in erster Linie um eine wirksame Abgrenzung der Tierhaltung nach außen bemüht. Die Forderung nach der Einhaltung tierhygienischer Grundsätze galt somit weniger dem Tier als in erster Linie der nicht-tierhaltenden Bevölkerung.

3.3.5.1 Tierschutzrelevante Probleme in der Haltung von Hunden und Katzen

Hunde und Tierschutz

Die wohl häufigsten Eingaben seitens der Bevölkerung in Bezug auf Tierschutz thematisierten die Haltung von Hunden. Wachhunde wurden offenbar besonders häufig vernachlässigt und unter widrigen Bedingungen gehalten.¹⁰⁸⁵

Herrenlose Hunde wurden in den Städten häufig von amtlichen Tierfängern aufgegriffen und in Tierheimen oder von der Stadt zur Verfügung gestellten Zwingern untergebracht.¹⁰⁸⁶ Wurden sie nicht zeitnah wieder von ihrem Besitzer abgeholt, wurden die Tiere häufig nach 3-7 Tagen euthanasiert.¹⁰⁸⁷

Diensthunde, die ausgemustert wurden, da sie den Anforderungen im Exterieur oder Interieur nicht entsprachen, wurden euthanasiert.¹⁰⁸⁸

Der Vollständigkeit wegen sollen auch die Kettenhunde Erwähnung finden. Die Haltung von Hunden an Ketten ist aus Tierschutzsicht als problematisch zu bewerten. Kettenhunde stellten kein DDR-spezifisches Problem dar und kamen beispielsweise in der BRD ebenso vor, aufgrund der höheren Anzahl kleiner Höfe und Anwesen vermutlich sogar häufiger als in der DDR. Tierschutzrelevant bei dieser Art der Hundehaltung waren vor allem die in dem Zusammenhang genutzten Anbindevorrichtungen, die häufig zu kurz und verletzungsträchtig waren. Kettenhunde dienten oft als bloßer Wachschatz und hatten selten bis nie die Möglichkeit, frei zu laufen. Die folglich an Ort und Stelle verrichtete Notdurft wurde nicht immer gründlich und häufig genug durch den Hundehalter entfernt.¹⁰⁸⁹ Ähnlich tierschutzrelevante Zustände kamen in der Zwingerhaltung vor. Zur Ahndung von Tierquälereien kam es Zeitzeugenberichten zufolge selten. Häufig wusste man nicht, wohin

¹⁰⁸⁴ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 770

¹⁰⁸⁵ LAB C Rep. 112-02, Nr. 237, Bl. 18, Protokoll des Tierschutzbeirates Berlin vom 04.03.1969

¹⁰⁸⁶ <http://muehlhausen.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Muehlhaeuser-Tierheim-feierte-sein-20-jaehrigen-Jubilaumsfest-855115805> und SCHRÖDER, G. (2011), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011

¹⁰⁸⁷ <http://muehlhausen.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Muehlhaeuser-Tierheim-feierte-sein-20-jaehrigen-Jubilaumsfest-855115805>

¹⁰⁸⁸ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., S. 221

¹⁰⁸⁹ KRIEG, R. (2013), Mündliche Mitteilung vom 04.06.2013

man sich beim Verdacht oder Feststellen gravierender Zustände wenden sollte.¹⁰⁹⁰ Kam es dennoch dazu, dass ein Fall zur Anzeige gebracht und verfolgt wurde, fielen die Strafen laut Angaben von Zeitzeugen meist milde aus. Günther LOHRENGEL berichtet von einem Fall von Tierquälerei, bei dem ein Hund in einem Verließ eingesperrt sich selbst überlassen wurde. Der Hund soll aufgrund unterlassener Fütterung kachektisch gewesen sein. Außerdem wurde er von LOHRENGEL hochgradig mit Kot und Schmutz verkrustet vorgefunden. Der Kreistierarzt wurde darüber informiert, woraufhin der Hundehalter ein Bußgeld von 100 Mark zu zahlen hatte und belehrt wurde.¹⁰⁹¹

Katzen und Tierschutz

Eines der immer wieder auftretenden Probleme war das der sich unkontrolliert vermehrenden Katzen. Die Kastration von Katzen war in der DDR nicht allgemein für jede Katze üblich. Nicht nur streunende oder herrenlose Katzen führten zum teilweise exponentiellen Anstieg der lokalen Katzenpopulation, sondern auch Freigängerkatzen, die teilweise bis zu dreimal pro Jahr Junge bekamen. Es war legitim, die Katzenwelpen wegzunehmen und zu töten. Wann und wie man diese Art der Selektion vornahm, war nirgends explizit aufgeführt noch wurde es kontrolliert. Als dauerhafte Lösung des Problems streunender Katzen sah man im MLFN die sofortige Tötung neugeborener Katzen oder die Verhinderung der Vermehrung an sich. Um die Problemlösung zu forcieren, sollten die Tierhalter in diesen Punkten vermehrt informiert werden. Aufrufe in der Presse wurden hingegen als wirkungsloses Instrument beurteilt.¹⁰⁹²

Zeitzeugenberichten zufolge konnte die Problematik vielerorts nicht annähernd befriedigend gelöst werden. Als Beispiel für die in Städten offenbar häufig anzutreffende Situation sollen die Schilderungen einer Zeitzeugin aus Halle/Saale dienen, die bereits in DDR-Zeiten die Betreuung von Straßenkatzen übernommen hatte. Regina KRIEG schildert, dass es in Halle zahlreiche Stellen gegeben habe, wo Gruppen verwilderter Katzen lebten. Bevorzugte Lebensräume waren leerstehende Gebäude, Schuppen und Keller. Ansammlungen von rund 30 Katzen waren der Zeitzeugin nach keine Seltenheit. Teilweise unterlag die Gruppengröße der Selbstlimitation, da die Katzen häufig krank und fast immer unterernährt waren. Von den zahlreichen Nachkommen überlebte nur ein Bruchteil bis in das Erwachsenenalter. Es war offenbar Gang und Gäbe, dass verwilderte Katzen von den Stadtbewohnern mit Rattengift getötet wurden. Einzelpersonen wie Regina KRIEG fütterten die Katzen regelmäßig aus Mitleid auf eigene Kosten.¹⁰⁹³ Da es laut Angaben der Zeitzeugin nur Hundefutter zu kaufen gab, haben die Tierschützer das Katzenfutter meist selbst gekocht. Man verwendete dafür als Basis vor allem Nudeln und Reis. Es waren hauptsächlich ältere Leute, die die Katzen regelmäßig fütterten. KRIEG berichtet von einer Futterstelle, die in der Nähe eines Krankenhauses gelegen haben soll. Die hier lebenden Katzen wurden regelmäßig von den in der Klinik arbeitenden Krankenschwestern versorgt. Hin und wieder soll es vorgekommen sein, dass ein Katzenliebhaber die Kastration einer herrenlosen Katze veranlasste und bezahlte. Die Kastration eines Katers kostete damals 20 Mark, die einer Kätzin 30 Mark, so KRIEG.¹⁰⁹⁴ Ein anderer Zeitzeuge berichtet, dass die männlichen Katzen teilweise ohne

¹⁰⁹⁰ KRIEG, R. (2013), Mündliche Mitteilung vom 04.06.2013

¹⁰⁹¹ LOHRENGEL, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 04.06.2013

¹⁰⁹² BArch DK 1/17158, o. Bl., Antwortschreiben der Abt. Veterinärhygiene des MLFN (SCHWEDLER) an Bürgerin Gisela DIESEL vom 17.12.1973

¹⁰⁹³ Es waren Zeitzeugen nach ausschließlich Einzelpersonen, die sich um die herrenlosen Katzen kümmerten
KRIEG, R. (2013), SCHRÖDER, H. (2011) und VON FEHR, H. (2010), Mündliche Mitteilungen

¹⁰⁹⁴ KRIEG, R. (2013), Mündliche Mitteilung vom 04.06.2013

Betäubung mit Rasierklingen kastriert wurden, was vor allem im ländlichen Raum als „normal“ galt. Angeblich war dieses Vorgehen allgemein bekannt und es wurde dabei billigend in Kauf genommen, dass annähernd jeder zehnte Kater in Folge der unsachgemäß durchgeführten Kastration verblutete.¹⁰⁹⁵

Günther LOHRENGEL, der als Tierarzt bereits in den sechziger Jahren im Kreis Sömmerda praktizierte, stellt fest, dass sich die Mensch-Tier-Beziehung bis heute grundlegend verändert habe. So habe er mehrfach erlebt, dass „*die Bauern von damals*“,¹⁰⁹⁶ die den teilweise gleichgültigen bis rohen Umgang mit Hunden und vor allem Katzen selbst praktiziert haben, heute eine völlig andere Sichtweise auf das Tier zu haben scheinen. Als Beispiel erwähnt der Zeitzeuge Tierhalter, welche in DDR-Zeiten regelmäßig Katzenwelpen ertränkt hätten und die heutzutage den Tierarzt mit der Bitte aufsuchen, die mitgebrachte Katze zu kastrieren. Solche Tierbesitzer erklären den Sinneswandel offenbar häufig damit, dass sie es nicht mehr über das Herz bringen würden, die Katzenjungen zu töten. LOHRENGEL meint, dass sich die Beziehung zum Tier einerseits durch ein über die Jahre gewachsenes Mitgefühl gegenüber der Kreatur, andererseits durch den Druck der Kinder und Enkel gewandelt zu haben scheint. In der Gegenwart würde selbst die ältere Generation der Landbevölkerung mit einer kranken Katze den Tierarzt aufsuchen, was früher nahezu undenkbar gewesen wäre. Der Tierarzt führt dieses Phänomen auf die im Vergleich zu damals allgemein gewachsene Sensibilität der Gesellschaft und eine Zunahme der Empathie gegenüber Tieren zurück.¹⁰⁹⁷

3.3.6 Diskussion des Kapitels

Wie aus der Entwicklung der Organisation hervorgeht, war diese geprägt von zahlreichen zwischenbehördlichen Korrespondenzen und Debatten zwischen tierschutzinteressierten Bürgern und zentralen Stellen der DDR. Aufgrund politischer Entwicklungen kam es zeitweise zu einem erneuten Aufgreifen der Problematik einer Neuorganisation des Tierschutzes, ähnlich wie es auch bei der Thematik Novellierung der Tierschutzgesetzgebung der Fall war. Genauso wie im juristischen Bereich fand sich auch bei der Neuorganisation des Tierschutzes bis zur Wende keine für alle Seiten befriedigende und einheitliche Lösung. Es wurden zahlreiche Mustersatzungen für diverse Organisationsformen des Tierschutzes entwickelt. Keine von ihnen erlangte landesweit und über einen relevanten Zeitraum Gültigkeit. Aufgrund von Diskrepanzen zwischen den einzelnen Behörden und Leitungsebenen wurde die Thematik immer wieder beiseite gelegt. Die Ansichten, in welcher Form und ob überhaupt die Notwendigkeit einer Organisation des Tierschutzes besteht, divergierten selbst bei den Entscheidungsträgern teilweise stark. Den gesichteten Quellen zufolge plädierte vor allem die Veterinärverwaltung des MLF/MLFN für eine Organisation, nicht ohne dabei die Wichtigkeit der staatlichen Kontrolle zu betonen. Das Zentralkomitee als leitende Instanz lehnte mehrfach bereits stehende und von den Ministerien abgesegnete Entwürfe ab. Aus den zahlreichen Korrespondenzen zwischen Behörden und dem Kulturbund sowie zwischen Bürgern und dem Kulturbund geht hervor, dass der Tierschutz dort als Sektion beziehungsweise Fachsparte nicht erwünscht war. Genauso wie die flächendeckende Integration des Tierschutzes in den Kulturbund nicht eintrat, scheiterte jene einheitliche Aufnahme in die Verbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter.

¹⁰⁹⁵ LOHRENGEL, G.(2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

¹⁰⁹⁶ LOHRENGEL, G.(2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

¹⁰⁹⁷ LOHRENGEL, G.(2010), Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

Durch die verschiedenen Tierschutzvereinigungen, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR existierten, ergaben sich methodische Probleme bei der Auswertung der Quellen. Häufig sind es ausschließlich einzelne Belege, etwa Korrespondenzen des Vorstandes einer Vereinigung mit zentralen Behörden, die auf die damalige Existenz einer regionalen Tierschutzvereinigung hinweisen. Eine lückenlose Chronik einzelner Vereinigungen konnte im Rahmen vorliegender Arbeit nicht erstellt werden. Ebenso wenig war es möglich, eine Übersicht über in der DDR bestehende Tierschutzvereinigungen bis zu ihrer eventuellen Auflösung zu dokumentieren. Viele Informationen über einzelne regional bestehende Tierschutzgruppen oder -vereinigungen verlaufen im Sande und lassen sich in Folge des Mangels an Zeitzeugen nur bedingt rekapitulieren. Diese Problematik kann als Zeichen dafür gewertet werden, wie heterogen der Tierschutz in der DDR organisiert war, was die Frage aufwirft, ob man überhaupt von einer organisierten Form sprechen kann. Die Politik verfolgte hauptsächlich das Ziel, die politische Kontrolle zu behalten und jegliche oppositionären Strömungen von vorneherein zu unterbinden. Das Bedürfnis mancher Bürger, sich für den Schutz von Tieren einzusetzen, wurde in diesem Zusammenhang von der SED als Folge des westdeutschen Einflusses beurteilt, den man unterdrücken wollte.

Tierschutzvereine in Westdeutschland wurden von den DDR-Machthabern gleichgesetzt mit einer Vereinigung von Menschen, die eine unwissenschaftliche Sicht auf das Tier haben und bei denen Tierschutz ausschließlich auf einer Vermenschlichung der Kreatur und übertriebenem Idealismus beruhen sollte.¹⁰⁹⁸ Dies war scheinbar auch den Tierschützern nicht gänzlich unbekannt. In ihren Eingaben an zentrale Stellen wird teilweise der Eindruck erweckt, dass man sich mittels der Verwendung sozialistischer Phrasen Gehör zu schaffen versuchte.¹⁰⁹⁹ Das Bestreben zur Gründung einer Tierschutzorganisation darf als moralischer Impetus einer tierschutzinteressierten Minderheit verstanden werden.

Die Betonung der Aufgaben des organisierten Tierschutzes beim Aufbau des Sozialismus kann als verzweifelter Versuch gewertet werden, Entscheidungsträger von der Notwendigkeit der Unterstützung der Tierschutzorganisation und deren politischer Ungefährlichkeit zu überzeugen.

Wie sich zeigt, war es offenbar gerade die Unentschlossenheit der Staatsführung, die zur Aufruhr unter den Tierschützern führte und die zu halblegalen Treffen oder inoffiziellen Aktionen animierte. Die Existenz einzelner Gruppen, ob in einer der Massenorganisationen oder separat, war in der Hauptsache davon abhängig, ob regional entsprechend ambitionierte Bürger vorhanden waren oder nicht. Dabei war auch die Unterstützung oder zumindest die Akzeptanz der Tierschützer durch das örtliche Veterinärwesen nicht ohne Bedeutung. Eingaben der Bürger konnten sowohl an den Rat des Kreises, den Rat des Bezirkes oder direkt an die Veterinärabteilung des MLFN gerichtet werden. Das MLFN war nicht weisungsbefugt, es erfolgte von hier aus ausschließlich eine Weiterleitung der Eingaben an den zuständigen Bezirks- oder Kreistierarzt. Dieser hatte nun die alleinige Entscheidungskompetenz im jeweiligen Fall. Welche Priorität der Veterinär dem Fall letztlich einräumte, blieb eine individuelle Entscheidung. Diese Tatsache führte dazu, dass auf Tierschutzverfahren regional sehr unterschiedlich reagiert wurde.¹¹⁰⁰

Hinderlich auf die Findung einer endgültigen Regelung wirkte sich auch die Tatsache aus, dass die Staatsführung keine Selbstorganisation des Tierschutzes befürwortete, so wie sie

¹⁰⁹⁸ BArch DK 1/10662, Bl. 93; Entwurf zum Memorandum betreffs Tierschutzfragen

¹⁰⁹⁹ Siehe z.B. SAPMO- BArch DY 27/ 183 ohne Bl.; Korrespondenz Hildegard LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere) mit K. KNESCHKE vom 13.02.1952

¹¹⁰⁰ BEHRENDT, I. (2012), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

historisch in Form der Tierschutzvereine bestanden hatte. Dadurch bestand der Konflikt, dass man einerseits die staatliche Kontrolle gewährleisten wollte, andererseits aber wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit Tierschutzgruppen hatte. Den Tierschützern wiederum war daran gelegen, Tierquälereien wirkungsvoll zu unterbinden und eine gewisse Autonomie in ihrer Arbeit zu besitzen. Die Uneinigkeit zwischen den Behörden betreffs der Art und Weise, wie und ob der Tierschutz organisiert werden sollte, spiegelte sich auch darin wieder, wie groß die regionalen Unterschiede waren. Je nachdem wie stark das Interesse der Bevölkerung und des örtlichen Veterinärwesens am Thema Tierschutz ausgeprägt war, gab es aktive Arbeitsgemeinschaften oder Tierschutz-Sparten, teilweise wie im Beispiel des früheren Sachsen-Anhalts bis zum Anfang der sechziger Jahre einen Tierschutz-Verband oder auch überhaupt keinen organisierten Tierschutz. In einzelnen Kreisen sollen Tierschutzaktivitäten gar durch die örtliche Polizei untersagt worden sein.¹¹⁰¹ Die Appelle der Bürger blieben trotz jahrelanger ergebnisloser Debatten nicht völlig ohne Wirkung. Da die zahlreichen Eingaben seitens der Bürger die Staatsführung zu einer Reaktion zwang, musste eine Lösung gefunden werden, die das Volk bei Gewährleistung der politischen Kontrolle ruhig stellte. Die Integration der Tierschutzgruppen in Massenorganisationen wie Kulturbund oder VKSK und die Schaffung von Beiräten für Tierschutz und Tierhygiene sollte dieser Forderung zumindest im weitesten Sinne gerecht werden. BEHRENDT beurteilt die Bildung der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene rückblickend als großen Erfolg für den Tierschutz in der DDR.¹¹⁰² Tierschützer, vor allem die, die vor der Auflösung der Tierschutzvereine in diesen aktiv gewesen waren, beurteilten diese Maßnahmen häufig als Hinhaltenakt des Staates. Für sie stellten die neu geschaffenen Institutionen Provisorien dar, in denen man dem Tierschutzgedanken nicht oder in unbefriedigender Art und Weise gerecht werden konnte. Dazu ergab sich das Problem, dass genannte Massenorganisationen die Aufnahme des Tierschutzes häufig ablehnten. Dadurch, dass die Entscheidung für oder gegen eine Aufnahme des Tierschutzes allein bei den Kreisvorständen lag, kam es vielerorts zu keiner Sparten Gründung. Ob eine Tierschutzgruppe in Form einer Sparte, Arbeitsgemeinschaft oder Sektion gebildet wurde, hing zudem davon ab, ob genügend Tierschutzanhänger vorhanden waren.

Durch den Wegfall der Vereine wurden zusätzlich viele Tierunterkünfte für herrenlose Tiere aufgelöst, wodurch der ohnehin schon bestehende Mangel an Tierplätzen weiter zunahm. Die Tötung von herrenlosen Hunden und Katzen wurde von den Behörden der DDR häufig als essentielles Mittel und einzig richtiger Weg zur Seuchenprophylaxe gerechtfertigt. In Anbetracht der Situation, dass vielerorts kaum oder keine Tierheimplätze zur Verfügung standen, keimt der Verdacht auf, dass die Tollwut- beziehungsweise Seuchenverhinderung in erster Linie als Argument vorgeschoben wurde, um die Bürger nicht auf die bestehende Mangelsituation aufmerksam zu machen. Aus gegenwärtiger Perspektive ist die Tötung herrenloser Tiere ohne Krankheitsanzeichen eine Tötung ohne vernünftigen Grund und damit tierschutzwidrig.

Zusammenfassend kann geschlussfolgert werden, dass der Tierschutz in der DDR regional völlig uneinheitlich und nicht zentral organisiert war. Der von der Staatsführung angestrebte staatlich organisierte Tierschutz wurde in einigen Städten in Form der örtlichen Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene geschaffen, wobei deren Einfluss auf den Tierschutz laut Zeitzeugenaussagen sehr begrenzt gewesen sein dürfte. Die Regierung zielte darauf ab, jegliche gesellschaftliche Selbstorganisation auf demokratischer Basis zu unterbinden, so dass es Tierschutzvereinigungen in Form der früher üblichen Tierschutzvereine ab den fünfziger

¹¹⁰¹ BArch DK 1/4443, o. Bl.; Schreiben der J. RÖSSGER an das MLF (DEMSKI) vom 23.11.1959

¹¹⁰² BEHRENDT, I. (2012), Mündliche Mitteilung vom 16.12.2010

Jahren nicht mehr gab. In einzelnen Gemeinden bestanden Tierschutzgruppen, die sich als „Verein“ bezeichneten, bis zum Ende der DDR. Diese konnten ausschließlich halbillegal weiter bestehen und waren auf die Gunst der örtlichen Verwaltung angewiesen. Meist wurden sie in eine der politisch kontrollierten und gelenkten Massenorganisationen wie Kulturbund oder VKSK integriert, sofern sie von den örtlichen Vorständen geduldet wurden. Der Tierschutz in der DDR bestand offiziell deshalb ausschließlich als staatlich organisierte Institution. Ein demokratisch selbst organisierter Tierschutz in Form von Vereinen oder ähnlichen Gruppierungen wurde vom Staat höchstens punktuell geduldet. Ergänzend muss dazu bemerkt werden, dass das Vereinsverbot nicht ausschließlich auf den Tierschutz beschränkt, sondern in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen gültig war. Es galt, jegliche Form der Selbstorganisation zu verhindern und Zusammenschlüsse von Interessengruppen in staatlich gelenkten Massenorganisationen zu fördern.

Offen bleibt die Frage, inwieweit das Tierschutzbestreben einzelner Personen oder auch Gruppen dazu genutzt wurde, um sich von einer Politik abzugrenzen, mit der man sich nicht identifizieren konnte oder wollte. So wie POLLACK diesen Aspekt als treibende Kraft für das sich herauskristallisierende Umweltengagement in den achtziger Jahren in Erwägung zog,¹¹⁰³ wies auch BRUMME in seinem Vortrag *„Tierschutz als Zivilisationskritik. Zur Politischen Qualität einer ethisch motivierten Bewegung“* auf die Möglichkeit hin, dass der Tierschutz als „Diskussionstrick“ genutzt werden könnte, um von einer nicht mit den eigenen Vorstellungen konform gehenden Politik Abstand zu nehmen.¹¹⁰⁴ Zumindest innerhalb der sich in den achtziger Jahren formierenden Umweltbewegung werden Ansätze deutlich, die die Distanzierung vom politischen Regime über die Tierschutzdebatte vermuten lässt. Die Frage, ob die Tierschutzambitionen als „Mittel zum gesellschaftspolitischen Veränderungszweck“¹¹⁰⁵ oder als separates Ziel eingeordnet werden müssen, bleibt jedoch bestehen.

4. Die Entwicklung der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere und ihr Einfluss auf den Tierschutz

In der Periode der Kollektivierung traten bei allen Nutztierarten diverse tierschutzrelevante Probleme durch die sozialistischen Neuerungen in der Landwirtschaft auf. Für die teilweise sprunghaft gewachsenen Tierbestände mussten innerhalb kürzester Zeit entsprechende Unterkünfte geschaffen werden. Da für eine adäquate Planung der neu zu bauenden Stallungen weder Erfahrungswerte noch genügend Zeit vorhanden waren, wurde laut Angaben mehrerer Zeitzeugen häufig nach dem Motto „Learning by Doing“ verfahren. Die ungenügende Überprüfung neuer Haltungsverfahren auf Versuchsbetrieben vor dem landesweiten Einsatz wurde teilweise auch vom Ministerium für Staatssicherheit kritisiert.¹¹⁰⁶ Entsprechende interne Berichte gab es meist erst dann, wenn erhöhte Tierverluste und Leistungseinbußen die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf sich zogen. Ob und wie eine neu entwickelte Haltungsförmung funktionierte, wurde am lebendigen Objekt, dem Nutztier, getestet. Innovationen wurden von der politischen Führung angepriesen und deren praktische

¹¹⁰³ POLLACK, D. (1994), Die Zeichen der Zeit 48/1994, S. 202 f.

¹¹⁰⁴ BRUMME, M. F. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 31

¹¹⁰⁵ Siehe BRUMME, M. F. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 43

¹¹⁰⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 2

Umsetzung von den landwirtschaftlichen Betrieben gefordert, meist innerhalb eines gewissen Zeitrahmens. Häufig wurden sie nach dem Vorbild anderer Länder, bevorzugt nach den Ideen des sozialistischen Auslandes, eingeführt. Vor allem durch mangelnde Erfahrungswerte, aber auch aufgrund fehlender finanzieller und baulicher Reserven bei der versuchten Etablierung neuer Haltungs- und Fütterungsmethoden, kam es häufig zu hohen Verlusten im Bereich der Tierproduktion. Neue Stallungen wurden von den Baubetrieben häufig nicht termingerecht fertig gestellt und zuweilen in unfertigem oder mangelhaftem Zustand an die Landwirtschaftsbetriebe übergeben.¹¹⁰⁷ Sinkende oder stagnierende Leistung der Nutztiere sowie teilweise horrende Verlustzahlen sprachen eine andere Sprache als der von der SED propagierte Produktionszuwachs, der sich durch die Anwendung neuer Technologien versprochen wurde. Besonders gravierend waren die Leistungseinbrüche und Tierverluste in den Wintermonaten. Die Abteilung für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft sah die Gründe für diese „*unvertretbar hohen Verluste besonders in den Wintermonaten*“¹¹⁰⁸ hauptsächlich darin, dass die Erfahrungen der Viehwirtschaftsbrigaden hinsichtlich der Winterhaltung nicht ausreichend vorhanden gewesen seien und ein Defizit an Unterstützung der LPG und VEG seitens der Politik und der Wissenschaft vorgelegen hätte.¹¹⁰⁹ Ergänzend dazu ist festzustellen, dass die zur Neige gehenden Futtermittelvorräte und die übereilt und wenig durchdacht erbauten Primitivställe in zahlreichen Fällen in den Wintermonaten zur Eskalation der ohnehin angespannten Situation führten. Verhungerte und erfrorene Tiere, abgemagerte Herden und Leistungseinbrüche sowie seuchenhafte Verlaufsformen an sich harmloser Infektionen waren DDR-weit ein verbreitetes Szenario in zahlreichen Betrieben. Um die beträchtlichen „*Rückstände in der Erweiterung der Kuhbestände und Sicherung der Schlachtschweineproduktion*“¹¹¹⁰ zu beherrschen, wurden diverse „Maßnahmepläne“ vom MLFN entwickelt. Allen Maßnahmeplänen eigen war die Tatsache, dass sie schwerpunktmäßig Versammlungen und Gesprächsrunden mit ideologischen Grundsatzdiskussionen vorsahen. Diese Veranstaltungen sollten staatlich organisiert und geführt werden. Teilweise enthielten die Ausführungen des MLFN Vorschläge, die in praxi nicht umgesetzt werden konnten beziehungsweise Maßnahmen, die die allgemeine Problematik in der Viehwirtschaft noch verschärfen mussten. Als Beispiel sei hier der Vorschlag aufgeführt, dass LPG mit ausreichenden Futtermitteln die Tiere von Betrieben mit knappen Ressourcen vorübergehend aufnehmen könnten. Dieser Vorschlag wurde zu einer Zeit gemacht, als Tuberkulose, Brucellose und andere Tierseuchen Hochkonjunktur hatten und die Tierärzte und Bauern „an der Front“ alles Mögliche dafür taten, diese Seuchen zu tilgen.¹¹¹¹ Ein weiterer Vorschlag zur Verbesserung der Situation in der Winterhaltung der Kühe lautete folgendermaßen: „*Beste Silage für die Fütterung im Januar und Februar sowie März verwenden, da zu dieser Zeit das Heu nur noch wenig Vitamine hat und durch die hochwertige Silage die notwendigen Vitamine den Tieren zur Verfügung gestellt wird.*“ Eine Erhöhung der Futtermengen gehörte ebenso zum Merkblatt „Hinweise für die Winterhaltung“.¹¹¹² Woher die Betriebe dieses Futter jedoch beziehen sollten, wenn ihre Vorräte für das Jahr bereits so gut wie aufgebraucht waren, wurde in dem Maßnahmeplan nicht festgehalten. Das tierschutzrelevante Futtermangelproblem existierte über den gesamten Zeitraum der DDR-Ära. Aus Leistungstabellen der Behörden¹¹¹³ wird ersichtlich, dass weder im Bereich Milchleistung noch bei der Rinder- und Schweinemast die vorgegebenen

¹¹⁰⁷ BArch DK 1/ 3839, Bl. 121

¹¹⁰⁸ BArch DK 1/ 3839, Bl. 121

¹¹⁰⁹ BArch DK 1/ 3839, Bl. 121

¹¹¹⁰ BArch DK 1/ 3839, Bl. 121

¹¹¹¹ BArch DK 1/ 3839, Bl. 6

¹¹¹² BArch DK 1/ 3839, Bl. 260

¹¹¹³ Als Beispiel dienen hier die Leistungsentwicklungen in Betrieben des Bereiches Berlin von 1976-1980, aus: WUNDERLICH, H. (1980). Vet. med. Diss. habil., Bl. 156

Planzahlen erreicht werden konnten. Die vorgegebenen Futtermittelverbrauchsdaten wurden hingegen tendenziell überschritten.¹¹¹⁴

Sowohl in der Phase der Kollektivierung als auch in den anderen Perioden der landwirtschaftlichen Entwicklung der DDR wurden von staatlicher Seite eine Planerfüllung oder gar Übererfüllung in allen Bereichen gefordert. Dennoch wurden den Betrieben zu keiner Zeit die dafür notwendigen Mittel baulicher, finanzieller und personeller Art zur Verfügung gestellt. Stattdessen wurde an der ideologischen Überzeugung und am Willen der Genossenschaftsbauern gezweifelt und das Hauptaugenmerk der Beratungstätigkeit von staatlicher Seite auf politische Überzeugungsarbeit gelegt. Das MfS führte die hohen Tierverluste Anfang der sechziger Jahre zum einen auf den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche 1962-63 zurück, welcher angeblich durch „ungenügende Sicherungsmaßnahmen“ begünstigt wurde.¹¹¹⁵ Zum anderen sah man Ursachen für hohe Verlustzahlen in „den Mängeln in der Leitungstätigkeit (...), der ungenügenden Anwendung der materiellen Interessiertheit und der noch weit verbreiteten Duldung von Schlamperei und Nichteinhaltung der Betriebs- und Stallordnungen.“¹¹¹⁶

Tabelle 6: Viehverlustzahlen (gemeldet) der DDR von 1961-1963¹¹¹⁷

| Tierart | 1961 | 1962 | 1963 |
|---------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Rinder insgesamt | 269 119 | 242 169 | 214 755 |
| davon Kälber | 173 117 | 159 403 | 151 333 |
| Schweine insgesamt | 1 814 032 | 1 799 961 | 1 564 128 |
| davon Ferkel | 1 174 140 | 1 200 362 | 1 134 292 |

Damit lag die Höhe der Verluste bei Rindern in diesen Jahren bei rund 5% des Gesamtbestandes, bei Schweinen waren Verlustzahlen um 20% zu verzeichnen.¹¹¹⁸ Zu beachten ist, dass die Dunkelziffer der Verluste vermutlich weit höher lag, da eine Vielzahl von Tierverlusten nicht als solche gemeldet wurde. Der Grund dafür lag darin, dass Tierverluste als wichtiger Parameter zur Bestimmung der leistungsabhängigen Zusatzvergütung herangezogen wurde und es galt, diesen so gering wie möglich zu halten.¹¹¹⁹ Eine Möglichkeit, Verlustmeldungen zu umgehen, war die Notschlachtung von kurz vor dem Verenden stehenden Tieren.¹¹²⁰

Als Ursache für die hohen Verlustzahlen wurden von der Staatsführung nicht etwa Fehler in der Planung und im System gesucht, sondern die Verantwortung dafür wurde in erster Linie den Betriebsleitungen zugewiesen: „*Begünstigt durch ungenügende Anleitung und Kontrolle seitens der LPG-Vorstände zeigen sich unter den in der Viehwirtschaft tätigen Personen teilweise Oberflächlichkeit und Interessellosigkeit und werden falsche Pflege- und Haltungsmethoden angewandt. Das führt in größerem Umfange zu durchaus vermeidbaren Viehverlusten.*“¹¹²¹ In den Betrieben rechtfertigte man sich auf derlei Anschuldigungen hin damit, dass die Futterressourcen für die übermäßig gewachsenen Tierbestände nicht

¹¹¹⁴ WUNDERLICH, H. (1980). Vet. med. Diss. habil., Bl. 156

¹¹¹⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 3

¹¹¹⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 3

¹¹¹⁷ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 1

¹¹¹⁸ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 2

¹¹¹⁹ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 2

¹¹²⁰ MÖBIUS, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 22.10.2010

¹¹²¹ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 2

ausreichen würden. Diese Argumentation wurde von der Staatsführung nicht akzeptiert. Stattdessen rügte man „die z. T. ungenügenden Anstrengungen, die Futterproduktion zu steigern und die Viehbestände zu erhöhen“ und empfahl in erster Linie „die Hebung der Bodenfruchtbarkeit, gute Bodenbearbeitung und Düngung“.¹¹²²

Der seit 1967 fokussierte Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der DDR war auf die Schaffung großdimensionierter Betriebe ausgerichtet, in welchen die Konzentration und Spezialisierung bestimmter Produktionsstufen stattfinden sollte. Die ursprüngliche Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, in denen mehrere Tierarten gehalten wurden und in denen eine Produktion verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse stattfand, verlor nach und nach an Bedeutung. Zweifelsohne versuchte man, die Landwirtschaft in der DDR im Laufe der Jahre möglichst vielseitig zu gestalten und wollte den Bedarf an unterschiedlichsten Lebensmitteln decken. Auch der Export von landwirtschaftlichen Produkten spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle für die wirtschaftliche Gesamtsituation im Land. In der Öffentlichkeit wurde von „Flora und Jolanthe“ gesprochen, womit die Produktion von Rind und Schwein betitelt und gehuldigt wurde. Der vom damaligen ersten Sekretär der SED Walter ULBRICHT verbreitete Slogan lautete: „Mit Flora, der Kuh und Jolanthe, der Sau, erreichen wir das Weltniveau!“¹¹²³ Neben den Hauptzweigen der tierischen Produktion, der Rinder- und Schweineerzeugung, spielten auch die Produktion von Hühnereiern, die Geflügel- und die vor allem private Kaninchenmast sowie die Schafhaltung zur Erzeugung von Fleisch und tierischen Rohstoffen eine gewichtige Rolle. In allen Bereichen sollte eine Eigenversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen tierischer Herkunft erreicht und eine führende Rolle im Weltmarktniveau angestrebt werden. In den darauffolgenden Jahren wurde die Landwirtschaft zunehmend industrialisiert. Durch die Förderung von Konzentration und Spezialisierung sowie die in deren Rahmen angestrebte Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion sollte eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft angestrebt werden. Im Bereich der Viehwirtschaft bedeutete das die Etablierung industriemäßiger Produktionsverfahren. Die Erschaffung der dafür benötigten Tierproduktionsanlagen wurde häufig in Form von Zwischenbetrieblichen Einrichtungen durch die Kooperation mehrerer Betriebe realisiert.¹¹²⁴

Die Betriebsgrößen nahmen im Laufe der siebziger Jahre immer weiter zu. Die Politik wollte damit Wege finden, Lebensmittel tierischer Herkunft reichlich und gleichzeitig kostengünstig zu produzieren. Problematisch für ein Fortschreiten dieser Entwicklung erwiesen sich der zunehmende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und der die Futtermangelsituation verstärkende Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die bereits Ende der fünfziger Jahre bestanden hatte.¹¹²⁵ Trotzdem hielt man zumindest nach außen an einer immer stärker intensivierten Tierhaltung fest. Der Superlativ der Pläne waren Hochhäuser oder Kontainerhaltungen. Diese wurden teilweise praktisch erprobt. Gisbert PAAR berichtet, dass im Bezirk Halle Anfang der siebziger Jahre ein Hochhaus für Schweine in Betrieb genommen wurde.¹¹²⁶ Aus Gründen der Platzersparnis wurden die Schweine hier in 6-7 Etagen übereinander gehalten. An der Seite der Buchten waren Fahrstühle, mit welchen die Schweine in die jeweilige Etage transportiert wurden. Die Böden der Buchten waren mit Gummimatten ausgelegt, wodurch eine immense Keimbelastung entstanden sein soll. In der Praxis setzte sich das Verfahren laut PAAR nicht durch. Ein weiteres Beispiel für die versuchte

¹¹²² BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 3

¹¹²³ FRÜNDE, J. (2001), Kaum zu glauben!, S. 92

¹¹²⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 486

¹¹²⁵ POUTRUS, P. (2002), Die Erfindung des Goldbroilers, S. 71

¹¹²⁶ PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

Maximierung der Produktionsergebnisse durch die Einsparung von Fläche und Arbeitskräften war die Kontainerhaltung von Kälbern.¹¹²⁷ PAAR schildert, dass die Kälber hier versuchsweise in drei Etagen übereinander gehalten wurden. Jedem Kalb stand eine Box zur Verfügung, die 60 cm breit und 120 cm lang war. Um Verrichtungen am Kalb durchführen zu können, wurde die Box herausgezogen und per Frontlader auf den Boden gehoben.¹¹²⁸ Diese Art der Kälberhaltung fand in der Praxis keine Anwendung, es fanden ausschließlich vereinzelte Versuche zu der auch als „Regalhaltung“ bezeichneten Aufstallung statt.¹¹²⁹ Weder im Versuch erprobt noch praktisch umgesetzt wurde die von PAAR beschriebene pyramidenartige Aufstallung von Kälbern, welche ein von der Bauhausuniversität Weimar konzipiertes Projekt darstellte. Nach den Vorstellungen der Architekten sollte hier eine etagenweise Aufstallung nach Altersgruppen erfolgen. Die ältesten Kälber sollten in der unteren Etage, die Saugkälber aufgrund des geringeren Platzbedarfes in der obersten Etage aufgestellt werden. Der Transport in die Etagen sollte mit Fahrstühlen erfolgen. Dieses Projekt wurde laut PAAR nie erbaut.¹¹³⁰ Genannte Beispiele demonstrieren jedoch, welche Dimensionen die Pläne der politischen Führung um Gerhard GRÜNEBERG offenbar einnahmen. Der Tierschutz beziehungsweise die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Nutztiere, die unter diesen Bedingungen leben sollten, schienen hierbei kein Thema gewesen zu sein.

Durch die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion in den siebziger Jahren entstanden häufig Versorgungsprobleme in den Ställen, da sich die Kommunikation zwischen beiden Betriebsarten oft schwierig gestaltete. Zudem war die bauliche Ausstattung der Anlagen nicht selten ungenügend, da entsprechende Materialien nicht vorhanden waren. Aus diesen Gründen konnten entgegen der agrarpolitischen Pläne die Mehrzahl der Viehbestände nicht in industriemäßigen Anlagen untergebracht werden.¹¹³¹ Da die Forcierung der Spezialisierung und Konzentration nicht die erwünschten Erfolge brachte, kam es Ende der siebziger Jahre zu einem allmählichen Umdenken in der Agrarpolitik. Nach dem Tod Gerhard GRÜNEBERGs 1981 konzentrierte man sich mehr in dem Maße wie bis dahin auf den Aufbau industriemäßiger Tierproduktionsanlagen. Stattdessen sollten die vorhandenen Mittel nun verstärkt für die Wiederherstellung und Nutzbarmachung von Altställen verwendet werden.¹¹³² Das Ziel der Politik war grundsätzlich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln tierischer Herkunft aus landeseigener Produktion. Zudem wurde gerade der Konsum von Fleisch, Fleischprodukten, Eiern und Milch verstärkt propagiert und gefördert.¹¹³³ An der Spitze des verzehrten Fleisches und der Fleischerzeugnisse standen unangefochten Produkte von Schwein und Rind.¹¹³⁴ Vor allem Schweine wurden nach der Einführung industriemäßiger Produktionsverfahren zunehmend auch exportiert und stellten als Devisenbringer einen wichtigen Gewinnfaktor für die Volkswirtschaft dar.¹¹³⁵ Mannigfaltig waren die Verfahren der Haltung und Fütterung, mit welchen man die Effektivität in der Produktion von Rindern und Schweinen im Laufe der Jahre steigern wollte. Doch welche Rolle spielte dabei der Tierschutz? Inwieweit wurden arteigene Bedürfnisse

¹¹²⁷ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹¹²⁸ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹¹²⁹ PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

¹¹³⁰ PAAR, G. (2010 und 2013), Persönliche Mitteilungen

¹¹³¹ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 486-487

¹¹³² HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 487

¹¹³³ PILZ, K. et al. (1978), Industriemäßige Tierproduktion, S. 16-17

¹¹³⁴ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1987), Statistisches Taschenbuch der DDR 1987, S. 115

¹¹³⁵ SCHÖNFELDER, J. (2006) in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2006), Industrielle Tierproduktion, o. Bl.

respektiert oder vernachlässigt? Welche spezifischen Probleme aus Sicht des Tierschutzes traten auf?

Im Folgenden sollen diese Fragen anhand der Analyse der Haltungsbedingungen der beiden für die DDR ökonomisch wichtigsten Tierarten, also Rind und Schwein, beantwortet werden.

4.1 Rinderhaltung in der DDR

Die Entwicklung der Rinderhaltung wurde von den strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft in den verschiedenen Perioden der DDR geprägt. Nachdem man begonnen hatte, die Tierbestände der bäuerlichen Einzelhaltungen im Rahmen der Kollektivierung zusammenzulegen, mussten möglichst schnell entsprechend große Tierunterkünfte geschaffen werden. Dies wurde mit dem Bau sogenannter Offenställe realisiert. Aus diversen, im nachfolgenden Abschnitt erläuterten Gründen, wandte man sich Anfang bis Mitte der sechziger Jahre vom Modell des Offenstalls ab und baute die ersten Massivställe. Dazu wurden zahlreiche der bestehenden Offenställe umfunktioniert, es entstanden aber auch Neubauten. Mit zunehmender Konzentration, steigenden Tierzahlen und wachsendem Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft wurde die Bauweise neu entstehender weiterer Stallungen wiederum den politischen und ökonomischen Anforderungen angepasst. Die siebziger Jahre, die von der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft geprägt waren, ließen Stallungen entstehen, die Platz für mehrere hundert Tiere boten und deren Ausrichtung vor allem auf die Erfüllung der sozialistischen Ziele gelenkt war. Deren Leitmotiv war die Effizienz der Produktion bei steigender Qualität und Quantität. Mit finanziell und personell minimalem Aufwand sollte das Maximale aus dem „Produktionsmittel Tier“ herausgeholt werden. Das wirkte sich auch auf die Konstruktion neu zu errichtenden Stallungen aus.

Im Folgenden sollen die Schwerpunkte der Entwicklung der Haltungsformen von Rindern in den verschiedenen Etappen der Landwirtschaft der DDR dargestellt und auf tierschutzrelevante Aspekte untersucht werden. Ebenfalls werden die Fütterung und die Zucht einer Betrachtung unterzogen.

4.1.1 Erste Anfänge

Anfang der fünfziger Jahre begann die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR. Mit der Einführung von genossenschaftlichen Produktionsformen wurden zunehmend Rinder mehrerer Klein- und Mittelbauern in genossenschaftlich genutzten Ställen zusammengeführt. Das Zusammenstellen von Tieren mehrerer Einzelbauern in dafür neu geschaffenen Tierunterkünften verlief in mehrerlei Hinsicht nicht ohne Probleme. Ältere Tiere lieferten sich Rankämpfe, wobei es zum Teil zu schweren Verletzungen kam.¹¹³⁶ Abhilfe sollte das Enthornen der Tiere schaffen, was vor allem in wärmeren Monaten durchgeführt, häufig zum starken Befall mit Fliegenmaden führte. Die Unruhe in der Herde, der unterschiedliche Gesundheits- und Seuchenstatus der zusammengewürfelten Tiergruppen und die für die Tiere ungewohnten Haltungsbedingungen taten laut Zeitzeugenberichten ein Übriges, um die

¹¹³⁶ WOLL, E. (2007), Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdeggeschichten, S. 13

Milchleistung rapide absinken zu lassen.¹¹³⁷ Mangelhaftes Futter in Hinblick auf Qualität und Quantität schufen weiteren Nährboden für die rückläufigen Leistungen und den Ausbruch verschiedenster Krankheiten. Tierseuchen wie Tuberkulose und Brucellose stiegen durch das Zusammenstellen an, Mastitiden nahmen explosionsartig zu. Tbc- und Brucellose-Reagenten wurden, wenn möglich, separat untergebracht und versorgt. Zudem wurden Abkalbeställe geschaffen. Durch unerkannt infiziertes Personal kam es jedoch wiederholt zu Reinfektionen.¹¹³⁸ Begünstigend für den Seuchenausbruch war ebenfalls der Import von Tieren aus anderen Ländern. Das importierte Vieh war häufig Brucellose verseucht und führte in sanierten Beständen zu neuen Ausbrüchen.¹¹³⁹ Im Jahre 1961 waren die Missstände so gravierend, dass im Durchschnitt von täglich 720 verendeten Rindern in der DDR ausgegangen werden kann.¹¹⁴⁰ Ein Jahresbericht von 1961 führt bei der Auflistung der Tierverluste eine Zahl von insgesamt 254000 Rindern in der DDR auf.¹¹⁴¹ Die Zusammenlegung der Viehbestände wurde nicht selten unüberlegt und überstürzt vollzogen. Seuchenhygienische Absicherung wurde zwar propagiert, wohl aber nicht annähernd in notwendigem Maße geschaffen. Bedingt durch die Viehhaltepläne, welche durch den Staat vorgegeben waren, wurde die Schlachtung der Reagenten häufig nicht gestattet, wobei dies die einzige nachhaltige Methode gewesen wäre, Seuchen zu tilgen. Die einzuhaltenden Tierzahlen aber hatten Priorität, Schlachtungen mussten beantragt und durch die SED-Kreisleitung abgeseget werden.¹¹⁴² Dadurch kam es zu zahlreichen Erkrankungen, welche letztendlich zu einer Vielzahl an Not- und Krankschlachtungen führten. Folge davon waren überfüllte Schlachthöfe mit sinkenden Hygienestandards.¹¹⁴³

4.1.2 Rinder- Offenställe

Unabhängig von den dargestellten Problemen in der Anfangszeit führte eine besondere Periode der DDR-Landwirtschaft, die „Offenstallphase“, gehäuft zu gravierenden Tierschutzproblemen. Die Offenställe wurden ab den fünfziger Jahren zunehmend errichtet und galten als „sozialistische Errungenschaft“¹¹⁴⁴. Die Frage, welche Probleme aus der Sicht des Tierschutzes in der Rinderhaltung der DDR am größten waren, wurde von Zeitzeugen fast ausnahmslos im Hinblick auf die Offenstallhaltung beantwortet.¹¹⁴⁵ Aus diesem Grund werden die Offenställe im Folgenden in einem eigenen Abschnitt behandelt.

Bereits in den vierziger Jahren wurde der Bau von sogenannten „Schuppenställen“ erprobt, welche als Vorreiter der späteren Offenställe zu sehen sind. Ein seinerzeit bedeutender Tierhygieniker der DDR, Wilhelm NUßHAG, kritisierte mehrfach in Publikationen die Schwachstellen dieser Art der Tierhaltung. Man vertrat allgemein die Auffassung, die durch den Schuppenstall mögliche „naturgemäße Haltung“ würde die Mehrzahl der damals auftretenden Krankheiten und Probleme in der Rinderhaltung verschwinden lassen. Hierbei waren vor allem Sterilitätsstörungen, Deckinfektionen, Seuchen wie Tuberkulose und

¹¹³⁷ WOLL, E. (2007), Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdegeschichten, S. 14

¹¹³⁸ WOLL, E. (2007), Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdegeschichten, S. 12 -16

¹¹³⁹ BUSCH, B. (2011), Mündliche Mitteilung vom 24.08.2011

¹¹⁴⁰ <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/Januar/year/1961>

¹¹⁴¹ BArch DK 1/ 3888, Bl. 115

¹¹⁴² WOLL, E. (2010), LPG-Gründung und Rindertuberkulosebekämpfung, S. 2

¹¹⁴³ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 47 und S. 51

¹¹⁴⁴ Anonym (1958) in „Der Spiegel“ (10/1958), S.38

¹¹⁴⁵ DANNERBECK, G. (2010), LOHRENGEL, G. (2010), SCHRÖDER, H. (2011), WOLL, E. (2010) ZEMKE, P. (2010), Mündliche Mitteilungen

Brucellose, lebensschwache Neonaten und die insgesamt unbefriedigend lange Nutzungsdauer von Bedeutung. NUBHAG hingegen führte den allgemeinen Konstitutionsverlust der Tiere vor allem auf das forcierte Streben nach hoher Leistung zurück, welches durch die Intensivierung der Landwirtschaft als Zuchtziel mehr und mehr an Bedeutung gewann. Der Hygieniker kritisierte den „*ungesunden Rekordwahn*“, welcher zu verringerter Nutzungsdauer und Lebenserwartung und zum Konstitutionsverlust der Haustiere geführt hätte.¹¹⁴⁶ NUBHAG forderte zur Verbesserung der Situation einen ausreichend großen Stall mit genügender Luftzirkulation, ausreichend Tageslichteinfall, begrenzter Wärmeentwicklung und täglicher Auslaufmöglichkeit für die Tiere. Er bezeichnete das bis dahin in den Neubauerndörfern vorkommende Fehlen von Ausläufen als „*sträfliche Unterlassung*“. Für Jungtiere verlangte er eine unbedingte Weidehaltung.¹¹⁴⁷ NUBHAG war ein Gegner der sich ab 1945 entwickelnden „Lehre vom Schuppenstall“, in welcher mit „naturnaher“ Haltung geworben wurde. Diese Art der Rinderhaltung wurde damit beworben, dass man die Rinder statt angebunden in dunklen, zu warmen und unsauberen Ställen in klimatisch günstigen Ställen bei saisonaler Weidehaltung und mit der Möglichkeit zur freien Bewegung halten sollte. Die Befürworter des Schuppenstalles sahen seine Vorteile vor allem in der steigenden Widerstandskraft des Viehs, welches durch die naturnahe Haltung gleichfalls bessere Leistung und Fruchtbarkeit entwickeln sollte und in den nicht zu unterschätzenden arbeits- und betriebswirtschaftlichen Vorzügen. Weiterhin sollte die Notwendigkeit der täglichen Entmistung im Schuppenstall entfallen. Ein Pluspunkt wurde auch in der Möglichkeit von Einsparungen gesehen, die durch die Anwendung billiger Baustoffe entstehen sollten.¹¹⁴⁸ NUBHAG kritisierte diese vermeintlichen Vorzüge in seinen Publikationen auf das Schärfste. Seiner Ansicht nach würde sich der Schuppenstall in erster Linie am „*Schutzbedürfnis der im Stall arbeitenden Menschen*“¹¹⁴⁹ orientieren. Diese Art der Tierunterkunft sei lediglich ein schuppenähnlicher Stall, welcher über maximal drei, oft sogar auch weniger Wände verfüge.¹¹⁵⁰ NUBHAG versuchte, in seinen Ausführungen die Argumente der Befürworter des Schuppenstalles zu widerlegen. Diese sahen einen wesentlichen Vorteil in der Einrichtung der Unterkunft als Tiefstall, womit die Einsparung von Stroh als Einstreu möglich werden würde. Eine im Vergleich zum Massivstall vermehrte Luftzirkulation sollte angeblich die anfallenden Exkrememente trocknen. Zudem wurde gemutmaßt, dass Frost und Kälte eine Festigung der Ausscheidungen bedingen würden.¹¹⁵¹ NUBHAG hingegen war der Meinung, ein Schuppenstall sei nichts weiter als ein „*überdachter Dunghof*“, der mit einer naturgemäßen Haltung nichts zu tun hätte und formulierte als Plädoyer schonungslos: „*Der Schuppenstall ist ein Rückschritt in die Primitivität und findet in Zeiten der Baustoffknappheit seine Befürworter. Daß er von einzelnen Wissenschaftlern 'nachgeprüft' wird, beweist, daß die Betreffenden nicht sehen, worum es hier geht.*“¹¹⁵² Ein weiterer Kritikpunkt, welchen NUBHAG wiederholt aufführte, war die Gefährdung der Lebensmittelhygiene der im Tieflaufstall produzierten Milch.¹¹⁵³

Bereits wenige Zeit später traten diese prophezeiten Probleme als Folge der nun vermehrt gebauten Offenställe gehäuft auf. Ab 1957 wurde in der DDR „mit der breiten Propagierung des Offenstalles“¹¹⁵⁴ begonnen. Der 1958 auf dem V. Parteitag der SED beschlossene

¹¹⁴⁶ NUBHAG, W. (1951), MH 6, S. 450

¹¹⁴⁷ NUBHAG, W. (1952), MH 7, S. 437

¹¹⁴⁸ HUBRIG, T. (1954), MH 9, S. 397

¹¹⁴⁹ NUBHAG, W. (1952), MH 7, S. 450

¹¹⁵⁰ NUBHAG, W. (1952), MH 7, S. 450

¹¹⁵¹ NUBHAG, W. (1952), MH 7, S. 451

¹¹⁵² NUBHAG, W. (1952), MH 7, S. 455

¹¹⁵³ NUBHAG, W. (1952), MH 7, S. 451

¹¹⁵⁴ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 1

Siebenjahrplan sah den Bau von 22200 neuen Rinderställen zur Unterbringung der steigenden Viehbestände vor.¹¹⁵⁵ Vor allem für die LPG vom Typ III musste kurzfristig eine Lösung gefunden werden. Durch den Beitritt von Einzelbauern zur LPG waren die Herdengrößen sprunghaft angewachsen. Schon im Oktober 1957, während der 33. Tagung des ZK der SED wurde beschlossen und verkündet, dass nunmehr vorwiegend Offenställe erbaut werden müssten.¹¹⁵⁶ Das sogenannte „Offenstallbauprogramm“ wurde in die Wege geleitet und vom Ministerrat der DDR im Frühjahr 1959 bestätigt.¹¹⁵⁷ Dabei sollten die Kosten pro Tierplatz durch die Verwendung billigerer Baustoffe wie Rundholz,¹¹⁵⁸ Mitarbeit der LPG-Mitglieder beim Bau und ökonomischer Bautechnologie rapide um mehrere hundert Mark gesenkt werden.¹¹⁵⁹ Zur „sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande“ gehörte der Aufbau von Großbetrieben, die mit möglichst wenigen Arbeitskräften betrieben werden sollten. Die dafür nötige Mechanisierung war aus damaliger Sicht am zweckmäßigsten im Offenstall realisierbar. Außerdem konnte man Offenställe mit verhältnismäßig wenig Aufwand und Material bauen. In einem der zahlreichen veröffentlichten Plädoyers für den Offenstall wurden die Vorzüge dieser Bauart folgendermaßen zusammengefasst: *„Wir streben mit den neuen Formen der Offenstallhaltung, neben finanziellen Einsparungen und solchen an Baumaterial, neben arbeitstechnischen Verbesserungen also optimale Bedingungen für unsere Tiere an. Wir suchen ein Sonnenlicht, das nicht durch Fensterglas gebrochen wird, eine keimfreie, trockene Luft an Stelle des Waschküchenklimas unserer Massivställe und überhaupt diejenigen Lebensbedingungen, die die Tiere bei ausreichender Fütterung zu höchsten Leistungen befähigen, Ställe also, die die Klimaschwankungen der Umwelt in gemilderter Form mitmachen. Diesen Bemühungen folgend, nimmt es nicht wunder, daß wir 70%, das sind 217 000 der für den zweiten Fünfjahrplan zusätzlich vorgesehenen Kühe in Offenställen halten wollen, in Offenställen, die keineswegs eine Ersatz- oder Notlösung darstellen.“*¹¹⁶⁰ Was sich zunächst vielversprechend anhörte, konnte so in den folgenden Monaten und Jahren nicht umgesetzt werden. Das lag wohl zum einen daran, dass der Bau der neuen Ställe nach dem Offenstallprinzip in kurzer Zeit von statten gehen musste und zum anderen kaum Erfahrung damit vorhanden war. Oft ohne ein vernünftiges Konzept - von architektonischer und tierhygienischer Seite aus gesehen - wurde möglichst schnell ein solcher Offenstall gebaut. In einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit zur Situation des Offenstallbauprogramms von 1961 wurde bemängelt, dass das hinter der Errichtung vieler Stallungen stehende Konzept zu wenig wissenschaftlich fundiert und zu stark auf ökonomische Aspekte fixiert gewesen sei. Dabei wurden als Verantwortliche eindeutig *„Mitarbeiter des zentralen Staatsapparates“* benannt.¹¹⁶¹ Wolfgang KÖPP, Autor und Zeitzeuge, beschreibt in seiner Autobiographie mit sarkastischem Unterton die damalige Situation: *„Zugleich werden die bei jeder Gelegenheit als Weltniveau propagierten Offenställe (...) aus dem Boden gestampft. Sie sind ja so schön billig.“*¹¹⁶² Der Tierarzt schildert die daraus resultierenden Schwierigkeiten der Tiergesundheit, welche sich in Kombination mit der weit verbreiteten Futtermangelsituation weiter verschärfte: *„In der Kreisstadt, so war zu hören, habe sich die ‘Offenstall- Laufhofanlage’ bewährt. Man verschwieg wohlweislich, daß ganze Rinderherden und Schweinehorden in die nahen Wälder*

¹¹⁵⁵ REICHELT, H. (1960), in: MLF (Hrsg.) (1960): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 26

¹¹⁵⁶ MAHLICH, W. (1999), Diss. sc. agr. Berlin, S. 326 sowie Anonym in „Der Spiegel“ (1958), S. 38

¹¹⁵⁷ MAHLICH, W. (1999), Diss. sc. agr. Berlin, S. 326

¹¹⁵⁸ Anonym in „Der Spiegel“ (10/1958), S.39

¹¹⁵⁹ REICHELT, H. (1960), in: MLF (Hrsg.) (1960): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 26

¹¹⁶⁰ WIESNER, E. (1959), MH 14, S. 161

¹¹⁶¹ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 2

¹¹⁶² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 49

gefahren und dort gepfercht worden waren, damit sie, koste es was es wolle, wenigstens zum Teil überlebten. An Milch und Mast dachte dabei niemand mehr.“¹¹⁶³ Tierärzte wurden zu wenig oder gar nicht in die Planung mit einbezogen, zum Teil beklagten sie das auch in der Öffentlichkeit. Das Bauvorhaben wurde nicht vom involvierten Betriebstierarzt, sondern vom Kreistierarzt abgeseget, welcher häufig keinen Einblick in die Betriebsstruktur und die geographischen Voraussetzungen hatte.¹¹⁶⁴ In einem Bericht über die Situation in der Rinderwirtschaft des Bezirkes Erfurt 1960 heißt es hierzu: „Die Offenstallanlagen entsprechen nicht den gestellten Forderungen. Es ist keine richtige Planung im Bauwesen vorhanden.“¹¹⁶⁵ Im ministeriellen Bescheid für die weitere Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms 1961 wurde festgestellt, dass es eine große Anzahl nicht funktionsfähiger Stallungen gäbe. Die Gründe dafür wurden in den Kürzungen seitens der Bauwirtschaft bei der Versorgung mit Baumaterialien, aber auch in einem zu hohen administrativen Entscheidungsmaß zu Ungunsten der Mitsprache der LPG bei der Stallbauplanung gesehen.¹¹⁶⁶ Anforderungen an Standort und Architektur wurden zu wenig konkretisiert, so dass ein zugiger Offenstall, dessen offene Seite in Windrichtung stand, keine Seltenheit war.¹¹⁶⁷ Der Tierhygieniker Lothar HUSSEL sprach in einer Stellungnahme zum Offenstallbau in den Monatsheften für Veterinärmedizin von dem „bedauerlichen Mangel“, dass Tierärzte die Bauausführung zu wenig mit beeinflussen würden.¹¹⁶⁸ Die Publikation sollte vor allem als Appell dienen, die praktischen Tierärzte von Seiten der Räte der Kreise und Bezirke mit in die Bauplanung einzubeziehen, um veterinärhygienischen Erfordernissen bei der Errichtung einer tierechten Unterkunft Rechnung zu tragen. Er regte gleichfalls an, dass die Tierärzte auf eigene Faust aktiv werden und sich so in das Bauvorhaben einbringen könnten. HUSSELS idealistischer Vorschlag lautete, dass die Veterinäre „überall dort, wo Ställe in ihrem Bereich gebaut werden, sich gelegentlich und aus eigener Initiative am Bauplatz einfinden, den Bauherrn, zumeist also den Vorsitzenden der betreffenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, zu sich bitten und ihn mit gutem Ratschlag hinsichtlich des entstehenden Baues versehen. Die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft wird diesen Ratschlag in jedem Falle gern annehmen und die Kraft finden, einem Stallbau, selbst wenn die Projektierung anderes vorsieht, das tierzüchterisch und tierärztlich vertretbare Gesicht zu geben.“¹¹⁶⁹ Ähnliche Anregungen kamen zur gleichen Zeit von HUSSELS Kollegen VON DER AA aus Berlin, der die praktischen Tierärzte aufforderte, die Baustellen häufig aufzusuchen um beratend und gegebenenfalls berichtend auf die Bauleitung des Kreises einzuwirken.¹¹⁷⁰ Die Integration von Tierärzten und anderen in der Praxis tätigen Personen blieb scheinbar allerdings in den meisten Fällen illusorisches Wunsdenken. Zeitzeugen berichten, dass Einwände und Verbesserungsvorschläge von tierärztlicher Seite aus unerwünscht gewesen seien.¹¹⁷¹ Dieser Umstand wurde 1961 auch intern durch das MfS festgestellt. Die Ursache für Baufehler wurde darin gesehen, dass der „zentrale Baustab“, der als Mittler zwischen Staatsapparat und Praxis fungieren sollte, bereits 1958 aufgelöst worden war. Das Fazit des MfS dazu lautete:

¹¹⁶³ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 62-63

¹¹⁶⁴ SCHACHT (1959), in: MLF (Hrsg.) (1960): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 131

¹¹⁶⁵ DK 1/3838, Bl. 77

¹¹⁶⁶ DK 1/3838, Bl. 108

¹¹⁶⁷ RÖSLER, G. (2010), Dt. Tierärzteblatt 10/ 2010, S. 1316, SCHACHT (1959), in: MLF (Hrsg.) (1960): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 131 und HUSSEL (1960), in: MLF (Hrsg.) (1960): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 201

¹¹⁶⁸ HUSSEL, L. (1958), MH 13, S. 80

¹¹⁶⁹ HUSSEL, L. (1958), MH 13, S. 80

¹¹⁷⁰ AA, VON DER, R. (1958), MH 13, S. 578

¹¹⁷¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 70, SCHACHT (1960), in: MLF (Hrsg.) (1960): S. 131 und WEBER, K. (1994), VETimpulse 3, S. 13

„Es wurde oft ohne Perspektive gebaut und in Fragen der Projekt- und Standortwahl gegenüber den Mitgliedern der LPG administriert. Die Arbeit des Staatsapparates war von der Praxis völlig losgelöst.“¹¹⁷² Im gleichen Zusammenhang gab man zu, dass die Stellungnahmen der in der Praxis arbeitenden Fachleute bei der Konzeption der Offenställe vor Ort ungenügend beachtet worden seien: „Gute Vorschläge der Praktiker wurden meist ignoriert und die Praktiker sogar öfter unberechtigt von einigen Mitarbeitern des zentralen Staatsapparates als Gegner des Offenstalles hingestellt.“¹¹⁷³

HUSSELS publizierte Prinzipien für die Offenstellerrichtung enthielten unter anderem Forderungen nach einer angemessenen Gewöhnungsphase für das Vieh, Windschutz, ausreichend Einstreu, die Fütterung von nicht gefrierendem Raufutter bei Kälte, ein beheizbares Melkhaus sowie Möglichkeiten für die Fixation von Tieren bei Bedarf. Als unbedingt erforderlich wurden an dieser Stelle Bauelemente wie getrennte Liege- und Fressplätze, frostgeschützte Tränken und separate Abkalbebereiche genannt. Wenn diese Elemente beachtet würden, so HUSSEL, könnten Gesundheit und Leistung der Tiere erhalten werden und der Offenstall eine gesunde und wirtschaftlich bedeutende Alternative zum Massivstall sein. Sein Plädoyer in den Monatsheften für Veterinärmedizin lautete daher: „Der Offenstall ist kein Primitivstall und kein Behelfsstall, sondern Ergebnis tierzüchterischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritts.“¹¹⁷⁴ Bereits 1957 wurde durch die Kommission für ländliches Bauwesen auf die zu beachtenden Einschränkungen bei der Errichtung von Offenställen für Milchvieh hingewiesen, wobei besonders betont wurde, dass die Haltung in solchen Unterkünften unter keinen Umständen in einer „Primitivhaltung“ münden dürfe.¹¹⁷⁵ Doch eben dazu sollte es kommen. Viele der fachlichen Ratschläge, die für eine funktionierende und langfristig ökonomische und tiergerechte Unterbringungsmöglichkeit der Bestände sorgen sollten, wurden nicht beachtet. Im internen Bericht des MfS zur Situation des Offenstallbauprogrammes vom 4.3.1961 findet man dies bestätigt: „Von Seiten des zentralen Staatsapparates wurde zu stark auf niedrigste Platzkosten orientiert. Die Offenstallhaltung wurde so teilweise zur Primitivstallhaltung mit dem Ergebnis, daß fast alle in der Praxis stehenden Anlagen halbfertig sind.“¹¹⁷⁶ Um zu beschreiben, wie ein Offenstall zu diesem Zeitpunkt faktisch aussah, eignet sich die Darstellung von Klaus WEBER, einem damals praktizierenden Tierarzt aus Spantekow: „Ein Offenstall war ein Primitivstall mit 3 Wänden, eine Längswand fehlte. Eine Zwischendecke und Deckenlastigkeit gab es nicht, dafür ein Pappdach. Die Rinder liefen lose auf Tiefstreu ohne Jaucheabfluss und mussten zum Fressen in ein ebenfalls offenes Futterhaus und zum Melken in ein ebenfalls massives Melkhaus. Im Melkhaus befand sich meist ein Fischgrätenmelkstand. Die ganze Anlage, meist für 120-150 Kühe, stand irgendwo frei auf dem Acker.“¹¹⁷⁷ Bei der hier beschriebenen Form der Aufstallung handelte es sich um das „Laufhofsystem“, welche eine der beiden Stallarten des Offenstalls darstellte. Sie zeichnete sich durch gesonderte Gebäude für Liege- und Fressplatz aus, wohingegen die später häufiger vorkommende Stallart, der „Offenlaufstall“, sowohl Fress- und Liegeplätze als auch Futtergang und Bergeräume unter einem Dach vereinte.¹¹⁷⁸ Als Windschutz dienten, vor allem in den Anfängen der Offenstallhaltungsperiode, eine vom Dach hängende Holzblende oder auch Strohmatte. Mit fortschreitender Entwicklung der Offenställe wurden sie durch Holzbohlen oder Mauerteile ersetzt, die von unten nach oben

¹¹⁷² BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 2

¹¹⁷³ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 3

¹¹⁷⁴ HUSSEL, L. (1958),), MH 13, S. 80

¹¹⁷⁵ BArch DK 1/3873, Bl. 137

¹¹⁷⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 2

¹¹⁷⁷ WEBER, K.-H. (1994), VETimpulse 3, Nr. 2, S. 13

¹¹⁷⁸ BArch DK 1/ 3873, Bl. 142

angebracht wurden.¹¹⁷⁹ Außer dem Vorteil eines geringen Bauaufwandes versprach man sich durch die Inbetriebnahme von Offenställen eine Einsparung an Arbeitskräften. Von den Theoretikern wurde eine Arbeitszeitreduktion von 29 Minuten pro Kuh und Tag im Offenstall ermittelt, was auf 17 eingesparte Arbeitstage und 261 Mark pro Jahr hinauslaufen sollte.¹¹⁸⁰ Andere Berechnungen versprachen einen über 50% verringerten Arbeitsaufwand gegenüber der ursprünglichen Stallhaltung, welcher durch vereinfachte Fütterung im Laufstall, die sogenannte „Selbstfütterung“, und den vermeintlich besseren Mechanisierungsgrad erreicht werden sollte.¹¹⁸¹ Ein weiteres schlagkräftiges Argument, welches die Befürworter der Offenställe wiederholt anführten, war die Einsparung von Einstreu, vor allem Stroh. Der Minderverbrauch sollte sich durch die im offenen Stall erhöhten Luftumwälzungen ergeben, welcher angeblich zur Trocknung der Matratze führte. Weiterhin würde durch die an die Ställe grenzenden Laufhöfe weniger Einstreu gebraucht. Abgerundet wurden die Ausführungen durch Empfehlungen wie jene: *„Man kann dann diese günstige strohsparende Wirkung noch verstärken, indem man durch täglich ein- bis zweimaliges Umdrehen der angefallenen Kotfladen und ihr nachträgliches Bedecken mit Stroh sowie ihre gleichmäßige Verteilung auf die Ränder und Ecken des Liegeraumes einen relativ trockenen Liegeplatz mit geringen Strohmenge erreicht. Bei Vornahme dieser bequemen Arbeit der Kotverteilung kann auch bei einer gewissen Strohknappeheit der Tieflaufstall gut angewendet werden, weil dann zur Stallarbeit weniger Zeit erforderlich ist als zum täglichen Ausmisten und Neueinstreuen im Flachlaufstall.“*¹¹⁸² Dass der Autor dieser Zeilen die vorgeschlagene Methode selbst ausprobierte, darf bezweifelt werden. Selbiger Verfasser bemerkte in seiner Eloge an den Offenstall, dass „Erkältungskrankheiten“ der Rinder hier durch die zunehmende Robustheit nahezu ausgeschlossen seien und die Zugluft als Krankheitsursache damit wegfiel.¹¹⁸³ BREITENSTEIN, Mitarbeiter der Forschungsstelle für Tierhaltung in Knau, plädierte auf einem Zentralen Erfahrungsaustausch des MLFN 1960 ebenfalls für die Einsparung von Stroh durch eine Verkleinerung der Liegefläche pro Kuh auf maximal 3,5 m² im Offenlaufstall. Weiterhin machte er den Vorschlag, *„dass man täglich (...) zweimal mit der Gabel die Mistfladen nach rechts und links herausnehmen“* und mit dieser Methode angeblich eine *„kolossale Stroheinsparung“* erreichen könne. Seine Ausführungen unterstreichend fügt er hinzu: *„Ich habe selbst dabei gestanden und einmal zugeschaut, es dauert höchstens zehn Minuten, und wir haben eins der Hauptprobleme mit gelöst. Man braucht nur mit der Gabel den Stall durchgehen. (...) Im Augenblick sieht es nach Arbeit aus, aber probieren Sie es einmal, Sie kommen zumindest mit dem Stroh aus.“*¹¹⁸⁴ Die von Wissenschaftlern aufgestellten Thesen für eine Offenstallhaltung hielten der Realität laut Zeitzeugenaussagen aber nicht stand. Es herrschte trotz Einsparungsmaßnahmen Strohangel und die Arbeitskräfte waren mit den täglich neben dem Entmisten anfallenden Tätigkeiten bereits ausgelastet oder gar überlastet. Das lag auch daran, dass die Arbeitsbedingungen durch die primitive Bauweise vieler Stallungen extrem erschwert waren. Das MfS rekapitulierte 1961, dass sich *„durch die ungenügende Beachtung des Verhältnisses – steigende Viehbestände einerseits und Verringerung der Getreideanbaufläche andererseits“* die Mangelsituation bezüglich des als Einstreu genutzten Strohs verschärfte.¹¹⁸⁵ Weiterhin wurde festgestellt, dass sich die erhoffte Einsparung von Arbeitskräften meist nicht realisieren ließ, da die Mechanisierung nicht im geplanten Maße vonstatten ging. Dies lag nach Angaben des

¹¹⁷⁹ HUSSEL, L. (1960), in: MLF (Hrsg.) (1960): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 200-202

¹¹⁸⁰ Anonym in „Der Spiegel“ (10/1958), S.38

¹¹⁸¹ BArch DK 1/3873, Bl. 131

¹¹⁸² WIESNER, E. (1959), MH 14, S. 164

¹¹⁸³ WIESNER, E. (1959), MH 14, S. 168

¹¹⁸⁴ BArch DK 1/10320, Bl. 30-31

¹¹⁸⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 2

MfS zum einen an der völlig unkoordinierten Belieferung der Betriebe mit Traktoren. Zudem bestand ein gravierender Mangel an qualifizierten Melkern, wodurch einige im Zuge des Offenstallbaus neu errichtete Melkhäuser schlicht leer standen.¹¹⁸⁶

HUSSEL sprach als Direktor des Instituts für Staatsveterinärkunde der Karl-Marx-Universität Leipzig auf der ersten Zentralen Konferenz der Tierärzte in der DDR 1959 über die Vorteile der Offenstallhaltung aus veterinärmedizinischer Sicht. In erster Linie wurde von dem Genossen und Theoretiker hier die naturnahe Haltungsform genannt, durch die eine höhere Widerstandskraft der dann robusteren Tiere erreicht werden sollte. In gleichem Atemzug wies der Hygieniker allerdings wiederholt darauf hin, welche Bedingungen erfüllt sein müssten, um die Vorteile der Offenstallhaltung nutzen zu können. Dabei nannte er neben der bedarfsgerechten Ernährung die zeitgemäße Akklimatisierung der Tiere an die Robusthaltung. Die Umstellung sollte möglichst in der ersten Hälfte des Jahres stattfinden. Weiterhin plädierte HUSSEL für eine gute Wärmedämmung der Liegeflächen sowie eine windgeschützte Position des Stalles.¹¹⁸⁷ Die Regel bei der Umsetzung war allerdings, dass Liegeflächen gleichzeitig Futter- und Tränkplatz waren, wodurch trockene und saubere Liegeflächen eine Illusion blieben. Ein Zeitzeuge schildert das damals für Offenställe gängige Dilemma: *„Das häufig schlechte, zudem geringe Futter wird auf Futterbahnen vor den Ställen abgekippt. Wintertags frieren die Tränken und das Futter, verdreckte Runkelrüben und verkommene Silage ein, das Stroh wird in Bündeln oder Ballen durch Luken in die Ställe geworfen, und die Kühe müssen sehen, wie sie es unter die Füße kriegen.“*¹¹⁸⁸ Das falsch gelagerte und folglich verdorbene, oft stark verschmutzte Futter setzte den Tieren zusätzlich zum Wassermangel und mangelhaftem Witterungsschutz zu. Einstreu, vor allem Stroh, wurde von den Tieren aus Hunger gefressen. Durch Frost geplatzte Wasserrohre führten neben fehlender Einstreu zu einer durchnässten Matratze. Nicht entfernter und gefrorener Mist führte dazu, dass die Liegezeiten erheblich verkürzt waren.¹¹⁸⁹ Als Futter dienende gefrorene Runkeln sowie Raufuttermangel standen auf der Tagesordnung und führten zu sistierender Pansenmotorik, Indigestionen und häufigen Mastitiden.¹¹⁹⁰ Stroh war besonders in den südlichen Bezirken der Republik Mangelware, weshalb hier besonders auf die Einsparung dieser Ressource Wert gelegt wurde. Feuchte und verschmutzte Liegeflächen für die Tiere und stark herabgesetzte Liegezeiten gehörten im Offenstall scheinbar zur Normalität.¹¹⁹¹ Der Zeitzeuge Gerhard RÖSLER schildert, dass mancherorts die Tiere sogar an der wenigen vorhandenen Einstreu festfroren, so dass sie vom Personal mit heißem Wasser „losgeeeist“ werden mussten, um wieder aufstehen zu können.¹¹⁹² Darin hat wohl auch der in der DDR gebräuchliche Terminus „Eisbärenkühe“ seinen Ursprung, welcher im Offenstall überwinternde Rinder bezeichnete.¹¹⁹³ Es soll vorgekommen sein, dass Rinder verendeten und vom Rest der Herde in den Mist getreten wurden, um erst beim Ausmisten Wochen später als Kadaver wieder aufzutauchen.¹¹⁹⁴ Gerhard DANNERBECK berichtet von vor Hunger im Offenstall festliegenden Tieren.¹¹⁹⁵ Die Fütterung gefrorener Silage führte unter anderem zu Aborten bei hochtragenden Rindern.¹¹⁹⁶ Leistungsgerechte Fütterung war unter den

¹¹⁸⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 3

¹¹⁸⁷ HUSSEL, L. (1960), in: I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR (Hrsg.) (1960), Protokoll, S. 199

¹¹⁸⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 70

¹¹⁸⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 70

¹¹⁹⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 131

¹¹⁹¹ BArch DK 1/10320, Bl. 29

¹¹⁹² RÖSLER, G. (2010), Dt. Tierärzteblatt 10/ 2010, S. 1316

¹¹⁹³ BREZAN, J. (1964), Mannesjahre, S. 255

¹¹⁹⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 74

¹¹⁹⁵ DANNERBECK, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 26.04.2010

¹¹⁹⁶ BArch DK 1/3839, Bl. 261

gegebenen Umständen nach Zeitzeugenangaben praktisch nicht möglich. Das lag nicht nur daran, dass die dafür notwendigen Futtermittel und Separationsmöglichkeiten für einzelne Tiere fehlten, sondern auch daran, dass es kaum Möglichkeiten der Viehkennzeichnung gab. Die Fluktuation unter den Viehpflägern war hoch, so dass das individuelle Erkennen einzelner Tiere an Bedeutung verlor. Eine Methode, die deshalb erprobt wurde, war die Kennzeichnung der Rinder mit Haarfärbemitteln aus dem Friseurhandwerk. Diese Idee wurde so erklärt: *„Das ist nicht sehr teuer, hält ein halbes Jahr, und es kommt darauf an, dass die Kennzeichnung wirklich so groß ist, dass man sie gut erkennen kann. Die Ohrmarken haben die Tiere. Aber wenn wir da jedes Mal an die Ohrmarke gucken wollen, wird es sehr schwer, die ganze Gruppe zu kontrollieren.“*¹¹⁹⁷ Diese Möglichkeit der Identifikation von Tieren wurde auch für eine ordnungsgemäße Brunstbeobachtung empfohlen.¹¹⁹⁸ Praktische Tätigkeiten erwiesen sich sowohl für die Tierärzte als auch für die Viehpfleger als Herausforderung. Behandlungen am Tier wurden in den Laufställen, in denen anfangs oft Fangeinrichtungen fehlten, zum zeitaufwändigen, gefährlichen Unterfangen.¹¹⁹⁹ Ein damals tätiger Tierarzt fasst die Zustände auf drastische Weise zusammen: *„In (...) Offenställen, Primitivställen, die mit der eigentlichen Offenstallidee in klimatisch günstigeren Gegenden nichts gemein haben und aus dümmlicher Billigkeit in die Landschaft- oft noch an ungeeignetster Stelle- hingestampft wurden, arbeiten die Menschen unter unsäglichen, menschen- und tierunwürdigen Bedingungen.“*¹²⁰⁰ Normalerweise war im Projekt Offenstall eine Fangeinrichtung, in der Regel in Form eines Fangfressgitters, vorgesehen. Ein Tierarzt bemerkte während eines Erfahrungsaustausches 1960 zur vorhandenen Technik: *„Ich weise daraufhin, dass es zwar drin ist, aber dass die Dinger, die wir in der Praxis haben, nichts taugen. Es gibt z. B. Eisengitter, die nicht passen. Wir haben Holzfangfressgitter, die nach zwei bis drei Tagen schon kaputt sind, weil sie zu schwach ausgeführt werden.“*¹²⁰¹ Tierärztliche Routinetätigkeiten wie Trächtigkeitskontrollen, Tbc- und Brucelloseuntersuchungen waren durch diese Missstände ineffektiv. Genauso wirkten sich durch Fangaktionen erzeugte Unruhe und der daraus resultierende Stress für die Tiere negativ aus.¹²⁰² Die Rechnung, Arbeitsaufwand und Arbeitskräfte einzusparen, ging in keiner Weise auf. Dabei hatte man propagiert, dass der Offenstall Arbeitszeiterparnis und Arbeitserleichterung bringen sollte: *„Im Offenstall werden also nicht nur Arbeit und Transport dadurch gespart, daß sich die Tiere das Futter selbst holen und die Milch zum Melkhaus bringen, sondern auch durch die seltene Entmistung.“*¹²⁰³ Diese zum Teil naiven Vorstellungen der Theoretiker mussten nun von den in der Landwirtschaft tätigen Personen ausgedadelt werden. Das Personal hatte seine eigenen „Methoden“, mit den schwierigen Arbeitsbedingungen und den Zuständen bei den Tieren umzugehen. Alkoholismus bei den Tierpflegern und Melkern in solchen Anlagen war offenbar an der Tagesordnung.¹²⁰⁴ 1959 waren nur knapp über 20% der Offenställe für Milchvieh mit Fischgrätenmelkständen ausgerüstet, was Walter ULBRICHT auf der 8. Plenartagung des ZK der SED ebenso kritisierte, wie die ungenügende Erfüllung des Offenstallprogramms.¹²⁰⁵ Es wurde von der SED auch beanstandet, dass in einigen Kreisen entgegen der Vorgaben zugebaute

¹¹⁹⁷ BArch DK 1/10320, Bl. 34

¹¹⁹⁸ BArch DK 1/10320, Bl. 34

¹¹⁹⁹ WOLL, E. (2007), Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdegeschichten, S. 18-19 und KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 70 und 74

¹²⁰⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 70

¹²⁰¹ BArch DK 1/10320, Bl. 34

¹²⁰² WOLL, E. (2007), Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdegeschichten, S. 18

¹²⁰³ WIESNER, E. (1959), MH 14, S. 164

¹²⁰⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen S. 70 und 74, WUNDERLICH, H. (2011), mündliche Mitteilung vom 25.05.2011

¹²⁰⁵ KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 379

Alternativen errichtet würden, aber keine echten Offenställe. Über die von der SED im Bezirk Erfurt herausgegebene Tageszeitung „Das Volk“ wurden die Bauern beispielsweise ermahnt, den Offenstallbau gewissenhafter auszuführen und ihre Alternativställe wurden als Negativbeispiel dargestellt.¹²⁰⁶ Die teilweise aus Verzweiflung der Bauern getätigten Maßnahmen wie das Zubauen der zugigen Offenställe wurde von staatlicher Seite aus kritisiert, aber wenig hinterfragt. Allenfalls die durch das Zumauern entstehende Problematik mangelnder Be- und Entlüftung und auftretender Feuchtigkeit waren Anlass zur Beanstandung der aus der Not geschaffenen Haltungsform.¹²⁰⁷ Das Ziel, die Arbeitsproduktivität durch verbesserte Melktechnik zu erhöhen und körperliche Strapazen des Personals zu reduzieren,¹²⁰⁸ wurde durch die häufig vorkommenden schlechten Bedingungen vielfach nicht erreicht. Auch das Vorhandensein entsprechender Melktechnik schloss Probleme nicht aus. Die Triebwege zum Melkstand, wenn vorhanden, waren oft nicht befestigt, wodurch die Verschmutzung der Tiere weiter zunahm.¹²⁰⁹ Ein Zeitzeuge beschreibt: *„Zwar steht zwischen beiden Stallungen ein Melkhaus, (...), doch da die Milch nicht mehr drückt, sie stehen ja vor Hunger und Durst zumeist trocken, oder die Melker kommen in die tief verjauchten Ställe nicht mehr rein, um die Tiere zum Melkhaus zu treiben, wird auch kaum mehr gemolken.“*¹²¹⁰ Im Bezug auf das Melken gab es offenbar noch weitere Schwierigkeiten. Die Schaffung von Fischgrätenmelkständen war mit hohen Erwartungen seitens Betriebsleitung und Kreisleitung verbunden. Das führte teilweise dazu, dass der Melkprozess verkürzt wurde, um so viele Kühe wie möglich pro Stunde zu melken. Durch diesen „Wettbewerb“, auch unter den Melkern, wurden Kühe häufig nicht ausreichend ausgemolken und der Melkvorgang vorzeitig abgebrochen. Da die Anwendung und Erprobung der Melkstände gleichzeitig abliefen, konnten bestimmte Mängel erst im Nachhinein auffallen und beseitigt werden. Es gab beispielsweise Betriebe, in denen der Melkstand zu kurz konstruiert war, so dass die Kühe sich hier reihenweise Scheuerstellen an der Schwanzwurzel zuzogen. Mancherorts wurde zwischen den Kühen als Abtrennung eine Zwischenmauer erbaut, die den Tieren jeglichen Sichtkontakt verwehrt. Es wurde daraufhin bei diesen Tieren eine vermehrte Wiederkauaktivität registriert.¹²¹¹ Ein weiterer Aspekt, der die Leistung negativ beeinflusste, war laut MOELLER die Zunahme von Klauenerkrankungen nach der Umstellung auf Offenstallhaltung. Diese wurden durch mangelhafte Klauenpflege zudem begünstigt.¹²¹² Fachliche Argumentationen der vor Ort tätigen Tierärzte und Bauern gegen die Bedingungen der Offenstallhaltung wurden von der Partei offenbar ignoriert.¹²¹³ Tiermediziner versuchten unter anderem, über die Monatshefte für Veterinärmedizin die Schwachpunkte des Offenstallbaus darzulegen und Anstöße für eine Verbesserung zu liefern, die letztendlich dem Wohlbefinden und der Leistung der Tiere zuträglich gewesen wären. HUTSCHENREUTHER kritisierte auf diesem Wege, dass bei der Errichtung von Offenställen häufig der Bau von befestigten Ausläufen unterblieben war und schlussfolgerte: *„Von einem Tier, das stundenlang mit den Klauen im Morast stehen muß und das dann vielleicht im Stall noch nicht einmal ein trockenes Lager vorfindet, kann man keine Leistung verlangen.“*¹²¹⁴ Viele der zum Teil deutlichen Forderungen, Fehler zu verbessern und zukünftig zu vermeiden, blieben unbeachtet. Durch die teilweise schwerwiegenden Mängel in Haltung und Fütterung sank die Milchleistung der Herden auf einen

¹²⁰⁶ Anonym in „Der Spiegel“ (10/1958), S.39

¹²⁰⁷ BArch DK 1/3839, Bl 121

¹²⁰⁸ BArch DK 1/3873, Bl. 134

¹²⁰⁹ KAUFHOLD, J. und HAASMANN, S. (1964), MH 18, S. 578

¹²¹⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 71

¹²¹¹ BArch DK 1/10320, Bl. 37

¹²¹² MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 61

¹²¹³ ZEMKE, P. (2010), Mündliche Mitteilung vom 18.06.2010

¹²¹⁴ HUTSCHENREUTHER, G. (1960), MH 15, S. 472

Durchschnittswert von 1600 Litern pro Kuh und Jahr.¹²¹⁵ Dabei hatte man zu Beginn der Offenstallbauphase damit geworben, dass man mit keinem Abfall der Milchleistung gegenüber der herkömmlichen Stallhaltung rechnen müsse, allerdings unter der Voraussetzung „sachgemäßer Fütterung und Pflege“.¹²¹⁶ Auch der Ratschlag, die Umstellungsphase auf die Offenstallhaltung in der warmen Jahreszeit durchzuführen, wurde nicht konsequent beachtet. Skepsis seitens der Tierärzte oder gar Anordnungen wie das Zurückbringen der Tiere in den Warmstall wurden als „parteiwidriges Verhalten“ beurteilt, ohne die Gründe zu hinterfragen.

Kollegen, welche entsprechend agierten, um das Leid der Tiere und einen rapiden Leistungsabfall zu verhindern, hatten sich in aller Regel dafür bei den Vorgesetzten zu rechtfertigen.¹²¹⁷ In der Blütezeit der Offenstallperiode war es Zeitzeugenaussagen zufolge allgemein unklug, sich öffentlich gegen diese Art „Fortschritt“ zu äußern.¹²¹⁸ Der Offenstall wurde von der politischen Führung als „eine Art von sozialistischer Errungenschaft, für die es gilt, sich kämpferisch einzusetzen“, propagiert.¹²¹⁹ Die Mehrzahl des Personals erkannte zwar allem Anschein nach die Schwachpunkte und sah bereits im Voraus so manches Problem, kritisierte dies aber weder laut noch arbeitete dagegen.¹²²⁰ Wer sich gegen die Offenställe aussprach, musste mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, da dies offenbar mit Kritik am politischen Regime gleichgesetzt wurde. Peer ZEMKE schildert, dass Offenstallkritiker teils harte Bestrafungen zu befürchten hatten.¹²²¹ Manche Leute wagten es dennoch, ihre Meinung zur Offenstallthematik kund zu tun. KÖPP erzählt beispielsweise von einer Tagung in Neubrandenburg. Hier sei ein Tierarzt um eine Stellungnahme zum Thema Offenstall gebeten worden. Dieser sich bereits längere Zeit im Ruhestand befindliche ehemalige Kreistierarzt habe daraufhin ein Streichholz hochgehalten, es angezündet und es abbrennen lassen, bevor er wortlos wieder auf seinen Platz zurückkehrte.¹²²² Einigen Tierärzten blieb anscheinend kein anderer Ausweg als die Republikflucht, da der Druck von Seiten der SED zu groß wurde, nachdem sie sich kritisch zum Offenstallkonzept und anderen sozialistischen Errungenschaften geäußert hatten.¹²²³

Bemerkenswert ist, dass in der sozialistischen Literatur durchaus Werke veröffentlicht wurden, die die agrarpolitische Linie der SED kritisch darstellten. In seinem Roman „Ole Bienkopp“ griff der populäre DDR-Schriftsteller Erwin STRITTMATTER das Thema Offenstall mehrfach auf. Unzweideutig schilderte der Autor hier die Schwächen dieser Ställe, verhöhnte sie als „Modeafferei“¹²²⁴ und verglich diese Art Unterkunft mit dem „Format einer Theaterbühne“. Dabei ließ er keinen Zweifel über die Herkunft des Planes, Offenställe zu bauen: „Rinderoffenställe zu bauen ist eine Anordnung von *oben*. Vom Himmel? Nein doch, vom Ministerium vielleicht. Anordnungen werden nicht aus Langeweile getroffen! Milch macht Musik! Viele Rinder! Billige Ställe!“ STRITTMATTER machte unmissverständlich klar, dass sich die Bauern dieser Art „Fortschritt“ kaum entziehen konnten: „Vielleicht ist der Bau von Offenställen nur eine Empfehlung, aber Empfehlungen werden Befehle, wenn sie im Dorf ankommen.“ Lebhaft schilderte der Autor, wie die Existenz eines Offenstalles im Dorf

¹²¹⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 71

¹²¹⁶ BArch DK 1/3873, Bl. 132

¹²¹⁷ WEBER, K.-H. (1994), VETimpulse 3, Nr. 2, S. 13

¹²¹⁸ WOLL, E. (2007), Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdegeschichten, S. 18 und RÖSLER, G. (2010), Dt. Tierärzteblatt 10/ 2010, S. 1316

¹²¹⁹ Anonym in „Der Spiegel“ (10/1958), S. 38

¹²²⁰ LOHRENGEL, G. (2010), mündliche Mitteilung vom 03.12.2010

¹²²¹ ZEMKE, P. (2010), mündliche Mitteilung vom 18.06.2010

¹²²² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 50

¹²²³ PRANGE, H. (2004), Repression von Tierärzten, S. 157

¹²²⁴ STRITTMATTER, E. (1963), Ole Bienkopp, S. 227

als Gradmesser für die moderne Dorfpolitik herangezogen wurde und dass ein Hinterfragen des Programmes nicht erwünscht war: „Die Dorfbürgermeister werden von (...) der Kreisverwaltung auch *verlängerte Arme* genannt. Am Bau von Rinderoffenställen wird abgelesen, ob die *verlängerten Arme* modern und fortschrittlich regieren.“¹²²⁵ STRITTMATTER diskutierte in dem Zusammenhang auch Tierschutzaspekte. Er bezweifelte die Tiergerechtigkeit und erwartete Milchleistung in diesen erwiesenermaßen billigen Bauten aus Holz ebenso wenig,¹²²⁶ wie er die Misere, teuer erworbene, importierte Rinder schnell unterbringen zu müssen, in Frage stellte: „Das kostbare Vieh vom Winde umpfiffen auf offener Bühne?“¹²²⁷ Schonungslos beschrieb der Autor die unweigerlich eintretenden Folgen, erzählte von erfrorenen und verhungerten Tieren: „Die Rinder brüllen. Bienkopp erkennt das schwedische Jungvieh. Silagegeruch. Das Vieh stampft klagend durch das gefrorene Futter. In einer Ecke liegt eine tote Färse. (...) Die Färse ist beim Kalben krepirt. Fünf Jungtiere liegen mit prallen Bäuchen. Sie stampfen und schlagen im Todeskampf. Ein Turm aus Gebrüll erhebt sich über dem Wald.“¹²²⁸ Die Rechtfertigung der Bürgermeisterin für die im Roman verendeten Rinder lautete lapidar: „Der Offenstall und das Sauerfutter, das Milch soll, alles verbrieft und amtlich fundiert.“¹²²⁹ Trotz der teilweise kontroversen Diskussionen durch Leser, Literaturwissenschaftler und Kritiker, welche der Roman nach seinem Erscheinen 1963 auslöste, wurde STRITTMATTER dafür 1964 mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet.¹²³⁰ Obwohl diese Debatten bis hinein in das Politbüro der SED reichten, hatte seine offene Kritik an der politischen Linie der SED für den Schriftsteller keine Folgen. Dies hatte er wohl seinem Bekanntheitsgrad und seiner Biografie zu verdanken, die ihm zum Abbild des „neuen Types des sozialistischen Schriftstellers“ verhalf, welchen er nach Ansicht der DDR-Kulturfunktionäre verkörperte.¹²³¹ Doch nicht für alle namenhaften Kritiker blieb der Appell an die Partei folgenlos. HUSSEL, der unter anderem von 1955-1957 amtierender stellvertretender Minister im MLF der DDR war, hat dieses Amt wahrscheinlich auch aufgrund seiner mit der Zeit immer deutlicher werdenden öffentlichen Kritik zum Thema Offenstall verloren. Diese äußerte HUSSEL zwar meist diplomatisch, jedoch durchaus deutlich, obwohl er den Ruf hatte, ein überzeugter Genosse zu sein.¹²³² Der Hygieniker hatte in seinem 1959 gehaltenen Plädoyer für den Offenstall einerseits vorgetragen, dass dieser die Bauart der Zukunft sei, um die sozialistische Landwirtschaft ökonomisch und politisch zu stärken: „Der Offenstall wird lange und immer bestehen, er ist durchaus keine Behelfsmaßnahme.“¹²³³ Diese Feststellung basierte andererseits auf seiner Forderung nach einer sinnvollen und durchdachten Planung der Bauweise neuer Offenställe. Es wurde angeregt, bei der Standortauswahl darauf zu achten, dass man später noch die Möglichkeit zur Ausweitung der Einzelställe zu Offenstallkombinaten hatte. Diese wurden als Modell der Zukunft dargestellt. HUSSEL wies wiederkehrend aber auch eindringlich darauf hin, dass man sich die Vorteile der Offenstallhaltung nur dann zunutze machen könnte, wenn tierhygienische Grundregeln eingehalten würden. Dabei appellierte er mehrfach an die Verantwortlichen, vor allem die Parteifunktionäre und nachgeschaltete Institutionen wie die Räte der Kreise, die Tierärzte beim Bau und der Planung der Offenställe mit einzubeziehen: „Die Aufgabe des Tierarztes ist es, bei Erfüllung dieser Forderungen nun dafür zu sorgen,

¹²²⁵ Die vorangegangenen 4 zitierten Passagen stammen aus: STRITTMATTER, E. (1989), Ole Bienkopp, S. 260-261

¹²²⁶ STRITTMATTER, E. (1963), Ole Bienkopp, S. 261

¹²²⁷ STRITTMATTER, E. (1963), Ole Bienkopp, S. 393

¹²²⁸ STRITTMATTER, E. (1963), Ole Bienkopp, S. 402

¹²²⁹ STRITTMATTER, E. (1963), Ole Bienkopp, S. 404

¹²³⁰ <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/unterhaltung/buecher/index0,page=1140990.html>

¹²³¹ RAUSCH, A. (2001), http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=4332

¹²³² RÖSLER, G. (2010), Dt. Tierärzteblatt 10/ 2010, S. 1316

¹²³³ HUSSEL, L. (1959), I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 201

daß möglichst viele allgemeinhygienische Prinzipien zum Wohle der Tiere verwirklicht werden.“¹²³⁴ Genau diese Voraussetzungen, die gleichzusetzen sind mit Anforderungen an den Tierschutz, wurden offenbar meistens nicht erfüllt. Durch die 1959/60 herrschende Dürre eskalierte das bereits bestehende Futterproblem weiter. Den Verantwortlichen in den landwirtschaftlichen Genossenschaften waren die Hände gebunden, was die Beschaffung von Futter anging. Die Viehhaltepläne mussten erfüllt werden, gleich ob die nötigen Futtermittel zur Verfügung standen oder nicht. Die Tierärzte hatten als Folge der Unterversorgung unter anderem Schlachtscheine für die halb verhungerten Tiere, die vor Schwäche festlagen, auszustellen, auf die „erfundene“ Krankheiten geschrieben werden mussten. Die echten Gründe, nämlich Kachexie und Schwäche aufgrund chronischen Futter- und Wassermangels durften nicht aufgeschrieben werden, da die Versicherungen sonst den LPG keine Entschädigung zahlten.¹²³⁵ In einem 1961 herausgegebenen Rundschreiben der Deutschen Versicherungsanstalt und des MLF, welches an die Tierärzte gerichtet war, wurde konkretisiert: „Schäden durch ungenügende Fütterung oder falsche Haltung der Tiere werden nicht erstattet. Grundsätzlich nicht versichert sind bei LPG und GPG [¹²³⁶] beim lebenden Inventar unter anderem Schäden durch Mangelsterilität, Abmagerung oder Entkräftung infolge ungenügender Fütterung, Unterentwicklung (Kümmerer) sowie unsachgemäße Haltung der versicherten Tiere.“¹²³⁷ Dabei erfolgte die Darstellung so, als ob Mangelernährung und ihre Folgen ausschließlich durch eigenes Verschulden der Verantwortlichen hervorgerufen würden: „Nachstehende Bestimmungen sichern, daß der bestehende Versicherungsschutz (...) in keinem Falle zur Sorglosigkeit führt oder Erscheinungen von Schlendrian unterstützt.“¹²³⁸ Diese Festlegungen sollten als Erziehungsmaßnahme dienen und beschleunigend auf die Beseitigung von Mängeln wirken, sie galten als „Maßnahmen zur Senkung der Viehverluste“.¹²³⁹ Die Tierschadenstatistiken der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre nennen als Hauptabgangsursache die Erkrankungen der Harn- und Geschlechtsorgane, wobei vordergründig Sterilitätsprobleme eine Rolle spielten.¹²⁴⁰ Deren Hauptursache wurde von der Mehrzahl der Fachleute in qualitativen und quantitativen Futtermängeln gesehen.¹²⁴¹ 1960 waren die Probleme bei der Umstellung der Rinder in Offenställe und ihre Folgen bis zur Parteispitze vorgedrungen. Deshalb beschloss das ZK der SED, dass ab 1961 eine Übergabe der fertigen Neubauten bis zum 30.09. des Jahres zu erfolgen hatte. Man hatte nun zumindest akzeptiert, dass die Rinder sinnvollerweise eine Gewöhnungsphase in der wärmeren Jahreszeit benötigen, wollte man keinen Leistungseinbruch riskieren.¹²⁴² Das MfS stellte 1961 fest, dass die meisten der bis dahin errichteten Offenställe weder komplettiert noch annähernd voll funktionsfähig waren. Resümierend dazu heißt es in der internen Stellungnahme: „Die Offenstallanlagen entsprechen vielfach nicht den baulichen, veterinär-hygienischen und veterinär-medizinischen Anforderungen; neben z.T. arbeitsmäßig unmöglichen Verhältnissen.“ Zurückzuführen sei das unter anderem darauf, dass „das ländliche Bauwesen von vielen Staats- und Wirtschaftsfunktionären, ja teilweise sogar von den Mitarbeitern der Partei in der Gesamtheit und Bedeutung unterschätzt [wurde]“, so das MfS.¹²⁴³ Dabei gestand man sich intern auch ein, dass die LPG als eigentliche Bauherren zu wenig mit einbezogen wurden, demokratische

¹²³⁴ HUSSEL, L. (1959), I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der DDR, Protokoll, S. 202

¹²³⁵ DANNERBECK, G. (2010), mündliche Mitteilung vom 26.04.2010

¹²³⁶ GPG= Gärtnerische Produktionsgenossenschaft

¹²³⁷ BArch DK 1/3888, Bl. 181

¹²³⁸ BArch DK 1/3888, Bl. 181

¹²³⁹ BArch DK 1/3888, Bl. 181

¹²⁴⁰ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 53, 64- 65

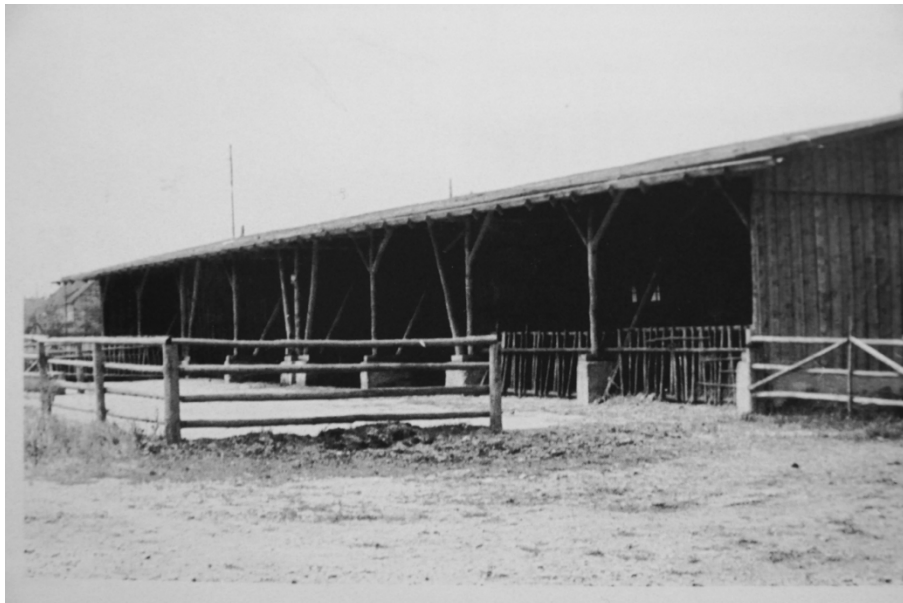
¹²⁴¹ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 53

¹²⁴² KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 379

¹²⁴³ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 3

Prinzipien also verletzt wurden. Resultat der aufgeführten Misswirtschaft war ein finanzieller Schaden, der sich nach Schätzungen der Ökonomen 1961 landesweit auf rund 115 Millionen Deutsche Mark belaufen haben soll.¹²⁴⁴ Auch der „politische Schaden“ wurde zur Sprache gebracht: „Durch die falsche Orientierung (...) wurde das Vertrauen der Praxis zum Staatsapparat stark verletzt.“¹²⁴⁵ Dieser Umstand wurde unter anderem darauf zurückgeführt, dass es selbst in den Reihen der Partei Zweifler am Projekt Offenstall gab, die ihre Skepsis teilweise vor Ort äußerten.¹²⁴⁶ Die Situation zwang die Staatsführung dazu, dass 1961 der größte Teil der verfügbaren finanziellen Mittel statt für den Neubau von Ställen für den Ausbau der unfertigen Offenstallanlagen aufgewendet werden musste. Das MfS stellte fest, dass die Komplettierungsmaßnahmen viel zu spät erfolgen würden: „Nach Ansicht von Experten stellt die Komplettierung zum jetzigen Zeitpunkt ein staatlich fixiertes Vertuschen der jahrelangen fehlerhaften Entscheidungen des zentralen Staatsapparates (...) in Fragen des Offenstallbaues dar. (...) Sie hätte müssen bedeutend früher einsetzen, zumal Hinweise über Mängel in der Kostengestaltung, der Technologie u.a. vorgelegen haben.“¹²⁴⁷

Abbildung 7: Rinderoffenstall¹²⁴⁸



1963 standen von den insgesamt gehaltenen 4 Millionen Rindern ungefähr 1,5 Millionen Rinder in den mehr als 20000 errichteten Offenställen der DDR.¹²⁴⁹ In vielen Ställen war der Bau eines Kranken- und Abkalbestalles unterblieben, was der Seuchentilgung nicht eben zuträglich war. Zur Kumulation der Probleme kam es vor allem in der kalten Jahreszeit, wenn kein Weideaustrieb möglich war.¹²⁵⁰ Ab Beginn der sechziger Jahre begann man, die Offenställe zuzubauen, um klimatische Verbesserungen zu erreichen.¹²⁵¹ Anlass dafür war

¹²⁴⁴ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 4

¹²⁴⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 5

¹²⁴⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 5

¹²⁴⁷ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 6

¹²⁴⁸ Aus: Kreisverwaltung Erfurt Land (Hrsg.) (1994), Der Landkreis Erfurt 1816-1994, S. 87

¹²⁴⁹ KAUFHOLD, J. und HAASMANN, S. (1964), MH 18, S. 577

¹²⁵⁰ KAUFHOLD, J. und HAASMANN, S. (1964), MH 18, S. 577

¹²⁵¹ BUSCH, B. (2011), mündliche Mitteilung vom 28.05.2011

zum einen sicherlich die selbst in der Partei herrschende Unstimmigkeit über das Konzept Offenstall, welche bis in die Betriebe vordrang.¹²⁵² Das MfS bemerkte dazu, dass selbst vom ZK der SED keine eindeutige Stellung bezogen wurde.¹²⁵³ Außerdem wurde am 26.01.1961 ein Ergänzungsbeschluss vom Ministerrat erlassen, in dem als erster Punkt festgehalten wurde, dass die LPG die volle Verantwortung für die Unterbringung ihrer Tiere zu tragen hätten und ihnen dafür von Seiten des Staates „jegliche Unterstützung“ gewährt werden müsse.¹²⁵⁴ Dieser Passus wurde nach Auffassung des MfS vielerorts so interpretiert, dass man nunmehr selbst entscheiden könne, was mit den Stallungen geschehen sollte.¹²⁵⁵ Etliche LPG hatten bereits das Zumauern ihres Offenstalles initiiert. Im Ergänzungsbeschluss war ebenfalls festgehalten, dass die bis dahin von der LPG vorgenommenen Veränderungen am Stall nicht durch staatliche Auflagen rückgängig gemacht werden dürften.¹²⁵⁶ Zeitzeugen berichten, dass die in nahezu jeder LPG vorhandenen Offenställe mit der Zeit alle zugebaut wurden.¹²⁵⁷ Laut Bericht des MfS führte diese Maßnahme zu anderen Problemen: Das Zumauern der Offenställe führte häufig zum „Waschkücheneffekt“, also der Bildung von Kondenswasser an den Wänden, wodurch ein naßkaltes Klima vorprogrammiert und zudem Schimmelbildung begünstigt wurde.¹²⁵⁸ Beide Faktoren sind tierschutzrelevant, da sie Infektionen begünstigen und die Gesamtkonstitution der Tiere beeinträchtigen. 1961 war das Umdenken in der Regierung also so weit, dass man den LPG gewisse Zugeständnisse bei der Gestaltung oder Umgestaltung machte und sich zumindest intern eingestand, dass in der Praxis viele Fehler gemacht worden waren. Eine daraus resultierende Unsicherheit durch die Staatsführung wurde von den in der Praxis Beschäftigten durchaus bemerkt, obwohl man nach außen immer eine klare Linie verfolgen wollte. Diese fehlende „klare Orientierung“¹²⁵⁹ wurde von den Genossenschaftsbauern teilweise so interpretiert, dass ab nun statt der Offenställe Anbindeställe gebaut werden und sämtliche bestehende Offenställe zugemauert werden könnten. Dieser Situation zuträglich war unter anderem die im Januar 1961 stattfindende Offenstall-Tagung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die nach Einschätzungen des MfS mit einem „unbefriedigenden Ausgang“ endete.¹²⁶⁰ Das Fazit der Tagung war die Ablehnung der Offenställe durch Praktiker und Experten der Bau- und Landwirtschaft; für angesprochene Probleme konnten offenbar keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden werden.¹²⁶¹ Trotz des im Ergänzungsbeschluss vom 26.1.1961 festgehaltenen erweiterten Mitspracherechts der LPG bei der Konzeption neuer Stallungen wurde weiter in erster Linie nach den behördlichen Vorgaben gebaut und umstrukturiert. Im entsprechenden Bericht des MfS wurde festgehalten, dass es weiterhin Fälle gegeben habe, „wo vom grünen Tisch aus entschieden wurde und die Vorschläge der LPG-Mitglieder keine Berücksichtigung fanden“.¹²⁶² Das MfS schlug weiterhin vor, Fehler öffentlich medial zu diskutieren und sie zu beseitigen.¹²⁶³ Außerdem wurde betont, dass die DDR im Hinblick auf den Offenstallbau ihrer Rolle als Pionier gerecht werden müsse und andere sozialistische Länder von ihren Erfahrungen berichten solle. In Staaten wie Bulgarien, Rumänien und

¹²⁵² BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 5 und Nr. 386, 124/61, Bl. 14

¹²⁵³ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 124/61, Bl. 18

¹²⁵⁴ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 7

¹²⁵⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 7

¹²⁵⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 8

¹²⁵⁷ ROTHENBURG, F. (1993), schriftliche Mitteilung an BUSCH, B., Bl. 1

¹²⁵⁸ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 8

¹²⁵⁹ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 9

¹²⁶⁰ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 10

¹²⁶¹ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 10

¹²⁶² BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 11

¹²⁶³ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 12

Ungarn, wo zu dieser Zeit ebenfalls mit dem Bau von Offenställen begonnen worden war, sollte man aus den Fehlern der DDR lernen.¹²⁶⁴

Schlussendlich führten die Uneinigkeit in den Reihen der Staatsführung und die andauernden Misserfolge an der Basis zur Abkehr vom Offenstallbauprogramm. Zu einer offiziellen Revidierung des Programms oder gar zu einem offiziellen Eingestehen von Fehlern seitens der SED kam es nie. Stattdessen schob man das Scheitern der erhofften Absichten auf die mangelnde Erfahrung und wirtschaftliche Stabilität der noch jungen LPG, welche angeblich dem hohen Anspruch eines erfolgreichen Bewirtschaftens eines Offenstalles nicht gerecht werden konnten.¹²⁶⁵ In einem Resümee, welches zum Ende der Offenstallbauphase in den Monatsheften veröffentlicht wurde, räumten HUSSEL und BAUER ein, dass die Offenstallhaltung ein Erfolg geworden wäre, wenn man das Konzept vorher zur Genüge erprobt hätte, wenn „*das Tier also gewissermaßen selbst gefragt worden wäre!*“.¹²⁶⁶ Dabei wurde wiederum auf die Bedeutung einer stabilen Futterversorgung als Grundlage eines jeden Erfolges hingewiesen. Auch die begrenzte Einwirkungsmöglichkeit auf diese seitens der Veterinärhygiene wurde angesprochen: „*Daher kann die Veterinärhygiene an Fragen der Bodenfruchtbarkeit und des Wasserhaushaltes nicht uninteressiert sein, obwohl hier kaum formale Mitverantwortung zu postulieren ist.*“¹²⁶⁷ Trotz dieser Feststellungen kam die SED auch später, nachdem die nötige Futtergrundlage zumindest teilweise geschaffen, genügend Arbeitskräfte vorhanden und fortgeschrittene Technisierung realisiert worden war, nicht auf den Bau von Offenställen zurück.¹²⁶⁸ Die Offenstallbauperiode dauerte bis in die sechziger Jahre. Ab 1966 wurde vermehrt die einstreulose Haltung in Kompaktställen angestrebt.

Als Fazit der Offenstallbauphase lässt sich feststellen: Die positiven Auswirkungen, welche man sich einst von den Offenställen erhofft hatte, nämlich eine erhöhte Widerstandskraft, verlängerte Lebensnutzungszeiten und reduzierte AufzuchtKosten, traten durch die genannten Missstände letztendlich offenbar nicht ein. Das Programm scheiterte hauptsächlich an mangelnder Organisation, Fehlern in der Bauweise und allgemein schlechten Hygienestandards.¹²⁶⁹ Tierartspezifische Besonderheiten und daraus resultierende Bedürfnisse der Rinder wurden bei der Konzeption völlig ignoriert. WEBER mutmaßt in seinem Zeitzeugenbericht 1994, dass das Offenstallbauprogramm wohl den Verlust tausender Kühe nach sich zog. Die zugebauten Ruinen, die man teilweise heute noch als Überbleibsel findet, bezeichnet der Autor als „*Denkmale der menschlichen Dummheit*“.¹²⁷⁰ Rückblickend schildern alle von der Autorin befragten Zeitzeugen in Erinnerung an die Offenställe, dass hier gravierende Fehler gemacht worden seien. Unter Tierschutzgesichtspunkten muss die Offenstallhaltung der DDR aus heutiger Sicht als unbefriedigend, teilweise gar als Desaster beurteilt werden. Wären die von den Tierhygienikern postulierten Voraussetzungen erfüllt und die Hinweise der Praktiker mit einbezogen worden, wäre die Haltung von Rindern im Offenstall wohl sicher ein Schritt in Richtung höheres Tierwohl gewesen und hätten somit auch eine Verbesserung des Tierschutzes bedeutet. Da die Motivation der Partei für den Bau von Offenställen allerdings mutmaßlich rein ökonomischer Natur war, wurde das Konzept mit dem Blick auf wirtschaftliche Belange umgesetzt – ohne Berücksichtigung der tierspezifischen Bedürfnisse.

¹²⁶⁴ BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 10, 5

¹²⁶⁵ KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 380

¹²⁶⁶ HUSSEL, L. und BAUER, W. (1965), MH 20, S. 281

¹²⁶⁷ HUSSEL, L. und BAUER, W. (1965), MH 20, S. 284

¹²⁶⁸ KREBS, C. (1989), Der Weg, S. 380

¹²⁶⁹ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 97

¹²⁷⁰ WEBER, K.-H. (1994), VETimpulse 3, Nr. 2, S. 13

4.1.3 Rinderhaltung in der industriellen Tierproduktion

Die politischen Ziele und daraus resultierende Entwicklung der Landwirtschaft der DDR fokussierten immer die Eigenversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln tierischer Herkunft und die daraus folgende Unabhängigkeit von Importen aus dem Ausland. Besonders im Vergleich mit der BRD wollte man als Gewinner dastehen, was die tierische Produktion angeht. Die BRD wurde wiederholt als „imperialistischer Klassenfeind“ dargestellt, den es sowohl in der Leistung als auch im Pro-Kopf-Verbrauch an Lebensmitteln tierischer Herkunft zu übertreffen galt. Die Bevölkerung sollte von der Unterlegenheit des westdeutschen Auslandes permanent überzeugt werden. Beispielhaft äußerte HOFFMANN auf einer Tagung 1969 in Leipzig: *„Vor noch nicht langer Zeit haben westdeutsche Politiker und Agrarapologeten ohne Ausnahme vom Chaos, Niedergang und Ruin unserer Landwirtschaft gesprochen und geschrieben. Ihr Ziel ist dabei gewesen, die sozialistische Ordnung in der DDR zu diskreditieren und die westdeutschen Bauern von deren Sorgen und Nöten abzulenken.“*¹²⁷¹ Er erläuterte außerdem, dass die DDR 1967 an sechster Stelle rangierte, was die Bruttoproduktion je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche im Weltmaßstab betraf. Dabei wies er auf den Umstand hin, dass die anderen Länder im Gegensatz zur DDR auf weitaus mehr Futtermittelimporte angewiesen wären.¹²⁷² Das definierte Ziel, nicht nur in der Gesamtproduktion und im Tierbesatz auf den vorderen Plätzen im Weltmaßstab zu rangieren, sollte erreicht werden, indem die Durchschnittswerte bei der Milchleistung je Kuh auf 4000 kg, bei der Fleischproduktion je Rind auf 80 kg und 110 kg je Schwein jährlich gesteigert werden sollten.¹²⁷³ Die Steigerung der Produktivität bei tierischen Erzeugnissen war bis dahin zwar mutmaßlich erreicht worden, was aber weniger an einer erhöhten Leistung des Einzeltieres als an der gestiegenen Zahl der Tiere lag.¹²⁷⁴ Nun sollten auf dem Wege der Kooperation spezialisierte Betriebe entstehen. Neben Produktionseinheiten der Milchproduktion und Jungrinderaufzucht entstanden auf diesem Wege Anlagen der Schweinemast und Schweineaufzucht.¹²⁷⁵ Diese auf Stufenproduktion ausgerichtete Organisation wurde als Basis der sozialistischen Intensivierung festgelegt, welche sich durch Spezialisierung und Konzentration in den Betrieben auszeichnete.¹²⁷⁶

Mit dem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Tierproduktion nahm man im Rindersektor die Trennung nach Schwerpunkten vor. So entstanden

- Michviehanlagen
- Kälberaufzuchtanlagen
- Färsenaufzuchtanlagen
- Jungrindermastanlagen

¹²⁷¹ HOFFMANN, H. (1969), www.archiv.uni-leipzig.de, S. 24

¹²⁷² HOFFMANN, H. (1969), www.archiv.uni-leipzig.de, S. 24

¹²⁷³ HOFFMANN, H. (1969), www.archiv.uni-leipzig.de, S. 25

¹²⁷⁴ Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e. V. (Hrsg.) (1999), *Thüringer Landwirtschaft*, S. 30

¹²⁷⁵ ADAM, W., ESCHENBACH, E. und SOMMERFELD, R. (1969), *MH 24*, S. 651

¹²⁷⁶ Diese Entwicklung war bezeichnend für die gesamte Ökonomie der DDR. Beginnend in Betrieben von Handwerk und Industrie wurden die Methoden nachfolgend auch in der Landwirtschaft umgesetzt.

Die einzelnen Produktionsstufen arbeiteten auf Basis der Kooperation zusammen. Tendenziell wurde versucht, die auf eine Produktionsstufe spezialisierten Betriebe da anzusiedeln, wo der Standort unter geographischen Aspekten ökonomisch am sinnvollsten war. So wurden die südlichen Bezirke der Republik als besonders günstig für die Jungrinderaufzucht erachtet, da es in den dortigen Mittelgebirgslagen eine Vielzahl von Grünflächen gab, die schwierig zu bewirtschaften waren. Die nördlichen Bezirke hingegen boten weite, gut zu bearbeitende Felder, die die Futtergrundlage für die zu errichtenden Milchviehanlagen und Mastbetriebe mit hohen Tierkonzentrationen sichern sollten.¹²⁷⁷

Obwohl die in der jeweiligen Produktionsstufe auftretenden Schwierigkeiten nicht isoliert voneinander zu betrachten sind - oft bedingen beispielsweise in der Aufzucht bestehende Mängel die später auftretenden Störungen - sollen im Folgenden die Methoden der Haltung und Fütterung und die daraus unter Tierschutzaspekten resultierenden Probleme der einzelnen Produktionsstufen analysiert werden.

4.1.3.1 Haltung von Milchrindern

Nachdem auch von Seiten der SED eingesehen wurde, dass das Offenstallkonzept keine Früchte trug, wurden ab Mitte der sechziger Jahre mit dem Bau von Kompakställen mit Kotrost-Anbindeställen für Milchkühe begonnen. Dies war der Beginn des Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Rinderhaltung.¹²⁷⁸ Auch im Bereich der anderen Produktionszweige der Rinderhaltung, Kälber- und Jungrinderaufzucht sowie Mastrinder, wurde jetzt die einstreulose Haltung bevorzugt.¹²⁷⁹ Mit der Umstellung auf diese Haltungsform bezweckte man die Erhöhung der Arbeitsproduktivität der Tierproduktion durch eine Senkung des Arbeitsaufwandes, aber auch die Einsparung von Stroh, welches man für die Fütterung der gewachsenen Viehbestände dringender brauchte.¹²⁸⁰ Hans KLEIBER von der deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften begründete in einer Publikation 1971 die Weiterentwicklung der Rinderställe in den Monatsheften für Veterinärmedizin rückblickend folgendermaßen: *„Diese Haltungsformen waren eine unabdingbare Forderung der konzentrierten Rinderproduktion, um den notwendigen Einstreubedarf in der bisherigen traditionellen Rinderhaltung zu überwinden und ihn nicht zum Begrenzungsfaktor für den Konzentrationsprozeß werden zu lassen.“*¹²⁸¹ Es wurden nun die „Typenställe“ der DDR entwickelt, nach deren Vorgabe die neu zu bauenden Ställe errichtet wurden. Die Typenställe wurden als Angebotsprojekte vermarktet. Die Typenställe für Milchkühe waren vorerst hauptsächlich Anbindeställe, in denen meist zweireihig, aber auch vierreihig aufgestellt wurde. Die Breite der Anbindeställe betrug je nach Typ 12,26 m (Typenstall L 201) oder 20,80 m (Typ L 203), während die Länge verschieden war. Der Typ L 203 wurde in der DDR am häufigsten gebaut. Ein weiterer Typenstall war der 24 m breite Liegeboxenlaufstall, welcher sechsreihig angeordnet war.¹²⁸² In den sechziger Jahren wurde dieser Stall allerdings selten erbaut.¹²⁸³ Erst als sich zunehmend modernere Melktechnik wie

¹²⁷⁷ LANDGRAF, G. (1976), Vet. med. Dipl.: Jungrinderaufzucht, S. 16

¹²⁷⁸ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 93

¹²⁷⁹ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 265

¹²⁸⁰ HEIDRICH, H.-D., ARCULARIS, K., GÜNTHER, M., MARKAU, W. und WOLL, E. (1968), MH 24, S. 856-857

¹²⁸¹ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 265

¹²⁸² DAMM, T. (1994), Umbau von Altgebäuden, S. 108- 115

¹²⁸³ HEIDRICH, H.-D., ARCULARIS, K., GÜNTHER, M., MARKAU, W. und WOLL, E. (1968), MH 24, S. 857

Fischgrätenmelkstände und Melkkarusselle etablierten, wurden aufgrund der Arbeitersparnis vermehrt Laufställe gebaut.¹²⁸⁴ Unter industriemäßigen Anlagen für Milchvieh verstand man ab dieser Zeit, ca. Anfang der siebziger Jahre, Laufstallhaltung mit Spaltenboden und Liegeboxen, teilautomatisierte und mechanisierte Fütterung und Milchgewinnung sowie Gruppenhaltung.¹²⁸⁵ Die Milchviehanlagen mit Anbindeställen waren für 420 Kühe standardisiert, wobei die auf der Anlage befindlichen Kompaktställe eine Kapazität von 210 Kuhplätzen aufwiesen. Die Aufstallung erfolgte hier zumeist vierreihig. Zwischen zwei Reihen befand sich der Futtertisch, welcher normalerweise zweimal täglich per Ladewagen mit Futter beschickt wurde.¹²⁸⁶ Die Rinder standen auf Kotrosten, die Ställe wurden in der Regel mit einer Staukanalentmistung oder mit dem Treibmistverfahren versehen.¹²⁸⁷

Die bezeichnende Eigenschaft der Staukanalentmistung ist der periodische Abtransport der Gülle. Unter dem Treibmistverfahren, auch Fließkanalentmistung genannt, wird das kontinuierliche Abfließen der Gülle in einem Kanal verstanden.¹²⁸⁸

Die Luftzufuhr wurde über Luftschlitze gewährleistet, welche unter den Fenstern angebracht waren. Die Fensterfläche betrug zumeist 6,25% (= 1/16) der Gesamtgrundfläche des Stalles. Die Aufstallung der Rinder in der Anbindehaltung erfolgte in Kurzständen, welche 1,35 m bis 1,55 m lang und 1,12 m breit waren. Dahinter befanden sich die Güllestaukanäle, welche mit den Kotrosten abgedeckt wurden.¹²⁸⁹ Diese Stände wurden auch in den Abkalbeställen oder – abteilen genutzt, wobei zum Zeitpunkt der Kalbung der Gitterrost mit einer Gummimatte abgedeckt wurde.¹²⁹⁰

Die Planung lief darauf hinaus, dass es ab den 70er Jahren hauptsächlich Milchviehanlagen geben sollte, die über Platz für 2000 Milchkühe verfügten. Es war vorgesehen, den Milchviehanlagen entsprechende Kälberaufzuchtanlagen anzuschließen, welche eine Aufnahmekapazität von 500-600 Tieren haben sollten, um alle Kälber der Milchviehanlage aufnehmen und später eine wiederum angegliederte Färsenaufzuchtanlage auffüllen zu können. Diese hatte ein bis zwei Milchviehanlagen mit tragenden Färsen zu versorgen.¹²⁹¹ 1977/78 wurden laut GERBER erst durchschnittlich 12% des Milchviehs der DDR in industriemäßigen Anlagen gehalten.¹²⁹² 25% der Milchkühe wurden zu dieser Zeit noch in Ställen gehalten, welche vor 1950 errichtet wurden. Ein Viertel der in der Rinderhaltung genutzten Tierunterkünfte wiesen gravierende Schäden auf, nur ca. ein Drittel der Ställe wurde als gut eingeschätzt. Die teilweise schweren Gebäudeschäden wurden auf „*die überwiegend ungenügende Durchführung von Werterhaltungsmaßnahmen*“ zurückgeführt.¹²⁹³ Die SED stellte zum XI. Parteitag betreffs der landwirtschaftlichen Entwicklung im Zuge der Intensivierung fest, dass die dazumal verfügbaren Tierunterkünfte noch über Jahre genutzt werden müssten, da der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden langwierig sei. Man plante deshalb, vorerst bis 1990, weitere Kapazitäten hauptsächlich durch

¹²⁸⁴ MOTHEs, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 51

¹²⁸⁵ WOLF, J. (1976), MH 31, S. 926

¹²⁸⁶ MOTHEs, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 51

¹²⁸⁷ JENTSCH, D. (1967), MH 22, S. 801

¹²⁸⁸ THUM, E., LEHMANN, R. und LOMMATZSCH, R. (1967), Mechanisiertes Entmisten, S. 15

¹²⁸⁹ JENSCH, D. (1967), MH 22, S. 801

¹²⁹⁰ BArch DK 1/10965, o. Bl., Protokoll über die Beratung beim zentr. Landwirtschaftsrat Berlin/Karlshorst 1965, S. 4

¹²⁹¹ BArch DK 1 /10965, o. Bl., Protokoll über die Beratung beim zentr. Landwirtschaftsrat Berlin/Karlshorst 1965, S. 4

¹²⁹² GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, Anhang, These Nr. 2

¹²⁹³ GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 5

Rationalisierung und Umstrukturierung zu schaffen.¹²⁹⁴ Eine Maßnahme, die deshalb getätigt wurde und werden sollte, war die Reduktion von Produktionsstandorten, indem kleine Anlagen stillgelegt und die Konzentrationen in den Hauptstandorten erhöht werden sollten.¹²⁹⁵ Die dann komplettierten Anlagen mit Plätzen von 100-600 Tierplätzen sollten hauptsächlich als Anbindeställe mit Einstreu genutzt werden. Neu zu errichtende Milchviehanlagen sollten ab Mitte der siebziger Jahre tendenziell über mehr als 800 Plätze verfügen, die Haltung sollte in der Hauptsache einstreulos auf Spaltenböden oder Kotrosten erfolgen. Das Melken erfolgte in den meisten Anlagen im Fischgrätenmelkstand, ungefähr ein Drittel der modernen Betriebe verfügte über ein Melkkarussell.¹²⁹⁶

4.1.3.2 Bewertung der Haltung des Milchviehs unter Tierschutzgesichtspunkten

Entwicklung der Haltung von Milchkühen und daraus resultierende Problemschwerpunkte

Nach dem Krieg und in der Zeit der Bodenreform wurden die meisten Rinder in kleinen, dunklen Ställen angebunden gehalten. Um die wachsenden Rinderbestände unterzubringen, wurden ab 1957/58 Offenställe gebaut. Die Bedingungen hier entsprachen damals wie heute nicht den Anforderungen einer tiergerechten Haltung, wie im entsprechenden Kapitel ausführlich besprochen wurde. Nachdem ein Großteil der Offenställe zugebaut worden waren, wurden zunehmend Kotrost-Anbindeställe in Betrieb genommen. Um der Bevölkerung die Vorteile der einstreulosen Haltung nahezubringen, wurden in der Informationsliteratur folgende Vorzüge herausgearbeitet: *„Während früher die Kühe auf hartem Beton lagen, auf den noch etwas Stroh gestreut wurde - das aber bald so schmutzig war, daß auch die Kühe mit Kotklunkern überzogen waren - steht ihnen heute in den modernen Ställen ein weiches Gummilager zur Verfügung, das etwas Gefälle zum Standende hin hat. Dort befindet sich unmittelbar hinter den Hinterklauen der Kuh ein mit Rosten überdeckter Graben, in den Kot und Urin direkt beim Absetzen fallen, so daß die Kühe damit nicht mehr in Berührung zu kommen brauchen.“*¹²⁹⁷ Doch diese Form der Haltung brachte auch gesundheitliche Nachteile für die Rinder mit sich und war offensichtlich in der Realität keineswegs so komfortabel wie hier beschrieben. Das Gummilager bestand häufig aus schnell porös werdendem Hartgummi. Die Stände waren so kurz bemessen, dass nahezu die gesamte hintere Hälfte des Tierkörpers auf dem Kotrost lag.

Aus der Anbindehaltung auf Kotrosten ergaben sich laut Fachpresse dementsprechend häufig Technopathien:¹²⁹⁸

- Klauenschäden, hervorgerufen durch zu harte und grobe Oberflächenstruktur der Liegeflächen und durch die Kotroste an sich
- Bursitiden des Sprung- und Vorderfußwurzelgelenkes und Aufliegeschäden, hervorgerufen durch permanenten Druck auf die Gelenke durch die Kotroste; feuchte Liegeflächen, auf denen die Tiere vermehrt rutschten
- zu knapp bemessene Fanggitter - daraus resultierende Verletzungsgefahr

¹²⁹⁴ GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 1

¹²⁹⁵ GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 14

¹²⁹⁶ LAB C Rep. 635, Nr. 134/1

¹²⁹⁷ MOTHESE, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 51

¹²⁹⁸ Technopathie = haltungsbedingte Erkrankung oder Verletzung bei landwirtschaftlichen Nutztieren

- Zitzenverletzungen - diese traten vor allem dort auf, wo Gummimatten als Liegefläche fehlten und zu einer feuchten Liegefläche führten, weiterhin durch zu glatte und feuchte Kotroste, welche zu erschwertem Aufstehen führten und durch scharfe, verletzungsträchtige Kotrostkanten¹²⁹⁹
- Der vielerorts allgemein bestehende Mangel an Arbeitsmaterialien konnte zu tierschutzrelevanten Situationen führen. So soll es beispielsweise vorgekommen sein, dass zur Dilatation der Strichkanals bei Zitzenverletzungen als „Alternative“ zu nicht verfügbaren Wollzitzenstiften Nägel aus dem Handwerkerbedarf verwendet wurden.¹³⁰⁰
- Mastitiden - Ein häufiges Problem der Kotroste war, dass bei deren Bau oft Baustoffe mit hoher Wärmeleitfähigkeit verwendet wurden, was bei längeren Liegezeiten der Kühe zum Abkühlen von Teilen des Euters führte.¹³⁰¹

Problematisch in den neuen Typenställen war die Lüftung. Durch die längere Verweildauer der Gülle im Stall (> 2 d) kam es vor allem während des Winters zu erhöhten Ammoniakkonzentrationen in der Stallluft, da hier die Fenster zur Wärmegewinnung geschlossen gehalten wurden. Vor allem in der ersten Zeit wurden die Ställe nur mit Fensterbelüftung versehen, was für diese Art der Rinderhaltung für ein akzeptables Stallklima nicht ausreichend war. Entlüftungselemente fehlten in den Jaucherinnen anfangs häufig, wodurch Ammoniakgehalt und Luftfeuchte im Stall nicht unerheblich anstiegen.¹³⁰² Dies führte einerseits zu verminderter Leistung und andererseits zu einer instabilen Grundresistenz der Tiere. Da die Tuberkulose noch nicht getilgt war und sich in vielen Beständen Reagenten befanden, konnte das schlechte Stallklima hier zur nahezu ungehinderten Ausbreitung der Seuche auf gesunde Tiere führen. Teilweise war die Dunstentwicklung in diesen wenig belüfteten Stallungen so hoch, dass die Feuchtigkeit im Winter zu bis zu 10 cm starken Eisplatten gefror, welche dann Fenster und Außenwände des Stalles bedeckten. Das Problem ergab sich aufgrund der Bauweise hauptsächlich in den 90er Typenställen. Fachleute machten die fehlende Bodenentlüftung und die stattdessen eingebauten Deckenentlüfter für die Kondensation in solchen Ställen verantwortlich. Für die Betriebe bedeutete die Situation enorme wirtschaftliche Verluste, da tuberkulosefreie Tiere erst für hohe Summen zugekauft worden waren, die nun durch die fatalen Umweltverhältnisse ebenfalls zu Reagenten wurden.¹³⁰³

Im Jahre 1964 wurden als Nutzungsdauer für Kühe durchschnittlich 4,5 Jahre angestrebt.¹³⁰⁴ Dass diese seit Beginn der Kollektivierung so drastisch gesunken war und bis zum Ende der DDR nicht mehr anstieg, lag laut Zeitzeugenangaben unter anderem an nicht tiergerechter Haltung und Fütterung. Wolfgang KÖPP fasst in seinem autobiographischen Werk „Von Tieren und anderen Menschen“ zusammen: *„Miese Stallverhältnisse, schlechtes Grundfutter, mangelhafte Pflege und Betreuung und vor allem eine ungenügende Aufzucht ohne Beachtung der mindesten Grundsätze von Tierhygiene und Tierpsychologie ließen die anvertrauten Tiere*

¹²⁹⁹ HEIDRICH, H.-D., ARCULARIS, K., GÜNTHER, M., MARKAU, W. und WOLL, E. (1968), MH 24, S. 857

¹³⁰⁰ BStU MfS BV SwN AU 14/62 Bd. 1, Bl. 193

¹³⁰¹ JENSCH, D. (1967), MH 22, S. 803

¹³⁰² JENSCH, D. (1967), MH 22, S. 805

¹³⁰³ BArch DK 1/17158: LEHMANN, E. (1965), MH 20, Sonderdruck, S. 811

¹³⁰⁴ BArch DK 1/10965, o. Bl., Protokoll über die Beratung beim zentr. Landwirtschaftsrat Berlin/Karlshorst 1965, S. 31

*frühzeitig (...) ausscheiden, noch bevor sie imstande waren, ihr genetisch angelegtes Leistungsvermögen bei guter Gesundheit zu zeigen.*¹³⁰⁵

In den siebziger Jahren, als man als Hauptziel „immer mehr immer billiger“ produzieren wollte, gab es offenbar Anlagen, die Reproduktionsraten von 50% vorzuweisen hatten. Die Nutzungsdauer von Kühen in solchen Betrieben lag nach Aussagen KÖPPs durchschnittlich bei nur einer Laktation.¹³⁰⁶ Aus selbiger Quelle stammt die Angabe, dass tierschutzrelevante Probleme auch aufgrund mangelnder Erfahrung mit neuen Technologien auftraten. Diese wurden häufig direkt am Tier getestet, wodurch die Schwachstellen der Innovationen zum Vorschein kamen. Die Kühe wurden zum Beispiel in solchen Pilotbetrieben mit Kraftfutter übertsorgt, die Anlagen hatten nicht ausreichend Liege- und Fressplätze. Die Haltungsbedingungen entsprachen nicht den Anforderungen der Tierhygiene, mangelnde Zuchthygiene tat das Übrige.¹³⁰⁷

Spezielle tierschutzrelevante Folgen

Mastitiden

Mastitiden sind häufig Faktorenerkrankungen. Ihre Pathogenese ist zumeist auf Fehler im Betriebsmanagement zurückzuführen. Bereits im Laufe der Kollektivierungszeit nahm die Bedeutung von seuchenhaft verlaufenden Eutererkrankungen zu. Thomas MOELLER nennt die Etablierung des Maschinenmelkens in Verbindung mit wachsender Bestandsgröße als Gründe dafür.¹³⁰⁸ Hohe wirtschaftliche Einbußen in industriemäßigen Anlagen entstanden nach den Tierverlusten durch Mastitiden. Durch die in industriemäßigen Anlagen bestehenden hohen Tierkonzentrationen entwickelten sich infektiöse Eutererkrankungen des Einzeltieres häufig zu seuchenhaften Ausbrüchen, weshalb sämtliche Mastitiden als Tierseuche beurteilt wurden. Die Bestrebungen gingen deshalb dahin, diese Erkrankungen nicht nur einzudämmen, sondern zu tilgen.¹³⁰⁹ Die Hauptursache für infektiöse Mastitiden in der DDR war der durch Streptokokken ausgelöste „Gelbe Galt“. In den LPG wurde dessen Auftreten nach Zeitzeugenangaben häufig dadurch begünstigt, dass bei den Melkern eine hohe Fluktuation herrschte beziehungsweise sie häufig zwischen den Ställen hin und her wechselten. Dazu kam mangelnde Sorgfalt beim Melken selbst - das heißt fehlendes oder unzureichendes Anrüsten, unsauberes Melken und kein gründliches Ausmelken im Speziellen, was den Gelben Galt förderte. Dabei war dies angeblich nicht nur auf Unkenntnis oder Unlust der Melker zurückzuführen, sondern häufig ein Ergebnis des Personalmangels in den Kuhställen der LPG.¹³¹⁰ Mangelndes Verantwortungsbewusstsein, Überlastung und Frust waren einige mutmaßliche Gründe dafür, dass in den Kuhställen der LPG auch Trunkenheit bei den Beschäftigten ein zunehmendes Phänomen war. Alkoholismus war offenbar besonders unter den Melkern ein Problem.¹³¹¹ In einem Bericht des MfS über Missstände in der tierischen Produktion wurde dazu festgehalten: *„Einige Melker führen ihre Arbeit mangelhaft durch und verhalten sich gleichgültig gegenüber Mißständen. Es kommt*

¹³⁰⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 300

¹³⁰⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 312

¹³⁰⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 197

¹³⁰⁸ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 65

¹³⁰⁹ LOTT, K. (1977), Mastitisbekämpfung in industriemäßig produzierenden Milchviehanlagen, S. 4-5

¹³¹⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 198 und S. 344

¹³¹¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 395; auch Akten des BStU bestätigen dies, z. B. BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.119

wiederholt zu *Disziplinverstößen, übermäßigem Alkoholgenuß und Arbeitsbummelei*.¹³¹² Die Folge dieser Nachlässigkeiten waren verminderte Milchleistungen der Tiere. Diese bedingten auch Abzüge bei der Vergütung der Melker, was sich als *Circulus vitiosus* herausstellte: „*Durch den Rückgang der Produktionsergebnisse trat auch eine Rückentwicklung der Einkünfte der Melker ein, was sich in einer mangelnden Leistungsbereitschaft widerspiegelte.*“¹³¹³ Laut den Erlebnissen eines Zeitzeugen wurde der auch während der Arbeitszeit konsumierte Alkohol an den verschiedensten Stellen im Betrieb versteckt. Es soll vorgekommen sein, dass Tierärzte betrunkene Melker nach Hause schickten, um schlimmere Zwischenfälle und Konsequenzen für die Kühe zu vermeiden. Aufgrund des allgemein bestehenden Arbeitskräftemangels und des Fehlens einer Alternative wurden diese Melker allerdings zur Arbeit zurückgebeten, sobald der Tierarzt dem Betrieb den Rücken gekehrt hatte. Das soll nicht zuletzt daran gelegen haben, dass kaum ein Betriebsleiter sich selbst zu unchristlichen Zeiten zum Melken verpflichten wollte.¹³¹⁴ Bestätigt werden diese Angaben durch Berichte des MfS, welche wiederholt den Einsatz von ungeeignetem Betreuungspersonal als eine Ursache für zu hohe Tierverluste anführen. Als „ungeeignet“ wurden in diesem Zusammenhang nicht nur „*Rückkehrer und Zuwanderer*“ beurteilt, sondern auch „*asoziale und vorbestrafte Elemente*“, die ihre Arbeit zum Teil extrem nachlässig ausgeführt haben sollen. Alkoholabusus am Arbeitsplatz scheint dabei nur eines von vielen Problemen gewesen zu sein.¹³¹⁵ Unter Tierschutzgesichtspunkten ist die Betreuung der Tiere in alkoholisiertem Zustand als kritisch zu bewerten, da die Wahrscheinlichkeit von fahrlässigen Handlungen und verminderter Sorgfalt bei der Betreuung der Tiere zunimmt, genauso wie Tierquälereien durch die enthemmende Wirkung des Alkohols vermehrt auftreten können.

Der Gelbe Galt machte 80-90% aller infektiösen Mastitiden in den Anlagen der DDR aus. Daneben spielten auch Staphylokokkenmastitiden eine nicht zu unterschätzende Rolle, welche vor allem nach Eindämmung der Galtausbrüche auftraten.¹³¹⁶ Um das Auftreten und die Ausbreitung von Mastitiden in einer Anlage zu unterbinden, waren folgende Maßnahmen vorgesehen:¹³¹⁷

1. Ausschließliche Einstallung seuchenfreier Tiere, dazu musste ein Gesundheitszeugnis ausgestellt werden
2. monatliches Probemelken, Einzelgemelksbeobachtung
3. Untersuchung von Viertelgemelksproben aller klinisch euterkranken Tiere
4. Bakteriologische Untersuchung der Milchproben nach der Kalbung (dreimalig innerhalb der ersten 10 Tage post partum)
5. Isolation klinisch euterkranker Tiere, im Optimalfall in einem Isolierstall
6. Führen einer Eutergesundheitskartei für jedes Tier
7. bei Häufung des Vorkommens von Mastitiden bei > 30% des Bestandes sollte nach Möglichkeit eine Überprüfung der Umweltverhältnisse in einer Anlage auf eventuelle

¹³¹² BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.119

¹³¹³ BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.119

¹³¹⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 395

¹³¹⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 5, BStU MfS BVfS Potsdam, KD Pw 160, Bd. 8, Bl. 151 und BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128, Bl. 23

¹³¹⁶ LOTT, K. (1977), Mastitisbekämpfung in industriemäßig produzierenden Milchviehanlagen, S. 8

¹³¹⁷ LOTT, K. (1977), Mastitisbekämpfung in industriemäßig produzierenden Milchviehanlagen, S. 17-18

Stressoren stattfinden (betrifft Haltung, Fütterung, Melkhygiene, Klauenerkrankungen)

Trotz dieser aus Tierschutzsicht positiv zu wertenden Maßnahmen waren 1980 noch mehr als ein Drittel aller Erkrankungen bei Milchkühen Mastitiden.¹³¹⁸ Obwohl die Bestände weitestgehend vom Gelben Galt saniert werden konnten, war die Zahl der Eutererkrankungen nicht zurückgegangen.¹³¹⁹ Das lag vor allem daran, dass die dargestellten Hygiene-Prophylaxe-Programme häufig aufgrund von Arbeitskräftemangel und fehlerhaften Betriebsmanagement nicht nach Plan durchgeführt werden konnten.¹³²⁰ Weiterhin wurden auch in den achtziger Jahren noch fehlerhafte Melktechnik und Melkarbeit, Hygienemängel und eine „*Unsicherheit in der Therapie vor dem Hintergrund von Resistenz- und Rückstandsproblematik*“¹³²¹ für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. Somit nahmen die Eutererkrankungen bei den Abgangsursachen nach Fertilitätsstörungen den zweiten Platz ein.¹³²² Das häufige Vorkommen von Mastitiden und die vielschichtigen Ursachen dafür sind tierschutzrelevant, da man einen hohen Prozentsatz dieser Erkrankungen durch verbessertes Management sowohl auf personeller als auch auf hygienischer Ebene hätte vermeiden können. Somit wurden Schmerzen und Leiden provoziert, die augenscheinlich systembedingt waren.

Klauenerkrankungen

Auch nach dem schrittweisen Übergang zur Laufstallhaltung waren Klauenerkrankungen ein häufig auftretendes Phänomen. Einerseits lag dies an der Einstallung von Jungkühen, die bereits eine labile Klauengesundheit aufwiesen. Die Idee, nur Rinder mit „anlagentauglichen Klauen“ einzustallen, scheiterte in ihrer Umsetzung bereits am prinzipiellen Mangel an Tiermaterial, der eine Selektion nach Qualitätskriterien hinsichtlich der optimalen Klauenbeschaffenheit meist unmöglich machte. Weitere Gründe für Klauenerkrankungen als Herden- und Anlagenproblematik waren Fehler im Fütterungsmanagement (beispielsweise azidotische Stoffwechsellagen, Mykotoxine), suboptimale Bodenbeschaffenheit, mangelnde Tierbeobachtung und daraus folgend fehlende Klauenbehandlungen. Ein Großteil der Erkrankungen ging auf therapieresistente Infektionen zurück, deren Ursache man „*in unqualifizierter chirurgischer Versorgung*“ sah.¹³²³ Dabei wurde von den Autoren eines Fachartikels in den Monatsheften 1976 vor allem der häufige und unkritische Einsatz von Antibiotika, Mängel bei der Fixation und Sedation der zu behandelnden Tiere sowie unzureichende postoperative Analgesie kritisiert. Letztere war laut den Autoren hauptsächlich auf einen Fehler an verfügbaren und geeigneten Arzneimitteln zurückzuführen.¹³²⁴ BUSCH bemerkt, dass eine mutmaßliche Ursache für zunehmende Klauenerkrankungen neben häufig fehlender Aufmerksamkeit der Melker und Tierpfleger auch ein allgemein bestehender Mangel an fachlich qualifizierten Klauenpflegern gewesen sein dürfte.¹³²⁵

In einer Herde mit stabiler Klauengesundheit durften per definitionem nicht mehr als 1,5% der Tiere des Gesamtbestandes an den Klauen erkrankt sein. Anders ausgedrückt, galt eine

¹³¹⁸ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 42-43

¹³¹⁹ WOLTER, F. und SIERING, W. (1982), MH 37, S. 46

¹³²⁰ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 42-43

¹³²¹ WOLTER, F. und SIERING, W. (1982), MH 37, S. 46

¹³²² UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 42-43

¹³²³ FUCHS, G. (1976), MH 31, S. 934-935

¹³²⁴ FUCHS, G. (1976), MH 31, S. 935

¹³²⁵ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

2000er Milchviehanlage Mitte der siebziger Jahre im Hinblick auf die Klauengesundheit dann als „gut“, wenn durchschnittlich maximal 30 klauenkranke Tiere vorhanden waren.¹³²⁶

Im Vergleich zu anderen Produktionsstufen und Nutztierarten waren nach der Auffassung von Zeitzeugen die Probleme im Hinblick auf Tierschutz in den Milchviehställen der LPG besonders gravierend. KÖPP macht dafür hauptsächlich „*Alkohol, Arbeitsbummelei und fehlende Berufserfahrung sowie die häufig katastrophale Futtersituation*“ verantwortlich.¹³²⁷

Seuchen

Da mit dem Ausbruch einer Seuche nicht selten vermeidbare Leiden und Schmerzen beziehungsweise der Tod für die Tiere verbunden waren, muss auch hier eine Tierschutzrelevanz diskutiert werden.

Während der Kollektivierungsperiode waren Seuchenausbrüche vor allem in Milchviehbetrieben ein gravierendes Problem. Das Zusammenstellen der Bestände in den LPG, das wahllose Zukaufen von Tieren, Desinfektions- und Hygienemängel sowie Weideinfektionen waren Wegbereiter für wichtige Rinderseuchen wie Tuberkulose, Brucellose, Maul- und Klauenseuche sowie Leukose.¹³²⁸ Auch Infektionen des Menschen kamen sehr häufig vor. Vor allem in der Landwirtschaft tätiges Personal wie Melker, Pfleger und Tierärzte war Träger von Seuchenerregern. Erkannte man, wie es häufig vorkam, die Krankheit lange Zeit nicht, kam es immer wieder zu Reinfektionen des Viehs, eine Bestandssanierung konnte nicht erfolgreich durchgeführt werden.

Während der Industrialisierungsphase in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren wurden unter anderem die Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion gebildet. Diese im Rahmen der Konzentration und Spezialisierung entstehenden Fusionen von Flächen mehrerer LPG hatten den Vorteil, dass LPG mit ungünstigen Bodenverhältnissen von den besseren Bedingungen anderer LPG profitieren konnten, wodurch die Versorgung des Viehs mit Futter teilweise stabilisiert werden konnte. Andererseits brachte die Entstehung der KAP tierschutzrelevante Probleme mit sich, da durch die Kooperation zwischen den LPG ein reger Austausch von Futter und Dung stattfand, was der Ausbreitung von Seuchen und Parasitosen zuträglich war. Ursächlich waren hierbei der schlecht kontrollierbare Verkehr landwirtschaftlicher Fahrzeuge und die mangelnde Sorgfalt bei der Einhaltung von Prophylaxemaßnahmen wie das Durchfahren von Seuchenwannen.¹³²⁹

Die industrielle Tierproduktion brachte nicht ausschließlich negative Aspekte im Bezug auf den Tierschutz mit sich. Bestimmte Abläufe, die sich in den größeren Anlagen als praktikabel erwiesen, waren für das Einzeltier durchaus von Vorteil. Als Beispiel sei hier das allgemein übliche Procedere der Trächtigkeitsuntersuchungen genannt, die in regelmäßigen Abständen und zu festgelegten Terminen als Bestandsuntersuchung durchgeführt wurden. Im Zuge dieser zwangsläufig durchgeführten Untersuchungen wurden Uterus- oder Ovarialbefunde pathologischer Art zeitnah erkannt und konnten behandelt werden, oft bevor Chronizität eintrat. BUSCH bewertet dieses Vorgehen als praktizierten Tierschutz. Im Sinne des Tierschutzes ist auch die Tatsache zu werten, dass trächtige Rinder nicht geschlachtet werden

¹³²⁶ FUCHS, G. (1976), MH 31, S. 934

¹³²⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 199

¹³²⁸ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Hannover, S. 47

¹³²⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 246

durften.¹³³⁰ Wenngleich die Gründe für diese Festlegung in erster Linie ökonomischer Art waren, so wurde damit das noch ungeborene Leben vor unnötigen Leiden (Erstickungstod/Hypoxie) bewahrt. Dem trächtigen Muttertier wurde damit der Transportstress erspart. Im Vergleich zur Gegenwart, wo auf deutschem beziehungsweise europäischem Raum die Schlachtung trächtiger Tiere bis zu einem Zeitpunkt weit fortgeschrittener Gravidität möglich ist,¹³³¹ war die DDR-Regelung aus Tierschutzsicht besser.

Die laufenden Trächtigkeitsuntersuchungen erfolgten in den Milchviehanlagen routinemäßig in kurzen Abständen, um ausbleibenden Besamungserfolg und Fertilitätsprobleme ohne Verzögerung zu erkennen. Dies hatte ausschließlich wirtschaftliche Gründe, da jede Woche verlängerte Serviceperiode als volkswirtschaftlicher Verlust gewertet wurde. Die Untersuchungen sind somit ein Beispiel für den in der DDR praktizierten ökonomischen Tierschutz.

Fallbeispiel mit Tierschutzrelevanz¹³³²

Im Folgenden wird das Beispiel einer Tierquälerei dargestellt, welche 1987 Gegenstand operativer Ermittlungen der Staatssicherheit waren. Initiiert wurden die Untersuchungen durch den betreuenden Tierarzt des VEB Fleischverarbeitungsbetriebes Pritzwalk, der wegen den wiederholt auftretenden Missständen die Kreisverwaltung einschaltete.

Anlass für die Beschwerde des Tierarztes waren wiederholte Anlieferungen von schwer erkrankten Rindern im Schlachtbetrieb. Die Rinder waren offensichtlich aufgrund starker Vernachlässigung in einem derartig schlechten Gesundheitszustand, dass sie verworfen werden mussten.¹³³³ Der für die Lebendbeschau verantwortliche Tierarzt beurteilte es als Tierquälerei, dass lebende Rinder mit stark vernachlässigter Klauenpflege, mit offenen Gelenkentzündungen oder gar mit von Hunden angefressenen Geschlechtsorganen zur Schlachtung angeliefert wurden.¹³³⁴ Auffällig wurden wiederkehrend drei bestimmte LPG (T) im Kreis.

Im Laufe der Untersuchungen stellte sich heraus, dass betreffende LPG die zur Notschlachtung bestimmten Tiere nicht sofort an den Schlachtbetrieb Pritzwalk lieferten, sondern dass die Rinder nach der letzten tierärztlichen Untersuchung „noch mehrere Tage und zum Teil Wochen, in ihren Ställen standen oder auch lagen, bis zum Abtransport“.¹³³⁵ Das war für die staatlichen Institutionen vor allem aus ökonomischen Gründen von Interesse, wie aus dem Schreiben der Kriminalpolizei Pritzwalk deutlich wird: „Hierdurch entstehen der Volkswirtschaft große Schäden, da solche Tiere den Mindestanforderungen für eine Weiterverarbeitung nicht entsprechen und nur noch als Hundefutter verkauft werden dürfen.“¹³³⁶ Weiterhin ergab sich, dass die für die Notschlachtung bestimmten Tiere oft über mehrere Tage von den Viehpflegern weder Futter noch Wasser erhielten, so dass diese völlig

¹³³⁰ BUSCH, B. (2011), mündliche Mitteilung vom 26.05.2011

¹³³¹ Siehe VO (EG) Nr. 1/2005; Laut deutscher Tierschutztransportverordnung ist der Schlachttransport tragender Tiere weder bußgeld- noch strafbewährt, weshalb die Schlachtung gravider Tiere regulär erfolgen kann

¹³³² BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077

¹³³³ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 106

¹³³⁴ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 106, 113

¹³³⁵ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 108

¹³³⁶ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 108

entkräftet, im festliegenden Zustand zum Fleischverarbeitungsbetrieb gefahren werden mussten.¹³³⁷ Die Tiere waren in der Folge bei der Anlieferung nicht selten kurz vorm Verenden und konnten nur noch dem Tierkörperverarbeitungsbetrieb zugeführt werden. Die Bezirksbehörde der Volkspolizei Potsdam betonte auch hier in erster Linie die daraus entstehenden gravierenden Verluste für die Volkswirtschaft.¹³³⁸ Der mit der Überwachung beauftragte Tierarzt des Schlachtbetriebes in Pritzwalk versuchte wiederholt, den über einen längeren Zeitraum (2 Jahre)¹³³⁹ andauernden Missständen durch sofortige Meldung an die kreislichen Behörden entgegenzuwirken. Diese Bemühungen erwiesen sich über lange Zeit als vergeblich.¹³⁴⁰ Die Leitung der Kreisdienststelle Pritzwalk stellte in ihrem Schreiben an die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit nach Abschluss der Ermittlungen zusammenfassend fest, „daß die aufgezeigten Mißstände kein strafrechtliches Handeln darstellen und deshalb durch die KD [Kreisdienststelle] weiterverfolgt wurden“.¹³⁴¹ Als weitere Maßnahmen wurden die „inoffizielle Kontrolle“ und eine Abstimmung mit den staatlichen Organen auf Kreisebene beschlossen. Im Falle von wiederholten Tiermißhandlungen oder vernachlässigten Tieren sollte die Meldung des verantwortlichen Tierarztes an den Kreistierarzt und die SED-Kreisleitung erfolgen.¹³⁴² Auf betreffendem Schreiben vom 25.5.1987 wurde daraufhin von der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit der Vermerk gemacht, dass offenbar von Seiten der Kreisdienststelle nichts gegen die Situation unternommen würde, schließlich wüsste man bereits seit Januar von den Missständen.¹³⁴³ Weitere Konsequenzen hatten die Untersuchungen offenbar nicht, in betreffender Archivalie fehlten entsprechende Hinweise auf weiterführende Maßnahmen.

Der Fall veranschaulicht die Dominanz wirtschaftlicher Interessen im Bereich der Tierproduktion, die selbst beim offensichtlichen Vorliegen gravierender Tierquälereien der scheinbar alleinige Auslöser für die Einleitung von Ermittlungen durch staatliche Organe waren. Obwohl im dargelegten Beispiel mehrere Fälle von erheblicher Vernachlässigung und klar ersichtlicher, offenkundig vorsätzlicher Tierquälerei vorlagen, wurde kein Strafverfahren eingeleitet. Es wird deutlich, wie wenig Einfluss der Schlachthoftierarzt auf genannte Missstände hatte, obgleich er wiederholt und mit Nachdruck versucht hatte, dagegen vorzugehen. Ohne die Mitarbeit der staatlichen Organe des Kreises waren die Bemühungen des Tierarztes im Sinne seines tierärztlichen Ethos offensichtlich vergebens.

4.1.3.3 Fütterung des Milchviehs

Allgemeine Grundlagen und Entwicklung

Grundsatz der Fütterung aller Nutztierarten in der DDR war der Einsatz von wirtschaftseigenem Futter. Auch regional anfallende Produkte der Industrie wurden genutzt, so zum Beispiel Zuckerrübenblatt, welches bei der zur Zuckerproduktion bei der Ernte anfiel. Grundlage von Rationen in der Milchkuhhaltung bildeten Welksilagen aus verschiedenen Grassorten. Man

¹³³⁷ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 108, 113

¹³³⁸ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 113

¹³³⁹ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 106

¹³⁴⁰ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 113

¹³⁴¹ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 104

¹³⁴² BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 104

¹³⁴³ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 104

versuchte, Gräser mit verschiedenen Wachstumsrhythmen zu züchten, um kontinuierlich Grünfutter zur Verfügung zu haben. Dazu wurde eine je nach Standort verfügbare Getreideart gefüttert, meist Gerste, aber auch Weizen und Mais, die dann in der Regel als Feuchtsilage verfüttert wurden. Zusätzlich kamen verschiedene Nasssilagen aus Zuckerrübenblatt, Mais, Markstammkohl und Futterroggen zum Einsatz. Auch Importextraktionsschrot wurde teilweise verwendet.¹³⁴⁴

Die Basis des Grundfutters bildete in allen Betrieben der DDR Silage aus Gräsern. Häufig gefüttert wurde zusätzlich Trockengrün, wohingegen „naturgetrocknetes Langheu“ in den wenigsten Fällen verfügbar war.¹³⁴⁵ Als Begründung für den Verzicht auf Heu wird dem Taschenbuch „Tiere am Fließband“ von MOTHES aus dem Jahr 1976 zusammengefasst: *„Silage hat in der industriemäßigen Rinderproduktion so große Bedeutung, daß sie – lediglich ergänzt durch etwas Getreidemischfutter - zum alleinigen Futtermittel werden kann. Diese 'Monodiät' (...) bietet technologisch große Vorzüge, weil darauf alle Lagerungs- und Transportfragen abgestimmt werden können. Silage läßt sich gut auf Förderbänden zu den Freßplätzen bringen. Das ist bei Heu nicht der Fall. (...) Selbst gehäckseltes Heu ist zu sperrig. Es nimmt im Lagerraum und auf den Förderbänden zu viel Platz ein. Silage ist hinsichtlich der Nährstoffe und des Energiegehaltes wesentlich konzentrierter.“*¹³⁴⁶ Als weitere Nachteile von Heu werden der hohe Arbeitsaufwand bei der Heugewinnung und das mit der Heutrocknung verbundene Risiko des Verderbs und des Nährstoffverlustes durch ungünstige Witterung aufgeführt.¹³⁴⁷ Eine von MOTHES nicht erwähnte Ursache für den Mangel an Grobfutter sieht ein Zeitzeuge in den mit den Jahren zunehmenden Tierkonzentrationen je Flächeneinheit in Verbindung mit sinkenden Bodenwertzahlen.¹³⁴⁸ Erst Anfang der achtziger Jahre besann man sich wieder auf die Vorteile des Heues für den Verdauungstrakt des Wiederkäuers. In den Zeitungen wurde nun wieder für das lange Zeit als nicht zeitgemäß betitelte Futtermittel geworben mit Slogans wie *'Heu und Weide haben wir nicht vergessen'* oder *'Komm mit ins Heu'*. Nun hatte man allerdings das Problem, dass die für die Heuernte notwendige Erntetechnik fehlte. Kräuterreiche Wiesen zur Gewinnung von gutem Heu standen aufgrund jahrelanger Melioration kaum noch zur Verfügung.¹³⁴⁹

4.1.3.4 Tierschutzrelevante Probleme bei der Fütterung

Quantitative Mängel

Wie bereits im Abschnitt 'Offenstallhaltung' beschrieben, bestand in allen Bezirken der DDR wiederkehrend das Problem einer ausreichenden Beschaffung von Futter. Dieser Umstand betraf die Versorgung aller landwirtschaftlichen Nutztiere und zog sich als tierschutzrelevantes Problem durch die gesamte Zeit der DDR. Die Tierärzte waren häufig mit den Folgen chronischen und akuten Futtermangels konfrontiert und bemängelten diese Misswirtschaft auch. Verhungerte Tiere waren keine Seltenheit, Fruchtbarkeitsstörungen und Leistungseinbrüche waren das tägliche Brot der Anlagentierärzte. Ursächlich für diese Missstände waren die von der Partei vorgegebenen Viehzahlen, die auch bei nicht entsprechender vorhandener Futtergrundlage eingehalten werden mussten. Die Staatsführung

¹³⁴⁴ PIATKOWSKI, B. (1969), MH 24, S. 122-123

¹³⁴⁵ ABSHAGEN, H. und BEDUHN, M. (1970), MH 25, S. 489

¹³⁴⁶ MOTHES, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 34

¹³⁴⁷ MOTHES, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 34

¹³⁴⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 341

¹³⁴⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 367

wies die Verantwortung für mangelbedingte Verluste von sich und den LPG zu. Man stellte Futtermangelsituationen als „subjektive“ Ursache für Viehverluste dar, die Folge *„der nachlässigen Bodenbearbeitung und Düngung und somit in der ungenügenden Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und geringen Steigerung der pflanzlichen Produktion“* wäre.¹³⁵⁰ In den Monatsheften wurde die Kritik der praktischen Tierärzte vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft beanstandet. Die Tierärzte sollten sich nach der Auffassung der Sektion Veterinärwesen der Aufgabe bewusst sein, beim „Aufbau gesunder und leistungsfähiger Viehbestände“ und deren Weiterentwicklung mitzuhelfen. STRÜMPF meint dazu: *„Das setzt aber voraus, daß alle Tierärzte selbst von der Notwendigkeit einer Erweiterung der Viehbestände überzeugt sind und sich frei machen von der vielerorts noch bestehenden Auffassung ‚Weniger Tiere- bessere Leistungen‘. Das Argument ‚Lieber weniger Tiere, aber besser füttern‘ ist eine falsche und unwissenschaftliche Orientierung und wird von der Praxis der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe widerlegt.“*¹³⁵¹ Diese Aussage spiegelte offenbar nicht die Realität wider. Es ist vielmehr ein Beispiel für die häufig vorzufindende Schönfärberei der Zustände in den LPG und dafür, wie wenig praxisnah die Position von Entscheidungsträgern war.

Um der Futtermittelknappheit und den damit verbundenen Tierverlusten Herr zu werden, wurden wiederkehrend diverse Maßnahmepläne zur besseren Versorgung mit Futter entwickelt und verbreitet. Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft brachte jährlich neue Maßnahmepläne mit ähnlichem Inhalt heraus. Eigens für die Bearbeitung und den Entwurf solcher Pläne gab es spezielles Personal am Ministerium.¹³⁵² Deren Zweckmäßigkeit wurde vom veterinärmedizinischen Fachorgan in Frage gestellt, wie beispielsweise folgende Aussage im Protokoll der Bezirkstierärztersammlung Erfurt aus dem Jahre 1960 demonstriert: *„An Maßnahmeplänen und Programmen fehlt es nicht. In diesen ist auch alles Erforderliche festgelegt. Aber es wird zu wenig mit den Menschen gearbeitet.“*¹³⁵³ Diese Feststellung entsprang dem Umstand, dass die theoretisch notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Futtermittellieferung zwar aufgeführt wurden, aber deren praktische Umsetzung bei fehlenden Ressourcen häufig kaum möglich war. Der Bezirk Erfurt bilanzierte für die Rinderwirtschaft in genanntem Bericht für 1960 einen Mangel an Rauhfutter von 25% und einen Kraftfuttermangel von 34000 Tonnen, wohingegen Silage zu 12% im Übermaß vorhanden war.¹³⁵⁴ Solche Zahlen waren offensichtlich keine Seltenheit und stellten normale Größenordnungen in den landwirtschaftlichen Betrieben der DDR dar. Partei und Regierung stellten anhand ihrer Maßnahmepläne zwar Forderungen, konkrete Vorschläge für individuelle Problemlösungen der Betriebe gab es jedoch nicht. Die vom Landwirtschaftsministerium erarbeiteten „Empfehlungen zur Sicherung der Futtergrundlage“ waren schwammig und wenig präzise formuliert. So lauteten die Forderungen 1961 beispielsweise: *„Unter den Bedingungen der örtlich vorhandenen Futterschwierigkeiten sollten alle LPG und VEG den Problemen der Futterwirtschaft bis zum Anschluss an die neue Ernte sowie für die Erweiterung der wirtschaftseigenen Futtergrundlage im Wirtschaftsjahr 1961/62 größte Beachtung schenken, wobei die staatlichen Organe besonders auch auf diesem Gebiet eine wirksamere Hilfe und Unterstützung gewähren sollten.“*¹³⁵⁵ Wie diese staatliche Unterstützung aussehen sollte, wurde in den meisten Fällen nicht konkretisiert. Den Betrieben wurde unterdessen empfohlen, „Futtermittellieferungen“ zu aktualisieren, also den Bedarf an Futtermitteln sowie das Futteraufkommen und die Vorräte des Betriebes zu

¹³⁵⁰ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 5

¹³⁵¹ STRÜMPF, K.-H. (1962), MH 17, S. 876

¹³⁵² BArch DK 1/3838, Bl. 23

¹³⁵³ BArch DK 1/3838, Bl. 77

¹³⁵⁴ BArch DK 1/3838, Bl. 77

¹³⁵⁵ BArch DK 1/3839, Bl. 5

errechnen und dementsprechende Stallfutterpläne zu erstellen.¹³⁵⁶ Um diese Punkte zu verwirklichen, war eine Idee des MLEF, dass die Betriebe regelmäßig an Konsultationen teilnehmen sollten, um Einblick in die „*besten Erfahrungen im Hinblick auf den rationellen Einsatz der vorhandenen Futtermittel*“ zu bekommen.¹³⁵⁷ Dass diese Konsultationen effektiv waren und einen dementsprechend festen Platz in der Planung von LPG-Versammlungen hatten, darf aufgrund fehlender Hinweise und weiterhin über Jahre existente Futtermangelsituationen in den Betrieben der DDR bezweifelt werden. In der Periode der Konzentration und Spezialisierung der Betriebe nahm das Versorgungsproblem der gewachsenen Tierbestände noch größere Dimensionen an. Die Viehbestände waren häufig viel zu groß im Verhältnis zu den jeweils verfügbaren Futterflächen. Die besonders massiven Engpässe in manchen Bezirken wurden zu kompensieren versucht, in dem man teilweise aus anderen Bezirken Futter bezog. Mecklenburg war einer der wenigen Bezirke, die aufgrund relativ hohen Flächenangebotes seltener von Futtermittelknappheit betroffen war, weshalb die südlichen Bezirke der DDR in Notlagen bevorzugt von dort Futter zur Verfügung gestellt bekamen.¹³⁵⁸ Ernst WOLL berichtet von einer LPG in Thüringen, die in den fünfziger Jahren einmal mit 7 LKW nach Mecklenburg gefahren war, um dort teure Saatkartoffeln als Notfutter zu kaufen. Die wirtschaftlichen Engpässe, die der LPG dadurch entstanden, sollen noch Jahre später bemerkbar gewesen sein.¹³⁵⁹ Es soll auch vorgekommen sein, dass auf diesem Wege Tierseuchen wie Brucellose in gesunde Bestände eingeschleppt wurden.¹³⁶⁰

Man ergriff verschiedene Maßnahmen, um sich aus der Not heraus zu behelfen, wobei es oft um das schlichte Überleben der Tiere ging. Besonders heikel waren die Wochen des zeitigen Frühjahrs, wenn die letzten Reserven im Stall aufgebraucht waren. Ein Zeitzeuge berichtet, dass die LPG teilweise die entkräfteten Rinder auf der Schlepperschaukel auf die noch kargen Weiden fahren mussten, wo die Tiere sich selbst überlassen wurden und so wenigstens zum Teil überlebten. Die Tiere, denen die nötigen Kraftreserven fehlten und die liegen blieben, wurden schnellstmöglich der Notschlachtung zugeführt.¹³⁶¹ Damit solche und ähnliche Aktionen möglichst wenig hinterfragt oder gar kritisiert wurden, dachte man sich laut Schilderungen des Zeitzeugen besondere Termini dafür aus. In den achtziger Jahren hieß der frühe Austrieb laut KÖPP beispielsweise „Märzfrühweide“.¹³⁶² Ein anderer Zeitzeuge berichtet von Notschlachtungen, die dann gemacht wurden, wenn der Futtermangel zu eskalieren drohte.¹³⁶³ Berichte des MfS dokumentieren ebenfalls die vielerorts bestehende Mangelsituation. Durch den Mangel an Futter waren in den Betrieben zunehmend stagnierende und sinkende Milchleistungen, mangelhafte Trächtigkeitsquoten und erhöhte Tierverluste zu verzeichnen. Diese Zahlen waren für die Partei Anlass dafür, die Staatssicherheit einzuschalten, was meist in Form inoffizieller Mitarbeiter¹³⁶⁴ geschah. Einer dieser zur Ursachenermittlung eingesetzten Mitarbeiter beschreibt das von ihm vorgefundene Szenario in einer Milchviehanlage wie folgt: „*Die Tiere erhalten nur noch Erhaltungsfutter und können damit natürlich keine Milch mehr geben. Der Futtermittelvorrat reicht aber auch bei dieser dezimierten Fütterung nur noch bis Ende Februar 1982. Kraftfutter steht bereits jetzt kaum noch zur Verfügung. Bedingt durch diese geringe Fütterung treten auch in*

¹³⁵⁶ BArch DK 1/3839, Bl. 5

¹³⁵⁷ BArch DK 1/3839, Bl. 6

¹³⁵⁸ ROTHENBURG, F. (1993), schriftliche Mitteilung an BUSCH, B., Bl. 3 und WOLL, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹³⁵⁹ WOLL, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹³⁶⁰ ROTHENBURG, F. (1993), schriftliche Mitteilung an BUSCH, B., Bl. 3

¹³⁶¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 187

¹³⁶² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S.410

¹³⁶³ WOLL, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹³⁶⁴ Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit = IM

*zunehmendem Maße bei einzelnen Tieren Krankheitssymptome auf. Die Trächtigkeitsergebnisse gehen weiter zurück und auch die Viehsterblichkeit erhöht sich.*¹³⁶⁵

Bereits im Herbst wurden Maßnahmen ergriffen, um die Tiere satt zu bekommen und die geforderte Leistung zumindest annähernd zu halten. So soll der Mais bei knapper Futtergrundlage schon vor der Reife geerntet worden sein. Fiel die Ernte der stärkereichen jungen Maiskolben mit den ersten Herbstfrösten zusammen, kam es leicht zur alkoholischen Gärung der frischen Silage. Die Folge der Verfütterung von alkoholhaltigem Mais war eine rasch auftretende Alkoholabhängigkeit der Kühe, was von KÖPP wie folgt beschrieben wird: *„Bald warteten die Kühe auf ihre Alkoholgabe so, wie sie schon von der übermäßigen Schlempefütterung süchtig waren, brüllten, wenn sich ein Trecker dem Stall näherte und zerrten an den Ketten. Alkoholranke Kühe bildeten eine Suchtgemeinschaft mit ihren Melkern.*¹³⁶⁶ Auch dieser Aspekt ist tierschutzwidrig, bedeutete er doch vermeidbares Leiden für die Tiere.

Ein Versuch, ökonomischer zu wirtschaften und mit den vorhandenen (Futter)Mitteln ein Maximum an Milchleistung zu erreichen, war die Anwendung des „Leistungsprinzips“ in den LPG. Um eine „Erhöhung des staatlichen Aufkommens an Milch“ zu fördern, wurde den Genossenschaftsbauern ab einer Leistung von 300 kg Milch je Hektar Nutzfläche, regional auch erst ab 400 kg, eine Futtermittelvergünstigung von 4 kg Futter je 100 kg Milch für ihre eigenen, individuellen Hauswirtschaften versprochen. LPG, die diese Milchleistung erreichten, sollten dann eine Vergünstigung aus staatlichen Futtermittelfonds erhalten.¹³⁶⁷ Dass solche Anreize mancherorts auch zum Schönen der Ergebnisse führten, wird von verschiedenen Zeitzeugen bestätigt.

Ein Faktor, der sich auf die Situation des chronisch vorhandenen Futtermangels nicht zuträglich auswirkte, war die allgemein mangelnde Bereitschaft der Kooperation zwischen Tier- und Pflanzenproduktion. Ein Melkermeister äußert sich auf einer Tagung 1960 dazu folgendermaßen: *„Es liegt doch nur an den Menschen, die mit der Materie umgehen. Es muß erst einmal die gute Zusammenarbeit zwischen der Feldbauwirtschaft und der Viehwirtschaft gesichert sein. Man kann sagen, daß sie in 90% aller LPG nicht gesichert ist. Die Feldwirtschaft arbeitet für sich. Die Viehwirtschaft arbeitet für sich. Das kann kein gutes Verhältnis geben. Die Grundbedingung ist, daß der Feldbaubrigadier und der Vorsitzende genauso viel Interesse an der Milchleistung haben muß wie der Melker.*¹³⁶⁸ Die spannungsgeladene Situation zwischen den landwirtschaftlichen Abteilungen änderte sich im Laufe der Jahre bis zur Wende kaum, wie zahlreiche Quellen und Zeitzeugenaussagen belegen.

Qualitative Mängel

Die Qualitätsmängel an sich waren sicherlich kein DDR-spezifisches Phänomen. In jedem Land der Welt führen ungünstige Witterungsbedingungen in manchen Jahren zu Qualitätseinbußen bei der Ernte des Futters. Zum Problem wurden sie in der DDR vor allem deshalb, weil hier einerseits notwendigen Lagerkapazitäten für die benötigten Mengen an Futter fehlten und andererseits, weil die durch die Industrialisierung gewachsenen Tierkonzentrationen zu einer permanenten Futterknappheit in der gesamten DDR führte. In

¹³⁶⁵ BStU MfS Swn Reg.-Nr. II 135/76, 174/94, Bd. 1, Bl. 99

¹³⁶⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 328

¹³⁶⁷ BArch DK 1/3839, Bl. 102

¹³⁶⁸ BArch DK 1/10320, Bl. 74

Jahren mit ungünstiger Witterung wie extremer und langandauernder Feuchte oder aber Dürre konnten sich extreme Mangelsituationen entwickeln. Diese Umstände zwangen die Betriebe, alles verfügbare Futter zu nutzen, auch wenn dies von schlechter Qualität war.

Die Qualitätsmängel betrafen vor allem das Grundfutter. Gebräuchliche Gegenmaßnahme war der versuchte Ausgleich durch ein Mehr an Konzentratfutter. Eine Kompensation der minderwertigen Basisfuttermittel war aber höchstens kurzzeitig möglich und rächte sich schließlich in einer durch Fruchtbarkeitsstörungen, Eutererkrankungen und chronische Stoffwechsellentgleisungen bedingten verkürzten Nutzungsdauer der Kühe.¹³⁶⁹ Nicht selten kam es vor, dass es zu Stoffwechsellentgleisungen der Milchkühe kam, weil die Ration nicht ausbalanciert war. Der Grund war augenscheinlich ein Überschuss an in bestimmten Gebieten schwerpunktmäßig angebauten Futtermitteln, dem ein Mangel an anderen Futtermitteln entgegenstand. So wurden nicht selten einseitige „Monodiäten“ verfüttert, als Beispiel Rationen aus Rübenblatt, Sonnenblumen oder Mais, wohingegen Grobfutter und ausgleichende Rationsbestandteile, zum Beispiel Mineralfutter, fehlten. Die Folge dieser Mangelernährung waren unter anderem Gebärgparesen und Tetanien. Letztere wurden häufig durch ein plötzliches Umstellen der Rinder auf Weidefütterung provoziert.¹³⁷⁰ Um die jährlich wiederkehrenden Verluste durch Weidetetanie zu minimieren, wurde zeitweise die Zwangstränke von Magnesiumoxid durchgesetzt.¹³⁷¹ Trotzdem kam es vor, dass ganze Herden an Tetanie erkrankten und sogar Tiere verendeten. Dies schien in erster Linie nicht auf Unkenntnis der Ursachen für Tetanie zurückzuführen zu sein, sondern auf Nachlässigkeiten der Tierpfleger. Die Übergangsfütterung wurde in solchen Fällen teilweise gänzlich weggelassen. Außerdem kam es vor, dass die Tiere nicht schrittweise an die Weide gewöhnt wurden, sondern wurden abrupt auf ganztägige Weidehaltung umgestellt. Damit wollte man sich offenbar die Mühe der nächtlichen Aufstallung ersparen.¹³⁷² Mangelzustände entstanden wohl ebenfalls durch Rationen, in denen hauptsächlich nährstoffarmes Heu gefüttert wurde. Dieses stammte von wenig oder einseitig gedüngten Flächen.¹³⁷³ Im Zuge der Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft wurde das Heu immer weiter aus der Rinderfütterung verdrängt. Das Fehlen dieser bei guter Qualität wertvollen Futtergrundlage führte zu tierschutzrelevanten Problemen. Der langfristige und gravierende Mangel an rohfaserreicherem Strukturfutter in den Standardrationen für Milchkühe provozierte Indigestionen, Mastitiden und wenig fruchtbare Kühe. Das Analysieren der Fehler, welche zu kontinuierlich unbefriedigenden Ergebnissen in der Leistungsentwicklung der Milchkuhbestände der DDR führte, war ein langwieriger Prozess. 1987 waren Eutererkrankungen und Fertilitätsstörungen mit nahezu 50% noch immer Hauptursache erkrankungsbedingter Abgänge bei Milchkühen. Erst jetzt entwickelte sich allmählich ein Trend hin zu einer wiederkäuergerechten, rohfaserreichen Ration mit dem Ziel, stabile Leistungen bei längerer Nutzungsdauer der Kühe zu erreichen.¹³⁷⁴

Die Futterlagerung dürfte ebenfalls zu diversen Problemen geführt haben. Schimmelbildung, Fehlgärung, Verschmutzung und Fäulnis waren Folgen unzureichend vorhandener Lagermöglichkeiten. Oft wurden Silos nach Futterentnahme unzureichend abgedeckt. Die mit der Größe der Betriebe wachsenden Dimensionen der Silos verschärften dieses Problem, mit der Anschnittfläche der Silage wuchs auch die Verderbnisanfälligkeit.

¹³⁶⁹ WOLTER, F. und SIERING, W. (1982), MH 37, S. 45

¹³⁷⁰ BArch DK 1/10320, Bl. 47

¹³⁷¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 201

¹³⁷² BStU MfS BV SwN Reg.-Nr. II/352/80, 215/94, Bd. 2, S. 108

¹³⁷³ BArch DK 1/3838, Bl. 41

¹³⁷⁴ KLUG, F., FRANZ, H. und JÄNSCH, G. (1989), Tierzucht 43, S. 419

Bei den Futtergräsern gab es offensichtlich technische Mängel bei der Konservierung. Das Futter wurde Angaben zufolge teilweise zu spät geerntet oder lag zu lange auf dem Feld, die Heißlufttrocknung war mangelhaft. Der Mais wurde aufgrund von Futterengpässen zu früh geerntet, was wie bereits beschrieben zu alkoholischer Gärung führen konnte. Teilweise wurde er aufgrund von Lager- und Koordinationsschwierigkeiten auch zu spät geerntet und mangelhaft siliert, die Qualität solcher Silage war der Tiergesundheit eher abträglich.¹³⁷⁵ KÖPP meint dazu: „Unter uns - und auch bei den meisten Leitern der Tierproduktionsbetriebe - herrscht die durchgängige Ansicht, daß die noch vorhandene Silage mit durchschnittlicher Note 3 noch überbewertet ist und bestenfalls ein mit Erde und ausgedroschenem Gras, totgemähten Tieren wie Rehkitzen und Füchsen, Harnstoff und Milchsäurezusatz samt Öl aus undichten Leitungen verschlissener Traktoren gemischtes Abfallprodukt ist, in dem Butter- und Essigsäure vorherrschen.“¹³⁷⁶ Die nicht betonierten und provisorisch anmutenden Erdsilos, die hier häufig als Lagerstätte genutzt wurden, waren förderlich für den Verderb und wurden zum Teil erst in den achtziger Jahren durch massive Silos ersetzt.¹³⁷⁷

4.1.3.5 Reservefuttermittel

Um den quantitativen Mangel an Futtermitteln zumindest teilweise zu kompensieren, wurden zahlreiche Stoffe als Futtermittel erschlossen. Dabei wurden hauptsächlich Abprodukte der Landwirtschaft und Industrie eingesetzt, die entweder direkt oder nach vorheriger technischer Aufbereitung zur Fütterung verwendet wurden. Viele Versuche, solche Reservefuttermittel zu erschließen, scheiterten. Nicht selten führte der Einsatz solcher Stoffe zur gesundheitlichen Beeinträchtigung der Tiere. Im Folgenden werden die in der Rinderfütterung hauptsächlich eingesetzten Reservefuttermittel und daraus eventuell resultierende tierschutzrelevante Aspekte behandelt.

Strohütterung

Dass durch den Übergang zu einstreuloser Haltung anfallende Stroh wurde im Laufe der Zeit zunehmend als Futtermittel verwendet. Zu Beginn der Industrialisierung erntete man das Stroh gar nicht erst, sondern brachte es in den Boden ein.¹³⁷⁸ Als man im Zuge der Technisierung zunehmend auf Heubereitung verzichtete, sollte die Verfütterung von Stroh als Rohfaserersatz dienen, um Azidosen entgegenzuwirken.¹³⁷⁹ Ebenfalls versprach man sich dadurch die Einsparung von Flächen für den Futteranbau, welche dann für den Anbau von Körnerfrüchten verfügbar sein sollten.¹³⁸⁰ Später entwickelte man technologische Verfahren der Strohpelletierung, in denen das gehäckselte Stroh ammonisiert und mit Futterzusätzen wie Melasse, Zuckerrübenschnitzeln und Konzentratfutter zu proteinreichen Pellets verarbeitet wurde.¹³⁸¹ Damit sollte es zur „Überwindung der permanenten Futterknappheit“¹³⁸² genutzt

¹³⁷⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 328 und S. 339

¹³⁷⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 369

¹³⁷⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 328 und S. 339

¹³⁷⁸ MOTHEs, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 35

¹³⁷⁹ BERGNER, H. (1978), MH 33, S. 844

¹³⁸⁰ BERGNER, H. (1978), MH 33, S. 844 und 846

¹³⁸¹ MOTHEs, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 35

¹³⁸² PIATKOWSKI, B. (2001), Vieles kam anders, S. 151

werden. Um die Herstellung dieser Pellets zu realisieren, wurde von der Partei der Import von den notwendigen technischen Geräten aus dem westlichen Ausland in die Wege geleitet. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die wissenschaftlichen Versuche zur Verdaulichkeit und Energiebereitstellung der ammonisierten Strohpellets noch in den Anfängen weilte. In der SED hatte man von den Versuchen gehört und unterstützte das Vorhaben, noch ehe wissenschaftliche Ergebnisse vorlagen. Die anschließenden Versuche bewiesen, dass die so behandelten Pellets keinerlei Verbesserung der Verdaulichkeit mit sich brachten. Die Partei jedoch zeigte an diesen Ergebnissen keinerlei Interesse mehr. Bernhard PIATKOWSKI, der es während einer zentralen Tagung wagte, eine Anmerkung betreffs des mangelnden positiven Effektes der ammonisierten Strohpellets zu machen, musste sich anschließend vor der Partei dafür rechtfertigen.¹³⁸³ In seinem 2001 erschienenem Werk „Vieles kam anders oder die aufschraubbare Kuh“ zieht er im Hinblick auf die damalige Verfütterung von Strohpellets, strohhaltige Teilfertigfutter, Ganzpflanzenpellets folgendes Resümee: „Sicher wurde der Landwirtschaft auf dieser Weise in den Futtermangeljahren geholfen, doch auch Rumpelstilzchen hatte schon Probleme, aus Stroh Gold zu machen.“¹³⁸⁴

In den siebziger Jahren kam ein weiteres Problem bei der Strohgewinnung und -verfütterung hinzu, welches auch für den Menschen gefährlich wurde. In der DDR wurde großzügig mit Chemikalien gearbeitet, um aus den teilweise ausgelaugten Böden weiterhin befriedigende Erträge zu erhalten. Schädlingsbekämpfungsmittel kamen massenhaft zum Einsatz, Überdüngung und der Einsatz von Pestiziden waren Normalität.

Das mit Kunstdünger übermäßig behandelte Getreide zeichnete sich durch überschießendes Halmwachstum aus, wogegen man wiederum Halmverkürzer einsetzte, damit die Einbußen durch Halmbruch minimiert werden sollten. Das sogenannte „CCC-Stroh“¹³⁸⁵ entstand. Nicht lange nach der Einführung solcher Behandlungsmethoden wurde dann vor der Verfütterung von solchem Stroh an Milchkühe gewarnt. Man hatte erkannt, dass es karzinogen auf unreifes Gewebe wirkte, beispielsweise auf Bronchialepithel von Säuglingen. Problematisch war nun, dass dieses Stroh auch als Einstreu nicht mehr verwendet werden konnte, da die Kühe ihre Matratze bei dem häufig vorhandenem Raufuttermangel in den Rationen regelmäßig auffraßen. In den betroffenen Betrieben herrschte teilweise jahrelanger Mangel an Stroh.¹³⁸⁶

Fütterung von Rübenblatt und Futterzuckerrüben

Ein weiteres, häufig in der DDR verwendetes Futtermittel, weil preiswert zu bekommen als Abprodukt der Zuckerindustrie, war Zuckerrübenblatt. Dieses konnte siliert oder frisch verfüttert werden. Frische Zuckerrübenblätter wurden über einen Zeitraum von 4 bis 6 Wochen verfüttert. Dabei kam es offensichtlich häufig zu Indigestionen und Leistungsdepressionen der Milchkühe. Als Ursachen dafür wurden eine plötzliche Umstellung auf Rübenblattfütterung, die übermäßige und teilweise ausschließliche Fütterung von Zuckerrüben und die zum Teil hochgradige Verschmutzung der Rübenblätter genannt, vor allem in gehäckselter oder anderweitig zerkleinerter Form durch technische Mängel. Durch diese Verschmutzung soll es zur verminderten Akzeptanz seitens der Tiere, zu mechanischen Reizungen des Digestionstraktes und zur Ansammlung unverdaulicher Partikel gekommen sein, die schlussendlich in größeren Mengen zu Ulcera und Labmagenverlagerungen führen

¹³⁸³ PIATKOWSKI, B. (2001), Vieles kam anders, S. 151-152

¹³⁸⁴ PIATKOWSKI, B. (2001), Vieles kam anders, S. 153

¹³⁸⁵ CCC= Chlorcholinchlorid

¹³⁸⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 259

konnten.¹³⁸⁷ Vermeidbare Leiden in Form von Pansenazidosen, die in einzelnen Fällen auch zum Verenden führten, entstanden, wenn Zuckerrüben anstatt als Ersatzfuttermittel in größeren Mengen gefüttert wurden, beispielsweise wenn ein Mangel an Grundfutter bestand.¹³⁸⁸ Silierte Zuckerrübenköpfe wurden vor allem im Herbst und Winter gefüttert und führten oft zu Schlundverstopfungen, da sie nicht gekaut, sondern meist im Ganzen geschluckt wurden. Nicht immer wurden diese fachgerecht tierärztlich behandelt. KÖPP berichtet: „Manche Kuh habe ich auf dem Notschlachthof gesehen, die durch Laienhand entweder eine perforierte Speiseröhre bekommen hatte, oder Starkstromkabel, Peitschenstiel oder ähnliches im Pansen trug, weil man versucht hatte, das Übel ohne tierärztliche Hilfe zu beseitigen.“¹³⁸⁹ Auch dieses Vorgehen ist als tierschutzwidrig zu bewerten.

Verfütterung von Abfallstoffen

Für das Getreide wurden im Zuge des Anlagenbaus zunehmend Hochsilos als Lager gebaut. In den siebziger und achtziger Jahren waren diese bereits von weiten sichtbaren Bauten ein typisches Bild und Indikator für das Vorhandensein eines landwirtschaftlichen Großbetriebes. Beim Einlagern und Umlagern des Getreides in diesen Lagerräumen entstand durch Anrieb Getreidestaub, welcher „Atomstaub“ genannt wurde. Dieses Abprodukt wurde Betrieben mit schlechter Futtergrundlage auf deren Antrag hin als Reservefuttermittel zur Verfügung gestellt. Stoffwechselentgleisungen durch Azidose waren die Folge der Verfütterung dieses Abfallstoffes. Ähnliche Wirkung zeigte die als Wiederkäuerfutter ungeeignete saure Schlempe, die bei der Bier- und Schnapsherstellung anfiel und laut Zeitzeugenangaben in manchen Betrieben an Kühe verfüttert wurde. Sie führte, im Übermaß und über längeren Zeitraum substituiert, nicht nur zur Azidose, sondern aufgrund des Ethanolgehaltes auch zur Alkoholabhängigkeit von Kühen.¹³⁹⁰ In manchen Betrieben wurden offenbar bis zu 40 Liter Schlempe pro Kuh und Tag verfüttert. Fehlte hier noch das nötige Raufutter als Puffersubstanz, waren Leistungseinbrüche und Abgänge durch akute und chronische Azidosen vorprogrammiert.¹³⁹¹

Fütterung von Schilf

Regional wurde teilweise Schilf als Reservefuttermittel eingesetzt, was ebenfalls zu tierschutzrelevanten Schädigungen von Rindern führen konnte. Durch den in Schilfgras, Schilffresten und Schilf-Stroh-Gemisch vorkommenden erhöhten Kieselsäuregehalt kam es zur mechanischen Verletzung des Pansens. Diese wiederum bedingte eine erhöhte Resorption von Nitrat und Nitrit, welche die Rinder über das Tränkwasser aufnahmen.¹³⁹² Aufgrund dessen wurden chronische Nitrat- und Nitritvergiftungen provoziert, die zu hochgradigen Leiden und Schmerzen sowie Todesfällen führen konnten.

¹³⁸⁷ ROSSOW, N. und CZARNETZKI, G. (1965), MH 20, S. 1965

¹³⁸⁸ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 1a, 4

¹³⁸⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 329

¹³⁹⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 250 und S. 328, 369

¹³⁹¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 392

¹³⁹² BArch DK 1/10886, o.Bl., Schreiben des Tierarztes Dr. LIEBENOW vom 4.6.64 an Institut für Tierzucht

Intoxikationen

Die Ursachen der Intoxikationen waren vielfältig und variierten zeitabhängig. Während der Kollektivierungsphase wurde häufig ungeeignetes Futter eingesetzt. Als wichtigste Ursache für Vergiftungen werden in einem Schreiben des Haupttierarztes HUNDT (Bezirk Rostock) an den Landwirtschaftsrat der DDR Futtermittel genannt.¹³⁹³ Die meisten Intoxikationen zwischen 1964 und 1965 traten demnach durch Nachhüten des Viehs auf Maisschlägen mit hohem Kolbenanteil auf. Weitere Bestände wurden mit verschmutzten Zuckerrüben gefüttert. Da zu dieser Zeit jede verfügbare Futterquelle erschlossen werden musste, kam es unter anderem zu Schadensfällen durch zu langes Hüten der Tiere auf Böden mit junger, stickstoffbildender Zwischenfrucht. Vermutlich ebenfalls um jede Ressource zu nutzen, wurden teilweise Tiere auf Sonnenblumenfelder getrieben, welche sich im Beginn der Blüte befand, was laut HUNDT ebenfalls zu Intoxikationen führte.¹³⁹⁴ Mit der Etablierung industriemäßiger Produktionsverfahren in der Rinderhaltung verlagerten sich die Probleme bei der Fütterung und damit auch die vorrangigen Gründe für Vergiftungen. Das Hauptproblem in den neu geschaffenen Anlagen für Milchvieh war, eine kontinuierliche, maximal mögliche Umwandlung von Futterenergie in Milch mit den vorhandenen Mitteln zu erreichen. Dazu mussten dem Digestionstrakt der Wiederkäuer angepasst sowohl cellulosereiches Grundfutter als auch eiweißreiche Futtermittel zur Steigerung der Milchleistung zugeführt und diese in der Ration optimal kombiniert werden. In vielen Betrieben gelang dies wie es scheint schon allein deshalb nicht, da die Herde mit zu viel Kraftfutter gefüttert wurde beziehungsweise der Kraftfutteranteil in der Ration nicht bedarfsgerecht an das spezifische Laktationsstadium angepasst wurde.¹³⁹⁵ Eine Ursache für solche imbalancierten Rationen waren höchstwahrscheinlich die niedrigen Preise von importiertem Soja- und Erdnussextraktionsschrot, der im Vergleich zu Getreide preisgünstig zu beschaffen war. In einigen gültigen Rezepturen kamen dann Mischrationen zum Einsatz, die 45% dieser Importextraktionsschrote enthielten. Diese wurden in dieser Zusammensetzung in hohen Mengen gefüttert, so dass der Proteinbedarf der Milchkuh weit über den Bedarf gedeckt wurde. In Betrieben, welche auf dieser Grundlage fütterten, waren dann Stoffwechselerkrankungen wie Ketosen und ihre Folgeerscheinungen an der Tagesordnung.¹³⁹⁶ Die Ketosen, die durch übermäßige Zufuhr leicht fermentierbarer Kohlenhydrate entstanden, wurden durch hohe Gaben von Kraftfutter begünstigt. Häufig war auch eine mit Mängeln behaftete Technik bei der Futterverteilung ursächlich mitbeteiligt. Ketosen machten laut westdeutscher Literatur in den Jahren 1973-1976 rund ein Viertel der durch übermäßige Zufuhr von Stoffen bedingten Ernährungsschäden bei Rindern in der DDR aus.¹³⁹⁷ Als zweithäufigste Ursache von Intoxikationen galt die Inkorporation von Chemikalien.¹³⁹⁸ Besondere Relevanz hatten hierbei Pflanzenschutzmittel wie Inkrustierungsstoffe (vorrangig Lindan), Herbizide und bestimmte Dünger. Insektizide führten ebenfalls zu Schäden am Tier. Was scheinbar relativ häufig aufgrund von Fahrlässigkeit vorkam, war die Inkorporation von Kunstdünger, speziell Kalidünger. Vermeidbare Verluste sollen häufig auch durch den Transport von Tieren in Fahrzeugen entstanden sein, wenn auf diesen vorher Dünger transportiert worden war und eine gründliche

¹³⁹³ BArch DK 1/10886, o.Bl., Meldung des Haupttierarztes Dr. HUNDT an Landwirtschaftsrat der DDR, Abt. Veterinärwesen – Verluste durch Vergiftung im Bezirk Rostock 1964-1965)

¹³⁹⁴ BArch DK 1/10886, o.Bl., Meldung des Haupttierarztes Dr. HUNDT an Landwirtschaftsrat der DDR, Abt. Veterinärwesen – Verluste durch Vergiftung im Bezirk Rostock 1964-1965)

¹³⁹⁵ PIATKOWSKI, B. (1968), MH 24, S. 121-122

¹³⁹⁶ PIATKOWSKI, B. (1968), MH 24, S. 123

¹³⁹⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 169-170

¹³⁹⁸ POLZENHAGEN, M. (1978), MH 33, S. 843

Reinigung der Fahrzeuge nicht stattfand.¹³⁹⁹ Diese stammten angeblich aus dem Futter, aber auch aus der Umwelt, wo sie als Abfallstoffe der chemischen oder metallverarbeitenden Industrie anfielen. Für die Anreicherung solcher Umweltgifte wie Quecksilber, Kadmium, Blei und anderer Stoffe wurden defekte oder wenig effektive Filtersysteme beziehungsweise Kläranlagen verantwortlich gemacht. Auf diesem Wege gelangten sie in Futter und Tränkwasser und konnten, vor allem bei länger andauernder Aufnahme, zu Intoxikationen führen. Da Schadstoffe so letztlich auch in Lebensmitteln tierischer Herkunft vorkamen, wurde diskutiert, ob man den Bau von Tierproduktionsanlagen in der Nähe von Industriekomplexen einschränken oder gar verbieten sollte.¹⁴⁰⁰

Tabelle 6: Vergiftungsursachen für Rinder in der DDR (Angaben in % der erfassten Schadensfälle)¹⁴⁰¹

| Art des Giftstoffes | Rind | Schwein |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|------|---------|
| Toxische Pflanzeninhaltsstoffe | 32 | 36 |
| Chemikalien in Futtermitteln inkl. Zusatzstoffe und Emissionen (z. B. NaCl, Harnstoff, Blei) | 20 | 42 |
| Akute Überfütterung mit leicht verdaulichen Kohlenhydraten (Wiederkäuer) | 25 | - |
| Insektizide, Pestizide, Futterschäden (Mykotoxine, Protein- und Fettabbauprodukte) | 11 | 12 |
| Mineraldünger | 3 | 2 |
| Baumaterial, Bauhilfsstoffe, Farben | 4 | 1 |
| Desinfektionsmittel | 1 | 2 |

Laut Arnulf BURCKHARDT waren Intoxikationen eine der häufigsten Ursachen für Tierverluste in der DDR: „*Tierverluste durch unsachgemäße Lagerung und Umgang mit toxisch wirkenden Substanzen bzw. durch mangelnde Sicherheitsmaßnahmen und Verletzung von Informations- und anderen Pflichten bei der Anwendung solcher Substanzen stehen in der Reihenfolge der Ursachen für Tierverluste mit an vorderster Stelle.*“¹⁴⁰² Dabei führt der Jurist diese Vorkommnisse auf mangelhafte Kenntnisse und fehlende Konsequenz beim sachgemäßen Umgang mit gefährlichen Stoffen zurück. Weiterhin sollen Mängel der

¹³⁹⁹ BArch DK 1/10886, o.Bl., Meldung des Haupttierarztes Dr. HUNDT an Landwirtschaftsrat der DDR (1964 bis 1965, Bezirk Rostock)

¹⁴⁰⁰ POLZHENHAGEN, M. (1978), MH 33, S. 843

¹⁴⁰¹ Autorenkollektiv (1980), in: BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 169, aus: MH 33 (Heft 4, 1978), S. 122

¹⁴⁰² BURCKHARDT, A. (1973), MH 28, Sonderdruck, S. 674

Leitungstätigkeit, beispielsweise die Duldung des fehlerhaften Umgangs mit toxischen Substanzen vorgekommen sein. Nicht zuletzt seien Tierverluste durch Vergiftungen offenbar „auf ein leichtfertiges, in der mangelnden Einstellung zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum begründetem Verhalten“ zurückzuführen gewesen.¹⁴⁰³

Fütterung von Harnstoff

Nachdem man erforscht hatte, dass Wiederkäuer stickstoffhaltige Verbindungen in Eiweiße umwandeln können, wollte man sich diese Fähigkeit zunutze machen, um die Milchproduktion und den Fleischansatz durch die Zufütterung synthetischer Stickstoffverbindungen zu erhöhen. Kostengünstig und einfach herzustellen war hier in erster Linie Harnstoff, der nun durch die Bindung an Trägersubstanzen zur Herstellung eines Amidmischfutters verwendet wurde. Die dazu verwendeten Amidschnitzeln wurden aus 15% Harnstoff, 25% Melasse und 60% Schnitzeln hergestellt. Die gebräuchliche Zusammensetzung des Amidmischfutters bestand aus 40% Amidschnitzeln und 60% Extraktionsschroten. Das so produzierte proteinreiche Mischfutter sollte als Zufutter zu eiweißarmen Grundfutter genutzt werden. Was nach Vorgaben der Experten bei der Fütterung solcher Futtermischungen unbedingt zu beachten war, um Fütterungsschäden zu vermeiden, war ein maximaler Wassergehalt von 12%, ein maximaler Amidstickstoffgehalt von 0,040%, ein pH-Maximum von 6 und ein Harnstoffgehalt von höchstens 6%. Dazu war eine trockene Lagerung des Futters essentiell. Probleme machte vor allem ein höherer Wassergehalt, da der Harnstoff hier schneller und in größeren Mengen zu toxisch wirkenden Amidstickstoff metabolisiert wurde.¹⁴⁰⁴ Ein weiterer Gefahrenpunkt war die Zumischung von Sojaextraktionsschrot. Durch ungenügende Erhitzung desselben entstand Urease, welche die Metabolisierung des vorhandenen Harnstoffes beschleunigte. Die Empfehlung lautete daher, kein Sojaextraktionsschrot bei der Herstellung von Eiweißmischfutter mit Harnstoff zu verwenden. Die Höchstmenge der verfütterten Amidmischung sollte 2,5 kg pro Tier und Tag nicht überschreiten, was 150 g Harnstoff entsprach.¹⁴⁰⁵ Diese Vorgaben wurden nicht immer konsequent beachtet. In Fällen der Überschreitung dieser Maximalmengen kam es zu Vergiftungserscheinungen, die sich klinisch in Tachypnoe, Muskelzittern, Krampfanfällen und Lähmungserscheinungen der Tiere äußerten. Die meisten Tiere verendeten nach Schilderungen eines Tierarztes in den Monatsheften perakut beziehungsweise konnten noch der Notschlachtung zugeführt werden. In den wenigsten Fällen konnten die Tiere genesen.¹⁴⁰⁶ Den meisten durch amidhaltige Futtermittel verursachten Schadensfällen lag offensichtlich ein zu hoher Feuchtigkeitsgehalt oder die Überschreitung der Maximalwerte für Harnstoff zugrunde, häufig traf auch beides zu. 1960 wurde ein neues Amidmischfutter auf den Markt gebracht, welches wider der vorgenannten Empfehlungen Sojaextraktionsschrot enthielt. Durch dieses soll es in vielen landwirtschaftlichen Betrieben der DDR zu schweren Ammoniak-Intoxikationen und daraus folgenden Verendungen durch Ersticken gekommen sein. Aus der Praxis wurde in den Monatsheften für Veterinärmedizin folgendes Szenario berichtet: „Die Erscheinungen traten innerhalb kurzer Zeit nach dem Füttern, vielfach innerhalb 10-15 Min., ein. In einem Fall waren von 30 Tieren, die das Futter erhalten hatten, 5 innerhalb 30 Min. verendet. Im Laufe der Zeit mußten auf Weisung des Tierarztes 15 andere

¹⁴⁰³ BURCKHARDT, A. (1973), MH 28, Sonderdruck, S. 674

¹⁴⁰⁴ NEHRING, K. (1961), MH 16, S. 409

¹⁴⁰⁵ Da die Pansenbakterien nur ein gewisses Maß an Harnstoff metabolisieren können, kommt es bei Sättigung und darüber hinaus gehende Zufuhr zur Entstehung von Ammoniak, welcher über die Blutbahn in das zentrale Nervensystem gelangt und hier zu Ausfallerscheinungen führt.

¹⁴⁰⁶ NEHRING, K. (1961), MH 16, S. 410

*Tiere notgeschlachtet werden. In anderen Fällen erholten sich die Tiere allmählich. (...) Erschwerend für den Umfang der Erkrankungen kam hinzu, daß vielfach eine plötzliche Umstellung auf das Harnstoffmischfutter erfolgt war, ohne daß die notwendige allmähliche Gewöhnung an das Futter durchgeführt wurde.*¹⁴⁰⁷ Außer der durch die Sojabeimischung aktivierten Urease war in vielen der aufgetretenen Schäden ein zu hoher Harnstoffgehalt im Futtermittel untersucht worden.¹⁴⁰⁸ Bei den Vergiftungsursachen landwirtschaftlicher Nutztiere nahmen Intoxikationen mit Harnstoffderivaten eine Vorreiterrolle ein.¹⁴⁰⁹ Das MfS sah die Ursache für die Zunahme von Verendungen aufgrund Intoxikationen Anfang der sechziger Jahre „in der mangelnden Qualifikation der Viehpfleger bzw. der ungenügenden Anleitung in Bezug auf die Verwendung von Eiweiß- und Harnstofffutter“, womit in erster Linie fehlende Herstellerangaben gemeint waren.¹⁴¹⁰ Die Fehler wurden auch in diesem Punkt ausschließlich in den Betrieben gesucht, wobei diese sicherlich durch die rigiden Planvorgaben der Staatsführung erst veranlasst wurden. Die Forderung nach immer höheren Leistungen bei begrenzter Verfügung von Ressourcen und das Fehlen von Erfahrungswerten führten zum teilweise unkritischen und unvorsichtigen Einsatz neuer Zusatzstoffe und Futtermittel. Einer der Gründe, warum sich die Verfütterung von Harnstoff nicht bewährte, war wohl das Fehlen entsprechender Dosiergeräte, welche eine mechanisierte und kontrollierte Substitution des Harnstoffes ermöglicht hätten.¹⁴¹¹ Alle geschilderten Situationen besitzen eine Tierschutzrelevanz. Es wird deutlich, dass das Bestreben, „möglichst viel möglichst billig“ zu produzieren, im Vordergrund stand. Erst als wirtschaftliche Einbußen durch zu hohe Tierverluste unvermeidbare Dimensionen annahmen, wurde man von Seiten der Politik hellhörig und brach diese Art der „Versuche“ ab.

Fertilitätsstörungen als Folge mangelhafter Fütterung – ein Tierschutzproblem

Die in vielen Anlagen auftretenden Fertilitätsprobleme der Herden (Zysten, stille Brunst, Endometritiden, Puerperalstörungen, ovarielle Dyfunktion, verlängerte Zwischenkalbezeit) waren hauptsächlich auf die nicht bedarfsgerechte Fütterung zurückzuführen. Die größeren Milchviehanlagen hatten zum Teil erhebliche Schwierigkeiten, ausreichend Futter mit entsprechender Qualität für ihre Tiere zu beschaffen. Deshalb war es trotz mancher Bemühungen nicht möglich, auf einseitige Rationen, häufige und abrupte Futterumstellungen zu verzichten.¹⁴¹² Fertilitätsstörungen waren die Hauptursache für eine begrenzte Nutzungsdauer der Kühe. Dies betraf nicht nur ältere Tiere, auch im Färsenbereich gab es bereits unbefriedigende Ergebnisse, die Fruchtbarkeit betreffend. 1980 wurden rund 15% aller erstbesamten Kühe in der DDR nicht tragend.¹⁴¹³

Ein Problem unter Gesichtspunkten des Tierschutzes war auch der aus oben genannten Gründen weitestgehende Verzicht auf Heu in der Ration der Rinder. Hier wurden grundlegende physiologische Vorgänge des Wiederkäuers zugunsten der Arbeits- und Betriebsökonomie nur ungenügend beachtet. In den Pilotanlagen, wo ausreichend Futter zur Verfügung stand, wurde dies als erstes deutlich. Hier stellten die Wissenschaftler fest, dass die Akzeptanz der Futtermischungen, bestehend aus Silage, heißluftgetrockneten Grünfütterpellets und Konzentratfutter, trotz in diesem Falle guter Qualität völlig

¹⁴⁰⁷ NEHRING, K. (1961), MH 16, S. 411

¹⁴⁰⁸ NEHRING, K. (1961), MH 16, S. 411

¹⁴⁰⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 168

¹⁴¹⁰ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 3

¹⁴¹¹ LAB C Rep. 635 Nr. 134 Band I, Bl. 18

¹⁴¹² ABSHAGEN, H. und BEDUHN, M. (1970), MH 25, S. 491

¹⁴¹³ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 42

unzureichend war. PIATKOWSKI,¹⁴¹⁴ einer der führenden DDR-Experten der Tierernährung, beschreibt folgendes Szenario: „*Wir standen z. B. im Stall der zweitausend Kühe, die Krippen voll, doch sie fraßen schlecht und die Milchleistung sank. (...) Da kam die Idee, den Kühen einige Bunde Heu per Hand vorzulegen. Ihre Reaktion war heftig, um an das Heu zu gelangen.*“¹⁴¹⁵ Die alleinige Fütterung von pelletiertem und gehäckseltem Futter hatte in diesem Beispiel dazu geführt, dass die für die Pansenfermentation notwendigen Mengen an Speichel, die beim Wiederkauen von strukturreichen Futter entstanden, nicht vorhanden gewesen waren. Leistungsdepression und Abmagerung sowie chronische Stoffwechselentgleisungen als Herdenproblematik waren die Folge dieser strukturarmen Monodiäten. Bis sich diese Erkenntnis in allen Betrieben der DDR verbreitet hatte und wieder vermehrt Heu gefüttert wurde, mussten einige Jahre vergehen.¹⁴¹⁶

In grünlandreichen Gebieten war im Winter häufig nur Grassilage verfügbar. Dadurch kam es zu einem relativen Proteinmangel, der sich vor allem bei Kühen mit höherer Milchleistung negativ auswirkte. Leberschäden, Ketosen und Festliegen waren die Folgen dieser offensichtlich relativ einseitigen Fütterung. Um diese regionalen Engpässe und die daraus resultierenden Probleme zu beseitigen, versuchte man, ab den achtziger Jahren verstärkt Mais anzubauen. Man hatte festgestellt, dass über die Verfütterung von Mais Getreide als Energielieferant eingespart werden konnte. Das war ökonomisch durchaus relevant, da Anfang der achtziger Jahre noch immer mehr als ein Drittel des benötigten Futtergetreides importiert werden musste. Außerdem hatte man erkannt, dass Mais als guter Energie- und Proteinlieferant Defizite einer einseitigen Fütterung mit siliertem Gras ausgleichen konnte.¹⁴¹⁷

4.1.3.6 Weitere tierschutzrelevante Probleme im Zusammenhang mit der Fütterung

Verkürzung der Zwischenkalbezeit

In den späten 70er Jahren liefen die Bestrebungen in der Landwirtschaft nicht mehr da hinaus, die Betriebe und Viehbestände weiter zu vergrößern. Stattdessen sollten die bestehenden Betriebe eine stabile Rentabilität entwickeln, indem mit den vorhandenen technischen Mitteln und dem verfügbaren Vieh das Maximale an Lebensmitteln tierischer Herkunft produziert werden sollte. Die dahinter stehende Idee war, mittels wissenschaftlicher Erkenntnisse und mit geeigneten Technologien eine Erhöhung der Effizienz zu erlangen, also bei konstantem Viehbestand und Futtermittelvorrat die größtmögliche Steigerung tierischer Leistung zu erreichen. Leistungssteigerung wurde in diesem Sinne als Äquivalent der Futtermittelveredelung betrachtet, relativ preiswerte Ressourcen sollten also in möglichst großem Umfang zu hochwertigen Nahrungsmitteln wie Fleisch und Milchprodukten umgewandelt werden.¹⁴¹⁸ Im Bereich der Rinderproduktion wurde bei der Umsetzung genannter Zielstellungen in die Praxis besonderes Augenmerk auf eine Erhöhung des Fleischaufkommens bei gleichbleibenden Tierkapazitäten gelegt. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, sah man in der Verkürzung der Zwischenkalbezeit.¹⁴¹⁹ Diese wurde als wichtigster Parameter zur Beurteilung der

¹⁴¹⁴ Prof. Bernhard PIATKOWSKI, bis 1991 Leiter einer Forschungsabteilung am Institut für Tierzuchtforschung in Dummerstorf. Schwerpunkt seiner Forschungsarbeiten war die Tierernährung.

Aus: PIATKOWSKI, B. (2001), Vieles kam anders, Einband Rückseite

¹⁴¹⁵ PIATKOWSKI, B. (2001), Vieles kam anders, S. 149

¹⁴¹⁶ PIATKOWSKI, B. (2001), Vieles kam anders, S. 148-150

¹⁴¹⁷ WOHLJAHN, E. (1984), MH 39, S. 13

¹⁴¹⁸ BARTZ, T. (1977), Optimierung der Zwischenkalbezeit, S. 5

¹⁴¹⁹ Zwischenkalbezeit (ZKZ): Zeit zwischen zwei Abkalbungen

Fertilitätsleistung eines Bestandes eingesetzt.¹⁴²⁰ Die Meinungen der Fachleute hinsichtlich des optimalen Besamungszeitpunktes post partum divergierten ebenso wie die Sichtweise auf die zeitlichen Abläufe und den Abschluss der Uterusinvolution und das Auftreten der ersten Brunst nach der Kalbung.¹⁴²¹ Einig war man sich scheinbar aber in dem Punkt, dass man eine ZKZ anstreben müsse, die eine maximale Kälberproduktion bei gleichzeitig optimaler Milchleistung gewährleisten kann. Diese sollte laut Experten aus ökonomischen Gründen maximal bei 365 Tagen und bei wenigstens 310 Tagen aus physiologischen Gründen liegen, kürzere Intervalle würden sich laut Forschungsergebnissen negativ auf den Laktationsverlauf auswirken. Als Optimalbereich der ZKZ galt ein Zeitraum von 310 bis 349 Tagen bei einer Rastzeit von 30-45 Tagen.¹⁴²² Ein Grund, warum das ökonomische Optimum häufig nicht erreicht wurde, war wahrscheinlich die zu späte Integration der Färsen in den Reproduktionsprozess. Dies war wohl unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Jungtiere unter mangelhaften Bedingungen aufgewachsen waren und somit die Zuchtreife später erreichten.¹⁴²³ Es war kein unbekanntes Phänomen, dass optimale Umweltbedingungen und eine bedarfsgerechte Fütterung die wichtigsten Voraussetzungen darstellten, um die durchschnittliche ZKZ eines Betriebes dauerhaft auf den geforderten Optimalbereich zu senken.¹⁴²⁴ Dass Mängel bei der Aufzucht so gravierend waren, dass Färsen später als physiologisch zuchtreif wurden, ist durchaus ein Aspekt, der sowohl dem ökonomischen als auch dem ethischen Tierschutz entgegen stand.

Fütterung in industriemäßigen Anlagen mit Gruppenhaltung

Das Problem, die vorhandenen Viehbestände leistungsgerecht mit Futter zu versorgen, bestand sowohl in konventionell als auch in industriell produzierenden Anlagen. Effektivitätsverluste waren vor allem in industriemäßigen Anlagen zu verzeichnen, was hauptsächlich daran lag, dass die individuellen Bedürfnisse des Einzeltieres hier nicht in ursprünglichem Maße beachtet werden konnten. In industriemäßigen Milchviehanlagen der DDR hatten sich vielerorts die Gruppenhaltung und die dementsprechend durchgeführte Gruppenfütterung durchgesetzt. Die Gruppen innerhalb einer Anlage wurden vor allem nach Fruchtbarkeitsstatus, also nach jeweiligem Trächtigkeits- oder Laktationsstadium rekrutiert.¹⁴²⁵ Die Rationsgestaltung basierte auf dem durchschnittlichen Bedarf der jeweiligen Gruppe, wobei individuelle Besonderheiten einzelner Kühe nicht beziehungsweise nur ungenügend mit einbezogen werden konnten. Die so teilweise nicht bedarfsgerecht ernährten Kühe reagierten darauf mit einer stagnierenden Leistung in der Hochlaktation, verminderten Milchinhaltsstoffen und zur Chronizität neigenden Stoffwechsellibalancen. Die 'technologische Durchschnittsbehandlung' der Tiere in industriemäßig produzierenden Milchviehanlagen führte zu einer Benachteiligung von Tieren mit hoher Leistung und zu einer Fütterung von Tieren mit schwächerer Leistung über den Bedarf hinaus.¹⁴²⁶ Durch die nicht ausreichende Anpassung des Futterangebots an den spezifischen Bedarf der Hochleistungstiere wurde hingegen ein verstärkter Metabolismus der vorhandenen Energiereserven provoziert, in dessen Folge dann die Leistung der Folgelaktation häufig

¹⁴²⁰ BARTZ, T. (1977), Optimierung der Zwischenkalbezeit, S. 47

¹⁴²¹ BARTZ, T. (1977), Optimierung der Zwischenkalbezeit, S. 9-10

¹⁴²² BARTZ, T. (1977), Optimierung der Zwischenkalbezeit, S. 47

¹⁴²³ BARTZ, T. (1977), Optimierung der Zwischenkalbezeit, S. 6

¹⁴²⁴ BARTZ, T. (1977), Optimierung der Zwischenkalbezeit, S. 53

¹⁴²⁵ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier-Freßplatzverhältnis 3:1, S. 1-3

¹⁴²⁶ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier Freßplatzverhältnis 3:1, S. 4

deutlich absank.¹⁴²⁷ Problematisch war offenbar schon allein die Gruppenzusammenstellung an sich unter praktischen Bedingungen. Die Milchviehanlagen verfügten im Allgemeinen über einen sogenannten Reproduktionsstall. In diesem Abteil wurden in erster Linie hochträchtige Tiere kurz vor der Abkalbung sowie Tiere nach der Kalbung aufgestellt. 6 bis 14 Tage post partum wurden die Tiere wieder zurück in den Produktionsstall verbracht. Hier kamen sie in eine Gruppe der Frischlaktierenden, in der sie bis zum Ende der Rastzeit verblieben. Erst 48 Tage nach erfolgreicher Wiederbelegung erfolgte in der Regel eine Neugruppierung. Die Zuordnung in diese Gruppe erfolgte einzig nach dem Parameter des Abkalbetermins. Die für die Rationsgestaltung mindestens ebenso wichtigen Kriterien wie die Anzahl vorhergegangener Laktationen, individuelle Leistung und Lebendmasse der Kuh wurden bei der Eingruppierung angeblich häufig nicht beachtet.¹⁴²⁸ Man versuchte, durch Erhöhung der Gruppenanzahl und über eine differente Fütterung der Gruppen die individuellen Unterschiede so weit als möglich auszugleichen. In vielen Fällen gelang dies allerdings nicht, wodurch es zur häufigen Über- oder Unterversorgung vor allem mit Kraftfutter kam, was in der Folge zu unerwünschter Lebendmassezunahme beziehungsweise zum Gewichtsverlust mit daraus resultierender Leistungsdepression führte. Hierdurch erfuhren die Differenzen im Bereich Körpermasse eine weitere Erhöhung, so dass die bedarfsgerechte Versorgung in der Gruppe noch weiter erschwert wurde.¹⁴²⁹ In manchen Milchviehanlagen war es Gang und Gäbe, während des Melkens zusätzliches Kraftfutter zu füttern, um die Kühe zu beruhigen. Diese „*willkürliche Fütterung ohne Plan*“ führte zu weiteren vermeidbaren Schwankungen bei der Versorgung.¹⁴³⁰ Die Eingruppierung der Tiere nach Fruchtbarkeitsstatus bei unbekanntem Gewicht der Einzeltiere war somit augenscheinlich eine der Hauptursachen für nicht bedarfsgerechte Versorgung des Einzeltieres und eine daraus folgende Leistungsstagnation. Weniger problematisch war wohl die seltener gebräuchliche Einteilung der Tiere nach Leistungsniveau, da die Rinder trotz unterschiedlicher Körpermasse einen ähnlichen Energiebedarf aufwiesen. Ein weiterer komplizierender Faktor der Gruppenhaltung waren die aus Kosten- und Platzgründen entstandenen begrenzten Kapazitäten, durch die die Mehrzahl der Milchviehanlagen mit Gruppenhaltung mit einem Tier-Fressplatz-Verhältnis von 3:1 ausgestattet waren. Durch die aus diesem Konzept folgend nötige Umtriebsfütterung standen den jeweiligen Gruppen nur begrenzte Zeiten für die Futteraufnahme zur Verfügung. Kam es jetzt durch Stauungsvorgänge beim Melken zu zeitlichen Verschiebungen, war es möglich, dass Kühe nur unzureichend Zeit hatten, in Ruhe ausreichend Futter aufzunehmen.¹⁴³¹ Die eigentliche Zielstellung der Intensivierung der Milchviehanlagen sollte die Steigerung der Effektivität sein. Diese wurde in vielen Fällen nicht in gewünschtem Maße erreicht, da durch die hohen Tierkonzentrationen und die dadurch schwindende Bedeutung des Einzeltieres eine für Leistungssteigerung essentielle individuelle Versorgung des Einzeltieres in den Hintergrund geriet. Unter Tierschutzgesichtspunkten sind diese Aspekte als kritisch zu bewerten, da hier die Umwelt und die Futterrationen dem Anschein nach aus Kostengründen zu Ungunsten des Tieres gestaltet wurden. Aspekte der Artgerechtigkeit wurden vernachlässigt. Die Adaptationsfähigkeit der Rinder wurde oft so weit ausgereizt, bis relevante Leistungseinbußen zu verzeichnen waren.

¹⁴²⁷ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier-Freßplatzverhältnis 3:1, S. 5

¹⁴²⁸ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier-Freßplatzverhältnis 3:1, S. 32

¹⁴²⁹ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier-Freßplatzverhältnis 3:1, S. 43-44

¹⁴³⁰ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier-Freßplatzverhältnis 3:1, S. 49

¹⁴³¹ SCHUBERT, S. (1983), Technologische Untersuchungen zum Tier-Freßplatzverhältnis 3:1, S. 18-19

Fallbeispiel Nr. 1: Mögliche tierschutzrelevante Folgen des Einsatzes von Reservefuttermitteln¹⁴³²

Vorliegender MfS-Bericht demonstriert zum einen die schwierige Kooperation zwischen LPG (T) und LPG (P) und die daraus resultierende Mangelsituation, aus der sich ein unkritischer Einsatz von Reservefuttermitteln in großen Mengen ergab. Zum anderen wird dargestellt, wie durch das Erschließen von Reservefuttermitteln die Tiergesundheit gefährdet werden konnte und wie durch das Erproben neuer Futtermittel am lebenden Objekt hohe Tierverluste verursacht werden konnten.

In betreffender LPG verendeten innerhalb von wenigen Tagen mehrere Kühe an den Folgen einer Pansenazidose, manche wurden notgeschlachtet.¹⁴³³ Kurz zuvor war an einem Sonntag die übliche Lieferung von Grünfutter durch die LPG (P) ausgeblieben.¹⁴³⁴ Futterzuckerrüben waren bis zu diesem Zeitpunkt nicht als Futterquelle genutzt worden, da sie aufgrund ihres hohen Zuckergehaltes in erster Linie für die Zuckerindustrie genutzt wurden. Verfügbar waren sie zum Zeitpunkt des Geschehens, da die LPG (P) diese seit mehreren Tagen anlieferte. Da jegliche Erfahrungswerte fehlten und bis zum Schadenszeitpunkt kein akuter Futtermangel bestand, hatte die LPG (T) bisher auf die Fütterung dieser Rüben und ihrer Bestandteile verzichtet. Die LPG-Leitung hatte zwar bereits erwogen, die Rüben zur Fütterung einzusetzen, jedoch waren noch keine Festlegungen betreffs Art und Weise der Fütterung oder die Menge pro Rind getroffen worden. Entsprechende Vorgaben durch die LPG (P) lagen zudem nicht vor.¹⁴³⁵ Nachdem am betreffenden Sonntag die Grünfutterlieferung ausblieb, entschloss sich der Betreuer des Stalles am nächsten Morgen aus der Not heraus, die ungenutzten Rüben als Ersatzfutter zu verabreichen. Es wurden 10 kg Rüben pro Kuh gefüttert. Da die Akzeptanz gut war und man weiterhin vergeblich auf die Grünfutterlieferung wartete, wurden am Nachmittag nochmals Rüben gefüttert, dieses Mal 20 kg pro Kuh. Gleiches Procedere wiederholte sich am darauffolgenden Morgen, nachdem bis dahin noch immer kein Grünfutter angeliefert worden war. Zu diesem Zeitpunkt stellte man fest, dass die Rinder die weitere Aufnahme von Rüben verweigerten. Man erklärte sich das damit, dass die Rinder aufgrund der harten Textur der Rüben wohl Zahnschmerzen haben müssten und deshalb nicht mehr fressen würden. Ein Großteil der Rinder war nun inappetent, was sich in den darauffolgenden Stunden verstärkte.¹⁴³⁶ In den Folgetagen verendeten von rund 70 Rindern¹⁴³⁷ insgesamt 10 Tiere beziehungsweise wurden notgeschlachtet, der Schaden wurde auf 45000 Mark beziffert.¹⁴³⁸ Der in Kenntnis gesetzte Kreistierarzt veranlasste eine Sektion einer Kuh und die Untersuchung aller bis dato verwendeten Futtermittel.¹⁴³⁹ Die pathologische Untersuchung ergab, dass massive Ulcera im Digestionstrakt des untersuchten Tieres vorlagen.¹⁴⁴⁰ Diese waren offenbar auf eine durch Fehlfütterung bedingte Pansenazidose zurückzuführen. Die erheblich zu große Menge leicht fermentierbarer Kohlenhydrate (20% Zucker im Futtermittel) in Verbindung mit einer abrupten Umstellung der Fütterung führte innerhalb kurzer Zeit zur Entgleisung des Stoffwechsels und zur massiven Laktat-Azidose.¹⁴⁴¹ Diese bedingte im vorliegenden Fall die

¹⁴³² BStU MfS BV Swn Abt IX, 232

¹⁴³³ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 1

¹⁴³⁴ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 1a

¹⁴³⁵ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 1a-2

¹⁴³⁶ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 2

¹⁴³⁷ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 4

¹⁴³⁸ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 3

¹⁴³⁹ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 2a

¹⁴⁴⁰ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 3

¹⁴⁴¹ BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, Bl. 4

für die Krankheit üblichen Folgen wie Toxämie und Ruminitis und hatte bereits zur Bildung Hühnerei großer Ulcera im Pansen geführt.

Beim Studium des betreffenden MfS-Berichtes gewinnt man den Eindruck, dass selbst der betreuende Tierarzt bis zum Eintreffen der ersten pathologischen Ergebnisse im Unklaren darüber war, was die Ursache für den plötzlichen Zusammenbruch der Herde gewesen sein könnte. Der Veterinär ordnete erst nach dem Verenden der dritten Kuh an, nur noch Raufutter zu füttern.¹⁴⁴²

Das Beispiel stellt dar, dass Unkenntnis und mangelnde Erfahrung zum einen und Futtermangel und fehlende Kooperation mit der LPG (P) zum anderen gravierende tierschutzrelevante Folgen nach sich ziehen konnten.

Fallbeispiel Nr. 2: Intoxikation durch Nitritvergiftung und mangelhafte zwischenbetriebliche Kooperation¹⁴⁴³

Die Tierschutzrelevanz mangelnder Kommunikation zwischen LPG (T) und LPG (P) bestand nicht nur durch Versorgungsprobleme. Vermeidbare Erkrankungen und sogar Tierverluste entstanden hierdurch, wenn beispielsweise eine Futtercharge mit Toxinen belastet war und das betroffene Futtermittel nicht schnell genug aus dem Verkehr gezogen wurde. In einem Beispiel aus den Unterlagen des BStU wird ein solches Vorkommnis demonstriert. In betreffendem Fall war eine Grünfuttercharge mit Nitrit vergiftet. Nachdem dadurch bereits ein Tier verendet war, erging die Meldung aufgrund des Verdachtes der Intoxikation vom zuständigen Mitarbeiter der Tierproduktion an den Lieferbetrieb. Durch verzögerte Weiterleitung der Meldung des ersten Schadensfalles wurde das vergiftete Futter an weitere Betriebe verteilt, die dieses teilweise sofort zur Fütterung einsetzten. Die Folge waren weitere Verendungen von 15 Tieren¹⁴⁴⁴, die durch eine reibungslose und direkte Weiterleitung an die zuständigen Bereiche hätten verhindert werden können. Das Beispiel demonstriert neben den Folgen einer gestörten Kooperation und Kommunikation, dass ungeklärte Zuständigkeitsbereiche ein Problem darstellten und dass Verantwortlichkeiten teilweise nicht klar geregelt waren.¹⁴⁴⁵

¹⁴⁴² BStU MfS BV Swn, Abt. IX, 232, siehe Bl.

¹⁴⁴³ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1386, Bl. 3-5

¹⁴⁴⁴ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1386, Bl.5

¹⁴⁴⁵ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1386, Bl.5

4.1.3.7 Kälberhaltung in der industriellen Tierproduktion

Kälber wurden zum größten Teil in den Abkalbeställen der Milchviehanlagen und in den Milchviehställen der LPG geboren. Mit einem Mindestgewicht von 40 kg wurden sie im Alter von 10-20 Tagen in Kälberaufzuchtbetriebe gebracht oder an Rindermastställe geliefert.¹⁴⁴⁶

Die Vorteile der getrennten Aufzucht von Kälbern in Großanlagen sah man in folgenden Punkten:¹⁴⁴⁷

1. Einsatz von besonders geeignetem Personal (vorzugsweise Frauen)
2. günstige Aufzuchtthgiene, vor allem TBC- Freiheit
3. gute Übersicht über den Produktionsprozess, verbesserte Kontrolle über die Entwicklung der Kälber
4. erleichterte Rationierung bei der Futterzuteilung an die Kälber
5. Nutzung ökonomischer Technologieverfahren (Milcherhitzungsverfahren, Milchverteilungseinrichtungen, Warmwasserbereiter)
6. Schaffung von sozialen Einrichtungen speziell für das in der Kälberaufzucht arbeitende Personal
7. summa summarum eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Kälberaufzucht

Bereits Anfang der 60er Jahre begann man, die für die industrielle Tierproduktion am besten geeignete Aufstallungsform für die Kälberhaltung in kleineren Ställen zu testen. Dabei wurde vorerst die Kaltstallhaltung präferiert, wobei man allerdings die Schwierigkeit hatte, im Winter bei Minusgraden eine ordnungsgemäße Reinigung und Desinfektion durchzuführen. Weiterhin sah man sich mit dem Problem konfrontiert, dass sich das Personal zu dieser Jahreszeit fast die gesamte Arbeitszeit über in der Kälte aufhalten musste. Ob sich letztendlich für einen Warm- oder Kaltstall entschieden wurde, hing vor allem von den zu erwartenden Investitionen für den Bau ab, wie das Beispiel der Planung einer Kälberaufzuchtanlage in Berlingerode, Kreis Worbis, zeigt. Hier wurde von den Entscheidungsträgern festgehalten: *„Die Entscheidung für die eine oder andere Variante dürfte weniger von der Reaktion der Tiere auf die unterschiedliche Haltungsform als vielmehr in der Bewirtschaftung durch den Menschen und vor allen Dingen in den sehr unterschiedlichen Baukosten zu suchen sein.“*¹⁴⁴⁸ Die hohen Baukosten und Mangel an Baumaterial waren vermutlich die Gründe, weshalb für die Kälberaufzucht bis in die achtziger Jahre vorwiegend Altbausubstanz verwendet wurde.¹⁴⁴⁹ Ungeachtet dessen wurden im Zuge der Industrialisierung auf dem Territorium der DDR einige Kälberaufzuchtanlagen geschaffen. Die Richtgröße für Kälberaufzuchtanlagen

¹⁴⁴⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 46

¹⁴⁴⁷ BArch DK 1 /10965, o. Bl., Technisch-ökonomische Zielstellung für Kälberaufzuchtanlage Berlingerode, Kreis Worbis. Laufzeit 1963. S. 4-5

¹⁴⁴⁸ BArch DK 1 /10965, o. Bl., Technisch-ökonomische Zielstellung für Kälberaufzuchtanlage Berlingerode, Kreis Worbis. Laufzeit 1963. S. 5

¹⁴⁴⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 47

der industriemäßigen Tierproduktion wurde ab 1974 auf 3200 Plätze festgelegt.¹⁴⁵⁰ Daneben existierten Kälberaufzuchtanlagen, die gemäß den Angebotsprojekten mit 1600 Tierplätzen ausgestattet waren. Eine 3200er Aufzuchtanlage setzte sich aus zwei 95 m langen und 32 m breiten Einzelställen zusammen, welche jeweils 1600 Tierplätze bereitstellte, davon 504 in Einzelboxen und 1096 Plätze in Gruppenbuchten.¹⁴⁵¹ Der Anteil der in industriemäßigen Anlagen untergebrachten Kälber betrug bis 1976 nur 4,4 % des Gesamtbestandes an Kälbern.¹⁴⁵²

Die konzentrierte Haltung von Kälbern in Anlagen sollte im Alter von 10-14 Tagen bis zum Ende des 6. Lebensmonats stattfinden. Die Kälber wurden nach Altersstufen eingeteilt und je nach Gruppe verschieden gehalten und gefüttert. Die Aufteilung in Altersgruppen wurde in den Angebotsprojekten berücksichtigt und erfolgte entsprechend geltender Fachbereichsstandards nach folgendem Schema:¹⁴⁵³

Tabelle 8: Einteilung der Kälber nach Altersstufen in Haltungsabschnitte¹⁴⁵⁴

| Haltungsabschnitt | Alter |
|------------------------------------|----------------------------|
| Kolostralkälberbereich (K0) | 1. bis mindestens 5. Tag |
| Tränkkälberbereich (K1) | 2. bis 10. oder 12. Woche |
| Absatzkälberbereich (K2) | 11. oder 13. bis 17. Woche |
| (K3) | 18. bis 26. Woche |

Die Aufstallung im K0-Bereich sollte dem Prinzip des darauf folgenden K1-Bereiches entsprechen. In der mindestens 5 Tage lang andauernden K0-Periode sollten die Kälber in Hygieneeinheiten gehalten werden, die so viel Platz bieten mussten, dass die an 3 Tagen anfallenden Kälber aufgenommen werden konnten.¹⁴⁵⁵ Die TGL 22256/02 schrieb die sogenannten „Funktionsmaße“ vor, welche bei der Neuerrichtung und Rekonstruktion von industriemäßig produzierenden Anlagen einzuhalten waren.¹⁴⁵⁶ Diese vorgegebenen Maße hatten besondere Relevanz in der Praxis.¹⁴⁵⁷ Auch hier strebte man die *„kontaktarme Einzeltierhaltung bis zum Alter von 8 Wochen als notwendige Konsequenz aus den immunbiologischen Gegebenheiten“* an.¹⁴⁵⁸ Die kontaktlose Aufstallung mit durchgehenden Sichtblenden auch im Bereich der Futterkrippe hatte sich scheinbar nicht bewährt, da sie keinen positiven Effekt auf das Verlustgeschehen im Kälberbereich hatte, sondern vielmehr Verhaltensauffälligkeiten und geringere Zunahmleistungen nach sich zog.¹⁴⁵⁹ Für industriemäßige Milchviehanlagen war die strohlose Haltung der Saugkälber in Kälberwiegen vorgesehen.¹⁴⁶⁰ In kleineren Betrieben war auch die Anbindehaltung in Strohboxen

¹⁴⁵⁰ ESCHENBACH, E. (1978) in: PILZ, K. et al.: Industriemäßige Tierproduktion, S. 24

¹⁴⁵¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 106

¹⁴⁵² BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 31 aus (Quelle):
Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 2/3/78, S. 50

¹⁴⁵³ TGL 22256/01 (Stand 1976, verbindlich geltend ab 1.1.1977)

¹⁴⁵⁴ TGL 22256/01 (Stand 1976, verbindlich geltend ab 1.1.1977)

¹⁴⁵⁵ TGL 22256/01, Punkt 4.1.

¹⁴⁵⁶ TGL 22256/02, verbindlich geltend ab 1.1.1977

¹⁴⁵⁷ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁴⁵⁸ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 266

¹⁴⁵⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 108

¹⁴⁶⁰ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 49

praktikabel. Im K0-Bereich betrug die vorgeschriebene Standplatzbreite 42,9 cm. Die Kälber des K1-Bereiches industriemäßig produzierender Anlagen wurden in Anbindehaltung in Schmalboxen auf Teilspaltenböden gehalten. Diese Einzelboxen waren 50,0 cm breit und sollten im Idealfall mit Wänden aus Kunststoff versehen sein. Die Spaltenböden mit Spaltenweite 25 mm bei einer Auftrittsweite von 25-40 mm sollten möglichst mit einem Kunststoffprofil versehen sein, damit der Boden eine geringe Wärmeleitfähigkeit aufwies und der Wärmeverlust beim Tier begrenzt wurde.¹⁴⁶¹ Gebräuchliche Spaltenabmessungen waren im K1-Bereich auch eine Spaltenweite und Auftrittsweite von je 2,0 cm.¹⁴⁶² Wärmedämmung wurde vor allem deshalb empfohlen, da hier die täglichen Zunahmen an Körpermasse am höchsten waren. Zudem wurden Beton- und Holzspaltenböden benutzt, wobei die Betonböden beim Vergleich der Zunahmeleistung deutlich schlechter abschnitten.¹⁴⁶³ Bis 1975 wurden als Rohrkonstruktion konzipierte Einzelboxen verwendet, die auf PVC-Vollspaltenböden¹⁴⁶⁴ aufgesteckt wurden. Diese 1,20 m langen Boxen waren mit durchgehenden Seitenwänden und Vorder- und Rückwänden in Gitterstruktur versehen und besaßen Kopfblenden aus verzinktem Stahlblech. Da der Stahlverbrauch mit gut 60 kg je Tierplatz hier aber sehr hoch war und die Tierbetreuung und -kontrolle durch diese Konstruktion schwierig war, kam man von dieser Art Einzelboxen wieder ab.¹⁴⁶⁵ Seit 1975 wurde sowohl bei der Rekonstruktion von Altställen als auch beim Neubau von Kälberaufzuchtanlagen auf Kopfblenden verzichtet und auf die Anbindehaltung der Kälber auf Vollspaltenböden umgestellt. Dadurch war eine Verkürzung der Seitenwände auf 65 cm möglich und man konnte auf die Gitter an der Vorder- und Rückseite verzichten, was letztlich eine Stahleinsparung von mehr als 45 kg je Tierplatz bedeutete. Einen weiteren Vorteil sah man darin, dass der Zugang zum Tier und infolge dessen auch die Betreuung der Kälber nach diesem Modell einfacher war.¹⁴⁶⁶ In vielen Betrieben der DDR wurden die Kälber jedoch in Anbindehaltung auf Stroheinstreu gehalten,¹⁴⁶⁷ was unter anderem damit zu begründen ist, dass der Anteil der in modernen Industrieanlagen gehaltenen Kälber auch in den achtziger Jahren die Minderheit war.¹⁴⁶⁸ Die Kälberstände waren hier durch Trennwände, später auch durch Trennbügel, unterbrochen. Diese Abtrennungseinheiten hatten Maße von 600 mm Tiefe und 800 mm Höhe. In den zentralen Angebotsprojekten sollten die Standplätze 1000 bis 1100 mm lang sein und ein Gefälle von 3-4% aufweisen. Im Anschluss an die Standflächen befand sich meist eine Kotplatte von 300 mm Breite, die mit einer Kotstufe von ca. 60 mm Höhe abschloss.¹⁴⁶⁹ Neben der Einsparung von Material, Fläche und Arbeitszeit beruhte die Haltung auf Vollspalten bereits im Kälbersektor darauf, dass man den Tieren eine höhere und schnellere Adaptationsfähigkeit zusprach, je jünger sie waren. Die Entwicklung neuer Technologien und „produktionsfreundlicher“ Haltungsverfahren sollten nicht zu einer Leistungsminderung bei den Tieren führen. Man war der Meinung, je früher das Tier an die vorgegebenen Haltungsbedingungen gewöhnt werde - am besten also von Geburt an - desto schneller würde eine Anpassung bei zunehmender Toleranz erfolgen.¹⁴⁷⁰ Ab Ende der siebziger Jahre ging man auch in industriemäßigen Anlagen wieder verstärkt zur Haltung auf Einstreu über.¹⁴⁷¹ Damit wollte man eine stabilere Kälbergesundheit erreichen, was gleichzeitig eine Reduktion

¹⁴⁶¹ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 266

¹⁴⁶² PAAR, G. und WEINLICH, P. (1994), Dtsch. tierärztl. Wschr. 101, S.118

¹⁴⁶³ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 267

¹⁴⁶⁴ PVC = Polyvinylchlorid

¹⁴⁶⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 106

¹⁴⁶⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 107-108

¹⁴⁶⁷ BUSCH, B. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 15.11.2011

¹⁴⁶⁸ SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29

¹⁴⁶⁹ SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29

¹⁴⁷⁰ KOVÁCS, F., MH 20, S. 766

¹⁴⁷¹ PETER, W. (1989), MH 44, S. 108

tierärztlicher Behandlungskosten für Erkrankungen wie Dekubitus und Klauenanomalien bedeutete. Ein weiteres Argument für die Rückkehr zur Einstreuhaltung war die Einsparung von Energie, da für Ställe mit einstreuloser Aufstallung Heizkosten anfielen, um optimale Stallinnentemperaturen zu erreichen.¹⁴⁷² Im Stall mit 1600 Tierplätzen gab es 7 Hygieneabteile, wobei je 72 Boxen zu einem Abteil zusammengefasst wurden. Die Bewirtschaftung erfolgte nach dem Alles-Rein-Alles-Raus-Verfahren mit Zwischendesinfektion.¹⁴⁷³ Seit Ende der achtziger Jahre diskutierte man zusätzlich die Einführung von Freilandhütten für den K1-Bereich. Man orientierte sich dabei an den guten Aufzuchtergebnissen, die andere Länder wie beispielsweise Bulgarien offenbar mit dieser Art der Haltung bis dahin schon erreicht hatten. Die Kälberhütten wurden hier als eine Haltungsmöglichkeit zur Prophylaxe der enzootischen Pneumonie gesehen, da sie die Vorteile warme Liegefläche, geringe Luftfeuchte und genügend hohen Luftwechsel in sich vereinten.¹⁴⁷⁴ Erhöhte Stresstoleranz und Widerstandskraft, zunehmende Futteraufnahmebereitschaft, Robustheit und Vitalität und sich daraus ergebender Leistungszuwachs von an Frischluft gehaltenen Kälbern waren schlüssige Argumente, diese Art der Haltung weiter in der Praxis zu etablieren. Nachdem in einzelnen Betrieben der DDR aus Notsituationen heraus eine provisorische Freilandhaltung von Kälbern umgesetzt worden war, war man fast zufällig auf die positiven Effekte aufmerksam geworden und kam zu der Schlussfolgerung, dass diese Haltungsform eine „echte Alternative“ darstelle: *„Die Freilufthaltung ist ein einfaches, produktionssicheres und kostengünstiges Haltungsverfahren. Sie garantiert eine aufwandreduzierte und belastungsarme Aufzucht, die den physiologischen Anforderungen des Kalbes weitestgehend gerecht wird.“*¹⁴⁷⁵ In vielen größeren Anlagen der DDR setzte sich hernach die Freilandhaltung von Kälbern im K1-Bereich durch und wird so noch heute praktiziert, wobei seit den neunziger Jahren die Aufstallung in Kälberiglus am weitesten verbreitet ist.¹⁴⁷⁶

Im K2- und K3-Bereich (Absatzkälberbereich) wurden die Tiere industriemäßiger Aufzuchtanlagen in Laufboxen auf Vollspaltenböden gehalten.¹⁴⁷⁷ Durch den Verzicht auf Einstreu versprach man sich anfangs sowohl eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch den Wegfall von manuellen Tätigkeiten wie Ausmisten mit der Hand als auch eine Einsparung von Fläche, welcher mit 33% je Kalb gegenüber der herkömmlichen Haltungsverfahren beziffert wurde. Die einstreulose Haltung auf Spaltenböden bereits im Kälberbereich hatte neben der Einsparung von Arbeitskräften offensichtlich auch andere Gründe: *„Nicht nur aus technologischen Erwägungen, sondern besonders aus Sicht des Tieres sollte eine durchgängige einstreulose Haltung vom Kalb bis zur Milchkuh angestrebt werden, um schon eine frühzeitige Gewöhnung der Tiere an diese neue Haltungsform zu erreichen.“*¹⁴⁷⁸ Man hatte im Vorfeld untersucht, dass an Einstreu gewöhnte Tiere sich schlechter an Spaltenböden anpassen konnten, je älter sie umgestellt wurden.¹⁴⁷⁹ Ab den achtziger Jahren tendierte man jedoch aus oben geschilderten betriebsökonomischen Gründen auch im K2- und K3-Bereich wieder zur Anbindehaltung auf eingestreuten Liegeflächen.¹⁴⁸⁰ Meist erfolgte die Einstellung in den K2-Bereich in der 8.-9. Lebenswoche. Hier sollten die Tiere ein Gewicht von 70-75 kg Lebendmasse haben. Im K2-Bereich wurde die Aufstallung

¹⁴⁷² SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29

¹⁴⁷³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S.106

¹⁴⁷⁴ PETER, W. (1989), MH 44, S. 109 und PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

¹⁴⁷⁵ WETZKE, J. (1989), Tierzucht 43, S. 530

¹⁴⁷⁶ PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

¹⁴⁷⁷ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlage, S. 5

¹⁴⁷⁸ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 266

¹⁴⁷⁹ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 266

¹⁴⁸⁰ SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29

in Gruppen von maximal 15 Tieren angestrebt, bevor die Kälber mit ca. 120 kg Sollgewicht in den K3-Bereich wechselten. Hier erfolgte die weitere Aufzucht bis zu einem Gewicht von 180-200 kg, danach wurden die Tiere weiteren Produktionsstufen zugeführt. Teilweise wurden die Tiere auch direkt vom K2-Bereich in Betriebe der Jungrinderaufzucht oder der Rindermast abgegeben.¹⁴⁸¹ Bullenkälber wurden häufig aus den Milchviehanlagen direkt in die Kälberaufzuchtanlagen der Rindermastanlagen verbracht.¹⁴⁸² Die Aufstallung im K2- und K3-Bereich konnte strohlos auf Spaltenböden oder in Strohbuchten erfolgen.¹⁴⁸³ Die vorgegebene frei verfügbare Fläche je Tier im K2- und K3-Bereich betrug 0,9 bis 1,1 m² bei einstreuloser Haltung und 1,3 bis 1,5 m² bei Einstreuhaltung.¹⁴⁸⁴ Angaben aus westdeutscher Literatur benennen 0,76 m² für den K2-Bereich und 0,96 m² für den K3-Bereich als gebräuchliche Maße.¹⁴⁸⁵ Die in der Mehrzahl verwendeten Spaltenböden hatten Spaltenweiten zwischen 2,5 und 3,5 cm bei Auftrittsbreiten von 6,0 bis 7,0 cm.¹⁴⁸⁶ Der Aufstallung bei einem Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1:1 sollte der Vorzug gegeben werden. Es waren allerdings Haltungsformen mit einem Tier-Fressplatz-Verhältnis bis 5:1 zulässig, wenn eine ausreichende Vorratsfütterung mit schwer entmischbaren Futtergemischen möglich war.¹⁴⁸⁷ Bei einer KAA¹⁴⁸⁸ 3400 war folgende Aufteilung vorgesehen: Die Stallgebäude im K2-Bereich waren für je 450 Tiere konzipiert, wobei die Buchten 3,24 m breit und 2,08 m tief waren. Beiderseits des Futterbandes (stationäre Futterverteilung) waren jeweils 25 dieser Buchten angelegt. Im K3-Bereich mit 600 Tierplätzen je Stall fanden sich jeweils 4 Buchtenreihen mit 18 Buchten pro Reihe an zwei Futterbändern.¹⁴⁸⁹

4.1.3.8 Kälberfütterung

K0-Bereich

Im Saugkälberbereich der Milchviehanlagen wurden die Kälber in den ersten Lebenstagen mit Kolostrum getränkt. Neonaten sollten innerhalb der ersten 4 Stunden postpartal nach Möglichkeit 2 kg Erstgemelk des Muttertieres verabreicht werden. In den ersten 5 Lebenstagen sollte drei- bis viermalig die Gabe von Kolostrum der Mutter beziehungsweise Mischkolostrum erfolgen. Ab dem 6. Lebenstag wurde ein Gemisch aus Roh- und Magermilch oder aus Rohmilch und Milchaustauschertränke verabreicht.¹⁴⁹⁰ Die Tränkung erfolgte von Anfang an aus Eimern ohne Sauger.¹⁴⁹¹

K1-Bereich

Grundlage der Fütterung war die „Vollmilchsparende Kälberaufzucht“. Diese wurde als eine der „Maßnahmen zur Steigerung der Marktproduktion in Milch“ gefordert. Die „größtmögliche Einsparung von Vollmilch in allen Gemeinden, LPG und VEG durch allseitige Anwendung der vollmilchsparenden Kälberaufzucht“ sollte eine Tilgung der

¹⁴⁸¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 48

¹⁴⁸² BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 106

¹⁴⁸³ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 49

¹⁴⁸⁴ PAAR, G. und WEINLICH, P. (1994), Dtsch. tierärztl. Wschr. 101, S.118

¹⁴⁸⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S.10

¹⁴⁸⁶ PAAR, G. und WEINLICH, P. (1994), Dtsch. tierärztl. Wschr. 101, S.118

¹⁴⁸⁷ TGL 22256/01 (1976, geltend ab 1.1.1977), Punkt 5.2.3.

¹⁴⁸⁸ KAA = gebräuchliche Abkürzung für Kälberaufzuchtanlage

¹⁴⁸⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 108-109

¹⁴⁹⁰ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 49

¹⁴⁹¹ BUSCH, B. (2011), Persönliche Mitteilung vom 18.11.2011

Planschulden oder gar eine „Überbietung der Planziele“ ermöglichen.¹⁴⁹² Tendenziell sollte die Tränkeperiode verkürzt werden und die eingesetzten Milchmengen reduziert werden.¹⁴⁹³ Als Basis wurde demnach Milchaustauscher¹⁴⁹⁴ (MAT) eingesetzt, zum Teil wurde statt Milchpulver auf mit Fremdfettzusatz angereicherte Frischmagermilch zurückgegriffen.¹⁴⁹⁵ Außerdem erfolgte die allmähliche Gewöhnung an pelletiertes Kraftfutter.¹⁴⁹⁶ In der Regel setzte sich die Ration dann aus Milchaustauscher sowie Kälberaufzuchtfutter I und Trockengrün zusammen. Das Ziel war, dass die Kälber bis zum Umsetzen in den K2-Haltungsabschnitt in der Lage waren, 1 kg Trockenfutter täglich aufzunehmen.¹⁴⁹⁷

K2, 3-Bereich

Das Absetzen der Kälber von Milch oder Milchaustauschern sollte frühestens bei einer Lebendmasse von 65 kg erfolgen.¹⁴⁹⁸ Im Absatzkälberbereich wurden Rationen aus Welksilage, Kälberaufzuchtfutter und Mineralfutter verabreicht.¹⁴⁹⁹ Beispielhaft war ebenfalls die Fütterung von Nasssilage, Futterstroh oder Heu sowie Getreideschrot.¹⁵⁰⁰ Die Kälber sollten am Ende der K2-Periode in der Lage sein, täglich ein Minimum von 2 kg Kälberaufzuchtfutter II und 1 kg Trockengrobfutter aufzunehmen. Kälberaufzuchtfutter II enthielt zwar weniger Rohprotein als Kälberaufzuchtfutter I, aber dafür 10 g Harnstoff je kg, weshalb es für Kälber unter drei Monaten nicht geeignet war.¹⁵⁰¹ In der TGL 22256/01 heißt es ergänzend dazu für den K2- und K3-Haltungsabschnitt: „In diesem Bereich hat die Umgewöhnung an eine wiederkäuergerechte Ernährung zu erfolgen. Dabei ist die weitgehende Ausschöpfung des möglichen Fleischbildungsvermögens zu realisieren.“¹⁵⁰² Die Fütterung von pelletiertem Trockengrobfutter in Form von Trockengrün- und Strohpellets sowie Welksilage wurde erst im K3-Bereich begonnen.¹⁵⁰³

Um Differenzen der Nährstoffversorgung der Kälber durch die unterschiedliche Fütterung der Muttertiere verschiedener Herkunftsbetriebe auszugleichen, wurden bei der Einstellung und bei der Umsetzung in den Absatzkälberbereich Vitamine (A, D3, C, E) substituiert, ebenfalls bei der Einstellung von Jungrindern in den Färsenbereich. In zweiwöchigem Abstand erfolgte bis zu einem Alter von 4 Monaten zusätzlich die Vitamin D2-Substitution als Rachitisprophylaxe. Die Notwendigkeit dafür ergab sich aus der Fütterung mit ausschließlich technisch getrocknetem Grünhäcksel und Kaltbelüftungsheu.¹⁵⁰⁴ Besonders problematisch war offensichtlich die Phase der Umstallung vom K0- in den K1-Bereich. Da die Kälber aus verschiedenen Herkunftsbetrieben mit jeweils individuellem Tränkeregime kamen, musste eine Lösung für diese Umgewöhnungsphase in Form von sogenannten „Umstellungstränken“ gefunden werden. Mit Hilfe dieser Methode sollte eine allmähliche Gewöhnung an die in Kälberaufzuchtanlagen gängige Fütterung mit Milchaustauscher erfolgen. Man testete mehrere Lösungen als Versuchstränke, die den Digestionstrakt der Kälber entlasten und Transportstress reduzieren sollte. Zusätzlich versprach man sich von den Umstellungstränken

¹⁴⁹² BArch DK 1/ 2828, Bl. 268

¹⁴⁹³ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 364

¹⁴⁹⁴ Milchaustauscher = MAT

¹⁴⁹⁵ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlage, S. 6 und S. 19

¹⁴⁹⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 48

¹⁴⁹⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 235

¹⁴⁹⁸ TGL 22256/01 (1976, geltend ab 1.1.1977), Punkt 5.2.2.3.

¹⁴⁹⁹ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlage, S. 7

¹⁵⁰⁰ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 49

¹⁵⁰¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 235

¹⁵⁰² TGL 22256/01 (1976, geltend ab 1.1.1977), Punkt 5.2.3.

¹⁵⁰³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 235

¹⁵⁰⁴ SLUCKA, R. und WEJDA, E. (1969), MH 25, S. 50-51

eine Stabilisierung des Elektrolythaushaltes und Durchfallprophylaxe. Zum versuchsmäßigen Einsatz kamen physiologische Kochsalzlösung, Aufgüsse aus Schwarztee, Pfefferminz- und Kräutertee sowie Schleimzubereitungen aus Leinsamen, Hafer- oder Reismehl. Versetzt wurden die Lösungen mit Traubenzucker, Wirkstoffen wie Vitamin A oder Ursovit sowie Chloramphenicol.¹⁵⁰⁵ Kälber, an welchen reine physiologische Kochsalzlösung getestet wurde, hatten die höchste Durchfallquote, auch war die Akzeptanz der Lösung schlecht. Tee wurde von den Kälbern besser aufgenommen. Durch die Versuche kam man zu dem Schluss, dass die sofortige Umstellung auf Milchaustauscher, in der DDR allgemein bekannt als „Kälmil“, die beste Lösung darstellte, da hier die wenigsten Durchfälle auftraten und die Akzeptanz am besten war. Die Empfehlung der veterinärmedizinischen Fachkräfte lautete daher, die Kälber bereits im Herkunftsbetrieb an „Kälmil“ zu gewöhnen.¹⁵⁰⁶ Dieses Futtermittel war ein Pulver, welches 82% Trockenmagermilch, 17% Fettkonzentrat (zusammengesetzt aus Schmalz, Talg, Lecithin, Sonnenblumen-, Soja- und Maiskeimöl) sowie 1% Wirkstoffe (Calcium, Phosphor, Natrium, Magnesium, Zink, Mangan, Eisen, Vitamine und Antibiotika) enthielt.¹⁵⁰⁷ Pflanzliche Öle schienen durch ihren Anteil ungesättigter Fettsäuren das Auftreten von Diarrhoe beim Kalb zu begünstigen. Aus diesem Grunde wurde 1976 ein neues Fettkonzentrat entwickelt, welches auf die gleichzeitig als Importware die Staatskasse belastenden Rohstoffe Sonnenblumenöl, Sojaöl und Sojalecithin verzichtete und stattdessen nur Rindertalg, Schweineschmalz und Rapslecithin verwendete.¹⁵⁰⁸ In der Regel wurde ab der zweiten Lebenswoche „Kälmil“ gefüttert, anfangs ca. 6 Liter täglich, später in Abhängigkeit von der zugefütterten Kraftfutter und Wassermenge weniger. Abgesetzt wurde dieser Milchaustauscher mit dem vollendeten zweiten Lebensmonat. Die Fütterung der Kälber war darauf ausgelegt, den Digestionstrakt frühzeitig an industriell hergestellte Futtermittel zu gewöhnen: *„Eine ausreichende und zweckmäßige Ernährung der Kälber ist notwendig, damit sie täglich etwa 750 g zunehmen und darauf vorbereitet werden, später relativ billig zu erzeugende Massenfuttermittel, wie z. B. Silage, gut zu verwerten.“*¹⁵⁰⁹ Um die mit dem Milchfett entzogenen fettlöslichen Vitamine zu substituieren, wurde der Wirkstoff „Kälpan“ entwickelt. Dieser wurde dem Milchaustauscher zugefügt um Mangelerscheinungen und dadurch bedingte Krankheiten vorzubeugen. „Kälpan“ setzte sich aus Weizenmehl, bestrahlter Trockenfutterhefe, Antibiotika (Tetracycline) und einem Vitamin A-Konzentrat sowie Proteinen zusammen.¹⁵¹⁰

4.1.3.9 Bewertung der Kälberhaltung unter Tierschutzaspekten

Allgemeine Problematik in der Kälberhaltung

In den Monatsheften für Veterinärmedizin wurde 1966 veröffentlicht, dass 80% der Verluste im Aufzuchtbereich durch Haltungs- und Fütterungsmängel bedingt seien.¹⁵¹¹ Die hohen Abgangsraten veränderten sich im Laufe der Jahre kaum. Bis zum Ende der DDR waren trotz einer teilweisen Verbesserung in den achtziger Jahren besonders im Bereich der

¹⁵⁰⁵ PENSCHUK, P. (1978), Auswirkungen von Umstellungstränken in Kälberaufzuchtanlagen, S. 6-9

¹⁵⁰⁶ PENSCHUK, P. (1978), Auswirkungen von Umstellungstränken in Kälberaufzuchtanlagen, S. 50-52

¹⁵⁰⁷ MOTHESE, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 59

¹⁵⁰⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 233

¹⁵⁰⁹ MOTHESE, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 59

¹⁵¹⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 234

¹⁵¹¹ STOLPE, J. (1969), MH 24, S. 924

Kälberhaltung hohe Verluste zu verzeichnen.¹⁵¹² Damit traten schwerpunktmäßig in diesem Sektor der Nutztierhaltung tierschutzrelevante Sachverhalte auf.

In der Periode der Kollektivierung dürften fehlende Kälberställe, mangelnde Hygiene und nicht ausreichende Kenntnisse über Haltung und Fütterung der Kälber die Hauptursachen für Verluste gewesen sein. Sehr junge Kälber wurden in Sammelbuchten gehalten oder im Kuhstall angebunden. Das Auftreten von Pneumonien und Diarrhoen wurde auf diesem Wege beschleunigt. Als besonders gravierende Fehler im Fütterungsmanagement wurden in den sechziger Jahren der plötzliche Wechsel des Tränkeregimes nach der Umstallung vom Herkunfts- in den Aufzuchtbetrieb und die nicht sachgemäße Zubereitung des Milchaustauschers bei der Aufzucht ohne Vollmilch angegeben. Zu große Tränkmengen bei zu geringer Tränkfrequenz und nicht ausreichende Erwärmung der Tränke führten zu Indigestionen und deren Sekundärscheinungen.¹⁵¹³ In der Phase der Kooperation und Spezialisierung verbesserten sich die Aufzuchtergebnisse nicht wie erhofft. 1979 wurde in den Monatsheften für Veterinärmedizin publiziert, dass bis dato jährlich landesweit rund 200000 Kälber für Reproduktion beziehungsweise Mast ausfielen. Kälberverluste entstanden durch:¹⁵¹⁴

- Totgeburten
- lebensschwach geborene Kälber
- Verendungen infolge Coli-Septikämie
- Diarrhoen (hervorgerufen durch E. Coli, Rota-Coronavirus-Komplex, alimentäre Genese)
- Salmonellosen
- Enzootische Pneumonien

Dabei wurde der Anteil notgeschlachteter Kälber in die Verluste nicht mit einbezogen.¹⁵¹⁵

Bis 1983 hatte die DDR ausnahmslos nur mäßige Aufzuchtergebnisse zu verzeichnen, wie sich aus dem Vergleich mit anderen Ländern ergab.¹⁵¹⁶ Insgesamt waren die Verluste im Bereich der Kälberaufzucht durch die gesamte Zeit der DDR hoch. Im Zeitraum von 1958 bis 1963 wurden Verlustzahlen¹⁵¹⁷ von durchschnittlich 12 bis 15% angegeben, was sich bis Anfang der achtziger Jahre nicht verbesserte. Von den 15% Gesamtverlusten im Kälberbereich waren 1978 angeblich 3% Totgeburten und 7% Abgänge in den ersten vier Lebenswochen.¹⁵¹⁸ Diese Angaben decken sich mit denen aus der westdeutschen Literatur zu Verlustzahlen in den DDR.¹⁵¹⁹ Im K0-Bereich wurden im Mittel 25% der Kälber jährlich der Merzung zugeführt, in den Aufzuchtanlagen waren angeblich Zahlen von 22% keine

¹⁵¹² Siehe auch WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., Bl. 159 – Die hier für den Bereich Berlin gemachten Angaben über die Bedeutung der Kälberverluste lassen sich auf die gesamte DDR übertragen.

¹⁵¹³ BArch DK 1/10320, Bl. 45-46

¹⁵¹⁴ ELZE, K., SCHULZ, J. und WILHELM, J. (1979), MH 35, S. 401

¹⁵¹⁵ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., Bl. 159-160

¹⁵¹⁶ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 363

¹⁵¹⁷ Verluste: Totgeburten, Verendungen, Not- und Krankschlachtungen

¹⁵¹⁸ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 363

¹⁵¹⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 49

Seltenheit.¹⁵²⁰ Bereits 1963 wurden in den Technisch Ökonomischen Zielstellungen für industriemäßige Kälberaufzuchtanlagen durchschnittliche Kennziffern für die Kälberaufzuchtbetriebe der DDR festgelegt, bei denen die Verluste 5% und die Merzungen 8% nicht übersteigen sollten.¹⁵²¹ In den meisten Betrieben konnten diese Zahlen bis zum Ende der DDR nicht realisiert werden. Statistiken belegen, dass der Spitzenreiter der Erkrankungen bei Kälbern Infektionen des Respirationstraktes waren, dicht gefolgt von denen des Digestionstraktes, wobei vor allem die Coliruhr zu nennen ist.¹⁵²² Die Ursachen für die hohen Verluste sah man hauptsächlich in den das Infektionsgeschehen begünstigenden Faktoren, welche durch hohe Tierkonzentrationen und heterogenes Tiermaterial aufgrund verschiedener Herkunftsbetriebe gegeben waren.¹⁵²³ Die andauernde Überbelegung von Kälberabteilen, verkürzte Serviceperioden und die inkonsequente Umsetzung des Rein-Raus-Prinzips führten dazu, dass Infektionsketten nicht unterbrochen werden konnten.¹⁵²⁴ Aus der Sicht des Tierschutzes sind die Erkrankungen mit allen Folgen bis hin zum Verenden als vermeidbare, zum Teil erhebliche Leiden zu werten, die wie beschrieben in erster Linie systemspezifisch entstanden sind.

Kälberhaltung in den LPG und Tierschutzprobleme

Eine Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf der verschiedenen Produktionszyklen war die kontinuierliche Belieferung der Kälberaufzuchtanlagen mit Kälbern über das Jahr verteilt. Noch in den 70er Jahren wurden über die Hälfte des Milchviehs der DDR in Altbauten gehalten, also in vor 1960 erbauten Ställen mit einer Kapazität von 90 und weniger Plätzen. Diese Betriebe versuchten, die in der Hochlaktation zu erreichende Leistung dadurch zu optimieren, dass der Abkalbezeitpunkt vor dem Weideaustrieb lag. Das führte dazu, dass die Mehrzahl der Kälber im Frühjahr zur Welt kam und so der monatliche Kälberanfall über das Jahr gerechnet erheblichen Schwankungen unterlag. Im Frühjahr kam es so laut westdeutscher Fachliteratur regelmäßig zu Platzproblemen in den Kälberabteilen dieser Betriebe, während in den Sommer- und Herbstmonaten viele Kälberplätze leerstanden. Dieser Umstand wurde anscheinend dadurch verstärkt, dass die zu verzeichnenden Verluste in den Monaten mit großer Tierdichte gravierend höher waren.¹⁵²⁵ Da die finanziellen und baulichen Mittel in der DDR zu knapp waren, um ausschließlich neue Anlagen zu schaffen, wurden auch für die Kälberaufzucht bis in die 80er Jahre Altbauten als Provisorium genutzt. Hohe Schadgaskonzentrationen und Feuchtigkeit bei mangelhafter Entlüftung sowie Überbelegung dieser Räumlichkeiten waren die Ursache für einen erhöhten Infektionsdruck, der zeitweise zu regelrechten Epidemien von Atemwegsinfektionen führte.¹⁵²⁶ Wegbereiter für Erkrankungen im Saugkalbbereich waren unter anderem mangelnde Geburtsüberwachung und -hygiene. Besonders manifestierte sich diese Problematik laut BUSCH in kleineren Betrieben, wo nicht wie in Ställen mit über 400 Kühen standardmäßig eine Nachtwache im Einsatz war.¹⁵²⁷ Häufig kamen die Kälber der LPG sofort nach der Geburt in die dafür vorgesehenen Kälberställe, welche in vielen Fällen umgerüstete alte Schweineställe oder Schuppen waren.

¹⁵²⁰ ROSSOW, N. (1969), MH 24, S. 482

¹⁵²¹ BArch DK 1/ 10965, Technisch-ökonomische Zielstellung für Kälberaufzuchtanlage Berlingerode, Kreis Worbis. Laufzeit 1963., S. 25

¹⁵²² BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1302, Bl. 74 und WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., Bl. 161

¹⁵²³ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 364

¹⁵²⁴ PAAR, G. (2013), Umstrukturierung der Tierhaltung in den neuen Bundesländern, S. 12

¹⁵²⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 47

¹⁵²⁶ FREIBERGER, D. (1973), Vet. med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 29 und STOLPE, J. (1969), MH 24, S. 924

¹⁵²⁷ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 16.06.2012

Zusätzlich wurde offenbar bei der Kälberpflege und -unterbringung nicht die notwendige Sorgfalt aufgebracht, was ein Zeitzeuge folgendermaßen erklärt: *„Das hat auch damit zu tun, daß die Melker nur nach Milchleistung bezahlt [werden], für die Kälber wenig Interesse aufbringen, sie als fünftes Rad am Wagen, lästige Zeit- und Arbeitsfresser ansehen und dementsprechend behandeln.“*¹⁵²⁸ Die Rolle der K0- Kälber als „Stiefkinder“ des Betriebes war wohl ein Problem in vielen Ställen. Besonders lebensschwache oder zu früh geborene Kälber hatten scheinbar das Nachsehen, weil sich deren Behandlung nicht rentierte, wie folgende Aussage eines Zeitzeugen belegt: *„Was sollte ein Betrieb mit Kälbern anfangen, die nicht einmal die Hälfte des normalen Geburtsgewichtes aufwiesen, weder den Nuckel annahmen noch aufstehen konnten? Den Melkern waren sie im Wege, von den jüngeren Kühen wurden sie häufig totgetreten, und der Betrieb hatte eine nicht zu verkraftende Last mit diesen Winzlingen.“*¹⁵²⁹ Berichte des MfS bestätigen diese Feststellungen. Neben fehlender Qualifikation wird hier die Gleichgültigkeit gegenüber den Tieren als Ursache für hohe Kälberverluste genannt: *„Das Verenden einer relativ hohen Anzahl von Kälbern wird als normal empfunden.“*¹⁵³⁰ Da die Kälber häufig nicht als die Zukunft des Betriebes gesehen wurden, sondern eher als nicht lohnende Mühe, wurde in diesem Bereich auch an Einstreu gespart oder Stroh mit Schimmelbefall verwendet, was den Gesundheitszustand der jungen Tiere nicht eben förderte. Das Stroh wurde stattdessen dafür benötigt, um die Kühe über den Winter zu bringen.¹⁵³¹ BUSCH schildert, dass das Tränken von zu kaltem Milchaustauscher häufig die Ursache für Kälberverluste war. Seinem Erleben nach war es abhängig vom Betreuungspersonal, wie die Kälberfütterung allgemein ablief: *„Wenn Kälber nicht gesoffen haben, haben schlechte Pfleger mit den Schultern gezuckt; gute [Pfleger] haben die Flasche genommen.“*¹⁵³²

Ein Phänomen, welches sich in der Kälberhaltung ebenso wie in anderen Nutztierbereichen bemerkbar machte, war der Widerspruch zwischen den Forderungen der politischen Spitze nach Einhaltung und Übererfüllung der Kennzahlen und in praxi gegebener Bedingungen. Ein Produktionszuwachs an Lebensmitteln tierischer Herkunft sollte erfolgen, ohne dass bereits die dafür notwendigen Kapazitäten zur Verfügung standen. FREIBERGER kritisiert das in seiner Diplomarbeit 1973: *„Da es bei der ständig steigenden Produktion zur totalen Überfüllung der Ställe gekommen ist und auch der Herde der gesamte Stall ohne Unterteilung zur Verfügung steht, kommt es zu einer Disproportion zwischen Freß- und Liegeplatzverhältnis. Das hat wiederum zur Folge, dass verschiedene, körperlich schwächere Tiere, ständig abgedrängt werden, aus denen sonst bei Gruppenhaltung noch brauchbare Jungrinder werden könnten.“*¹⁵³³ Durch den absoluten Mangel an Kälberplätzen in den verschiedenen Produktionsstufen konnten teilweise die vorgegebenen Belegintervalle nicht eingehalten werden. Die Serviceperiode musste aus diesem Grund häufig ausfallen. Beide Faktoren begünstigten wiederum das Entstehen von Infektionen und deren seuchenhaften Verlauf durch erhöhten Keimdruck – was ebenfalls eine systembedingte Tierschutzproblematik darstellt. Der Mangel an Stallplätzen resultierte unter anderen aus den allgemein bestehenden Abnahmeschwierigkeiten bei Kälbern. Hauptsächlich bei Bullenkälbern war dies der Fall. Neben den aus Platzmangel entstehenden tierschutzrelevanten Problemen spielte auch der geringe materielle Wert der Kälber eine Rolle. Teilweise versuchten sich die Betriebe mit Kälberschlachtungen zu helfen. Schlachtung

¹⁵²⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 196

¹⁵²⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 394

¹⁵³⁰ BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.117

¹⁵³¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 196

¹⁵³² BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 16.06.2012

¹⁵³³ FREIBERGER, D. (1973), Vet. med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 34

in sehr frühem Alter und die Tatsache, dass Kälber einen geringen Wert besaßen, war der allgemeinen Sorgfalt bei der Kälberpflege nicht eben zuträglich.¹⁵³⁴

Der Grenzwert für Ammoniak in der Stallluft von Tierhaltungen betrug in der DDR 30 ppm. In der Mehrzahl der als Kälberställe genutzten Altbauten wurde dieser Wert erreicht bzw. überschritten. Als Ursache dafür sah man „geschlossene Abluftschächte, aus verschiedenen Gründen nie benutzte Ventilatoren, geschlossene Zuluftöffnungen oder in vielen Fällen gar keine Lüftungsmöglichkeit.“¹⁵³⁵ Weitere Faktoren, welche die Verluste in solch ungeeigneter Umgebung offensichtlich begünstigten, waren Stoffwechselerkrankungen wie Rachitis durch fehlendes UV-Licht und fütterungsbedingte Mangelkrankungen.¹⁵³⁶ Am höchsten waren die direkten und indirekten Verluste angeblich in ehemaligen Schweineställen, welche im Zuge der Industrialisierung der Tierproduktion vielerorts zu Bauten für die Kälberaufzucht umfunktioniert wurden.¹⁵³⁷ FREIBERGER beschreibt in diesem Zusammenhang „sehr baufällige, kleine, mit wenig Fensterfläche und mit Holzbuchten versehene Stallgebäude“, in denen aufgrund zusätzlich fehlender Reinigung und Desinfektion zwischen den Belegungen massive Verluste durch Infektionen zu verzeichnen waren.¹⁵³⁸ Weiterhin wurden Offenställe „durch einfaches Zumauern mit Hohlblocksteinen in einen geschlossenen Stall umgebaut“, um Platz für die Kälberhaltung zu schaffen. Die Decke bestand aus „einem einfachen den Verbindern aufgelegten Pappdach bzw. teilweise aus Wellasbest.“¹⁵³⁹ Durch die fehlende Möglichkeit der Wärmeisolierung waren die Stallungen in den Herbst- und Wintermonaten kalt und feucht, was vielfach zu chronischen Atemwegsinfekten führte.¹⁵⁴⁰ Die Verlustraten in den Monaten Februar bis April waren laut Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD aufgrund der vielen Kalbungen in dieser Jahreszeit am höchsten. Das war für die nächste Produktionsstufe, die Jungrinderaufzucht, wegen der häufig mangelnden Stallkapazitäten nicht ausschließlich von Nachteil. Um das trotz Verlusten teilweise noch vorhandene erhöhte Kälberaufkommen hier auszugleichen, sollten die in den Frühjahrsmonaten geborenen Kälber bevorzugt der Kälbermast zugeführt werden.¹⁵⁴¹ Vor allem die LPG bestanden häufig aus mehreren, örtlich getrennten Standorten. Diese territoriale Zersplitterung brachte es mit sich, dass verschiedene Einheiten der Kälberaufzuchtanlagen weiter entfernt lagen. Ein häufiges Umsetzen der Kälber war bei diesen strukturellen Voraussetzungen organisatorische Notwendigkeit. Dieser Umstand wirkte sich auf die Kälbergesundheit höchstwahrscheinlich negativ aus, da einerseits die Umgruppierung und der Transport an sich Stressoren darstellten, andererseits stetig wechselnde stallspezifische Keimspektren eine erhöhte Infektionsgefahr darstellten. Ungünstig auf die Konstitution mussten sich ebenfalls die veränderten Haltungsformen auswirken, mit denen die Tiere durch das häufige Umsetzen ständig konfrontiert wurden. Ein stetiger und plötzlicher Wechsel zwischen Spaltenboden, Tiefstreu, Gruppenhaltung mit oder ohne Auslauf oder Einzelhaltung in Anbindung verlangte ein teilweise über die Möglichkeiten hinausgehendes Adaptationsvermögen.¹⁵⁴² Hinzu kam, dass mit jeder Veränderung der Haltungsform in der Regel auch eine Umstellung der Fütterung verbunden war. Ein Beispiel aus den frühen 70er Jahren für die Häufigkeit von Umsetzungen im Kälber- und Jungrinderabschnitt und die damit verbundenen drastischen Umstellungen wird von

¹⁵³⁴ BStU MfS SwN Reg.-Nr. II 135/76, 174/94, Bd. 1, Bl. 100 und KÖPP, W. (2013), Schriftliche Mitteilung

¹⁵³⁵ STOLPE, J. (1969), MH 24, S. 925

¹⁵³⁶ FREIBERGER, D. (1973), Vet. med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 29

¹⁵³⁷ STOLPE, J. (1969), MH 24, S. 924

¹⁵³⁸ FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 30

¹⁵³⁹ STOLPE, J. (1969), MH 24, S. 925

¹⁵⁴⁰ STOLPE, J. (1969), MH 24, S. 925

¹⁵⁴¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 47

¹⁵⁴² FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 16-17

FREIBERGER im Folgenden an Hand der LPG „Fortschritt“ Gerbisbach, Kreis Jessen, dargelegt:¹⁵⁴³

1. Einstallung der Kälber in die KAA¹⁵⁴⁴ in der 8. Lebenswoche bis zum Ende des 3. Lebensmonats
2. ab 3. Lebensmonat, Anfang 4. Lebensmonat bis zum 5. Lebensmonat: Strohhaltung mit Gruppenhaltung, ohne oder mit Auslauf oder aber Anbindehaltung
3. ab Anfang 6. Lebensmonat: Transport in 3 km entfernten Offenstall, hier Haltung auf Tiefstreu und in Gruppen
4. ab 7. Lebensmonat: Transport in Jungrinderaufzuchtanlage, hier Gruppenhaltung auf Vollspaltenböden bei Fress-Liegeplatzverhältnis von 1:3

Wie dieses Beispiel zeigt, mussten sich die Kälber innerhalb kurzer Abstände an völlig verschiedene Haltungssituationen anpassen, wobei eine neue Gruppenzusammensetzung und ein sich ständig änderndes Keimspektrum nur einen Bruchteil der Stressoren für die Tiere darstellten. Eine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber Krankheitserregern und das Auftreten von Technopathien aufgrund sich abrupt ändernder Umweltverhältnisse waren die häufige Konsequenz dieser gängigen Organisation in Betrieben der Kälberaufzucht.

Tierschutz in der industriellen Kälberhaltung

In den modernen, industriemäßig produzierenden Anlagen manifestierten sich andere Probleme aus Tierschutzsicht. Die Produktionsbedingungen dürften, was die Beachtung haltungshygienischer Prinzipien angeht, insgesamt bedeutend besser gewesen sein als in Altbauten. Die Anwendung verbesserter Haltungstechniken wirkte sich auch auf das Stallklima positiv aus, was unter Tierschutzaspekten als Fortschritt zu werten ist.¹⁵⁴⁵ Trotzdem wurden auch in der industriellen Kälberhaltung tierartspezifische Bedürfnisse unzureichend beachtet beziehungsweise gänzlich ignoriert.

Die bereits ab der Geburt in Einzelboxen auf Vollspaltenboden gehaltenen Kälber konnten hier in keiner Weise ihr Bedürfnis nach Bewegung befriedigen. Die Anbindung von Kälbern kann jedoch nicht als DDR-spezifisches Phänomen gesehen werden, da sie auch in anderen Ländern, wie beispielsweise in der BRD, gebräuchlich war.¹⁵⁴⁶ Neben der Anbindung als die Bewegung limitierender Faktor müssen auch die restriktiven Boxenmaße Erwähnung finden. So wurden die Kälber des K0-Bereiches bis 45 kg einzeln aufgestellt, wobei die vorgegebene Standplatzbreite lediglich 429 mm betrug. Im K1-Bereich wurden 500 mm Standplatzbreite veranschlagt.¹⁵⁴⁷ Als wesentlicher Vorteil gegenüber größerer Boxen wurde hier neben der Einsparung von Material und Platz eine vereinfachte Entmistung genannt, da die Kälberstände so eng waren, dass sie keinen Platz für ein Umdrehen der Tiere boten. Auf diesem Wege sollte verhindert werden, dass Ausscheidungen über die gesamte Box verteilt wurden, was

¹⁵⁴³ FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 17

¹⁵⁴⁴ KAA = Kälberaufzuchtanlage

¹⁵⁴⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 104

¹⁵⁴⁶ Die Anbindehaltung von Kälbern wurde in der BRD durch die am 01.01.1998 in Kraft tretende Version der Kälberhaltungsverordnung verboten (BGBl. I S. 3326).

¹⁵⁴⁷ TGL 22256/02

wiederum Zeitersparnis bei der täglich notwendigen Entmistung versprach.¹⁵⁴⁸ Die Veterinärmediziner aus den BIV für Bauhygiene¹⁵⁴⁹, denen ein gewisses Mitspracherecht bei der Planung der Anlagen eingeräumt wurde, plädierten für eine großzügigere Abmessung, vor allem im K0-Bereich. Ihr Vorschlag, im K0-Bereich zumindest die K1-Maße anzuwenden, wurde von den politischen Entscheidungsträgern mit Nachdruck zurückgewiesen. PAAR berichtet, dass den BIV-Tierärzten in diesem Fall von den Ökonomen vorgerechnet wurde, wie hoch die Materialeinsparung bei Berücksichtigung der vorgeschriebenen Boxenabmessungen sei. Dieses Argument ließ offensichtlich jede weitere Diskussion hinfällig werden.¹⁵⁵⁰

Die Prioritäten in der Kälberhaltung verschoben sich in Abhängigkeit der jeweiligen landwirtschaftlichen Entwicklungsperiode grundlegend. Zu Beginn der Kollektivierungsphase wurde von den Fachleuten noch die Wichtigkeit der Bewegungsmöglichkeit für Kälber unterstrichen: „*Durch reichliche Bewegung von frühester Jugend an erhält das Kalb die geforderte feste Konstitution, eine breite Brust, gesunde, leistungsfähige Lungen und ein ebensolches Herz, kräftige Knochen, Sehnen, Gelenke und Klauen.*“¹⁵⁵¹ Im Zuge der Einführung industrieller Produktionsmethoden wurde im Gegensatz dazu das Hauptaugenmerk auf die Einsparung von Material, Platz und Arbeitsaufwand bei der Betreuung gelegt, was aus Sicht des Tierschutzes kritisch zu sehen ist, da offensichtlich grundlegende Bedürfnisse der Tiere nur unzureichend befriedigt werden konnten. Als problematisch erwies sich die Haltung in Schmalboxen unter Tierschutzgesichtspunkten aufgrund dessen, dass sie kein arttypisches Verhalten zuließ. So wurde beobachtet, dass hier gehaltene Kälber aufgrund des Platzmangels ihrem Drang, sich hinzulegen, nicht nachkamen, da ihnen das Ablegen schwerfiel. Mit zunehmendem Alter der Tiere verschärfte sich diese Problematik. Die mit Futtertrögen aus Kunststoff ausgestatteten Boxen boten außerdem nur limitiert Platz für Raufutter, weshalb die Fresszeiten der Kälber physiologische Werte deutlich unterschritten.¹⁵⁵² Die in Schmalboxen auf Plastikspaltenrosten beobachteten überdurchschnittlich langen Ruhezeiten wurden von Kritikern als „*Ausdruck des fehlenden Anreizes zur Futteraufnahme (kein Grobfutter in der Plasteschale) und der Schwierigkeiten beim Aufstehen und Ablegen in den Schmalboxen*“ bewertet.¹⁵⁵³ Die aus arbeitsökonomischen Gründen seit den sechziger Jahren propagierte einstreulose Haltung auf Vollspaltenböden brachte dem Anschein nach nicht nur Vorteile mit sich und war in mehrererlei Hinsicht tierschutzwidrig. Die bereits ab der Geburt so gehaltenen Kälber entwickelten häufig Technopathien wie Aufliegeschäden, welche nur durch langwierige und aufwändige Behandlungen zu beheben waren.¹⁵⁵⁴ Bei der Verwendung von Rosten aus Kunststoff, den „*Plastespaltenrosten*“, rutschten die Kälber häufig und fanden beim Aufstehen nicht den nötigen Halt.¹⁵⁵⁵ Offenbar waren nicht überall der Wille und die materiellen Mittel vorhanden, um, wie gefordert, im vorderen Bereich der Einzelboxen Gummistreifen aufzubringen.¹⁵⁵⁶ In den achtziger Jahren kam man vom Trend der einstreulosen Kälberhaltung wieder ab und besann sich auf die Vorteile der Einstreuhaltung. Ausschlaggebend hierfür waren nicht nur eine verbesserte Kälbergesundheit, sondern vorrangig die Einsparung von Kosten für Energie. Man hatte festgestellt, dass bei der bisher so hochgelobten Haltung auf Güllerosten im

¹⁵⁴⁸ SLUCKA, R., BRIESEMEISTER, N. und BRUER, W. (1969), MH 25, S. 46

¹⁵⁴⁹ Leit-BIV für Bauhygiene in der DDR war das 1968 gegründete BIV in Bad Langensalza

¹⁵⁵⁰ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁵⁵¹ HOFFMANN, F. (1953), Aufzucht, Haltung, Pflege der Rinder, S. 15

¹⁵⁵² FRANZ, H., SCHMIDT, H.- P. und Drzimotta, M. (1989), Tierzucht 43, S. 421-422

¹⁵⁵³ FRANZ, H., SCHMIDT, H.- P. und POLZ, M. (1989), Tierzucht 43, S. 413

¹⁵⁵⁴ SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29

¹⁵⁵⁵ FRANZ, H. und SCHMIDT, H.- P. und Drzimotta, M. (1989), Tierzucht 43, S. 421

¹⁵⁵⁶ KLEIBER, H. (1971), MH 27, S. 266

Gegensatz zu Ställen mit Strohbuchten eine Heizung nötig war, um die für Kälber nötigen Stalltemperaturen zu erreichen. Darüber hinaus wiesen auf Stroh gehaltene Kälber höhere Zunahmeleistungen auf.¹⁵⁵⁷ In den achtziger Jahren bedeutete Intensivierung in der Kälberaufzucht vor allem die Ausschöpfung des genetischen Wachstumspotentials und die qualitativ bessere Aufzucht. Die Qualität der Aufzucht von Rindern bis zu einem Jahr wurde als der Intensivierungsfaktor schlechthin in der Rinderproduktion der DDR gesehen.

Als Grundprinzipien für die Kälberhaltung wurden in den späten achtziger Jahren genannt:¹⁵⁵⁸

- Anbindehaltung in Einzelbuchten, bevorzugt auf Einstreu
- in den ersten 40 Lebenstagen bevorzugte Fütterung von Vollmilch
- Gruppenhaltung der Kälber im K2- und K3-Bereich, bevorzugt im eingestreuten Laufstall, Tier-Fressplatz-Verhältnis möglichst 1:1
- Fütterung im K2- und K3-Bereich bevorzugt mit Grobfutter, zeitiges Gewöhnen an Festfutter
- konsequente Umsetzung hygienischer Vorgaben

Probleme traten jetzt vor allem dort auf, wo die vorhandenen, für einstreulose Haltung konstruierten Stallungen mit Einstreu versehen wurden. Hier wurde die Einstreu von den Tieren durch das Standplatzgefälle nach hinten auf die Kotfläche getreten, so dass die Kälber auf dem harten Boden zu liegen kamen. Der hintere Teil der Standfläche war durch die Ansammlung von Harn durchnässt und verschmutzt, was sich auch auf das Stallklima negativ auswirkte. Gute Erfahrungen machte man mit ebenerdigen Rosten als Untergrund, welche man durch Umrüstung anstelle der herkömmlichen Variante einbaute. Die Roste dieser neuen Haltungsvariante waren so konzipiert, dass Kot und Harn durchfallen konnten, die Einstreu jedoch auf der Liege- und Standfläche verblieb. Geeignet dazu waren zum Beispiel Ferkelroste. Die Betriebe, die auf diese oder ähnliche neue Haltungsverfahren mit Einstreu umstellten, konnten offenbar die Zahl der direkten Verluste durch Verendungen und Notschlachtungen erheblich senken und hatten messbar bessere Aufzuchtergebnisse.¹⁵⁵⁹ Erst nachdem Ende der achtziger Jahre noch immer unbefriedigende Leistungsergebnisse in Kälberaufzuchtbetrieben erreicht wurden und die Erkrankungsraten in vielen Betrieben 200% und mehr betragen, schien man sich vom Festhalten an platzsparender Einzelhaltung zu lösen und erprobte neue Methoden der Haltung, wie beispielsweise die Kombiboxenhaltung. Diese kombinierte die Gruppenhaltung von Kälbern mit den Vorteilen der individuellen Fütterung in Einzelboxen.¹⁵⁶⁰ Gisbert PAAR, der als Tierarzt im BIV für Bauhygiene in Langensalza tätig war, berichtet von ernsthaften Bestrebungen der Abschaffung der Anbindehaltung bereits ab Anfang der achtziger Jahre. Die Tierärzte des BIV versuchten, die Ökonomen mit den Möglichkeiten der Einsparung von Baumaterial von den Vorteilen der Gruppenhaltung zu überzeugen. Durch geschickte Argumentation hatte man als Veterinär des BIV durchaus Möglichkeiten, Verbesserungen für den Tierschutz zu erwirken, so PAAR.¹⁵⁶¹ Durch

¹⁵⁵⁷ SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29

¹⁵⁵⁸ PETER, W. (1988), MH 44, S. 108

¹⁵⁵⁹ SENG, W., GÖRSCH, G. und HILBIG, W. (1986), MH 42, S. 29-31

¹⁵⁶⁰ FRANZ, H. und SCHMIDT, H.- P. und POLZ, M. (1989), Tierzucht 43, S. 411

¹⁵⁶¹ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

Versuche mit solchen veränderten Haltungssystemen stellte man fest, dass der Leistungszuwachs von Kälbern in Gruppenhaltung und mit ad-libitum-Fütterung von Grobfutter und Vollmilch deutlich besser war und die Häufigkeit von Erkrankungen drastisch abnahm. Die Fresszeit, die Häufigkeit der Fressperioden, die Wiederkauzeiten und die Zeiten aktiver Bewegung waren in der Gruppenhaltung messbar höher und führten schlussendlich zu den guten Ergebnissen im Vergleich zur Haltung in Schmalboxen oder Anbindehaltung.¹⁵⁶² Man kritisierte jetzt in Publikationen die Nachteile der bis dato angewendeten Haltungssysteme. Im gleichen Zuge betonte man die Wichtigkeit einer artgerechten Haltung und Fütterung, damit auf der Basis einer guten Tiergesundheit stabile Leistungen erzielt werden sollten. Dies ist im Hinblick auf den Tierschutz als deutliche Verbesserung zu werten, wobei ökonomische Interessen im Vordergrund dieses Wandels gestanden haben dürften.

Von den Betrieben wurden diverse Möglichkeiten erwogen, die Verluste zu minimieren. Es wurden beispielsweise Gitterroste aus Schweineställen in die Kälberabteile eingebaut, darüber wurde eingestreut. Diese in vielen Ställen der DDR angewendete Maßnahme sollte zur Verbesserung des Stallklimas führen, da auf diese Weise Exkrememente besser abfließen konnten.¹⁵⁶³ Die hohe Luftfeuchtigkeit, die trotzdem weiter in den Ställen existierte, begünstigte weiterhin das Auftreten von Atemwegsinfektionen. Ab Anfang der achtziger Jahre wurden unter der Leitung des BIV Langensalza Versuche zur Kälberfreilufthaltung durchgeführt, um die Kälbergesundheit dauerhaft zu stabilisieren. Die Kälber sollten dafür in den Monaten März bis Oktober im Freien gehalten werden.¹⁵⁶⁴ Die Haltung der Kälber außerhalb der Stallungen wurde aus zwei Gründen veranlasst: Der vermutlich wichtigste Punkt war die Unterbrechung von Infektionsketten durch die Schaffung alternativer Unterkünfte für die Kälber. Der zweite Grund waren die durch Überbelegung häufig vorliegenden schlechten Stallklimaverhältnisse, denen man wirksam begegnen wollte. Durch die häufig vorkommende Belegung von Kälberabteilungen mit 20 bis 30 Tieren lag die relative Luftfeuchte im Stall meist über 80%.¹⁵⁶⁵ Das Verfahren sollte vorerst vorrangig in Problembetrieben zur Anwendung kommen.¹⁵⁶⁶ Nachdem die Kälbergesundheit dort durch die Freilufthaltung signifikant verbessert werden konnte, propagierten die Spezialisten für Bauhygiene des BIV bereits kurz nach den ersten Versuchen diese Art der Haltung. Ab 1985 etablierte sich die Unterbringung von Kälbern außerhalb des Stalles somit in den landwirtschaftlichen Betrieben der DDR. PAAR und Mitarbeiter empfahlen dazu die Einhaltung entsprechender Voraussetzungen:¹⁵⁶⁷

- Außenhaltung in den Monaten März bis September
- Aufstellung entsprechender Unterkünfte an der Süd- oder Südostseite von Stallgebäuden
- Überdachung der Kälberboxen sowie des davor liegenden Versorgungsbereiches
- Sonnen- und Windschutz für den gesamten Bereich
- Haltung auf Einstreu (möglichst Langstroh) und bodenfern (ca. 30 cm hoch)
- Strohmattzenbildung durch tägliches Einstreuen

¹⁵⁶² FRANZ, H. und SCHMIDT, H.- P. (1989), Tierzucht 43, S. 422

¹⁵⁶³ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁵⁶⁴ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁵⁶⁵ PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

¹⁵⁶⁶ Schacht, K. et al (1989) in: Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.)(1989) 20 Jahre BIV, S. 23

¹⁵⁶⁷ PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

- Schaffung einer befestigten Fußbodenfläche unter den Boxen und dem Versorgungsgang
- Freilufthaltung ab dem ersten Lebenstag nach Trocknung des Kalbes und dessen Versorgung mit Erstkolostrum

Laut PAAR erfolgte die Aufstallung der Kälber in der Praxis in hochgestellten Boxen, die 80 cm breit und 120 cm lang waren. Der Untergrund bestand aus einem eingestreuten Lattenrost, wodurch Harn abfließen konnte und die entstehende Strohmatte relativ trocken blieb.¹⁵⁶⁸

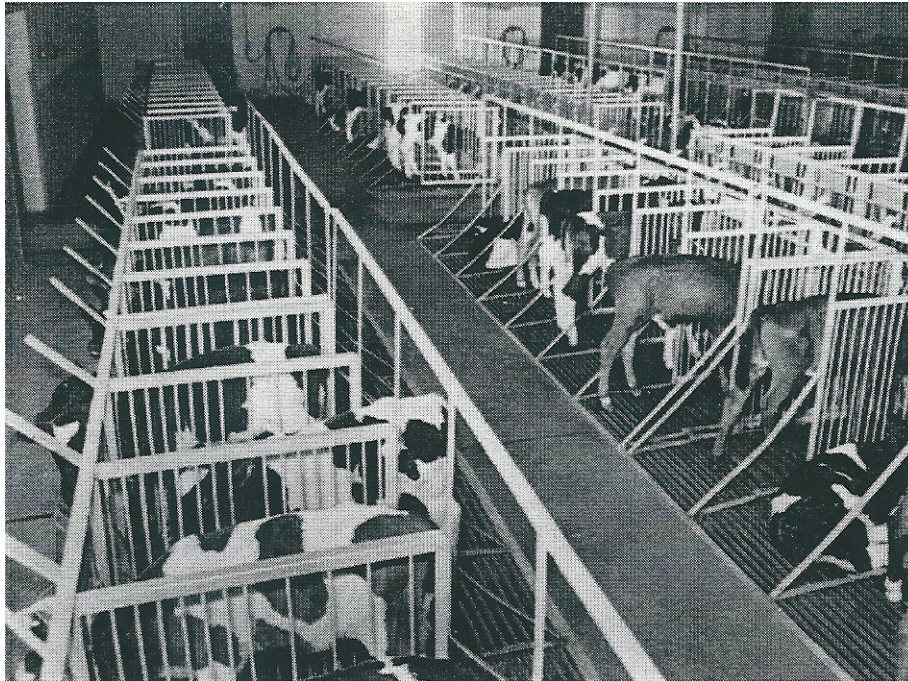
Die Einführung der beschriebenen Freilufthaltung für Kälber ist unter Gesichtspunkten des Tierschutzes sicherlich als maßgebliche Verbesserung zu bewerten. Wenngleich dabei die ökonomisch begründete Reduktion von Kälberverlusten im Mittelpunkt stand, so bedeutete die damit gewonnene Verbesserung der Kälbergesundheit durch Beachtung tierspezifischer Besonderheiten sicherlich auch eine Verminderung von Leiden.

Nicht jeder Betrieb hatte die Möglichkeit, auf oben genannte Alternativen umzustellen, da gerade in den achtziger Jahren die wirtschaftliche Lage der Betriebe kaum Investitionen zuließ. Nach Inkrafttreten des bundesdeutschen Tierschutzgesetzes und diverser Verordnungen am 3. Oktober 1990 mussten die Tierhaltungen an die neuen Vorschriften angepasst werden. Im Zuge dessen wurden Vorschläge für den Umbau der in den Typenprojekten der 1930er, 1232er und der 616er Milchviehanlagen vorhandenen Kälberabteile erarbeitet. Eine der aufgezeigten Möglichkeiten war das Entfernen jeden zweiten Trennbügels, wodurch die Standplatzbreite auf 85 cm erhöht werden konnte. Laut bundesdeutscher Kälberhaltungsverordnung waren für Kälber bis zum 14. Lebenstag Boxenmaße von 180*80*80 cm bei eingestreuter Liegefläche vorgegeben. Ostdeutsche Betriebe hatten bis zum 01.01.1995 Zeit, auf diese neuen geforderten Maße umzurüsten. Am Beispiel von Thüringen zeigte sich, dass vor allem die Einhaltung der neuen Standplatzgrößen Zeit brauchte. So hielten 1992 angeblich noch immer mehr als die Hälfte der thüringischen landwirtschaftlichen Betriebe ihre Kälber in Boxen mit zu gering bemessener Standplatzweite. Die Umstellung auf die geforderte Einstreuhaltung vor allem im Saugkälberbereich verlief dagegen in der Mehrzahl der Betriebe sehr zügig.¹⁵⁶⁹

¹⁵⁶⁸ PAAR, G. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 18.10.2013

¹⁵⁶⁹ PAAR, G. und WEINLICH, P. (1994), Dtsch. tierärztl. Wschr. 101, S. 118

Abb. 8: Industriemäßiger Kälberaufzuchtstall der DDR¹⁵⁷⁰



Stufenproduktion und Tierschutz

Ein auch in modernen Anlagen auftretendes Problem war die gleichmäßige Auslastung der Ställe in den verschiedenen Stufen der Kälberproduktion. Um das Plansoll zu erfüllen, mussten die Betriebe teilweise alle nur möglichen Kälber aufkaufen. Unterentwickelte Kälber mit verschiedenstem Immunstatus aufgrund der Vielzahl an Herkunftsbetrieben wurden hier ebenso akkumuliert wie zu junge Kälber. Diese wurden teilweise bereits im Alter von 7 Tagen in die Aufzuchtanlagen verbracht. Ein Grund dafür war die in den 70er Jahren auf Hochtouren laufende Brucellosesanierung, durch die man den Platz für Reagenten dringend brauchte. In den Aufzuchtanlagen setzte sich dieser Circulus vitiosus offensichtlich weiter fort, da aufgrund der überfüllten K1-Abschnitte die Kälber verfrüht, das heißt mit 42 Tagen, in den K2-Bereich wechseln mussten. Theoretisch sollten die Kälber erst ab dem dritten Lebensmonat in diesen Bereich, der sich auch durch ein dem Alter entsprechend angepasstes Fütterungsregime auszeichnete, aufgestellt werden.¹⁵⁷¹ Die Forderung des veterinärmedizinischen Fachorgans lautete deshalb, Kälber frühestens ab dem 14. Lebenstag umzustallen, damit zumindest eine immunologische Basis der Tiere vorhanden war. Einschränkend dazu heißt es in einer Publikation aus den Monatsheften für Veterinärmedizin von 1972: „Der Vollständigkeit halber muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß es für die Aufzuchtanlagen ein kleineres Risiko bedeutet, Kälber schon im Alter von 1 Woche zu übernehmen, als wenn sie in manchen Herkunftsbetrieben noch länger schlechten äußeren Bedingungen ausgesetzt sind.“¹⁵⁷² Es schien allgemein bekannt zu sein, dass die

¹⁵⁷⁰ LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 41

¹⁵⁷¹ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlagen, S. 21

¹⁵⁷² HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 16

Haltungsbedingungen für die Kälber in den Aufzuchtanlagen meist deutlich besser waren als in den K0-Bereichen der Milchviehanlagen. In den `Veterinärhygienischen Erfordernissen und Normen für die industrielle Kälberproduktion` wurde deshalb empfohlen, den Umsetzungszeitpunkt von der Konstitution der Tiere abhängig zu machen. Eine Einstallung in die Aufzuchtanlage in den ersten 14 Lebenstagen sollte demnach nur stattfinden, wenn die Kälber „*besonders leistungstark und gesund*“ waren und ein Mindestgewicht von 35 kg (Schwarzbuntes Milchrind der DDR) aufwiesen.¹⁵⁷³ Die Frage des optimalen Umsetzungsalters wurde über Jahre in zahlreichen Debatten vom veterinärmedizinischen Fachorgan und Ökonomen diskutiert. Auch in diesem Punkt gestaltete sich die Umsetzung festgelegter technologischer Parameter unter Praxisbedingungen schwierig. Laut TGL 22256/01 sollte die K1-Periode ab der zweiten Lebenswoche beginnen. In vielen Betrieben wurde die K0-Periode jedoch auf mehr als 20 Tage ausgedehnt, was sich wohl aufgrund der auftretenden Kälberdurchfälle in den ersten drei Lebenswochen als Notwendigkeit erwies, da ein Umsetzen so nicht möglich war. Weiterhin wollten die Aufzuchtanlagen „*im Interesse des Produktionserfolges*“ nur Kälber einstellen, die durch ein fortgeschrittenes Alter eine gewisse immunologische Grundresistenz mitbrachten.¹⁵⁷⁴ Da die Planvorgaben jedoch darauf hinausliefen, die Kälber tendenziell schon sehr früh umzusetzen, wurde in vielen Milchviehanlagen auf die Bereitstellung separater K0-Abteile verzichtet beziehungsweise waren diese Bereiche zu knapp bemessen.¹⁵⁷⁵ Folglich standen zu wenige Kälberplätze zur Verfügung, um die Kälber länger als eine Woche dort zu halten, obwohl dies notwendig war. Eine Serviceperiode für eine Reinigung und Desinfektion zwischen den Belegungen war aufgrund dieser Kapazitätsprobleme häufig offenbar nicht möglich, geschweige denn ein Vorgehen nach dem „Alles-Rein-Alles –Raus“ Verfahren. Als Resultat dieser Probleme im Betriebsmanagement heißt es in einer Publikation: „*In solchen Fällen waren Über[be]legungen, die Haltung der Tiere an nicht im Projekt vorgesehenen und nicht kälbergerechten Standplätzen, ein Anstieg des Arbeitsmaßes für das Pflegepersonal sowie hygienische Mängel bei der Fütterung und Betreuung die Folge, die letztlich das Erkrankungs- und Verlustgeschehen im K0- Bereich erheblich begünstigen.*“¹⁵⁷⁶ Zahlreiche Untersuchungen und Statistiken bestätigten diese These. Der mit Abstand größte Teil der Verluste dürfte im Zeitraum der ersten 15-20 Lebenstage der Kälber aufgetreten sein, insbesondere dann, wenn Tiere mit immunologischer Unreife auf unzureichende Haltungsbedingungen und Hygienemängel trafen. Eine Vielzahl der Untersuchungen zum idealen Zeitpunkt der Umsetzung fand erst statt, als die entsprechenden TGL schon verbindlich geworden waren. Die Untersuchungen kamen zu dem einheitlichen Ergebnis, dass ein Umsetzen von 5-15 Tage alten Rindern nicht optimal sein könne, da das frühe Umsetzen die Mortalität, auch in späteren Haltungsstufen, signifikant ansteigen lassen würde.¹⁵⁷⁷ Man schlussfolgerte, dass die Verluste durch eine Umsetzung ab dem 16. Lebenstag auf ein Drittel gesenkt werden könnten. Da sich im Sektor Rind ca. 65% der durchschnittlichen Verluste DDR-weit im ersten Lebensmonat manifestierten, propagierten die Fachleute aufgrund ihrer Untersuchungen eine generelle Erhöhung des Umsetzungsalters mit Verlängerung der K0-Periode auf 16 bis 37 Tage. Dazu forderten sie die entsprechenden Voraussetzungen: „*Hauptaugenmerk ist deshalb auf die Schaffung entsprechend dimensionierter Kälberabteile (8,5 Prozent bis 12 Prozent Kälberplätze zum Durchschnittskuhbestand) zu richten, die nach dem `Alles rein- alles raus`- Prinzip zu bewirtschaften sind. Eine Haltungsdauer von 16 bis*

¹⁵⁷³ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 76

¹⁵⁷⁴ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 48

¹⁵⁷⁵ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 48 und RIECK, H. (1979), Tiergesundheitliche Parameter in einer KAA, S. 26

¹⁵⁷⁶ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 48

¹⁵⁷⁷ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 50-51

37 Tagen unter den entsprechenden Bedingungen (Optimierung der Haltung, Fütterung und Betreuung) läßt eine beträchtliche Reduzierung der Mortalität und damit eine Stabilisierung und Effektivitätssteigerung der gesamten Kälberaufzucht erwarten.“¹⁵⁷⁸ Auch die Fachliteratur des westdeutschen Auslandes diskutierte darüber, dass die „stallklimatischen und –hygienischen Faktoren der auf Milchproduktion ausgerichteten Ställe sich für die Kälberhaltung als unzureichend“¹⁵⁷⁹ erweisen würden. Die Änderung der TGL auf ein verlängertes K0-Intervall fand trotz eindeutiger Ergebnisse mehrerer Wissenschaftler vorerst nicht statt. Da die verschiedenen TGL zusammenhingen, hätten hier weitere Vorschriften geändert werden müssen. Beispielsweise hätte man die Standplatzbreite von 42,9 cm erweitern müssen, da es problematisch gewesen wäre, ein Kalb mit mehr als 30 Lebenstagen in einer solchen Box zu halten. Erst in den achtziger Jahren war scheinbar auch im Bereich Kälberhaltung ein Umdenken ersichtlich, welches sich durch eine Abkehr vom Festhalten an starren Vorgaben hin zur individuellen Umgestaltung je nach betriebsspezifischen Ressourcen auszeichnete: „Bei Beibehaltung der Stufenproduktion erscheint es notwendig, über eine mögliche flexiblere Gestaltung dieser Stufenproduktion nachzudenken.“¹⁵⁸⁰ Diese Flexibilität sollte sich jetzt vor allem auf „die richtige Wahl des Umsetzungszeitpunktes und die Abstimmung der Haltungs- und Fütterungsverfahren einschließlich der notwendigen spezifischen Bewirtschaftungsmaßnahmen mit einer den jeweiligen Anforderungen der Tiere entsprechenden Betreuungsintensität“¹⁵⁸¹ auswirken. Eine Maßnahme, die nach neuen Prinzipien arbeitete, war die längere und flexibel zu gestaltende Haltungsdauer im K0-Bereich, welche nun bei 28 +/- 7 Tagen liegen konnte. Auch die Zusammenfassung von K0- und K1-Kälbern in einigen Betrieben war nun denkbar.¹⁵⁸² In den achtziger Jahren waren durch die Änderungen im Haltungs- und Fütterungsbereich offensichtlich kontinuierliche Verbesserungen der durchschnittlichen DDR-Aufzuchtergebnisse zu verzeichnen. Diese führte man unter anderem auf die verstärkte Beachtung der ‚goldenen Regeln in der Kälberaufzucht‘ zurück.¹⁵⁸³ Unter diesen verstand man vor allem die Schaffung ausreichend dimensionierter K0-Bereiche, eine verlängerte K0-Periode von 2 bis 5 Wochen, den Einsatz von qualifiziertem Personal für die Kälberpflege, die zeitgerechte Versorgung der Neonaten mit Erstkolostrum und eine strikte Geburtsüberwachung.¹⁵⁸⁴ In der Vergangenheit hatte man zahlreichen Quellen zufolge der Wichtigkeit der fachgerechten Geburtsüberwachung und der Erstversorgung des Kalbes nicht genügend Beachtung geschenkt. Die Konsequenzen einer offensichtlich wenig gewissenhaften Geburtsüberwachung waren Hypoxämien der Kälber, welche dann häufig zum Verenden der Neonaten führten. Weitere Mängel waren ein unterlassenes oder nicht ausreichendes Abtrocknen des Neugeborenen, welches zur Hypothermie führen konnte. Die zu späte Gabe und zu geringe Aufnahme von Kolostrum, nicht sachgemäßes Tränken sowie Hygienemängel während der Geburt und der anschließenden Erstversorgung des Kalbes dürften weitere Gründe für gehäufte Erkrankungen junger Kälber gewesen sein. Das war allem Anschein nach vor allem in konventionell produzierenden Betrieben problematisch, hier erfolgten mehr als die Hälfte aller Abkalbungen ohne Überwachung.¹⁵⁸⁵ Genannte Probleme traten verstärkt in Anlagen auf, in denen Kompetenzmängel bei der Betriebsleitung vorlagen.¹⁵⁸⁶ In einem MfS-Bericht, der die hohen

¹⁵⁷⁸ KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 52

¹⁵⁷⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 49

¹⁵⁸⁰ PETER, W. (1988), MH 44, S. 108

¹⁵⁸¹ PETER, W. (1988), MH 44, S. 108

¹⁵⁸² PETER, W. (1988), MH 44, S. 108

¹⁵⁸³ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 365

¹⁵⁸⁴ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 365

¹⁵⁸⁵ ELZE, K., SCHULZ, J. und WILHELM, J. (1979), MH 35, S. 402-403 und BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁵⁸⁶ BStU MfS BV Swn AOPK, Bl. 8

Kälberverluste einer LPG analysiert, wird unter anderem die nicht gesicherte Gabe von Kolostrum innerhalb der ersten beiden Lebensstunden aufgeführt. Vernachlässigt wurde das den Angaben zufolge vor allem dann, wenn die Kälber außerhalb der Schichtzeiten der Melker geboren wurden.¹⁵⁸⁷ In einem anderen Bericht des MfS mit gleicher Thematik wird als eine der Hauptursache für hohe Kälberverluste die fehlende Geburtsüberwachung in der Nacht genannt, wodurch offensichtlich Neonaten häufiger während der Geburt oder kurz danach verendeten. Für die hohen Verluste wurde auch die mangelhafte Versorgung postpartal verantwortlich gemacht: „*Sorgloser und gleichgültiger Umgang mit neugeborenen Kälbern. Die Tiere werden nach der Geburt nicht trocken gerieben, erhalten z. T. untertemperierte Kolostralmilch, und die Sauberkeit entspricht nicht den hygienischen Anforderungen.*“¹⁵⁸⁸

Die vorab beschriebenen Kapazitätsprobleme und die oft stark variierende Kälberzahl in den Stufen während der Produktionszyklen versuchte man teilweise auch durch häufiges Umsetzen von Tieren, vor allem im K2- und K3-Bereich zu begrenzen, wodurch zusätzlich erhöhte Seuchengefahr bestand.¹⁵⁸⁹ Im K1-Bereich dominierten Verluste durch Pneumonien und Durchfallerkrankungen sowie Tympanien. Fälle von länger anhaltender Diarrhoe kamen vor allem kurz nach der Umstallung der Kälber vom K0-Bereich in den Aufzuchtbetrieb vor. Ein verändertes Keimspektrum der Umgebung, weniger häufige Tränkmahlzeiten und die meist gleichzeitige Umstellung auf Milchaustauscher waren die Ursachen für die Durchfälle verursachenden Störungen der Magen-Darm-Flora. Die sich daraus zwangsläufig einstellende Abwehrschwäche fungierte als Wegbereiter für die Pneumonien, die dann häufig als Folgeerkrankung auftraten.¹⁵⁹⁰ Trotz der angeblich verbesserten Aufzuchtergebnisse bilanzierte man noch hohe Morbiditätsraten im Kälberbereich. Auch in den achtziger Jahren war es die Norm, dass bei mehr als der Hälfte der Tiere eines Kälberbestandes mindestens einmal respiratorische Erkrankungen auftraten.¹⁵⁹¹ Verluste im K2-Bereich entstanden zum großen Teil durch Kümmerer, also chronisch erkrankte Kälber, welche aufgrund der ungünstigen Prognose der Selektionsschlachtung zugeführt wurden. In den Monatsheften wies man darauf hin, dass das hauptsächlich Tiere betraf, die bereits im Vorfeld mehrfach behandelt werden mussten: „*Es handelte sich durchgängig um Tiere, die im K-0- und K-1-Bereich hohe Behandlungsraten aufwiesen und den K-1-Bereich wahrscheinlich nur infolge der intensiven Behandlung und Betreuung überlebten.*“¹⁵⁹² Problematisch dürfte weiterhin die für viele Kälber zu kurz bemessene K1-Periode gewesen sein, in der eine allmähliche Umstellung auf Trockenfutter erfolgte. Die Gewöhnung an ein gefordertes ganzes Kilo Trockenfutter konnte in diesem Handlungsabschnitt bei der Mehrzahl der Kälber wohl nicht realisiert werden, im K2-Bereich sollte diese Menge jedoch von Anfang an aufgenommen werden. Da die Vorgaben des Produktionszyklogramms nicht verändert werden konnten, war hier weder eine Verlängerung der K1-Periode noch eine dem Kalb entsprechende individuelle Verabreichung von Tränke im K2-Bereich möglich, was sich zu Ungunsten der Konstitution der Tiere auswirkte und krankheitsanfällige Kümmerer entstehen lassen musste.¹⁵⁹³ Kälber, welche im K1-Bereich oder früher an Diarrhoe oder enzootischer Pneumonie erkrankten und die Infektion überlebten, zeigten im Allgemeinen depressives Wachstum und verminderte Futteraufnahmen. Auch bei diesen Tieren war angeblich eine individuelle, gesonderte

¹⁵⁸⁷ BStU MfS AOPK SwN, 741/89, Band 1, Bl. 130

¹⁵⁸⁸ BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl. 117

¹⁵⁸⁹ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlagen, Anhang-These II

¹⁵⁹⁰ RIECK, H. (1979), Tiergesundheitliche Parameter in einer Kälberaufzuchtanlage, S. 14, 23

¹⁵⁹¹ Als Beispiel dient hier die Statistik des Bez. Potsdam: BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1302, Bl. 74

¹⁵⁹² KLEINER, W. et al. (1981), MH 37, S. 51

¹⁵⁹³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 235

Betreuung im K2-Bereich nicht möglich, was diese Tiere in den meisten Fällen noch weiter zurückfallen ließ.¹⁵⁹⁴

Im K3-Bereich manifestierten sich wiederum andere Schwierigkeiten. So enthielt das Angebotsprojekt für die KAA 3200¹⁵⁹⁵ beispielsweise keine vorgesehene Serviceperiode, das heißt keinen in der Produktionskette vorgesehenen Tag für Reinigung und Desinfektion vor einer Neubelegung. Die Betriebsleitungen mussten sich in solchen Fällen entscheiden, ob sie den Produktionsablauf unterbrechen oder ob sie zugunsten eines ungestörten Prozesses auf die nötigen Hygienemaßnahmen verzichten wollten. Aus Mangel an Zeit wurde sich hier mutmaßlich oft für den reibungslosen Ablauf des Rein-Raus-Prinzips und gegen eine Serviceperiode entschieden. In der Folge dieser Hygienemängel kam es zu seuchenhaften Ausbrüchen von beispielsweise IBR mit enzootischen Pneumonien, gefolgt von dazugehörigen Sekundärinfektionen.¹⁵⁹⁶ Die meisten Verluste im K3-Bereich basierten auf den Folgeerscheinungen der enzootischen Pneumonie, wodurch in diesem Haltungsabschnitt eine Vielzahl an Selektionsschlachtungen der kümmernden Jungtiere veranlasst wurde.¹⁵⁹⁷ Im Absatzkälberbereich war die innovative Idee in den späten achtziger Jahren, die K2- und K3-Haltungsperiode auf insgesamt 3 Monate zu verkürzen und die Kälber zu einer Haltungseinheit „Absatzkalb“ zusammenzufassen, wo sie in einer gemeinsamen Gruppenbucht gehalten werden sollten. Desweiteren sollte der Umsetzungszeitpunkt der Kälber in die Jungründeraufzuchtanlage neu diskutiert werden, da sich der bis dahin gewählte Zeitpunkt des vollendeten sechsten Lebensmonats nicht bewährt hatte. Begründet wurde das damit, dass „zu diesem Termin die erforderliche differenzierte Versorgung der Tiere mit Konzentraten und hochwertigem Grobfutter“ noch nicht als Notwendigkeit gesehen wurde.¹⁵⁹⁸ Ein weiteres Problem in allen Stufen der Kälberproduktion war wohl das durch Schichtwechsel und Ausfälle ständig wechselnde Personal. Hierdurch war es scheinbar die Regel, dass jedes Kalb zu jeder Mahlzeit von einer anderen Person versorgt wurde. Außerdem wurden starke Differenzen im Engagement der einzelnen Arbeitskräfte beobachtet.¹⁵⁹⁹ BUSCH beschreibt die offensichtlich häufig vorliegende Problematik so: Die Kälber wurden meistens von Frauen versorgt. Oft waren diese schon zuhause, wenn der Tierarzt in den Stall kam. Die zu behandelnden Tiere wurden auf Stalltafeln oder in Stallbücher notiert. Damit das wechselnde Personal sowohl die Medikation als auch bestimmte Vitaminsubstitutionen kannte, wurden diese Angaben für jedes Kalb ebenfalls auf Stalltafeln über den Boxen festgehalten. Individuelle Besonderheiten bestimmter Kälber betreffs Krankheitsverlauf und Versorgung konnten deshalb nur in begrenztem Maße zwischen Tierarzt und Kälberpflegerin ausgetauscht werden.¹⁶⁰⁰ Da die Betreuung der erkrankten Tiere durch das Pflegepersonal offensichtlich häufig nicht mit der Intensität erfolgte, wie sie erforderlich gewesen wäre, war die tägliche Nachschau durch den Anlagentierarzt oder den Veterinäringenieur teilweise unabdingbar,¹⁶⁰¹ obgleich offenbar ausreichend Personal für eine sorgfältige Gesundheitsüberwachung vorhanden gewesen wäre.¹⁶⁰² In westdeutscher Literatur findet man Hinweise, die diese Tatsache bestätigen und die auf die damals auch die Kälberproduktion beeinflussende Absurdität der sozialistischen Planvorgaben eingehen: „Die signifikant

¹⁵⁹⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 232

¹⁵⁹⁵ AP KAA 3200: eines der Angebotsprojekte für industriemäßige Kälberaufzuchtanlagen

¹⁵⁹⁶ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlagen, S. 24-25

¹⁵⁹⁷ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlagen, S. 29 f.

¹⁵⁹⁸ PETER, W. (1988), MH 44, S. 109

¹⁵⁹⁹ BERLIN, B. (1982), Kälberaufzuchtanlagen, S. 27

¹⁶⁰⁰ BUSCH, B. (2011), Mündliche Mitteilung vom 15.11.2011

¹⁶⁰¹ BUSCH, B. (2011), Mündliche Mitteilung vom 18.11.2011

¹⁶⁰² BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

höheren Verlusten der MV-Betriebe¹⁶⁰³ bei den lebendgeborenen Kälbern wird dadurch erklärt, daß (...) angeblich viele Beschäftigte in der MV-Haltung nicht über die erforderliche Qualifikation als Kälberpfleger verfügen bzw. die nötige Sorgfalt bei der Kälberbetreuung vermissen lassen, da ihre Entlohnung und Prämierung nach Milchqualität, abgelieferter Milchmenge und Futteraufwand (je kg Milch) abgerechnet wird, und deshalb jeder Liter Milch, der dem Kalb verabreicht wird (außer Kolostrum), 'einkommensmindernd' wirkt.¹⁶⁰⁴ Eine weitere Ursache für mangelndes Engagement war vermutlich auch in der „subjektiven Unterschätzung des Wertes des Kalbes sowohl aus finanzieller als auch aus züchterischer Sicht“ zu sehen.¹⁶⁰⁵ Qualifikationsmängel und wechselndes Personal führten zusammen mit den häufig noch fehlenden Dosiereinrichtungen zur fehlenden Konstanz der an die Kälber verfütterten Rationen.

Tränken ohne Sauger, Tränkfehler

Technologien waren in jeder Produktionsstufe vorgegeben und erwiesen sich, wie bereits mehrfach dargestellt, nicht immer als praxistauglich. Obgleich ethologische Besonderheiten der Tierarten bekannt waren und diese auch in Lehrbüchern dargestellt wurden, wurden artspezifische Bedürfnisse in der Tierhaltung nicht oder nur begrenzt berücksichtigt, wie das Beispiel der Fütterung von Saugkälbern aufzeigt. Im Lehrbuch „Industriemäßige Tierproduktion - Grundlagen“¹⁶⁰⁶ wird ausführlich auf den beim Kalb vorhandenen Saugtrieb eingegangen. Weiterhin wird dargestellt, dass die Tränkung aus dem Eimer folglich nicht zur Befriedigung des Saugtriebes führt, was Verhaltensauffälligkeiten bedingen kann: „Die kurze Zeit der Milchaufnahme aus dem Eimer von 2 bis 4 Minuten reicht deshalb nicht aus, den Saugreflex vollständig zu hemmen. Folglich suchen die Kälber nach der Milchaufnahme nach Ersatzobjekten, an denen sie ihre Erregung abreagieren können.“¹⁶⁰⁷ Möglichkeiten zum Stillen des Saugtriebes und der damit einhergehenden Prophylaxe von gegenseitigem Besaugen bzw. des Besaugens von Gegenständen wurden nicht aufgezeigt, ebenso wenig wie die Ursachen dieser Verhaltensanomalien in dem Lehrbuch diskutiert wurden. Der Hauptgrund dafür lag darin, dass in der DDR prinzipiell für die Kälbertränke keine Eimer mit Sauger verwendet wurden. Bodo BUSCH, Tierarzt und Zeitzeuge berichtet: „Die Kälber mussten von Anfang an aus dem Eimer saufen, zuerst häufig mit Hilfe der Finger der Pflegerin. Tränken mit der Flasche wurde nur in absoluten Ausnahmefällen praktiziert. Das war eben das Dilemma, dass die Verfahren vorgegeben waren und jeder versuchen musste, damit auszukommen.“¹⁶⁰⁸ Unter Tierschutzgesichtspunkten war dies ein DDR-spezifisches Problem. In der benachbarten BRD war es Zeitzeugenberichten nach bereits in den sechziger Jahren gängige Praxis, Kälber aus mit Saugern versehenen Eimern zu tränken.¹⁶⁰⁹ In der DDR wurden die Kälber nach der Geburt vom Reproduktionsteil direkt in den Kälberstall oder das Abteil für Kälber der Milchviehanlage verbracht. Hier kam jedes neu geborene Kalb in die als Einzelbucht konzipierte Kälberwiege, was neben der Senkung des Infektionsdruckes auch der Verhinderung des gegenseitigen Besaugens diente.¹⁶¹⁰ Erst Ende der achtziger Jahre etablierte sich das Tränken von Kälbern mittels Saugern. Anreiz zum Umdenken gaben die noch immer

¹⁶⁰³ MV= Milchvieh

¹⁶⁰⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 49

¹⁶⁰⁵ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 365

¹⁶⁰⁶ PILZ, K. et al. (1978), Industriemäßige Tierproduktion. Grundlagen.

¹⁶⁰⁷ PILZ, K. et al. (1978), Industriemäßige Tierproduktion, S. 333

¹⁶⁰⁸ BUSCH, B. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 18.11.2011

¹⁶⁰⁹ STOCK, J. (2012), Mündliche Mitteilung vom 21.09.2012

¹⁶¹⁰ MOTHESE, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 57

ungenügenden Ergebnisse in der Kälberaufzucht, wobei die Ursachen im fehlerhaften Haltungs- und Fütterungsmanagement gesehen wurden. Die Nutzung von Saugern wurde nun als „eine Möglichkeit zur Schaffung besserer Umweltverhältnisse“ gesehen, wobei man sich an den ethologischen Besonderheiten des Kalbes orientierte.¹⁶¹¹

Abb. 9: Füllung der Tränkeimer aus dem Tankwagen¹⁶¹²



Die Erkenntnis, dass die Befriedigung tierartspezifischer Bedürfnisse langfristig zu Leistungszuwachs bei gleichzeitig geringen Verlusten führte, gewann an Bedeutung. Das angeführte Beispiel der fehlenden Sauger stellt keinen Einzelfall dar, wenn es um falsches Fütterungsmanagement geht. Weitere häufige Tränkfehler beim Tränken aus dem Eimer waren laut HORZETZKY und BREHME:¹⁶¹³

- eine nicht rechtzeitige Gabe von Kolostrum, welches in mangelhafter Quantität und Qualität verfüttert wurde
- eine fehlende Regelmäßigkeit und Häufigkeit der Tränkmahlzeiten
- die Über- oder Unterversorgung mit Tränkmilch
- mangelhafte Beachtung der richtigen Tränktemperatur
- fehlende oder nicht ausreichende Substitution von Flüssigkeit in Form von Diättränke bei Gastroenteritiden

Die sich aus diesen Fehlern augenscheinlich ergebenden Folgen wie Indigestionen, Leistungsdepression, verminderte Krankheitsresistenz und das Verenden von Kälbern sind als Tierschutzproblematik zu werten, welche größtenteils auf Schwachpunkte in der Organisation der Produktion, das Festhalten an vorgegebenen Abläufen, fehlende Flexibilität und teilweise schwache Motivation der Mitarbeiter zurückzuführen war.

¹⁶¹¹ HORZETZKY, H., BREHME, A. (1989), Tierzucht 43, S. 533

¹⁶¹² MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 905, Tafel 41

¹⁶¹³ HORZETZKY, H., BREHME, A. (1989), Tierzucht 43, S. 533

Durch die Vorgabe, Vollmilch in hohen Mengen zur Versorgung der Bevölkerung zu produzieren, wurde mit dem Übergang zu industriemäßiger Produktion dazu übergegangen, verstärkt Milchaustauscher beziehungsweise fremdfettangereicherte Magermilch anstatt Roh- und Vollmilch zu vertränken. Durch diese „Sparmaßnahme“ kam es häufig zu Mangelerscheinungen, speziell zur energetischen Unterversorgung der Kälber, welche das Adaptationsvermögen und die Krankheitsresistenz der Tiere beeinträchtigte.¹⁶¹⁴ Zu geringe Tränketemperaturen und ungenügende Homogenisierungen der fremdfettangereicherten Frischmagermilch führten häufig zu Verklumpungen der Tränke, wodurch Indigestionen beim Tier vorprogrammiert waren. Erst Mitte der achtziger Jahre befürwortete man deshalb wieder eine Versorgung der Kälber mit Roh- beziehungsweise Vollmilch während der gesamten K1-Periode, mindestens aber in den ersten vier Haltungswochen. Fremdfettangereicherte Frischmagermilch sollte nur noch unter der Bedingung vertränkt werden, dass das zugesetzte Fett maschinell homogenisiert und mindestens 1,4 kg Festfutter täglich zugefüttert wurde.¹⁶¹⁵

Infektionskrankheiten

Um direkte und indirekte Kälberverluste zu minimieren, wurden vom Institut für bakterielle Tierseuchenforschung Jena-Zwätzen folgende Forderungen veröffentlicht: *„Die konsequente Trennung zwischen Kälber- und Färsenaufzucht, um mögliche Infektketten zu unterbrechen und durch geschlossene Belegung und Räumung der Stalleinheiten Serviceperioden einschalten zu können; die Beschränkung der Zahl der Kälberlieferbetriebe; Einstellung von Kälbern aus Beständen, deren Herdengesundheit überwacht wird und aus denen keine kranken und in der Entwicklung zurückgebliebenen Tiere übernommen werden; Einzelboxenhaltung während der ersten 4 bis 6 Wochen sowie die Einstellung der Tiere mit einem Mindestalter von 14 Tagen, soweit es die Wirtschaftsform der Kälberlieferbetriebe erlaubt, und die weitgehende Vermeidung äußerer Reizeinwirkungen.“*¹⁶¹⁶ Betriebe, die nach diesen Grundsätzen arbeiteten, sollten angeblich Verlustraten unter 3% aufweisen können. Als weitere krankheitsfördernde und deshalb zu meidende Stressoren wurden Unregelmäßigkeiten in der Fütterung, kalte Tränken, zu rasche Umstellung des Futters und ein suboptimales Stallklima aufgezählt.¹⁶¹⁷

Die Folge der in der Praxis nicht immer leicht zu behebenden Mängel waren verschiedene Infektionskrankheiten der Kälber, die in vielen Fällen zu gravierenden wirtschaftlichen Verlusten führten. Die am häufigsten in Kälberaufzuchtanlagen auftretenden Infektionskrankheiten waren den Monatsheften nach Infektionen mit E. coli und Salmonella dublin sowie Enzootische Pneumonien, hervorgerufen durch verschiedene Erreger wie das Bovine Herpesvirus, Mykoplasmen, Pasteurellen, Streptokokken und andere. Demnach soll bei der enzootischen Pneumonie eine Morbidität von 30-80% pro Anlage keine Seltenheit gewesen sein, wobei sich die Mortalität im Durchschnitt auf ein Drittel der erkrankten Tiere erstreckt haben soll.¹⁶¹⁸ 1986 lag die Häufigkeit der an Pneumonie erkrankten Kälber im DDR-Durchschnitt bei ca. 60% der Tränkkälber und bei 30% der Absatzkälber.¹⁶¹⁹ An anderer Stelle wird angegeben, dass ca. die Hälfte aller Verluste bei Rindern zwischen dem dritten und siebten Lebensmonat auf die enzootische Pneumonie zurückzuführen sind, sei es

¹⁶¹⁴ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 364

¹⁶¹⁵ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 366

¹⁶¹⁶ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 11

¹⁶¹⁷ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 11-12

¹⁶¹⁸ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 12-14

¹⁶¹⁹ JENTSCH, D. und SCHMOLDT, P. (1986), MH 41, S. 366

in Form unheilbarere Pneumonien mit folgender Krank- oder Notschlachtung oder durch chronisch kranke Tiere, die gemerzt wurden.¹⁶²⁰ Wissenschaftler betonten aber immer wieder, dass gerade die enzootische Pneumonie eine Faktorenkrankung sei, die nicht nur auf das Vorhandensein oben genannter Infektionserreger zurückgeführt werden könne.¹⁶²¹ Begünstigend auf Ausbrüche wirkten nach Ansicht der Experten hohe Tierkonzentrationen, die für einen massiven Infektionsdruck sorgten. Häufige Tierumstellungen und viele unterschiedliche Herkunftsbetriebe, die zwingend verschiedene Keimspektren und Differenzen des Immunstatus der Tiere mit sich brachten, waren weitere Ursachen für seuchenhaft verlaufenden Infektionen.¹⁶²² Weiterhin wurden suboptimale Stallklimaverhältnisse, zu große Tiergruppen und Hygienemängel in belegten Stalleinheiten als ätiologische Faktoren für die Entstehung der enzootischen Pneumonie diskutiert.¹⁶²³ Auch die Prophylaxe der Pneumonie durch veränderte Haltungsbedingungen war eine Forderung des in den achtziger Jahren stattfindenden Umdenkens. In den Monatsheften für Veterinärmedizin findet man dazu nun präzise Vorschläge: „*Lösungsmöglichkeiten müssen neben der Anwendung der Einstreuhaltung, insbesondere in Problemställen, in verbesserten funktionstüchtigen technischen Systemen und Regeleinrichtungen zur Klimaführung auf der Basis moderner Technik angestrebt werden.*“¹⁶²⁴ Einer der Gründe für schadgashaltige Luft in den Ställen war eine fehlende oder unzureichende Unterflurentlüftung, wodurch die unter den Einzelboxen im Güllekanal entstehenden Schadgase nicht ausreichend eliminiert wurden.¹⁶²⁵ Die Haltung von Kälbern in Freilandhütten wurde ebenfalls als Lösungsmöglichkeit zur Vermeidung aerogener Infektionen für die Zukunft diskutiert, da hierzu in anderen Ländern wie Bulgarien bereits positive Erfahrungen vorlagen. Hier sah man vor allem bei saisonal bedingtem Platzmangel oder während Rationalisierungsmaßnahmen Einsatzmöglichkeiten.¹⁶²⁶ Nahezu identisch in ihrer Bedeutung für das Verlustgeschehen im Kälberbereich zur enzootischen Pneumonie dürften Durchfallerkrankungen gewesen sein. Rund 80% aller in die Aufzuchtanlagen verbrachten Kälber erkrankten Statistiken zufolge mindestens einmal an Durchfall. Durch Vererdungen und indirekte Verluste infolge Wachstumsverzögerung war die Kälberdiarrhoe somit angeblich an ungefähr der Hälfte der Gesamtverluste im Kälberbereich verantwortlich. Ursachen für diese Infektionen waren vermutlich meist ungünstige Stallklimaverhältnisse, vor allem Zugluft oder Feuchte in Verbindung mit Kälte sowie Fehler in der Fütterung. Durchfallerkrankungen dienten zudem häufig als Wegbereiter für Pneumonien.¹⁶²⁷ Eine weitere wirtschaftlich bedeutende und häufig auftretende Erkrankung der Kälber und Jungrinder der DDR war die Trichophytie. Diese Zoonose galt deshalb als ökonomisch relevant, weil pro Jahr in der Republik über 1500 Erkrankungen von Menschen gemeldet wurden, die sich bei erkrankten Tieren angesteckt hatten: „*Da es sich zu einem großen Teil um Facharbeiter aus der Landwirtschaft handelte, die im Rahmen der industriellen Produktion sehr große Tiergruppen zu betreuen haben, wird klar, welche Bedeutung der Erkrankung bei Personalausfall als Störfaktor in der landwirtschaftlichen Produktion zukommt.*“¹⁶²⁸ Auf die Tatsache, dass es sich bei der Trichophytie um eine Faktorenkrankheit handelt, deren Ausbreitung vor allem durch Fehler im Haltungs- und Fütterungsmanagement und dadurch entstehenden Stress für die Tiere begünstigt wird, wird in erwähntem Artikel nicht eingegangen. Anstatt die Ursachen der Erkrankung zu reflektieren

¹⁶²⁰ STEITMANN, H.-W. (1976), MH 32, S. 27

¹⁶²¹ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 12-14 und LAMPRECHT, W. (1981), MH 37, S. 663

¹⁶²² HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 15

¹⁶²³ STEITMANN, H.-W. (1976), MH 32, S. 28

¹⁶²⁴ PETER, W. (1988), MH 44, S. 109

¹⁶²⁵ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 65

¹⁶²⁶ PETER, W. (1988), MH 44, S. 109

¹⁶²⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 232

¹⁶²⁸ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 16

und anschließend Vorschläge zu deren Eliminierung darzustellen, wird hier lediglich zur Behandlung größerer Tierbestände mittels Medizinalfutter Stellung bezogen.¹⁶²⁹

Kälberhaltung unter industriellen Bedingungen versus Kälberhaltung in LPG – Vergleich unter Tierschutzgesichtspunkten

Will man die Probleme in der Kälberaufzucht der DDR unter Tierschutzaspekten umfassend darstellen, muss man die Kälberaufzucht in konventionellen Betrieben mit der in industriellen Anlagen vergleichen. Hier sind laut der Aussagen eines Zeitzeugen teilweise erhebliche Unterschiede zu verzeichnen gewesen. BUSCH erläutert, dass die Bedingungen sowohl für die Tiere als auch für die darin beschäftigten Menschen in industriellen Anlagen deutlich komfortabler gewesen seien als in Altställen der LPG. Zusätzlich sei das Personal industriell produzierender Betriebe angeblich höher qualifiziert gewesen als es in den LPG häufig der Fall war.¹⁶³⁰ Für die Kälberhaltung wären als Vorteile industrieller Anlagen zu nennen, dass diese in der Regel mit 100 K0-Plätzen ausgestattet waren, das Vorgehen nach dem Alles-Rein-Alles-Raus-Prinzip die Norm darstellte und dass die Geburtshygiene allgemein anscheinend den Anforderungen entsprechend eingehalten wurde. Nach Hubert RIECK gab es je nach Alter oder Geburtsgewicht der Tiere einen strikt einzuhaltenden Tränk- und Fütterungsplan, ein viermal tägliches Tränken in den ersten Lebenswochen konnte hier in der Regel eingehalten werden. Im Gegensatz dazu konnte in konventionellen Betrieben häufig das „Alles-Rein-Alles-Raus“-Verfahren nicht umgesetzt werden, da wohl die Kapazitäten und der damit verbundene Arbeitsaufwand dies nicht zuließen. RIECK schildert in seiner Abschlussarbeit, dass Geburtshygiene und Neonatenversorgung hier häufig unzureichend gewesen seien. Getränkt wurde laut RIECK nicht selten nur zweimal täglich, was auch im Saugkälberbereich zugetroffen haben soll. Unter diesen Umständen ist es glaubhaft, dass die Kälberverluste in modernen, industriemäßigen Anlagen teilweise bei unter 1% gehalten werden konnten, wohingegen die Verluste in konventionellen Betrieben in der Regel um ein Vielfaches darüber lagen.¹⁶³¹

4.1.3.10 Jungrinderhaltung in der industriellen Tierproduktion

Die Aufzucht der Jungrinder sollte stets getrennt von der der Kälber stattfinden, vor allem um seuchenhygienischen Anforderungen gerecht zu werden.¹⁶³² Die Jungrinderaufzucht war der Produktionszweig in der DDR, wo die Haltung unter industriellen Bedingungen neben der Geflügelhaltung am weitesten verbreitet war.¹⁶³³ Geplante Anlagen mit Tierkonzentrationen von mehreren tausend Tierplätzen konnten aufgrund der hohen Investitionskosten nur auf Basis der Kooperation entstehen. Der Standort von Jungrinderaufzuchtanlagen in der DDR war zumeist an vorhandene Weideflächen gebunden.¹⁶³⁴ Industriemäßige Anlagen der Jungrinderaufzucht fand man deshalb vor allem in Gebieten mit einem hohen Grünlandanteil, zum Teil wurde die Aufzucht der Jungtiere aus grünlandarmen Bezirken hierher verlegt.¹⁶³⁵ Anfang der siebziger Jahre rechnete man mit einem Rückgang der Grünlandfläche um 100.000 Hektar zugunsten der Ackerflächen für die nächsten Jahre. Die verbleibenden 1,3

¹⁶²⁹ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 17

¹⁶³⁰ BUSCH, B. (2011), Persönliche Mitteilung vom 16.06.2012

¹⁶³¹ RIECK, H. (1979), Tiergesundheitliche Parameter in einer Kälberaufzuchtanlage, S. 5-6

¹⁶³² MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 13

¹⁶³³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 109

¹⁶³⁴ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 14

¹⁶³⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 50

Millionen Hektar Grünland sollten aus Gründen der Effektivität vorrangig als Weideflächen für die industriemäßige Jungrinderaufzucht genutzt werden.¹⁶³⁶

Die industriemäßige Kälber- und Jungrinderaufzucht sollten folgende Punkte gewährleisten:¹⁶³⁷

1. Aufzucht von brucellose- und tuberkulosefreien Färsen
2. Erstkalbealter 24-27 Monate
3. Zuchtreife im Alter von 15-17 Monaten
4. Erstbesamungsraten von mehr als 70%
5. Aufzuchtverluste bis zum 6. Lebensmonat sollten unter 3% bleiben

Die Kälber wurden aus den Kälberaufzuchtanlagen mit einem Alter von ca. 7 Monaten zugekauft und verblieben in den Jungrinderaufzuchtanlagen in der Regel bis zum siebten Trächtigkeitsmonat, wo sie an die Milchviehanlagen verkauft wurden. Die Haltungsabschnitte der 18-20 Monate langen Haltungsperiode wurde folgendermaßen eingeteilt:¹⁶³⁸

Tabelle 9: Einteilung der Jungrinder nach Altersstufen in Haltungsabschnitte¹⁶³⁹

| Haltungsabschnitt | Alter |
|-------------------|----------------------------------------------|
| JR1 | 7. bis 11,5. Monat bzw. 7. bis 11. Monat |
| JR2 | 11,6. bis 20,5. Monat bzw. 12. bis 15. Monat |
| JR3 | 20,6. bis 24. Monat bzw. 16. bis 20. Monat |
| JR4 | 20. Monat bis Verkauf |

Dabei wurde einerseits die Stallhaltung und in den meisten Fällen, regional und saisonal abhängig, auch die Weidehaltung angewendet. Die Stallhaltung erfolgte in Gruppenbuchten mit Fangfressgittern und auf Vollspaltenböden bei einem Tier-Fressplatzverhältnis von 1:1 oder 2:1, je nach Art der Futterverteilung.¹⁶⁴⁰ Durch die Haltung auf Vollspaltenböden konnte der Stallflächenbedarf angeblich auf ein Drittel oder sogar ein Viertel gegenüber dem bei der Einstreuhaltung gesenkt werden. Dadurch errechnete man sich in modernen Anlagen eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf das fünf- bis sechsfache, welche mit verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten einhergehen sollte.¹⁶⁴¹ Gegen die

¹⁶³⁶ PETER, W. (1973), MH 29, S. 87

¹⁶³⁷ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 16

¹⁶³⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 111

¹⁶³⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 111

¹⁶⁴⁰ Futterbänder waren Mangelware, sie wurden meist den MVA zur Verfügung gestellt; die Futterverteilung erfolgte deshalb in den JRA zumeist mit mobilen Geräten, wodurch der Flächenbedarf für Futtergänge anstieg. Dieser Platz wurde an den Fressplätzen eingespart. (Siehe auch: BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 111)

¹⁶⁴¹ PETER, W. (1973), MH 29, S. 85

Teilspaltenbodenhaltung sprach, dass diese mit einem höheren Flächenbedarf und zusätzlichen Kosten für den Güllekanal einherging. Um diese zusätzlichen Kosten an anderer Stelle wieder einzusparen, hätte ein reduziertes Tier-Fressplatz-Verhältnis angewendet werden müssen. Als Vorteile der Vollspaltenbodenhaltung benannte man eine flexible Gestaltung der Gruppengröße, des Tier-Fressplatz-Verhältnisses, der Organisation der Fütterung sowie die bestmögliche Auslastung der Anlage. Um die für den Kanalbau entstehenden Kosten auszugleichen, sollte die Belegdichte maximal ausgereizt werden.¹⁶⁴² Dem mit zunehmendem Alter steigenden Platzbedarf begegnete man laut Angaben westdeutscher Literatur mit einer Reduktion der Gruppengrößen. Die Liegefläche in industriemäßigen Jungrinderaufzuchtanlagen mit 4480 Plätzen betrug im JR1-Bereich 1,22 m², im JR2-Bereich 1,46 m² und im JR3-Bereich 1,83 m².¹⁶⁴³ Demgegenüber wurden in den 'Veterinärhygienischen Erfordernissen und Normen für industriemäßige Jungrinderaufzucht' für jede Altersgruppe spezifische Boxenmaße gefordert. Die Liegeboxenabmessungen im Einzelnen wurden in den entsprechenden vom MLFN herausgegebenen Normen¹⁶⁴⁴ beschrieben und sind nachstehender Tabelle zu entnehmen:

Tabelle 10: Geforderte Maße der Gruppenboxen in Abhängigkeit vom Altersabschnitt¹⁶⁴⁵

| Alter (in Lebensmonat) | 7.-12. | 13.-18. | 19.-24. |
|------------------------|--------|---------|---------|
| Liegeboxenmaße in mm | | | |
| Breite | 650 | 750 | 900 |
| Länge | 1550 | 1700 | 1900 |
| Fressplatzbreite | 500 | 600 | 750 |
| Fressgangbreite | 2400 | 2500 | 2500 |

Die Ställe waren als Warmställe konzipiert und sollten Stallinnentemperaturen von 7°C bis 23°C bei einer Luftfeuchte von maximal 60-80% aufweisen.¹⁶⁴⁶

In vielen Jungrinder haltenden Anlagen wurden die Tiere in den Sommermonaten auf der Weide gehalten. Pro Jungrinderaufzuchtanlage mit etwa 3000 Tierplätzen wurde eine Weidefläche von durchschnittlich 750 Hektar veranschlagt, deren Bewirtschaftung durch die LPG (P) beziehungsweise VEG (P) oder KAP erfolgte.¹⁶⁴⁷ Um Arbeitskräfte einzusparen, wurden die Tiere ab dem 11. Lebensmonat in verschiedene Herden eingeteilt, so dass unbesamte Tiere (11.-15. Lebensmonat), Besamungstiere (15.-19. Lebensmonat) und tragende Tiere (ab 19. Lebensmonat) jeweils eine Herde bildeten. Eine Jungviehherde sollte aus maximal 500 Tieren bestehen. Um Krankheiten und Ernährungsschäden vorzubeugen, wurden „weidehygienische Maßnahmen“ empfohlen. Ein vollständig den veterinärhygienischen Normen entsprechendes Weidekombinat, bestehend aus den Weideflächen, Triebwegen und einer Weidezentrale, sollte unter permanenter Kontrolle eines Weidewärters stehen. Die Weidezentrale war eine betonierte, eingezäunte Fläche, auf der

¹⁶⁴² PETER, W. (1973), MH 29, S. 88

¹⁶⁴³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 111-112

¹⁶⁴⁴ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse für die industriemäßige Jungrinderaufzucht

¹⁶⁴⁵ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse für die industriemäßige Jungrinderaufzucht, S. 65

¹⁶⁴⁶ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse für die industriemäßige Jungrinderaufzucht, S. 65

¹⁶⁴⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 51

Tiere isoliert werden konnten, um Verrichtungen am Tier wie Besamungen, Impfungen und Behandlungen durchzuführen. Nach Möglichkeit sollten hier ausreichend Fangvorrichtungen, Untersuchungsstände sowie Räumlichkeiten zur Unterbringung von technischen Geräten und Waschmöglichkeiten für das Personal vorhanden sein.¹⁶⁴⁸ Zur täglichen Überwachung gehörte im Optimalfall eine Kontrolle der Herde und der Einzeltiere auf Verletzungen und Krankheiten, Brunst, weiterhin die Versorgung der Tiere mit Wasser und Zusatzfutter (insbesondere Kraft- und Mineralfutter) und die Wartung der Weidetechnik. Als wöchentlich erforderliche Maßnahmen wurden die Durchsicht der Herde durch Tierarzt beziehungsweise Veterinäringenieur, die Adspektion aller Euter, Sterilitäts- und Trächtigkeitsuntersuchungen sowie die Durchführung von Klauenbädern nach Bedarf aufgeführt.¹⁶⁴⁹ Immer wieder wurde von Seiten der Agrarökonomien und Landwirte darüber diskutiert, ob die Weidehaltung im Hinblick auf die spätere Klauengesundheit der Kühe von Nachteil sein könnte. Einige Wissenschaftler vertraten die Ansicht, dass die Aufzucht der Tiere nicht auf der Weide stattfinden sollte. Die spätere ausschließliche Haltung auf Spaltenböden gestalte sich dann unproblematischer. Untersuchungen dazu widerlegten diese These. Sie bewiesen, dass eine vorübergehende Weidehaltung in der Färsenaufzucht keinerlei negative Effekte auf die spätere Klauengesundheit hatte. Vielmehr konnte aufgezeigt werden, dass die Tiere aus konventionellen Betrieben mit Weidegang die bessere Klauengesundheit aufwiesen als die ausschließlich unter industriellen Bedingungen gehaltenen Tiere.¹⁶⁵⁰

Trotz der belegten offensichtlichen Vorteile der Weidehaltung für die Konstitution der Jungrinder wurde bereits vor dem Beginn der Schaffung industriemäßiger Aufzuchtanlagen über eine ganzjährige Stallhaltung diskutiert. In den siebziger Jahren wurde diese dann vehement gefordert. Die Gründe waren eine Erhöhung der Produktivität durch eine ganzjährige intensive Fütterung und ein ausschließliches Arbeiten nach dem Schwarz-Weiß-Prinzip und die damit verbundene scheinbare Sicherheit gegenüber Seuchen und anderen Gefahren.¹⁶⁵¹ Um die ganzjährige Stallhaltung auch in den Jungrinderaufzuchtanlagen durchzusetzen, wurde 1975 eine Preisregelung für tragende Färsen in Kraft gesetzt. Diese zwang die Betriebe zur ganzjährigen Stallhaltung, da sonst die geforderten Gewichtsklassen und das geforderte Konzeptionsalter nicht erreicht werden konnte. Erst 1979 wurde die Preisregelung wieder geändert. Die langsamere Gewichtszunahme und das höhere Alter bei Erstbelegung durch Weidehaltung fand nun wieder Berücksichtigung und führte zu keinem Nachteil bei der Einteilung in Preisklassen mehr. So konnten die Jungrinderaufzuchtanlagen wieder die kombinierte Stall-Weidehaltung praktizieren und ihre eigenen Futterressourcen nutzen, ohne deshalb deutliche wirtschaftliche Einbußen zu erfahren.¹⁶⁵² Jetzt wurden auch die Vorteile der Weidehaltung wieder publiziert. Diese sah man in einer wiederkäuergerechten Ernährung durch Erhöhung des Grobfutterverzehrs sowie in positiven Auswirkungen auf hormonelle Vorgänge und den Stoffwechsel an sich.¹⁶⁵³ In den Monatsheften für Veterinärmedizin findet man 1984 dazu folgende Aussage: „Das Weiden der Tiere ist, kurz gesagt, eine Art des ‘Fütterns’, die die für die Tiergesundheit und –leistung so wichtige Kontinuität der Stoffwechselprozesse stabilisiert, wie es kaum eine andere Art des ‘Fütterns’ zu sichern vermag.“¹⁶⁵⁴ Interessanterweise hob man jetzt, im Widerspruch zu früher propagierten Zielen, den Nutzen einer mit der Weidehaltung

¹⁶⁴⁸ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 101-102

¹⁶⁴⁹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 105-106

¹⁶⁵⁰ BERGER, G. (1979), MH 34, S. 561-562

¹⁶⁵¹ KRAUS, H. (1980), MH 35, S. 332

¹⁶⁵² KRAUS, H. (1980), MH 35, S. 332-333

¹⁶⁵³ MÜLLER, M. (1981), MH 36, S. 511

¹⁶⁵⁴ WOHJAHN, E. (1984), MH 39, S. 14

verbundenen extensiven Aufzuchtphase für die spätere Nutzung als Milchkuh hervor.¹⁶⁵⁵ Diese Entwicklung ist unter anderem bezeichnend für die in den achtziger Jahren stattfindende Abkehr vom Gigantismus der GRÜNEBERG- Ära.

4.1.3.11 Fütterung der Jungrinder

Als Futtergrundlage nach dem Umsetzen der Jungrinder von den Kälberaufzuchtanlagen in die Jungrinderaufzuchtbetriebe diente in der Regel vorerst Kraftfutter, welches nach und nach zugunsten von Grünfütter, Heu, Maissilage und Anwelksilage reduziert wurde.¹⁶⁵⁶ Im Aufzuchtabschnitt vom 7. bis 12. Lebensmonat wurden Rationen mit wenig Rohfaser und hoher Energiekonzentration gefüttert, um die für diesen Altersabschnitt typischen Wachstumsschübe zu maximieren.¹⁶⁵⁷ Ab dem 13. Lebensmonat wurde nach Möglichkeit auf Kraftfutterkonzentrat weitgehend verzichtet und die vollständige Deckung des Energiebedarfes aus Grobfutter angestrebt. Dabei wurden die meisten Jungrinder in der warmen Jahreszeit auf der Weide gehalten, „um Arbeitszeit einzusparen bzw. Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten in den Ställen durchführen zu können“.¹⁶⁵⁸ Laut veterinärhygienischen Erfordernissen sollte das Futter von Jungrindern unter einem Jahr frei von Harnstoffzusätzen sein.¹⁶⁵⁹

4.1.3.12 Bewertung der Jungrinderaufzucht unter Tierschutzgesichtspunkten

In den fünfziger und frühen sechziger Jahren konnten die von der Regierung geforderten Ziele häufig nicht erreicht werden. Die ungenügende Entwicklung der Kuhbestände dürfte zwangsläufig auch zu Rückständen in der Milchproduktion geführt haben. Diese versuchte man kurzfristig und republikweit zu beheben, indem durch die Bezirks- und Ministerräte „Sofortmaßnahmen zur Steigerung der Marktproduktion in Milch“ initiiert wurden. Diese sahen im Jahre 1960 so aus, dass alle weiblichen Jungrinder möglichst bereits im Alter von 18 Monaten bedeckt oder besamt werden sollten.¹⁶⁶⁰ Um die Umsetzung der Vorgaben des Ministeriums zu fördern, sollten folgende Maßnahmen eingeleitet werden:¹⁶⁶¹

- Leistungsstimulation der Pfleger und Besamungstechniker in Form von Prämien
- Publikation der Ergebnisse der einzelnen Betriebe in den öffentlichen Medien
- „Auseinandersetzungen mit falschen Meinungen“
- Anleitung der Bezirksräte und Betriebsleiter

¹⁶⁵⁵ MÜLLER, M. (1981), MH 36, S. 511

¹⁶⁵⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 236

¹⁶⁵⁷ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 97

¹⁶⁵⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 236-237

¹⁶⁵⁹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 99

¹⁶⁶⁰ BArch DK 1/ 3838, Bl. 267-268

¹⁶⁶¹ BArch DK 1/ 3839, Bl. 263

Qualitativer und quantitativer Futtermangel als tierschutzrelevantes Problem

Trotz dieser „stimulierenden“ Maßnahmen konnten die Besamungsvorgaben des Ministeriums augenscheinlich in den meisten Bezirken nicht annähernd erfüllt werden. Das lag vermutlich hauptsächlich am DDR-weit bestehenden Mangel an entsprechenden Futterressourcen. Im Bericht des Ministeriums über die Verwirklichung der Färsenbedeckung vom 14.07.1960 heißt es dazu: „*In nicht wenigen Fällen haben wohl die Tiere das Alter aber nicht die Zuchtreife aufzuweisen, da sie praktisch groß gehungert wurden und [es wurde stattdessen] das Futter den Mastbullen (die am Jahresende den Wert der Arbeitseinheit erhöhen) zugesteckt.*“¹⁶⁶² BUSCH schildert aus eigenem Erleben, dass die Besamung von nicht ausreichend entwickelten Färsen häufiger vorkam und zu anschließenden Geburtsstörungen führte – ein tierschutzrelevantes Vorgehen, welches systembedingt war.¹⁶⁶³

Zum Teil wurden die Jungrinder von den Viehpflegern und Melkern mit erheblich zu wenig Futter versorgt, um stattdessen mehr für die laktierenden Kühe zur Verfügung zu haben. Entwicklungsverzögerungen und teilweise irreversible Fertilitätsstörungen waren die Folgen, die an den Jungrindern aufgrund des „Großhungern-Lassens“ festzustellen waren.¹⁶⁶⁴ Diese Problematik ist ebenfalls als tierschutzrelevante Konsequenz zu bewerten, welche sich aus den rigiden Vorgaben der ministeriellen Maßnahmepläne ergab.

Eine hohe Milchleistung und gut gewachsene Mastbullen waren die Aushängeschilder der Vorbild-LPG, wohingegen eine erfüllte Besamungsquote zweitrangig war. In erster Linie wurden die unbefriedigenden Besamungszahlen laut Auffassung des Ministeriums nicht auf Mangelernährung, sondern auf Fehler im Betriebsablauf zurückgeführt. Dazu gehörten laut dem „Bericht über die Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses über die Färsenbedeckung“ von 1960 fehlende Herdenbeobachtung, mangelhafte tierärztliche Betreuung, verzögerte Auszahlung von Prämien und dadurch bedingte Motivationseinbußen bei den Pflegern und ungenügende Kontrolle und Einwirkung der „Operativstäbe“ auf die Betriebe.¹⁶⁶⁵

Durch die vielerorts herrschende Futtermittelknappheit waren die Jungrinder mit 18 Monaten häufig noch nicht zuchtreif, da sie bereits während der Aufzucht sowohl quantitativen als auch qualitativen Mängeln bei der Fütterung ausgesetzt waren. Eine weitere vom MLFN vorgeschlagene Maßnahme zur Sicherung der Futtergrundlage war die gegenseitige „sozialistische Hilfe“ benachbarter LPG. Danach sollten LPG mit guter Futtergrundlage benachbarten LPG, in denen Futterknappheit herrschte, Rau- und Saftfutter sowie andere Futtermittel abgeben. Eine weitere Möglichkeit wurde darin gesehen, dass Betriebe mit gutem Vorrat Tiere, vor allem Jungrinder, aus schwachen Betrieben zeitweise aufnahmen und solange mit fütterten, bis die neue Ernte verfügbar war.¹⁶⁶⁶ Dass auf diesem Wege auch der Seuchenverbreitung Vorschub geleistet wurde, muss als logische und tierschutzrelevante Folgeerscheinung angesehen werden.

¹⁶⁶² BArch DK 1/ 3839, Bl. 264

¹⁶⁶³ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁶⁶⁴ BArch DK 1/ 10320, Bl. 46

¹⁶⁶⁵ BArch DK 1/ 3839, Bl. 263-264

¹⁶⁶⁶ BArch DK 1/ 3839, Bl. 6

Probleme des Tierschutzes in der industriellen Jungrinderhaltung

Die Hauptprobleme in der Jungrinderaufzucht dürften fütterungsbedingte Mangelerscheinungen und daraus resultierende Wachstumsdepressionen, Parasitosen, Trichophytie, Mastitiden (v.a. Pyogenesmastitiden), Fertilitätsprobleme, Erkrankungen des Bewegungsapparates, septische Erkrankungen sowie Tuberkulose und Brucellose gewesen sein. Als eine der wichtigsten Ursachen für die Ausbreitung von infektiösen Erkrankungen bzw. das Fortschreiten von Einzeltierkrankungen im Jungrinderbereich wurde der durch zunehmende Mechanisierung schwindende Kontakt zwischen Pfleger und Tier benannt, durch den eine intensive Überwachung der Einzeltiere nicht mehr gegeben war. Man forderte deshalb eine mindestens zweimalige wöchentliche Kontrolle bei 6-12 Monate alten Tieren, bei Färsen ab 12 Monaten sollte Gesundheitskontrolle einmal pro Woche erfolgen.¹⁶⁶⁷

Tierschutzproblematik in neu erbauten Stallungen der industriellen Jungrinderhaltung

Im Zuge der Neuerrichtung von Jungrinderställen der industriemäßigen Tierproduktion traten ebenfalls tierschutzrelevante Probleme auf. Die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre neu erbauten Stallungen befanden sich zu dieser Zeit in der Erprobung und waren scheinbar von optimalen Bedingungen für die nun bestehenden Tierkonzentrationen teilweise weit entfernt.

Bei der Haltung auf Vollspaltenböden wurde die geforderte Luftfeuchte von 60-80% teilweise überschritten, wodurch es zu extremen Verschmutzungen des Spaltenbodens und der Tiere kam. Zu hohe Schadgaskonzentrationen wurden in Ställen festgestellt, wo durch mangelhafte Unterflurentlüftung unter den Einzelboxen eine Kumulation der Schadgase erfolgen konnte.¹⁶⁶⁸ In Betrieben mit Vollspaltenböden konnte man die teilweise hochgradige Verschmutzung der Tiere feststellen. Verursacht wurde diese durch minderwertiges Futter, welches zu Durchfällen führen konnte. Weitere Faktoren waren eine zu hohe Luftfeuchte oder zu wenig Lüftungselemente, welche zur Überschreitung der zulässigen Maximalwerte von Schadgasen führten.¹⁶⁶⁹ Bei der einstreulosen Haltung der Jungrinder kamen laut Fachpresse in allen Haltungsformen mechanisch-traumatische Klauenerkrankungen vor.¹⁶⁷⁰ Dafür hatten SCHMOLDT und HEYDEN folgende Erklärung: *„Die bei Spaltenboden gegenüber herkömmlichen Haltungsformen erhöhten Klauen- und Gliedmaßenkrankungsraten sind darauf zurückzuführen, daß das Tiermaterial aus den verschiedensten Gründen nicht imstande ist, sich der erheblich höheren mechanischen Belastung anzupassen. Das Ausmaß der Belastung und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Anpassung werden dadurch verdeutlicht, daß der Betonspaltenboden nur mit dem Biotop Hochgebirge vergleichbar ist.“*¹⁶⁷¹

Besonders gefährdet für Technopathien im Bereich des Bewegungsapparates waren Jungrinder, die angebunden auf Teilspaltenböden gehalten wurden. Eine Klauenpflege im Abstand von drei Monaten wurde für diese Rinder sowie für die ganzjährig im Stall gehaltenen Jungrinder gefordert.¹⁶⁷² Wenngleich diese Prophylaxemaßnahme vorrangig aus ökonomischen Gründen durchgeführt wurde, so ist sie aus Tierschutzsicht positiv zu werten, da hiermit sicherlich Schmerzen und Leiden verhindert werden konnten.

¹⁶⁶⁷ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 80

¹⁶⁶⁸ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 64-65

¹⁶⁶⁹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 108

¹⁶⁷⁰ BERGER, G. (1979), MH 34, S. 562

¹⁶⁷¹ SCHMOLDT, P. und HEYDEN, H. (1973), MH 20, S. 767

¹⁶⁷² MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 89

Gegenseitiges Besaugen

Eine durch Haltungsbedingungen verursachte, relativ häufig vorkommende Verhaltensauffälligkeit war das gegenseitige Besaugen beziehungsweise das Milchsaugen. Der Grundstein dafür wurde wie oben beschrieben bereits im Saugkalbalter gelegt, wenn die aus Eimern ohne Sauger getränkten Kälber gezwungen waren, ihren Saugtrieb an Gegenständen zu befriedigen. Ab dem Absetzalter standen dann durch die in den Aufzuchtanlagen meist gebräuchliche Gruppenhaltung Artgenossen als Objekte zum Besaugen zur Verfügung, wodurch sich bei einigen Tieren das Milchsaugen entwickelte. Die meisten Fälle von Milchsaugern kamen demnach in Laufstallhaltungen vor. In Jungrinderaufzuchtanlagen sollen 0,2 bis 6% der Tiere von dieser Verhaltensauffälligkeit betroffen gewesen sein, in Milchviehanlagen mehr. Diesen Umstand führte man darauf zurück, dass viele Sauger erst während der Trächtigkeit oder nach der Abkalbung festgestellt wurden, die während der Aufzucht übersehen wurden.¹⁶⁷³ Um das Besaugen von Artgenossen und damit einhergehende Mastitiden und Milchverluste zu unterbinden, nutzte man Nasenringe, Stachelhalter und Zungenbändchenringe. Auch eine chirurgische Entfernung der Zungenspitze galt als gebräuchliche Prophylaxe. Nasenringe mit Saugerklappen konnten zwar das Besaugen angeblich relativ zuverlässig stoppen, behinderten aber offenbar gleichzeitig die Aufnahme von Futter und Wasser und führten zu Leistungsdepressionen,¹⁶⁷⁴ was als Tierschutzproblematik zu werten ist.

Fütterung der Jungrinder unter industriemäßigen Produktionsbedingungen

Auch die Fütterung der unter industriemäßigen Bedingungen gehaltenen Jungrinder brachte augenscheinlich Probleme mit sich, die letztlich tierschutzrelevant waren.

Im Altersabschnitt der Rinder zwischen 120 und 180 kg Lebendmasse sollte ca. 50 % der Energie einer Ration durch Konzentratfutter gedeckt werden.¹⁶⁷⁵ Um Indigestionen und Entgleisungen des Säure- Basenhaushaltes zu vermeiden, mussten die Tiere bei diesen kraftfutterbetonten Rationen ausreichend Grobfutter zusätzlich aufnehmen. Aufgrund qualitativer Mängel wurde offensichtlich häufig zu wenig Rohfaser aufgenommen.¹⁶⁷⁶ Bei der Weidehaltung kam es laut KRAUS mitunter zur energetischen Unterversorgung der Tiere, was auf mangelhafte Weidepflege und überständiges Futter zurückzuführen war.¹⁶⁷⁷ Die dadurch verminderten Lebensmassezunahmen versuchte man in den Wintermonaten durch vermehrte Konzentratfutttermittelgabe auszugleichen.¹⁶⁷⁸ Trotzdem konnte man die Entwicklungsdefizite offenbar nicht vollständig ausgleichen. Eine 1980 herausgegebene Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten¹⁶⁷⁹ der BRD mit der Thematik „Industriemäßige Tierproduktion in der DDR“¹⁶⁸⁰ analysierte die in der Rinder- und Schweineproduktion angewendeten Produktionsverfahren unter anderem nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und verglich sie mit der westdeutschen Produktion. Nach Angaben dieser Publikation wurden in der DDR häufig während der Weidesaison nur Lebendmassezunahmen von unter 400 Gramm pro Tag erreicht. Gefordert waren hingegen

¹⁶⁷³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 112-113

¹⁶⁷⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 113

¹⁶⁷⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 236

¹⁶⁷⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 236

¹⁶⁷⁷ KRAUS, H. (1980), MH 35, S. 334

¹⁶⁷⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 237

¹⁶⁷⁹ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten = BMELF

¹⁶⁸⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: industriemäßig betriebene tierische Agrarproduktion

600 Gramm. Ebenfalls durch Mangelsituationen begünstigt waren Fertilitätsstörungen oder ein verzögerter Eintritt der Geschlechts- und Zucht reife, so dass das Erstkalbealter nicht wie gefordert bei 27 Monaten, sondern bei über 28 Monaten lag. In Problembetrieben konnte das durchschnittliche Erstkalbealter aufgrund chronischer Energiemangelzustände bei 30-32 Monaten liegen. Dies traf laut dem BMELF der BRD vor allem auf solche Betriebe zu, die nicht unter industriellen Bedingungen produzierten, da sie angeblich nicht wie die Jungrinderaufzuchtanlagen bevorzugt mit Futtermitteln beliefert wurden.¹⁶⁸¹ Ein gleichfalls auftretendes Problem, welches zu stagnierenden Wachstumsraten geführt haben dürfte, waren Parasitosen der Weidetiere. „Unkenntnis oder auch Gleichgültigkeit“ verhinderten laut WOHJAHN die in entsprechenden TGL festgelegten Prophylaxemaßnahmen.¹⁶⁸² Die Folge waren klinisch relevante Endoparasitosen, die zum verfrühten Einstellen der Tiere zwang, da diese zum Teil hochgradig abgemagert waren. WOHJAHN merkt dazu an: „Oftmals wurde der Parasitenbefall nicht einmal als solcher erkannt und lediglich - mehr oder minder verwundert - eine unzureichende Körpermassezunahme registriert.“¹⁶⁸³ Durch diese Produktionseinbußen, welche wohl hauptsächlich durch Mängel bei der Weidepflege und „Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Verantwortungsbereiche zwischen Tier- und Pflanzenproduktion“ bedingt waren, kamen allem Anschein nach viele Anlagen von der saisonalen Weidehaltung wieder ab und gingen zur ganzjährigen Stallhaltung über, obgleich die Futterkosten dann höher lagen.¹⁶⁸⁴ Durch die oben erwähnte Preisregelung, die rentable Färsenpreise nur für eine rasche Körpermasseentwicklung und eine frühe Erstbelegung bot, forcierte die Politik bis 1979 diese Entwicklung.¹⁶⁸⁵ Auch nachdem Anfang der achtziger Jahre die Weidehaltung der Rinder wieder unterstützt und praktiziert wurde, traten die früher schon bekannten Schwierigkeiten auf. Parasitosen und verschwendete Ressourcen durch „mangelnde Sachkenntnis und ungenügendes Einvernehmen zwischen Pflanzen- und Tierproduzenten“ traten nun als limitierende Faktoren der Produktivität wiederholt in den Vordergrund.¹⁶⁸⁶

4.1.3.13 Haltung in der Rindermast

Die Mast von Rindern in der DDR sowie auch im europäischen Ausland war darauf orientiert, hohe Endgewichte bei gleichzeitig wenig Fettanteil am Schlachtkörper zu erzielen, wobei aus einem Minimum an Futter und Eiweiß das Maximum an Zuwachs erreicht werden sollte. In der DDR war der genetische Pool an für die Mast geeigneten Rinderrassen begrenzt. Nach westdeutschen Angaben seien maximal 25% der weiblichen Rinder in der DDR zur Einkreuzung von Masthybriden verfügbar gewesen.¹⁶⁸⁷

Die Rindermast der DDR wurde in drei Produktionsarten eingeteilt:

1. Kälberintensivmast
2. Jungbullenmast bis zu einer Lebendmasse von 400-450 kg

¹⁶⁸¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 237

¹⁶⁸² WOHJAHN, E. (1984), MH 39, S. 14

¹⁶⁸³ WOHJAHN, E. (1984), MH 39, S. 14

¹⁶⁸⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. IX

¹⁶⁸⁵ KRAUS, H. (1980), MH 35, S. 332-333

¹⁶⁸⁶ WOHJAHN, E. (1984), MH 39, S. 15

¹⁶⁸⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 238

3. Bullenmast - Endgewicht über 450 kg

In industriemäßig produzierenden Rindermastanlagen erfolgte die Einteilung in die Produktionsstufen Vormast und Endmast. Dabei sollten im Optimalfall beide Stufen ausgelastet sein und eine annähernd gleiche Kapazität besitzen. In der Vormast wurden die gleichen Haltungsprinzipien wie für die Aufzucht weiblicher Kälber angewendet. Eine Trennung zwischen Kälber- und Jungrinderaufzucht wurde im Bereich der Mast als nicht für notwendig befunden, wodurch es Anlagen gab, in denen beide Produktionsstufen vorhanden waren. Die Bewirtschaftung musste in diesem Fall separat erfolgen.¹⁶⁸⁸ In der DDR gab es im Bereich Rindermast jedoch nur wenige Betriebe, in welchen industriemäßig produziert wurde. Bei diesen handelte es sich laut BMELF der BRD fast ausschließlich um „volkseigene Mammutbetriebe“, in denen Mastrinder konzentriert gehalten wurden.¹⁶⁸⁹

Tiere, die der Endmast zugeführt werden sollten, durften laut veterinärhygienischen Forderungen keinerlei Zeichen von infektiösen Erkrankungen, Parasitosen, Klauen- und Gliedmaßenerkrankungen beziehungsweise Technopathien oder Trichophytie aufweisen.¹⁶⁹⁰ Durch die Einstellung von Milchvieh und Jungrindern in industriemäßige Anlagen wurden auf dem Territorium der DDR eine Vielzahl Ställe frei. Da die Nutzung dieser Tierunterkünfte für andere Produktionszweige wie Rindermast oder Schweinehaltung häufig kostengünstiger war, als dafür Neubauten zu errichten, wurden hier die maximal notwendigen Umbauten getätigt und die Gebäude dann anderweitig genutzt. So wurde die Rindermast in der DDR zum größten Teil in rekonstruierten Altbauten vollzogen. Hier wurden die Tiere in Anbindehaltung mit Voll- oder Teilspaltenboden aufgestellt. Als Nachteil dieser Haltungsform sah man den tendenziell höheren Körperfettanteil der Tiere im Vergleich zur Laufstallhaltung. Eine tägliche Kontrolle zur Vermeidung von Strangulationen wurde als notwendig erachtet. Als vorteilhaft erwies sich eine einfach durchzuführende Einzeltierkontrolle, sowohl die Fütterung als auch die Gesundheit des Tieres betreffend. Im Gegensatz dazu war bei der Laufstallhaltung der Arbeitsaufwand (pro dt Zumast) aufgrund des hohen Mechanisierungsgrades deutlich geringer. Der Muskelansatz soll hier bei geringerer Verfettung im Vergleich zur Anbindehaltung höher gewesen sein, wobei auch der Futterbedarf durch den Energieverbrauch bei Bewegung anstieg. Der Fußboden sollte idealerweise aus Vollspalten mit Spaltenweiten von 30-35 mm bestehen. Nachteile der Laufstallhaltung waren laut Angaben der veterinärhygienischen Normen eine höhere mechanische Belastung der Gliedmaßen, die eine strikte Kontrolle der Mineralstoffversorgung nötig machte und das größere Gefahrenpotential beim Handling frei laufender Bullen. Auch war hier die Kontrolle des Einzeltieres nur schwer realisierbar.¹⁶⁹¹

In Betrieben mit Kapazitäten von über 4000 Tierplätzen war die Schaffung betriebseigener veterinärmedizinischer Abteilungen vorgesehen. Kleinere Anlagen wurden von den STGP betreut. Eine tägliche Kontrolle der Tiere gehörte zu den Aufgaben des Betreuungspersonals, die veterinärmedizinischen Kontrollen sollten zweimal wöchentlich durchgeführt werden.¹⁶⁹²

¹⁶⁸⁸ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 119-120

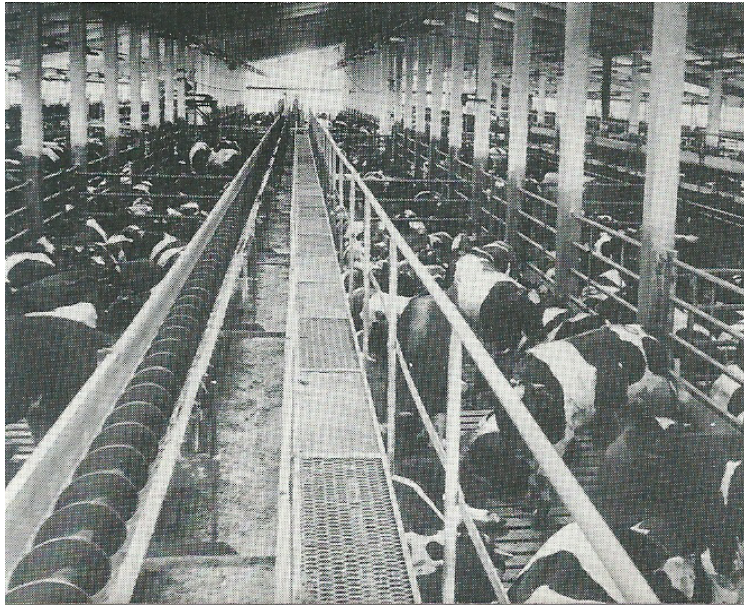
¹⁶⁸⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. X

¹⁶⁹⁰ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 20

¹⁶⁹¹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 120-121

¹⁶⁹² MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 124-125

Abb. 10: Bullenmaststall. Innenansicht.¹⁶⁹³



4.1.3.14 Fütterung von Mastrindern

Problematisch war die durch den Prozess der Konzentration in relativ kurzer Zeit in der Landwirtschaft verursachte Mangelsituation in Hinblick auf Futter für die rasch angewachsenen Tierbestände. Dies traf vor allem auf die energiereichen Grobfuttermittel wie Silomais und Zuckerrübenprodukte sowie auf Kraftfuttermittel wie Getreide und Eiweißfuttermittel zu. Diese Futtermittel wurden in erster Linie in der Schweine- und Geflügelfütterung benötigt und eingesetzt, weshalb sie für die Rindermast nur unzureichend verfügbar waren. Eine deshalb praktizierte Maßnahme zur Einsparung von Futterfläche zugunsten des Getreideanbaus war die Verfütterung von 'Reservefuttermitteln', wie zum Beispiel Tiefstreu, Gülle und Stroh. Auf importierte Eiweißfuttermittel sollte nach Möglichkeit äquivalent zur Milchvieh- und Färsenhaltung verzichtet werden, der Proteinbedarf sollte stattdessen über Grobfutter und NPN-Verbindungen¹⁶⁹⁴ gedeckt werden.¹⁶⁹⁵

Als Anfang der achtziger Jahre wieder vermehrt die Vorzüge der Weidehaltung propagiert wurden, diskutierte man zeitweise die Weidehaltung von Bullen. Da die Aggressivität von Bullen mit steigender Lebendmasse in der Regel zunimmt, durften Jungbullen nur bis zu einem Gewicht von maximal 340 kg auf die Weide getrieben werden. Eine weitere Möglichkeit zur Vermeidung von Rankämpfen sah man darin, die Bullen vier Wochen vor dem Weideaustrieb unblutig mit der Burdizziozange zu kastrieren.¹⁶⁹⁶

¹⁶⁹³ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 905, Tafel 41

¹⁶⁹⁴ NPN-Verbindungen = Nicht-Protein-Stickstoff-Verbindungen

¹⁶⁹⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 238

¹⁶⁹⁶ WOJAHN, E. (1984), MH 39, S. 16

Fütterung von Reservefuttermitteln

Wenn die Rinder eine Lebendmasse von 200 kg erreicht hatten, wurde zum Teil Broilertiefstreu zur Fütterung der Rinder verwendet. Mit zunehmendem Alter konnte die Menge der in der täglichen Ration enthaltenen Tiefstreu auf 2-5 kg je Tier erhöht werden. Bei Hühner- und Schweinegülle, die ebenfalls als Reservefuttermittel eingesetzt wurde, musste im Gegensatz zu Broilertiefstreu vor der Verfütterung der Trockensubstanzgehalt mechanisch erhöht werden, um die Schmackhaftigkeit zu erhöhen und eine Verarbeitung mit der vorhandenen Fütterungstechnik gewährleisten zu können. Häufig zum Einsatz kamen Güllefeststoff-Konzentratgemische.¹⁶⁹⁷ Eine weitere Möglichkeit der Exkrementverfütterung stellte die Anwendung von Güllefeststoffen aus der Schweine- und Geflügelproduktion dar. Diese wurden durch einen Flüssigkeitsentzug mittels Pressverfahren oder Dekantieren gewonnen. Aus den verbliebenen festen Bestandteilen wurden Mischungen mit Getreideschrotten beziehungsweise Maissilage hergestellt. Die dabei entwickelten Futtermittel waren relativ nährstoffarm, weshalb die Rationen mit entsprechenden Mengen Konzentratfutter aufgewertet werden mussten, um die geforderten Mastleistungen zu erreichen. Man rechnete aus, dass man täglich pro 100 kg Lebendmasse ca. 0,5 bis 0,7 kg Trockensubstanz in Form von Güllefeststoffen einsetzen konnte, das heißt dass 20 bis 60% der Rationsenergie durch diese Reservestoffe gedeckt werden konnte.¹⁶⁹⁸

Aus der Verfütterung solcher Produkte ergaben sich teilweise Probleme, welche zum einen Tierschutzrelevanz besaßen, die zum anderen aber auch für den Verbraucher gefährlich werden konnten. Eine Akte des Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen der ehemaligen DDR belegt beispielsweise einen solchen Fall aus den Jahren 1987-88.¹⁶⁹⁹ In diesem Zeitraum führte man in einer LPG (T) des Kreises Luckenwalde ein Fütterungsexperiment durch. Mitinitiator des Experimentes war die Humboldt Universität Berlin. Im Rahmen des Experimentes wurde die Verfütterung von sogenanntem „Faulschlamm“, ein Derivat aufgearbeiteter Schweinexkremente, an 52 Bullen getestet. Die Tiere wurden über einen Zeitraum von 8 Monaten mit unterschiedlichen Mengen „Faulschlamm“ gefüttert und anschließend geschlachtet. Da die Tiere klinisch offenbar unauffällig waren und auch das Fleisch keine makroskopischen Veränderungen aufzuweisen schien, wurden die Tierkörper direkt freigegeben und gerieten sofort in die Lebensmittelkette. Im Zuge der Schlachtung entnommene Fleischproben ergaben, dass alle Tiere Träger von Clostridien gewesen waren und dass dies auf die Verfütterung des „Faulschlammes“ zurückzuführen sei.¹⁷⁰⁰ Das BIV Potsdam hielt in seinem Untersuchungsbericht fest, dass durch den Verzehr von Fleisch, welches von mit Faulschlamm gefütterten Tieren stammt, Lebensmittelintoxikationen auftreten könnten. Daraus schlussfolgerte man, dass „*die Verfütterung von Faulschlamm an Mastbullen aus lebensmittelhygienischer Sicht wegen des gehäuften Vorkommens von Klostridien*“ nicht erlaubt werden dürfte.¹⁷⁰¹

¹⁶⁹⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 241

¹⁶⁹⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 242

¹⁶⁹⁹ BStU BVfS Potsdam, AKG 399, Teil 1, Bl. 268

¹⁷⁰⁰ BStU BVfS Potsdam, AKG 399, Teil 1, Bl. 268

¹⁷⁰¹ BStU BVfS Potsdam, AKG 399, Teil 1, Bl. 268-269

4.1.3.15 Rindermast und tierschutzrelevante Probleme

Im Vergleich zum Sektor Kälberproduktion traten in der Rindermast weniger Probleme im Hinblick auf den Tierschutz auf. Es gab jedoch auch in diesem Bereich der Tierproduktion einige typische Folgeerscheinungen, die häufig systembedingt waren.

Infektionskrankheiten wie Durchfallerkrankungen und Pneumonien konnten vor allem dann an Bedeutung gewinnen, wenn keine konsequente Bewirtschaftung nach dem Rein-Raus-Prinzip erfolgte beziehungsweise inhomogene Gruppen mit Tieren aus verschiedenen Herkunftsbetrieben zusammengestellt worden waren. Das war anscheinend vor allem dort bedeutsam, wo Endmastbetriebe mit Tieren aus mehreren Vormastanlagen beliefert wurden.¹⁷⁰² Burkhard DITTMANN, der als Tierarzt in der Rindermastanlage Hohen Wangelin tätig war, berichtet, dass hier hauptsächlich Salmonellosen und die enzootische Pneumonie auftraten. Das Infektionsgeschehen wurde nach Angaben des Zeitzeugen durch die Belieferung des Betriebes mit Kälbern aus vielen verschiedenen Betrieben begünstigt. Diese war notwendig, um die für 17000 Färsen konzipierte Mastanlage zu bestücken.¹⁷⁰³

Durch die Haltungstechnologien traten auch im Bereich Rindermast Technopathien auf. In der Laufstallhaltung auf Vollspaltenböden wurden nach DIETZ et al. wiederholt Epiphysenveränderungen der großen Röhrenknochen sowie Arthropathien der großen Gelenke der Hintergliedmaßen festgestellt. In der Anbindehaltung auf Kotrosten mit einem Gefälle von 5 bis 7% beschreibt der Autor häufige Verkrümmungen der Vordergliedmaßen und fassbeinige Stellung der Hintergliedmaßen, welche in der Folge zur Entzündung und Deformation der am Bewegungsablauf beteiligten Gelenke geführt haben sollen.¹⁷⁰⁴ ZEMKE berichtet von eingewachsenen Ketten, die in der Anbindehaltung von Bullen keine Ausnahmeerscheinung gewesen sein sollen.¹⁷⁰⁵ Durch die vorrangige Haltung auf Vollspalten wurde das Auftreten von Klauenerkrankungen begünstigt. BUSCH berichtet, dass die daraus resultierenden, häufig notwendigen Behandlungen oft nur unter erschwerten Bedingungen durchgeführt werden konnten, da die Isolation von Bullen gefährlich und aufwändig gewesen sei.¹⁷⁰⁶ DITTMANN erwähnt, dass in modernen industriemäßigen Anlagen, wie beispielsweise die Rindermastanlage Hohen Wangelin, ein spezieller Operationsbereich für Behandlungen verfügbar war. Aufwändige Behandlungen konnten hier durchgeführt werden, wenn nötig auch unter Anästhesie. Anschließend wurden erkrankte Tiere im separaten Krankenstall untergebracht, wo sie laut DITTMANN der Regeneration zuträgliche Bedingungen wie Teilspaltenböden oder gar eingestreute Krankenboxen vorfanden.¹⁷⁰⁷ Diese Vorgehensweise kann als positiv aus Sicht des Tierschutzes gewertet werden, wengleich die Entstehung von Technopathien wie Klauenerkrankungen auf das Haltungssystem zurückzuführen sind. Dieser Fakt ist aus Sicht des Tierschutzes insgesamt kritisch zu bewerten.

Gravierende Gliedmaßenschäden, die sich produktionsmindernd auswirkten, kamen laut Fachpresse hauptsächlich im Endmastbereich vor.¹⁷⁰⁸ Sie führten demnach zu verminderten Gewichtszunahmen und Verlusten durch vorzeitige Schlachtungen beziehungsweise Notschlachtungen, waren also ökonomisch relevant. Die beschriebenen chronischen

¹⁷⁰² MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 123

¹⁷⁰³ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

¹⁷⁰⁴ DIETZ, O. et al (1978), MH 33, S. 850 und 854

¹⁷⁰⁵ ZEMKE, P. (2011), Mündliche Mitteilung vom 18.06.2010

¹⁷⁰⁶ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁷⁰⁷ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

¹⁷⁰⁸ DIETZ, O. et al (1978), MH 33, S. 853

Deformationen der Gliedmaßen bei Mastrindern wurden auf länger andauernde Überlastung und Fehlstellungen zurückgeführt. Untersuchungen zeigten, dass alimentäre Ursachen für diese Technopathien in den meisten Fällen auszuschließen waren. Ätiologisch waren mutmaßlich vielmehr das Bodengefälle von 5 bis 7% und die Rundstäbe der Kotroste von Bedeutung, welche zu Verletzungen sowie Fehlbelastungen der Klauen und Gelenke führten. Auch die ebenerdig angebrachte Krippensohle wirkte sich im Zusammenspiel mit dem gebräuchlichen Gefälle offenbar ungünstig aus. In einer Publikation zum Thema der erworbenen Gliedmaßenschäden bei Mastrindern von 1978 weisen die Autoren explizit darauf hin, dass ein Großteil der vermeintlich infektiösen Gliedmaßenerkrankungen keine solchen seien, sondern dass deren Ursachen in suboptimalen Haltungstechnologien lägen.¹⁷⁰⁹ Durch defekte Roste und Spaltenböden kam es laut Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes auch zu Frakturen.¹⁷¹⁰ Die offensichtlich durch diese Mängel hervorgerufenen Schäden besaßen Tierschutzrelevanz und waren systembedingt.

In industriemäßig produzierenden Bullenmastanlagen kam es zum gehäuftem Vorkommen spezifischer Krankheitserreger, wie beispielsweise *Corynebacterium pyogenes*¹⁷¹¹, welcher hier als einer der bedeutendsten Keime für Wundinfektionen galt. LENK wies im Rahmen einer Publikation in den Monatsheften darauf hin, dass kaum ein Mastbulle in industriemäßigen Anlagen das Mastendgewicht erreichen würde, ohne zumindest einmal eine Wundinfektion erlitten zu haben. Im Bereich der weiblichen Mastrinder (Färsenmast) und Färsenaufzuchtanlagen war das Infektionsgeschehen vergleichsweise deutlich geringer ausgeprägt. Diese Wundinfektionen traten nach LENK hauptsächlich an der Schwanzspitze auf, von wo aus die Erreger metastasierten und es zu Pyämien kam.¹⁷¹² In Folge dieser Erkrankungen waren Not- und Krankschlachtungen vonnöten, die Produktionseinbußen bedeuteten. Um diese Gefahr zu minimieren, ging man mancherorts in Bullenmastanlagen mit Laufställen auf Betonspaltenböden dazu über, die Schwänze prophylaktisch zu amputieren.¹⁷¹³ DITTMANN bestätigt diese Thesen. In der Mastanlage Hohen Wangelin soll die Rate der Schwanzspitzeninfektionen zeitweise so hoch gestiegen sein, dass man dazu überging, die Schwänze bereits bei den jungen Kälbern im K1-Bereich der Anlage routinemäßig prophylaktisch zu amputieren.¹⁷¹⁴ Dieses Vorgehen kann als Beispiel dafür gesehen werden, wie Tiere den Haltungsbedingungen angepasst wurden, um die Schwachpunkte des Haltungssystems nicht verändern zu müssen, gleichzeitig aber wirtschaftliche Einbußen zu minimieren. Dieses Procedere ist jedoch keine DDR-spezifische Problematik, sondern wird selbst gegenwärtig noch in der Nutztierhaltung praktiziert. Aus ethischer Sicht ist diese Vorgehensweise kritisch zu bewerten.

Bei der Verfütterung von Broilertiefstreu, Schweinegüllefeststoffen und anderen Reservefuttermitteln konnten Erkrankungen und Todesfälle durch Fremdkörperaufnahme auftreten. Laut entsprechender Veröffentlichungen in der Fachpresse waren hauptsächlich in der Broilertiefstreu Fremdkörper zu erwarten. Ebenfalls tierschutzrelevant war das scheinbar nicht nur vereinzelt vorkommende Auftreten von Schlundverstopfungen. Diese wurden durch die Aufnahme von Zuckerrüben provoziert und führten laut SCHULZE häufig zur Erstickung des Tieres.¹⁷¹⁵

¹⁷⁰⁹ DIETZ, O. et al (1978), MH 33, S. 853-855

¹⁷¹⁰ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 119

¹⁷¹¹ Synonym: Arcanobacterium Pyogenes

¹⁷¹² LENK, T. (1981), MH 36, S. 699

¹⁷¹³ LENK, T. (1981), MH 36, S. 701 und BUSCH, B. (2012), Persönliche Mitteilung

¹⁷¹⁴ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

¹⁷¹⁵ SCHULZE, W. (1978), Tierzucht 32, Heft 4, S. 150

Kastration als Tierschutzproblem

Die Kastration gehörte zu den 1962 von der Regierung der DDR beschlossenen „Maßnahmen zur Erhöhung der Fleischproduktion“. Die dafür seinerzeit vorgeschlagene Methode der Wahl wurde von dem russischen Wissenschaftler BAIBURTZJAN entwickelt.¹⁷¹⁶ Bei dieser Operationsmethode, die eine Teilkastration darstellte, wurden beide Seiten des Skrotums durch jeweils einen bis in das Hodengewebe reichenden, tiefen Schnitt eröffnet. Anschließend sollte durch manuellen Druck das Hodenparenchym herausgepresst und so entfernt werden. Die restlichen Gewebestrukturen inklusive Nebenhoden verblieben im Skrotum.¹⁷¹⁷ Das schlagkräftige, „sozialistische“ Argument zur Anwendung dieser Kastrationsmethode sollte eine bis zu 20% höhere Gewichtszunahme Jungtiere sein, als man sie bei den sonst üblichen Kastrationsmethoden erreichte. In der Sowjetunion wurde bereits 1961 die ministerielle Anweisung erteilt, für landwirtschaftliche Nutztiere ausschließlich diese Methode zu verwenden. 1961 wurden so in der Sowjetunion angeblich mehr als 7,5 Millionen Tiere nach der BAIBURTZJAN-Methode kastriert. Daraufhin wurde auch in der DDR von Wissenschaftlern und Partei angeregt, diese Kastrationsmethode nach russischem Vorbild in die breite Praxis einzuführen, um eine Erhöhung der Lebendgewichte der Schlachttiere zu erreichen.¹⁷¹⁸ Die Befürworter kamen allerdings offenbar nicht aus der Praxis. Die Methode und die dabei aufkommenden Empfindungen werden von KÖPP, einem Zeitzeugen und praktischen Tierarzt, folgendermaßen beschrieben: *„Der Hodensack war zu reinigen und zu desinfizieren, und dann wurde mit einem Skalpell durch einen Einschnitt im Hoden unter drehenden Bewegungen des Skalpells das Hodengewebe gelöst, um anschließend ausgedrückt zu werden. Schon beim Hinsehen schüttelte man sich, vom nagenden Zweifel an der Wirksamkeit ganz abgesehen.“*¹⁷¹⁹ In der Tat waren die so entmannten Jungtiere scheinbar nicht selten noch dazu in der Lage, für Nachkommenschaft zu sorgen. Die Methode hat sich in der DDR nicht durchgesetzt, vermutlich da sich auch renommierte Professoren dagegen aussprachen. Auf Tagungen wurde vereinzelt öffentliche Kritik an der Methode geübt, was zwar vom MfS mit Argwohn registriert wurde, bei der Mehrzahl der Teilnehmer aber auf deutliche Zustimmung traf.¹⁷²⁰ KÖPP meint dazu ergänzend: *„Ich kenne keinen Kollegen, der diese Schweinerei angewandt hat, zumal wir genügend ordentliche, bewährte Kastrationsmethoden wie auch Sterilisationsverfahren in Deutschland kannten.“*¹⁷²¹ Bei einer späteren Übersetzung der Publikation über diese neue Kastrationsmethode soll sich herausgestellt haben, dass BAIBURTZJAN scheinbar keine Kenntnis über die gebräuchlichen Kastrationsverfahren hatte, sondern seine „Innovation“ mit den Kastrationsmethoden kasachischer Hirten verglich. Ergebnis der Anwendung dieser Art der Kastration bei den jungen Bullen war bestenfalls eine Verfettung des Schlachtkörpers, wie die Praxis zeigte.¹⁷²² Eine Verbesserung des Wachstums im Vergleich zu vollständig kastrierten Tieren war nicht festzustellen. Das Verfahren wird heute nicht mehr angewendet.¹⁷²³ Stellte sich die Methode in der Praxis so dar, wie von Zeitzeugen beschrieben, muss das Verfahren aus heutiger Sicht als Tierquälerei gewertet werden, da Tieren damit mutmaßlich erhebliche Schmerzen und Leiden zugefügt wurden.

¹⁷¹⁶ STRÜMPF, K.-H. (1962), MH 17, S. 876

¹⁷¹⁷ DIRKSEN, G., GRÜNDER, H.- D., STÖBER, M. (Hrsg.) (2006), Chirurgie des Rindes, S. 747

¹⁷¹⁸ STRÜMPF, K.-H. (1962), MH 17, S. 876

¹⁷¹⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 127

¹⁷²⁰ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 22

¹⁷²¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 128

¹⁷²² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 128

¹⁷²³ DIRKSEN, G., GRÜNDER, H.- D., STÖBER, M. (Hrsg.) (2006), Chirurgie des Rindes, S. 747

Biostimulatoren

Ein anderer Versuch, eine Erhöhung des Fleischaufkommens zu erreichen, war die „Anwendung biogener Stimulatoren“¹⁷²⁴. Diese hauptsächlich aus Gewebspräparaten bestehenden Stimulatoren entstanden aus Proteolysevorgängen und sollten zu beschleunigtem Wachstum und verbesserten Masteigenschaften führen. Versuche wurden beispielsweise mit Milzgewebe-Extrakten vom Schwein durchgeführt, welche mittels Zusatz von Sulfonamiden und Antibiotika nach mehreren subkutanen Injektionen zu einer Stimulation des Wachstums sowie zu einer Stärkung der Abwehrkräfte des Gesamtorganismus führen sollten.¹⁷²⁵ Die Anwendung solcher Präparate führte wohl zu keinem durchschlagenden Erfolg, wodurch sie langfristig keine Bedeutung erlangte.

Rindfleischproduktion, Färsenvornutzung

Eine der größten Rindermastanlagen der DDR war die auf Färsenmast spezialisierte Anlage in Hohen Wangelin. Sie wurde für 17000 Tiere konzipiert und 1975 in Betrieb genommen.¹⁷²⁶ Diese Anlage produzierte vornehmlich für den Export in das „Nicht-sozialistische Ausland“. Unter der Leitung der Universität Rostock wurden hier diverse Forschungsprojekte zur Verbesserung der Fleischproduktion durchgeführt. Eines der Projekte war das Prinzip der sogenannten „Färsenvornutzung“.¹⁷²⁷ Die Idee dahinter war, die Mastleistung sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Tieren insgesamt zu verbessern. Eine erprobte Methode der Färsenvornutzung beinhaltete, dass drei von vier hochtragenden Färsen während der Geburt geschlachtet werden sollten. Das Kalb sollte im Zuge dessen per Schlachtkaiserschnitt entwickelt werden und einer vierten Färsen zur Aufzucht gegeben werden.¹⁷²⁸ Dieser von KÖPP geschilderte Weg stellte laut DITTMANN nur einen Versuch dar. DITTMANN beschreibt, dass die Kälber im Zuge dieses Verfahrens mit gefrorenem Fremdkolostrum versorgt und nach einigen Tagen mit Milchaustauscher getränkt wurden. Bei weiteren Experimenten wurden die Kälber zwei Wochen lang am Muttertier aufgezogen, bevor die Färsen der Schlachtung zugeführt wurden. Die erprobten Verfahren zur Färsenvornutzung setzten sich nach den Schilderungen DITTMANNs jedoch nicht durch, da die Färsen in der kurzen Mastdauer schnell verfetteten und sich die Methode nicht rentierte. Ein negativer Aspekt sei auch die mangelnde Fleischqualität im postpartalen Zeitraum gewesen.¹⁷²⁹ Schlussendlich ging man zu Verfahren mit längerer Mastdauer über.

¹⁷²⁴ STRÜMPF, K.-H. (1962), MH 17, S. 876

¹⁷²⁵ RAUCHBACH, K. (1962), MH 17, S. 193-194

¹⁷²⁶ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

¹⁷²⁷ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

¹⁷²⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 313

¹⁷²⁹ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

Fallbeispiel mit Tierschutzrelevanz: IM-Vorgang „Wehner“ – Missstände in der Bullenmastanlage der LPG (T) Seefeld¹⁷³⁰

In dem vom MfS untersuchten Fall werden Tierverluste und –erkrankungen in der 640er Bullenmastanlage oben genannter LPG (T) in den Jahren 1985-1988 analysiert. Dazu wurde der IM „Wehner“ eingesetzt, der zu dieser Zeit in der Bullenanlage tätig war. Folgende Sachverhalte wurden festgestellt:

1. Im Stall I der Anlage traten vermehrt Klauenverletzungen auf, so dass in jeder Bucht 3 bis 4 Bullen hochgradige Lahmheiten zeigten. Insgesamt waren von 640 Bullen ca. 100 verletzt.¹⁷³¹
2. Das Dach des Stall I war bereits monatelang schadhaft, da es durch eine zu hohe Ladung beschädigt worden war. Seitdem regnete und zog es durch die defekte Stelle herein.
3. Im Krankenstall bestand ebenfalls das Problem auftretender Zugluft. Die in diesem Stall genutzte Einstreu war meist aufgrund unsachgemäßer Lagerung durchnässt. Stallfenster waren nicht verschließbar.¹⁷³²
4. Der für den entsprechenden Stall verantwortliche Betreuer führte eigenmächtig tierärztliche „Behandlungen“ durch, wozu die Amputation von Schwänzen und die Injektion von Antibiotika gehörten. Tierarzt und Veterinäringenieur wurden angeblich nicht immer hinzugezogen, wenn es notwendig gewesen wäre.¹⁷³³
5. Das im betreffenden Stall beschäftigte Personal beendete seinen Dienst häufig vor Ablauf der regulären Arbeitszeit. IM „Wehner“ führte dies auf die schlechtere Bezahlung der Viehpfleger zurück. Diese würden sich stattdessen mehr mit ihrer individuellen Tierhaltung beschäftigen.¹⁷³⁴
6. Anweisungen der betreuenden Tierärzte wurden von den Viehpflegern oft ignoriert. Ein Viehpfleger „amputierte“ offenbar wiederholt auf eigene Faust Bullenschwänze mit seinem Taschenmesser.¹⁷³⁵
7. Der Arbeitsmoral nicht eben zuträglich dürfte die Drohung des Vorsitzenden der Mastanlage gewesen sein, den Viehpflegern Vergütung ab 1988 entsprechend der stagnierenden Mastzunahmen der Tiere zu kürzen. Wie sich herausstellte, waren die unbefriedigenden Mastergebnisse jedoch nicht auf Nachlässigkeiten der Viehpfleger, sondern auf die Fütterung verschmutzter Silage zurückzuführen. Für die Herkunft des Futters waren die Viehpfleger nicht verantwortlich. Der durch fehlerhafte Lagerung massenhaft in der Silage befindliche Sand führte zu Sandkoliken innerhalb der gesamten Herde, mehrere Bullen mussten notgeschlachtet werden.¹⁷³⁶
8. Es existierten offenbar massive Kommunikationsprobleme zwischen dem Betrieb und der für die Futtermittelversorgung zuständigen LPG (P). Diese verschärften das ohnehin bestehende Problem von Futterengpässen.¹⁷³⁷
9. Durch falsche Futterlagerung kam es häufig ebenfalls zum Verderb des angelieferten Futters. Die im Betrieb vorhandenen Betonsilos waren für eine Futterlagerung nicht mehr geeignet. Die Sickersaftkanäle waren verstopft, so dass der Sickersaft nicht ablaufen konnte und die Silage verfaulte. Der Verderbnisprozess wurde weiter

¹⁷³⁰ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I

¹⁷³¹ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 37

¹⁷³² BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 37-38

¹⁷³³ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 38

¹⁷³⁴ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 38

¹⁷³⁵ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 38 und 113

¹⁷³⁶ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 111-112

¹⁷³⁷ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 118

dadurch gefördert, dass die Silage nicht abgedeckt wurde.¹⁷³⁸ Es war Gang und Gäbe, zur Futterentnahme mehrere Silos gleichzeitig aufzudecken und diese anschließend offen liegenzulassen.¹⁷³⁹

10. Ein weiterer Fehler bei der Fütterung war die Fütterung von lange überlagertem Kraftfutter. Der Grund war offenbar eine unzweckmäßige, imbalancierte Bestellung von Futtermitteln durch eine Mitarbeiterin, die nicht nach einem bestimmten Plan vorging.¹⁷⁴⁰
11. Kranke Tiere wurden des Öfteren im Stall bei der gesunden Herde belassen, anstatt sie in den dafür vorgesehenen Krankenstall zu verbringen. Das hatte angeblich den Hintergrund, dass einige Viehpfleger um ihre leistungsabhängige Zusatzvergütung bangten, die unter anderem vom Gesundheitsstatus des Bestandes abhing. Aus diesem Grund wurden auch nicht alle kranken Bullen gemeldet.¹⁷⁴¹
12. Technische Defekte führten zu tierschutzrelevanten Sachverhalten. Die mangelhafte Stallbelüftung, die auf defekte Fenster zurückzuführen war, führte zu Stalltemperaturen von bis zu 35°C. Eine nicht funktionstüchtige Güllepumpe war der Grund dafür, dass die Bullen teilweise in der Jauche standen.¹⁷⁴²

Der IM führte die aufgezählten Missstände hauptsächlich auf Mängel im Leitungstätigkeit zurück.¹⁷⁴³ Er berichtete, dass einzelne Mitarbeiter bereits versucht hatten, die Missstände zu beseitigen, indem sie sie auf den Vorstandssitzungen zur Sprache brachten. Doch die Konsequenz soll einzig eine Diffamierung des kritischen Personals durch den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter gewesen sein.¹⁷⁴⁴ Nachdem die Staatssicherheit auf die Missstände aufmerksam geworden war und durch den IM „Wehner“ einige Sachverhalte konkretisiert werden konnten, schaltete sich offenbar der Rat des Kreises ein. Dadurch wurden Verbesserungen aus Sicht des Tierschutzes erzielt. Es wurde beispielsweise eine objektive Bewertung der vorher als „gut“ bewerteten hochgradig verschmutzten Silage vorgenommen, welche nun als unbrauchbar eingeschätzt wurde und nicht mehr verfüttert wurde. Die Planung einer Halle zur Lagerung von Futter wurde in die Wege geleitet.¹⁷⁴⁵ Es sollen Aussprachen zwischen der Vorstandschaft und den Mitarbeitern der Bullenmastställe geführt worden sein. Ein neuer Bullenstall für 800 Tiere wurde konzipiert, hier sollte mit Einstreuhaltung gearbeitet werden.¹⁷⁴⁶

Aus der BStU-Akte geht nicht hervor, inwieweit die genannten Maßnahmen schlussendlich umgesetzt wurden. Der dargelegte Fall demonstriert die vielfältigen, größtenteils systembedingten Ursachen für Tierverluste in einer Bullenmastanlage. Es ist davon auszugehen, dass die aufgezählten Missstände der Realität entsprachen und deren Auftreten kein Einzelfall war. Dass die Staatssicherheit hier einen IM einsetzte zeigt jedoch, dass die wirtschaftlichen Verluste durch Verendungen, Notschlachtungen oder Leistungseinbußen über längere Zeit überdurchschnittlich hoch waren, was vermutlich an der Summierung mehrerer Probleme lag. Hinweise auf die Ahnung tierschutzwidriger Handlungen, wie beispielsweise das erwähnte Abschneiden von Schwänzen mit dem Taschenmesser, sind in

¹⁷³⁸ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 112

¹⁷³⁹ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 143

¹⁷⁴⁰ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 112

¹⁷⁴¹ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 113

¹⁷⁴² BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 133

¹⁷⁴³ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 38

¹⁷⁴⁴ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 113

¹⁷⁴⁵ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 118

¹⁷⁴⁶ BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 119

vorliegender Akte nicht enthalten. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass der Fokus des Ministeriums eher auf ökonomischen Parametern gelegen haben wird.

4.1.3.16 Rinderzucht

Durch den Fortschritt der 'sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande' sah man eine Verbesserung der Möglichkeiten des Aufbaus einer Herdbuchzucht. Vorher wäre dies nach Ansicht von Partei und Regierung aufgrund kleinbäuerlicher Strukturen nur in begrenztem Maße möglich gewesen.¹⁷⁴⁷ Mit zunehmender Industrialisierung wurden die Zuchtziele bei den landwirtschaftlichen Nutztieren neu definiert. Im Fokus einer gezielten Selektion sollte jetzt das Adaptationsvermögen der Tiere stehen, was sich durch möglichst unkompliziertes Anpassen an die industrialisierte Umwelt auszuzeichnen hatte.¹⁷⁴⁸ Dieses Merkmal wurde im Fachjargon auch mit Termini wie 'Großanlagentauglichkeit' beziehungsweise 'Anlagentauglichkeit'¹⁷⁴⁹ umschrieben. Diese wurde laut TGL folgendermaßen definiert: „*Genetisches Potential, Konstitution, Kondition und Gesundheitsstatus eines Tieres, die im Zusammenwirken unter den Bedingungen einer Anlage industriemäßiger Tierproduktion die geforderte Lebensleistung entsprechend den vorgegebenen Parametern erwarten lassen.*“¹⁷⁵⁰ Die Tauglichkeit sollte weiterführend nach Organsystemen getrennt beurteilt werden, beispielsweise nach Eutergesundheit, Melkbarkeit und Klauenbeschaffenheit. Dementsprechend wurden in den TGL entsprechende Standards fixiert, nach denen die Tauglichkeitsbeurteilung zu erfolgen hatte. So gab es als Beispiel die präzisierte Festlegung, wie eine „Normalklaue“ auszusehen zu habe.¹⁷⁵¹

Neben der Zucht auf ein möglichst umfassendes Adaptationsvermögen der Rinder, welches es ihnen ermöglichen sollte, auch weniger artgerechte Haltungsbedingungen zumindest zu tolerieren, sollte die Leistung der Herden kontinuierlich ansteigen, was sich im Rinderbereich vor allem auf die Milchleistung bezog. Definiert wurde dies beispielsweise wie folgt: „*An die physiologische Belastbarkeit der Kühe, ihre Anpassungsfähigkeit an industriemäßige Produktionsbedingungen sowie die Stabilität der Regulationssysteme sind künftig höhere Anforderungen zu stellen, angesichts der zu erwartenden hohen Einzelleistungen je Tier und der intensiven Nutzung und Haltung der Kühe.*“¹⁷⁵² Die Ziele einer auf besondere Leistung ausgerichteten Zucht bestanden zumindest in der Theorie. Besonders propagiert wurde die Selektionszucht in den späten 70er und in den 80er Jahren, wo man eher eine effektivere Nutzung vorhandener Ressourcen denn eine Intensivierung durch Erhöhung der Viehbestände in der Landwirtschaft anstrebte. Dennoch war dies in der Praxis schwer umzusetzen, da schon im Kälberbereich so hohe Verluste zu verzeichnen waren, dass man keine Leistungsselektion vornehmen konnte, wollte man die erforderliche Nachzucht für die Milchproduktion bereitstellen. Laut dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD lagen 1976 die Kälberverluste ohne Totgeburten bei DDR-weit durchschnittlich 9%, 1978 immer noch bei 8,6%. Bei Einbeziehung der Totgeburten und während der Geburt

¹⁷⁴⁷ BArch DK 1/3838, Bl. 74

¹⁷⁴⁸ WOLF, J. (1976), MH 31, S. 926

¹⁷⁴⁹ FUCHS, G. (1976), MH 31, S. 930

¹⁷⁵⁰ TGL 27325

¹⁷⁵¹ TGL 20855 (geltend ab 01.01.1975)

¹⁷⁵² WOLF, J. (1976), MH 31, S. 926

verendeten Tiere wurden demnach Verlustraten von insgesamt 12,5-15% ermittelt.¹⁷⁵³ Da die Reproduktionsquoten im Bereich der Milchviehanlagen sehr hoch waren, mussten im Schnitt drei Viertel aller weiblichen Kälber wieder in der Milchproduktion zum Einsatz kommen, was eine nachhaltige und gezielte Zuchtselektion allem Anschein nach unmöglich machte.¹⁷⁵⁴ Der Zeitzeuge und Tierarzt Christian RIEGER berichtet, dass das genetische Potential für hohe Leistungen durchaus vorhanden gewesen sei, dieses jedoch häufig aufgrund chronischer Futtermangelsituation nicht ausgeschöpft werden konnte.¹⁷⁵⁵ Anfang der achtziger Jahre wurde von der SED als Intensivierungsmaßnahme in der Rinderproduktion gefordert, die Nutzungsdauer von Kühen langfristig zu erhöhen, da die Abgänge infolge von Erkrankungen des Gliedmaßenapparates, Eutererkrankungen und Fertilitätsstörungen zu hoch lägen.¹⁷⁵⁶ Um dies zu erreichen, sollte die Selektion von Kühen reduziert werden, was gleichzeitig bedeutete, dass auch Kühe mit unbefriedigender Leistung weiter genutzt werden mussten.¹⁷⁵⁷

Ein allgemein gültiges Prinzip in der Zuchtentwicklung landwirtschaftlicher Nutztiere während der Etablierung industriemäßiger Produktionsmethoden war das Bestreben, eine möglichst hohe Homogenität der Tierbestände zu erreichen. Diese sollte sich in den körperlichen Merkmalen, der Leistung, aber auch im Adaptationsvermögen beziehungsweise der Toleranz gegenüber der vom Menschen vorgegebenen Umweltbedingungen manifestieren. Einheitliche Produktionsverfahren und Technologien machten diese Homogenität der Bestände erforderlich und erlaubten individuelle Abweichungen nur in gewissen Grenzen, was so begründet wurde: *„Große Schwankungen in der Leistung innerhalb eines großen Tierstapels erschweren die Umweltgestaltung, stören die Rotation, schränken die Auslastung der Tierplätze und somit der Anlage ein und begünstigen meist auch die Verbreitung von bestimmten Krankheiten.“*¹⁷⁵⁸

Um bestimmte, haltungsbedingte Nachteile züchterisch auszugleichen und produktionssteigernd zu agieren, wurden spezielle Rinderrassen eingekreuzt. Die Rasse Jersey hatte den Vorteil einer rassespezifischen Resistenz gegenüber *Corynebacterium pyogenes*, welcher als bedeutender Mastitiserreger bekannt war.¹⁷⁵⁹ Gegenüber dem Schwarzbunten Milchrind der DDR¹⁷⁶⁰ konnte das Jerseyrind weiterhin mit höher konzentrierten Milch Inhaltsstoffen, besserer Futtermittelverwertung, leichterer Melkbarkeit und früherer Zuchtreife punkten.¹⁷⁶¹ Gegenüber der Rasse Holstein Frisian hatte das SMR der DDR vor allem die Nachteile geringerer Milchmengenproduktion und in einem geringem Futteraufnahmevermögen.¹⁷⁶² Um Milchmengenleistung und Rahmen zu steigern, kreuzte man deshalb ab Mitte der siebziger Jahre Frisiananteile ein.¹⁷⁶³

In der Rindermast konnten die geforderten täglichen Tageszunahmen häufig nicht erreicht werden. Dies lag neben den Mangelsituationen im Futterbereich auch an einer schwerpunktmäßig auf Milchleistung ausgerichteten Zucht. Mit der Einkreuzung von Jersey- und Frisianmerkmalen wurde bei der Entwicklung des Schwarzbunten Milchrindes der DDR weiterhin ausschließlich auf eine Steigerung der Milchleistungsmerkmale hingearbeitet. Die

¹⁷⁵³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 49-50

¹⁷⁵⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 49-50

¹⁷⁵⁵ RIEGER, C. (2013), Mündliche Mitteilung vom 01.07.2013

¹⁷⁵⁶ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1981), MH 37, S. 41

¹⁷⁵⁷ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1981), MH 37, S. 42

¹⁷⁵⁸ KOVÁCS, F. (1973), MH 20, S. 765

¹⁷⁵⁹ MÜLLER, M. (1976), MH 32, S. 27

¹⁷⁶⁰ Schwarzbuntes Milchrind der DDR = SMR

¹⁷⁶¹ WOLF, J. (1976), MH 31, S. 928

¹⁷⁶² WOLF, J. (1976), MH 31, S. 928

¹⁷⁶³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Holstein-Rind>

Kreuzungsprodukte wiesen schlechtere Mastleistungen als das ursprüngliche Zweinutzungsrind auf. So war beim schwarzbunten Milchrind der DDR die tägliche Zunahmerate geringer und bei Energieüberschuss eine Tendenz zur Verfettung typisch.¹⁷⁶⁴ Ab Mitte der siebziger Jahre gab es Bestrebungen, eine Fleischrindlinie für die ganze DDR zu züchten. Die Rindermastanlage in Ferdinandshof wurde dafür als Zentrum vorgesehen. Durch den Einsatz von italienischen Rassen sollten auf diesem Wege Gebrauchskreuzungen entstehen, die ein Rind vom Fleischtyp zum Ziel hatten.¹⁷⁶⁵ Die Einkreuzung von Mastrindern fand bevorzugt dann statt, wenn Tiere für den Export vorgesehen waren.¹⁷⁶⁶ Burkhard DITTMANN berichtet, dass vor allem Charolais- und Fleckviehlinien zur Einkreuzung genutzt wurden, um die Masteigenschaften zu verbessern.¹⁷⁶⁷

Allen züchterischen Bemühungen zum Trotz konnten systembedingte Haltungs- und Fütterungsmängel zugunsten der Produktion nur sehr begrenzt ausgeglichen werden. BUSCH erwähnt, dass in den Tierzuchtinspektionen hoch qualifiziertes und bemühtes Fachpersonal beschäftigt gewesen sei, dem aber betreffs der Beseitigung von Missständen Mitspracherecht und Durchsetzungskraft fehlte.¹⁷⁶⁸ Weiterhin muss bedacht werden, dass sich männliche Schwarzbunt- und Jerseykälber durch eine restriktive Fähigkeit zur Mast auszeichnen. Deshalb waren sie vermutlich nur von geringem wirtschaftlichem Interesse. Dieser Umstand könnte zusätzlich dazu geführt haben, dass entsprechende Kälber nicht mit der für ihr Gedeihen notwendigen Sorgfalt gehalten und betreut wurden, was eine Tierschutzproblematik darstellt.¹⁷⁶⁹

Nutzungsdauer von Kühen

In den achtziger Jahren, als man sich vor allem auf eine verbesserte Nutzung vorhandener Ressourcen konzentrierte und dabei auch vermehrt die biologischen Besonderheiten und Grenzen des tierischen Organismus berücksichtigte, strebte man wieder eine Verlängerung der Nutzungsdauer der landwirtschaftlichen Nutztiere an. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Kühen lag in dieser Zeit bei 3,4 Laktationen pro Milchkuh, was ein Ausscheiden mit 41 Lebensmonaten bedeutete. Die Reproduktionsquote lag dementsprechend hoch - 1980 lag sie bei mehr als 30%. Diese kurze Nutzungsdauer wurde vorrangig mit einem raschen Generationswechsel begründet, welchen man zugunsten der Züchtung des Schwarzbunten Milchrindes der DDR und der Selektion auf dessen wesentliche Merkmale forciert hatte. Daneben spielten laut einer Publikation aus den veterinärmedizinischen Monatsheften „*Mängel in der tierartengerechten Fütterung, Haltung und Tierbetreuung*“¹⁷⁷⁰ die wesentlichste Rolle als Abgangsursachen.¹⁷⁷¹ Auch seuchenhygienische Maßnahmen, wie sie vor allem durch die Brucellose- und Tuberkulosesanierung vorgenommen wurden, führten insgesamt zu einer Verjüngung des Bestandes.¹⁷⁷² In den Jahren 1981-1985 sollte nun die Nutzungsdauer auf 3,7 Laktationen im Schnitt angehoben werden und gleichzeitig eine Verringerung der Reproduktionsquote auf maximal 27,5 % erreicht werden. Begründet wurde dies hauptsächlich im ökonomischen Vorteil einer längeren Nutzungsdauer, da hierdurch eine

¹⁷⁶⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 242

¹⁷⁶⁵ BArch DK 1/ 16027, ohne Bl., Schreiben SCHUSTER an KOCH vom 08.07.74

¹⁷⁶⁶ BUSCH, B. (2012), Persönliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁷⁶⁷ DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

¹⁷⁶⁸ BUSCH, B. (2012), Persönliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁷⁶⁹ RICHTER, T. und KARRER, M. (2006), in: RICHTER, T. (Hrsg.) (2006) Krankheitsursache Haltung, S. 77

¹⁷⁷⁰ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 42

¹⁷⁷¹ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 41-42

¹⁷⁷² WOLTER, F. und SIERING, W. (1982), MH 37, S. 44

Reduktion der Aufzucht costs sowie der Reproduktionsrate zu erwarten waren. Dies bedeutete einen sinkenden Bedarf an Färsen, welche nunmehr für die Rindfleischproduktion zur Verfügung stehen würden. Außerdem hatte man erkannt, dass Kühe erst ab der vierten Laktation ihre maximale Milchleistung erreichen.¹⁷⁷³ Mittlerweile übte man auch öffentlich, beispielsweise wie hier in den Monatsheften für Veterinärmedizin, Kritik an den Haltungsbedingungen. Haltungsmängel sowie fehlerhafte Fütterung und Pflege wurden als wichtigste Ursachen für ein frühzeitiges Ausscheiden von Kühen bewertet, wobei nicht verschwiegen wurde, dass diese für die sekundären Abgangsursachen wie Fertilitätsprobleme, Eutererkrankungen sowie Gliedmaßenschäden verantwortlich seien.¹⁷⁷⁴ Um eine nachhaltige Erhöhung der Nutzungsdauer zu erreichen, sollten bedarfsgerechte Fütterung und gezielte Selektion zu einer verbesserten Qualität der Färsen führen. Dazu gehörte auch, das Augenmerk bei der Erstkalbung auf eine ausreichende Körpermasse der Färsen zu richten. Bis Ende der siebziger Jahre hatte man hingegen jede Färse mit dem entsprechenden Alter besamt, ohne deren körperliche Entwicklung und eine vorhandene Zuchtreife in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.¹⁷⁷⁵ Als positiven Nebeneffekt des höheren Erstkalbealters hatte man zusätzlich erkannt, dass die Erstlaktationsleistung mit steigender Körpermasse zunahm.¹⁷⁷⁶ 1980 war das durchschnittliche Alter der ersten Kalbung um einen Monat auf 615 Tage angestiegen. Auch dies kann als Beispiel für eine Abkehr vom Größenwahn der siebziger Jahre und ein Umdenken hin zu realistischen Zielen dargestellt werden. Verdeutlicht wird dieses Umdenken im Hinblick auf das Erstkalbealter beispielhaft durch folgenden Satz aus der veterinärmedizinischen Fachpresse: „*Unter den gegebenen Bedingungen ist eine in Grenzen ältere Färse wertvoller als eine untergewichtige. (...) Wir orientieren insgesamt auf eine höhere Qualität der Färsen und Erweiterung der qualitätsfördernden Selektion.*“¹⁷⁷⁷ Weiterhin hatte man erkannt, dass die Zahl der Zwangsmerzungen in der Gesamtheit zu hoch war, diese sollte dementsprechend reduziert werden.¹⁷⁷⁸

Die Industrialisierung der Landwirtschaft führte dazu, dass sich Verfahren entwickelten, durch die möglichst preisgünstig eine relativ hohe Tierkonzentration gehalten werden konnte. Faktoren mit Tierschutzrelevanz waren hierbei vor allem die Verwendung billiger Baustoffe, Platzmangel und die Substitution von minderwertigem Futter. In den Stallungen fehlte häufig die Möglichkeit zur Befriedigung tierartspezifischer Bedürfnisse. Im Mittelpunkt der züchterischen Ambitionen stand eine Selektion auf Individuen mit einem hohen Adaptationsvermögen, die trotz dieser für das Tier teilweise extremen Umweltverhältnisse noch akzeptable Leistungen erzielten. Das Hauptziel der Zucht war die Schaffung von Linien mit einer hohen Resistenz, die genügend tolerant gegenüber industriemäßigen Produktionsverfahren waren. Auf diese Weise sollten Herden entstehen, die unter möglichst billigen Haltungsbedingungen zu maximalen Leistungen fähig waren.

¹⁷⁷³ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 41-42

¹⁷⁷⁴ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 41-44

¹⁷⁷⁵ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 43

¹⁷⁷⁶ WOLTER, F. und SIERING, W. (1982), MH 37, S. 45

¹⁷⁷⁷ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 43

¹⁷⁷⁸ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 42

4.1.3.17 Zusammenfassung des Kapitels Rind

Im Mittelpunkt tierschutzrelevanter Folgen für das Rind standen augenscheinlich die Krankheiten, deren Pathogenese fast ausnahmslos auf Fehler in Haltung und/oder Fütterung zurückzuführen war. Erkrankungen gingen in der Regel mit einer mehr oder weniger starken Beeinträchtigung des Wohlbefindens einher, weshalb ein Großteil der verfahrensbedingten Folgeerscheinungen Tierschutzrelevanz besaß.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich das Spektrum auftretender Erkrankungen des Milchviehs in Abhängigkeit von der landwirtschaftlichen Entwicklung änderte. MOELLER legte in seiner Dissertation dar, dass es in den Jahren nach dem Krieg bis zum Ende der fünfziger Jahre hauptsächlich seuchenhafte Erkrankungen, Fertilitätsstörungen und Indigestionen waren, die in den Milchviehbeständen auftraten.¹⁷⁷⁹ Die Seuchen waren durch das Zusammenstellen vieler einzelner Rinderbestände auf dem Vormarsch und das Tilgen der Krankheiten wurde durch den Mangel an gesundem Vieh und das Fehlen geeigneter Quarantäneunterkünfte behindert. Nichtinfektiöse Fruchtbarkeitsstörungen und Vormagenerkrankungen waren vor allem auf qualitative und quantitative Mängel in der Fütterung zurückzuführen. Die Offenstallhaltung ist aus Tierschutzsicht als großes Problem zu werten. Das gilt nicht nur aus heutiger Perspektive, auch in der damaligen Zeit gab es offensichtlich viele Kritiker dieser Haltungsform. Erfrorene und verhungerte Rinder waren in diesem vorerst als „sozialistische Errungenschaft“ geltenden Haltungsverfahren kein Einzelfall. Erst als die Verluste landesweit so hoch waren, dass sie ökonomisch nicht mehr tragbar und zu verbergen waren, wich die Staatsführung von der einst so vehement propagierten Offenstallhaltung ab. In der darauf folgenden Periode der Industrialisierung der Landwirtschaft manifestierten sich andere Tierschutzprobleme in der Rinderhaltung. Die oben erwähnten Tierseuchen wie Tuberkulose oder Deckinfektionen konnten weitgehend eingedämmt werden, stattdessen traten nun andere seuchenhaft verlaufende Infektionen auf. Durch die Etablierung von Großbeständen nahm der innerbetriebliche Transfer von Tieren zu, wodurch vermehrt Erkrankungen wie Gelber Galt, Enzootische Pneumonie, Leukose und Salmonellose auftraten.¹⁷⁸⁰ Hinzu kamen Technopathien wie Klauenerkrankungen, Zitzen- und Schwanzverletzungen mit daraus resultierenden Infektionen sowie Verhaltensstörungen wie gegenseitiges Besaugen. Alle genannten Krankheiten und Störungen traten systembedingt auf. In den siebziger und achtziger Jahren galten infektiöse Tierseuchen als so gut wie getilgt.

¹⁷⁷⁹ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Hannover, S. 149

¹⁷⁸⁰ Siehe auch MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Hannover, S. 149

4.2 Schweinehaltung

4.2.1 Entwicklung der Schweinehaltung

Der Schweinebestand im Gebiet der DDR ging während des zweiten Weltkrieges um fast zwei Drittel auf rund 2 Millionen Schweine zurück. Nach dem Krieg sollte der Schweinebestand schnellstmöglich stabilisiert werden, um die Bevölkerung mit Schweinefleisch versorgen zu können und dabei gleichzeitig weitestgehend Rindfleisch einzusparen, damit die Rinderbestände expandieren konnten. Durch staatliche Programme wie Abschlüsse von Mastverträgen, Verteilung von Futter aus staatlichen Reserven, den Aufbau von Aufzuchtbetrieben und die Förderung von Aufzuchtthütten, „*Bedeckungszwang für alle Sauen*“ und die Bereitstellung von Ferkeln für Neubauernwirtschaften konnte der Schweinebestand der DDR bereits 1950 wieder auf das Vorkriegsniveau angehoben werden. 1951 war der Schweinebestand im Land auf über 9 Millionen angewachsen.¹⁷⁸¹ Die Kollektivierung hatte im Gegensatz zur Rinderhaltung kaum Einflüsse auf die Bestandsgröße von Mastschweinebetrieben. Der Gesamtbestand an Zuchtsauen in der DDR ging im Rahmen der Kollektivierung hingegen um 17% zurück, erst 1968 wurde der Stand von 1960 wieder erreicht. Seitdem war eine durchschnittliche jährliche Zunahme an Sauen von ca. 3% zu verzeichnen. Insgesamt wuchs im Zeitraum von 1960 bis 1978 der Schweinebestand in der DDR um rund 41% von ca. 8,3 Millionen auf ca. 11,7 Millionen Tiere. Der Anstieg zwischen 1970 und 1978 war dabei überproportional hoch.¹⁷⁸² Ab Anfang der siebziger Jahre wurden in der Schweineproduktion planmäßig industrielle Produktionsanlagen errichtet. Bis 1990 wurden 55-65% der Gesamtproduktion durch diese Betriebe gesichert.¹⁷⁸³ Die Schweinehaltung hatte in der DDR einen höheren Stellenwert als in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 60% des Schlachtviehaufkommens wurde in der DDR durch die Schweinehaltung sichergestellt.¹⁷⁸⁴ 1969 betrug der Gewinn aus Schweinefleisch in der DDR rund 2,1% der gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Diese bedeutsame Rolle ist damit zu begründen, dass die Schweinefleischproduktion relativ wenig Kosten verursachte.¹⁷⁸⁵ Somit erklärt sich, dass rund 60% des Fleischbedarfes der DDR-Bevölkerung durch Schweinefleisch gedeckt wurden.¹⁷⁸⁶ Schweinefleisch war eines der wichtigsten Exportgüter zur Beschaffung von Devisen für die DDR. Die Nachfrage nach weiteren Produkten aus der DDR war im westlichen Ausland allgemein begrenzt - der Markt für billiges Schweinefleisch war hingegen vorhanden, was man in der DDR maximal auszuschöpfen versuchte.¹⁷⁸⁷ Anfang der siebziger Jahre wurden neu zu errichtende Anlagen so geplant, dass eine Erweiterung der Stallungen auf ein Vielfaches der Tierplätze jederzeit möglich sein sollte. Da die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche diesem Vorhaben Grenzen setzte, wollte man zunehmend Geschossbauten in der industriellen Tierhaltung etablieren. Als Vorbild galt dabei die Sowjetunion, wo man bereits Schweinemastställe mit vier Stockwerken erprobte.¹⁷⁸⁸

Obgleich die Forderungen nach den Grundlagen der industriemäßigen Tierproduktion bis 1974 kontinuierlich auf eine Mindestkapazität von 24 000 Mastplätzen für Neubauten

¹⁷⁸¹ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 23

¹⁷⁸² BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 17

¹⁷⁸³ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 99

¹⁷⁸⁴ BMELF (Hrsg.) (1980), DDR: Agrarproduktion, S. 66

¹⁷⁸⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 22

¹⁷⁸⁶ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 6

¹⁷⁸⁷ SCHÖNFELDER, J. (2006) in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2006), Industrielle Tierproduktion, o. Bl.

¹⁷⁸⁸ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 146

anstiegen, wurde die Mehrzahl der Mastschweine Ende der siebziger Jahre noch in Anlagen mit unter 12 480 Mastplätzen untergebracht.¹⁷⁸⁹ Der Grund dafür war offenbar die Investitionspolitik, welche nur 25-30 % der Summe für Produktionsbauten für die Schweinehaltung vorsah.¹⁷⁹⁰ Der Auf- und Neubau von Anlagen gestaltete sich scheinbar häufig schwierig. Die Schweineproduktion wies in den siebziger Jahren insgesamt noch einen relativ geringen Konzentrationsgrad auf. Viele Schweineställe waren in einem schlechten baulichen Zustand und Möglichkeiten zur Automatisierung fehlten.¹⁷⁹¹ 1976 wurde noch immer in deutlich über der Hälfte aller Sauenanlagen und Mastställen manuell gefüttert und entmistet, selbst in Ställen mit über 500 Sauenplätzen oder mit 500 bis 3000 Mastplätzen. Die größten Anlagen der DDR waren die Schweinezucht und –mastkombinate Eberswalde mit 200.000 Tierplätzen¹⁷⁹², Haßleben mit 150.000 Plätzen, und der VEB Schweinezucht und –mast in Neustadt/Orla, der bis Mitte der achtziger Jahre eine Kapazität von mehr als 170.000 Tierplätzen erreichte.¹⁷⁹³

Folgende Produktionsstufen und dementsprechende Anlagen entwickelten sich im Zuge der Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft in der Schweinehaltung:

- Schweinemastanlagen
- Komplexanlagen mit Stufenproduktion (Jungsauenaufzucht, Ferkelproduktion, Schweinemast)
- Sauenanlagen für die Zucht- und Mastläuferproduktion- eigene Jungsauenaufzucht oder Zukauf deckfähiger/ tragender Jungsauen¹⁷⁹⁴

Die mit der Einführung industriemäßiger Tierproduktionsmethoden erfolgte Spezialisierung hatte auf die territoriale Verteilung der Anlagen Auswirkungen. Der vor allem in der Schweinemast zu deckende hohe Bedarf an Futtergetreide führte dazu, dass entsprechende Anlagen bevorzugt in Gebieten mit hohem Ackerflächenanteil errichtet wurden. Auch in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte sollten Schweineproduktionsbetriebe errichtet werden, um die Transportwege zum Versorgungsgebiet möglichst kurz zu halten. In den Bezirken Gera, Frankfurt, Berlin, Leipzig, Halle, Erfurt und Rostock wurden so die Mehrzahl der Schweine produzierenden Betriebe errichtet, wohingegen beispielsweise in den Bezirken Suhl, Schwerin und Neubrandenburg eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen war.¹⁷⁹⁵

Die Merkmale der industriemäßigen Schweineproduktion waren:

- Automatisierung und Mechanisierung der Arbeitsgänge, Reduktion manueller Tätigkeiten
- Stufenproduktion

¹⁷⁸⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 115-116

¹⁷⁹⁰ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 14

¹⁷⁹¹ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 50

¹⁷⁹² HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 171

¹⁷⁹³ BStU MfS ZAIG 20623, 2651/88, Bl.17

¹⁷⁹⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 117

¹⁷⁹⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 66

- Planmäßige Produktion von Schweinen durch die Anwendung von Produktionszyklogrammen
- Anwendung von biotechnischen Methoden zur Steuerung von Fortpflanzungsvorgängen
- Anwendung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in jeder Produktionsstufe
- Schrittweise Verkürzung der Säugezeit der Ferkel auf 28-25 Tage
- „bewegungsarme Haltungsformen sowie einstreulose bzw. –arme Aufstallung“¹⁷⁹⁶
- Hoher Tierbesatz je m² Stallgrundfläche
- Einzelhaltung der Sauen
- Kleine Tiergruppen in den Stufen Aufzucht und Mast¹⁷⁹⁷
- Eingliederung veterinärmedizinischer Fachkräfte in Leitungspositionen¹⁷⁹⁸

Als industriemäßige Anlagen für Schweineproduktion galten Betriebe, die nach der Vorlage von Angebots- und Wiederverwendungsprojekten errichtet wurden. Weiterhin zählten rekonstruierte beziehungsweise erweiterte Altbauten mit entsprechenden Tierkonzentrationen sowie Betriebe, in denen einer Zuchteinheit mehrere Läuferlieferbetriebe und ein bis zwei Mastbetriebe zugeordnet waren, zu dieser Anlagenkategorie. Industriemäßige Sauenanlagen wurden für mindestens 1000 Tiere konzipiert, rekonstruierte Betriebe galten bereits ab 400 Plätze als industriell produzierend. Schweinemastanlagen mit industriemäßiger Produktion sollten über mindestens 4800 Mastplätze verfügen.¹⁷⁹⁹ Eines der wichtigsten Argumente für den Bau von Betrieben mit solchen Kapazitäten versprach man sich darin, dass der Aufwand an Gesamtinvestitionen mit steigenden Tierzahlen relativ sinken würde.¹⁸⁰⁰ Bis Mitte der siebziger Jahre wurde noch eine Erhöhung des Aufkommens an Schweinefleisch um 20% angestrebt, welche durch eine Vergrößerung der Schweinebestände sowie Leistungssteigerung erreicht werden sollte. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zog man jedoch die Notbremse und beschloss eine Konstanz der Schweinebestandsgrößen; die Erhöhung des Fleischaufkommens sollte lediglich durch verbesserte Leistungen erreicht werden.¹⁸⁰¹ Auch im Hinblick auf die für industrielle Schweinemast zu nutzenden Gebäude wich die anfänglich vorhandene Euphorie einer ökonomisch erzwungenen Bescheidenheit zum Ende der siebziger Jahre. Gab man sich bis 1975 noch der Illusion hin, dass die Hälfte aller Schweinebestände bis 1990 industriemäßig mit dementsprechenden Konzentrationen produzieren sollten, so lenkte man schon in den späten siebziger Jahren dahingehend ein, dass es auch 1990 noch rationalisierte Anlagen geben würde, welche auf konventionellem Wege produzieren sollten.¹⁸⁰² Dies ist als weiteres Zeichen für die Abkehr vom Gigantismus

¹⁷⁹⁶ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 4

¹⁷⁹⁷ PRANGE, H. (1975), in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 235

¹⁷⁹⁸ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 4

¹⁷⁹⁹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 4-5

¹⁸⁰⁰ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 140

¹⁸⁰¹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 22, sowie Einband (nachträglich eingefügte Berichtigung zu S. 22)

¹⁸⁰² PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 30, sowie Einband (nachträglich eingefügte Berichtigung zu S. 30)

des agrarpolitischen Kurses zu werten, welche sich ab Beginn der achtziger Jahre manifestierte.

In der DDR war die Mehrphasenhaltung verbreitet, das hieß eine Kombination verschiedener Haltungsstufen unterschiedlicher Art. Das Verfahren gliederte sich in der DDR in die Abschnitte Abferkel-, Aufzucht- und Maststufe. In Ländern mit wärmerem Klima war auch die Einphasenhaltung ein gängiges Verfahren. Die Vorteile der einphasigen Haltung waren der Verzicht auf Umstallungen und Neugruppierungen, welche zu höhere Zuwachseleistungen und verkürzte Mastperioden mit sich brachten. Die für dieses Verfahren benötigten Investitionsmittel wurden für die Verhältnisse der DDR als zu hoch beurteilt.¹⁸⁰³

Die in der DDR gebräuchliche Mehrphasenhaltung sollte neben der Einsparung von Kapital auch eine bessere Organisation der Arbeitsschritte und eine Verbesserung der Arbeitsökonomie mit sich bringen.

Folgende Haltungsstufen und spezielle Stallarten waren typisch für die industriemäßige Schweineproduktion in der DDR:

Tabelle 11: Haltungsstufen und spezialisierte Stallarten¹⁸⁰⁴

| Nr. | Haltungsstufen | Stallarten |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | Fortpflanzungsperiode - Synchronisation der Jungsauen - Güst- und Besamungsperiode - Trächtigkeitsperiode | Ställe für güste und tragende Sauen - Synchronisationsstall - Besamungsställe - Warteställe |
| 2 | Säugeperiode | Abferkelställe |
| 3 | Aufzuchtperiode | Aufzuchtställe |
| 4 | Mastperiode | Mastställe |
| 5 | Reproduktion von Zuchttieren | Ställe für Zuchtieraufzucht |
| 6 | Spermagewinnung | Eberställe |
| 7 | Selektionsmast | Nachnutzungsställe |

4.2.2 Schweineproduktion und Tierschutz

Unabhängig von der jeweiligen Produktionsstufe traten tierschutzrelevante Probleme in der Hauptsache durch Fütterungsmängel auf. Hier spielte die mangelhafte Versorgung qualitativer und quantitativer Art eine tragende Rolle. Technische Mängel waren ebenfalls keine Seltenheit.

Neben den Defiziten in der Tierernährung begünstigten Fehler in Haltung und Pflege das Auftreten von Krankheiten, die häufig seuchenhafte Verlaufsformen annahmen. Vor allem in rekonstruierten Altbauten, die im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen als Schweineställe genutzt wurden, waren die Stallklimawerte häufig suboptimal. Die Schweine

¹⁸⁰³ PRANGE, H.(1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 234

¹⁸⁰⁴ PRANGE, H.(1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 234

waren hier mangelnder Hygiene, zu hoher Luftfeuchte und zu kalten Temperaturen ausgesetzt. In der DDR-Fachliteratur wurde darauf hingewiesen, dass rund 70% aller Schweinekrankheiten durch Fütterungs- und Haltungsmängel verursacht würden.¹⁸⁰⁵ In einem Bericht des MfS über die Ursachen von Viehverlusten in der DDR wurde festgestellt, dass „*ungenügende Bauplanung und Bauausführung*“ häufig für die Vielzahl von Tierverendungen verantwortlich wäre. Als Beispiele wurden Betriebe angeführt, bei denen mehr als die Hälfte des Läuferbestandes durch Mängel in der Haltung verendet waren.¹⁸⁰⁶ Ebenso hohe Verluste sollen durch den Einsatz unqualifizierter Betreuungskräfte und durch Nachlässigkeiten entstanden sein.¹⁸⁰⁷

Die für die Produktion optimalen Zahlen für die verfügbare Liege- bzw. Buchtenfläche der verschiedenen Entwicklungsphasen wurden laut folgender Tabelle beziffert.¹⁸⁰⁸

Tabelle 12: Bedarf an Liege- bzw. Buchtenfläche einzelner Produktions- bzw. Entwicklungsstufen in m²

| | | |
|--------------------------------|----------------|-------------|
| Tragende Altsau | | 1,20 – 1,40 |
| Tragende Jungsau | | 0,80 – 1,00 |
| Eber | Einzelhaltung | 8,00 |
| Säugende Sau und Ferkel | Einzelhaltung | 5,00 |
| Läufer 7-35 kg | Gruppenhaltung | 0,25 – 0,30 |
| Mastschweine 40-70 kg | Gruppenhaltung | 0,45 |
| Mastschweine 70-115 kg | Gruppenhaltung | 0,57 |

Bedeutsam aus Sicht des Tierschutzes war unter anderem die Verbreitung von Seuchen, die durch fahrlässiges Verhalten der Beschäftigten und Entscheidungsträger begünstigt wurde. Mit zunehmender Bestandsgröße war vor allem in der Schweinemast der DDR die Verwertung der anfallenden Güllemengen ein schwerwiegendes Problem. 1964 soll es in den Bezirken Leipzig und Halle dadurch beispielsweise zur Verbreitung der Schweinepest gekommen sein, weil die Abprodukte der Schweinemastbetriebe der Region in die Kanalisation der Stadt Leipzig geleitet wurden, welche auf diesem Wege in die „Weiße Elster“ abfließen konnten.¹⁸⁰⁹

Im BIV Langensalza, in dem man sich vorrangig mit bauhygienischen Problemstellungen befasste, spielte die Entwicklung von Lüftungstechnologien eine tragende Rolle. Mit zunehmender Intensivierung der Tierproduktion und damit einhergehenden steigenden Tierkonzentrationen nahm die Bedeutung einer entsprechenden Be- und Entlüftung der Stallungen vehement zu. Lüftungsausfälle aufgrund technischer Störungen sollen keine Seltenheit gewesen sein. Neben Geflügelintensivhaltungen waren vor allem Schweinemastanlagen von dieser Problematik betroffen. Gisbert PAAR berichtet, dass es

¹⁸⁰⁵ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 110

¹⁸⁰⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 4

¹⁸⁰⁷ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 5

¹⁸⁰⁸ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 341

¹⁸⁰⁹ BArch DK 1/ 10886

Fälle gab, in denen durch ausfallende Lüftung innerhalb kurzer Zeit hunderte Schweine verenden mussten. Der Tod sei in diesen Fällen nicht durch eine Vergiftung mit Schadgasen eingetreten, sondern durch Hitzschlag. Die rapide Zunahme der Körpertemperatur wurde durch die schnell steigende Luftfeuchte noch begünstigt.¹⁸¹⁰ Unter Tierschutzgesichtspunkten stellt das Verenden durch ausfallende Be- und Entlüftung ein gravierendes Problem der Intensivtierhaltung dar. Die hohe Konzentration von Tieren auf einer stark begrenzten Fläche setzt eine einwandfreie Technik voraus. Ist diese nicht gewährleistet, kommt es zu vermeidbaren, erheblichen Leiden einer großen Anzahl von Tieren.

4.2.3 Schweinemast in der DDR

4.2.3.1 Haltung in der Schweinemast

Bis zur Kollektivierung wurden die Schweine häufig in Hütten gehalten, die schnell zu erbauen und kostengünstig waren.¹⁸¹¹ Vor allem Zuchtsauen wurden in Einzelbuchten in Hütten untergebracht.¹⁸¹² Die zu dieser Zeit ebenfalls gebräuchlichen Mastschweineunterkünfte waren meist kleine, dunkle Verschläge ohne Fenster und ohne Lüftungsmöglichkeit. Mit wachsenden Bestandsgrößen wurden zunehmend Schweinemastställe mit Buchtenhaltung bewirtschaftet.¹⁸¹³ Nachdem die Absetzer eine Lebendmasse von 30 bis 35 kg erreicht hatten, wurden sie zur Mast aufgestellt.¹⁸¹⁴ Ab den sechziger Jahren wurden industriemäßige Schweineställe erbaut. 1964 lag die geforderte Anzahl Tierplätze solcher Anlagen bei 1000 bis 4000, bis 1970 waren diese Richtgrößen schon auf 4000 bis 20 000 Plätze gestiegen.¹⁸¹⁵ In der DDR wurden drei verschiedene Angebotsprojekte für Mastschweine entwickelt. Diese enthielten rund 6000, 12 480 oder 24 960 Mastplätze. Am häufigsten kam der mittlere Anlagentyp zum Einsatz, welcher mit seinen 12 480 Mastplätzen und 32 geplanten Arbeitskräften betrieben werden sollte, um im Durchschnitt 3600 Tonnen Schweine jährlich zu produzieren.¹⁸¹⁶ Um eine 12 480er Anlage zu errichten, wurden 4,4 Hektar Baugelände benötigt. Die Anlage bestand aus fünf Stallungen in Stütze-Riegel-Konstruktion. Jeder Stall war 24 m breit. Die Stallgebäude enthielten einen zentralen Verbindungsteil und je eine Mittelwand, durch die vier in sich geschlossene Stalleinheiten entstanden. Auf der einen Seite befanden sich so 10 Vormasteinheiten, auf der anderen Seite 10 Endmasteinheiten. Eine Stalleinheit bestand aus zwei Buchtendoppelreihen zu jeweils 26 Buchten, wobei in jeder Bucht 12 Tiere auf Vollspaltenboden gehalten wurden.¹⁸¹⁷ Die Anlagen wurden in Vormast- und Endmastbereich unterteilt. Das Platzangebot wurde auf 0,6-0,65 m² je Tier in der Endmast und auf 0,45 m² je Tier in der Vormast festgesetzt.¹⁸¹⁸ Die Fressplatzbreite betrug 0,25 bis 0,33 m.¹⁸¹⁹ Der Gülleabtransport

¹⁸¹⁰ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁸¹¹ DANNERBECK, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 26.04.2010

¹⁸¹² NUBHAG, W. et al. (1954), Hygiene der Haustiere, S. 240

¹⁸¹³ NUBHAG, W. et al. (1954), Hygiene der Haustiere, S. 239

¹⁸¹⁴ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 252

¹⁸¹⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 115

¹⁸¹⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 125

¹⁸¹⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 127-128

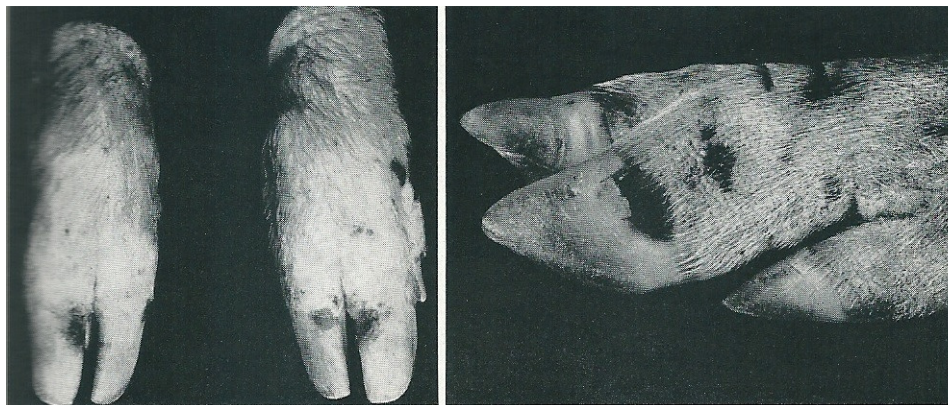
¹⁸¹⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 129

¹⁸¹⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige

erfolgte durch Schieberanlagen oder Fließkanäle,¹⁸²⁰ wobei sich Fließkanäle aufgrund der geringeren Störanfälligkeit und des geringeren Verschleißes dauerhaft durchsetzten.¹⁸²¹ 6000er Schweinemastanlagen setzen sich aus 10 Stalleinheiten zu jeweils 600 Plätzen zusammen. In den Gruppenbuchten waren je 12 Tiere aufgestellt, die Mast erfolgte durchgehend. Die Ställe waren zumeist als Dunkelställe konzipiert.¹⁸²² Alle Anlagentypen waren mit Vollspaltenböden ausgestattet, was hauptsächlich mit arbeitsökonomischen Vorteilen begründet wurde.¹⁸²³

Wie auch in der Läuferaufzucht wurden Versuche unternommen, die Käfighaltung zu etablieren. Hindernis dabei war das Problem, die Ein- und Ausstattung der Tiere zu mechanisieren.¹⁸²⁴ Ebenfalls problematisch bei der mehretägigen Haltung in Gruppen waren das Absondern erkrankter oder verendeter Tiere und die fehlende Möglichkeit für individuelle Behandlungen von Einzeltieren.¹⁸²⁵

Abb.: Verletzungen im Zehenbereich bei Vollspaltenbodenhaltung¹⁸²⁶



4.2.3.2 Fütterung der Mastschweine

In Betrieben mit konventionellen Produktionsverfahren waren Hackfrüchte wie Kartoffeln und Zuckerrüben sowie Getreide die Futtergrundlage.¹⁸²⁷ Auch in industriemäßige Anlagen war die Hackfrüchtemast nach den Angebotsprojekten vorgesehen.¹⁸²⁸ Kartoffeln wurden hierzu frisch und gedämpft beziehungsweise als Konservat verfüttert. Zuckerrüben wurden

Schweineproduktion, S. 29

¹⁸²⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 135

¹⁸²¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 135

¹⁸²² RUHTZ, A. (1982), Dipl. sc. agr. Berlin, S. 32

¹⁸²³ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 256

¹⁸²⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 129

¹⁸²⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 254

¹⁸²⁶ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Ind. Schweineproduktion, S. 277, Abb. 89

¹⁸²⁷ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 131

¹⁸²⁸ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 148

frisch oder in konservierter Form verfüttert.¹⁸²⁹ Die hauptsächlich durchgeführten Mastverfahren waren die Getreideschnellmast, die Hackfruchtschnellmast und die kombinierte Getreide-Hackfrucht-Schnellmast. Als Schnellmast galten alle Verfahren, bei denen bereits juvenile Schweine intensiv gemästet wurden und das Mastende bei maximal 150 kg lag. Die Schweine sollten dadurch in einem Stadium geschlachtet werden, in welchem noch kein Zuwachs von Fett zu verzeichnen war. Dazu wurden hauptsächlich Konzentrate verfüttert.¹⁸³⁰ Die Mastperiode in der industriemäßigen Mastschweineproduktion betrug im Durchschnitt 174 Tage.¹⁸³¹ Besonders weit verbreitet war die Anwendung der Hackfruchtschnellmast, da hier auf das beste Verhältnis zwischen Flächenangebot und Nährstofftrag bestand. Stärkereiche Hackfrüchte als Grundfutter boten eine effektive Mastgrundlage.¹⁸³² Gleichzeitig waren Hackfrüchte deshalb interessant, da man das Ziel verfolgte, möglichst viel wirtschaftseigenes Futter in der Schweinemast einzusetzen. Zuckerrüben gewannen dabei zunehmend an Bedeutung, da sie billiger als Getreide produziert werden konnten. Außerdem wurden sie als ökonomisch vorteilhafter bewertet, was den Vergleich mit den Kartoffeln im Hinblick auf die Energiedichte anging.¹⁸³³ Der zunehmende Anbau von Zuckerrüben als Schweinemastfutter galt somit als „echte Intensivierungsmaßnahme“¹⁸³⁴ und stellte ein Merkmal der industriemäßigen Schweineproduktion dar.¹⁸³⁵ Neben Hackfrüchten wurden in den Mastanlagen feuchtkrümelige oder flüssige Futtermischungen eingesetzt. Flüssigfutter wurde über Rohrleistungssysteme verteilt.¹⁸³⁶ Neben diesen Futtermitteln spielten Haushaltsabfälle und Abfälle aus Großküchen eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Mastschweinehaltung.¹⁸³⁷ Das sogenannte „Sammelfutter“ hatte vor allem in Mastanlagen in Großstadtnähe hohe wirtschaftliche Bedeutung. Es gab Anlagen, die mehr als die Hälfte der täglich benötigten Futterenergie aus Sammelabfällen bezogen. Eigens dafür eingesetzte Transportbrigaden sammelten Küchen- und Industrieabfälle sowie Brot und abgelaufene Ware. Bezugsquellen waren hauptsächlich Lebensmittelgeschäfte, Groß- und Schulküchen, Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen.¹⁸³⁸ Im Laufe der Jahre nahm die Bedeutung dieser Futtermittel tendenziell noch zu, da die Fett- und Energiegehalte der Küchenabfälle stiegen und somit einen weit höheren Nährwert als Kartoffeln aufwiesen.¹⁸³⁹ Angestrebt wurde eine restlose Verwertung aller in der DDR anfallenden Küchenabfälle, deren wirtschaftliche Vorteile im Lehrbuch „Tierfütterung“ wie folgt präzisiert werden: *„Unterstellt man eine völlige Nutzung der Küchenabfälle in der DDR für die Schweinefütterung, so könnten täglich 700 000 Mastschweine mit 3 kg Abfällen gedeckt werden. Damit würden 25-30% des Energiebedarfes dieser Tiere abgedeckt werden können (...). Das unterstreicht die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Sekundärrohstoffe.“*¹⁸⁴⁰

¹⁸²⁹ BUSCH, B. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 344

¹⁸³⁰ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion S. 287-288

¹⁸³¹ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 79

¹⁸³² SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion S. 297

¹⁸³³ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 8-9, 11

¹⁸³⁴ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 44

¹⁸³⁵ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 10

¹⁸³⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 131

¹⁸³⁷ BUSCH, B. (1975), in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 344

¹⁸³⁸ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 15-16

¹⁸³⁹ WIESEMÜLLER, W. (1983) in: HOFFMANN, M. et al. (1983), Tierfütterung, S. 239-240

¹⁸⁴⁰ WIESEMÜLLER, W. (1983) in: HOFFMANN, M. et al. (1983), Tierfütterung, S. 240

Maßnahmen zur Erhöhung des Fleischaufkommens und ihre Auswirkungen auf den Tierschutz

Vor allem in der Zeit der Kollektivierung erwies sich die Realisierung der Planvorgaben der Politik für die Betriebe als schwierig. Die Problematik, das Futterangebot mit den rapide angewachsenen Viehbeständen in Einklang zu bringen, betraf die Mehrzahl der Betriebe in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren. Um Abhilfe zu schaffen, sollten „Zusatzfutterflächen“ geschaffen und vermehrt Zwischenfrüchte angebaut werden. Um eine verbesserte Futtermittelverwertung zu erreichen, „sollten von den LPG im grösstmöglichen Umfange alle freien Mischkapazitäten zur Herstellung von Futtergemischen genutzt werden“, genauer gesagt sollten eigens von den LPG Futtermischungen hergestellt werden, die antibiotika- und vitaminhaltige Konzentratstoffe enthielten. Von Eiweißträgern wie Fischsilage, Blutsilage, Molke, Molkeneiweiß und Konfiskaten versprach man sich ebenfalls eine „Komplettierung“ der Rationen und eine zuwachs-fördernde Ergänzung zu wirtschaftseigenen Rauh- und Saftfuttermitteln.¹⁸⁴¹ Eine erprobte Methode dazu war die „Anwendung biogener Stimulatoren“. So führte man an Ferkeln und Läufern Fütterungsversuche mit Natriumsalizylat durch, wodurch die Masseentwicklung angeblich verbessert werden sollte.¹⁸⁴² Auf selbiger Basis wurden Versuche der Schweinemast mit Getreide und synthetischem Lysin durchgeführt.¹⁸⁴³

Freilandmast von Schweinen

Auch im Bereich der Schweineproduktion bestand die größte Herausforderung darin, mit den vorhandenen Mitteln, speziell Futterressourcen, die maximale Produktion zu schaffen, um den Bedarf der Bevölkerung an Fleisch und Wurst decken zu können. Dazu musste jedwede Reserve zur Produktionssicherung und – steigerung erschlossen werden. Eine dafür ab 1973 vermehrt durchgeführte Maßnahme war die Sommermast der Schweine, welche entweder als Waldmast oder als Mast auf freien Flächen innerhalb der Anlagen praktiziert wurde. Von Bedeutung war hier allerdings lediglich die Waldmast, die vor allem dann durchgeführt wurde, wenn die Betriebe Bau- und Rationalisierungsmaßnahmen an den Schweineställen vornahmen und die Schweine in dieser Zeit im Wald gemästet wurden. Dadurch konnten Produktionsausfälle vermieden oder zumindest reduziert werden. In der Regel wurde die beweidete Fläche nach spätestens drei Jahren Nutzung gerodet und anschließend wieder aufgeforstet. Pro Tier sollten 15 m² Fläche zur Verfügung stehen, rund ein Drittel davon sollte als überdachte Liegefläche angelegt sein. Letztendlich stellte die Weidemast der Schweine nur eine in Einzelfällen angewendete Maßnahme dar, kurzfristig Schweine unterzubringen beziehungsweise in Zeiten des Futtermangels die Schweine satt zu bekommen. Der Grund dafür, dass der Anteil an in Freilandmast gehaltenen Schweine 1% nicht nennenswert überstieg, ist vor allem darin zu suchen, dass hierfür zusätzlich Mastläufer bereitgestellt hätten werden müssen. Dafür wäre die zusätzliche Bedeckung von Jungsaunen von Nöten gewesen. Die dafür und für die folgende Ferkelaufzucht spezifisch konzipierten Ställe fehlten jedoch.¹⁸⁴⁴ Um den erhöhten Fleischbedarf zu decken, wurde in Einzelfällen die Sommermast auch in leerstehenden Rinderställen durchgeführt.¹⁸⁴⁵

¹⁸⁴¹ BArch DK 1/ 3839, Bl. 8

¹⁸⁴² STRÜMPF, K.-H. (1962), MH 17, S. 876

¹⁸⁴³ BUSCH, B. (2012), Persönliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁸⁴⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 72-74

¹⁸⁴⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 252

4.2.3.3 Tierschutz im Bereich Schweinemast

Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität in der Schweinemast

Die Periode der Kollektivierung warf, wie auch im Rindersektor, das Problem auf, die für die gewachsenen Tierbestände erforderlichen Futtermengen zu beschaffen. Die verfügbaren Ressourcen entsprachen bei Weitem nicht dem notwendigen Bedarf. Als Maßnahmen zur Verbesserung der Futterversorgung in der Schweinemast wurde unter anderem vorgeschlagen, Mastschweine bereits mit 110 kg zu schlachten und für diese Tiere Absatzferkel für die Schnellmast einzustallen. Dadurch versprach man sich einen sinkenden Futterverbrauch, effizientere Futtermittelverwertung und die Sicherung ausreichend großer Mastbestände für das nächstfolgende Planjahr. LPG mit besonders „angespannter Futtergrundlage“ wurde gar empfohlen, die Schweine bereits mit 90-95 Kilo Lebendgewicht der Schlachtung zuzuführen und stattdessen „in genügend hohem Umfang“ Ferkel einzustallen.¹⁸⁴⁶ Hier lag der Teufel im Detail, da auch diese Ferkel erst produziert sein mussten, um sie zur Mast aufzustallen. Diesem Problem suchte man mittels „Mastsauenrekrutierung“ beizukommen. Dazu wurden Jungsaunen aus den Mastställen zusammengestellt, um sie zur Zucht einzusetzen. Von Tierärzten und Züchtern wurde das im Allgemeinen nicht befürwortet.¹⁸⁴⁷

Tierschutz in der industriellen Schweinemast

Die geforderte Leistung von 600 g Zunahme pro Tier und Tag konnte in den wenigsten Schweinemastanlagen erreicht werden. Trotz Konzentratfuttermitteln und Eiweißträgern schnitten die großen Anlagen in der Summe leistungsmäßig schlechter ab als kleinere, herkömmliche Ställe. Systemkritiker bemerkten, dass die neu gebauten Schweinemastanlagen langfristig gesehen einen Effektivitätsverlust zu verzeichnen hatten. Die Umsetzung der erforderlichen Hygienemaßnahmen erfolgte nicht mit letzter Konsequenz und es kam deshalb und wegen der hohen Tierkonzentrationen zu Umweltbelastungen und gesundheitlichen Problemen für die Bevölkerung. Geruch, Lärm und Keimbelastung waren die hauptsächlichen Belastungsfaktoren.¹⁸⁴⁸ Aus Sicht des Tierschutzes kritisch zu sehen ist die Tierdichte pro Fläche, die im Zuge der Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden rapide anstieg. Eine Gefahr der hohen Tierkonzentrationen waren begünstigte Bedingungen für Infektionserreger. Viele Tiere auf relativ engem Raum bedeuteten eine erhöhte Angriffsfläche für die Erreger, eine rasche direkte und indirekte Erregerübertragung und eine gesteigerte Virulenz des Erregers aufgrund der häufigen Tierpassagen. Die seuchenhafte Ausbreitung von Infektionen wurde durch Stressoren wie Überbelegung, suboptimale Rationsgestaltung und vor allem Haltungs- und Betreuungsmängel begünstigt.¹⁸⁴⁹ In der DDR-Fachliteratur wurde darauf hingewiesen, dass Haltungsbedingungen maßgeblich an der Entwicklung der Leistung und der Tiergesundheit eines Schweinebestandes beteiligt seien.¹⁸⁵⁰ Dabei traten tierschutzrelevante Probleme offenbar am ehesten in konventionellen Haltungen auf, in denen sehr hohe Tierkonzentrationen kaum eine Rolle spielten. Horst DEISTING bestätigt dies in seiner Dissertation. Er erwähnt, dass die meisten Probleme in Betrieben mit geringer

¹⁸⁴⁶ BArch DK 1/3839, Bl. 7-8

¹⁸⁴⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 82

¹⁸⁴⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 126

¹⁸⁴⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 162

¹⁸⁵⁰ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 259

Konzentration auftreten würden. Sie korrelierten seiner Auffassung nach oftmals mit „*schlechten Haltungsbedingungen und dadurch bedingter mangelnder Hygiene*“.¹⁸⁵¹ Gleiches bestätigen Zeitzeugen. So seien Schweine in den individuellen Privathaltungen häufig einzeln und in dunklen, fensterlosen, kleinen Kojen gehalten worden, bevor sie der Hausschlachtung zugeführt wurden.¹⁸⁵² In der Theorie galten als Optimum solche Stallklimawerte, unter denen bei minimalem Aufwand maximale Leistungen erzielt werden konnten.¹⁸⁵³ Als wichtigste Parameter wurden in diesem Zusammenhang das Stallklima und die Fußbodengestaltung in Verbindung mit Gruppengröße und Belegungsdichte genannt. Trotz dieser Erkenntnisse wurden die Optimalwerte dieser Parameter häufig nicht beachtet, was in der Folge zu chronischen Atemwegserkrankungen, Gliedmaßenschäden und zum Kümern der Tiere führen konnte. Besonders weit verbreitet war der Kannibalismus bei Schweinen, hauptsächlich in Form des Schwanzbeißens, welcher durch Überbelegung der Ställe, suboptimales Stallklima und Fütterungsmängel in vielen Beständen begünstigt wurde.¹⁸⁵⁴ Die Anfang der achtziger Jahre entwickelte Güllespülmistung in Schweineställen führte zur Freisetzung von Schwefelwasserstoff, wobei oft Werte erreicht wurden, die die zulässigen Maxima bei Weitem überstiegen.¹⁸⁵⁵ Optimale Temperaturen im Innenbereich konnten offensichtlich häufig nicht konstant gehalten werden. Das lag nach DEISTING daran, dass die verbreitet für die Schweinemast genutzten Altställe in einer Zeit erbaut wurden, als die Wichtigkeit des Temperaturoptimums für eine maximale Mastleistung noch unbekannt gewesen sei. In Kombination mit zu hoher Luftfeuchte durch fehlende Lüftungselemente kam es angeblich vor allem im Winter zu eingefrorenen Wasserleitungen, so dass die Tränkwasserversorgung gefährdet war. Auch das Einfrieren der Entmistungssysteme wird beschrieben.¹⁸⁵⁶ Durch das bestehende „Waschküchenklima“ dürften Atemwegserkrankungen und Enteritiden begünstigt worden sein. Genauso wie die häufig nicht gesicherte Tränkwasserversorgung waren diese Umstände tierschutzrelevant.

Gliedmaßenschäden traten am häufigsten dort auf, wo in der Aufzuchtphase eine andere Fußbodenbeschaffenheit zur Anwendung gekommen war als im Maststall. Besonders negativ wirkte es sich aus, wenn Jungtiere, welche durch Mängel in der Aufzuchtphase bereits Gliedmaßenschäden aufwiesen, auf ungeeignete Kotroste umgesetzt wurden.¹⁸⁵⁷ Die häufig verwendeten Spaltenböden aus Stahlbeton erodierten relativ schnell, was Verletzungen begünstigte.¹⁸⁵⁸ Verbesserungen erzielte man durch die Mitte der sechziger Jahre entwickelten und dann zunehmend verwendeten Grauguss-Spaltenböden, welche widerstandsfähiger waren.¹⁸⁵⁹ Erkrankungen des Bewegungsapparates waren zu einem hohen Prozentsatz an den Gesamtverlusten beteiligt, Zahlen von über 30% waren keine Seltenheit. PRANGE führte das in einer Publikation aus dem Jahre 1971 auf „*nicht immer geeignete Bodenausführungen, Überbelegungen und zu große Tiergruppen sowie eine mit der Umzüchtung zum Fleischschwein verbundene relative (...) Konstitutionsschwäche des Bewegungsapparates*“

¹⁸⁵¹ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 61

¹⁸⁵² HÄHNLEIN, R. (2011), Persönliche Mitteilung vom 21.05.2011

¹⁸⁵³ MOTHES, E. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 299

¹⁸⁵⁴ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 259

¹⁸⁵⁵ PAAR, G., BOCKLISCH, H. und BLANKENBURG, J. (1990), Abschlußbericht zur F/E-Leistung, S. 3

¹⁸⁵⁶ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 120-121

¹⁸⁵⁷ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 264

¹⁸⁵⁸ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 142 und SCHRÖDER, H. (2011), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011

¹⁸⁵⁹ WOLL, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

zurück.¹⁸⁶⁰ Atemwegserkrankungen verursachten durch Minderzunahmen, Notschlachtungen beziehungsweise Verendungen, Preisminderungen durch verworfene Lungen und durch eine beeinträchtigte Fleischqualität für die DDR in den achtziger Jahren volkswirtschaftliche Einbußen von mehr als 450 Millionen Mark pro Jahr.¹⁸⁶¹ Enteritiden waren ebenfalls häufig anzutreffende Erkrankungen im Bereich der Schweineproduktion. Die wichtigsten Magen-Darm-Erkrankungen des Schweines waren Salmonellosen, die Transmissible Gastroenteritis, Schweinedysenterie und diätetisch bedingte Enteropathien. Die noch in den sechziger und siebziger Jahren häufig vorkommende, durch Fütterungsfehler begünstigte Schweinedysenterie verlor bis in die achtziger Jahre an Bedeutung. Salmonellosen kamen hingegen immer wieder sporadisch vor, vor allem Läufer und junge Mastschweine erkrankten daran. In Mastanlagen war die chronische Salmonellose keine Seltenheit, die zu chronischer Diarrhoe und Pneumonien führte.¹⁸⁶²

Häufig vorkommende Krankheiten bei Mastschweinen waren auch Hepatitiden, hervorgerufen durch Parasitenbefall.¹⁸⁶³ Genannte Erkrankungen waren haltungsbedingte Folgen und verursachten vermeidbare Leiden. Sie sind deshalb als tierschutzrelevante, systembedingte Erscheinungen einzuordnen. Was das Auftreten der genannten Probleme allgemein begünstigte, war der Mangel an qualifiziertem Personal in der Schweinehaltung. Verluste in allen Produktionsstufen waren besonders gravierend, wenn keine oder zu wenige Fachkräfte verfügbar waren und stattdessen Arbeitskräfte mit fehlenden Kenntnissen die Betreuung der Tiere übernahmen.¹⁸⁶⁴ Erkrankungen, deren Entstehung durch ein ungünstiges Stallklima begünstigt wurde, traten dann vermehrt auf, wenn die vertraglichen Beziehungen zwischen Tierproduktion und fleischverarbeitender Industrie nicht eingehalten wurden. So konnte es bei Verzögerungen in der Abnahme von Schlachtschweinen zu Überbelegungen der Ställe kommen, die zwingend zur Klimaverschlechterung und zu allen genannten Folgen führten.¹⁸⁶⁵ DEISTING bemerkt, dass 10-12% Tierverluste in Schweinemastbetrieben die Normalität darstellten, von denen angeblich rund ein Viertel auf Mängel im Stallklima zurückzuführen waren. Dabei waren die Schweine, die erkrankt der Notschlachtung zugeführt wurden, nicht als Verlust gerechnet worden.¹⁸⁶⁶

Im Zuge der Industrialisierung kam es zur deutlichen Zunahme von Gliedmaßenkrankungen bei Schweinen. Die Ursachen dafür sah man in einer ungenügenden Skelettreife der auf Fleischansatz gezüchteten, schnell wachsenden Schweine sowie in den fehlenden Trainingsreizen, die die bewegungsarme Aufstallung mit sich brachte. Die offenbar häufig vorkommende ungeeignete Fußbodenbeschaffenheit war ein weiterer Faktor, der die Klauengesundheit negativ beeinflusste und als nicht tiergerecht zu bewerten ist.¹⁸⁶⁷ Vollspaltenböden wurden mit zunehmender Abnutzung scharfkantig und glatt, die Spaltenweite nahm im Zuge dessen auf deutlich über 22 mm zu. Beschleunigt wurde der Korrosionsprozess durch die häufig zu hohe Luftfeuchte im Stall. Besonders Tiere mit hoher Masse erkrankten am Bewegungsapparat.¹⁸⁶⁸ Eine ebenfalls häufig vorkommende Erkrankung des Bewegungsapparates war die Rachitis beziehungsweise Osteomalazie. In

¹⁸⁶⁰ PRANGE, H. (1971), MH 27, S. 450

¹⁸⁶¹ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 3

¹⁸⁶² WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 6

¹⁸⁶³ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 24

¹⁸⁶⁴ BArch DK 1/10320, Bl. 92

¹⁸⁶⁵ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 30

¹⁸⁶⁶ DEISTING, H. (1974), Diss. Agr. Berlin, S. 121-124

¹⁸⁶⁷ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 274

¹⁸⁶⁸ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 37

schwerwiegenden Fällen kam es zur Epiphysiolyse. Teilweise wurden Hinderhandparesen und Paralysen beobachtet, die Tiere lagen fest.¹⁸⁶⁹ Verantwortlich für Knochenstoffwechselstörungen waren unter anderem fensterlose Ställe oder Dunkelställe, die man zu Zwecken „*der besseren wärmetechnischen Funktion*“ erbaut hatte und nun nutzte.¹⁸⁷⁰ Es gibt Hinweise dafür, dass in den achtziger Jahren mehr als die Hälfte aller Not- und Selektionsschlachtungen auf Gliedmaßenschäden zurückzuführen waren. Zudem waren durch diese Technopathien Einbußen der Mastleistung zu verzeichnen, weil die Futtermittelaufnahme durch die zwangsläufig auftretenden Schmerzen reduziert war.¹⁸⁷¹ Zur Prophylaxe wurde empfohlen, ein vermehrt belastbares Bewegungssystem durch Zucht zu forcieren, die Fütterung zu optimieren und die Haltungs- und Transportbedingungen langfristig zu verbessern.¹⁸⁷² Gliedmaßenerkrankungen müssen demnach als bedeutendes Problem unter Tierschutzgesichtspunkten gewertet werden. Ätiologisch sind sie hauptsächlich auf die Haltungsbedingungen industrieller Produktionsverfahren zurückzuführen, wobei durch die Zucht auf längere Rückenpartien Überlastungen und daraus resultierende Schäden der Gliedmaßen zusätzlich begünstigt wurden.

Nicht ohne Auswirkungen für die Seuchenverbreitung und damit tierschutzrelevant dürften bauliche Mängel gewesen sein, die scheinbar vor allem bei der Rekonstruktion von Altställen auftraten. NOACK beschreibt eine Problematik beispielsweise wie folgt: „*Für die Gestaltung der Gesamtanlage fehlte häufig eine einheitliche technologische Grundkonzeption, so daß es zu keiner exakten Trennung der inneren Futter- und Stallungwege kam. Die innere Verkehrslösung in den Anlagen wurde dann mit enormen Betonflächen teuer erkaufte oder blieb völlig dem Zufall überlassen.*“¹⁸⁷³

Ein allgemeines tierschutzrelevantes Problem, welches sich auch im Bereich der Schweinemast manifestierte, war der Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Anlagen. Selbst Leitungspositionen wurden teilweise mit Personal besetzt, welche zwar Studienabschlüsse nachweisen konnten, allerdings nicht solche der landwirtschaftlichen Fachrichtungen. Autoritätsverlust und daraus resultierende Mängel in den Betriebsabläufen durch Nachlässigkeiten der unterstellten Mitarbeiter waren die Konsequenzen.¹⁸⁷⁴

Die 2-etagige Mastschweinehaltung

Um die Anzahl der Tiere pro Flächeneinheit zu erhöhen, also um letztlich die Produktivität in der Schweinemast zu erhöhen, wurden Versuche durchgeführt, in denen Mastschweine zweietagig aufgestellt wurden. Dafür wurden Buchten für 10 Tiere in zwei Ebenen gebaut. Die anfallenden Exkremate der oberen Etage wurden über Schieber und ein Rohrsystem nach unten abgeleitet. Wurde die Gülle spätestens nach drei Tagen regelmäßig abtransportiert, gestaltete sich das Verfahren angeblich unproblematisch. Tierschutzrelevante Probleme entstanden, wenn der Abtransport der Gülle in größeren Abständen vorgenommen wurde. In

¹⁸⁶⁹ WÖLLER, H. (1979), Effektivität Schweinemast, S. 18

¹⁸⁷⁰ KOVÁCS, F. (1973), MH 20, S. 764

¹⁸⁷¹ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 7 und WÖLLER, H. (1979), Effektivität Schweinemast, S. 18

¹⁸⁷² PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 274

¹⁸⁷³ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 67

¹⁸⁷⁴ BStU AOPK Schwerin 649/89, Bl. 15

diesem Fall konnte beim Öffnen der Rohre eine solch große Menge an Schwefelwasserstoff entweichen, so dass es häufig zum Verenden von mehreren Tieren kam.¹⁸⁷⁵

Dunkelställe

Ein Versuch, Futter bei gleich bleibendem Zuwachs einzusparen, war die Haltung der Mastschweine in Dunkelställen. Das Licht sollte in diesen Ställen ausschließlich zu den Fresszeiten eingeschalten werden. Damit sollte ein zusätzlicher Energieverbrauch eingedämmt werden, da die Schweine in der Dunkelphase Ruheverhalten zeigten. Problematisch aus Sicht des Tierschutzes waren diese Ställe vor allem deshalb, weil durch die fehlenden Fenster keine zusätzlichen Lüftungselemente mehr vorhanden waren. Funktionierte die Lüftung in solchen Ställen nicht einwandfrei, konnten massive Verluste bei den hitzeempfindlichen Schweinen entstehen.¹⁸⁷⁶ Zudem war es nicht unüblich, dass Lüftungssysteme wie Ventilatoren manuell betätigt wurden. Mangelte es bei der Betätigung der Ventilatoren an der Sorgfalt der Tierpfleger, konnte sich das Stallklima in kurzer Zeit zur tödlichen Quelle für die rasch überhitzenden Schweine entwickeln.¹⁸⁷⁷

Tierschutzrelevante Mängel bei der Fütterung

Wie auch im Rindersektor mussten die in der Kollektivierungszeit rasch gewachsenen Tierbestände mit entsprechendem Futter versorgt werden, was in der Kürze der Zeit nur in wenigen Betrieben befriedigend lösbar war. In manchen LPG spitzte sich die Lage derart zu, dass man eine „Waldweidemast“ der Schweine durchführte. Dazu wurden die Schweine in den Wald freigelassen, damit sie sich ihr Futter selbst suchen konnten und damit die Tiere, wie KÖPP beschreibt, „*koste es was wolle, wenigstens zum Teil überlebten.*“¹⁸⁷⁸

Um eine Sicherung der Futtergrundlage für die gewachsenen Bestände zu erreichen, versuchte man, zusätzliche Futterquellen zu erschließen. Diese führten nicht selten zu tierschutzrelevanten Ergebnissen. Ein Beispiel für solch einen mehr Schaden als Nutzen bringende „Erfindung“ war das 1961 angepriesene Silieren von Kartoffelkraut. Hierzu wurde das bei der Kartoffelernte massenhaft anfallende Kartoffelkraut geschlegelt oder chemisch getrocknet und anschließend in Erdgruben gefüllt, um dort dem Gärprozess zugeführt zu werden. Der Versuch wurde jedoch nur vereinzelt durchgeführt und anschließend wieder unterlassen, nachdem die Verfütterung der Silage zu Solaninvergiftung der Schweine und deren Verenden geführt hatte.¹⁸⁷⁹

Die unkritische und verbreitete Verfütterung von Speiseabfällen, welche sowohl in privaten Schweinhaltungen als auch in industriemäßigen Anlagen praktiziert wurde, war sicherlich einer der Gründe dafür, dass es immer wieder zu Seuchenzügen der Schweinepest kam. Dem Auftreten von Tierseuchen Vorschub zu leisten, ist als Tierschutzproblematik zu werten, da die so auftretenden Symptome stets mit Leiden und Schmerzen einhergehen, die in diesen Fällen vermeidbar gewesen wären. Die Seuchengefahr war nicht das einzige Problem. Anfang

¹⁸⁷⁵ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁸⁷⁶ MOTHES, E., in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 332

¹⁸⁷⁷ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 15

¹⁸⁷⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 62-63 und S. 377

¹⁸⁷⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 82

der achtziger Jahre wollte man die Speiseabfälle aufgrund der bestehenden Futterknappheit maximal nutzen, weshalb man in den Städten an vielen Plätzen Tonnen für die Küchenabfälle aufstellte.¹⁸⁸⁰ Nun wurden diese Tonnen nicht ausschließlich für Speisereste genutzt, sondern von den Bürgern teilweise für die „Entsorgung“ anderer Stoffe wie Glasbruch, Metallreste, Plastikabfälle etc. gebraucht. Diese führten dann im schlimmsten Fall zu Fremdkörperverletzung bei Schweinen. Aus genanntem Grund haben sich die Tonnen nicht etabliert.¹⁸⁸¹ Beispielhaft für den unkritischen Einsatz von Abprodukten war ebenso die Verfütterung der Nachgeburten von Rindern an Schweine. Dieses aus Seuchengründen als fahrlässig zu bewertende und deshalb tierschutzrelevante Vorgehen wurde laut Zeitzeugen sogar an Fachhochschulen empfohlen, um zusätzliche Proteinquellen zu erschließen.¹⁸⁸² Durch die Verfütterung von Abfällen aller Art kam es außerdem zu Indigestionen wie Diarrhoe und Obstipation- Störungen, welche durch teilweise selektivere Fütterung vermeidbar gewesen wären.

Qualitative Einbußen des Futters waren mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in den Betrieben zu verzeichnen, wo das Futter unter freiem Himmel gelagert wurde, da entsprechende Lagerräume fehlten. Diese Problematik stellte vor allem in den LPG keine Seltenheit dar und musste zum Verderb des Futters führen.¹⁸⁸³

In den industriemäßigen Schweinemastanlagen wurde hauptsächlich Flüssigfutter über Rohrleitungssysteme gefüttert.¹⁸⁸⁴ Der Trockensubstanzgehalt sollte bei 15 bis 25% liegen.¹⁸⁸⁵ Bei Unterschreitung kam es zur verminderten Energieaufnahme durch die Schweine, bei Überschreitungen des Wertes konnten verstopfte Rohrleitungen die Folge sein, die wiederum zu Hungerphasen für die Schweine führten, wurden sie nicht rechtzeitig erkannt und beseitigt. Die Dosierung erfolgte zur damaligen Zeit manuell durch Absperrschieber. Die Konstanz der Rationen war somit von der Sorgfalt der Futtermeister beziehungsweise Tierpfleger abhängig.¹⁸⁸⁶ Auch in den siebziger Jahren gab es immer wieder Futtermangelsituationen. Besonders im Frühjahr, als die Vorräte aufgebraucht waren, wurde die Lage kritisch. Auch 1976 wurde noch auf die oben beschriebene Waldmast zurückgegriffen. Fortwährend versuchte man, neue Futtermittel zu erschließen. Eine weitere Idee, die aus der Sowjetunion kam und sich nicht bewährte, war die Verfütterung von Kiefernadeln und Kiefernreisig, die wegen „*vermeintlicher Eiweiß- und Vitaminreserven*“ eine zeitlang propagiert wurde.¹⁸⁸⁷

Die in den achtziger Jahren auftretenden Enteritiden waren weniger infektiös bedingt als diätetisch verursacht. Fehler bei Transport und Lagerung des Futters, Überlagerung, hierdurch entstehende Mykotoxine sowie mangelhaft durchgeführtes Abkochen der Abfallfuttermittel führten zu Durchfällen.¹⁸⁸⁸ Durch das unsachgemäße Lagern von Kraftfutter kam es in einigen Betrieben zu Rattenplagen. Diese versuchte man mittels Warfarin-Ködern einzudämmen. Nicht selten wurden sie von den Schweinen gefressen, die dann innerlich verbluteten.¹⁸⁸⁹ Die Verfütterung von ungenügend oder nicht erhitzten Speiseabfällen ist vermutlich auch eine der Ursachen für das relativ weit verbreitete und häufige Auftreten von Salmonellosen.

¹⁸⁸⁰ LAB Rep C/ 101 Nr. 2140, o. Bl.: Ziele der Tierproduktion laut XI. Parteitag der SED, 1986

¹⁸⁸¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 186 und S. 378

¹⁸⁸² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 67

¹⁸⁸³ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 51

¹⁸⁸⁴ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 15

¹⁸⁸⁵ BUSCH, B. (1975) in PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 358

¹⁸⁸⁶ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 15

¹⁸⁸⁷ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 287

¹⁸⁸⁸ WEHRHOFF, G. (1988), Dipl. vet. med. Berlin, S. 38

¹⁸⁸⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 360

Pathologische Veränderungen des Darmes waren ebenfalls eine Folge der Fütterung sogenannter „Eiweißmischsilage“. Dazu wurden „eiweißreiche Sekundärrohstoffe“ wie Schlachtabfälle aufgearbeitet und einem Mischfutter beziehungsweise Getreide oder Hackfrüchten zugesetzt. Um Abfallprodukte wie Kadaver, Konfiskate und Blut möglichst komplett als Futtermittel verwerten zu können, wurden diese nach vorheriger Zerkleinerung und Sterilisation mit konzentrierter Schwefelsäure konserviert.¹⁸⁹⁰ Die empfohlene Dosierung der Schwefelsäure wurde laut PAAR nicht immer eingehalten, was ein Problem aus Sicht des Tierschutzes darstellte. Schlachtbefund bei Tieren, die durch zu hohe Schwefelsäurekonzentrationen Indigestionen erleiden konnten, waren schwarz gefärbte Därme. Der Verlust dieser Därme stand weniger aus Tierschutzgründen zur Debatte, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen von Interesse, da Schweinedärme unter anderem als wichtiges Exportgut galten.¹⁸⁹¹

Die Versorgung von schnell wachsenden Mastschweinen mit Mineralfutter war nicht überall gegeben, was die bereits erwähnten rachitischen Erkrankungen zur Folge hatte. Teilweise lag das am Mineralstoffmangel an sich, teilweise auch an einem ungünstigen Verhältnis der Stoffe untereinander.¹⁸⁹² Begünstigt wurden diese Erkrankungen durch die Haltung in dunklen Ställen, in denen das UV-Licht für den Knochenstoffwechsel fehlte.

Nach KRAMP et al. gestaltete sich die Futterraufnahme der Schweine in den industriemäßigen Mastanlagen im Allgemeinen als schwierig. Es wurden ungenügende Mengen aufgenommen. Man ging davon aus, dass dabei die Schmackhaftigkeit des Futters einen nicht unerheblichen Einfluss hatte. In Fütterungsversuchen wurde herausgefunden, welche Mischfutterzusammensetzung die höchste Akzeptanz aufwies.¹⁸⁹³ Die meisten Betriebe waren jedoch darauf angewiesen, das ihnen zur Verfügung stehende Futter zu verwenden, auch wenn dieses nicht zu den von Schweinen favourisierten Futtermitteln gehörte.

4.2.4 Aufzucht

4.2.4.1 Haltungsverfahren im Bereich Schweineaufzucht

In den konventionellen Schweinezuchtanlagen wurden die Ferkel zwischen dem 42. und 56. Lebenstag abgesetzt. Die Haltung der Absetzer erfolgte hier meist in Bodenhaltung in Schleißheimer oder Dänischer Aufstallung. Die Haltung konnte sowohl auf Teil- als auch auf Vollspalten erfolgen. Es war sowohl die Verwendung von Einstreu als auch die einstreuarmer oder einstreulose Haltung möglich. Die Empfehlung für die maximale Gruppengröße lag bei 15 Tieren.¹⁸⁹⁴ Ein Aufzuchtverfahren, welches durch die Einführung industriemäßiger Produktionsverfahren eingeführt wurde, war die Aufzucht der Absatzferkel in Käfigbatterien. Sie erfolgte in Kombination mit einer spezifischen Aufzuchtfütterung, in klimatisierten Ställen und meist kombiniert mit Verfahren des Frühabsetzens.¹⁸⁹⁵ Das Tier-Fressplatzverhältnis betrug hier 3:1, gefüttert wurde ad libitum. Die Käfigböden waren mit Metallrosten ausgestattet, auf denen die Tiere einstreulos gehalten wurden. In

¹⁸⁹⁰ WIESEMÜLLER, W. (1983) in: HOFFMANN, M. et al.(1983), Tierfütterung, S. 238-239

¹⁸⁹¹ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

¹⁸⁹² WÖLLER, H. (1979), Effektivität in der Schweinemast, S. 18

¹⁸⁹³ KRAMP, J., BOCK, H., WÜNSCHE, J. (1978), Tierzucht 32, S. 73-76

¹⁸⁹⁴ SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. et al.(1978), Schweinezucht, S. 255

¹⁸⁹⁵ SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. et al. (1978), Schweinezucht, S. 255

industriemäßigen Läuferaufzuchtbetrieben wurden mehr als 90% aller Tiere in Gruppenaufzuchtkäfigen (GAZ-Käfige) gehalten.¹⁸⁹⁶

Lebensschwache Ferkel oder solche mit zu geringem Geburtsgewicht sowie Kümmerer wurden im Abferkelstall gemerzt.¹⁸⁹⁷ Durch „gezielte Merzung und Selektion“ sollten Verluste, welche durch Aufzuckerkrankungen entstehen konnten, minimiert werden.¹⁸⁹⁸ Um noch der Schlachtung zugeführt werden zu können, mussten bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Diese waren eine aktive Fortbewegung des Tieres, ein Ausschluss infektiöser und fieberhafter Erkrankungen und keine vorangegangene Antibiotikasubstitution. Medikamente zur Synchronisation von Fortpflanzungsvorgängen durften mindestens eine Woche vorher nicht mehr appliziert worden sein.¹⁸⁹⁹ Solche der „Verwertungsschlachtung“ zugehenden Tiere galten nicht als Verlust. Deshalb versuchte man, erkrankte Tiere bevorzugt auf diesem Wege zu selektieren, um die Verlustzahlen des Betriebes in Grenzen zu halten.

Frühabsetzen der Ferkel und künstliche Ferkelaufzucht

Bis zur Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden wurden Ferkel durchschnittlich acht Wochen nach der Geburt von der Mutter abgesetzt. Durch die unterschiedlichen Haltungsanforderungen von Ferkeln und Sauen mussten speziell ausgestattete Ställe oder Abteile errichtet werden, die sowohl den vermeintlichen Bedürfnissen der Sau als auch denen der Ferkel Rechnung trugen, beispielsweise durch beheizbare Ferkelnester oder Bügel als Schutz vor dem Erdrücken. Diese Maßnahmen dienten nicht der Steigerung des Wohlbefindens der Tiere, sondern der Vermeidung von Tierverlusten. Da diese Tierplätze auch durch den erhöhten Platzbedarf die höchsten Investitionen in der Schweineproduktion erforderten, war man bestrebt, die Säugezeit möglichst weit zu verkürzen.¹⁹⁰⁰ Das Frühabsetzen als Intensivierungsmaßnahme wurde eingeführt, um bei konstantem Sauenbestand eine gesteigerte Produktion von Schlachtschweinen zu erreichen.¹⁹⁰¹ Ein Merkmal moderner industriemäßig produzierender und rationalisierter Sauenanlagen war die Verkürzung der Säugezeit auf 28 bis 35 Tage. Man strebte eine weitere Reduktion der Säugeperiode auf 21 Tage an, welche bei optimalen Bedingungen erreichbar sein sollte. Um das Mindestgewicht von 5 kg beim Absetzen zu erreichen, mussten laut Ansicht der Wissenschaftler „ausgezeichnete Haltings- und Fütterungsbedingungen für die Aufzuchtstufe“¹⁹⁰² eingehalten werden. Als Vorteile der verkürzten Säugezeit benannte man unter anderem eine höhere Anzahl von Würfen pro Sau, eine Reduktion der Körpermasseverluste der Sau sowie die Senkung der Kosten je erzeugtes Ferkel, was auch durch eine maximale Ausnutzung der Ferkelplätze erreicht werden sollte. Außerdem versprach man sich eine verbesserte Futtermittelverwertung der Ferkel und einen kontinuierlichen Wachstumszuwachs bei den Absetzern, was schlussendlich eine höhere Arbeitsproduktivität

¹⁸⁹⁶ PAAR, G. (1994), Umstrukturierung der Tierhaltung in den neuen Bundesländern, S. 12

¹⁸⁹⁷ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 50

¹⁸⁹⁸ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 194

¹⁸⁹⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 195

¹⁹⁰⁰ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion S. 339

¹⁹⁰¹ BUSCH, B. und JUNG, H. (1977), MH 32, Sonderdruck, S. 405

¹⁹⁰² PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 241

bedeutete.¹⁹⁰³ Resultierend daraus versprach man sich eine Reduktion des durchschnittlichen Sauenbestandes und des Platzbedarfes für die Sauenhaltung an sich.¹⁹⁰⁴ Bei der Haltung mit „stark verkürzter Säugezeit“ wurden die Ferkel bis zu einem Gewicht von 7–10 kg (entsprach einem Zeitraum zwischen 28. und 42. Lebenstag) in Einzelkäfigbatterien gehalten, die mehrgeschossig angeordnet waren. Um für die spätere Aufzuchtperiode in Käfigbatterien optimale Voraussetzungen zu schaffen, waren Fütterung und Gestaltung des Stallklimas hier von besonderer Relevanz.¹⁹⁰⁵ Zur Vermeidung von Fütterungsdurchfällen wurde das Umstallen der Sauen bereits drei Tage vor dem Umsetzen der Ferkel in die Käfige empfohlen. Die Ferkel sollten so zur ausschließlichen Aufnahme von Prästarterfutter gezwungen werden.¹⁹⁰⁶ Die Bodenhaltung von Ferkeln, die früh abgesetzt wurden, erwies sich als unzweckmäßig, da hier große Mengen Einstreu nötig waren, um ohne Ferkelverluste zu produzieren.¹⁹⁰⁷

Nach dem häufiger gebräuchlichen Absetzen ab 28 Tagen wurden die Ferkel in die Aufzuchtställe verbracht, wo sie bis zu einer Masse von 20 bis 35 kg gehalten wurden. Die Belegung der Stalleinheiten erfolgte nach dem Rein-Rausverfahren, so dass die Ferkel eines Abferkelstalles geschlossen in ein Aufzuchteteil umgestallt wurden. Im Laufe der Entwicklung industriemäßiger Produktionsmethoden ging man von der Haltung auf planbefestigten Boden mit Einstreu auch im Bereich Aufzucht auf einstreulose Haltungsmethoden hauptsächlich auf Teilspaltenböden über.¹⁹⁰⁸

Eine weiterführende Methode war die sogenannte künstliche Ferkelaufzucht. Als solche wurde die Aufzucht der sofort nach der Geburt abgesetzten beziehungsweise gar per Sectio steril geborenen und sogleich abgesetzten Ferkel bezeichnet. In Versuchen zu dieser Methode stellte man fest, dass die Sterblichkeit der Ferkel gänzlich ohne die Substitution von Kolostrum selbst bei optimalen Umweltbedingungen zu hoch war, um noch ökonomisch vertretbar zu sein. Deshalb führte man weiterhin Versuche durch, bei denen die Ferkel nach 3 bis 6 Tagen von der Sau abgesetzt wurden und danach mit Sauenmilchersatzfutter, dem sogenannten „Ferkmil“, ernährt wurden.¹⁹⁰⁹ Durchgesetzt hat sich schlussendlich das Absetzen der Ferkel von der Sau nach 3 bis 5 Wochen,¹⁹¹⁰ wobei sich die Angaben in der Sekundärliteratur hier unterscheiden. Demnach scheint auch das Absetzen mit 6-8 Wochen gebräuchlich gewesen zu sein.¹⁹¹¹

Käfighaltung

Eine Haltungsform, die unter industriemäßigen Bedingungen in der DDR getestet wurde, war die mehretagige Käfigaufzucht. Die zumeist in zwei Etagen angeordneten Käfige stellten die bevorzugte Haltungsvariante für Neubauten in den siebziger Jahren dar.¹⁹¹² Diese platzsparende Art der Aufstallung sollte eine Reduktion des Flächenaufwandes um

¹⁹⁰³ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 240 f.

¹⁹⁰⁴ SCHREMMER, H., KLATT, G., KLÄHN, J. und LUTTER, K. (1971), MH 26, S. 766

¹⁹⁰⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 249

¹⁹⁰⁶ SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. (1978) (1978), Schweinezucht, S. 255

¹⁹⁰⁷ SCHREMMER, H., KLATT, G., KLÄHN, J. und LUTTER, K. (1971), MH 26, S. 767

¹⁹⁰⁸ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 247

¹⁹⁰⁹ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 274

¹⁹¹⁰ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 339

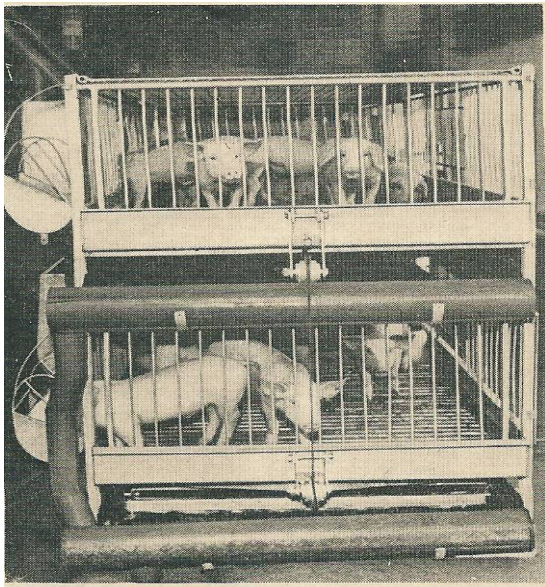
¹⁹¹¹ SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. (Hrsg.) (1978), Schweinezucht, S. 254

¹⁹¹² SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 356

mindestens 35% ermöglichen. Außerdem konnte angeblich eine Einsparung von Trockenfutter je Kilogramm Zuwachs um 15% erreicht werden.¹⁹¹³ Als weitere Vorteile wurden die Senkung des Arbeitsaufwandes und die vereinfachte Optimierung der Umweltbedingungen genannt. Als positiv erachtete man außerdem, dass man für diese Haltungsform Altbauten nutzen könnte.¹⁹¹⁴ Das Mindestgewicht der Ferkel bei der Einstallung betrug 6 kg. In Gruppen mit 12 Tieren konnten die Absetzer hier bis zu einer Lebendmasse von 35 kg gehalten werden, in Gruppen mit 10 Tieren war das maximal anzustrebende Gewicht 45 kg Lebendmasse. Das Tier-Fressplatzverhältnis betrug 3:1, es erfolgte eine Fütterung von Trockenfutter ad libitum.¹⁹¹⁵ Bei voller Ausnutzung der Kapazität standen jedem Tier 0,30 m² Käfigfläche zur Verfügung. Käfighaltung sollte vor allem in Kombination mit verkürzter Säuzeit zum erhofften Produktionszuwachs führen.

Die Haltung in Käfigen erfolgte bis zum Ende des dritten Lebensmonats. Dann wurden die Schweine zur Mast oder zur Zucht aufgestellt.¹⁹¹⁶

Abb.12: Käfighaltung von Läufern¹⁹¹⁷



¹⁹¹³ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 24 und SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. (Hrsg.) (1978), Schweinezucht, S. 255

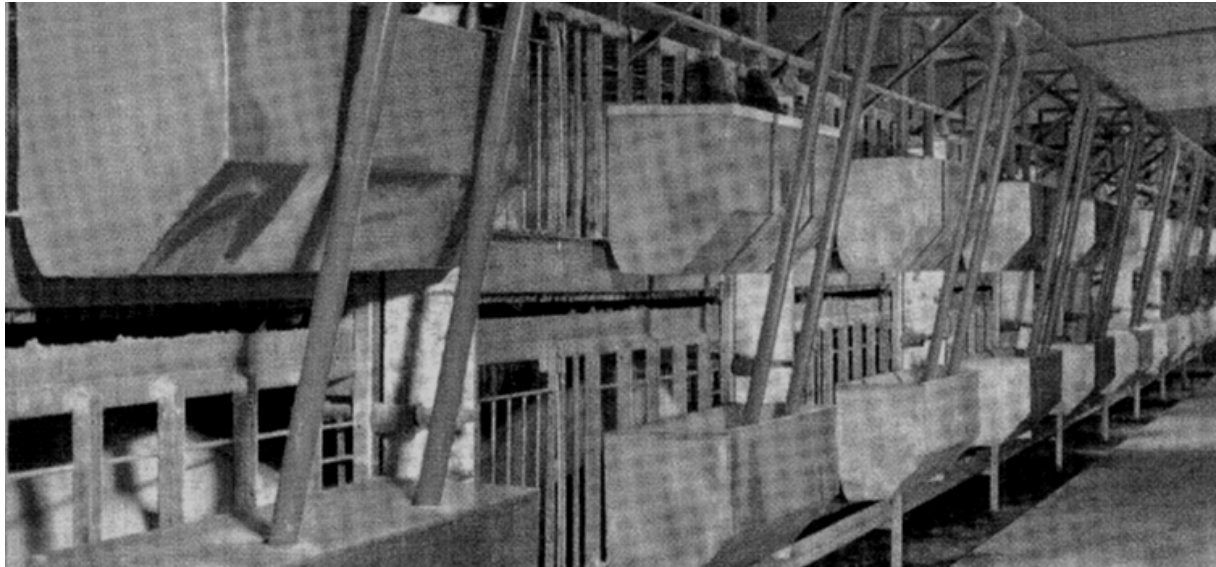
¹⁹¹⁴ Prospekt des VEB Landtechnischer Anlagenbau Rostock (LTA), Sitz Sievershagen

¹⁹¹⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 249

¹⁹¹⁶ SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. (Hrsg.) (1978), Schweinezucht, S. 256

¹⁹¹⁷ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 357, Abb 7/25

Abb. 13: Gruppenaufzuchtkäfig, Typ „Dummerstorf“¹⁹¹⁸



Durch die Leichtbauweise konnten bis zu 20 Käfige in einer Reihe zusammengestellt werden.

4.2.4.2 Tierschutzrelevante Probleme im Aufzuchtbereich

Die auftretenden tierschutzrelevanten Probleme im Bereich der Aufzucht von Schweinen waren abhängig vom Fortschritt der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR und den für die jeweilige Periode geltenden Grundlagen der tierischen Produktion. Während der Kollektivierungsperiode kam es wie auch bei anderen Tierarten häufig zu Engpässen bei der Versorgung mit geeigneten Futtermitteln. Besonders kritisch wurde die Lage in den Wintermonaten, wenn die Vorräte aufgebraucht waren. Ferkelverluste von 20% und mehr waren in vielen Genossenschaften keine Seltenheit und wurden noch Anfang der sechziger Jahre zu zwei Dritteln auf Fehler im Fütterungsmanagement zurückgeführt. Als Maßnahmen zur Senkung der Ferkelverluste wurden eine rechtzeitige Zufütterung bei den Ferkeln und eine gute Qualität des angebotenen Beifutters gefordert.¹⁹¹⁹ Wie die Betriebe verfahren sollten, wenn entsprechende Futtermittel in ausreichender Qualität und Quantität nicht zur Verfügung standen, wurde von den Behörden nicht präzisiert. Ebenfalls von Bedeutung war in der Kollektivierungszeit der Umstand, dass möglichst preiswerte und schnell zu erbauende Stallungen errichtet wurden. Die für die Ferkelaufzucht zur Verfügung stehenden Stallungen waren häufig zugig und hatten nicht die erforderliche Wärmedämmung, um die für Ferkel notwendigen Optimaltemperaturen zu erreichen und zu halten. Zu Beginn der sechziger Jahre stiegen die Ferkelverluste deshalb in den Wintermonaten auf Werte, die über 70% höher lagen als im Durchschnitt des restlichen Jahres. Um die Verluste zu minimieren, wurden die Schweinezuchtställe von den Genossenschaftsbauern teilweise eigenmächtig zugebaut oder abgedichtet. Hierdurch war eine entsprechende Lüftung nicht möglich, wodurch bei steigender Luftfeuchtigkeit und Schadgaskonzentration wiederum Ferkelverluste

¹⁹¹⁸ Abbildungen stammen aus: Prospekt des VEB Landtechnischer Anlagenbau Rostock (LTA) zum GAZ, Typ „Dummerstorf“, Sitz Sievershagen

¹⁹¹⁹ BArch DK 1/ 3838, Bl. 57

vorprogrammiert waren.¹⁹²⁰ Auch die vorrangig in den „individuellen Tierhaltungen“ als Schweinemaststall genutzten Verschlüge waren nicht tiergerecht. DANNERBECK berichtet, dass häufig so viele Schweine wie möglich in eine solche Unterkunft gepfercht worden seien. Weder eine Temperaturregelung noch ein Abtransport entstehender Schadgase durch Lüftung sei in diesen „dunklen Löchern“ möglich gewesen. Durch die schlechten klimatischen Verhältnisse und den Mangel an Platz seien Aggressionen der Tiere untereinander aufgetreten. Als Tierarzt habe man kaum Einfluss auf diese Missstände gehabt, so DANNERBECK.¹⁹²¹

Bauliche Mängel spielten auch in der Industrialisierungsphase eine bedeutende Rolle als Ursache für das Auftreten tierschutzrelevanter Probleme. Noch bis in die achtziger Jahre hinein wurden als Abferkel- und Läuferaufzuchtställe Behelfsställe genutzt, in denen die hygienischen Anforderungen nicht eingehalten werden konnten. Teilweise fehlten Dung- und Jauchegruben, die Innenausstattung dieser Unterkünfte bestand oft aus Holz.¹⁹²² Für die Beschäftigten bedeuteten diese primitiven Unterkünfte erschwerte Arbeitsbedingungen,¹⁹²³ was der Motivation nicht zuträglich gewesen sein dürfte.

Ebenfalls ein tierschutzrelevantes Problem waren die von KÖPP als „Ferkelgrippesärge“ bezeichneten Ferkelunterkünfte aus Beton, die eng, schlecht belüftet und nasskalt waren und das Auftreten der Influenza begünstigten. Sie waren sowohl in LPG als auch in individuellen Haltungen noch lange Jahre verbreitet.¹⁹²⁴ Ferkelgrippe war eine der Erkrankungen, die sehr hohe Ferkelverluste bedingte. SCHULTZ beziffert die durch diese Erkrankung für die DDR entstehenden Verluste auf rund 120 Millionen Mark jährlich.¹⁹²⁵ Als weiteres tierschutzbezogenes Dilemma erwähnt KÖPP den Ferkelbalkon, der die Verlustzahlen in der Ferkelaufzucht eindämmen sollte. Aus Gründen der Platzersparnis wurde hierbei zwischen zwei Sauenbuchten ein zweistöckiger Balkon für die Ferkel errichtet, wobei in der unteren Etage die Ferkel der einen, in der oberen Etage die Ferkel der anderen Sau untergebracht wurden. Durch diese Maßnahme sollten Ferkel vor dem Erdrücken geschützt werden. Diese sozialistische Neuerung barg laut KÖPP mehrere Nachteile in sich. Zum einen benötigten die Ferkel Zeit, um zu erlernen wie sie die Etagen des Balkons erklimmen konnten. Zum anderen gelangten die Exkrememente der oberen Etage in die untere Etage und verschmutzten die dort untergebrachten Tiere. Schlussendlich konnten die Verluste durch die Ferkelbalkone laut KÖPP nicht reduziert werden und diese Art der Unterkunft etablierte sich ebenfalls nicht.¹⁹²⁶ Andere Zeitzeugen berichten von der völligen Wegrationalisierung der Ferkelnester, um Platz und Material einzusparen.¹⁹²⁷ Da dadurch weitere Ferkelverluste durch Erdrücken vorprogrammiert gewesen sein dürften, muss auch dieses Vorgehen als tierschutzrelevant und systembedingt eingeschätzt werden.

Die ebenfalls als sozialistische Neuerung zugunsten industriemäßiger Produktion geschaffenen Gruppenaufzuchtkäfige für Läufer brachten tierschutzrelevante Nachteile mit sich. BUSCH und PAAR benennen hier in erster Linie das suboptimale Klima¹⁹²⁸, was auch durch die restriktiven Platzverhältnisse von 0,3 m² je Tier bedingt gewesen sein dürfte.¹⁹²⁹

¹⁹²⁰ BArch DK 1/ 3839, Bl. 121

¹⁹²¹ DANNERBECK, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 26.04.2010

¹⁹²² BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.120

¹⁹²³ BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.120

¹⁹²⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 97

¹⁹²⁵ SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 33

¹⁹²⁶ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 97- 98

¹⁹²⁷ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁹²⁸ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

¹⁹²⁹ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012

Begünstigt wurde dieses weiterhin durch das relativ hohe Temperaturgefälle zwischen oberer und unterer Haltungsebene.¹⁹³⁰ Diese geringe verfügbare Fläche ist als einzelnes Kriterium bereits als tierschutzrelevant einzuschätzen. Ein weiterer Mangel war das im Käfig erschwerte Behandeln erkrankter Tiere und deren Beobachtung, da die Konstruktion den Zugang und die Kontrolle kaum ermöglichte.¹⁹³¹

Als Hauptursache der Verluste im Bereich Ferkelhaltung wurde von den Veterinäruntersuchungs- und Tiergesundheitsämtern der DDR Anfang der sechziger Jahre die Anämie der Saugferkel benannt. Es existierten Betriebe, in denen mehr als 30% der Verluste auf diese Erkrankung zurückgeführt wurden. Die Saugferkelanämie wurde auf einen Mangel an Eisen beziehungsweise tierischem Eiweiß zurückgeführt. Um die Ferkelverluste durch Anämie einzugrenzen, empfahl man eine bessere Versorgung der Sau vor und während der Trächtigkeit. Im Speziellen schlug man 1960 noch vor, den Sauen Auslauf und das Wühlen im Boden und die Aufnahme von Erde mitsamt Spurenelementen zu gewähren. Durch die Einführung industriemäßiger Produktionsverfahren standen solche extensiven Maßnahmen nicht mehr zur Debatte.

Als zweithäufigste Ursache im Bereich Ferkelverluste wurden Enteritiden genannt. Auch diese wurden auf falsche oder mangelhafte Fütterung der Sauen zurückgeführt, wobei hierbei vor allem die Fütterung von gesäuerten Kartoffeln und Blättern, fauler Rüben und anderen weniger geeigneten Futtermitteln aufgeführt wurden. Ein Unterlassen der Zufütterung der Ferkel ab dem 12. Tag post partum spielte laut den Experten ebenso eine Rolle, da die Ferkel hierdurch zu Aufnahme von Jauche und Unrat animiert würden. Eine dritte bedeutsame Ursache für Ferkelverluste waren Mangelkrankungen, welche wiederum durch Fehler bei der Fütterung der Sauen entstanden. Vor allem die ungenügende Gabe von Protein oder die fehlende Substitution von Mineralfutter und Beta Carotin wurde kritisiert. Diese Fütterungsmängel führten auch zu Totgeburten, welche in den Statistiken der Betriebe der DDR meist nicht mit aufgeführt wurden. Eine weiterhin relevante Verlustursache war schlicht das Versäumnis, den Ferkeln Tränkwasser anzubieten. Der Erdrückungstod der Ferkel spielte laut der Statistik des Ministeriums für Landwirtschaft, die die Angaben der VUTGÄ einbezog, eine eher untergeordnete Rolle bei der Aufzählung von Verlustursachen. Man schätzte die reelle Zahl auf 4-16% der Verluste ein. Die Betriebe selbst meldeten jedoch Verlustzahlen von fast 60%, welche durch das Erdrücken von Ferkeln entstanden wären, was man von staatlicher Seite wie folgt begründete: *„Das hängt damit zusammen, dass von Tierpflegern stellenweise das Erdrücken als Entschuldigungsgrund für Verluste durch Fütterungs- und Haltungsfehler angegeben werden. Man meldet in solchen Fällen tot aufgefundene Ferkel als erdrückte Ferkel.“* Das Erdrücken an sich wurde auf zu kleine Abferkelbuchten und fehlende Schutzeinrichtungen zurückgeführt.¹⁹³² Haltungs- und Fütterungsmängel mit „primär krankmachender Wirkung“ wurden auch als Grund für die in einigen Gebieten auftretende infektiöse Gastroenteritis gesehen, die hier bis zu 100% der Verluste ausmachen konnte. Im Bereich der Absatzferkel waren Gastroenteritiden die Verlustursache mit der größten Relevanz. Als Gründe für ihr Auftreten sah man die Wahl eines ungünstigen Absetzzeitpunktes sowie Fehler im Management kurz nach dem Absetzen. Die Ödemkrankheit der Absatzferkel war hierfür nur ein Beispiel. Diese Krankheit wurde durch ein unausgewogenes Verhältnis von Kohlenhydraten und Eiweißen in der Ration bedingt. Das Entstehen der meisten aufgeführten Ferkelkrankheiten wurde durch Fehler im

¹⁹³⁰ PAAR, G. (1994), Umstrukturierung der Tierhaltung in den neuen Bundesländern, S. 12

¹⁹³¹ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012 und PAAR, G. (1994), Umstrukturierung der Tierhaltung in den neuen Bundesländern, S. 12

¹⁹³² BArch DK 1/ 10320, Bl. 39-40

Fütterungsmanagement begünstigt. Besonders gravierend wirkten sich abrupter Futterwechsel sowie unterlassenes Tränken beziehungsweise ein Zuwenig an Tränkwasser aus.¹⁹³³ Mit Beginn der Industrialisierung und dem gesetzten Ziel der „ständigen Erhöhung des Produktionsniveaus“ traten andere tierschutzrelevante Probleme in den Vordergrund. Eine der Maßnahmen zur „*Ausschöpfung des genetischen Leistungspotentials bei gleichzeitiger Senkung des Aufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit*“ war die Verkürzung der Säugezeit der Ferkel, womit die Läuferproduktion effektiver gestaltet werden sollte.¹⁹³⁴

Unter Tierschutzgesichtspunkten brachte die Verkürzung der Säugezeit einige Nachteile mit sich. Es zeigte sich, dass frühzeitig abgesetzte Ferkel weniger resistent gegenüber Krankheitserregern waren. Gute Ergebnisse konnten hier nur bei strikter Einhaltung aller Grundsätze einer optimalen Haltung und Fütterung erzielt werden.¹⁹³⁵ In vielen Betrieben waren dazu weder die personellen noch die finanziellen Mittel in ausreichendem Maße vorhanden, was dazu führte, dass die Verlustzahlen nach Verkürzung der Säugezeit bei Beibehaltung der Haltungsbedingungen in die Höhe schnellten.

Häufig beobachtete man, dass vor dem 28. Lebenstag abgesetzte Ferkel im Aufzuchtbereich Probleme damit hatten, feste Futtermittel aufzunehmen. Um die Problematik einzudämmen, musste entweder die Säugezeit verlängert oder das Absetzen einige Tage vor dem Umstallen vorgenommen werden. Solche Maßnahmen mussten allerdings aufgrund der geringen Flexibilität industriemäßiger Produktionsverfahren im Vorfeld eines Produktionszyklus schon festgelegt werden, was nur dann möglich war, wenn das Problem häufiger vorkam. Da so auf individuelle Probleme von Einzeltieren zugunsten des Produktionsablaufes häufig nicht reagiert werden konnte, musste anschließend eine Beseitigung des Symptoms vorgenommen werden, anstatt die Ursachen zu eliminieren.¹⁹³⁶ Bei extremer Verkürzung der Säugezeit konnte trotz erhöhter Wurffolge keine Steigerung der Ferkel pro Sau und Jahr erreicht werden, da die Wurfgröße sich verringerte.¹⁹³⁷

Es wurden auch Versuche durchgeführt, die Ferkel gleich nach der Geburt von der Sau zu trennen und mit Milchaustauscher aufzuziehen. Die Vorteile hierfür sah man in einer Reduktion der Infektionsgefahr durch den nicht vorhandenen Kontakt mit der Sau. Ebenfalls wurde der Wegfall von kostenintensiven Abferkelbuchten als positiv erachtet. Die Nachteile der Produktion von Ferkeln ohne Säugezeit lagen darin, dass eine passive Immunität durch die parenterale Gabe von Antikörpern erreicht werden musste und dass spezifische Umweltbedingungen geschaffen werden mussten, um eine verlustarme Aufzucht ohne Muttertier zu erreichen. Insgesamt bedeutete das Verfahren einen erhöhten Arbeitsaufwand während der Geburt und danach.¹⁹³⁸ Es konnte sich deshalb nicht in der Praxis durchsetzen, auch waren die Ferkelverluste letztlich höher als gewünscht.

Die Vielzahl der unterschiedlichen Stressoren, welche nach dem Absetzen auf die Tiere einwirkten, machte eine nicht immer zu gewährleistende Haltungshygiene notwendig.¹⁹³⁹

¹⁹³³ BArch DK 1/ 10320, Bl. 41-43

¹⁹³⁴ SCHREMMER, H., KLATT, G., KLÄHN, J. und LUTTER, K. (1971), MH 26, S. 766

¹⁹³⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), *Industriemäßige Schweineproduktion*, S. 241

¹⁹³⁶ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), *Industriemäßige Schweineproduktion*, S. 249

¹⁹³⁷ BUSCH, B. und JUNG, H. (1977), MH 32, S. 407-408

¹⁹³⁸ BUSCH, B. und JUNG, H. (1977), MH 32, S. 407-408

¹⁹³⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), *Industriemäßige Schweineproduktion*, S. 249

Aus Sicht des Tierschutzes sind sowohl das frühe Absetzen der Ferkel als auch die künstliche Ferkelaufzucht kritisch zu bewerten. Beide Verfahren dienen in keiner Weise einem gesteigerten Wohlbefinden, sondern sollten ausschließlich einer Produktionsoptimierung zuträglich sein. Tierarttypische Verhaltensweisen und Bedürfnisse spielten bei der Einführung derartiger Methoden eine zunehmend geringere Rolle und wurden weitestgehend ignoriert.

Eine weitere durch industriemäßige Verfahren existente Problematik waren die durch die häufig stattfindenden Umstellungen bedingten Transporte. Eine Verzögerung der Entwicklung trat in nahezu allen Fällen auf, die meisten Abgänge waren nach einigen Tagen zu verzeichnen, nachdem faktorenabhängige Infektionen ausgebrochen waren.¹⁹⁴⁰

Tierschutz im Saugferkelbereich

Bereits während der Geburt waren die Ferkel häufig ersten Belastungssituationen durch die Umwelt ausgesetzt. Durch eine ungenügende Geburtsvorbereitung, Mängel des Stallklimas, Fehlfütterung der Sau, insbesondere Rohfasermangel, sowie durch fehlende Geburtshilfe oder Hygienemängel bei den geburtshilflichen Maßnahmen kam es in vielen Betrieben schon während des Abferkelns zu vermeidbaren Verlusten.¹⁹⁴¹ SCHULTZ erwähnt als eine der Ursachen für hohe Verluste in der Ferkelaufzucht die mangelhaften Kenntnisse der Tierpfleger im Hinblick auf die Physiologie der Sau. Sie sollen dazu geführt haben, dass häufig nicht der optimale Besamungszeitpunkt gewählt wurde, was wiederum ursächlich für Würfe mit geringer Ferkelzahl gewesen sein dürfte. Weiterhin beklagt SCHULTZ die unbefriedigenden Besamungsquoten, die auf „*schlechte Beobachtung der Sauen und Gleichgültigkeit der Viehpfleger*“ zurückzuführen seien.¹⁹⁴² Puerperale Störungen bei der Sau waren durch die genannten Fehler eine häufige Folge, weiterhin waren Ferkelverluste durch lebensschwache oder vermehrt tot geborene Ferkel zu beklagen. Hartwig PRANGE führt weiterhin aus, dass Schweregeburten und puerperalen Störungen der Sau häufig eine ungenügende und zu späte Aufnahme von Kolostrum durch die Ferkel bedingten. Durch mangelhafte Überwachungsmaßnahmen wurde dieser Umstand ebenso gefördert. Die Folge davon waren eine verminderte Resistenz durch Immunschwäche und Hypoglykämien und eine daraus folgende verminderte Vitalität der Ferkel. Begünstigt wurden diese Verlustursachen laut PRANGE durch unzureichend gedämmte Liegeplätze für die Ferkel und zu geringe Liegeplatz- und Stalltemperaturen. Durch mangelnde Wärme im Ferkelnest wurde ein Erdrücken der Ferkel durch die Sau zusätzlich begünstigt.¹⁹⁴³ RIEGER erwähnt, dass sowohl ungenügende Wärme als auch übermäßige Hitzebildung im Ferkelnest aufgetreten seien, da der Abstand zwischen der als Wärmequelle dienenden Rotlichtlampe teilweise nicht optimal eingestellt wurde.¹⁹⁴⁴

¹⁹⁴⁰ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 288

¹⁹⁴¹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 286, WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., Bl. 162

¹⁹⁴² SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 12

¹⁹⁴³ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 286

¹⁹⁴⁴ RIEGER, C. (2013), Mündliche Mitteilung vom 01.07.2013

Diese Angaben decken sich mit denen von SCHULTZ, die als Hauptursachen für die teilweise bei 25% und höher liegenden Ferkelverluste neben Fütterungsfehlern bauliche Mängel und „*ungenügende Arbeitsdisziplin*“ nennt.¹⁹⁴⁵

Immer wieder waren offensichtlich Sparmaßnahmen und fehlendes Material ein Problem, welches tierschutzrelevante Folgen nach sich zog. Undine SCHULTZ führt in ihrer Diplomarbeit auf, dass man selbst im Ferkelbereich zum Teil einstreulose Haltung praktizierte, obwohl keine elektrischen Anschlüsse für Infrarotlampen zur Verfügung standen. Weiterhin wird beschrieben, dass neu in Betrieb genommene Anlagen über Heizkessel verfügten, die nicht genügend Heizkraft besaßen, um die Ställe ausreichend zu beheizen.¹⁹⁴⁶ Vorhandene Selbsttränken hatten laut SCHULTZ häufig keine lange Lebensdauer oder/und waren hochgradig verschmutzt. Durch den Wassermangel ging die Milch bei den laktierenden Sauen zurück, die durstenden Ferkel mussten zwangsläufig das verschmutzte Wasser aufnehmen.¹⁹⁴⁷ Die Folge dürften hauptsächlich Enteropathien gewesen sein, welche beim Sauferkel nicht selten letal endeten.

Tierschutz in der Haltung von Läufern

Läuferverluste entstanden durch Hygienemängel, wie die fehlende Konsequenz bei der Anwendung des Alles-Rein-Alles- Raus-Prinzips oder durch das Zusammenstellen von Tiergruppen aus verschiedenen seuchenhygienischen Einheiten. Teilweise führten Schwierigkeiten bei der Bereitstellung des Aufzuchtfutters zu diätetisch bedingten Erkrankungen der Läufer.¹⁹⁴⁸ Die Colienterotoxämie war eine der am häufigsten auftretenden und verlustreichsten Folgeerscheinungen genannter Versäumnisse.¹⁹⁴⁹

Einstreu kam unter industriemäßigen Bedingungen nur noch in den Abferkelställen zum Einsatz. Der Trend ging jedoch auch hier zu einstreulosen Haltungsverfahren.¹⁹⁵⁰ Sowohl bei einstreuloser Haltung als auch in Ställen mit Einstreu kam es bei den Saugferkeln häufig in den ersten Lebenstagen zu flächigen Wunden an Karpal- und Fesselgelenken, welche durch Abschürfungen der Haut entstanden. Weiterhin an der Tagesordnung waren Hämatome und Schürfwunden im Ballenbereich. Komplikationen traten vor allem in verschmutzten, keimbelasteten Ställen auf, wenn es zu Wundinfektionen kam.¹⁹⁵¹ Begünstigt wurden die Verluste laut SCHULTZ wenn versäumt wurde, Ferkel in das Nest zurückzusetzen. Die Diplomandin beschreibt Ferkel, welche über längere Zeit in durchnässter, verschmutzter Einstreu gelegen hätten. Keine Ausnahme seien auch verendete Ferkel gewesen, welche tagelang auf den Gängen gelegen hätten. Durch die mangelnde Hygiene sei ein Anstieg von Erkrankungen wie Leptospirose zu verzeichnen gewesen, Aborte im Sauenbereich eingeschlossen.¹⁹⁵² Zeitzeugenaussagen und Archivalien deuten darauf hin, dass die genannten Missstände keine Ausnahmen waren.

Alle genannten Punkte sind in die Kategorie der tierschutzrelevanten Mängel einzuordnen, die teilweise durch einfache Maßnahmen vermeidbar gewesen wären.

¹⁹⁴⁵ SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 14

¹⁹⁴⁶ SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 24

¹⁹⁴⁷ SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 27 f.

¹⁹⁴⁸ BUSCH, B. (1987), Schreiben vom 16.6.87 an den Rat des Kreises Pritzwalk, Abt. Veterinärwesen

¹⁹⁴⁹ BUSCH, B. (1987), Schreiben vom 8.1.87 an den Rat des Kreises Pritzwalk, Abt. Veterinärwesen

¹⁹⁵⁰ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 271

¹⁹⁵¹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 273 f.

¹⁹⁵² SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 22

Die Haltung auf Vollspaltenböden aus Metall (in Käfigen) brachte häufig das Auftreten von Gliedmaßenschäden mit sich. Im Vergleich zu herkömmlichen Aufzuchtmethoden war der Anteil der dadurch erkrankten und somit zu selektierenden Tiere erheblich höher.¹⁹⁵³

Um die Infektionsgefahr zu kompensieren, die durch häufig praktizierte Überbelegung der Abferkelställe entstand, wurden „besondere Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Ferkel“ empfohlen. Dazu gehörte unter anderem das Verabreichen von Immunglobulinen bei den Würfen von Jungsaugen und den jüngsten Ferkeln im Stall. Überbelegungen sollten erst dann ernsthaft vermieden werden, wenn ein Anstieg der Verluste und Leistungsstagnation bei schlechter werdendem Stallklima erkennbar war.¹⁹⁵⁴

Da für die Aufzucht nicht selten ältere Stallgebäude verwendet wurden, waren die Jungtiere hier häufig mit suboptimalen Umweltbedingungen konfrontiert. Mangelhafte Fußböden, fehlende Stallbeheizung, heterogene und zu große Tiergruppen führten hier zu Konstitutionsschäden und Entwicklungsverzögerungen. Fachleute empfahlen in solchen Fällen, die Jungtiere erst mit 40 bis 50 kg Lebendmasse zur Mast aufzustellen.¹⁹⁵⁵

Was laut BUSCH als positiver Aspekt im Bereich der Ferkelaufzucht zu werten ist, war die in vielen Betrieben praktizierte „Vereinheitlichung der Wurfgröße“. Dazu wurden die Würfe derart ausgeglichen, dass jede Sau anschließend maximal 9-10 Ferkel aufzuziehen hatte. Diese Methode sollte sicherstellen, dass alle Saugen ähnliche Wurfgrößen hatten und die Anzahl kümmernder Ferkel durch optimale Versorgung minimiert wurde.¹⁹⁵⁶ Es galt außerdem der Grundsatz, dass die Ferkelzahl im Wurf zweitrangig gegenüber einer erhöhten Wurfzahl im Jahr sei, um die Jahresproduktion an Ferkeln zu erfüllen.¹⁹⁵⁷

4.2.5 Saugen

4.2.5.1 Saughaltung

Bis zum Ende der sechziger Jahre wurden tragende und güste Saugen bevorzugt in der Gruppe in eingestreuten Buchten in älteren Ställen gehalten. Das Platzangebot betrug hier pro Sau rund 1,4 m², die Gruppengröße variierte zwischen 5 und 20 Tieren. Diese Haltungsförm war bis zur Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden unabhängig vom Stalltyp die gebräuchliche Aufstallung.¹⁹⁵⁸ Ab Ende der sechziger Jahre etablierten sich auch im Bereich der Saughaltung zunehmend industriemäßige Produktionsverfahren. Für die Schaffung industriemäßiger Saughanlagen existierten Anfang der siebziger Jahre zwei zentrale Angebotsprojekte. Die am häufigsten gebaute Anlage war jene mit 1 275 Saughplätzen, der andere Anlagentyp hatte eine Kapazität von 7 200 Saughplätzen. Beide Anlagentypen wurden in der Pavillonbauweise mit Wänden aus Gasbetonplatten erbaut. Die meisten Saughanlagen

¹⁹⁵³ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 249

¹⁹⁵⁴ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 193

¹⁹⁵⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 252

¹⁹⁵⁶ Autorenkollektiv (1986), in: VVB Tierzucht Paretz und Institut für KB Schönöw (Hrsg.) (1986), Künstliche Besamung Schwein, S.27

¹⁹⁵⁷ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion S. 238

¹⁹⁵⁸ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 33

sollten für die Zuchtläuferproduktion errichtet werden. Eine für 1 275 Sauen konzipierte Anlage bestand aus acht Ställen mit je 45m Länge und 18m Breite. Die auf eine Produktionsstufe spezialisierten Ställe waren über eine Zentrale miteinander verbunden. Die hintereinander angeordneten Ställe wurden zugunsten kurzer Treibwege in sechs Produktionslinien aufgeteilt, die stufenweise in Betrieb genommen werden konnten. Das Futterlager (Hochsilos) befand sich auf der einen Seite der Anlage, die Güllelagerung fand auf der gegenüberliegenden Seite statt.¹⁹⁵⁹ Ausrüstungen für die Haltung von Schweinen konnten nur von einzelnen Herstellern in der DDR bezogen werden. Entsprechend der lieferbaren Teile konnten Jungsauen ab 110 kg und Altsauen einzeln in Kastenständen mit Teilspaltenboden oder Einstreu gehalten werden. Abferkelbuchten wurden eingestreut oder einstreulos verwendet.¹⁹⁶⁰ Da die Investitionskosten für industriemäßige Anlagen sehr hoch lagen, wurden Ende der siebziger Jahre noch mehr als zwei Drittel der Sauen in Altbauten gehalten.¹⁹⁶¹

Im Rahmen der Einführung industriemäßiger Produktionsverfahren ging man verstärkt dazu über, güste und tragende Sauen einzeln zu halten. Gewichtige Argumente für die Einzelhaltung waren ein um ca. 10% geringerer Energiebedarf der Tiere, Platzeinsparung durch Reduktion der Liegefläche auf 1,2 m² (je Altsau) beziehungsweise auf 1,0 m² (je Jungsau) sowie ein insgesamt reduzierter Arbeitsaufwand durch verbesserte Mechanisierung von Fütterung und Entmistung und Erleichterung bei der Durchführung zuchthygienischer Arbeiten. Als weitere Vorteile einzeln gehaltener Sauen gegenüber der Gruppenhaltung galten:¹⁹⁶²

- verbesserter Besamungserfolg und Senkung der embryonalen Mortalität
- Ruhe im Stall durch Vermeiden von Rankämpfen und Kannibalismus
- Einsparung von Futter durch Ruhe bei der Futteraufnahme sowie bedarfsgerechte Rationen für das Einzeltier
- keine Überbelegung
- verbesserte Möglichkeit der Bestandsdurchsicht und – kontrolle

Als Nachteile der Einzelhaltung wurden eine verminderte Langlebigkeit durch Bewegungsarmut, Indigestionen und Wehenschwächen sowie Stoffwechselstörungen diskutiert. Trotz dieser Punkte setzte sich die Einzelhaltung jedoch durch, da die Vorteile für die industrielle Produktion offenbar überwogen.¹⁹⁶³ Die Aufstallung der Sauen erfolgte meist im Kastenstand. Auch die Anbindehaltung wurde versucht, jedoch setzte sie sich wegen der Verletzungsgefahren für Pfleger und Tier sowie wegen des erhöhten Arbeitsaufwandes nicht durch.¹⁹⁶⁴ Die Entwicklung von Kastenständen erfolgte in Etappen:

1. 1973 wurde der erste Kastenstand im VEB LIA Cottbus¹⁹⁶⁵ entwickelt. Dieser sogenannte Kastenstand 2/1035 hatte für Jungsauen eine Größe von 550 mm* 1730

¹⁹⁵⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 117-118

¹⁹⁶⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 119

¹⁹⁶¹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 31

¹⁹⁶² KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 33

¹⁹⁶³ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 343

¹⁹⁶⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 119-120

¹⁹⁶⁵ VEB LIA Cottbus: Volkseigener Betrieb Landtechnische Industrieanlagen Cottbus; dieser war der DDR- Leitbetrieb für Standausrüstungen der Schweinehaltung.

mm und für Altsauen 650 mm* 1730 mm. Ein Drittel der Standfläche war mit Teilspaltenböden aus Beton versehen. Eine Ausstallung der Sauen war nach hinten oder nach vorne über den Trog möglich.

2. Eine Weiterentwicklung des Kastenstandes 2/1035 erfolgte unter anderem aus Gründen der Reduktion des Arbeits- und des Platzaufwandes. Der nun entwickelte Kastenstand 010/011 wurde für Jungsauen auf 1600 mm verkürzt, für Altsauen auf 1800 mm verlängert und ein Ausstallen der Sauen war nur noch nach hinten durchführbar. Durch eine nun bewegliche Fressklappe war ein Absperren des Troges möglich. Dadurch sollten sowohl die Jungsauen auf Teilspaltenboden als auch die Liegeflächen weniger verschmutzt werden. Man hatte untersucht, dass bei permanentem Zugang zum Trog mehr als die Hälfte der Tiere auf die Liegefläche koteten und urinieren, wohingegen sich dies bei Abspernung der Tiere vom Trog auf 16% reduzierte.
3. Aus dem Kastenstand 010/011 entwickelte sich der Kastenstand 027/028. Seit 1976 wurde nur noch diese Konstruktion hergestellt. Die Maße des Standes blieben gleich. Der Stand war mit einer Fressklappe ausgestattet, welche ein Ausstallen nach vorne über den Trog möglich machte. Zusätzlich umfasste die Ausrüstung einen zentralen Verriegelungsmechanismus für mehrere Tiere und einen Teilspaltenboden aus feuerverzinktem Metall mit Langlöchern oder Schlitzfenstern. Außerdem war eine 1,10 m lange, wärmeisolierte Liegefläche aus Beton mit einem 1-2 prozentigem Gefälle vorhanden.¹⁹⁶⁶

Jungsauenhaltung

Die Jungsauenhaltung in industriemäßigen Anlagen erfolgte in Gruppen auf Voll- oder Teilspaltenböden. Ansonsten entsprach sie weitestgehend der Mast Schweinehaltung. Ab 1974 wurden speziell auf Zuchtleistung orientierte Rationen verfüttert. Die Haltungsumwelt entsprach der der Masttiere. Man strebte dabei eine „natürliche Auslese“ der weniger anlagentauglichen Tiere an.¹⁹⁶⁷

Jungsauensynchronisation

Mit einem durchschnittlichen Alter von 250 Tagen und rund 110 kg Gewicht wurden die Jungsauen in der Sauenanlage eingestallt und auf die Synchronisation vorbereitet. Die Jungsauen konnten dabei in Gruppen- oder Einzelaufstallung gehalten werden. Die Vorgaben für die Einzelhaltung waren der Verzicht auf Einstreu bei Teilspaltenböden, eine feste Liegefläche von 900 mm², eine Standtiefe von 1700 mm, eine Standbreite von 550 mm und ein Gefälle von 1-2% zum Spaltenboden hin.¹⁹⁶⁸ Die Synchronisationsphase dauerte rund 20 Tage, etwa 10 Tage vorher wurden die Sauen aus dem Aufzuchtbereich übernommen. Nach dem Auslösen der Brunst erfolgte die Umstallung in den Besamungsbereich.¹⁹⁶⁹

¹⁹⁶⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 120-121

¹⁹⁶⁷ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 250 und BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 262

¹⁹⁶⁸ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 73

¹⁹⁶⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 251

Haltungsabschnitte güster und tragender Sauen

Der erste Abschnitt umfasste eine 40-50 Tage andauernde Haltungsperiode, welche im Besamungsstall stattfand. Der zweite Abschnitt umfasste die ca. bis zum 100. Trächtigkeitstag andauernde Haltungsperiode im Wartestall. Um hohe Konzeptionsraten zu erreichen, sollte die Aufstallung im Besamungsstall in Einzelhaltung erfolgen. Auch im Wartebereich wurden die Sauen meist einzeln in Kastenständen oder angebunden gehalten. Vereinzelt war noch Gruppenhaltung von tragenden Sauen zu finden. Diese sollte nach Auffassung der Wissenschaftler im Zuge der Rationalisierung ganz aufgegeben werden.¹⁹⁷⁰

Um die Trächtigkeit nicht zu gefährden, wurden verschiedene Maßnahmen empfohlen. Solche waren die Einzelhaltung bis mindestens zum 30. Trächtigkeitstag, Optimierung der Ration und des Stallklimas, schonender Umgang mit den Tieren und das Vermeiden von Transporten. Um Totgeburten beziehungsweise die Geburt lebensschwacher Ferkel zu verhindern, sollten im Wartestall kein Buchtenwechsel und keine Blutentnahmen erfolgen. Ebenfalls als kontraproduktiv galten Transporte und extreme Futterumstellungen. Das Umsetzen in den Abferkelstall sollte schonend und nicht bei hohen Außentemperaturen durchgeführt werden.¹⁹⁷¹

Anbindehaltung

Der große Vorteil der Anbindehaltung wurde im erheblich reduzierten Stahlbedarf im Vergleich zum Kastenstand gesehen. Die Ersparnis sollte 30% betragen. Als positiv wurde auch eine einfachere Besamung der Sauen in Anbindehaltung gesehen, da die Tiere hier leichter zugänglich sein sollten als im Kastenstand.¹⁹⁷² Als Anbindevorrichtungen wurden Halsbügel, Halsgurte oder Widerristgurte verwendet. Die Anbindestände mussten eine Tiefe von 1700 mm Tiefe (Jungsauen) beziehungsweise 1800 mm (Altsauen) und eine Breite von 550 mm (Jungsauen) bis 650 mm (Altsauen) aufweisen. Die Liegefläche konnte komplett planbefestigt sein. Aus ökonomischen Gründen wie Zeitersparnis und Einsparung von Einstreu wurde aber meist auf Teilspaltenboden zurückgegriffen.

Haltung säugender Sauen

Laktierende Sauen wurden möglichst bewegungsarm aufgestellt, um die Ferkelverluste durch Erdrücken zu minimieren.¹⁹⁷³ Die Bemühungen in der Sauenhaltung gingen wie auch in anderen Produktionsrichtungen dahin, den Flächenbedarf je Tier so weit wie möglich zu reduzieren, um einerseits Material und Kosten zu sparen und andererseits die Tierkonzentration zu erhöhen. Für die in Besamungs- und Warteställen einzeln gehaltenen Sauen wurden 1970 noch 3,0 m² je Tier veranschlagt, Ende der siebziger Jahre betrug der festgesetzte Bedarf nur noch 2,5 m² je Sau. Die Kosten beim Neubau erhöhten sich trotzdem um fast 40%, da Treibmistkanäle gebaut werden mussten und man um eine Mechanisierung nicht herum kam. In den Abferkelställen wurde 1970 eine Reduktion des Platzbedarfs von 8,7

¹⁹⁷⁰ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 73

¹⁹⁷¹ BERGFELD, J. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 96

¹⁹⁷² KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 34

¹⁹⁷³ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 75

m² auf 6,4 m² je Sau vorgenommen. Dagegen erhöhten sich die Investitionskosten pro Abferkelplatz beim Neubau von Ställen von 1 200 Mark auf ca. 5 200 Mark.¹⁹⁷⁴

Abferkelbuchten

Die meisten Sauen in der Laktation wurden in Abferkelbuchten mit Einstreu und mit separatem Ferkelauslauf gehalten, wobei in der Mehrzahl die „Schwedische Abferkelbucht“ und das „System Förster“ zur Anwendung kamen. Kritisiert wurden bei dieser Aufstallung der relativ große Arbeitsaufwand und ein hoher Platzbedarf. Bei den deshalb entwickelten Standaufzuchtbuchten sollten diese Punkte verbessert werden. Die verschiedenen in der DDR gebräuchlichen Abferkelbuchten und ihre Maße sowie der unterschiedliche Arbeitsaufwand werden in nachfolgender Tabelle veranschaulicht:¹⁹⁷⁵

Tabelle 13: Maße der gebräuchlichen Abferkelbuchten und täglicher Arbeitsaufwand je Tier

| Abferkelbucht | Abmessungen (mm) | Buchtenfläche (m) | Arbeitszeitaufwand (AKmin/ Tier/ Tag) |
|-----------------------------------------|-----------------------------|------------------------------|--------------------------------------------------|
| System Förster | 3000 * 2850 | 8, 55 | 17, 50 |
| Schwedische Abferkelbucht | 3000 * 2850 | 8, 55 | 17, 15 |
| Standaufzuchtbuchten Typ Dummerstorf | 1800 * 2340 | 4, 21 | 10, 50 |
| Abferkelbucht 044 | 1700 * 2100 | 3, 57 | Keine Angabe |
| Abferkelbucht 045 | 2000 * 2100 | 4, 20 | Keine Angabe |

Die Abferkelbucht 044 mit der geringen Fläche von 3,57m² war für eine maximal 35 Tage dauernde Laktation geeignet. Die Bucht 045 wurde bei längerer Säugezeit verwendet, da die Ferkel hier einen höheren Platzbedarf hatten.¹⁹⁷⁶

Für industriemäßige Sauenanlagen wurden 18 aufgezogene Ferkel pro Jahr und Sau gefordert.¹⁹⁷⁷

¹⁹⁷⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 121

¹⁹⁷⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 122 aus: agrartechnik 2/79, S. 68 ff.

¹⁹⁷⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 122

¹⁹⁷⁷ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 5

4.2.5.2 Fütterung der Sauen

Fütterung adulter Sauen

Bis 1974 wurde für die Sauenfütterung Schweinemastfutter eingesetzt, da es bis dahin noch kein spezielles Futter für Zuchtsauen gab. 1974 wurde ein Sauenalleinfutter eingeführt, welches mit einem geringeren Energiegehalt und erhöhtem Proteinangebot dem Bedarf niedertragender Sauen gerecht werden sollte. Die Fütterung von Grobfutter war anfangs in industriemäßigen Anlagen nicht vorgesehen.¹⁹⁷⁸ Die Ration für Sauen bestand aus Hackfrüchten und Konzentratfutter. Die feuchtkrümelige Mischung wurde mittels Verteilerwägen zu den Tieren transportiert und dort über Dosiereinrichtungen in die Futtertröge verteilt.¹⁹⁷⁹ Mit dem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden kamen zunehmend industriell vorgefertigte Futtermittel und Konzentrate zum Einsatz. Die Verfütterung von wirtschaftseigenem Futter ging zurück. In den 7200er Anlagen sollte nach Möglichkeit nur Trockenfutter eingesetzt werden.¹⁹⁸⁰ Das Ernährungsziel für Zuchtsauen bestand darin, mehr als 10 lebend geborene Ferkel bei Altsauen und mehr als 9 lebend geborene Ferkel pro Jungsau zu erzielen, welche ein Geburtsgewicht von mindestens 1,2 kg haben sollten. Die dazu praktizierte „Flushing-Fütterung“ basierte darauf, dass die Sauen einige Tage vor der geplanten Besamung energiereichere Rationen gefüttert bekamen, damit die Zahl ovulierender Follikel und nachfolgend die Konzeptionsrate maximiert werden sollte.¹⁹⁸¹

Jungsauenfütterung

Das Ziel hier bestand hauptsächlich darin, eine hohe Wachstumsrate zu erlangen. Diese versprach eine frühzeitige Geschlechtsreife, was bereits während der Aufzuchtphase berücksichtigt wurde. Pubertätsfördernde Rationen mit spezifischer Anreicherung von Proteinen und Wirkstoffen sollten hier zu befriedigenden Ergebnissen führen.¹⁹⁸² Gewünscht war eine Erstbesamung der Jungsauen im 2.-3. Östrus im Alter von 270 bis 280 Tagen. Hierfür sollten die Jungsauen eine Lebendmasse von über 120 kg haben. Diese Zielvorgaben konnten häufig nicht erreicht werden, da der Pubertätseintritt später als erwünscht erfolgte.¹⁹⁸³

4.2.5.3 Bewertung der Sauenhaltung unter Tierschutzgesichtspunkten

Allgemeine Probleme aus Tierschutzsicht

Die Einzelhaltung der güsten und tragenden Sauen wurde nicht nur in der DDR, sondern international angestrebt.¹⁹⁸⁴ Sie verbietet den Kontakt zu Artgenossen und die Möglichkeit,

¹⁹⁷⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 262

¹⁹⁷⁹ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 117

¹⁹⁸⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 118

¹⁹⁸¹ BUSCH, B. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 347

¹⁹⁸² BERGFELD, J. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 72

¹⁹⁸³ BUSCH, B. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 345

¹⁹⁸⁴ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 31

sich frei zu bewegen. Beides sind wesentypische Verhaltensweisen, deren Unterdrückung tierschutzrelevant ist.¹⁹⁸⁵

BUSCH erwähnt in einem Vortrag auf der DVG-Tagung zum Thema „Tierschutzethik“ 1993, dass in den in der DDR produzierenden industriemäßigen Sauenanlagen hohe Leistungen erreicht werden konnten. Diese dienten genauso wie das Fehlen von klinischen Krankheitsanzeichen als Argumentationsgrundlage für das scheinbar vorhandene Wohlbefinden der Sauen. Laut BUSCH wurden vor allem hohe Reproduktionsraten als Indikator für vorhandenes Tierwohl gewertet, obgleich diese häufig unabhängig vom Vorliegen diverser haltungsbedingter Erkrankungen und Verhaltensstörungen erreicht werden konnten.¹⁹⁸⁶

Was sicherlich besonders kritisch zu bewerten ist, ist die weitläufig praktizierte Anbindehaltung der Sauen. Nach der Umstallung hochtragender Sauen aus Gruppenhaltung in Anbindehaltung erhöhte sich der Anteil der Totgeburten.¹⁹⁸⁷ Dies lässt auf den erhöhten Stress schließen, der auf die ungewohnte Haltung in Anbindung zurückzuführen ist. Vor allem Jungsauen reagierten Zeitzeugenaussagen zufolge auf die Fixation mit teilweise heftigen Abwehrbewegungen und Lautäußerungen.¹⁹⁸⁸ Als tierschutzrelevant ist die Anbindehaltung auch deshalb zu bewerten, weil ebenso wie bei der Einzelhaltung im Kastenstand, teilweise in noch gravierenderem Ausmaß, arttypische Bewegungen und Verhaltensweisen völlig unterbunden wurden.

In der Sekundärliteratur wird vor allem in der Sauenhaltung das Fehlen von fachlich qualifiziertem Personal beschrieben. Undine SCHULTZ kritisiert beispielsweise den Einsatz von Lehrlingen im Facharbeiterbereich, wo sie aufgrund fehlender Kenntnisse überfordert schienen. Außerdem mussten offensichtlich häufiger zu viele Sauen pro Arbeitskraft betreut werden.¹⁹⁸⁹

Mastsauenrekrutierung

Um das Aufkommen an Schweinefleisch zu erhöhen, wurden von der Politik wiederholt Maßnahmepläne aufgestellt. Die bereits im Abschnitt Mast erwähnte Mastsauenrekrutierung war eine der Ideen, die tierschutzrelevante Folgen nach sich zog. Die LPG wurden entgegen der Warnungen von Tierärzten angewiesen, jede nur mögliche Sau zuzulassen. 1965 gab es eine Kampagne, die mehrere Monate andauerte und die die Vorteile der Mastsauenrekrutierung anpries. Mit dem Slogan *‘Jeder Bauer deckt eine Sau mehr’* wurden auch Bauern mit individuellen Schweinehaltungen aufgefordert, an der Maßnahme teilzunehmen. Um die Bauern dafür zu motivieren, sollte für jede zusätzlich belegte Sau eine Bedeckungsprämie gezahlt werden. Als Folge dieses unbedachten Vorgehens mussten nach Ablauf der Tragezeit Kaiserschnitte en masse durchgeführt werden, da die ursprünglich zur Mast gezogenen Tiere verfettete Geburtswege aufwiesen und nicht über das erforderliche Gebäude verfügten, so dass ein problemloses Abferkeln häufig unmöglich war. Dabei soll es aufgrund der fehlenden Zuchteignung der Mastsauen vorgekommen sein, dass nur wenige lebensschwache oder gar überhaupt keine Ferkel entwickelt werden konnten, so dass für die betroffenen Bauern ausschließlich die Operationskosten blieben.¹⁹⁹⁰ DANNERBECK

¹⁹⁸⁵ BUSCH, B. (2006) in: RICHTER, T. (Hrsg.) (2006), Krankheitsursache Haltung, S. 133

¹⁹⁸⁶ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 101

¹⁹⁸⁷ SCHLEGEL, W. (1978) in: PFEIFFER, H. (Hrsg.) (1978), Schweinezucht, S. 247

¹⁹⁸⁸ ZEMKE, P. (2010), Mündliche Mitteilung vom 18.06.2010

¹⁹⁸⁹ SCHULTZ, U. (1971), Dipl. vet. med. Berlin, S. 20

¹⁹⁹⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 82, 124-125

berichtet ebenfalls von einer „Kaiserschnittflut“ Anfang der sechziger Jahre, als jede gerade geschlechtsreife, aber nicht zuchtreife Jungsau als eine der Maßnahmen zur Erhöhung der Viehbestände bedeckt werden musste.¹⁹⁹¹ Obwohl die Erfahrung zeigte, dass das Züchten mit Mastsauen nicht funktionierte, wurden ähnliche Kampagnen über die Jahre hinweg wiederkehrend von der Partei gefordert. Dabei kam es auf die Situation am Weltmarkt und die dortige Nachfrage nach Schweinefleisch an. 1978 wurden wiederholt Forderungen von Seiten der Partei laut, die Produktion innerhalb kürzester Zeit massiv zu erhöhen. Neben der Schaffung zusätzlicher Tierplätze sollte das Schweinefleischaufkommen auch hier in Form der Mastsauenrekrutierung¹⁹⁹² oder anders ausgedrückt, durch „*zusätzliche Bedeckung aus Mastbeständen*“¹⁹⁹³ gesteigert werden. Kritik seitens der praktischen Tierärzte, die bereits diverse schlechte Erfahrungen mit der Methode gemacht hatten, war nicht erwünscht und wurde von den Initiatoren ignoriert.¹⁹⁹⁴ 1982 kam es trotz damals gerade aktueller Futterknappheit zur wiederholten Forderung nach erhöhter Schweine(fleisch)produktion. Alle möglicherweise vermehrungsfähigen Sauen der Mastbestände sollten bedeckt werden, keine Sau durfte mehr ohne tierärztliche Bescheinigung auf Zuchtuntauglichkeit geschlachtet werden. Obwohl die Mastsauenrekrutierung in den Jahren zuvor nie den gewünschten Erfolg gebracht hatte, griff man seitens der politischen Spitze wieder auf diese Maßnahme zurück.¹⁹⁹⁵ Das ist ein Beispiel dafür, dass die Menschen an der Basis und ihre Erfahrungen in vielen Fällen offensichtlich nicht ernst genommen wurden und Kritik nicht erwünscht war. Die Entscheidungsträger setzten ihre teilweise fragwürdigen Beschlüsse fest, was häufig zu Unmut bei den Ausführenden und zu vermeidbaren Leiden bei den Tieren führte.

Technopathien

Eine besonders häufig auftretende haltungsbedingte Erscheinung bei Sauen war das Auftreten von Gliedmaßenschäden. Ungeeignete Bodenbeschaffenheit führte zu mangelnder Standstabilität und übermäßigem Klauenwachstum. Zu große Weiten des Spaltenbodens von über 30 mm Weite zogen Verletzungen und Fehlstellungen nach sich. Problematisch waren auch Spalten mit ungeeigneter Oberflächenbeschaffenheit wie zum Beispiel PVC-ummantelte Metallstäbe, die zu glatt waren.¹⁹⁹⁶ Technopathien wie Stellungsanomalien, Bewegungsstörungen, Gelenkerkrankungen und Geburtsstörungen nahmen durch die vermehrte Haltung in Einzelständen mit reduziertem Platzangebot zu. Manfred KROCKER erwähnt 1984, dass auch die Gruppenhaltung Vorteile böte, da sie nicht mit einer solch stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit wie die Einzelhaltung einherginge. Er hält deshalb fest, „*im Interesse des Wohlbefindens der Tiere die konstitutionsfördernde Gruppenhaltung*“ zu wählen, sollte der ökonomische Nutzen einer Einzelhaltung nicht eindeutig überwiegen.¹⁹⁹⁷ Diese Formulierung innerhalb einer agrarwissenschaftlichen Promotionsschrift kann auch als beispielhaftes Zeichen für ein vorsichtiges Umdenken in der Tierproduktion gewertet werden, welches charakteristisch für die Periode des Abkehrs vom Gigantismus in den achtziger Jahren war.

¹⁹⁹¹ DANNERBECK, G. (2010), Persönliche Mitteilung vom 26.04.2010

¹⁹⁹² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 320

¹⁹⁹³ WUNDERLICH, H. (1980), Vet. med. Diss. habil., Bl. 155

¹⁹⁹⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 320

¹⁹⁹⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 378

¹⁹⁹⁶ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 74

¹⁹⁹⁷ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 34

Durch die teilweise praktizierte Anbindehaltung kam es unter anderem zu Halsverletzungen.¹⁹⁹⁸ Aufgrund teilweise verwendeter einheitlicher Anbindevorrichtungen konnten individuelle Schwankungen des Halsumfanges bei den Tieren nur ungenügend beachtet werden. Vernachlässigtes Verstellen der Ketten bei Zunahme des Halsumfanges führte weiterhin zu Drucknekrosen im Nackenbereich. Es wurde deshalb diskutiert, dass die großteils verwendeten Metallbügel vermehrt durch Gurte aus Kunststoff oder Leder beziehungsweise Widerristgurte ersetzt werden sollten. Der größte Nachteil der Anbindehaltung wurde darin gesehen, dass bei großen Bestandsgrößen der Arbeitsaufwand der ein- und auszustallenden Tiere zu hoch ausfiel.¹⁹⁹⁹ Besonders im Jungsauenbereich kam es zu Problemen, da die Jungsauen teilweise heftige Abwehrbewegungen zeigten und sich trotz guter Fixation jeden Tag mindestens ein Prozent der Tiere aus der Anbindevorrichtung befreien konnte.²⁰⁰⁰ Auch für Havariefälle war die Anbindehaltung problematisch, weshalb die Anbindehaltung auf Betriebsgrößen mit maximal 1000 Sauenplätzen beschränkt blieb.²⁰⁰¹ Letztlich muss die Anbindehaltung der Sauen insgesamt als gravierende Problematik aus Sicht des Tierschutzes bewertet werden, da sie einerseits häufig zu hochgradigen Schmerzen aufgrund der Verletzungen führte und andererseits die arttypischen Verhaltensweisen der Sau in höchstem Maße einschränkte, womit Leiden vorprogrammiert war.

Die weiter verbreitete Kastenstandhaltung brachte ebenfalls tierschutzrelevante Probleme mit sich. Hauptsächlich das Fehlen einer optimalen Oberflächenbeschaffenheit der festen Liegefläche und der Teilspalten führten zu Aufliegeschäden und Gliedmaßenverletzungen. Das kam unter anderem dadurch, dass der Kot der Tiere nur teilweise durch die Roste getreten wurde. Wurde der verbleibende Kot nicht gründlich per Hand entfernt, waren Verletzungen und Infektionen die Folge.²⁰⁰² Nicht artgemäß war auch der begrenzte Platz im Kastenstand, der die Sauen zum Verharren in einer Position zwang beziehungsweise der die Befriedigung des Bewegungsdranges nicht ermöglichte.

Im Allgemeinen wurden die Sauen in Einzelhaltung gehalten. Hauptsächlichlicher Vorteil dieser Haltungsform sollten bessere arbeitsökonomische Bedingungen, vereinfachte Brunstkontrolle und Gesundheitsüberwachung, rationierte Fütterung des Einzeltieres, geringerer Energiebedarf und damit reduzierter Futtermittelverbrauch sein. Als Nachteile dieser bewegungsarmen Haltung wurden Schweregeburten aufgrund primärer Wehenschwäche, Puerperalstörungen und eine verkürzte Nutzungsdauer für die Zucht aufgeführt.²⁰⁰³

Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse führten innerhalb mancher Betriebe zu Platzmangel. Die Folge davon waren Überbelegungen, wovon vor allem Abferkelställe betroffen waren. Horst DEISTING schildert, dass zwei ferkelführende Sauen, die in einer für ein Tier konzipierten Abferkelbucht gehalten wurden, keine Seltenheit darstellten. Weiterhin sollen hochtragende und säugende Sauen in Behelfsställen gehalten worden sein, die hier angeblich oft vorzufindenden Hygienemängel begünstigten zudem die unbefriedigenden Aufzuchtergebnisse.²⁰⁰⁴

¹⁹⁹⁸ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 74

¹⁹⁹⁹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 74

²⁰⁰⁰ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 236

²⁰⁰¹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 74

²⁰⁰² PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 239

²⁰⁰³ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 236

²⁰⁰⁴ DEISTING, H. (1974), Diss. sc. agr. Berlin, S. 22

Die durch das restriktive Platzangebot eingeschränkten Möglichkeiten, arttypische Verhaltensweisen und Bewegungsabläufe auszuführen, führten zu Stereotypen wie zum Beispiel das permanente Futtersuchen. Ein weiteres Problem war das Ausbrechen mancher Tiere, wobei meistens bestimmte Sauen wiederholt auffällig wurden. Um solche chronischen „Ausbrecher“ zu fixieren, wurde das zusätzliche Anbinden oder die zusätzliche Absperrung der Kastenstände empfohlen.²⁰⁰⁵ Durch das Verlassen des Kastenstandes kam es zu Verlusten im Sauenbereich, die durch Verletzungen und erhöhte embryonale Mortalität, aber auch durch erhöhten Futtermittelverbrauch, Schäden am Kastenstand und erhöhten Arbeitsaufwand entstanden.²⁰⁰⁶ In Sauenanlagen mit 875 Sauen waren Zahlen von durchschnittlich 100 ausgebrochenen Sauen pro Tag die Norm. Besonders hoch war die Zahl der „Ausbrecher“ in den ersten 10 Tagen im Kastenstand beziehungsweise nach der Umstallung von der Gruppen- zur Einzelhaltung bei den Jungsauen.²⁰⁰⁷ BUSCH beschreibt Aggressionen, die kurz nach der Einstellung in bewegungsarme Einzelhaltung häufig auftraten und die in hilfloses Verhalten der Sau und suchendes Appetenzverhalten übergingen.²⁰⁰⁸ Die schlechte Akzeptanz dieser Haltungsform durch die Tiere ist bezeichnend für die schlechte Eignung derartig bewegungsarmer Aufstallungsformen. Die Einzelhaltung der Sauen im Kastenstand konnte nach Ansicht der in der DDR mit Schweineproduktion betrauten Wissenschaftler nur dann als leistungsoptimierend umgesetzt werden, wenn die Tiere sicher fixiert gehalten werden konnten, was mindestens bis zum 30. Trächtigkeitstag und darüber hinaus erfolgen sollte.

Auch im Bereich der intensiv gehaltenen Jungsauen, welche stark auf Bewegungsmangel ausgerichtet war, waren Technopathien und Stereotypen an der Tagesordnung. Im Vergleich dazu konnten die teilweise in anderen Ländern extensiv gehaltenen Jungsauen mit einer verbesserten Kondition, erhöhtem Anpassungsvermögen und den daraus resultierenden längeren Nutzungszeiten punkten.²⁰⁰⁹ Anfang der achtziger Jahre schlug man in der Fachpresse vor, die reizarme Haltung der Sauen dahingehend zu verbessern, dass man Beschäftigungsmaterial anbot. Als Beispiel wurden das Anbringen von Spielketten am Stand und die Darreichung von strukturreichen Futter genannt, die für die Sauen eine Verbesserung ihrer reizarmen Umwelt und dadurch eine Reduktion von Verhaltensanomalien und Ausbruchversuchen bewirken sollten.²⁰¹⁰

In Anlagen, wo es durch die Trennung des Besamungsstalles und des Wartebereiches zu häufigeren Umstallungen und neuen Gruppenbildungen kam, war der Anteil an Erkrankungen der Sauen verhältnismäßig höher als bei kombinierter Haltung von zu besamenden und trächtigen Tieren. In der Gruppenhaltung von Sauen wurden durch Überbelegung verminderte Zuchtleistungen, erhöhte Saugferkelverluste und erhöhte Abortgefahr provoziert. Für einzelne Tiere bestand die Gefahr des Kümmerns, wenn sie durch Rangordnungskämpfe benachteiligt wurden.²⁰¹¹ Die embryonale Mortalität in den verschiedenen Phasen der Trächtigkeit betrug bis zum Abferkeln nicht selten 40% und mehr, was auf Fehler im Besamungsmanagement, über die Ovulation andauernde Flushing-Fütterung, Mangel an Beta-Carotin sowie zu hohe Umgebungstemperaturen und fehlerhaften Umgang mit den Sauen im

²⁰⁰⁵ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 42-43

²⁰⁰⁶ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 89

²⁰⁰⁷ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 95

²⁰⁰⁸ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 103

²⁰⁰⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 250

²⁰¹⁰ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 104 aus: BOGNER, H. und SÜSS, M. (1981), Züchtungskunde 53, Heft 5, S. 352

²⁰¹¹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 264

ersten Trächtigenmonat zurückgeführt wurde.²⁰¹² Alle genannten Punkte bedeuteten vermeidbares Leid für die Tiere und sind als Problem aus Sicht des Tierschutzes einzuordnen.

Tierschutzrelevante Probleme bei der Fütterung

Die bereits im Abschnitt „Aufzucht“ dargestellten Mängel, die bei der Fütterung der Sauen qualitativ und quantitativ häufig vorkamen, führten nicht nur zu den Verlusten im Aufzuchtbereich, sondern primär auch zu Schäden bei der Sau selbst. Verkürzte Nutzungsdauer, herabgesetzte Fruchtbarkeit und eine verminderte Gesamtkonstitution waren tierschutzrelevante Folgen, die hauptsächlich systembedingt gewesen sein dürften.

Durch das vorab erwähnte Fehlen eines speziellen Zuchtsauenfutters wurde bis 1974 auf Schweinmastfutter zurückgegriffen. Güste und niedertragende Sauen verfetteten häufig durch die Verabreichung dieses Futters, weshalb die maximale Futtermenge auf 2,2 kg je Tier und Tag limitiert wurde. Die Sauen wurden durch diese Restriktion nicht satt, was zu permanenter Unruhe im Stall führte. Brunstkontrolle und Besamungstätigkeiten waren dadurch erschwert. Tierschutzrelevante Folge genannter Umstände war weiterhin ein erhöhter pränataler Fruchttod.²⁰¹³ Auch nach der Einführung von Sauenalleinfutter, welches dem Nährstoffbedarf eher gerecht wurde als das zuvor verwendete Mastfutter, bestand das Problem der unzureichenden Sättigung der Sauen. Um die fehlenden Grobfutteranteile auszugleichen und die Energiekonzentration gering zu halten, ging man dazu über, Pellets oder Mehl aus Stroh beizufügen.²⁰¹⁴ Aus Tierschutzsicht problematisch ist zusätzlich der Faktor, dass Schweine arttypisch einen Großteil des Tages mit Futtersuche und -aufnahme verbringen – eine Verhaltensweise, die einerseits durch den Platzmangel, andererseits aber durch die restriktive Gabe eines hochkonzentrierten, leicht aufzunehmenden Futters, in keiner Weise ausgeübt werden konnte.

Ein aus der unzureichenden Grobfutteraufnahme häufig resultierendes Problem, welches ebenfalls vermeidbare Leiden bedingte, waren Stoffwechselstörungen im peripartalen Zeitraum. Nachweislich schien die Futteraufnahme bei Sauen nach der Geburt besser zu sein, wenn diese zuvor Grobfutter erhielten. Bei Sauen, welche während der Gravidität ausschließlich mit Konzentraten gefüttert wurden, traten vermehrt vorgeburtlicher Fruchttod und Fertilitätsstörungen auf.²⁰¹⁵

Tierschutz in der industriemäßigen Sauenhaltung

Die bei der industriellen Sauenhaltung verbreitete Anwendung findende Fütterung mit strukturarmem, energiereichem Mischfutter führte zu tierschutzrelevanten Folgen für die Sauen und deren Nachzucht. In der Phase des Aufbaus industriemäßiger Haltungsverfahren und während des Übergangs zu bewegungsarmen, klimatisierten Aufstallungsmethoden wurde dem dadurch verringerten Energiebedarf anfangs zu wenig Beachtung geschenkt. Besonders trüchtige Sauen wurden zu energiereich gefüttert, was einen Zuwachs von

²⁰¹² KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 25- 26

²⁰¹³ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 262 und BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 103

²⁰¹⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 263-264

²⁰¹⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 269

Fettgewebe zur Folge hatte. Dadurch wurden Störungen des Geburtsablaufes bedingt, die wiederum zu erhöhten Ferkelverlusten führten.²⁰¹⁶

Durch den erhöhten Einsatz von industriell vorgefertigtem, energiereichem Futter war die Zeit der Futteraufnahme reduziert. Futter verlor deshalb als Beschäftigungsmaterial seine Bedeutung, was neben dem reduziertem Platzangebot und fehlenden Sozialkontakten das Auftreten von Verhaltensstörungen begünstigte.

Auch führte eine unzureichende Rauhfuttermenge zu Stereotypen wie Leerkauen und Stangenbeißen, besonders wenn die Rauhfuttermenge, wie häufig praktiziert nur einmal täglich erfolgte.²⁰¹⁷ Weiterhin konnten verhaltenstypische Bedürfnisse wie der Wühltrieb und die Futtersuche nicht ausgeübt werden. Durch den damit einhergehenden Mangel an Bewegung und das energiereiche Futter wurden die negativen Effekte ungünstiger Haltungsbedingungen weiter verstärkt. Die Sauen verfetteten zunehmend. Es kam zu Geburtsstörungen und durch die mangelnde Beschäftigung zu Unruhe und zu einer negativen Beeinflussung der Reproduktionsleistung.²⁰¹⁸

Als Nachteil der Einzelhaltung im Kastenstand wurden Veränderungen im Rauscheverhalten der Sauen genannt. Durch die starke Bewegungseinschränkung, welche die Sauen im Kastenstand erfuhren, waren brunstspezifische Verhaltensweisen wie beispielsweise das Aufspringen nicht möglich. Teilweise wurde eine Brunstkontrolle durch hinzukommende atypische Verhaltensweisen zusätzlich erschwert.²⁰¹⁹

Die mit zunehmender Industrialisierung immer mehr angewandten Methoden der Brunstsynchronisation und terminorientierten Besamung kann laut BUSCH im Bezug auf Tierschutz hauptsächlich als Vorteil gewertet werden. Sie machte eine Planung der Abferkeltermine möglich und gewährleistete aus diesem Grunde eine nahezu lückenlose Geburtsüberwachung. Bei nicht synchronisierter Bedeckung oder Besamung war dies bei einer hohen Anzahl von Sauen kaum möglich, so dass es hier schneller zu unentdeckten Schwierigkeiten beim Geburtsablauf einzelner Tiere mit entsprechenden Verlusten kommen konnte.²⁰²⁰ Die Synchronisierung der Geburt und der Wurfausgleich, die weitere Mittel zur Ausschaltung der individuellen Variabilität der Tiere waren, sollten ebenfalls den Ablauf des Produktionsprozesses optimieren. Beide Maßnahmen dienten in erster Linie der Leistungssteigerung, brachten aber auch Vorteile für das Tier mit sich.²⁰²¹ Einschränkend erwähnt BUSCH die mit der hormonellen Manipulation verbundene Belastung der Tiere, die dadurch in ihren arteigenen Verhaltensweisen und Abläufen gehindert wurden.²⁰²² Was aus Sicht des Tierschutzes in großen Sauenanlagen ab 1000 Tieren weiterhin als positiv zu werten ist, war laut BUSCH die ab dieser Betriebsgröße vorgesehene Betreuung der Anlage durch einen oder mehrere Betriebstierärzte und Veterinäringenieure. Diese ermöglichten im Krankheitsfall ein schnelles Eingreifen, was einer Seuchenverbreitung entgegenwirkte und damit den Tieren des Bestandes und dem Einzeltier an sich Leiden und Schmerzen ersparte. Als weiteres positives Beispiel für angewandten Tierschutz nennt BUSCH die vorgesehene

²⁰¹⁶ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 248

²⁰¹⁷ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 42 aus: SOMMER, B. et al (1982), Züchtungskunde 54, S. 138

²⁰¹⁸ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 106-107, S. 51 und S. 116

²⁰¹⁹ KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 42 aus: SOMMER, B. et al (1982), Züchtungskunde 54, S. 138

²⁰²⁰ BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 16.06.2012

²⁰²¹ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 102

²⁰²² BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 102

routinemäßige Thermometrierung der Sauen in Großanlagen post partum zur Prophylaxe der MMA. Sauen konnten somit beim Auftreten erster Symptome behandelt werden, wodurch Schmerzen verhindert werden konnten.²⁰²³

Abb. 14: Anbindevorrichtung für Sauen²⁰²⁴

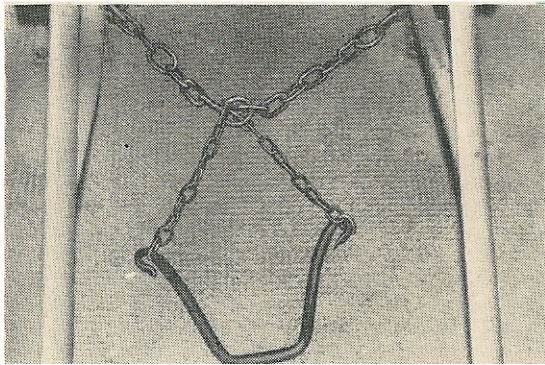
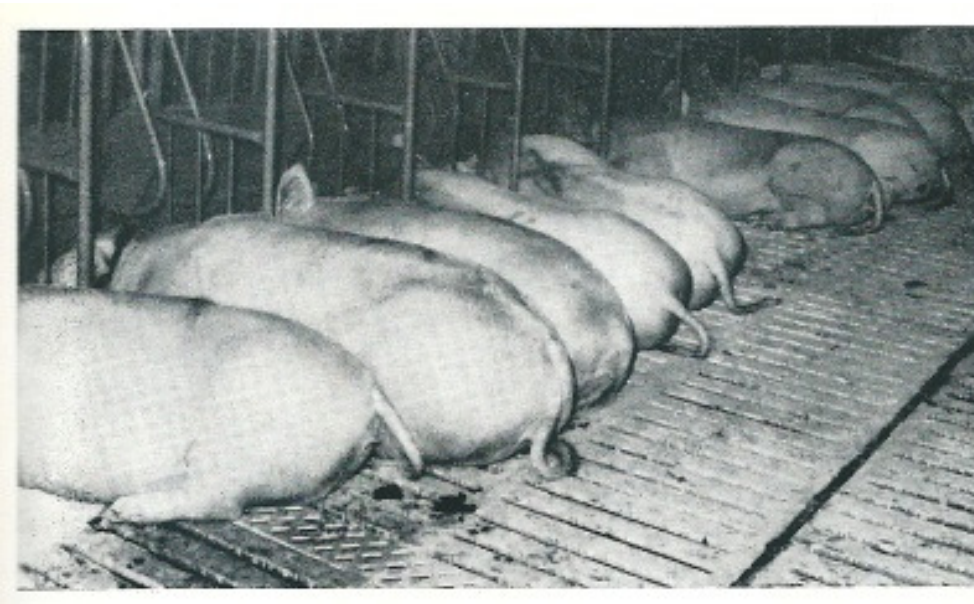


Abb. 15: Anbindehaltung mit Halsbügeln auf Teilspaltenboden²⁰²⁵



²⁰²³ BUSCH, B. (2011), Mündliche Mitteilung vom 16.06.2012

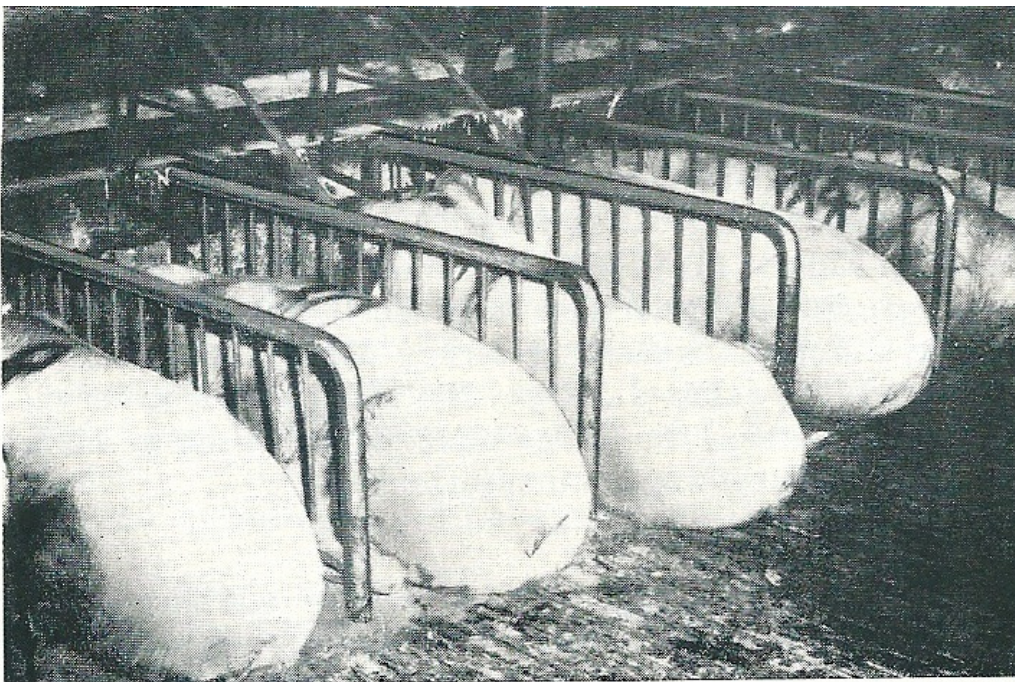
²⁰²⁴ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 347, Abb. 7/13

²⁰²⁵ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 237, Abb. 62

Abb. 16: Anbindehaltung im Wartestall mit kurzen Standtrenngittern²⁰²⁶



Abb. 17: Anbindehaltung auf Teilspaltenböden mit langen Standtrenngittern²⁰²⁷



²⁰²⁶ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 238, Abb. 63 a

²⁰²⁷ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 236, Abb. 63 b

4.2.6 Schweinezucht

Die Entwicklung der Schweinezucht der DDR orientierte sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, die sich im Laufe der Jahre dahin bewegte, dass die Nachfrage nach magerem Schweinefleisch stieg, wohingegen fettreiche Teilstücke und Speck zunehmend an Bedeutung in der menschlichen Ernährung verloren. Die Zucht entwickelte sich deshalb in Richtung Fleischschwein, bei dem der Anteil an Muskel höher lag als bei den früher gezüchteten Schweinen. Um die positiven Merkmale züchterisch möglichst zügig herauszuarbeiten, wurde ein Hybridzuchtprogramm etabliert.²⁰²⁸ Die Zuchtziele mit Priorität waren hohe Fruchtbarkeit, hohe Zuwachsraten bei geringem Fettanteil und eine stabile Tiergesundheit unter industriemäßigen Produktionsbedingungen. Dafür wurden mit den Rassen „Deutsches Edelschwein“ und „Deutsche Landrasse“ Kreuzungspaarungen vorgenommen, in deren Ergebnis die Rasse „Deutsches veredeltes Landschwein“ entstand.²⁰²⁹ Unter dem Zuchtziel „Großbestandseignung“²⁰³⁰ wurden Merkmale zusammengefasst, die eine gewisse Resistenz gegen umweltbedingte Erkrankungen mit genetischer Disposition versprachen. Durch die Selektion entsprechend robuster Elterntiere wollte man Erkrankungen wie Störungen des Herz-Kreislauf-Systems, Gliedmaßenschäden und Stellungsanomalien oder die Neigung zur Rhinitis atrophicans verhindern oder zumindest reduzieren.²⁰³¹ Der züchterische Fortschritt war auf die Entwicklung eines „Standardschweines“ ausgerichtet, welches für die Haltung in vollmechanisierten Großanlagen geeignet war. Im sozialistischen Wortschatz wurde das beispielsweise folgendermaßen ausgedrückt: *„Die züchterische Bearbeitung großer Populationen unter einheitlichen Umweltbedingungen ermöglicht eine scharfe Selektion nach ökonomischen Leistungswerten und bietet günstige Möglichkeiten, die Sexualzyklen der Planung des Produktionsablaufes unterzuordnen.“*²⁰³² Die Zuchtarbeit war demnach daraufhin ausgerichtet, Individuen zu schaffen, die eine größtmögliche Toleranz gegenüber „ökonomischen Haltungsverfahren“ hatten. Unter diesen für den Menschen kostengünstigen und mit wenig Arbeitsaufwand zu betreibenden Haltungsverfahren konnten arteigene Bedürfnisse häufig nicht oder nur teilweise befriedigt werden. Zuchtziel sollte ein hohes Adaptationsvermögen der Tiere sein, damit selbst bei nicht tiergerechten Lebensbedingungen akzeptable Leistungen erreicht werden konnten.

Anfang der sechziger Jahre wurden Versuche unternommen, Sauen des „Deutschen veredelten Landschweines“ mit Schwedenebern zu kreuzen. Die Kreuzungsprodukte hatten eine größere Körperlänge und einen vermehrten Muskelansatz im Schinkenbereich. Tierschutzrelevanter Nachteil dieser Tiere war eine verminderte Gesamtkonstitution und ein erhöhter Futter- und Eiweißbedarf.²⁰³³ KÖPP beklagt, dass durch die neue Rasse gehäuft Probleme auftraten, welche eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Tierärzte bedeuteten. Durch die verlängerte Rückenpartie kam es seinen Erfahrungen nach häufig zu Lordosen, Gliedmaßenschwäche und *„am Stallboden schleifenden Gesäugen“*, welche wiederum zu

²⁰²⁸ PRANGE, H. (1975), in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 22

²⁰²⁹ REDEL, U. (1975), in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 132

²⁰³⁰ „Großbestandseignung“: der Terminus ist ein Synonym des vorne beschriebenen Begriffs „Anlagentauglichkeit“.

²⁰³¹ REDEL, U. (1975), in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 156

²⁰³² SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 29

²⁰³³ BArch DK 1/ 3838, Bl. 78

Mastitiden führten.²⁰³⁴ Diese Erscheinungen waren demnach zuchtbedingte Leiden und sind damit als negativ unter Tierschutzgesichtspunkten zu werten.

Vergleichende Analysen aus den Jahren 1965 bis 1978 zeigten, dass die Produktivität der Schweinemast durch die angestrebte Leistungssteigerung nicht erreicht werden konnten. Produktionssteigerungen konnten fast ausschließlich durch Bestandserhöhungen erreicht werden. Besonders Anfang der siebziger Jahre war eine Leistungsstagnation beziehungsweise gar eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, was die Zunahme- und Aufzuchtleistungen betraf. Anscheinend waren die verfügbaren Rassen während der Zeit des Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden nur mäßig für die neuen Haltungsformen geeignet und entsprechende Hybridtiere noch nicht vorhanden.²⁰³⁵ Außerdem zeigte sich, dass es durch die Umzüchtung zum Fleischschwein zu einer Zunahme von Transportverlusten kam, hauptsächlich durch Kreislaufversagen während des Transportes beziehungsweise durch herabgesetzte Fleischqualität infolge von Transportbelastungen. Zurückzuführen war dieses Phänomen auf eine erhöhte Stressempfindlichkeit der Tiere, die nachweislich genetisch bedingt war.²⁰³⁶

Die Schweinezucht der DDR konnte die angestrebten Ziele nicht erreichen. Der Zuchterfolg in Form von erhöhter Fleischausbeute war zwar am einzelnen Schwein durch die erhöhte Körperlänge vorhanden, ging jedoch in der Gesamtheit gesehen mit erheblichen Verlusten einher. Die genannten Probleme, die durch den „Zuchtfortschritt“ erst auftraten, bedeuteten nicht nur eine wirtschaftliche Stagnation, sondern sind auch aus Sicht des Tierschutzes als Nachteil zu werten.

Fallbeispiel mit Tierschutzrelevanz: Mängel in der Organisation und Leitung einer Sauenanlage im Kreis Rostock²⁰³⁷

In betreffender Sauenanlage führten erhöhte Verluste im Ferkel- und Sauenbereich in den achtziger Jahren zu Nachforschungen durch den Staatssicherheitsdienst. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Angaben, die im Rahmen einer Anhörung durch einen Schweinemeister der Sauenanlage gemacht wurden.²⁰³⁸

Der befragte Schweinemeister beklagte die horrenden Ferkelverluste, welche vor allem durch fehlende Ferkelwachen verursacht worden seien. Folgende Verluste traten innerhalb von weniger als 3 Monaten des Jahres 1988 laut Aufzeichnungen des Schweinemeisters auf:²⁰³⁹

²⁰³⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 163

²⁰³⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 29-30

²⁰³⁶ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 282

²⁰³⁷ BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 1-2 Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

²⁰³⁸ Personen und deren Namen sowie Orte wurden geschwärzt und werden im Folgenden nicht verwendet.

²⁰³⁹ BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 1; Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

| Datum | Verlust | Ursache |
|-------------------|---------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 23.07. | 1 Sau mit Gebärmuttervorfall sowie eine weitere Sau verendeten | 4 Sauen hatten aufgrund fehlender Ferkelwache unbeobachtet geferkelt |
| 20.08. | 10 Ferkel waren verendet | 10 Sauen hatten unbeobachtet geferkelt, 17 Ferkel fielen in den Güllekanal (davon verendeten 10) |
| 09.09. | 3 Ferkel waren verendet | 1 Sau hatte unbeobachtet geferkelt |
| 10.09. | 5 Ferkel waren verendet | 3 Sauen hatten unbeobachtet geferkelt |
| 11.09. | 3 Ferkel waren verendet | 1 Sau hatte unbeobachtet geferkelt |
| 29.09. | 12 Ferkel waren verendet | Ferkelwache nicht im Stall, Sau hatte unbeobachtet geferkelt |
| 12.10.- 13.10. | 1*4 und 1*10 Ferkel waren verendet (14 Tiere innerhalb einer Nacht) | Tod der Tiere durch Erdrücken; keine Ferkelwache war anwesend |

Laut Protokoll des Schweinemeisters war auch vom 26.09.-27.09. keine Ferkelwache anwesend gewesen, trotz der Kenntnis, dass die meisten Sauen zwischen 22 Uhr und 4 Uhr abferkeln würden. In der Nacht vom 29.09. zum 30.09. war offenbar eine Ferkelwache im Dienst gewesen, da diese sich allerdings scheinbar nicht permanent im Stall aufgehalten hatte, waren auch in dieser Nacht 12 verendete Ferkel zu verzeichnen. Der Meister schilderte ebenfalls, dass in einem Sauenabteil am 08.10. 25-30 Ferkel durch die zuständige Tierpflegerin totgeschlagen worden waren, da diese die Tiere für nicht lebensfähig gehalten hatte. Nach Meinung des Schweinemeisters, der die toten Ferkel begutachtet hatte, wären 15-20 Tiere davon sicher lebensfähig gewesen. Seiner Ansicht nach wäre ausschließlich die Selektion von Ferkeln mit einem Gewicht unter 600-700 g gerechtfertigt, viele der in diesem Fall getöteten Ferkel lagen angeblich deutlich über diesem Mindestgewicht. Der Meister kritisierte, dass es keinen genauen Anweisungen gäbe, ab wann selektiert werden solle. Jeder könne es nach seinem eigenen Gutdünken machen, so dass es regelmäßig zum wahllosen Totschlagen von Ferkeln käme.²⁰⁴⁰ Die Ursache für fehlendes Engagement der in der Sauenanlage Beschäftigten sei auf das Fehlen der leistungsabhängigen Zusatzvergütung zurückzuführen. So sei es wenig verwunderlich, dass Ferkelwachen, wenn überhaupt anwesend, ausschließlich ihre Zeit absitzen würden, da die Vergütung immer die gleiche wäre.

Ein weiteres Manko wäre die verstreute Unterbringung von Sauen in der gesamten Anlage. Eine Tierpflegerin musste laut Angaben des Schweinemeisters 72 Sauen betreuen, die wegen Platzmangels auf verschiedene Abteilungen verteilt worden waren. In diesen Sauenabteilen wäre es normal, die zusätzlich aufgestellten, „fremden“ Sauen, nicht mit zu betreuen. Hatte eine solche Sau beispielsweise Schwierigkeiten beim Ferkeln, zeigte Krankheitsanzeichen oder waren deren Ferkel erkrankt, wurde dies offenbar von den mit der Sauenbetreuung betrauten Frauen ignoriert, da die Sau nicht zu „ihren“ Sauen gehörte. Auf diese Weise sollen von den 750 lebendgeborenen Ferkeln der 72 Sauen nach 1 Woche bereits 100 verendet sein, nach weiteren 6 Wochen lebten angeblich nur noch 480 Ferkel. Zurückzuführen war diese Misswirtschaft offensichtlich auf das Versäumnis der Betriebsleitung, Festlegungen hinsichtlich der Betreuungspflicht zu treffen. Nach Ansicht des Meisters hätten die Sauen von dem Personal betreut werden müssen, das für das jeweilige Abteil zuständig war.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt war der um die Anlage befindliche Zaun, der an diversen Stellen schadhafte gewesen sein soll. Durch die Lücken im Zaun soll es mehrfach zum Ausbruch von Ferkeln gekommen sein. Laut seuchenhygienischer Vorschrift durften

²⁰⁴⁰ BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 1; Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

Tiere, die die Anlage einmal verlassen hatten, diese nicht wieder betreten. Der Schweinemeister berichtete, dass dann LPG-Mitglieder die Ausreißer eingefangen und mit nach Hause genommen hatten. Bezahlt worden sei kein Tier. Weiterhin wurde erwähnt, dass genügend Draht vorhanden sei, um den Zaun zu reparieren, allerdings wäre das bisher nicht geschehen.²⁰⁴¹

Als letzter Punkt der Anhörung wurde die fehlerhafte Fütterung der Sauen dargelegt. Im Dezember 1987 sollen Zuckerrübenschnitzel geliefert worden sein. Diese wurden auf 2 Haufen auf dem Gelände abgekippt und blieben dort so ohne Abdeckung über den gesamten Winter liegen. Zwei der Schweinemeister hinterfragten beim zuständigen Mitarbeiter die fehlende Abdeckung, woraufhin dieser angeblich antwortete: „Die Rübenschnitzel brauchen nicht abgedeckt zu werden. Als Bauer weiß man das.“²⁰⁴² Nachdem bereits Sauen erkrankt waren, initiierten die Schweinemeister eine Untersuchung des Futtermittels. Der Futterbeauftragte weigerte sich, die Entnahme und Untersuchung der Proben zu bezahlen, da diese gegen seinen Willen durchgeführt worden waren. Die Ergebnisse der Futtermitteluntersuchung brachten hervor, dass die Rübenschnitzel nicht für die Fütterung an tragende Sauen geeignet gewesen wären, man könne sie bestenfalls für die Mast von Schweinen oder Bullen einsetzen.²⁰⁴³ Zwischen Probenentnahme und Eingang der Ergebnisse waren die Schnitzel weitergefüttert worden. Bis die Fütterung gestoppt wurde, waren angeblich bereits zwei Drittel verfüttert worden und diverse Sauen erkrankt. Der Schweinemeister merkte ebenfalls kritisch an, dass das verbleibende Drittel des nachweislich für Sauen ungeeigneten Futters nun als „eiserne Reserve“ in der Anlage bleiben sollte. Weiterhin berichtete er von 30 innerhalb eines Monats verendeten Sauen, die mit Rübenspitzen gefüttert worden waren. Diese hätte laut Angaben des Meisters zu mehr als 50% aus Schmutz bestanden. Trotz der hohen Verluste seien damals keine Konsequenzen erkennbar gewesen. Der Schweinemeister merkte an, dass er sich momentan weigern würde, solches Futter einzusetzen. Deshalb würde er als „schwarzes Schaf“ des Betriebes gelten. Was ebenfalls problematisch wäre, sei der Mangel an Kraftfutter und das Fehlen eines Futterökonomen in der Anlage. Niemand wüsste, ob und wann welcher Nachschub geliefert würde. Besonders für die niedertragenden Sauen hätte er häufig kaum Kraftfutter zur Verfügung, weshalb ständig Sauen umrauschen würden. Zum Ende der Anhörung berichtete der Befragte noch über die seuchenhygienische Situation auf dem Betrieb. Es kritisierte, dass eine zeitlang an der Entwesung gespart worden sei, da die Schädlingsbekämpfer als zu teuer galten. Außerdem wurde geschildert, dass tote Ferkel häufig verbrannt würden. Das wäre besser als wenn die Kadaver 2 Wochen lang im Kadaverhaus liegen würden, bis die Tierkörperverwertungsanstalt sie holte. Es käme auch vor, dass diese nur alle 8 Wochen einmal zur Abholung kommen. Im Sommer würde man sich dann damit helfen, dass Kadaver vergraben würden.²⁰⁴⁴

Dargestelltes Beispiel demonstriert die Zustände, die teilweise in sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben vorlagen. Alle aufgeführten Punkte sind als tierschutzrelevant zu bewerten und traten ausnahmslos systembedingt auf. Deutlich wird die teilweise ignorante Haltung der Tierpfleger zum „Produktionsmittel“ Tier, welches als leidensfähiges Lebewesen nicht wahrgenommen wurde. Das Fallbeispiel verdeutlicht auch, dass das Abstellen von Missständen teilweise geduldet und trotz wirtschaftlicher Verluste nicht eingeschritten wurde.

²⁰⁴¹ BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 1; Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

²⁰⁴² BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 1; Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

²⁰⁴³ BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 2; Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

²⁰⁴⁴ BStU MfS BV Rst Ka 180 Seite 2; Tgb_12179_12Z (Tonaufzeichnung)

Die Möglichkeit einzelner engagierter Mitarbeiter, Mängel zu beheben, schien offensichtlich begrenzt zu sein.

4.3 Tiertransporte und Tierschutz

Bereits 1946 wurde auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone der Veterinär-sanitäre Dienst für den Eisenbahntransport gebildet. Bis zu den sechziger Jahren wurden rechtliche Grundlagen geschaffen und Organisationsformen entwickelt, die in erster Linie die Verhütung der Ausbreitung von Tierseuchen beim Eisenbahntransport verhindern sollten.²⁰⁴⁵ In den fünfziger Jahren konzentrierte man sich vornehmlich auf die Verbesserung veterinärhygienischer Voraussetzungen beim Transport von Tieren mit der Eisenbahn und bei der Tierverladung. Die Eindämmung von Tierseuchen war das Hauptanliegen. Verbesserungen des Tierschutzes beim Transport sollten erwirkt werden durch den Einsatz von Viehsonderzügen. Durch den Einsatz solcher Züge versprach man sich eine Verkürzung der Transportzeiten. Die Schaffung von speziellen Normen für den Tiertransport sollte die Durchsetzung veterinärhygienischer Belange erleichtern, was als positiv aus Sicht des Tierschutzes zu werten ist.²⁰⁴⁶

Die durch die Intensivierung der Landwirtschaft bedingte Spezialisierung von Betrieben auf eine Produktionsstufe brachte auch ein Mehr an Transporten von Tieren mit sich. Auch der stetige Produktionszuwachs von Schlachtvieh bedingte eine Zunahme von Viehtransporten. Aus diesem Grund wurde aus dem Veterinärhygienischen Dienst für den Eisenbahntransport der „Veterinärhygienische Verkehrsüberwachungsdienst“²⁰⁴⁷ (VHVD), welcher als Institution des Verkehrswesens geschaffen wurde.²⁰⁴⁸ Die gesetzliche Grundlage dafür lieferte das Gesetz über das Veterinärwesen von 1962, die Bezeichnung VHVD erfolgte seit der Verabschiedung der `Anordnung über die Bildung veterinärmedizinischer Fachorgane` vom 31.12.1963.²⁰⁴⁹ 1966 wurde innerhalb des VHVD ein spezieller Grenzdienst geschaffen.²⁰⁵⁰ Steigende Viehtransportzahlen waren nicht ausschließlich auf den nationalen und internationalen Eisenbahnverkehr bezogen. Die zunehmende Bedeutung der Viehumsetzungen betraf vor allem den regionalen Transport von Jungtieren in die Aufzucht- und Mastbetriebe. Diese Betriebe hatten den Transport selbst zu organisieren und durchzuführen. Lastkraftwagen wurden zu diesem Zwecke umgebaut und sollten folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Fahrzeuge sollten geschlossen sein
- Möglichkeiten zur Abtrennung sollten vorhanden sein, damit Gruppen von variabler Größe gebildet werden konnten und Vieh unterschiedlicher Herkunft separat transportiert werden konnte

²⁰⁴⁵ ZAGRODNIK, G. und WILHELM, B. (1988), MH 43, S. 442

²⁰⁴⁶ ZAGRODNIK, G. und WILHELM, B. (1988), MH 43, S. 443

²⁰⁴⁷ Veterinärhygienischer Verkehrsüberwachungsdienst = VHVD

²⁰⁴⁸ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. und BURCKHARDT, A. (Hrsg.) (1986), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 126

²⁰⁴⁹ GBl. Teil II 1964, S. 99-101 – Siehe auch ZAGRODNIK, G. und WILHELM, B. (1988), MH 43, S. 444

²⁰⁵⁰ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. und BURCKHARDT, A. (Hrsg.) (1986), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 126

- Lüftungselemente wie Lüftungsschlitze am Dach („Omnibusprinzip“) oder Ansaugstutzen sollten vorhanden sein²⁰⁵¹
- Für Kälbertransporte genutzte Transportfahrzeuge sollten aus wärmeisolierendem Material bestehen. An Wintertagen mit extremen Minustemperaturen sollte eine Heizung zusätzlich eingesetzt werden.²⁰⁵²
- Boden des Fahrzeugs sollte trittfest, eben, undurchlässig für Flüssigkeiten und rutschfest sein
- Für den Großtiertransport sollten entsprechend hoch angebrachte Anbindevorrichtungen vorhanden sein.²⁰⁵³

Es wurde angestrebt, dass die Fahrzeuge zur Abholung von Schweinen nicht das Betriebsgelände des Lieferbetriebes befahren musste, sondern dass der Transfer an einer Übergabestelle erfolgte. Kälber hingegen wurden direkt vom Milchviehbetrieb abgeholt. Transportschäden entstanden vor allem durch unzuverlässige Transportfahrzeuge und ungeeignete Verladetechnik, aber auch „infolge unsachgemäßen, rohen Umgangs mit umzusetzenden Tieren“²⁰⁵⁴, was aufgrund der dadurch entstehenden Verluste für die Volkswirtschaft bemängelt wurde. Diese wirtschaftlichen Schäden entstanden hauptsächlich durch hitze- und stressbedingtes Kreislaufversagen und daraus folgendes Verenden. Weitere Einbußen waren auf Verletzungen von Gliedmaßen, Hautschäden, Masseverluste und geminderte Fleischqualität (PSE-Fleisch), aber auch durch transportbedingte Aborte bei trächtigen Tieren und Infektionen wie Rotlauf oder Salmonellose durch nicht separaten Transport von Tieren verschiedener Herkunft zurückzuführen. Ebenfalls als Ursache gravierender Schäden werden in der DDR-Literatur Intoxikationen genannt, welche durch die Inkorporation von chemischen Rückständen auf den Fahrzeugen auftraten. Die höchsten Verluste waren beim Transport von Schweinen zu verzeichnen.²⁰⁵⁵ Allein für den innerbetrieblichen Transport von Schweinen, was vor allem den Transport von Läufern zur Mastanlage betraf, wurden rund 5% Tierverluste einkalkuliert.²⁰⁵⁶ Relevante Schäden für die Volkswirtschaft entstanden auch durch die Schlachttiertransporte.

Nach Angaben des Lehrbuches für Tierhygiene beliefen sich die Totalverluste transportierter Schlachtschweine Anfang der siebziger Jahre jährlich insgesamt auf rund 0,1%. Das bedeutet, dass bei ca. 10 Millionen geschlachteten Schweinen ein Verlust von rund 10 000 Schweinen pro Jahr zu verzeichnen war. Beim Schlachttiertransport von Rindern waren im selben Zeitraum Verluste von DDR-weit um 0,02% zu verzeichnen.²⁰⁵⁷

²⁰⁵¹ PILZ, K. et al. (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 283

²⁰⁵² MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 77

²⁰⁵³ WERNICKE, R. (1979), in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 873

²⁰⁵⁴ PILZ, K. et al. (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 283

²⁰⁵⁵ PILZ, K. et al. (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 283-284

²⁰⁵⁶ NOACK, U. (1970), Diss. sc. agr. Berlin, S. 111

²⁰⁵⁷ WERNICKE, R. (1979), in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 866 f.

Als Maßnahmen zur Senkung dieser Schäden wurde die Einhaltung folgender Prinzipien gefordert:²⁰⁵⁸

- Einstreuen der Bodenfläche von Transportfahrzeugen, um Gliedmaßenschäden zu verhindern
- Schonender und ruhiger Umgang mit den Tieren
- Nutzung von geeigneten Verloaderampen
- Separater Transport von Großvieh und Jungtieren sowie Kleintieren
- Fahrzeuge sollten bei lebender Fracht umsichtig und vorsichtig fahren (KFZ und Eisenbahn)
- im Sommer: Transport und Verladung auf die frühen Morgenstunden oder spätabends verlegen, in Hitzeperioden bevorzugt nachts; Schweine dosiert mit Kaltwasser besprühen
- Sorgfältige Reinigung und Desinfektion der Fahrzeuge nach jedem Transport
- vor Transport Untersuchung der Tiere durch Kreistierarzt (Vorliegen von Tierseuchen, Transportfähigkeit), Attest bei zwischenbetrieblichen Umsetzungen von Tieren
- Flächenbedarf je Tier beachten²⁰⁵⁹
- Kühe frühestens 3 Tage nach dem Abkalben und kurz vor dem Abkalben möglichst nicht transportieren;²⁰⁶⁰ Tiere bei denen die Geburt offensichtlich kurz bevor stand bzw. bei denen die Geburt innerhalb der letzten 48h stattfand, galten für den VHVD als nicht transportfähig²⁰⁶¹
- Zuchttiere und Jungtiere unterschiedlicher Herkunftsbetriebe sollten möglichst getrennt transportiert werden
- Rinder durften nicht an den Hörnern angebunden transportiert werden, Bullen nicht am Nasenring angebunden
- Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen durften nicht mit zusammengebundenen Beinen transportiert werden²⁰⁶²

Was den Flächenbedarf im Transportraum angeht, sollten bestimmte „Verladenormen“ eingehalten werden. Die Angaben dazu variieren in der Sekundärliteratur. Teilweise ist die Differenz zwischen den angegebenen Minimalanforderungen weit von den Maximalwerten entfernt.

²⁰⁵⁸ PILZ, K. et al.(1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 284

²⁰⁵⁹ PILZ, K. et al. (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 284

²⁰⁶⁰ PILZ, K. et al.(1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 284

²⁰⁶¹ WERNICKE, R. (1979), in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 872

²⁰⁶² WERNICKE, R. (1979), in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 874

Tabelle 14: Empfehlungen für den durchschnittlichen Flächenbedarf je Tier beim Transport²⁰⁶³

| <u>Tierart</u> | <u>Lebendmasse je Tier (kg)</u> | <u>Flächenbedarf je Tier (m²)</u> |
|--------------------------------|---------------------------------|----------------------------------------------|
| Schweine | < 125 | 0,40 |
| | > 125 | 0,50 |
| Läufer | | 0,25 |
| Rinder | < 300 | 1,10 |
| | 300-500 | 1,50 |
| | > 500 | 1,65 |
| Mastkälber | < 150 | 0,60 |
| | > 150 | 0,80 |
| Schafe, Ziegen ²⁰⁶⁴ | > 30 | 0,23-1,0 |

Diese Angaben sowie die vorher aufgeführten Maßnahmen waren bestenfalls Empfehlungen. In der Praxis musste hingegen aufgrund fehlender Kapazitäten, sowohl maschineller als auch finanzieller Art, häufig auf Provisorien wie Traktor mit einfachem Holzanhänger oder Transportfahrzeuge Marke Eigenbau zurückgegriffen werden. Bei diesen oft aus ausrangierten Material zusammengebauten Transporteinheiten waren die Rück- und Seitenwände nicht geschlossen und der Platz knapp bemessen, Elemente zur Abtrennung fehlten vollständig. Werner ADER, der für seine Fachtierarztarbeit die Umstellungsbedingungen von Kälbern im Kreis Bad Salzungen in den siebziger Jahren untersuchte, kam zu dem Schluss, dass der Stresspegel für die Kälber häufig durch diese schlechten Transportbedingungen zu hoch geriet.²⁰⁶⁵ Dabei kritisierte er ebenfalls die teilweise zu langen Transportwege von mehr als 40 km und die dafür benötigte Zeit, die inklusive Gewichtsermittlung auf 4 Stunden und mehr ansteigen konnte.²⁰⁶⁶ Die Forderung der Veterinärmediziner lautete allgemein, die Transportdauer von maximal 4 Stunden nicht zu überschreiten.²⁰⁶⁷ Die Zeiten für den Transport wurden mit wachsender Kapazität und Anzahl der Kälberaufzuchtanlagen allerdings tendenziell länger, da eine KAA 3200 pro Jahr mindestens 6400 Kälber benötigte, wodurch die Zahl der notwendigen Kälberlieferbetriebe deutlich anstieg. Die damit einhergehenden längeren Transportwege führten einerseits zu vermehrter Stressentwicklung inklusive Immunsuppression bei den Kälbern, andererseits zusätzlich zur vermehrten Exposition pathogener Erreger durch die vielen verschiedenen Herkunftsbetriebe und ihrer stallspezifischen Keimspektren. Um die dadurch bedingte erhöhte Infektionsgefahr einzudämmen, sollten Buchten in den Transportfahrzeugen als Barriere fungieren, welche man zum Separieren der Tiere aus unterschiedlichen Betrieben nutzte. Da eine Vielzahl von relevanten Erregern aerogen übertragen wurde, war diese Lösung nur bedingt erfolgreich.²⁰⁶⁸ Außerdem ergab sich durch die Vielzahl der geographisch in verschiedenen Richtungen liegenden Lieferbetriebe teilweise die Notwendigkeit von Zwischensammelstellen, wodurch einerseits die Dauer des Transportes und andererseits die Konfrontation der Kälber mit Erregern auf ein Vielfaches anstiegen.²⁰⁶⁹ 1972 wurden

²⁰⁶³ PILZ, K. et al. (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 284, Tabelle 5/3

²⁰⁶⁴ WERNICKE, R. (1979), in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 874, Tabelle 195

²⁰⁶⁵ ADER, W. (1978), Umstellungsbedingungen bei Einstellung in Kälberaufzuchtanlagen, S. 51

²⁰⁶⁶ ADER, W. (1978), Umstellungsbedingungen bei Einstellung in Kälberaufzuchtanlagen, S. 13-14

²⁰⁶⁷ PENSCHUK, P. (1978), Kälberaufzuchtanlagen, S. 51

²⁰⁶⁸ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 48-49

²⁰⁶⁹ HUBRIG, T. (1972), MH 28, S. 15

Zwischensammelstellen in den veterinärhygienischen Normen für Kälber deshalb mit Nachdruck abgelehnt.²⁰⁷⁰

Um eine zu gravierende Umstellung der Fütterung bei Kälbern zu vermeiden, wurde vor dem Umsetzen in Kälberaufzuchtbetriebe meist eine sogenannte Transporttränke verabreicht.²⁰⁷¹ Hierbei handelte es sich um mit Tee oder Schleim versetzte Lösungen. Alle anderen Tiere wurden nüchtern transportiert,²⁰⁷² teils versuchte man mittels einer spezifischen Futtermischung aus Vitaminen und Antibiotika, dem „Stressfutter“, Transportstress prophylaktisch zu reduzieren.²⁰⁷³ Vor langen Transporten sollte das zu transportierende Vieh stufenweise auf ein spezielles „Transportfütterungsregime“ umgestellt werden. Für Schweine lautete die Empfehlung, den Flächenbedarf im Transportfahrzeug um 10% zu erhöhen, sobald die Umgebungstemperatur 20°C überstieg. Laut TGL 25791 durften bei Umgebungstemperaturen über 30°C keine Schweintransporte per LKW mehr durchgeführt werden. Bei Transportzeiten über 12 h sollten die Schweine getränkt, bei über 36 Stunden zusätzlich gefüttert werden.²⁰⁷⁴

Grundsätzlich konnten Transporte außerhalb der Anlagen per LKW oder per Eisenbahn erfolgen. Transportverluste waren beim Transport mit der Eisenbahn wegen der meistens höheren Transportzeiten höher als beim LKW-Transport. Transportbedingte Verluste entstanden hauptsächlich durch Häuteschäden, Notschlachtungen, Verendungen und durch verminderte Fleischqualität. Bei den Mast- und Zuchtschweinen kam es vorrangig zu Frakturen, Rupturen oder Distorsionen sowie zu Kreislaufschäden, wohingegen die Transportschäden bei Jungtieren vermehrt durch Zugluft oder Kälte entstanden und sich in Erkrankungen des Atmungs- sowie Verdauungssystems manifestierten. In Fachkreisen wurde außerdem die genetisch bedingte, verminderte Stresstoleranz der auf Fleischansatz gezüchteten Schweine diskutiert, durch welchen ab Beginn der sechziger Jahre ein kontinuierlicher Anstieg der Transportverluste bis auf mehr als das Dreifache Ende der sechziger Jahre zu verzeichnen war.²⁰⁷⁵ Ein weiterer Grund für Transportverluste in Güterzügen waren Vergiftungen, welche durch vorhergehend transportierte und unzureichend beseitigte Chemikalien entstanden. Spezielle Waggons, die ausschließlich für den Viehtransport genutzt wurden, gab es deshalb nicht, weil der Warentransport per Reichsbahn in der DDR zügig ablaufen sollte und die Waggons „zur Beschleunigung des Wagonumlaufs“²⁰⁷⁶ ohne Verzögerung beladen werden sollten. Da somit aufgeladen wurde, was gerade anfiel, konnte es sein dass Chemikalien wie Stickstoffdünger oder Arsenik vor einem Viehtransport auf dem Wagen transportiert wurden.²⁰⁷⁷ Laut Transportverordnung mussten Transportmittel vor dem Transport auf ihre Unbedenklichkeit und die Eignung für das Transportgut überprüft werden, wozu auch die Kontrolle auf Rückstände vorhergehender Ladungen gehörte. Tierärztliche Kontrolleure beklagten jedoch, „daß einige Verloader hier eine volkswirtschaftlich nicht zu vertretende Gleichgültigkeit an den Tag legten“, wodurch es zu Intoxikationen mit Resten vorheriger Ladungen gekommen sein soll.²⁰⁷⁸ Um diese zu umgehen, wurde im Direktionstierarztbereich der Reichsbahn Greifswald der Versuch gestartet, an Waggons, die vorher mit gefährlichen Stoffen beladen gewesen waren, Schilder

²⁰⁷⁰ MLFN (Hrsg.) (1980): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 77

²⁰⁷¹ ADER, W. (1978), Umstellungsbedingungen bei Einstellung in Kälberaufzuchtanlagen, S. 49

²⁰⁷² PILZ, K. et al. (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 283

²⁰⁷³ BMELF (Hrsg.) (1982) DDR: Tierproduktion, S. 171

²⁰⁷⁴ PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 280

²⁰⁷⁵ PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 282

²⁰⁷⁶ PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 17

²⁰⁷⁷ PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 17

²⁰⁷⁸ PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 18

anzubringen, die den Transport von Tieren und Lebensmitteln ausschließen sollten.²⁰⁷⁹ Entsprechende Weisung von 1964 kann durchaus als Tierschutzbestreben gewertet werden, wobei die Vermeidung volkswirtschaftlicher Schäden die Motivation dazu darstellte.

Für einen Anstieg von Transportverlusten in den sechziger Jahren machte der VHVD weiterhin die Wegrationalisierung von Tiertransportbegleitern bei Inlandstransporten bei gleichzeitiger Verlängerung der Transportzeiten verantwortlich. Transporte von mehr als einem Tag waren keine Ausnahme, das Tränken und Füttern auf solchen Transporten nicht vorgesehen, da nicht praktikabel. Üblicherweise wurden Schlachttiere in einem Zustand angeliefert, in dem sie mindestens 17 Stunden nüchtern waren. Der Umstand, dass häufig chemische Stoffe vorhergehender Ladungen noch in Resten auf den Waggons vorhanden waren, führte bei Langzeittransporten zu erheblich mehr Intoxikationen als bei kurzen Transporten. Dies lag nach PREIBLER und WERNICKE einerseits daran, dass hungrige und durstige Tiere die Böden und Wände teilweise exzessiv beleckten, andererseits die Toleranz des Organismus mit zunehmender Nüchternzeit signifikant abnahm und somit schon geringe Mengen von Chemikalien zu Vergiftungserscheinungen führten. Es wurde außerdem beobachtet, dass bei Fleischschweinen nach 24 Stunden Futter- und Wasserentzug Koprophagie auftrat, die wiederum zu Nitrat- und Nitritvergiftungen führen konnte.²⁰⁸⁰

Um Transporte zu verkürzen und die damit verbundenen Verluste zu reduzieren, wurden „Viehzielzüge“ eingerichtet. Die Transportdauer vom Norden der DDR in die südlichen Bezirke konnte so auf drei Tage reduziert werden.²⁰⁸¹ Auch diese Maßnahme kann als Tierschutzbestreben mit der Zielstellung der Reduktion ökonomischer Verluste verstanden werden.

Beim Studium der Sekundärliteratur und Quellen fällt auf, dass es beim Transport von Schweinen und Kälbern die höchsten Verluste entstanden. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass einerseits diese Spezies am häufigsten transportiert wurden und eine höhere Empfindlichkeit vorlag, andererseits könnte auch der vergleichsweise geringere volkswirtschaftliche Wert dieser Tiere eine Rolle gespielt haben. Als Grundprinzip beim Tiertransport in der DDR galt: *„Je höher die Leistung und je größer der volkswirtschaftliche Wert eines Tieres bzw. einer zu transportierenden Tiergruppe ist, desto höher sind die Anforderungen an den Transportkomfort.“*²⁰⁸² Diese Formulierung weist unzweifelhaft auf den ökonomischen Gewinn hin, den man sich durch die Einhaltung des Tierschutzes beim Transport versprach. Fokussiertes Ziel war auch hier die Verlustminimierung. Der Verdacht liegt nahe, dass durch die Anwendung solcher Grundsätze die erforderliche Sorgfalt beim Umgang mit „billigen“ Tieren teilweise fehlte, da der Verlust aus ökonomischer Sicht hier vertretbar war. Mit den Prinzipien des ethischen Tierschutzes ist diese Vorgehensweise nicht vereinbar.

In den achtziger Jahren machten sich internationale Einflüsse auch im Hinblick auf den Tierschutz beim Viehtransport bemerkbar. Die am 11.10.1984 verabschiedete „Veterinärhygienische Grenzüberwachungsverordnung“ trat am 01.01.1985 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt nahm der „Grenzveterinärdienst“²⁰⁸³ (GVD) als Nachfolger des VHVD

²⁰⁷⁹ Der Bereich Greifswald umfasste 23 Kreise und Teile von 4 Bezirken der DDR und war somit wichtigste Station für Tierexporte und -verladung – siehe auch PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 17

²⁰⁸⁰ PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 18

²⁰⁸¹ PREIBLER, K. und WERNICKE, R. (1971), MH 27, S. 19

²⁰⁸² WERNICKE, R. (1979), in: MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979): Lehrbuch der Tierhygiene, S. 870

²⁰⁸³ Grenzveterinärdienst = GVD

seinen Dienst auf.²⁰⁸⁴ ZAGRODNIK und WILHELM konstatieren in einer Publikation über die Entwicklung und Aufgaben der veterinärhygienischen Verkehrsüberwachung der DDR, dass „*Fragen des Tier- und Artenschutzes*“ jährlich an Relevanz gewinnen und deshalb zunehmend das Aufgabenfeld des Grenzveterinärdienstes bestimmen würden.²⁰⁸⁵

Tierschutzrelevantes Fallbeispiel aus dem BStU: Transportschaden bei Schlachtbullen auf dem Bahnhof Ludwigslust am 02.06.1982²⁰⁸⁶

Vorliegender Fall wurde anhand eines Gutachtens des MfS dargestellt.

Sachverhalt: Am 02.06.1982 verendeten auf dem Eisenbahntransport nach Ludwigslust 20 Mastbullen. 3 Tiere mussten notgeschlachtet werden. Als Ursache für das Verenden der Bullen wurden ermittelt:

1. „*Unzureichende Tierbeobachtung und Kontrolle der Haltungsbedingungen in den Waggons, insbesondere der Temperatur und der Durchlüftung sowie fehlende Abkühlung der Waggons vor und nach dem Verladen sowie der Tiere auf der Verladestelle Grabow*“²⁰⁸⁷
2. Das zulässige Belademaß wurde überschritten. Dieses lag bei normalen Temperaturen bei 24 Tieren, bei sommerlichen Außentemperaturen musste die Beladedichte reduziert werden. Im vorliegenden Fall wurde das nicht beachtet, obwohl am Verladebahnhof ausreichend leere Waggons zur Verfügung gestanden hätten. Trotz hoher Außentemperaturen am Schadenstag wurde das höchst zulässige Belademaß ausgereizt und 24 Tiere pro Waggon verladen.²⁰⁸⁸
3. Die Bullen wurden entgegen der Vorschriften²⁰⁸⁹ lose verladen und nicht angebunden.²⁰⁹⁰
4. Die Tiere wurden in der Mittags- und Nachmittagsstunden in der Zeit der maximalen Tagestemperaturen bei > 30°C Außentemperatur verladen, umgeladen und transportiert.

Durch die „*ungewohnte Losehaltung im Waggon und das Aufeinandertreffen mit Tieren aus anderen Herkünften im Zusammenhang mit der räumlichen Enge und den unverträglichen Temperaturen und Luftverhältnissen*“²⁰⁹¹ befanden sich die Tiere in einem Zustand maximaler Erregung, die bei einer größeren Anzahl der Bullen im akuten Kreislaufversagen mündete, die letztlich zum Verenden führte. Andere Tiere konnten durch Abkühlungsmaßnahmen wieder akklimatisiert werden.²⁰⁹²

Der für die Verladekontrolle zuständigen Tierärztin wurde aufgrund des Schadens eine teilweise Pflichtversäumnis vorgeworfen. Die Aufgaben der Tierärztin wären die Kontrolle der Transportfähigkeit und Tiergesundheit sowie die Einhaltung der

²⁰⁸⁴ LÖTSCH, D., SCHULZE, D. und BURCKHARDT, A. (1986) (Hrsg.), Grundriß der Staatsveterinärkunde, S. 126

²⁰⁸⁵ ZAGRODNIK, G. und WILHELM, B. (1988), MH 43, S. 446

²⁰⁸⁶ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219

²⁰⁸⁷ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 23-24

²⁰⁸⁸ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 24

²⁰⁸⁹ 1. DB zur Gütertransportverordnung vom 10.12.1981, Anl. 1 (GBl. I, Nr. 2, S. 23)

²⁰⁹⁰ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 24

²⁰⁹¹ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 24

²⁰⁹² BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 24

Veterinärhygiene gewesen.²⁰⁹³ Laut Gutachten des MfS hätte die Tierärztin die hohe Beladedichte und die Beunruhigung der Tiere abwenden müssen. Einschränkend wird festgehalten, dass es keine gesetzlichen Grundlagen gäbe, die en detail die Pflichten der Veterinäre bei der Kontrolle von Tiertransporten und- verladungen regeln würden. Die „teilweise noch gültigen eisenbahninternen Dienstvorschriften“ hätten lediglich „allgemeinen Charakter“.²⁰⁹⁴

Der für den Bahnhof Ludwigslust an jenem Tag eingeteilte Bereitschaftstierarzt wurde zur Verantwortung gezogen, weil er offenbar beim Eintreffen des Zuges nicht die sofortige Entladung und Abkühlung der Tiere veranlasste. Stattdessen hatte der Veterinär den Bahnhof verlassen, um die Betriebsleitung des Schlachthofes Ludwigslust persönlich aufzusuchen, da diese telefonisch nicht erreichbar gewesen war. Weiterhin hatte der Tierarzt den Vorschlag gemacht, die Tiere zum Verladebahnhof zurückzuführen und dort in Viehbuchten unterzubringen, was aufgrund des kritischen Zustandes der Bullen zu diesem Zeitpunkt eine Fehlentscheidung dargestellt hätte.²⁰⁹⁵

Um solche und ähnliche Verluste in der Zukunft vermeiden zu können, wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Die aktuelle Verladeordnung des Fleischkombinates Schwerin sollte dahingehend geändert werden, dass Ergänzungsvorschriften für den Tiertransport bei extremer Witterung präzisiert werden
2. Formulierung und Umsetzung von bezirkstierärztlich festgelegten Richtlinien mit veterinärhygienischen Forderungen bei Tierverladungen
3. Unterrichtung der Tierärzte im Hinblick auf ihre beruflichen Pflichten bei der Überwachung von Tiertransporten und Kontrolle dieser
4. Schulungen der mit Tierverladung und –transport beauftragten Personen
5. stichprobenartige Kontrollen der Verladestationen durch Veterinärhygieneinspektionen, Transportpolizei und Kreistierärzte²⁰⁹⁶

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im vorliegenden Fall vermeidbare Leiden und Schäden von Tieren durch menschliche Fehlentscheidungen entstanden sind. Aus Sicht des Tierschutzes wurde hier an verschiedenen Stellen fahrlässig gehandelt. Ein Grund dafür lag sicherlich in fehlenden Rechtsvorschriften beziehungsweise in der fehlenden Präzisierung bestehender Regelungen. Das MfS hält diesen Punkt im Schadensgutachten wie folgt fest: „Die Arbeitspflichten der mit der Verladeuntersuchung beauftragten Tierärztin ergeben sich aus keiner gültigen Rechtsvorschrift, sondern können gegenwärtig nur aus Pflichten aus beruflicher Regel für den Tierarzt und aus der politischen Verantwortung für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung abgeleitet werden.“²⁰⁹⁷ Genauso wie im Bereich der allgemeinen Rechtsgrundlagen des Tierschutzes fehlten auch im Bereich Tierschutz beim Transport präzise rechtliche Vorschriften, die die einzuhaltenden tierhygienischen Anforderungen en detail festlegten, ohne dass juristische

²⁰⁹³ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 27

²⁰⁹⁴ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 27

²⁰⁹⁵ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 26, 27

²⁰⁹⁶ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 28-29

²⁰⁹⁷ BStU MfS BV Swn Abt. IX 219, Bl. 28

Grauzonen entstehen konnten. Die Möglichkeit, „Normen“ aus ökonomischen oder personellen Gründen ohne Konsequenzen zu umgehen, war in der DDR gegeben und konnte wie im dargestellten Beispiel zu tierschutzrelevanten Folgen führen.

4.4 Zusammenfassende Betrachtung des Kapitels: Tierschutz-Realität in der Rinder- und Schweineproduktion der DDR

Derzeit existieren zahlreiche Abhandlungen über die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Die Entwicklung der DDR-Landwirtschaft verlief in den Etappen Bodenreform/Wiederaufbau, Kollektivierung und Industrialisierung. Diese Entwicklung basierte auf der Agrarpolitik des Marxismus-Leninismus, die zumindest drei wesentliche Schritte vorsah: die Enteignung von Großgrundbesitzern, die Neuaufteilung des Landes an mittellose oder kleine Erzeuger und die anschließende Vergenossenschaftlichung der Betriebe und der Produktion.²⁰⁹⁸

Die Periode der Industrialisierung ist teilbar in die Phase des Gigantismus, der bis zum Ende der siebziger Jahre andauerte und die anschließende Abkehr vom Gigantismus, die vornehmlich in den achtziger Jahren von statten ging. Tierschutzrelevante Probleme im Bereich der Rinder- und Schweinehaltung korrelierten oft mit den jeweils für die Zeit typischen Haltungsverfahren.

Die Bodenreform umfasste den Zeitraum von 1945 bis 1948 und war geprägt von einer Umverteilung der landwirtschaftlichen Fläche und einer Umstrukturierung des sozialen Gefüges auf dem Lande. Großgrundbesitzer und als Kriegsverbrecher geltende Personen wurden enteignet und das Land wurde an mittellose Bauern, Flüchtlinge und Landarbeiter neu verteilt. Unter anderem entstanden Volkseigene Güter. Die Bewirtschaftung kleinerer Betriebe durch Neubauern, die häufig nur über begrenztes landwirtschaftliches Basiswissen verfügten, darf als politisches Kalkül bewertet werden.²⁰⁹⁹ Auf diese Weise wurde eine Grundlage zum mittelfristig geplanten Aufbau der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geschaffen, da für einen Eintritt in diese die Motivation der Bauern bestehen musste. Diese entwickelte sich aus dem Umstand heraus, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nur begrenzt wirtschaftlich erfolgreich arbeiteten.²¹⁰⁰

Ab 1949 forcierte die Politik die Erweiterung der Viehbestände und deren Leistungssteigerung. Von der Regierung wurden Viehhaltepläne und Abgabesollzahlen festgelegt, die die Bauern einzuhalten hatten. Häufig fehlten die für die steigenden Tierbestände notwendigen Futtergrundlagen. Um das Abgabesoll nicht zu gefährden, wurden kranke Tiere häufig nicht aus dem Bestand entfernt. Dieser Umstand trug dazu bei, dass die Seuchenbekämpfung sowohl im Schweine- als auch im Rinderbereich stagnierte beziehungsweise dass sich Tierseuchen wie Schweinepest, Maul- und Klauenseuche, Brucellose oder Rotlauf erst massiv verbreiteten.²¹⁰¹ Durch den Umtausch von Vieh an den Viehsammelstellen und durch den Viehausegleich im Anschluss an die Bodenreform wurde der Verbreitung von Seuchen weiter Vorschub geleistet.²¹⁰² Neben der Begünstigung des

²⁰⁹⁸ SCHÖNE, J. (2010), Frühling auf dem Lande, S. 50

²⁰⁹⁹ Siehe auch SCHÖNE, J. (2010), Frühling auf dem Lande, S. 252

²¹⁰⁰ Siehe u.a. WEBER, K. (1994), VETimpulse 3, Nr. 2, S. 11

²¹⁰¹ Anonym (1954) in: Die Zeit 26/1954, S. ? Artikel: Viel Vieh und wenig Fleisch

²¹⁰² MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 38

Entstehens von Tierseuchen als Folge der Agrarpolitik gab es weitere tierschutzrelevante Aspekte. Die Haltung der meisten Rinder und Schweine erfolgte in alten, dunklen Stallungen, die sich durch ein feuchtes und zu warmes Stallklima auszeichneten. Der damit einhergehende Konstitutionsverlust und die Begünstigung des Entstehens von diversen Erkrankungen bedingten vermeidbare Leiden.²¹⁰³ Um das geforderte Fleischaufkommen zu sichern, wurden nicht nur mehr Tiere in den nicht dafür konzipierten Stallungen gehalten, sondern auch Tiere bedeckt, die noch nicht zuchtreif waren. Dadurch kam es sowohl im Rinder- als auch im Schweinebereich zu vermeidbaren Schweregeburten oder notwendigen Sectiones caesareae.²¹⁰⁴ Beide Wege sind mit erhöhten Schmerzen und Risiken sowohl für die Muttertiere als auch für die Feten verbunden, weshalb auch dieser Gesichtspunkt Tierschutzrelevanz besaß. Gleiches gilt für die in diesem Zusammenhang getätigte Maßnahme der „Mastsauenrekrutierung“, bei der eigentlich zur Mast vorgesehene Tiere, die rein konstitutionell nicht annähernd über eine Zuchteignung verfügten, bedeckt wurden.²¹⁰⁵ Die Problematik, dass im Rahmen der Bodenreform auch Menschen zu Hofbesitzern wurden, deren landwirtschaftliches Basiswissen für eine erfolgreiche Bewirtschaftung der Güter nicht ausreichte, schuf weitere tierschutzwidrige Situationen.²¹⁰⁶ Bis 1948 hatten bereits rund 10 000 Neubauern ihre Höfe wegen fehlender Rentabilität wieder aufgegeben. Die meist erfolgreicher wirtschaftenden mittleren und größeren Betriebe sollten in ihrer wirtschaftlichen Position nicht weiter gestärkt werden, weshalb sie zu höheren Ablieferungen verpflichtet wurden. Etliche dieser Betriebe wurden so zur Aufgabe gezwungen.²¹⁰⁷ Das Ziel des agrarpolitischen Kurses war die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel in der Landwirtschaft. Diesem kam man durch die nun folgende Kollektivierung näher.

Diese von 1952 bis 1960 andauernde Zeit war geprägt durch die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Problematisch aus Sicht des Tierschutzes war das Zusammenstellen der Herden mit völlig verschiedenen Seuchenstatus, wodurch diverse Tierseuchen wieder ausbrachen. Qualitative, vor allem aber quantitative Mängel an Futtermitteln und Einstreu führten zum Konstitutionsverlust und begünstigten weiterhin das Auftreten von Erkrankungen. Für die rapide gewachsenen Tierzahlen fehlten häufig die entsprechenden Unterkünfte, was zu tierschutzwidrigen Haltungsmängeln führte. Viele der Genossenschaftsmitglieder waren nur unter Druck und unfreiwillig in die LPG eingetreten, weshalb deren Arbeitsmoral teilweise darunter zu leiden hatte.²¹⁰⁸ Diese Tatsache war sicherlich ebenfalls für manches vermeidbare Tierleid verantwortlich, wenn eine gewisse Resignation zur Vernachlässigung der Betreuung und zum Verlust der Empathie gegenüber der Kreatur geführt hatte. PRANGE stellte die erwähnten entwicklungsbedingten Mängel in seinem Werk „Bauernschicksale“ als Ursachen für erhöhte Tierverluste dar, auf den Tierschutzaspekt wird in diesem Zusammenhang nicht explizit eingegangen.²¹⁰⁹

Um dem Platzbedarf der wachsenden Tierbestände zu entsprechen, wurde 1958 das Offenstallbauprogramm ins Leben gerufen. Durch den Bau dieser einfachen Stallungen versprach man sich die schnelle und billige Erschaffung neuer Kapazitäten, die gleichzeitig eine Einsparung von Arbeitszeit und –kraft bieten sollte. Der überwiegende Bau von

²¹⁰³ NUBHAG, W. (1951), MH 6, S. 449-454

²¹⁰⁴ DANNERBECK, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 26.04.2010

²¹⁰⁵ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 82

²¹⁰⁶ Verband für Agrarforschung und –bildung Thüringen e.V. (Hrsg.) (1999), Zeitzeugenbericht von ELLER, W., S. 154

²¹⁰⁷ SCHIER, B. (2008) in: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.) (2008), Blätter zur Landeskunde, S.2 und PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 51

²¹⁰⁸ Siehe u.a. PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 55

²¹⁰⁹ PRANGE, H. (2006), Bauernschicksale, S. 55

Offenställen wurde gesetzlich fixiert.²¹¹⁰ Der Mangel an finanziellen und baulichen Mitteln, fehlende Bauplanung und Praxiserfahrung und die Ignoranz fachlicher Ratschläge von Tierärzten, Bauern und Baufachleuten führte zur Errichtung von mehreren tausend Primitivställen landesweit, die häufig nicht einmal im Ansatz tiergerecht waren. Von Bedeutung aus Sicht des Tierschutzes waren unter anderem das Fehlen von Kranken- und Abkalbeställen, Windschutzeinrichtungen und Wärmedämmung sowie mangelnde Lagerungsmöglichkeiten für das ebenso nicht ausreichend vorhandene Futter und Streumaterial. Verhungerte und erfrorene Rinder waren allem Anschein nach keine Seltenheit. Indigestionen, Euterentzündungen, Fertilitätsstörungen und Verkalbungen waren normale Begleiterscheinungen dieser Primitivstallhaltung. Unter den aufgeführten Umständen und Folgen, die das Offenstallbauprogramm nach sich zog, ist PRANGE zuzustimmen, wenn er diese Art der Rinderhaltung in der DDR als „*generell negativ, teilweise sogar tierquälerisch*“ bezeichnet.²¹¹¹

Die Partei forderte unabhängig davon konsequent eine Erhöhung der Viehbestände. In Anbetracht der schwierigen baulichen Voraussetzungen, hauptsächlich aber wegen des weitläufig existierenden Futterengpasses wurde in den landwirtschaftlichen Betrieben und teilweise sogar innerhalb staatlicher Institutionen der Ruf nach einer Verringerung der Viehbestände in Anlehnung an das verfügbare Futter laut.²¹¹² Auch Tierärzte plädierten dafür, dass die zu großen Bestandszahlen den vorhandenen Futtermittelreserven anzupassen seien, was von der politischen Führung als Kampfansage gegen die Beschlüsse der Partei gewertet wurde.²¹¹³ Es war auch in den Reihen der SED bekannt, dass die entschieden zu hoch liegenden Tierverlustzahlen auf bauliche Mängel und Futterknappheit zurückzuführen waren. Man ließ jedoch keinen Zweifel am agrarpolitischen Kurs aufkommen, sondern übertrug die Verantwortung auf die Betriebe selbst, die sich angeblich noch zu wenig um die Nutzung der scheinbar ausreichend vorhandenen Möglichkeiten und Reserven bemüht hätten.²¹¹⁴ Die Schuld am Futtermangel wurde den Betrieben zur Last gelegt, da sie nach Ansicht der Staatsführung Nachlässigkeiten bei der Bearbeitung des Bodens zugelassen hätten.²¹¹⁵ Außerdem seien für die hohen Tierverluste Schwächen in der zentralen staatlichen Leitungsebene und in den Betriebsleitungen verantwortlich.²¹¹⁶

Als positiv im Sinne des Tierschutzes sind sicherlich die Bemühungen um die Tilgung der wichtigsten Tierseuchen zu sehen. Durch entsprechende erlassene Verordnungen konnten vor allem Tuberkulose- und Brucelloseausbrüche bis zum Ende der fünfziger Jahre reduziert werden.²¹¹⁷ Neue Verfahren wie die vollmilchsparende Kälberaufzucht wirkten sich dabei förderlich aus.²¹¹⁸ Im Fokus der Seuchenbekämpfung stand nicht die Minderung der mit Seuchenausbrüchen verbundenen Tierleiden, sondern die Sicherung der Produktion.

Nachdem die Kollektivierung weitgehend abgeschlossen war, wurden immer noch massive Tierverluste durch die Staatsführung beklagt. Gleichzeitig wurde kritisiert, dass in der Praxis teilweise nicht der Forderung der Partei nach einer Erhöhung der Viehbestände nachgekommen würde.²¹¹⁹ In erster Linie wurde hierfür der Mangel an qualifiziertem

²¹¹⁰ Gbl. Teil I 1958, Nr. 47, S. 529, Ziffer 1c

²¹¹¹ PRANGE, H. (Hrsg.) (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld, S. 87

²¹¹² BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 2

²¹¹³ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63, Bl. 15

²¹¹⁴ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 4

²¹¹⁵ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 5

²¹¹⁶ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 3-4

²¹¹⁷ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 64

²¹¹⁸ MOELLER, T. (1999), Vet. med. Diss. Berlin, S. 63

²¹¹⁹ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 1

Personal verantwortlich gemacht, welche laut Berichten des MfS zu Mängeln in der Fütterung, Haltung und Pflege und damit zu vermeidbaren hohen Tierverlusten führten. Begünstigt wurden diese laut MfS auch in Folge „*der ungenügenden Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit*“ und durch „*mangelnde Eigeninitiative und Schlamperei*“ im Hinblick auf bauliche Veränderungen.²¹²⁰ Ursachen für Tierverluste wurden demnach in erster Linie an der Basis, also in den Betrieben selbst gesucht, Kritik am System hingegen wurde kaum geübt. Die fehlende Selbstreflexion erscheint umso verwunderlicher wenn man bedenkt, dass durch die negativen Erfahrungen beim Scheitern des Offenstallbauprogrammes zumindest intern eine gewisse Fehlbarkeit der Parteilinie hätte einkalkuliert werden müssen. Wiederholt wird deutlich, dass tierschutzrelevante Situationen und dadurch bedingte Verluste erst durch politische Vorgaben entstanden waren, die Verantwortung seitens der Politik jedoch bei den Betrieben selbst gesucht wurde.

Ab 1963 verkündete die SED den schrittweisen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Dadurch wollte man die Produktivität erhöhen und den Anteil manueller Arbeit verringern, wodurch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landbevölkerung jener in der Stadt angeglichen werden sollten. HEINZ erwähnt auch das wachsende internationale Ansehen der DDR, welches man sich durch diese Entwicklung versprach.²¹²¹ Zeitabhängig lassen sich Veränderungen erkennen, was die Beziehung des Menschen zu seiner belebten Umwelt und speziell zum Tier angeht.

Ab Mitte der sechziger Jahre war der Gigantismus der Grüneberg-Ära deutlich spürbar. Jetzt sollten auch in der Tierproduktion alle bisher dagewesenen Dimensionen gesprengt werden. Im Fokus aller Bemühungen bei der Etablierung industriemäßiger Verfahren standen hohe Erträge bei gleichzeitig möglichst minimalen Kosten. Besonders bei Inbetriebnahme diverser Neuerungen gab es wiederkehrend Verluste. Zeitzeugen beschreiben dieses Phänomen und seine vermeintlichen Ursachen beispielsweise so: „*Da aber das Tempo der ideologischen Entwicklung der Landwirtschaft nicht ausreichte, gab es anfangs horrende Tierverluste, Produktionsstörungen, Planeinbrüche. Und prompt standen bei den Tierverlusten nicht etwa die teilweise katastrophalen Planungs- und Baumängel, sondern die ´subjektiven Mängel` an der Spitze der Ursachen.*“²¹²² Diese Aussage bestätigt sich während der Sichtung diverser Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit.²¹²³

Wie BUSCH in seinen Ausführungen über den Tierschutz in der Tierproduktion der DDR richtig erkannte, wurde damit argumentiert, dass die höchsten Leistungen bei den Tieren nicht unter naturnahen Bedingungen erzielt würden, sondern dass man auf dem industriemäßigen Produktionswege die besten Ergebnisse erzielen könne.²¹²⁴ Wissenschaftler rechtfertigten die teilweise hochtechnisierten Haltungsbedingungen damit, dass hohe Leistungen ausschließlich beim Vorliegen von Wohlbefinden möglich seien, wie im folgenden Beispiel: „*Im Zeitraum von 1950 bis 1973 verdoppelte sich die Milchleistung einer Kuh. (...) Das zeigt auch mit aller Deutlichkeit, daß nicht etwa das ´natürliche Leben` die Voraussetzung für hohe Leistungen ist, sondern die bewußte und zielgerichtete Anwendung wissenschaftlicher und technischer Forschungsergebnisse, weil wir damit auch den ganzjährig im Stall gehaltenen Kühen Umweltbedingungen schaffen, unter denen sie sich wohlfühlen und ihre volle Leistungsfähigkeit entfalten können. Die industriemäßige Tierproduktion erfüllt damit auch*

²¹²⁰ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 3

²¹²¹ HEINZ, M. (2011), Von Mähreschern und Musterdörfern, S. 155

²¹²² KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 232

²¹²³ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 4

²¹²⁴ BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S.77

den Tierschutzgedanken in einem bisher nicht gekannten Sinne.“²¹²⁵ Auffällig ist an dieser Aussage, dass der Terminus „Tierschutz“ überhaupt verwendet wird, findet man diesen doch sonst kaum in DDR-Literatur, die der breiten Öffentlichkeit zugänglich war. Deutlich wird auch hier, dass Tierschutz im Kontext mit maximaler Leistung genannt wird, was die These stützt, dass in der DDR ökonomischer Tierschutz praktiziert wurde. Im Mittelpunkt der tierhygienischen Maßnahmen stand die Maximierung der Leistung der Nutztiere im Rahmen ihrer genetischen Möglichkeiten, beispielsweise durch Umweltoptimierung.²¹²⁶

Um die Illusion grandioser Leistungssteigerungen vor sich selbst, vor der Bevölkerung und vor dem kapitalistischen Ausland aufrecht zu erhalten und damit die Richtigkeit des agrarpolitischen Kurses zu beweisen, entsprachen die veröffentlichten Ergebnisse der Tierproduktion häufig nicht der Realität, was beispielsweise für die statistischen Jahrbücher der DDR galt.²¹²⁷ Auch auf der Betriebsebene gehörte die Manipulation der Ergebnisse zum Standard, wenngleich hier die Sicherung der leistungsabhängigen Zusatzvergütung die treibende Kraft war.²¹²⁸

Visionen einer „Großstadt für Tiere“, die mit ferngesteuerten Erntemaschinen arbeiten sollten, waren bezeichnend für die Periode des Gigantismus. Im Kinderbuch „Schlaraffenland für Tiere“ aus dem Jahre 1972 kann sich der Leser ein Bild zukünftiger Tierproduktionsanlagen machen. MOTHEs beschreibt sie so: *„An das gewohnte Bild unserer Großstädte werden die Biofabriken - so könnte man die großen industriemäßigen Tierproduktionsanlagen der Zukunft nennen - auch dadurch erinnern, daß hier Geschosßbauten oder große Hallen entstehen. Darin kann man bequemer und billiger als in unseren gegenwärtig modernsten Anlagen Nahrungsmittel produzieren. Kühe werden in einem Kasten - Container genannt - stehen. Von einem Steuerpult aus werden diese Kästen auf Schienen zweimal am Tage erst zum Melk-, dann zum Futterplatz gefahren. (...) Auf der Lochkarte ist auch die Trächtigkeit der Kühe vermerkt, und eines Tages erhält die elektrische Steueranlage den Befehl, den Container der trächtigen Kuh auszufahren, da sie nun nicht mehr gemolken wird. Nach dem Abkalben nimmt sie bald wieder an den Rundfahrten durch den Stall teil. Dabei kommen die Kuhkästen auch an einem Einwurfschacht vorbei, in dem durch Öffnen einer Klappe der Kot entleert wird. Somit braucht nicht das ganze Gebäude für die Gülle unterkellert zu werden. (...) Wissenschaftliche Versuche zur Lösung der Containerhaltung von Kühen gibt es gegenwärtig schon.“*²¹²⁹ Ähnliche Pläne hatte man auch für die Schweineproduktion.²¹³⁰ Zusammenfassend zu seinen Ausführungen hält der Autor fest: *„Kommt es gegenwärtig auch darauf an, in den vorhandenen Anlagen soviel Tierprodukte wie nur möglich zu erzeugen, so dürfen wir doch den Blick für das Morgen nicht verlieren. Die angeführten Beispiele, die (...) durchaus real sind, sollen verdeutlichen, welche Möglichkeiten es gibt, künftig große Mengen Fleisch, Milch und Eier mit wenig Arbeitsaufwand und hoher Qualität zu erzeugen, um unseren Tisch reichlich zu decken.“*²¹³¹ Kurioserweise sind diese Schlussfolgerungen in einem Buch zu finden, dessen Titel dem Leser die Beschreibung eines Paradieses für Tiere suggerieren soll. Die Aussage verdeutlicht außerdem, welche große Bedeutung Lebensmittel tierischer Herkunft für den DDR-Bürger besaßen. Die Eigenversorgung des Landes und das

²¹²⁵ MOTHEs, E. (1976), Tiere am Fließband, S. 48

²¹²⁶ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 49

²¹²⁷ Siehe VON DER LIPPE, P. (1996), <http://von-der-lippe.org/dokumente/DDR-SZS.pdf>, S. 1, 8

²¹²⁸ Vgl. Kap. 2 (Planwirtschaft, leistungsabhängige Zusatzvergütung und sozialistischer Wettbewerb)

²¹²⁹ MOTHEs, E. (1972), Schlaraffenland für Tiere, S. 136-137

²¹³⁰ Diese Aussage wird bestätigt von PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010 und WOLL, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010.

²¹³¹ MOTHEs, E. (1972), Schlaraffenland für Tiere, S. 138

reichliche Vorhandensein dieser Produkte wurden gleichgesetzt mit nationalem Wohlstand, der als Prestigeobjekt auch außerhalb des Landes Bedeutung erlangte.

Die mit der zunehmenden Industrialisierung einhergehende Stufenproduktion der Betriebe und deren Spezialisierung auf eine Produktionsstufe muss in der Gesamtheit kritisch gesehen werden, was den Tierschutz angeht. Häufig mussten selbst vorbildlich arbeitende Betriebe Einbußen hinnehmen, da sie auf Produkte minderer Qualität als Basis angewiesen waren. So konnte es sein, dass ein Milchviehbetrieb mit engagierten Mitarbeitern und guten baulichen Voraussetzungen lediglich unbefriedigende Milchleistungen vorzuweisen hatte, da die auf Pflanzenproduktion spezialisierten Betriebe das entsprechend notwendige Futter nicht liefern konnten oder wollten. Schlechte Besamungserfolge waren weiterhin ein häufig vorkommendes Problem, was nicht selten an mangelhaften Aufzuchtbedingungen lag und weniger an den Milchviehbetrieben selbst. In den Monatsheften wird dieser Umstand folgendermaßen erklärt: *„Im Gegensatz zum Landwirtschaftsbetrieb alter Prägung mit Pflanzen- und Tierproduktion, der gut oder schlecht arbeitete, verkauft der Stufenproduzent heute seine Qualität dem Partner, so daß der gute Betrieb unter Umständen von zwei problematischen Zulieferern abhängig ist.“*²¹³² Das eigentliche Dilemma daran war, dass der Empfängerbetrieb zumeist nicht oder nur begrenzt in der Lage war, den Lieferbetrieb nach Qualitätskriterien auszuwählen. Meistens war er davon abhängig, was verfügbar war, gleich welche Qualität vorlag. Anschließend musste man aus dieser „Produktionsgrundlage“ das Beste herausholen.

Problematisch aus Perspektive des Tierschutzes bzw. in Hinblick auf das, was heute gerne als „Tierwohl“ bezeichnet wird, war die mangelnde Erprobung der Haltungsmethoden unter industriemäßigen Bedingungen. In einem relativ kurzen Zeitraum sollten Dimensionen geschaffen werden, deren erfolgreiche Umsetzung in die Praxis teilweise nicht genügend überdacht wurden. Häufig wurde theoretisiert und die Einwände von Praktikern, Teilen der Bevölkerung und ebenso der Wissenschaft ignoriert.²¹³³ Zwar wurden vor allem im Norden der Republik sofort nach dem Beschluss zum Aufbau einer industriemäßigen Tierproduktion Beispielanlagen geschaffen.²¹³⁴ Der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden sollte jedoch in einem Tempo vor sich gehen, welches die Erprobung bestimmter Verfahren und Haltungsmethoden im Voraus nicht zur Genüge ermöglichte. Stattdessen mussten die neuen Technologien direkt in den neu erbauten Anlagen erprobt werden. In den Monatsheften für Veterinärmedizin heißt es dazu: *„Effektive Leistungen können zunehmend nur unter den Bedingungen der industriemäßigen Tierproduktion selbst erforscht und entwickelt werden. Die Tierproduktionsanlage als Beispiels- oder Pilotanlage wird zum Forschungslabor.“*²¹³⁵ Als schwierig erwies sich dabei offenbar auch der Mangel an speziellen Bauelementen und Typenställen.²¹³⁶ Bei dem Versuch, diese Leistungen mit den gegebenen Mitteln auf das Maximale zu steigern, kam es mitunter zu akuten oder sich allmählich manifestierenden Problemen für die Nutztiere, was nicht nur auf die Versuchshaltungen zutraf. BUSCH ist deshalb Recht zu geben, wenn er die Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden als tierschutzwidrig einschätzt: *„Mit der Massentierhaltung wird artgerechte Haltung weitgehend unmöglich, zudem kommt es zum Verlust der individuellen Identität der Tiere, die zu sächlichen Produktionsmitteln degradiert werden.“*²¹³⁷ Bestimmte Haltungsverfahren der intensiven Rinder- und Schweineproduktion wurden angewendet, ohne dass arteigene

²¹³² WOLTER, F. und SIERING, W. (1982), MH 37, S. 45

²¹³³ Siehe auch HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 164

²¹³⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 160

²¹³⁵ SCHWEDLER, H. (1972), MH 27, S. 372

²¹³⁶ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 156 und 169

²¹³⁷ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.): Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 99

Bedürfnisse der Tiere respektiert wurden. Als besonders problematisch aus Tierschutzsicht wurden von diversen Zeitzeugen einstimmig die Rinderoffenstallhaltung der DDR, die Anbindehaltung der Sauen und die Käfighaltung der Schweine genannt.²¹³⁸

Das Streben nach Superlativen schwächte sich zum Ende der siebziger Jahre geringgradig ab. Im Verlauf der achtziger Jahre waren die Bestandszahlen im Bereich der Rinder- und Schweineproduktion leicht rückläufig.²¹³⁹ Der Grund für die Umkehr lag vermutlich zum einen an dem dauerhaft bestehenden Problemen bei der Bereitstellung von Baumaterial. Großprojekte konnten dadurch teilweise nicht fertiggestellt werden.²¹⁴⁰ Weiterhin war sicherlich der Ende der siebziger Jahre zunehmende Preisdruck durch Futter ausschlaggebend.²¹⁴¹ Jetzt wurden Haltungsverfahren nicht nur mehr nach Kennzahlen der Produktion bewertet, sondern auch Termini wie „Wohlbefinden“, „verfahrensbedingte Verhaltensanomalien“ oder „nicht tiergerechte Haltungsbedingungen“ als Beurteilungskriterium mit einbezogen.²¹⁴² Bis heute haben diese Parameter allerdings nicht dieselbe Wertigkeit wie Leistungskennziffern. Erst zum Ende der siebziger Jahre, als eine Abkehr vom Gigantismus der landwirtschaftlichen Entwicklung begann, die sich in den achtziger Jahren weiter fortsetzte, besann man sich auch auf die biologischen Grenzen, die das „Produktionsmittel Tier“ setzte und die es zu respektieren galt. Statt den Neubau überdimensionierter Betriebe zu fördern, konzentrierte sich das Augenmerk der SED nun auf die Rekonstruktion bestehender Stallanlagen. In der Praxis bedeutete „Rekonstruktion und Rationalisierung der Ställe“ soviel wie Gruppenhaltung auf Vollspaltenböden. Sinn dessen war, voll technisiert arbeiten zu können und auf Arbeitsschritte wie Einstreuen und Entmisten verzichten zu können.²¹⁴³ Nach wie vor spielten ausschließlich ökonomische Aspekte eine Rolle. Folgender Satz aus dem Monatsheften von 1982 präzisiert diesen Trend: *„Es geht darum, ein Optimum zu finden zwischen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und den biologisch-ökonomischen Anforderungen an die Milchkuh.“*²¹⁴⁴ Auch heute dominieren ökonomische Argumente bei der Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft. Der Unterschied zur DDR ist aber vor allem der, dass die Gesellschaft den ethischen Tierschutz in den Focus des Interesses stellt und der Markt sich an diesen Forderungen zu orientieren hat. Der größte Widerspruch heute ist die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach „ethisch vertretbar produzierten Lebensmitteln“ und bezahlbaren Preisen. In der DDR wurde die Bevölkerung über die Nachteile entwickelter Produktionsverfahren bzw. über die Ergebnisse der Erprobung von kostengünstigen Technologien nicht informiert.

In den letzten 15 Jahren der DDR waren tatsächliche Steigerungen der Produktivität kaum erreicht worden, eine Ausnahme stellte die Milchproduktion dar. Sonstige quantitative Produktionssteigerungen waren nahezu ausschließlich auf die Expansion der Tierbestände zurückzuführen. Sie waren nur im Kontext mit erhöhtem Einsatz und Verbrauch von Produktionsmitteln erreicht worden. Bedingt waren diese Einbußen durch unzureichende Futtermittelverwertung, nach wie vor zu hohe Aufzuchtverluste bei Rindern und Schweinen sowie

²¹³⁸ z. B. WOLL, E. (2010), Schriftliche Mitteilung vom 20.12.2010, PRANGE, H. (2011), Schriftliche Mitteilung vom 10.02.2011, BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 102-106, KÖPP, W. (2013), Schriftliche Mitteilung vom 04.07.2013, PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010, RIEGER, C. (2013), Mündliche Mitteilung vom 01.07.2013

²¹³⁹ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 262

²¹⁴⁰ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 170

²¹⁴¹ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 219

²¹⁴² KROCKER, M. (1984), Diss. sc. agr. Berlin, S. 89, 117

²¹⁴³ FREIBERGER, D. (1973), Vet. Med. Dipl.: Kälberaufzucht, S. 57

²¹⁴⁴ UNTERBERG, C., RÖSCHKE, C. und WOLF, J. (1982), MH 37, S. 41

hohe Reproduktionsraten bei beiden Tierarten, wodurch die selektive Zucht nach Leistungsparametern problematisch beziehungsweise kaum möglich war.²¹⁴⁵

BARANSKE²¹⁴⁶ und BUSCH²¹⁴⁷ ist zuzustimmen in ihren Aussagen, dass jegliches Tierschutzbestreben in der DDR hinter den wirtschaftlichen Interessen zurückzustehen hatte und dem Tier, welches zum Produktionsmittel degradiert wurde, die Möglichkeit des Auslebens arteigener Bedürfnisse nicht zugestanden wurde.

Eine nicht uninteressante Folge des Tierschutzes aus rein ökonomischen Beweggründen waren die meist fehlenden Konsequenzen bei den hin und wieder vorkommenden Tiermisshandlungen in landwirtschaftlichen Betrieben durch Tierpfleger. BUSCH erwähnte bereits, dass Tierquälereien wie das Brechen von Schwänzen bei Rindern, Forkenstiche, mangelhafte Versorgung mit Tränkwasser etc. vom Leitungspersonal meist als „Kavaliersdelikte“ beurteilt wurden.²¹⁴⁸ Die im Rahmen vorliegender Arbeit getätigten Recherchen bestätigen diese Aussage.²¹⁴⁹ Strafrechtliche Konsequenzen hatten allenfalls Tatbestände, die einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden nach sich zogen. Vergleichsweise empfindlich reagierte man in diesem Zusammenhang beispielsweise auch auf die Manipulation von Tierverlustzahlen, wenn diese ein auffälliges Ausmaß annahmen. Diskussionsschwerpunkt waren in einem solchen Falle aber weniger die mit den Verlusten einhergehenden erheblichen Leiden und Schäden der Tiere, sondern die durch ungerechtfertigte Prämienzahlung und Tierverluste entstandenen wirtschaftlichen Einbußen.²¹⁵⁰

Letztlich waren es nicht die größten Betriebe, in denen die besonders schwerwiegenden Mängel aus Tierschutzsicht auftraten. Diese von Stefan SEIDEL im Magazin „Tierbefreiung“ erhobene Feststellung konnte sowohl durch Zeitzeugenaussagen²¹⁵¹ als auch durch Unterlagen der Archive widerlegt werden. Die meisten Missstände kamen in den LPG vor, die sowohl personell als auch finanziell hinter den Kombinat industrieller Mast zurückzustehen hatten. Die industriellen Mastkombinate produzierten häufig für den Export und wurden als Devisenbringer vorrangig mit Futter versorgt. Die gute tierärztliche Versorgung und die Anwendung moderner Technologien in solchen Betrieben dürfen als überwiegend positiv aus Sicht des Tierschutzes bewertet werden.²¹⁵² Die Haltung von Schweinen in den größten Schweinemast und -zuchtanlagen der DDR wird sicherlich zu Recht von der Mehrzahl der Zeitzeugen kritisiert. Weder das restriktive Platzangebot in der Schweinehaltung noch die Anbindehaltung von Sauen als Hauptprobleme waren jedoch DDR-spezifisch. Diese Haltungsverfahren existierten in Betrieben der BRD ebenso, wie sie in kleineren Ställen der DDR angewendet wurden. Die Betriebsgröße und der Konzentrationsgrad waren demnach kein Gradmesser für die vorhandenen Mängel aus Sicht des Tierschutzes.

²¹⁴⁵ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. V-VI

²¹⁴⁶ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 67

²¹⁴⁷ BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S. 79

²¹⁴⁸ BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S. 78

²¹⁴⁹ Siehe z. B. BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1077, Bl. 104, BStU MfS-BV Schwerin, KD Bützow, 10183

²¹⁵⁰ Siehe z. B. BStU MfS BV Swn, Reg.-Nr. II/352/80, 215/94, Band 2 und BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1

²¹⁵¹ z. B. BUSCH, B. (2012), Mündliche Mitteilung vom 16.06.2012, WUNDERLICH, H. (2011), Mündliche Mitteilung vom 25.05.2011 und SCHRÖDER, H. (2011), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011 und DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

²¹⁵² DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

Zucht und Tierschutz

Bei der Betrachtung züchterischer Aspekte in der Rinder- und Schweineproduktion der DDR kristallisiert sich ebenfalls die Einstellung zum Produktionsmittel Tier heraus, welche wiederum die Tierschutzideologie versinnbildlichte. Besonders in der Phase des Gigantismus, als die landwirtschaftliche Entwicklung ausnahmslos durch das Streben nach Superlativen geprägt war, wird die Priorität der Ökonomie gegenüber jeglicher anderer Interessen deutlich.

Als wichtigstes Selektionsmerkmal galt das Adaptationsvermögen der in zunehmend industriemäßigen Anlagen gehaltenen Nutztiere an die hier vorgegebenen Haltungsbedingungen. Die züchterische Selektion landwirtschaftlicher Nutztiere orientierte sich demzufolge daran, die Toleranz gegenüber einer technisierten, produktionsorientierten und gleichzeitig widernatürlichen Umwelt zu erhöhen.

Tierschutzproblem Futtermangel

Das wohl bedeutendste Problem aus Sicht des Tierschutzes, welches unabhängig von der Nutztierart, der Produktionsstufe, der Region und auch losgelöst von zeitlichen Etappen bestand, war der allgemeine Mangel an Futter. Sowohl Grundfutter als auch Kraft- und Zusatzfutter war selten in ausreichendem Maße vorhanden. Bereits in der Kollektivierungszeit stellte die ausreichende Versorgung der Herden mit Futter eine Schwierigkeit vieler Betriebe dar. Die Viehhaltepläne, die von der Politik vorgegeben waren, mussten ohne Berücksichtigung der Versorgungslage eingehalten werden. Nicht selten waren bereits im zeitigen Frühjahr die Futterreserven aufgebraucht. Gut wirtschaftende Betriebe mussten häufig Abgaben leisten, um die gravierenden Mangelsituationen schwacher LPG auszugleichen.²¹⁵³ Die Problematik dürfte sich durch bestehende Diskrepanzen zwischen Pflanzen- und Tierproduktion in der Phase der Industrialisierung weiter verschärft haben. Nun hatte man zwar verbesserte Anbau- und Erntetechniken, jedoch fand häufig kein Dialog zwischen formal kooperierenden Betrieben statt.²¹⁵⁴ Das ursprüngliche Bild vom landwirtschaftlichen Betrieb, auf dem der Bauer bestrebt ist, das Beste auf dem Feld zu erwirtschaften, um sein Vieh optimal versorgen zu können, war nicht mehr existent. Fehlte häufig schon den Beschäftigten in der LPG der Bezug Tieren, wie er früher vorhanden gewesen war, so war die Identifikation der im Pflanzenbau Beschäftigten mit dem Vieh der tierproduzierenden Betriebe gar nicht mehr vorhanden. Das Interesse für wenig Tierverluste und gute Leistungen war für die Beschäftigten der „Pflanze“²¹⁵⁵ scheinbar verschwindend gering, wohingegen die Brigaden der Viehwirtschaft von den Abteilungen Pflanzenproduktion abhängig waren. Ein Melker schilderte die Misere während einer Tagung 1960, die beispielhaft für die vielerorts bestehenden Probleme gewesen zu sein schien: *„Wir haben eine Futterbrigade, die jeden Tag mit mir früh um 5,00 Uhr im Stall Rücksprache nimmt, was für Futter gebraucht wird. Spätestens um halb sieben Uhr ist das erste Futter da. Es darf nicht vorkommen - wie in den meisten LPG -, daß um 9 oder ½ 10 Uhr erst das Futter kommt und das Vieh den ganzen Tag über keine Ruhe kriegt. Das Vieh braucht zum Fressen Ruhe.“*²¹⁵⁶

²¹⁵³ WOLL, E. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

²¹⁵⁴ Siehe z. B. BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 133, BStU MfS BV Swn Abt IX, 232

²¹⁵⁵ Als „Pflanze“ wurden umgangssprachlich die Abteilungen Pflanzenproduktion bezeichnet, Anm. der Autorin.

²¹⁵⁶ BArch DK 1/ 10320, Bl. 74

Industrielle Tierproduktionsanlagen wurden bevorzugt mit Futter versorgt. Die größten Versorgungsmängel gab es in den LPG.²¹⁵⁷ Förderlich auf die benachteiligte Situation der LPG (T) wirkte sich laut HEINZ der Umstand aus, dass vorrangig die KAP und ihre Nachfolgebetriebe von der SED gefördert wurden. Außerdem bestand offenbar eine imbalancierte Coexistenz beider Produktionszweige, da die LPG (T) auf die Futterlieferungen der LPG (P) zwingend angewiesen waren, die LPG (P) jedoch im Gegenzug auf die Güllelieferung der Tierproduktion verzichten konnte.²¹⁵⁸

Doch auch den Beschäftigten in der Pflanzenproduktion waren in Anbetracht der nicht funktionierenden Planwirtschaft häufig die Hände gebunden. Von der Staatsführung wurde verlangt, dass die Pflanzenbaubetriebe das Futter eines bestimmten Tierstapels zu sichern hatten. Oft hatten die LPG (P) dafür weder Böden ausreichende Qualität noch die notwendige Fläche zur Verfügung, um die geforderten Futtermengen zu beschaffen. Die Entscheidungsträger, welche die Planzahlen vom Schreibtisch aus festlegten, meinten dann, mittels „Vertragsstrafen“ eine Verbesserung erzielen zu können. Das stellte sich in vielen Fällen als Absurdum heraus, da schlicht die notwendigen Mittel fehlten. Diese Fehlplanungen führten schlussendlich zu Problemen der Tiergesundheit; chronische Futtermangelsituationen waren an der Tagesordnung.²¹⁵⁹ Neben Futtermangel spielte auch die fehlende Kontinuität bei der Belieferung der Betriebe mit Futter eine Rolle beim Auftreten tierschutzrelevanter Zusammenhänge. So kam es vor, dass in einem Monat noch so viel Futter geliefert wurde, dass man es aufgrund fehlender Lagerkapazitäten unter freiem Himmel gelagert verderben ließ, wohingegen einige Zeit später wochenlang überhaupt keine Lieferung bestimmter Futtermittel erfolgte und man auf Reservefuttermittel umsteigen musste.²¹⁶⁰ Auch in diesem Punkt versuchte die Staatsführung, die alleinige Verantwortung für die bestehende Mangel- und Misswirtschaft auf die Betriebe abzuwälzen. Das gängige Argument lautete, dass die Betriebe durch angebliche Fehler bei der Futterplanung Tierverluste verursacht hätten.²¹⁶¹

Mangel an Baumaterial als Tierschutzproblem

Ähnlich wie der Mangel an Futterressourcen stellten auch Engpässe bei der Versorgung mit Baumaterial eine permanent bestehende oder zumindest rezidivierend auftretende Problematik dar, die zu Lasten des Wohlbefindens der Tierbestände gehen sollte. Bereits in der Offenstallbauperiode wurde das zum Problem, als viele Stallungen nicht in Betrieb genommen werden konnten, da sie unfertig stehen gelassen wurden. HEINZ beschreibt, dass die ab den sechziger Jahren stetig steigenden Baupreise den Neubau von Ställen und die Rekonstruktion bestehender Tierunterkünfte behinderten.²¹⁶² Die von den Fachleuten konzipierten Typenprojekte konnten des Öfteren nicht fertiggestellt werden, häufig musste bei der Inbetriebnahme improvisiert werden.²¹⁶³ Auch die Innenmechanisierung war davon betroffen. Der Mangel an entsprechendem Material soll sogar bei der Fertigstellung der als Demonstrationsobjekte genutzten Beispielanlagen zu Verzögerungen geführt haben.²¹⁶⁴ Bauwürdige Stallungen stellten eher die Norm denn die Ausnahme dar. Die viel genutzten

²¹⁵⁷ Siehe z. B. SCHRÖDER, H. (2010), Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011 und DITTMANN, B. (2013), Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013

²¹⁵⁸ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 205

²¹⁵⁹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 373

²¹⁶⁰ Siehe z.B. BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I, Bl. 133

²¹⁶¹ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 4

²¹⁶² HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 167

²¹⁶³ PAAR, G. (2010), Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010

²¹⁶⁴ HEINZ, M. (2011), Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 168

Altbauten waren besonders marode. Dadurch fehlende Stallkapazitäten führten zur Vernachlässigung von Maßnahmen der Hygiene wie das Einhalten einer Serviceperiode vor Neubelegung oder die Separation von Tieren zu Quarantänezwecken.²¹⁶⁵ Diese Mängel begünstigten wiederum das Auftreten und die Ausbreitung seuchenhaft verlaufender Erkrankungen, wodurch vermeidbares Leid vorprogrammiert war. Diese Probleme stellten ebenfalls systembedingte Folgen mit Tierschutzrelevanz dar.

Die Schlussfolgerung genannter Aspekte ist die, dass das Tier in der Landwirtschaft der DDR lediglich als Produktionsmittel gesehen wurde, welches einen bestimmten materiellen, ersetzbaren Wert hatte. Diese Tatsache machte den Unterschied zum früher bestehenden kleinbäuerlichen Betrieb aus, als das einzelne Schwein oder die einzelne Kuh neben der wirtschaftlichen Relevanz auch einen emotionalen Wert besaß. Eine du-evidente, im Sinne einer individuellen und partnerschaftlichen Mensch-Nutztier-Beziehung wird offenbar mit zunehmender Technisierung und Bestandsgröße immer unwahrscheinlicher.²¹⁶⁶ Ein weiterer Faktor, welcher sich auf Tierschutzaspekte auswirkte, war die Bedeutung des einzelnen (Nutz)tieres. In der DDR sank der Stellenwert des Einzeltieres allem Anschein nach umgekehrt proportional zur steigenden Größe des Betriebes. Das wird nicht zuletzt daran gelegen haben, dass in Großbetrieben die Fluktuation der zu betreuenden Tiere hoch war und durch den Einsatz mehrerer Tierpfleger, die oft im Schichtbetrieb arbeiteten, weniger enge Mensch-Tier-Beziehungen entstehen konnten. Da auch der volkswirtschaftliche Wert des Einzeltieres begrenzt war, wurden Vergehen an diesem kaum geahndet. Die Forschungen vorliegender Arbeit ergaben, dass entgegen der Aussage BUSCHS²¹⁶⁷ durchaus Straftaten im Bereich der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere auftraten. Diese resultierten offensichtlich aus der gleichgültigen, teilweise offenbar emotionsfreien Einstellung mancher Viehpfleger und Melker zum Tier. Der Mangel an Empathie und die Gewaltbereitschaft waren nicht selten auf Alkoholabusus und berufliche Unzufriedenheit zurückzuführen. Ein gehäuftes Auftreten straftatrelevanter Tierschutzfälle war vor allem in Tierhaltungen anzutreffen, in denen aufgrund von Nachwuchs- und Facharbeitermangel ehemalige Straftäter für die Versorgung der Tiere eingesetzt wurden. Schlechte Arbeitsbedingungen durch fehlende Mechanisierung und einen Mangel an Freizeit waren weitere Gründe für den Überdruß. Konsequenzen gab es in der Regel erst dann, wenn wirtschaftliche Verluste durch Tierverendungen in größerem Umfang entstanden.

²¹⁶⁵ Siehe z. B. BStU MfS BVfS Potsdam, KD Pw 160, Bd. 8, Bl. 250

²¹⁶⁶ Zur „Du-Evidenz“ zwischen Mensch und Tier siehe u.a. in: SAUER, H. (1983), Vet. Med. Diss. Gießen, S. 16

²¹⁶⁷ Vgl. BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S. 76

5. Diskussion

Inhalt der folgenden Abschlussdiskussion soll eine die agrarpolitische Entwicklung der DDR berücksichtigende Charakterisierung des Tierschutzes im Sozialismus sein. Dabei wird der Stellenwert des Tierschutzes aus politisch-ideologischer Sicht fokussiert und dabei aufgetretene systembedingte Kontroversen diskutiert. Bisher erschienene Publikationen, die die Thematik tangieren, werden mit einbezogen. Es wird der Versuch unternommen, eine Gesamtbewertung der Tierschutzsituation in der DDR vorzunehmen.

Die bisher zur Thematik „Tierschutz in der DDR“ publizierten Arbeiten liefern bestenfalls einen groben Überblick bestimmter Sachverhalte²¹⁶⁸ beziehungsweise untersuchen ausschließlich den Tierschutz und dessen Ethik innerhalb spezieller gesellschaftlicher Kreise.²¹⁶⁹

5.1 Die Charakterisierung des „marxistischen“ Tierschutzkonzeptes. Utilitarismus versus Anthropozentrismus?

Den Tierschutz in der DDR zu charakterisieren erweist sich als ein umfangreiches und komplexes Unterfangen. Im zusammenfassenden Teil des 4. Kapitels dieser Arbeit wurde bereits dargelegt, wie sich die ökonomische und politische Entwicklung des Landes auf die Landwirtschaft und damit die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere auswirkte. Dieser Bereich des Tierschutzes der DDR war nur einer Minderheit der Bevölkerung zugänglich, da der „gemeine“ DDR-Bürger keinen Einblick in landwirtschaftliche Tierproduktionsbetriebe hatte.

Es ist fast unmöglich, die ideologische Seite des Tierschutzes isoliert von den ökonomischen Prinzipien der DDR zu betrachten. Ähnlich wie AZAR bereits für das Veterinärwesen eine Coexistenz politisch-ideologischer Maxime mit den ökonomischen Zielen feststellte,²¹⁷⁰ kann der „sozialistische“ Tierschutz nicht losgelöst von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen und beurteilt werden.

Laut marxistischer Ideologie bedeutet die Freiheit des Menschen unter anderem die „Beherrschung von Natur und Gesellschaft und die Bewahrung ihrer Werte“.²¹⁷¹ Dem Menschen als am höchsten entwickeltes Lebewesen mit der Fähigkeit zur Vernunft wurde die Aufgabe zugesprochen, auf dieser Basis die Tiere vor schädigenden Einflüssen so weit wie möglich zu bewahren. Der „sozialistische Tierschutz“ wurde dementsprechend charakterisiert: „Der Tierschutz in der sozialistischen Gesellschaft betrachtet das Tier als Glied in der stammesgeschichtlichen Entwicklung und berücksichtigt die Lebensbedürfnisse und sinnesphysiologischen Eigenschaften, die der Entwicklungsstufe einer Tierart und den

²¹⁶⁸ z.B. BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S.73- 83; PRANGE, H. (Hrsg.) (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld, S. 87 und BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 66-67

²¹⁶⁹ BARANSKE, H. (1995), Zeitschrift für evang. Ethik 39, S. 65 f.

²¹⁷⁰ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 398

²¹⁷¹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 10

*rassetypischen Besonderheiten entsprechen.*²¹⁷² Der Schutz der belebten Umwelt des Menschen, zu der auch die Tiere gezählt wurden, wurde als Voraussetzung für dessen Wohlbefinden gesehen.²¹⁷³ Diese These stellt ein Apriori dar, da sie empirisch nicht belegbar ist und schlicht als Prinzip Geltung hatte. Dabei wurde davon ausgegangen, dass der Umgang der sozialistischen Menschen mit den Tieren von Vernunft geprägt sei. Der Jurist Arnulf BURCKHARDT versuchte 1968 eine entsprechende Definition des Begriffes „Tierschutz“: *„Tierschutz ist ein sich aus den jeweils herrschenden moralischen Anschauungen und dem Stand der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft (...) sowie aus dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen ergebendes Bestreben der Gesellschaft, Tiere im Rahmen der gesellschaftlichen Notwendigkeit und Möglichkeiten entsprechend ihren biologischen Eigenschaften sachkundig zu behandeln und sie vor unsachgemäßer Behandlung zu bewahren.“*²¹⁷⁴ Die sich aus dieser Definition vorrangig ergebende Frage ist die nach der „gesellschaftlichen Notwendigkeit“, Tierschutz zu praktizieren. Die gängige sozialistische Lehrmeinung vertrat die Auffassung, dass der Tierschutz ein Teilgebiet der Tierhygiene sei. Die Tierhygiene wiederum umfasste alle Bereiche, die einen störungsfreien Produktionsablauf gewährleisten sollte. Damit wurde der Tierschutz als eine Maßnahme zur Sicherung der Produktion deklariert.²¹⁷⁵ In diesem System hatte der Tierschutz die vorrangige Aufgabe, *„die Umwelt optimal für die Zucht- und Nutztiere zu gestalten, um die in den Erbanlagen der Tiere vorgegebenen Leistungen zu erschließen“*.²¹⁷⁶ BURCKHARDT formuliert den Zweck des Tierschutzes auf ähnliche Art, indem er die Bedeutung der Tiere für den Menschen hervorhebt: *„Durch das Wachstum der Produktivkräfte erhält die sozialistische Gesellschaft ständig mehr und bessere Möglichkeiten des Schutzes der Tiere, die sie als Nutztiere, Versuchstiere, zur Erholung und Freizeitgestaltung, aus sozialen und anderen Gründen benötigt. Dabei berücksichtigt der Tierschutz, daß Tiere, insbesondere landwirtschaftliche Nutztiere, Voraussetzungen für die physische Existenz des Menschen sind.“*²¹⁷⁷ Unzweifelhaft wird in dieser Textpassage die anthropozentrische Bestimmung des Tierschutzes deutlich. Die Erhaltung der Tiergesundheit wurde von MEHLHORN als „angewandter Tierschutz“ bezeichnet. Dabei distanzierte der Hygieniker sich gleichzeitig ausdrücklich von Tierschutzkonzepten, die das Tier als Mitgeschöpf in den Fokus stellten: *„Dieser [Tierschutz] kann und darf aber nicht verwechselt werden mit idealistischen bzw. auch versponnenen Ansichten, die im Tier nicht nur belebte, sondern auch ‚beseelte‘ Wesen sehen.“*²¹⁷⁸ Diese Aussage kann genauso auf den Bereich der privaten Tierhaltungen der Bürger übertragen werden. Was die Politik auch hier unter allen Umständen verhindern wollte, war die „Vermenschlichung“ des Tierschutzes beziehungsweise die Anthropomorphisierung der Haus- und Heimtiere. Diese Entwicklung wäre mit den ideologischen Prinzipien des Marxismus nicht zu vereinbaren gewesen. Teilweise setzte man diese Merkmale mit dem im westlichen Ausland geltenden ethischen Tierschutzkonzept gleich. Das heißt nicht, dass in der DDR keine Ethik bezogen auf Tiere existierte. Die marxistische Ethik konzentrierte sich auf die zwischenmenschlichen Beziehungen und stellte das kameradschaftliche Verhältnis der Menschen untereinander in den Mittelpunkt. Laut marxistischer Ideologie bestand keine Notwendigkeit für die Existenz einer speziellen Tierschutzethik. Im Sozialismus beziehungsweise Kommunismus wurde vorausgesetzt, dass *„die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist und er*

²¹⁷² BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 10

²¹⁷³ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 11

²¹⁷⁴ BURCKHARDT, A. (1968), MH 23, Sonderdruck aus Heft 20, S. 764

²¹⁷⁵ Siehe MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, Teil I, S. 47-49

²¹⁷⁶ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, Teil I, S. 49

²¹⁷⁷ Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 11

²¹⁷⁸ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, Teil I, S. 49

*sich in seiner Persönlichkeit frei entfalten kann*²¹⁷⁹, was unter dem Begriff „menschliches Verhalten“ zusammengefasst wurde. Man ging davon aus, dass es eine dem Sozialismus eigene Selbstverständlichkeit sei, dieses „menschliche Verhalten“ auch dem Tier gegenüber walten zu lassen. Es wurde offenbar zumindest davon ausgegangen, dass das Tier als „Moralobjekt“ existiert. Dieses zu schützen wurde in jenem Kontext gleichgesetzt mit dem Schutz „vor der Vernichtung durch planloses Profitstreben sowie vor Auswirkungen unmenschlicher Verhaltensweisen“.²¹⁸⁰ Als tierethischer Ansatz fand vereinzelt die von Albert SCHWEIZER postulierte ethische Auffassung der „Ehrfurcht vor dem Leben“ Erwähnung, die Bestandteil der geltenden Weltanschauung des dialektischen und historischen Materialismus gewesen sein soll.²¹⁸¹ Tierschutz wurde in der DDR bis auf gewisse Einzelfälle aus rein anthropozentrischen Gründen praktiziert. Beim anthropozentrischen Tierschutz beruht das tierschützerische Handeln und Denken laut LORZ auf „*bloßen menschlichen Interessen*“²¹⁸². Anthropozentrik zielt demnach auf das Wohl des Menschen, ohne die Interessen des Tieres im Besonderen zu berücksichtigen.²¹⁸³ Wenn dabei, wie in der DDR, das Tier als ein für die Volkswirtschaft relevantes „*wirtschaftliches Produkt und Produktionsmittel*“ definiert ist, liegt der als eine Sonderform des anthropozentrischen Tierschutzes geltende „ökonomische Tierschutz“ vor.²¹⁸⁴ Versucht man die Einschätzung des Stellenwertes, den Tierschutz in der DDR hatte, müssen systemspezifische Prozesse mit einbezogen werden. Ein rigoroser Vergleich damaliger ostdeutscher und westdeutscher Verhältnisse gestaltet sich aufgrund der völlig verschiedenen gesellschaftspolitischen Systeme schwierig. Auch in der BRD kam es im betrachteten Zeitraum zu einer Intensivierung der Landwirtschaft. Der elementare Unterschied zur DDR war jedoch die in Westdeutschland vorzufindende familienbäuerliche Struktur der Landwirtschaft, die im Gegensatz zu der industriemäßigen ostdeutschen Landwirtschaft stand. Weiterhin wurde in der DDR das Entstehen demokratischer, selbstorganisierter Tierschutzbewegungen durch die politische Führung von vorne herein im Keim erstickt, wohingegen in der BRD diverse Tierschutzorganisationen und Tierschutzvereine gegründet wurden.²¹⁸⁵

Bereits in der noch jungen DDR debattierte man über die Tierschutzproblematik. Dabei stand nicht nur die Frage nach der Gründung einer Organisation im Mittelpunkt, sondern auch die Frage nach der Motivation, Tierschutz zu betreiben. Nach der herrschenden Ideologie spielte das Tier, welches um seiner selbst willen geschützt werden sollte, dabei keine Rolle. Demnach sollte das Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung vor allem deshalb gefördert werden, weil „*durch rohe Mißhandlungen und unnütze Quälereien von Tieren erhebliche und unnötige volkswirtschaftliche Schäden entstehen und außerdem derartige Handlungen dem ethischen Empfinden des Menschen widersprechen*“.²¹⁸⁶ Man wies auch darauf hin, dass Tierschutz nicht zu den Prioritäten der Allgemeinheit gehöre: „*Der Tierschutz ist weniger ein Anliegen der werktätigen Bevölkerung im allgemeinen als vielmehr eines an Tierliebe und Naturschutz besonders interessierten Personenkreises*“.²¹⁸⁷ Das Ministerium des Innern argumentierte 1959 betreffs der Bildung und Förderung von Tierschutzvereinen dahingehend, dass für diese kein Bedarf bestehen würde, da der Tierschutz mit dem sozialistischen

²¹⁷⁹ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 50

²¹⁸⁰ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 50

²¹⁸¹ BURCKHARDT, A. (1989), Analyse der Tierschutzgesetzgebung der DDR, S. 11

²¹⁸² LORZ, A. (1987), Tierschutzgesetz, Kommentar, S. 38

²¹⁸³ DAHLKE, U. (1993) in: LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 14

²¹⁸⁴ LORZ, A. (1987), Tierschutzgesetz, Kommentar, S. 38

²¹⁸⁵ Genaue Zahlen sind der Dissertation von MARTIN, M. (1989), Vet. med. Diss. Berlin, S. 97, zu entnehmen.

²¹⁸⁶ BArch DK 1/ 4441, Bl. 134

²¹⁸⁷ BArch DK 1/ 4441, Bl. 106

Fortschritt „im notwendigen Umfang“ gewährleistet sei.²¹⁸⁸ Die Notwendigkeit eines demokratischen, selbstorganisierten Tierschutzes, wurde als nicht existent bewertet. Stattdessen sollte der Tierschutz in einem solchen Maß praktiziert werden, dass „der Volkswirtschaft materielle Werte erhalten bleiben, der notwendige Schutz der freilebenden heimischen Tiere gesichert wird und auch auf diesem Gebiet die sozialistische Moralauffassung voll zur Geltung kommt“.²¹⁸⁹ Solche und ähnlich propagandistische Formulierungen wurden verwendet, um Anfragen seitens der Bürger zwecks Neuorganisation des Tierschutzes zu beantworten und deren teilweise dringlichen Bitten zu beschwichtigen. Gleichzeitig wurde wiederholt auf die Anthropozentrik jedweden Tierschutzgedankens hingewiesen. So heißt es in einem Antwortschreiben des MLF beispielsweise: „Alle Fragen auf dem Gebiet des Tierschutzes werden am besten vertreten durch unsere neue Gesellschaft und durch das ständig wachsende Bewußtsein unserer Menschen, die durchdrungen von humanistischen Geist in ebenso wachsendem Maße zukünftig verhindern werden, daß einzelne Personen unsere Tiere schlecht und falsch behandeln oder gar quälen und damit nicht nur unser Gefühl verletzen, sondern auch volkswirtschaftliche Schäden verursachen.“²¹⁹⁰ Man distanzierte sich ausdrücklich von einem emotional begründeten Tierschutz und positionierte die menschlichen Interessen in das Zentrum der Diskussion.²¹⁹¹ In vielen anderen Ländern, auch in der BRD, war hingegen bereits in den siebziger Jahren eine Tendenz zur Verstärkung des ethischen Tierschutzes bemerkbar und der Schutz des Tieres als Mitgeschöpf grundsätzlich vorhanden.²¹⁹² In der Novelle des bundesdeutschen Tierschutzgesetzes von 1986²¹⁹³ wurde der Aspekt der Mitgeschöpflichkeit mit aufgenommen. Anders sah es im sozialistischen Gebiet aus. Die Veränderung der Mensch-Tier-Beziehung im Sinne einer philosophischen und ethischen Reformierung war in der DDR nicht erwünscht. Dies war vermutlich unter anderem dem Umstand geschuldet, dass eine solche Veränderung nicht ausschließlich Auswirkungen auf die Tierschützer und die tierhaltenden Bürger gehabt hätte. Martin Fritz BRUMME formulierte in seinem Vortrag über philosophische Ethik und Kulturpessimismus, dass die Neugestaltung der Mensch-Tierbeziehung als Phänomen einer veränderten moralischen Norm gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben dürfte und nicht nur die Tierschützer beeinflusst.²¹⁹⁴

Genauso wie man sich von der westlichen Tierschutzethik distanzieren wollte, versuchte man jegliche organisierte Form des Tierschutzes im Sinne einer demokratischen Selbstorganisation zu unterbinden. Mit der Argumentation, dass nach dem geltenden marxistischen Weltbild der gesellschaftlich organisierte Tierschutz obsolet sei, wurden die zahlreichen Eingaben der tierschutzinteressierten Bürger der DDR abgewiegelt (Vgl. Kap. 3.3.4).

Die Schaffung der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene zu Anfang der siebziger Jahre darf dennoch als Fortschritt im Hinblick auf die Bemühungen von Tierschützern gewertet werden. Wenngleich sich ihre Wirksamkeit als stark begrenzt und abhängig von der Unterstützung des örtlichen Veterinärwesens erwies, so widerlegt die Tatsache der Schaffung solcher Kommissionen doch die von BUSCH aufgestellte Behauptung, dass Tierschutz offiziell nicht thematisiert wurde.²¹⁹⁵

²¹⁸⁸ BArch DK 1/ 4443, Bl. 16

²¹⁸⁹ BArch DK 1/ 4443, Bl. 16

²¹⁹⁰ BArch DK 1/ 4443, Bl. 35; Schreiben der Veterinärinspektion des MLF an J. RÖSSGER vom 05.03.1959

²¹⁹¹ BArch DK 1/ 4443, Bl. 88, Schreiben des MLF an die Volkskammer vom 07.11.1958

²¹⁹² TEUTSCH, G. M. (1987), Lexikon der Tierschutzethik, S. 59

²¹⁹³ Tierschutzgesetz, Novelle vom 18. August 1986 (BGBl. I S.1319)

²¹⁹⁴ BRUMME, M. F. (1999) in DOBIAT, C. und LEIDORF, K. (Hrsg.) (1999): Studia honoraria, Bd. 8, S. 93

²¹⁹⁵ Vgl. BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S. 75

Das marxistische Weltbild lässt keinen Zweifel daran zu, dass dem Menschen die Überlegenheit über alle Lebewesen zugeordnet werden sollte. In seiner Publikation 'Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR' vom Oktober 1989 schreibt Arnulf BURCKHARDT: „In seinem weltanschaulichen Gehalt ist der Umgang des Menschen mit Tieren als wesentlicher Teil seiner Umwelt Bestandteil der marxistischen Auffassung von der Veränderung der Welt ebenso, wie er in der marxistischen Auffassung von Freiheit enthalten ist, die die Beherrschung von Natur und Gesellschaft und die Bewahrung ihrer Werte auf der Grundlage der Kenntnis ihrer Gesetzmäßigkeiten und der des eigenen Handelns einschließt.“²¹⁹⁶ Der heute häufig diskutierte Utilitarismusansatz in der Tierschutzethik stand in dieser Ideologie auf den ersten Blick nicht zur Debatte. Der Leitgedanke des klassischen Utilitarismus ist die Vermehrung des Glückes in der Welt beziehungsweise die Verminderung des Leides.²¹⁹⁷ Basis utilitaristischer Denkansätze ist die Anwendung des Prinzips der Gleichheit. Das Grundprinzip der Gleichheit beinhaltet nach Peter SINGER die Gleichheit aller Menschen, wobei die Interessen eines jeden menschlichen Individuums gleich zu bewerten sind.²¹⁹⁸ Der Gleichheitsgrundsatz bezogen auf die Tierethik bedeutet die Ausdehnung der Gleichbehandlung auf das Tier aufgrund seiner Leidensfähigkeit.²¹⁹⁹ Gleichheit im Zusammenhang mit dem Tierschutz beinhaltet unter anderem die gleiche Wertigkeit „von menschlichen und tierischen Interessen, von menschlichem und tierischem Lebens-, Glücks- und Bedarfsbefriedigungsrecht“²²⁰⁰.

Betrachtet man den Utilitarismus bezogen auf die DDR, so könnte man sagen, dass der Sozialismus bzw. die marxistisch-leninistische Ideologie wohl den zwischenmenschlichen Utilitarismus beinhaltete, dessen Ausdehnung auf nicht-menschliche Individuen jedoch unterblieb. Das Tier als moralisches Objekt erfuhr quasi eine Vernachlässigung im Hinblick auf die Anwendung des Gleichheitsprinzips; allein die Interessen der Menschen wurden fokussiert. In gewisser Weise entspricht die sozialistische Weltanschauung mit seiner Betonung des kameradschaftlichen Verhältnisses der Menschen untereinander und der Ablehnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr den utilitaristischen Prinzipien als beispielsweise der Kapitalismus. Utilitarismus bedeutet nicht die Fokussierung des individuellen Glückes, sondern die Maximierung des Glückes aller Beteiligten. Der Sozialismus mit seiner altruistischen Komponente kommt diesem Ideal zumindest in der Theorie nahe.

Nach BRUMME stellt die Anwendung des Prinzips der „Gleichheit“ in Bezug auf das Tier den seiner Meinung nach illusorischen „Versuch seiner Aufwertung zur Verhinderung von Mißbrauch und Qual“ dar, also „ein humanes, humanitäres Motiv“.²²⁰¹ Dabei macht der Autor deutlich, dass die Gleichheit nicht essentiell ist, um den „Eigenwert“ nicht-menschlicher Lebewesen anzuerkennen. Laut BRUMME erklärt sich die Idee einer Anwendung des Gleichheitsgedanken auf Tiere durch den Wunsch des Menschen, „Identität zu stiften zwischen Mensch und Tier, zwischen Mensch und Natur“,²²⁰² um sich von seiner Verantwortung gegenüber der Zerstörung der Natur und der hier lebenden Flora und Fauna zumindest theoretisch zu befreien.²²⁰³

²¹⁹⁶ BURCKHARDT, A. (1989), S. 4

²¹⁹⁷ WOLF, U. (2008) in WOLF, U. (Hrsg.) (2008), Texte zur Tierethik, S. 12

²¹⁹⁸ SINGER, P. (2008) in WOLF, U. (Hrsg.) (2008), Texte zur Tierethik, S. 28

²¹⁹⁹ TEUTSCH, G. M. (1987), Lexikon der Tierschutzethik, S. 76

²²⁰⁰ BRUMME, M. F. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden, S. 117

²²⁰¹ BRUMME, M. F. (2001), S. 116 in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001), Den Tieren gerecht werden, S. 120

²²⁰² BRUMME, M. F. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden, S. 120

²²⁰³ BRUMME, M. F. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden, S. 121

Nach der marxistischen Ideologie wurde eine Anwendung moralischen Denkens und Handelns auf nicht-menschliche Wesen vorausgesetzt, wie folgender Passus in einem ministeriellen Schreiben beispielhaft belegt: *„Alle Fragen auf dem Gebiet des Tierschutzes werden am besten vertreten durch unsere neue Gesellschaft und durch das ständig wachsende Bewußtsein unserer Menschen, die durchdrungen von humanistischen Geist in ebenso wachsendem Maße zukünftig verhindern werden, daß einzelne Personen unsere Tiere schlecht und falsch behandeln oder gar quälen und damit nicht nur unser Gefühl verletzen, sondern auch volkswirtschaftliche Schäden verursachen.“*²²⁰⁴ Was aus der Passage allerdings ebenso hervorgeht, ist die offensichtliche Betonung menschlicher Interessen, was sich weder mit dem Gleichheitsgrundsatz noch mit utilitaristischen Prinzipien vereinbaren lässt.

Der Fokus von Bestrebungen, welche heute als Tierschutz bezeichnet werden, lag in der DDR darauf, mit den vorhandenen Mitteln das maximal mögliche an Leistung zu erwirtschaften, also eine kontinuierliche Erhöhung der Produktivität zu bewirken. Die Motivation für den ökonomischen Tierschutz bestand ausschließlich in Gewinnoptimierung und Leistungssteigerung. MEHLHORN ergänzt diese Feststellungen mit der These, *„daß Ökonomie und Tierschutz nicht konträr gegenüberstehen, sondern daß sie für eine quantitativ und qualitativ hochwertige Produktion von Tieren und tierischen Produkten von Tieren und tierischen Produkten eine Einheit bilden müssen“*.²²⁰⁵ Diese Sichtweise galt nicht nur speziell in der DDR. Im Bereich Nutztierhaltung wurde auch in anderen Ländern ausschließlich ökonomischer Tierschutz praktiziert. Der Vorrang ökonomischer Aspekte gegenüber jenen des Tierschutzes hat im landwirtschaftlichen Bereich bis heute Gültigkeit.

Utilitaristische Ansätze bzw. Konzepte, die den auf der Leidensfähigkeit basierenden Gleichheitsbegriff in der Tierethik thematisieren, waren in der marxistischen Philosophie nicht vorgesehen. Das manifestierte sich auch im Bereich der Liebhabertier-Haltung. Hier wurden die sozialistisch geprägten, anthropozentrischen Ansätze des Tierschutzes ebenso deutlich hervorgehoben, wie beispielsweise folgender Absatz aus den Monatsheften demonstriert: *„Auf der Basis des sozialistischen Eigentums an Grund und Boden, d. h. an der Natur, müssen unter Berücksichtigung des ethisch-moralischen Gewichtes der Kleintierhaltung der Bürger Tierschutz und Tierhygiene zum Umwelt- und Naturschutz gerechnet werden. (...) Jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich die notwendigen Kenntnisse für eine fachgerechte Haltung, Fütterung und Pflege von Tieren anzueignen. Wird dies unterlassen, kann es zu Haltungsfehlern kommen, die das gesellschaftliche Zusammenleben in Wohngebieten stören, Auswirkungen auf das Verhalten nicht tierhaltender Bürger haben und sich eventuell zu einer Gefahr für die Tierbestände der landwirtschaftlichen Produktion ausweiten können.“*²²⁰⁶ Diese Textpassage verdeutlicht, dass das Tier als Individuum und „Mitgeschöpf“ beim Tierschutzbestreben in der DDR ebenso wenig eine Rolle spielte wie die Fähigkeit zum Leiden. Relevant war in erster Linie die „sozialistische Ordnung“, welche genau wie die Volkswirtschaft und Produktion nicht durch Missachtung tierhygienischer Grundsätze gefährdet werden sollte. Der Terminus „Tierschutz“ wurde fast immer ausschließlich in Verbindung mit dem Begriff „Tierhygiene“ verwendet. Die Wichtigkeit der Tierhygiene als Lehre von der Erhaltung der Tiergesundheit wurde als Voraussetzung für *„höchste Dauerleistungen“* gesehen.²²⁰⁷ Im Vergleich zum gegenwärtigen Trend der von BRUMME als *„auf Du-Evidenz und Kindchen-Schema beruhenden sentimental [Klein-]Tierhaltung“*²²⁰⁸, bei der das Tier als Ersatz für Partnerschaft und zwischenmenschliche

²²⁰⁴ BArch DK 1/4443, Bl. 35; Schreiben der Veterinärinspektion des MLF an J. RÖSSGER vom 05.03.1959

²²⁰⁵ MEHLHORN, G. (Hrsg.) (1979), Lehrbuch der Tierhygiene, S. 50

²²⁰⁶ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 768-769

²²⁰⁷ Autorenkollektiv (1970), Schweineproduktion, S. 90

²²⁰⁸ BRUMME, M. F. (1999) in DOBIAT, C. und LEIDORF, K. (Hrsg.) (1999): Studia honoraria, Bd. 8, S. 93

Kontakte gehalten wird, galt in der DDR die „*Haltung, Zucht und sportliche Betätigung mit Tieren*“ als „*Teil der bewussten Nutzbarmachung der Natur*“ und als „*wichtiger Faktor der aktiven, persönlichkeitsbildenden Freizeitgestaltung*“.²²⁰⁹ Scheinbar wurde zumindest von Seiten der Politik versucht, jegliche emotionalisierende Komponente bei der Tierhaltung von vorne herein auszuschließen. Der heute in der Heim- und Haustierhaltung dominierende Aspekt des „Tiergebrauches“ wird vom Tierhalter oft durch Begründungen wie die „Liebe“ oder die „Beziehung“ zu seinem Tier maskiert. Durch die Verwendung des Tieres als Sozialpartner kommt es nicht selten zur Missachtung arteigener Bedürfnisse des Tieres. Indem sich der „Sozialpartner Tier“ zunehmend auf Augenhöhe seines menschlichem Halters gehoben wird, verlieren typische Eigenarten beziehungsweise Arteigenschaften des Tieres für seinen Halter an Wichtigkeit. Diese Art der „Tiernutzung“ mündet im „Verbrauch“ des Vierbeiners, in besonders gravierenden Fällen auch im „Missbrauch“ des vierbeinigen Sozialpartners. Im Vergleich dazu verdeckte der marxistische Großtierhalter den Gebrauch der Kreatur durch sozialistische Prinzipien. Eine fundierte Charakterisierung der Mensch-Liebhabetier-Beziehung im Sozialismus und die Analyse der dazugehörigen tierethischen Prinzipien stellen einen Themenkomplex für zukünftige Forschungsvorhaben dar.

Als bedeutende Aufgabe des sozialistischen Tierschutzes wurde die „*Kontrolle und Verbesserung der Tier- und Haltungshygiene in den Tierhaltungen der Bürger*“²²¹⁰ genannt. Um diese Tätigkeiten im Sinne der politischen und gesellschaftlichen Ideale umzusetzen, mussten nach den Vorstellungen der politischen Führung „*Fachkenntnisse, das Erkennen gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge und Prioritäten und die Bereitschaft zur kontinuierlichen, ehrenamtlichen Mitarbeit*“ vorhanden sein.²²¹¹ Genau hier waren Defizite zu verzeichnen, wie Tierhygieniker der ehemaligen DDR bereits kurz nach der Wende darlegten. MEHLHORN reflektierte 1991 die untergeordnete Rolle der Haltungshygiene kleiner Haus- und Heimtiere, wie sie bis dahin auf dem Gebiet der DDR bestand. Er spricht von „*völliger Vernachlässigung*“ dieses Bereiches und ergänzt dazu: „*Bei einer kritischen Wertung dieses Arbeitsfeldes ist festzustellen, daß wissenschaftlich fundierte Antworten fehlen, und viele Kommunen dem Interessenwiderspruch zwischen Tierhaltern und Bürgern, die diese Tierhaltung ablehnen, hilflos gegenüberstehen.*“²²¹²

In der sozialistischen Erziehung und Ausbildung hatte der Tierschutz ebenfalls keinen besonderen Stellenwert. Die explizite Behandlung des Themas war kein Bestandteil der gängigen Lehrpläne und fand höchstens vereinzelt statt, wenn Lehrkräfte persönliches Interesse an der Tierschutz-Problematik zeigten.²²¹³

Die Schlussfolgerung der genannten Aspekte ist die, dass in der DDR lediglich ein „*Tiergesundheitschutz*“ im Sinne des ökonomischen Tierschutzes vorhanden war. Damit ist auch die am Anfang des Abschnittes aufgeworfene Frage nach der „*gesellschaftlichen Notwendigkeit*“, Tiere zu schützen, zu beantworten. Ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt zu sein, ist ein Anliegen jeder Gesellschaft. Um eine gute Versorgung mit Lebensmitteln tierischer Herkunft zu sichern und dabei unabhängig von anderen Ländern zu sein, mussten die Tierbestände der DDR gesund erhalten werden. Dieses wurde als erklärtes Ziel des Tierschutzes in der DDR hervorgehoben.

²²⁰⁹ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 768

²²¹⁰ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769

²²¹¹ RICHTER, W. und GRÜNBAUM, E.- G., (1978), MH 33, S. 769

²²¹² MEHLHORN, G. (1991), Tierzucht 45, S. 482

²²¹³ ADAM, E. (2010), Persönliche Mitteilung

Das Reichstierschutzgesetz war das in der DDR geltende Recht. Zwar wurde in diesem bereits der ethische Tierschutz thematisiert, indem man in der amtlichen Begründung des Gesetzes 1933 formulierte, „*daß das Tier des Tieres wegen geschützt werden muß*“²²¹⁴, jedoch hatte dieser Passus in der sozialistischen Gesellschaft der DDR keine Geltung mehr. Pathozentrische Denkweisen, die das Vermeiden von Schmerzen und Leiden in den Mittelpunkt tierschützerischer Interessen stellten, spielten in der DDR-Gesellschaft eine untergeordnete Rolle. Tierschutzambitionen, welche gar die „Würde“ des Tieres berücksichtigten, bestanden somit nicht einmal ansatzweise. Die Ausdehnung des Würdebegriffs auf die Tiere stellt laut TEUTSCH eine der drei „Säulen“ des ethischen Tierschutzes dar.²²¹⁵ Dabei erweist sich die Definition des Begriffes der „Würde“ in tierethischen Diskussionen als problematisch. Das liegt zum einen daran, dass es verschiedene Formen der Würde gibt, die neben dem Menschen teilweise dem Tier oder darüber hinausgehend allen Lebewesen beziehungsweise gar aller organischer Materie zugesprochen werden.²²¹⁶ Zum anderen sind die Auffassungen darüber, wie weit die Arten der Würde auf das Tier übertragbar sind, verschieden. Tierethiker, welche das Tier als Würdeträger verstehen, sprechen dem Tier die Fähigkeit zu, Leiden, Freude oder Glück zu empfinden. Tina-Louise FISCHER geht in ihrer Arbeit „Menschen- und Personenwürde“ noch weiter, in dem sie die Würde dem „Eigenwert“ gleichsetzt, der „für Mensch und Tier als begründungslos und angeboren vorausgesetzt werden“.²²¹⁷ Dabei unterscheidet sie zwischen einer Tierethik und einer die Tiere einbeziehenden, menschlichen Ethik, welche nötig wäre, um Tieren die gleiche Würde zukommen zu lassen wie dem Menschen. FISCHER sieht diesen bis in die Gegenwart bestehenden Unterschied im Denken als Ursache für fehlende Wertschätzung und intolerante Sichtweisen des Menschen gegenüber dem Tier. Sie schlägt stattdessen vor, Tiere „in das für Menschen konstruierte System“ zu integrieren und von einer „Gleichheit mit gewissen Unterschieden“ zwischen den Spezies auszugehen, um Tiere als dem Menschen gleichwertig zu behandeln.²²¹⁸ Diese Diskussion kann nur in einer Wohlstandsgesellschaft geführt werden. In der DDR, in der hingegen Mangelsituationen mehr oder weniger ausgeprägt an der Tagesordnung waren, ging es in erster Linie darum, die Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen, wobei Lebensmittel tierischer Herkunft eine große Rolle spielten. Die Politik regierte nach dem Motto „Nur ein sattes Volk ist ein zufriedenes Volk“. Da in der DDR die Nachfrage nach bestimmten Nahrungsmitteln²²¹⁹ ständig bestand und teilweise nicht annähernd erfüllt werden konnte, wurde Kritik an dem geförderten erhöhten Fleischkonsum im Keime erstickt.

Ethischer Tierschutz ist gekennzeichnet durch den Schutz des Tieres als „Mitgeschöpf“²²²⁰, also um seiner selbst willen. Diese Form des Tierschutzes geht über die bloße Leidensvermeidung (pathozentrischer Tierschutz) und die Interessen des Menschen (anthropozentrischer Tierschutz) hinaus und wurde so in der DDR aufgrund der geltenden Ideologie nicht umgesetzt. In der Theorie der Mitgeschöpflichkeit steht das Einzeltier im Zentrum des Interesses.²²²¹ Allein diese Tatsache war mit der in der DDR vorherrschenden untergeordneten Rolle des einzelnen Individuums unvereinbar. Trotzdem ist den Menschen,

²²¹⁴ LORZ, A. (1987), Tierschutzgesetz, Kommentar, S. 39, Rdn. 21 aus Dt. Reichsanzeiger Nr. 281 vom 1.12.1933

²²¹⁵ TEUTSCH, G. M. (1987), Lexikon der Tierschutzethik, S. 70

²²¹⁶ Zum Begriff der „Würde“ allgemein und den Arten der Würde siehe: FISCHER, T.-L. (2008), Menschen- und Personenwürde, S. 54-58

²²¹⁷ FISCHER, T.-L. (2008), Menschen- und Personenwürde, S. 70

²²¹⁸ FISCHER, T.-L. (2008), Menschen- und Personenwürde, S. 70

²²¹⁹ Die Nachfrage nach vielen Obst- und Gemüsesorten konnte beispielsweise häufig nicht gedeckt werden.

²²²⁰ LORZ, A. (1987), Tierschutzgesetz, Kommentar, S. 39, Rdn. 21

²²²¹ LOEFFLER, K. (1993), in LOEFFLER, K. (1993) (Hrsg.): Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 4

die in der DDR lebten und arbeiteten, das Bemühen um einen vernünftigen Umgang mit dem Tier nicht abzusprechen.

Da der Begriff der „Mitgeschöpflichkeit“ nach seiner Herkunft vom Wort „Schöpfung“ abstammt und damit ein christlich motivierter Begriff ist, stellt sich die Frage nach einer Tierethik für nicht gläubige Menschen. Am ehesten greift hier die bereits vorab erwähnte Theorie von Albert SCHWEITZER, welche die „Ehrfurcht vor dem Leben“ thematisiert und die Achtung vor der Natur und vor dem Tier mit einschließt. Wie weit dieser Respekt gegenüber den Tieren geht und ob er gleichzusetzen ist mit einer der „Mitgeschöpflichkeit“ gleichrangigen Wahrnehmung des Tieres als dem Menschen „gleichwertig“, dürfte eine individuelle Entscheidung sein und gewesen sein. In der DDR spielten christliche Motive eine untergeordnete Rolle, was ein Grund dafür gewesen sein mag, dass die Beziehung des Menschen zum Tier grundsätzlich eine sachliche, nüchterne Form annahm. Die Nutzung des Tieres als Sozialpartner wurde im Sozialismus kaum thematisiert.

5.2 Die sozialistische Mensch-Nutztier-Beziehung und der Tierschutz

PRANGE konstatierte folgerichtig, dass der politische Kurs Ursache für die bis zuletzt bestehende (land)wirtschaftliche Instabilität der DDR war: *„Die komplette Verstaatlichung und Idealisierung nahezu aller Lebensbereiche und die damit verbundene Bevormundung des Denkens und Handelns bewirkten eine Ineffizienz der Wirtschaft und eine Demotivation der Menschen, die das System permanent anfällig machten.“*²²²² Tierschutzrelevante Situationen resultierten einerseits aus den wirtschaftlichen Schwächen und andererseits durch eine häufig spürbare Resignation der Menschen gegenüber solchen Missständen. Anhaltspunkte, die diese These stützen, finden sich in Form von Fallbeispielen in Akten der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.²²²³ Die mangelnde Identifikation des Personals mit dem Betrieb und die häufig vorhandene Gleichgültigkeit gegenüber der Kreatur werden auch von Zeitzeugen geschildert. Die Organisation der Produktion in Schichtarbeit konnte dann beispielsweise dazu führen, dass Probleme der nächsten Schicht „zugeschoben“ wurden. KÖPP erzählt: *„Entdeckte nun die eine Schicht, daß eine Kuh nicht kalben konnte, eine andere an einer Euterentzündung erkrankt war, dann wurden kurzerhand deren Nummern auf eine Tafel geschrieben, worauf die nächste Schicht das gleiche Problem, nun aber erschwerter, bekam. Rief man nämlich sofort den Tierarzt, bedeutete das unter Umständen, daß man über das Schichtende hinaus beschäftigt wurde. So kam es wiederholt dazu, daß schwerkranke Kühe oder auch Kälber nicht rechtzeitig behandelt werden konnten.“*²²²⁴ Dieses Beispiel zeigt erneut auf, dass tierschutzwidrige Umstände teilweise systemspezifisch entstanden sein mussten. Mangelndes Interesse und fehlendes Engagement hatten für den Einzelnen in der Regel keine unmittelbaren Konsequenzen,²²²⁵ was einer der gravierenden Unterschiede zur bäuerlichen Privatwirtschaft darstellte.

²²²² PRANGE, H. (1998) in SCHÄFFER, J. (Hrsg.) (1998): Domestication of Animals. DVG-Tagungsband, S. 198

²²²³ Siehe z. B. BStU MfS BV Rostock, AU 279/65, HA Band 1, Bl. 231-235; BStU MfS BV Rostock, AU 279/65,GA/ASt Band 4 und BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1, Bl.117

²²²⁴ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 265

²²²⁵ Diese Tatsache wird durch Unterlagen des BStU bestätigt. Siehe z.B. BStU MfS BV Rst Ka 180 S.1

Zahlreiche Schwierigkeiten entstanden unter anderem deshalb, weil Entscheidungsträger ungenügende Kenntnisse in der Landwirtschaft mitbrachten.²²²⁶ Mangelnde Qualifikation und fehlende praktische Erfahrungen waren in allen Bereichen der industriellen Tierproduktion ein Schwerpunktthema, welches in der logischen Konsequenz auch Tierschutzprobleme bedingte. Bereits im Bereich der Betriebsleitung waren teilweise Defizite vorhanden. Leitungspositionen wurden beispielsweise mit Ingenieuren besetzt, die aus völlig anderen Fachrichtungen kamen und denen selbst Basiskenntnisse der Landwirtschaft fehlten.²²²⁷ Teilweise wurden auch Fachkader aus der Pflanzenproduktion im Bereich Tierproduktion eingesetzt, obgleich sie für die dortigen Aufgaben nicht annähernd qualifiziert waren.²²²⁸ Dadurch kam es nicht nur zu Fehlern in der Koordination der Betriebsabläufe, sondern auch zum Autoritätsverlust der betreffenden Leitungskader und eine daraus folgende schwindende Arbeitsmoral und Disziplin beim Betreuungspersonal.²²²⁹ KÖPP vermutet, dass der Bedeutungsverlust des Einzeltieres an sich wohl durch den Umstand gefördert wurde, dass in vielen landwirtschaftlichen Betrieben der DDR Leitungskräfte eingesetzt worden waren, denen der bäuerliche Hintergrund fehlte und denen der Respekt vor der Kreatur nicht in die Wiege gelegt worden waren.²²³⁰ So erscheint es als logische Konsequenz, dass der Mangel an Empathie im Hinblick auf das (Nutz)tier eine häufige Ursache für das Dulden von Missständen gewesen sein dürfte. Begünstigend dafür war möglicherweise das nicht allein die DDR betreffende Phänomen einer Entfremdung zwischen Mensch und Tier, die mit der Reduktion manueller Arbeit offenbar zwangsläufig eintritt. Anita IDEL spricht in diesem Zusammenhang von einer durch die Automatisierung entstehenden zunehmenden „räumlichen Distanz“ zwischen Mensch und Tier.²²³¹ Durch die beispielsweise auch von Heide INHETVEEN thematisierte „Mechanisierung“ der Tiernutzung²²³² kam und kommt es zwangsläufig zum Verlust der Du-Evidenz und zum Schwinden der Empathie gegenüber dem Mitgeschöpf. INHETVEEN belegt in zahlreichen, lebhaft geschilderten Beispielen die auch in der Mensch-Nutztier-Beziehung mögliche ausgeprägte Du-Evidenz.²²³³ Sie widerlegt damit die von Hildegund SAUER aufgestellte Behauptung, dass die Beziehung zwischen Mensch und Nutztier nicht zu den du-evidenten gehört.²²³⁴ INHETVEENs Darstellungen über die Veränderung der Mensch-Nutztier-Beziehung durch zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft lassen sich eindeutig auf die DDR übertragen. Wie INHETVEEN richtig beschreibt, kommt es im Rahmen der „Massentierhaltung“ zu einer „Entsubjektivierung und Entpersonalisierung“, da die geforderten Normen jegliche individuellen Abweichungen von körperlichen Merkmalen oder biologischen Vorgängen verbieten.²²³⁵ Die Konsequenz daraus für das Miteinander zwischen Mensch und Tier formuliert INHETVEEN wie folgt: *„Der Umgang mit namenlosen Trägern von Massenmerkmalen, alle gleichförmig, gleich schwer, gleich alt, läßt den Gegenstand reizarm und langweilig erscheinen. Das trägt, ebenso wie die Hygienisierung, zur neuen Sterilität im Mensch-Tier-Verhältnis bei.“*²²³⁶ Die Ergebnisse vorliegender Arbeit kommen zu dem Schluss, dass sich diese Aussagen auf die DDR anwenden lassen. Hinzu kommt der bereits besprochene Aspekt der politischen und ökonomischen Zwänge, denen die in der Landwirtschaft Beschäftigten ebenso wie alle

²²²⁶ Siehe z. B. BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61, Bl. 2

²²²⁷ BStU AOPK Schwerin 649/89, Bl. 15-17

²²²⁸ BStU AOPK Schwerin 741/89, Band 1, Bl.10

²²²⁹ BStU AOPK Schwerin 649/89, Bl. 15-17

²²³⁰ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 300

²²³¹ IDEL, A. (2001) in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001), Den Tieren gerecht werden., S. 34

²²³² INHETVEEN, H. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001), Den Tieren gerecht werden., S. 26

²²³³ INHETVEEN, H. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001), Den Tieren gerecht werden., S. 13-32

²²³⁴ SAUER, H. (1983), Vet. med. Diss. Gießen, S. 18

²²³⁵ INHETVEEN, H. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001), Den Tieren gerecht werden., S. 27

²²³⁶ INHETVEEN, H. (2001), in SCHNEIDER, M. (Hrsg.) (2001), Den Tieren gerecht werden., S. 27

anderen DDR-Bürger unterlagen. Die Bauern reagierten auf die berufliche Entmündigung durch den Staat mit teilweise in Apathie und Depression mündendem Desinteresse. Diese Aspekte verhinderten oft jeglichen Ansatz von ethischem Tierschutz in der Nutztierhaltung der DDR. Das heißt nicht, dass dieser außerhalb der DDR der Leitgedanke bei der Tierhaltung war. Vielmehr lässt sich feststellen, dass die Möglichkeit des Aufbaus einer von Empathie getragenen, du-evidenten Mensch-(Nutz)tier-Beziehung mit zunehmender Bestandsgröße und Technisierung zu schwinden erscheint. In diesem Maße vermindert sich auch der Aspekt der Mitgeschöpflichkeit, also die ethische Tierschutzkomponente. Die Existenz einer du-evidenten Konstellation zwischen Mensch und Tier bedeutet jedoch nicht gleichzeitig eine Garantie für Tierschutz. Möglicherweise hatte der westdeutsche Bauer eine engere Bindung zu „seinen“ Rindern. Ob es diesen, meist angebunden gehaltenen Tieren allerdings besser ging als dem zumindest teilweise auf der Weide und im Laufstall gehaltenen DDR-Rind ohne menschliche Bezugsperson, sei dahingestellt. Als Beispiel können die in den vierziger und fünfziger Jahren auf deutschem Raum vorzufindenden Rinderställe herangezogen werden. Eine Intensivierung der Landwirtschaft wurde auch in anderen Ländern vollzogen, weshalb der damit einhergehende Verlust einer engen Bindung zwischen Mensch und Tier nicht als DDR-Spezifikum zu sehen ist. Ein Unterschied zur DDR existierte sicherlich insofern, dass die landwirtschaftlichen Betriebe, gleich welcher Größe, hier Privateigentum waren. Der Umgang mit dem eigenen Hab und Gut ist zumindest dann von mehr Sorgfalt geprägt, wenn daraus wirtschaftliche Vorteile entstehen. Ethischer Tierschutz könnte hier zudem eher eine Rolle gespielt haben, weil die Nutztiere der bäuerlichen Privatwirtschaft quasi „zur Familie“ gehörten. Trotz der Tatsache, dass sie für den Lebensunterhalt der Familie sorgten, konnten durch die tägliche intensive Betreuung durch zumeist dieselbe Person enge Mensch-Tier-Beziehungen entstehen. Dem steht die durch Schichtwechsel und Fluktuation von Mensch und Tier geprägte Betriebsstruktur sozialistischer Landwirtschaft entgegen. Die anonymisierte Beziehung zwischen Tierpfleger und Nutztier konnte zur Gleichgültigkeit führen. Die Politik versuchte, dies durch Maßnahmen wie das „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ auszugleichen, was nicht immer funktionierte.

5.3 Tierärztliche Tierschutzkonzepte - Der Tierschutz im Aufgabenfeld des sozialistischen Tierarztes

Beim Zusammentragen der Ergebnisse wird deutlich, dass sich das Tätigkeitsspektrum des DDR-Tierarztes im Vergleich zu dem früheren massiv verändert hat. Durch die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft nach 1945 war auch das Aufgabenfeld des Tierarztes einem ständigen Wandel unterlegen. Dieser Prozess musste entsprechend der politischen Umgestaltung mit einem der Zeit angepassten Berufsethos einhergehen. Handeln und Denken der Tierärzteschaft sollten nach den Vorstellungen der politischen Führung aufeinander abgestimmt sein. Noch 1947 wurden die Landesregierungen der sowjetischen Besatzungszone darauf hingewiesen, dass Tierärzte entsprechend der Interzonalen Veterinärkonferenz dazu angehalten seien, Aufgaben des Tierschutzes zu übernehmen. Die „Förderung des Tierschutzgedankens“ wurde hier als eine berufliche Pflicht dargestellt.²²³⁷ In den Folgejahren verlor diese dem Beruf des Tierarztes zugedachte Bestimmung zunehmend an Bedeutung. Der Schwerpunkt der Aufgaben entwickelte sich mit Beginn der Kollektivierung weg vom Einzeltier und von der kurativen Tätigkeit hin zur prophylaktischen Arbeit im

²²³⁷ BArch DK 1/4442, Bl. 298

Großbestand. Vor allem den Veterinären, die vor dieser Reform ausgebildet wurden und tätig waren, fiel das Umdenken schwer. Ein betroffener Tierarzt schildert sein Empfinden der damaligen Situation so: *„Ich übersah in den Ställen die 100 gesunden Kühe, obwohl es ja ihr Erscheinungsbild war, das mir half, das Einhunderteinste zu finden. (...) Und mich auf diese, so ganz andere als die bisherige Welt einzustellen, bereitete mir ganz erhebliche Probleme. Da reichte es bei weitem nicht, gut diagnostizieren und behandeln zu können. Das Einzeltier mit seiner Leistung als Grundlage einer guten Herdenleistung besaß keine Bedeutung in diesen Betrieben. Es ging in der Masse unter. Und es sollte noch lange dauern, bis man erkannte, daß nur durch die Beachtung solcher Einzeltiere die Produktion gesteigert, die Gesundheit verbessert, das allgemeine Betriebsergebnis gestärkt werden konnte.“*²²³⁸

Die Veterinärinspektion des MLF ordnete dem Tierschutz als tierärztliches Aufgabenfeld keine gewichtige Rolle zu. Hier war man der Auffassung, dass nach der Verordnung vom 22.3.1951 über die Verbesserung der tierärztlichen Tätigkeit die Zuständigkeit für Tierschutzfragen und die Einhaltung des Tierschutzgesetzes *„selbständig und allein“* beim Kreistierarzt liegen würde.²²³⁹ Diese Ansicht spiegelt die Professionalisierung des Tierschutzes wider, die den Tierschutz zur politischen Aufgabe eines definierten Berufes deklarierte. Gleichzeitig wurde der Tierschutz bürokratisiert, indem er ausdrücklich einer spezifischen Institution zugeordnet wurde.

Ende der fünfziger Jahre gab es politische Debatten um die Neuorganisation des Tierschutzes in der DDR. HUSSEL appellierte 1959 im Rahmen dieser Auseinandersetzungen an das MLF, positiv auf die Staatsführung im Hinblick auf einen organisierten Tierschutz einzuwirken. Er begründete sein Engagement dafür unter anderem mit der moralischen Verpflichtung der Tierärzteschaft, nicht ohne dabei die Einschränkung des ethischen Gedankens durch das sozialistische Weltbild zu erwähnen: *„Wir Tierärzte müssen die berufenen Vertreter und Träger des Tierschutzgedankens in einer für unsere Arbeiter- und Bauernmacht tragbaren Form an erster Stelle sein und bleiben.“*²²⁴⁰

Im Zuge der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft der DDR wurde der Tierarzt mehr und mehr zum „Produktionsorganisator und Reparaturschlosser“ der zunehmend industrialisierten Landwirtschaft. Damit unterlag tierärztliches Handeln in erster Linie wirtschaftlichen Vorgaben, die aus dem politischen Kurs resultierten. Eine flexible Gestaltung vorgegebener Zahlen unter Berücksichtigung subjektiver betrieblicher Voraussetzungen schien nicht möglich. BRUMME fasst diesen Aspekt im Hinblick auf die verstärkt industrialisierte Tierproduktion wie folgt zusammen: *„Ein wirtschaftlicher Zwang – manchmal schon genauer als politökonomische Entscheidung deklariert – wird im Rahmen des Modells der historischen Gesellschaftsentwicklung in den Rang einer ökonomischen ‚Gesetzmäßigkeit‘ gehoben.“*²²⁴¹

In der DDR wurde nach den Grundlagen des Marxismus-Leninismus regiert. Ziel war der Aufbau des Sozialismus und der Kampf gegen den Kapitalismus, welcher als *„die historisch letzte auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Gesellschaftsform“*²²⁴² galt. Um die damit verbundenen gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen zu erreichen, wurde die Einhaltung entsprechender ökonomischer Prinzipien als zwingend notwendig erachtet.²²⁴³ Diese Grundsätze hatten auch im Bereich des Veterinärwesens und in der Veterinärmedizin

²²³⁸ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 203

²²³⁹ BArch DK 1/4443, Bl. 89

²²⁴⁰ BArch DK 1/4443, Bl. 34; Schreiben von HUSSEL an die Veterinärinspektion des MLF vom 10.01.1959

²²⁴¹ BRUMME, M. F. (1994) in BRUMME, M. F. (1994) (Hrsg.), Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S. 37

²²⁴² BECHER, J. et al. (Hrsg.) (1985), Politische Ökonomie, S. 7

²²⁴³ BECHER, J. et al. (Hrsg.) (1985), Politische Ökonomie, S. 11-12

Priorität. WUNDERLICH hält in seiner Dissertation die Hauptaufgabe der Tierärzte fest: „Für das Veterinärwesen (...) heißt das, einen solchen Gesundheitsstatus der Tiere zu erreichen, der es möglich macht, mit geringstem Aufwand an Futter, Arbeitskraft und Kosten Spitzenleistungen zu erreichen.“²²⁴⁴ Die Aussage veranschaulicht die Priorität vorgegebener ökonomischer Prinzipien, an denen sich die tierärztliche Tätigkeit orientieren sollte. Tierschutzbelange hatten hinter diesen Interessen zurückzustehen.

Wie AZAR richtig feststellte, unterlag das Veterinärwesen der DDR dem Diktat der Partei nach einer auf Produktionssteigerung ausgerichteten Tätigkeit.²²⁴⁵ Das Veterinärwesen sollte demnach „eine hohe und qualitätsgerechte Produktion mit niedrigen Kosten und hoher Arbeitsproduktivität“ sichern.²²⁴⁶ Gesetzlich fixiert wurde die Förderung der Tierproduktion durch das Veterinärwesen im ‚Gesetz über das Veterinärwesen‘ vom 20.06.1962.²²⁴⁷ War vor der landwirtschaftlichen Umgestaltung eine „traditionelle Trennung zwischen veterinärmedizinischen und produktionsorganisatorischen oder produktionsleitenden Aufgaben“ gegeben, änderte sich das Spektrum der Tierärzte nun zugunsten des ‚Prinzips der Einheit von Hygiene und Produktion‘.²²⁴⁸ Unter dem Einfluss ökonomischer Zwänge waren dem Tierarzt, der im Rahmen der Industrialisierung mehr und mehr zum Betriebstierarzt wurde, auch beim Auftreten tierschutzrelevanter Missstände häufig die Hände gebunden. Diese Entwicklung, die sowohl einen Autoritäts- als auch einen Objektivitätsverlust des Tierarztes im landwirtschaftlichen Betrieb zur Folge hatte, hatten Vertreter der Tierärzteschaft bereits Anfang der sechziger Jahre prophezeit.²²⁴⁹ Aus den Reihen des Landwirtschaftsministeriums hatte man diese Befürchtungen für nichtig erklärt: „Die Betriebszugehörigkeit engt den Tierarzt in seiner Handlungsfreiheit keineswegs ein, auch nicht auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung; denn tierärztliche Maßnahmen werden im Interesse des Betriebes und zum Wohle der ganzen Gesellschaft getroffen.“²²⁵⁰ Diese Formulierung ist bezeichnend für die untergeordnete Rolle des Tieres an sich in dieser Zeit, sucht man doch vergebens nach der Thematisierung der Bewahrung tierlicher Interessen als tierärztliche Pflicht.

In den Jahren der Kollektivierung standen Kennziffern und Planvorgaben im Mittelpunkt des Interesses. Man versuchte mit möglichst wenigen und primitiven, da kostengünstigen Mitteln, viel zu produzieren. Häufig ging dieses Bestreben zu Ungunsten der Tiergesundheit und damit des Tierschutzes aus. Beispielhaft dafür sind die vorab beschriebenen Rinder-Offenställe. Weiterhin wurde die Pathogenese von Tierseuchen häufig ungenügend beachtet und hygienische Prophylaxemaßnahmen nicht durchgeführt. KÖPP schreibt dazu: „Hygiene, wie sie von uns [den Tierärzten] gefordert und im Interesse der Gesundheit der Tierbestände angesichts der zunehmenden Massentierhaltung dringend erforderlich wurde, war vielen Betrieben ein Dorn im Auge.“ Als Beispiele für die oft unterlassenen, aber für eine langfristig wachsende Leistung notwendigen Maßnahmen nennt der Autor Quarantänemaßnahmen für Zuchttiere, Zwischendesinfektion der Ställe nach Ausstellung inklusive angemessener Serviceperioden, Remineralisierung von Böden, Seuchenprophylaxe oder das Bereitstellen von Tränkwasser für Weidetiere. Das Versäumnis dieser für einen nachhaltigen

²²⁴⁴ WUNDERLICH, H. (1980) Vet. med. Diss. habil., Bl. 157

²²⁴⁵ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 401

²²⁴⁶ HEINICKE, W., SCHWEDLER, H., BRIGULLA und DÜNGEFELD, H. (1969), MH 24, S. 643-648

²²⁴⁷ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 397

²²⁴⁸ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 397

²²⁴⁹ BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63, Bl. 12; siehe auch PRANGE, H. (Hrsg.) (2011), Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld, Anlagen II/2

²²⁵⁰ PRANGE, H. (Hrsg.) (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld, Anl. II/4: Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums vom 20.12.1962 im Neuen Deutschland (Nr. 349, S. 4)

Produktionszuwachs essentiellen Prinzipien führt KÖPP auf die Priorität der Planerfüllung zurück. Mancher Betriebsleiter vertrat die Ansicht, dass genannte tierärztliche Forderungen die Produktion stören würde oder dass deren Durchführung nicht mit dem Erreichen der von der Partei geforderten Kennziffern vereinbar wäre.²²⁵¹ Erst nach Jahren der wiederkehrenden Seuchenausbrüche, Leistungsstagnation und wiederkehrender Produktionseinbrüche kam es zu einem allmählichen Umdenken. Schrittweise erkannte man Fehler und wurde sich der Wichtigkeit der Tiergesundheit als Bedingung für eine beständige Produktion bewusst: „*Sie [die Tiergesundheit] ist wesentliche Voraussetzung für hohe Dauerleistungen und stellt im Prozeß der sozialistischen Intensivierung eine wichtige Größe dar. Dabei geht es um die Schaffung und Erhaltung eines gesunden Tierbestandes, wirkungsvolle veterinärmedizinische Produktionskontrolle und Garantierung eines störungsfreien Produktionsablaufes sowie die Bekämpfung von Erscheinungen, die durch Außerachtlassung tiergesundheitslicher Erfordernisse einen Rückgang oder Stagnation der Produktion bewirken.*“²²⁵² Diese Aussage verdeutlicht vor allem aber die Motivation für die Schaffung einer stabilen Herdengesundheit, nämlich den ungestörten und bis ins letzte Detail steuerbaren Produktionsablauf.

Der Einfluss der Tierärzte auf den Tierschutz in den landwirtschaftlichen Betrieben darf allgemein als begrenzt angesehen werden. Gute Chancen zur Beseitigung von Missständen bestanden dann, wenn hohe wirtschaftliche Verluste daraus entstanden waren. Häufig hatten die betreuenden Tierärzte jedoch kaum Einfluss auf die Geschehnisse in den Betrieben oder wurden für diese verantwortlich gemacht. Selbst Tierquälereien konnten nicht wirksam unterbunden werden, wenn die notwendige Unterstützung des Veterinärs von Seiten der Kreisleitung fehlte.²²⁵³ BUSCH wies in seinen Ausarbeitungen über den Tierschutz in der Tierproduktion der DDR bereits darauf hin, dass die Beseitigung von Mängeln nicht am fehlenden Enthusiasmus der im Betrieb arbeitenden Tierärzte scheiterte, sondern dass diese sich meist den wirtschaftlichen und politisch-ideologischen Vorgaben unterzuordnen hatten.²²⁵⁴ Selbst in Fällen offensichtlicher Tierquälereien waren die Veterinäre teilweise machtlos, wie Beispiele aus Stasi-Unterlagen demonstrieren.²²⁵⁵ Durch die auferlegten Zwänge wurde die Handlungsfreiheit der Tierärzte teilweise stark eingeschränkt. Häufig musste gegen die eigene Überzeugung gehandelt werden, um ökonomisch zu arbeiten. Auch bei der Behandlung und Prophylaxe von Krankheiten der landwirtschaftlichen Nutztiere spielte dies eine Rolle. Das Angebot an Antibiotika mit Langzeitwirkung war in der DDR sehr begrenzt, wodurch häufige Nachbehandlungen notwendig wurden. Den sich dadurch entwickelnden Resistenzen sollte mittels Dosiserhöhungen entgegengewirkt werden. Weiterhin wurde häufig versucht, Hygienemängel, Fütterungsfehler und suboptimale Klimaverhältnisse im Stall „*durch permanenten oder überhöhten Einsatz von Arzneimitteln auszugleichen*“.²²⁵⁶

AZAR konstatierte in seiner Dissertation bereits, dass die Sicherung der Qualität und Quantität der tierischen Produktion als Hauptaufgabe des Veterinärwesens nach dem V. Parteitag das „sozialistische Veterinärwesen“ charakterisierte. Bei der Analyse der Merkmale des sozialistischen Veterinärwesens stellte AZAR fest, dass die dem Beruf der Tiermedizin traditionell zugesprochenen Obliegenheiten wie Verbraucherschutz und eben auch der

²²⁵¹ KÖPP, W. (2008), Von Tieren und anderen Menschen, S. 94

²²⁵² WÖLLER, H. (1979), Effektivität in der Schweinmast, S. 15

²²⁵³ BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII, 1077, Bl. 105

²²⁵⁴ BUSCH, B. (1994): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: BRUMME, M. F. (Hrsg.) (1994): Veterinärmedizin im Sozialismus. DVG-Tagungsband, S. 80,

²²⁵⁵ Siehe z.B. BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1077, Bl. 106

²²⁵⁶ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 166

Tierschutz im sozialistischen System kaum eine Rolle spielten.²²⁵⁷ Die Ergebnisse vorliegender Arbeit bestätigen diese These. Ergänzend dazu sollte jedoch erwähnt werden, dass der einzelne Tierarzt nicht a priori mit dem ‚Veterinärwesen‘ gleichgesetzt werden kann. Trotz des starren Systems, der Politisierung des Berufes und der versuchten Verhinderung von tierärztlichem Individualismus gab es zahlreiche Tierärzte, die immer wieder versuchten, im Sinne des ethischen Tierschutzes zu agieren. Für das Tier zu agieren und sich für seine Interessen einzusetzen, stellte für viele Tierärzte eine berufsbezogene Selbstverständlichkeit dar. Unabhängig von den vom Staat benannten Aufgaben der Tierärzteschaft beantwortete die Mehrzahl der von der Autorin befragten Zeitzeugen die Frage nach der Motivation für ein Studium der Tiermedizin in erster Linie mit der Liebe zum Tier. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen der Untersuchungen von Uta DIEKMANN, die die Lebens- und Studienbedingungen der angehenden Tiermediziner der Universität Leipzig im Zeitraum von 1968-1990 untersuchte. DIEKMANN dokumentiert, dass neben dem Interesse für naturwissenschaftliche und medizinische Zusammenhänge die Tierliebe bei mehr als der Hälfte aller Studenten die Hauptmotivationen für ein veterinärmedizinisches Studium darstellte.²²⁵⁸ Vermutlich war es das somit vorhandene Mitgefühl gegenüber dem Tier, das die späteren Veterinäre nicht selten dazu brachte, auch auf die Gefahr von beruflichen Konsequenzen hin im Sinne der Kreatur zu agieren, Kritik zu üben und im Sinne eines Tierschutzes tätig zu werden, der über den Tiergesundheitsschutz hinausging. Bei der Einführung von neuen, vermeintlich produktionsfördernden Haltungs- oder Fütterungsmethoden waren es häufig die Tierärzte, die ihre Bedenken dagegen äußerten. Von den praxisfernen, staatlichen Institutionen wurde die ablehnende Haltung gegenüber Neuerungen gleichgesetzt mit Kritik am sozialistischen Fortschritt. Tierärzte sollten nicht bremsend auf die Innovationen einwirken, sondern ihre Kenntnisse dahingehend einbringen, noch ökonomischer in noch größeren Mengen produzieren zu können: *„Dabei geht es in erster Linie um eine auf die Leistung und auf die Kosten bezogene Optimierung der Wechselwirkung zwischen dem biologischen ‚Produktionstier‘ einerseits und der funktionstechnischen Lösung des industriemäßigen Produktionsverfahrens andererseits.“*²²⁵⁹ Als „Reparaturschlosser der Landwirtschaft“ sollte der Tierarzt nach Ansicht der SED-Funktionäre die Mängel und Fehler ausgleichen, die sich aufgrund des wachsenden Gigantismus ergaben (permanenter Futtermangel, schadhafte Ställe, fehlende Investitionsmittel um die Stallungen entsprechend der Tierkonzentrationen zu gestalten - z. B. Lüftung, Futterlager, Isolationsmöglichkeiten etc.). Gleichzeitig sollten letztlich nachhaltig die Kosten für veterinärmedizinische Betreuung gesenkt werden: *„Das bedeutet eine Intensivierung der tierärztlichen Betreuung auch im Sinne höherer materieller und finanzieller Aufwendungen, die sich insgesamt in einer höheren und qualitativ besseren Produktion niederschlagen müssen; d. h. die Aufwendungen müssen relativ niedriger sein.“*²²⁶⁰ Der Tierarzt, der den Beruf ursprünglich ergriffen hatte, um Tieren zu helfen, wurde durch diese agrarpolitischen Diktate in den Konflikt zwischen beruflicher Selbstverwirklichung und die dem zum Teil entgegenstehende sozialistische Pflicht gebracht. Laut BUSCH lag und liegt die Motivation für die Etablierung industriemäßiger Tierproduktionsverfahren ausschließlich im Interesse des Menschen,²²⁶¹ wobei die Bedürfnisse der Tiere häufig gleichzeitig ignoriert werden: *„Mit der Massentierhaltung wird artgerechte Haltung weitgehend unmöglich, zudem kommt es zum Verlust der individuellen*

²²⁵⁷ AZAR, J. (2000), Vet. med. Diss. Hannover, S. 400-401

²²⁵⁸ DIEKMANN, U. (2003), Vet. med. Diss. Leipzig, S. 59

²²⁵⁹ SCHWEDLER, H. (1972), MH 27, S. 372

²²⁶⁰ SCHWEDLER, H. (1972), MH 27, S. 371

²²⁶¹ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 98

*Identität der Tiere, die zu sächlichen Produktionsmitteln degradiert werden.*²²⁶² Für die DDR und den dort praktizierenden Tierarzt ergab sich aufgrund politischer Repressionen daraus folgendes von BUSCH beschriebenes Szenario: „*Ethische Zweifel durften nicht artikuliert werden, weil Zweifel an der Politik der alleinherrschenden Partei schon im Ansatz mit allen Mitteln vermieden werden mußten.*“²²⁶³

Nur wenige Rechercheergebnisse konnten im Bezug auf die Tierschutzsituation in privaten Einzeltierhaltungen der DDR-Bürger aufgefunden werden. Klar wird, dass die Haltung von einzelnen landwirtschaftlichen Nutztieren zu Zwecken der privaten Produktion eine nicht unwesentliche wirtschaftliche Bedeutung für den Tierhalter und seine Familie hatte. Zum einen konnte die kontinuierliche eigene Versorgung mit Lebensmitteln tierischer Herkunft sichergestellt werden, zum anderen konnte man sich durch den Verkauf einiger Produkte wie Eier, Kaninchenfelle etc. ein Zubrot zum Lohn verdienen. Wie die Haltung der Tiere und der Umgang mit ihnen abliefen, spielte offensichtlich eine untergeordnete Rolle. Das ist darauf zurückzuführen, dass die einzelne, kleine Privathaltung für die Volkswirtschaft insgesamt ökonomisch wenig relevant war. Zum anderen konnte man davon ausgehen, dass sich der Tierhalter bestmöglich um seine wenigen privaten Tiere kümmerte, da sie für ihn eine wichtige Nahrungs- und Einkommensquelle und zusätzlich ein Hobby darstellten, welches mit Leidenschaft ausgeübt wurde. Tierschutz im Sinne von Tiergesundheitsschutz dürfte damit in den meisten Fällen gesichert gewesen sein. Der Tierarzt hatte auf die Zustände in den privaten Haltungen nur insofern Einfluss, wenn er vom Tierhalter gerufen wurde. Wenn dann Mängel festzustellen waren, hing es sicherlich vom persönlichen Interesse des Veterinärs am Tierschutz und von dessen diplomatischen Geschick ab, inwieweit er den Tierhalter zur Verbesserung der Haltungsbedingungen bewegen konnte. Allgemeingültige Aussagen über den Schutz von einzelnen Tieren in privaten Haltungen in der Klassengesellschaft der DDR können, auch aufgrund der vielen individuellen Situationen, kaum getroffen werden.

Die Politik übertrug die Verantwortung für Tierschutzaufgaben der Tierärzteschaft, was als Kalkül zu werten ist. Dabei fehlte die heutzutage übliche Betonung dieses Aufgabengebietes, der Tierschutz fand, wenn überhaupt, nur als Nebensache Erwähnung. Im Gegensatz zur in der BRD geltenden standespolitischen Professionalisierung wurde die politisch gewollte Zuordnung des Tierschutzes zum Veterinärwesen in der DDR als Argument für die fehlende Notwendigkeit eines organisierten Tierschutzes angeführt. Diese Entwicklung verlief parallel zu anderen politischen Bereichen, wie beispielsweise Natur-, Umwelt- oder Verbraucherschutz ab. Für diese Verantwortungsbereiche gab es ebenfalls staatliche und berufliche Institutionen, wie beispielsweise Naturschutzbeauftragte, deren Existenz als ausreichend erachtet wurde. Die Bildung selbstorganisierter, demokratischer Interessengruppen wurde verhindert, so dass jegliche soziale Bewegung bereits im Keim erstickt wurde. Letztlich wollte die Politik die Entstehung einer sozialen Bewegung im Rahmen einer Gesellschaftskritik verhindern, da diese eventuell eine Kritik an der sozialistischen Ideologie per se bedeutet hätte. Dass diese Strömungen nicht in jeder Hinsicht erfolgreich unterbunden werden konnte, zeigte sich beispielsweise bei der Entstehung der Friedensbewegung in der DDR zum Anfang der achtziger Jahre. Eine Tierschutzbewegung, die der Friedensbewegung gleichzusetzen wäre, wurde in der DDR nie erreicht.

Die Rolle des Tierarztes im Bezug auf den Tierschutz änderte sich erst, als die politische Fassade der DDR zu bröckeln begann. Aufgrund innenpolitischer Unruhen und Prozesse in den achtziger Jahren war die Sensibilität der Bevölkerung in vielerlei Hinsicht erhöht worden,

²²⁶² BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 99

²²⁶³ BUSCH, B. (1993) in: LOEFFLER, K. (Hrsg.) (1993), Tierschutzethik. DVG-Tagungsband, S. 99

was auch den Tierschutz betraf. Es gab mehr Freiheiten, man denke an die kirchlichen Veranstaltungen, wo kritische Meinungen zu verschiedenen Themen erstmals öffentlich ausgesprochen werden konnten. Auf diese Art und Weise wurde auch das Interesse der Leute an Themen wie Umweltschutz und Tierschutz geweckt. Soziale Bewegungen entstanden trotz politischer Gegenwehr, wobei die Friedensbewegung als wichtigste zu nennen ist. Forderungen nach Mitsprache und Information wurden größer, der Druck auf den Staatsapparat wuchs. Für den Tierschutz blieb das nicht völlig ohne Wirkung. 1989 war das Denken so weit fortgeschritten, dass man dem Tierarzt aufgrund seines Wissens und seines Berufes die fachlichen und moralischen Pflichten zusprach, „*Kraft seiner ausgewiesenen Autorität*“²²⁶⁴ Aufgaben des Tierschutzes wahrzunehmen. Eine Förderung des eigenständigen Handelns wurde nun reaktiviert. Die Termini Berufsethos, moralisch und Tierschutz werden hier wieder im Kontext verwendet, was wohl als Tendenz zum moralisch-ethischen Tierschutz zu werten ist. Erst mit dem Ende der DDR wurde dieser Wandel auch öffentlich artikuliert. Arnulf BURCKHARDT, Ingrid BEHRENDT und Walter SCHINDLER weisen in der von ihnen verfassten Schrift zu den Prinzipien der Tierschutzgesetzgebung in der DDR 1989 darauf hin, dass sich die Tierärzte ihrer Pflicht als Beauftragte des Tierschutzes mit Interesse zu widmen hätten: „*Wir sollten uns dieser Verantwortung mit hohem Engagement stellen, selbst wenn sie ein Mehr an Aufgaben bringen wird.*“²²⁶⁵ Der Tierschutz mit seiner ethischen Komponente nahm damit eine neue Position im Aufgabenspektrum des Tierarztes ein, das Bild des Tierarztes als „Schützer und Beschützer der Tiere“ wurde neu formiert.

Schlussendlich muss festgestellt werden, dass in der DDR kein tierärztliches Tierschutzkonzept im eigentlichen Sinne existierte. Der Tierarzt konnte seiner traditionellen Aufgabe als „berufener Schützer und Beschützer der Tiere“ unter dem Einfluss der marxistisch-leninistischen Ideologie nicht gerecht werden. Die Zuständigkeit für Obliegenheiten des Tierschutzes wurde allein dem Kreistierarzt übertragen. Durch diese von der Politik induzierte Professionalisierung des Tierschutzes konnte die Ablehnung eines von der Bevölkerung geforderten organisierten Tierschutzes gerechtfertigt werden. Ein scheinbares Zugeständnis wurde dahingehend gemacht, dass ab 1973 die Bildung der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene ermöglicht wurde. Diese erwiesen sich jedoch meist als wirkungslos, zudem war deren Existenz kaum bekannt und es gab sie ausschließlich in einigen wenigen Gemeinden der DDR.

Die unter dem ideologischen Einfluss in der DDR vollzogene Politisierung und Ökonomisierung des tierärztlichen Berufes führte zu einer Verschiebung der Prioritäten des tierärztlichen Handelns. Was das System dabei nicht immer schaffte, war eine ebensolche Veränderung der inneren Einstellung und Überzeugung der Tierärzte.

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Ambivalenz des Tierarztes hinsichtlich seiner beruflichen Aufgaben nicht an die DDR und nicht zeitgebunden auftrat. Es war und ist vielmehr die eigentliche berufsspezifische Herausforderung, dem gesellschaftlichen Anspruch an den Tierarzt sowohl als „Anwalt der Tiere“ gerecht zu werden als auch im Sinne des Menschen zu agieren, indem Ernährungsgrundlagen gesichert werden und der Verbraucherschutz gewährleistet wird. TEUTSCH spricht in diesem Zusammenhang von einem „*vorläufig unlösbares Dilemma*“²²⁶⁶ für die tierärztliche Ethik. Er weist darauf hin, dass die Belange des Menschen auch von der Tierärzteschaft vorrangig gegenüber den

²²⁶⁴ BURCKHARDT, A., BEHRENDT, I. und SCHINDLER, W. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 9

²²⁶⁵ BURCKHARDT, A., BEHRENDT, I. und SCHINDLER, W. (1989), Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR, S. 10

²²⁶⁶ TEUTSCH, G. M. (1987), Lexikon der Tierschutzethik, S. 193

Interessen der Tiere behandelt werden. Dies betrifft sowohl den Bereich der Haltung von Nutztieren als auch die Hobbytierhaltung und die psychosoziale Nutzung der kleinen Heim- und Haustiere. Unabhängig von der politischen Ideologie wird auch innerhalb des Berufsbildes „Tierarzt“ die Schwierigkeit der Umsetzung des Gleichheitsprinzips deutlich. Auch SCHNEIDER kritisiert diesen Umstand und den „*niederen moralischen Status*“ des Tieres, in dessen Position es der Mensch allein aufgrund des biologischen Unterschiedes zum Homo sapiens angeblich verdrängt.²²⁶⁷

Der einerseits vorhandene Wunsch, Tiere zu schützen und die andererseits vorhandene existenzielle Beziehung zum Tierhalter, dessen Interessen maßgebend waren, zwang viele Tierärzte in vorab besprochenen Zwiespalt. Dieser Konflikt in der tierärztlichen Ethik besteht auch gegenwärtig noch. Die Besonderheit in der DDR war die offensichtliche Überbetonung menschlicher Interessen und die offene Degradierung des Tieres zum Produktionsmittel, durch welche der Tierarzt in die ausschließliche Rolle des Produktionsorganisations- und Reparaturschlossers gezwungen wurde. Jegliche tierschützerische Ambition aus dieser Position heraus war ökonomisch zu rechtfertigen.

5.4 Zukünftige Forschung

Ziel der vorliegenden Arbeit war die Erstellung eines Überblickes über den Tierschutz im sozialistischen System der DDR. Da die Nutztierarten Rind und Schwein bei der Eigenversorgung des Landes mit Lebensmitteln sowie international eine besondere ökonomische Relevanz für die DDR hatten, wurde eine Analyse der Haltungsbedingungen mit dem Hintergrund der landwirtschaftlichen Entwicklung vorgenommen und diese unter Tierschutzgesichtspunkten betrachtet. Dabei traten Ansatzpunkte für eine weitergehende Forschung auf, die im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter verfolgt wurden. Einige ungeklärte Fragen, die sich als Basis für eine weitergehende Forschung eignen, wurden bereits in der Diskussion angesprochen.

Bei der Recherche in den Archiven, vor allem in der Abteilung DDR des Bundesarchives, im Landesarchiv Berlin und bei der Sichtung von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit fanden sich neben Schriftstücken zu den in vorliegender Arbeit behandelten Tierarten Rind und Schwein zahlreiche Unterlagen, welche die übrigen relevanten Nutztierarten thematisieren. Besonders ergiebig im Hinblick auf Tierschutzfragen dürfte die künftige Untersuchung der Tierarten Geflügel und Schaf sein. Ebenfalls interessant und lohnenswert ist vermutlich die Betrachtung der Themen Tierschutz und Jagd in der DDR sowie der Bereich Pferdesport und Pferdezucht. Auf die Materie der Tierversuche wurde im Rahmen vorliegender Schrift nicht näher eingegangen. Ein bisher ebenfalls nur am Rande erwähnter Punkt, der aufgearbeitet werden sollte, ist der gesamte Themenbereich der „Liebhabertiere“, vor allem die Haltung von Hunden und Katzen in der DDR. Sowohl Hinweise von Zeitzeugen als auch eine Vielzahl von Archivmaterialien deuten auf die Brisanz tierschutzrelevanter Aspekte im Bereich dieser Tierarten hin.²²⁶⁸ Der Zeitzeuge und Tierarzt Ernst WOLL meint, dass sich die Tierschutzambitionen in der DDR, von denen es ohnehin nur wenige gegeben

²²⁶⁷ SCHNEIDER, M. (1991) in PFEIFFER, M. (Hrsg.) (1991): Tierarzt. Berufener Tierschützer. Tagung Bad Boll, S. 60

²²⁶⁸ Zahlreiche entsprechende Eingaben der Bürger an das MLFN finden sich im BArch Berlin. Zeitzeugenaussagen, die aus Interviews mit der Autorin stammen, finden sich im Archiv M. F. BRUMME.

hätte, ausschließlich auf die Nahrungsmittel liefernden Nutztiere bezogen. Hunde, Katzen und andere Heimtiere hätten einen noch geringeren Tierschutzstatus als Nutztiere gehabt, so die Auskunft des Zeitzeugens.²²⁶⁹ Es bleibt zukünftigen Forschungsarbeiten überlassen, die Richtigkeit dieser These zu überprüfen.

So wie vorliegende Arbeit die Beziehung zwischen Mensch und Nutztier unter die Lupe nimmt, könnte man zukünftig jene zwischen Mensch und „Liebhabertier“ unter Einbeziehung der politisch-ideologischen Hintergründe der DDR erforschen. Interessant wäre dabei die Charakterisierung des „Liebhabertierhalters“ in der DDR, eventuell vergleichend zu dem der damaligen BRD. In Anlehnung an die Ergebnisse vorliegender Arbeit sollte hier die Frage eine Rolle spielen, inwieweit die Haltung eines Haus- oder Heimtieres in der DDR mit einem ökonomischen Nutzen gerechtfertigt wurde, beispielsweise die Haltung des Hundes mit dem Zweck der Bewachung des Grundstückes oder die Haltung einer Katze als Mäusefänger. Gegenstand der Untersuchung sollte ebenfalls der psychosoziale Nutzwert der „Liebhabertiere“ in der DDR sein. Möglich wäre im Zuge dessen eine vergleichende Gegenüberstellung der westdeutschen Motivation für die Haltung solcher Tiere.

Forschungsarbeiten mit verstärktem Augenmerk auf philosophischen Aspekten könnten sich mit der vertiefenden Darstellung einer „sozialistischen“ Mensch-Tier-Beziehung beschäftigen.

Nicht explizit eingegangen wurde im Rahmen vorliegender Arbeit auf generelle Unterschiede zwischen der damaligen BRD und der DDR. Angefangen beim detaillierten Vergleich der Rechtsgrundlagen²²⁷⁰ und der Entwicklung der Tierschutzgesetzgebung, weiterführend über die Organisation des Tierschutzes und die Unterschiede der Tierschutzkonzepte in beiden Ländern wäre die Gegenüberstellung beider Staaten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ebenfalls eine Möglichkeit für zukünftige Forschungsvorhaben. An die Thematik anknüpfend sollte die Frage der Grenzhunde behandelt werden. Hierüber liegen sowohl im Bundesarchiv als auch beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Akten vor, außerdem finden sich in diversen Zeitschriften²²⁷¹ Hinweise auf mit den Grenzhunden zusammenhängende Tierschutzfragen. Eine vergleichende Arbeit über die tierärztliche Ausbildung in der ehemaligen DDR und die in den alten Bundesländern existiert derzeit noch nicht. Im Rahmen einer solchen könnte ein Kapitel dem Tierschutz in der Ausbildung gewidmet werden, dessen Stellenwert in beiden Staaten mutmaßlich unterschiedlich hoch war.

Ein weiterer Bereich, welcher zukünftig erforscht werden könnte, ist der Tierschutz in der Zirkus- und Zootierhaltung. Auch diese Thematik würde sich für eine vergleichende Darstellung zwischen DDR und BRD eignen. Gegenstand weiterer Forschungsprojekte könnte auch das in der Einleitung vorliegender Arbeit erwähnte rituelle Schlachten in der DDR sein.

²²⁶⁹ WOLL, E. (2010), Schriftliche Mitteilung vom 20.12.2010

²²⁷⁰ Für die BRD existiert bereits eine Darstellung der Historie der Tierschutzgesetzgebung von 1950-1972 in: PFEIFFER, J. (2004), Das Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972.

²²⁷¹ z. B. „Du und das Tier“ 19-21

6. Zusammenfassung

6.1 Zusammenfassung

Tierschutz in der DDR. Hintergründe zur Entwicklung des Tierschutzes und seiner Organisation. Exemplarische Analyse der Haltungsbedingungen der Tierarten Rind und Schwein unter Tierschutzgesichtspunkten.

Das Ziel vorliegender Arbeit ist die Darstellung der Rolle des Tierschutzes in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Neben der Untersuchung ideologischer und politischer Einflussfaktoren erfolgen die Analyse der rechtlichen Situation und die Erklärung der Bedeutung des Tierschutzes als Ausbildungsinhalt. Thematisiert wird weiterhin die Organisation des Tierschutzes in der DDR. Eine zentrale Fragestellung ist die Haltung der Tierarten Rind und Schwein und die Bewertung der Produktionsverfahren unter Tierschutzgesichtspunkten. Es wird der Versuch einer Darstellung der sozialistischen Mensch-Nutztier-Beziehung vorgenommen.

Als Quellen der Arbeit dienten Archivalien des Bundearchivs Berlin-Lichterfelde, des Landesarchivs Berlin, Akten des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dokumente von Zeitzeugen sowie Artikel aus veterinärmedizinischen und landwirtschaftlichen Zeitschriften des Landes. Außerdem wurden diverse Zeitzeugen sowohl schriftlich als auch mündlich zur Thematik befragt.

Im ersten Teil der Dissertation werden die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitraum von 1949-1989 geschildert, die die Entwicklung der Landwirtschaft, des Veterinärwesens und somit auch den Tierschutz maßgeblich beeinflussten. Dabei kristallisiert sich bereits heraus, dass der Tierschutz als eigenständige Disziplin keine Rolle spielte. Anschließend erfolgt eine Darstellung des Stellenwertes des Tierschutzes in der Ausbildung. Es wird klar, dass Tierschutz kein Vorlesungs- oder Prüfungsfach in der Ausbildung veterinärmedizinischer Fachkräfte war. Deutlich wird schon hier, dass der sozialistische Tierarzt nicht als berufener Tierschützer gefragt war, sondern dass er vielmehr Aufgaben der Förderung und Organisation der Produktion in der zunehmend intensivierten Landwirtschaft zu erfüllen hatte. Bei der anschließenden Aufstellung der in der DDR geltenden tierschutzrelevanten Rechtsvorschriften wird belegt, dass ein zusammenhängendes Tierschutzgesetz fehlte. Offiziell hatte bis zum Ende der DDR das Reichstierschutzgesetz von 1933 noch Gültigkeit. Diese Tatsache war aber selbst Tierärzten kaum bekannt. Daneben existierten zahlreiche Einzelregelungen, die den Tierschutz mehr oder weniger tangierten. Jahrelang wurde über die Neuregelung der Tierschutzgesetzgebung erfolglos debattiert. Ähnlich zäh verliefen die über die gesamte Zeit der DDR verlaufenden Diskussionen um eine organisierte Form des Tierschutzes. In der DDR gab es keinen organisierten Tierschutz. Die Bildung selbstorganisierter, demokratischer Bewegungen wurde durch die Staatsführung verhindert. In einzelnen Gemeinden konnten Tierschutzinteressierte ihre Aufnahme in staatliche Massenorganisationen wie den Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter oder Kulturbund durchsetzen. In den achtziger Jahren bildeten sich innerhalb der kirchlichen Umweltgruppen vereinzelt Tierschutzgruppen, in denen Tierschützer unter dem Schutz der Kirche zumindest Gedankenaustausch betreiben konnten.

Im Bereich der privaten Tierhaltungen der Bürger waren offiziell die Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene für die Einhaltung des Tierschutzes verantwortlich. Diese existierten jedoch nur vereinzelt in größeren Städten. In den übrigen Gemeinden war das örtliche Veterinärwesen für Tierschutzbelange zuständig.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Haltungs- und Fütterungsmethoden von Rindern und Schweinen in der DDR untersucht. Es wird aufgezeigt, dass abhängig von der landwirtschaftlichen Entwicklung verschiedene tierschutzrelevante Probleme auftraten. Eine der wichtigsten Ziele der DDR-Regierung war die Eigenversorgung des Landes mit Lebensmitteln tierischer Herkunft. Der Stellenwert des Einzeltieres sank mit fortschreitender Intensivierung der Landwirtschaft stetig. Bei der Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden wurde in erster Linie darauf geachtet, dass die Produktivität verbessert und Kosten minimiert werden konnten. Arteigene Verhaltensmuster der Nutztiere wurden dabei kaum berücksichtigt. Speziell die Bewegungs- und Beschäftigungsbedürfnisse konnten in den meisten landwirtschaftlichen Tierhaltungen nicht ausreichend befriedigt werden. Es wurden verschiedene neue Methoden direkt am Tier getestet, wobei nicht selten vermeidbare Leiden für Tiere entstanden. Die von der Partei diktierten Planvorgaben mussten unabhängig von den in der Praxis gegebenen Möglichkeiten umgesetzt werden. Als problematisch aus Sicht des Tierschutzes war vom Zeitpunkt der Kollektivierung an vor allem die Haltung zu vieler Tiere, für die das erforderliche Futter oft nicht beschafft werden konnte. Um Futterreserven zu erschließen, war man sehr erfinderisch. Nicht selten kam es durch die Erprobung von Reservefuttermitteln zu Erkrankungen und Todesfällen bei den Tieren. Der Mangel an Futter, Baumaterial, Kapital und schließlich auch ein Mangel an qualifiziertem und motiviertem Personal waren wichtige Ursachen dafür, dass vor allem im Jungtierbereich bis zum Ende der DDR massive Verluste entstanden. Die Bürger der DDR wurden über die Abläufe in den landwirtschaftlichen Betrieben kaum informiert.

Tierschutz und Tierhygiene wurden in der industriemäßigen Tierhaltung als fixe Einheit verstanden, die hinter ökonomischen Interessen zurückzustehen hatte. In der DDR hatte ethischer Tierschutz, der das Tier als leidensfähiges Mitgeschöpf in den Mittelpunkt stellt, kaum eine Bedeutung.

6.2 Summary

Animal Welfare in the GDR. Background of the development of animal welfare and its organisation. Exemplary analysis of the husbandry conditions of the species cattle and pigs and their evaluation with regard to animal welfare.

The topic of the present study is to depict the role of animal welfare in the former German Democratic Republic (GDR). In addition to the study of the influencing ideological and political factors, the analysis of the then existing legal basis and an explanation of the importance of animal welfare in veterinary education are performed. Furthermore, the organisation of animal welfare in the GDR is picked out as a central theme. A major issue is the husbandry of the bovine and porcine species and the assessment of the animal production methods with regard to animal welfare. An attempt is being made to describe the so-called socialist relationship between human beings and productive livestock. The sources used for this dissertation were archived documents from the archives of the Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (Federal Archives Berlin-Lichterfelde), the Landesarchiv Berlin (State Archives Berlin-Lichterfelde) and files of the Federal Commissioner for the Records of the State Security Service of the former GDR, documents of contemporary witnesses as well as articles from professional veterinary and agricultural journals. In addition, several contemporary witnesses were interviewed to the subject both in writing and orally.

In the first part of the dissertation the general socio-political conditions in the period between 1949 and 1989, which influenced the development of agriculture, veterinary services and thus also animal welfare considerably, are described. This shows already that animal protection as an independent discipline was irrelevant. Afterwards the importance of animal welfare in the veterinary education is being presented. Herein it becomes clear that animal welfare was neither a lecture nor an examination subject in veterinary studies. This already reveals that the socialist veterinarian was not supposed to be a dedicated animal rights activist by profession, but that in fact he rather had to fulfil tasks in order to promote and organise the production in a more and more intensified agriculture. By means of the then following compilation of the valid statutory regulations of the GDR dealing with animal welfare, it is documented that there was no consolidated animal welfare act. Until the end of the GDR in 1990 the German Reich Animal Welfare Act of 1933 was officially still valid. This fact, however, was hardly known even to veterinarians. Besides that, there were a lot of single regulations dealing more or less with aspects of animal welfare. For years debates were made on a reorganisation of the legislation concerning the protection of animals, but to no avail. Throughout the entire existence of the GDR discussions on how to establish an organised form of animal welfare went on in a similarly tenacious manner. There was no organised animal protection in the GDR. The formation of self-organised, democratic movements was prevented by the government. In some communities people interested in animal welfare were able to enforce their admission to state mass organisations like the “Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter” (union of garden plot holders, settlers and small animal breeders) or the “Kulturbund” (cultural federation). In the 1980s some groups dedicated to animal welfare emerged sporadically within environmental groups of the church. Thus protected by the church these animal rights activists were at least able to exchange their thoughts and ideas. In the area of animal husbandry by individuals the so-called advisory councils for animal hygiene and welfare were officially responsible for the compliance of the animal welfare regulations. However, they only existed sporadically in major cities. In all other communities the local official veterinary surgeons were responsible for animal welfare matters.

In the second part of the thesis, the keeping and feeding methods of cattle and pigs in the GDR are investigated. It is shown that depending on the agricultural development various problems occurred in conjunction with animal welfare. One of the main objectives of the East German government was the self-sufficiency of the country with foods from livestock breeding. The significance of the single animal became steadily less important due to the increasing intensification of agriculture. When introducing factory farming methods attention was primarily paid to improve productivity and to minimise costs. In doing so, the characteristic behaviour patterns of the farm animals were hardly taken into account. In most of the livestock husbandry cases especially the needs of the animals for movement and activity could not be satisfied adequately. Various new methods have been tested directly on animals, which very often caused otherwise avertible suffering for them. The plan requirements dictated by the Party and subsequently by the government had to be implemented by all means without accounting for the real possibilities existing in practice. Ever since the collectivization until the end of the GDR one of the biggest problems as regards animal welfare was the husbandry of too many animals for which it was often impossible to get the necessary forage. In order to tap forage reserves, one was very inventive. The testing of alternative forages often resulted in animals falling ill or dying. The lack of forages, building materials, capital and finally also a lack of qualified and motivated personnel were important causes for the massive losses that mainly occurred on young cattle until the end of the GDR. The citizens of the GDR were hardly informed about the processes in the agricultural operations. In industrial livestock husbandry animal welfare and hygiene were considered as a fixed entity that had to stand back behind economic interests. Ethical animal welfare that centres the animal as a fellow creature being capable of suffering was almost irrelevant in the GDR.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1 Quellenverzeichnis

7.1.1 Gedruckte Quellen

7.1.1.1 Gesetze, andere Rechtsakte und amtliche Mitteilungen

- 01.01.1872 Reichsstrafgesetzbuch vom 15.05.1871. Inkrafttreten am 01.01.1872.
RGGBl 1871 S. 127
- 22.03.1951 Verordnung über die Organisation des Veterinärwesens und der
Verbesserung der tierärztlichen Tätigkeit.
GBl. 1951, Nr. 38, S. 223-224
- 13.11.1952 Verordnung über die tierärztliche Betreuung den landwirtschaftlichen
Produktionsgenossenschaften
GBl. 1952, Nr. 161, S. 1209-1210
- 19.12.1952 Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen in den
Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 19.12.1952.
GBl. 1953, Nr. 1, S. 13-14
- 25.11.1953 Gesetz zur Regelung des Jagdwesens vom 25.11.1953.
GBl. I 1953, Nr. 125, S. 1175-1179
- 04.08.1954 Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur
vom 04.08.1954.
GBl. I 1954, Nr. 1, S. 695
- 12.06.1958 Beschluß zur Förderung der weiteren sozialistischen Umgestaltung
der Landwirtschaft vom 12.06.1958.
GBl. I 1958, Nr. 47, S. 529-533
- 20.06.1962 Gesetz über das Veterinärwesen vom 20.06.1962.
GBl. I 1962, Nr. 5, S. 55-60
- 05.11.1963 Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten
vom 05.11.1963.
GBl. II 1963, Nr. 98, S. 773-776
- 31.12.1963 Verfügung zur Durchführung der Anordnung vom 31.12.1963 über die
Bildung veterinärmedizinischer Fachorgane -
(Veterinärhygieneinspektionen und Veterinärhygienischer
Verkehrsüberwachungsdienst) vom 31.12.1963.
GBl. II 1964, Nr. 12, S. 99-101

- 22.09.1966 Verordnung über die veterinärhygienische Überwachung des Verkehrs mit Tieren, tierischen Erzeugnissen und Rohstoffen sowie Gegenständen, die Träger von Ansteckungsstoffen für Tiere sein können, beim Überschreiten der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik.
Veterinärmedizinische Grenzüberwachungsverordnung vom 22.09.1966.
GBl. Teil II 1966, Nr. 102, S. 659-662
- 14.09.1967 Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes vom 14.09.1967.
Novelle der ursprünglichen Fassung vom 22.12.1955.
GBl. II 1967, Nr. 105, S. 733
- 12.01.1968 Strafgesetzbuch der DDR (StGB).
Neufassung vom 19.12.1974.
GBl. I 1975, Nr.3, S. 13
- 12.01.1968 Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12.01.1968.
GBl. I 1968, Nr. 3, S. 101-109
- 11.08.1971 Verordnung zum Schutz der Tierbestände vor Tierseuchen, Parasitosen und anderen besonderen Gefahren vom 11.08.1971.
(Tierseuchenverordnung).
GBl. II 1971, Nr. 64, S. 557-561
- 24.07.1972 Tierschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Inkraftgetreten am 01.10.1972.
BGBl. I, S. 1277
- 04.07.1973 Anordnung über die Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene vom 04.07.1973 bzw. 13.08.1973.
GBl. I 1973, Nr. 36, S. 382-384
- 11.12.1975 Verordnung über die staatliche Hygieneinspektion vom 11.12.1975.
GBl. I 1976, Nr. 2, S. 17-21
- 22.03.1984 Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 22.03.1984.
GBl. II 1984, Nr. 14, S. 173
- 11.10.1984 Verordnung über die veterinärhygienische Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs - Veterinärhygienische Grenzüberwachungsverordnung vom 11.10.1984.
GBl. I 1984, Nr. 29, S. 328
- 04.07.1985 Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR vom 04.07.1985.
GBl. I 1989, Nr. 18, S. 213

- 26.11.1986 Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 26.11.1986.
(Arzneimittelgesetz).
GBl. I 1986, Nr. 37, S. 473
- 01.12.1986 Vierte Durchführungsbestimmung zum Arzneimittelgesetz
vom 01.12.1986.
GBl. I 1986, Nr. 37, S. 491
- 17.02.1989 Anordnung über die Haltung und veterinärmedizinische Überwachung
von Tieren zur Gewinnung, Herstellung oder Prüfung von
Arzneimitteln vom 17.02.1989.
GBl. I 1989, Nr. 7, S. 114

7.1.1.2 Quellensammlungen und Quelleneditionen

Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Sektor Agrarpropaganda (Hrsg.) (1960):
I. Zenrale Konferenz der Tierärzte der Deutschen Demokratischen Republik am 11. und 12.
September 1959 in Leipzig. Überarbeitetes Protokoll. Deutscher Bauernverlag, Berlin (Ost).

7.1.1.3 Statistische Jahrbücher

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1987): Statistisches Jahrbuch der
Deutschen Demokratischen Republik '87. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen
Republik, Berlin.

7.1.2 Ungedruckte Quellen

7.1.2.1 Archivalien

Es folgt eine Auflistung der Archivalienbände, aus denen zitiert wurde. Der verwendete Inhalt
beziehungsweise die Charakterisierung der Aktenbände werden in Stichworten aufgeführt.

7.1.2.1.1 Bundesarchiv, Abteilung DDR (BArch)

MLEF, MLF und MLFN

| <u>Signatur</u> | <u>Blatt-Nr.</u> | <u>Inhalt</u> |
|-----------------|------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BArch DK 1/1715 | o. Bl. | Antwortschreiben der Abt. Veterinärhygiene des MLFN an Bürgerin Gisela DIESEL vom 17.12.1973 |
| BArch DK 1/1760 | o. Bl. | Schreiben von Dr. H. ZESEWITZ an Herrn DEHNSDORF vom 21.09.1960 |
| BArch DK 1/1761 | 66-72 | Staatssekretär SKODOWSKI: Entwicklung des Veterinärwesens 1957-62 |
| BArch DK 1/3838 | 77 (74-81) | Bericht über die in der BTI Erfurt vorgefundene Situation (MLFN) |
| BArch DK 1/3838 | 115 | Jahresbericht 1961 des MLF über die Tierverluste in der DDR |
| BArch DK 1/3839 | 6 (5-8) | Empfehlungen des MLEF zur Sicherung der Futtergrundlage bis zum Anschluss an die neue Ernte |
| BArch DK 1/3839 | 121 (121-126) | Richtlinien über die Maßnahmen zur Sicherung einer richtigen Winterhaltung der Tiere, insbes. der Kühe in Offenställen, sowie der Sauen und der Ferkel |
| BArch DK 1/3839 | 260 (260-261) | Hinweise (des MLF) für die Winterhaltung |
| BArch DK 1/3862 | o. Bl. | Merkblatt über „Jungrinderaufzucht durch naturhafte Haltung und Weidgemeinschaften“ |
| BArch DK 1/4441 | 20-25 | Schreiben des MLF Lothar HUSSEL an das ZK der SED (Genosse MELLENTIN) vom 18.07.1957 |
| BArch DK 1/4441 | 26 | Artikel in Zeitschrift `Wochenpost` Nr. 21 vom 25.05.1957 |
| BArch DK 1/4441 | 59 | Protokoll über die am 13.01.1957 stattgefundene Delegierten-Tagung des Tierschutzes in Halle/Saale |

| | | |
|-----------------|---------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BArch DK 1/4441 | 70 | Schreiben des Kreistierarztes des Kreises Stassfurt an Rat des Bezirkes Magdeburg vom 16.01.1956 |
| BArch DK 1/4441 | 85-86 | Protokoll der DVP und dem MLF über die Verhandlung der Aufnahme einer Sparte Tierschutz in die Kreisverbände der KSK vom 23.11.1956 |
| BArch DK 1/4441 | 103-106 | Protokoll der Abteilungs-Leiter-Besprechung vom 26.10.1956 |
| BArch DK 1/4441 | 107-108 | Schreiben des Leiters der HA Veterinärwesen Dr. KUMM an Minister Hans REICHELT vom 31.07.1953 |
| BArch DK 1/4441 | 113 | Schreiben der `Wochenpost` an das MLF vom 21.11.1955 |
| BArch DK 1/4441 | 146 | Schreiben von E. DEELITZ an die Fraktion des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der Volkskammer der DDR vom 03.12.1955 |
| BArch DK 1/4442 | o. Bl. | Mitteilung aus „Das Volk“ vom 26.04.1956, Nr. 98 |
| BArch DK 1/4442 | 10 | Antwortschreiben von Lothar HUSSEL an die CDU vom 11.07.1955 |
| BArch DK 1/4442 | 11 | Schreiben der CDU vom 17.06.1955 |
| BArch DK 1/4442 | 120 | Stellungnahme des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten zur Welttierschutzorganisation vom 02.12.1953 |
| BArch DK 1/4442 | 161 | Antwortschreiben der HA Veterinärwesen und Tierische Produktion an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Aue vom 23.08.1955 |
| BArch DK 1/4442 | 174 | Protokoll der Besprechung vom 20.08.1955 |
| BArch DK 1/4442 | 186 | Schreiben des Professor KETZ an Kreistierarzt MÖLLER (Gotha) vom 31.08.1953 |
| BArch DK 1/4442 | 198 | Schreiben des Präsidenten des Landes-Tierschutz-Verbandes Sachsen-Anhalt an die Regierung vom 12.07.1953 |

| | | |
|-----------------|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BArch DK 1/4442 | 216 | Schreiben der HA Veterinärwesen an das ZK der SED vom 12.2.1953 |
| BArch DK 1/4442 | 225 | Schreiben der T. TRAUTVETTER vom 07.08.1952 und 08.11.1952 |
| BArch DK 1/4442 | 235 | Schreiben der T. TRAUTVETTER vom 08.11.1952 |
| BArch DK 1/4442 | 239 | Schreiben des Präsidenten des Landes-Tierschutz-Verbandes Sachsen-Anhalt an das MLF (Dr. GEIBLER) vom 15.05.1952 |
| BArch DK 1/4442 | 248 | Schreiben der HA Veterinärwesen des MLF an die Landesregierung Mecklenburg vom 29.08.1951 |
| BArch DK 1/4442 | 274 | Korrespondenz HA Veterinärwesen an das Ministerium des Innern vom 20.06.1950 |
| BArch DK 1/4442 | 275 | Entwurf einer `Verordnung über die Förderung des Tierschutzes` vom 01.06.1950 |
| BArch DK 1/4442 | 277 | Schreiben der VdgB an das MLF vom 24.01.1950 |
| BArch DK 1/4443 | 15 | Stellungnahme der Deutschen Volkspolizei vom 18.08.1959 an das MLF |
| BArch DK 1/4443 | 32 | Stellungnahme der Veterinärinspektion des MLF an Lothar HUSSEL vom 26.02.1959 |
| BArch DK 1/4443 | 33-34 | Schreiben von Lothar HUSSEL an die Veterinärinspektion des MLF vom 10.01.1959 |
| BArch DK 1/4443 | 35 | Schreiben der Veterinärinspektion des MLF an J. RÖSSGER vom 05.03.1959 |
| BArch DK 1/4443 | 49 | Schreiben der Veterinärinspektion an Lothar HUSSEL vom 06.01.1959 |
| BArch DK 1/4443 | 53-55 | Schreiben von Lothar HUSSEL (Veterinärmedizinische Fakultät der KMU Leipzig) an Minister Hans REICHELT vom 18.11.1958 |
| BArch DK 1/4443 | 68 | Schreiben des H. SCHÜTTING (Spartenleiter Greifswald) an das MLF vom 14.10.1958 |
| BArch DK 1/4443 | 73 | Schreiben der Veterinärinspektion des MLF an M. DEUTSCHTEIN vom 11.11.1958 |

| | | |
|-------------------|--------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BArch DK 1/4443 | 89-90 | Schreiben des MLF an die Volkskammer vom 07.11.1958 |
| BArch DK 1/4443 | 93 | Schreiben des MLF an das Ministerium des Innern vom 08.02.1958 |
| BArch DK 1/4443 | 99 | Schreiben Tierschutzverein Raguha an das MLF vom 18.07.1959 |
| BArch DK 1/10320 | | Protokoll des "Zentralen Erfahrungsaustausches" zu Problemen der Milchproduktion und der Entwicklung der Kuhbestände sowie der Winterfütterung der Kühe vom 25.10.1960 in Leipzig. Hrsg.: Regierung der DDR, MLEF/HA Agrarpropaganda |
| BArch DK 1/10320 | 79 | Rede des Herrn JÄNNRICH, Melkermeister am Institut für Grünlandforschung in Paulinenaue |
| BArch DK 1/10662 | 2-10 | Schreiben von G. GÖTTING an G. EWALD vom 26.05.1965 |
| BArch DK 1/10662 | 76-81 | Gutachten über die Tätigkeit des DDR-Tierschutzes von L. HUSSEL (04.05.1961) |
| BArch DK 1/10662 | 82 | Schreiben des Tierschutzverein Magdeburg an das MLEF vom 20.02.1961 |
| BArch DK 1/10662 | 83 | Schreiben der Veterinärinspektion des MLF an E. MÜLLER vom 21.2.1961 |
| BArch DK 1/10662 | 91 | Hausmitteilung des MLF über die Verfahrensweise in Tierschutzfragen vom 04.01.1957 |
| BArch DK 1/10662 | 93 | Entwurf zum Memorandum betreffs Tierschutzfragen |
| BArch DK 1/10886 | o. Bl. | Tiervergiftungen |
| BArch DK 1/10886 | o. Bl. | Schreiben des Haupttierarztes von Halle, Dr. SCHWÖRER, an Minister EWALD vom 4.7.1964 |
| BArch DK 1/13835 | o. Bl. | Veterinärhygienischer Verkehrsüberwachungsdienst (VHVD) |
| BArch DK 1/ 17158 | o. Bl. | Antwortschreiben der Abt. Veterinärhygiene des MLFN an Bürgerin Gisela DIESEL vom 17.12.1973 |

7.1.2.1.2 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)

| | | |
|-----------------------|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| SAPMO-BArch DY 27/183 | o. Bl. | Korrespondenz Bahninspektor W. WERNER mit K. KNESCHKE (Kulturbund),(1952) |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | o. Bl. | Antwortschreiben des K. Kneschke an W. Werner vom 26. Mai 1952 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | o. Bl. | Korrespondenz Toni TRAUTVETTER (Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Tierschutz Gotha) mit dem Kulturbund, Schreiben der Toni TRAUTVETTER vom 20.03.1952 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | o. Bl. | Korrespondenz Hildegard LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt, mit K. KNESCHKE (Kulturbund) – Brief der H. LANGE an K. KNESCHKE vom 19.01.1952 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | o. Bl. | Korrespondenz H. LANGE (Gesellschaft zum Schutz der Tiere, Erfurt) mit K. KNESCHKE - Brief des K. KNESCHKE vom 04.02.1952 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | o. Bl. | Korrespondenz zwischen Genossen Bergmann und K.- H. Schulmeister betreffs der Bemühungen um eine Tierschutzorganisation in der DDR, Initiator Gerald GÖTTING (Kulturbund) |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | 28 | Schreiben der Abt. Veterinärwesen des Rates des Bezirkes Rostock an das MLF vom 05.06.1957 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | 46 | Stellungnahme des Hauptreferenten des MLF DEMSKI zum Schreiben des Prof. Hans PETZSCH vom 15.02.1957 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | 47 | Schreiben Prof. Hans PETZSCH an Werner BÜRKLE vom 13.01.1957 |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | 50-52 | Schreiben von Abt. Tierhygiene (DEMSKI) an W. BÜRKLE, Vorsitzender des Tierschutzvereines Magdeburg und Umgebung |
| SAPMO-BArch DY 27/183 | 3689 | Leserbrief des Erich HULE (Vorsitzender Ortsverband |

Weida der NDPD) an die Schriftleitung der Deutschen
Woche Berlin, 03.01.1952

SAPMO-BArch DY 8319 o. Bl. Schreiben des H. BÄNNINGER an K.-H.
SCHULMEISTER vom 03.12.1965

7.1.2.1.3 Landesarchiv Berlin (LAB)

| <u>Signatur</u> | <u>Blatt-Nr.</u> | <u>Inhalt</u> |
|----------------------------|------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| LAB C Rep. 635 Nr. 129 | 1-45 | Übersicht über die Standorte der VVB Industrielle Tierproduktion, Betriebsdaten |
| LAB C Rep. 635 Nr. 129 | 41 | Kälberaufzuchtstall. |
| LAB C Rep. 635 Nr. 129 | 43 | Innenansicht eines Stalles im VEB KIM Herzfelde |
| LAB C Rep. 635 Nr. 134/1 | o. Bl. | Entwurf über die Tendenzen der prognostischen Entwicklung der Tierproduktion bis 1980 bzw. 1985 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | o. Bl. | Schreiben der VP an den I. Vorsitzenden des TSV Berlin vom 06.01.1969 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 1-37 | Über den Beirat für Tierschutz und Tierhygiene von Berlin. 1968-1974 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 2 | Abschrift des Schreibens des Generalmajors ENDE an den 1. Voritzenden des TSV Berlin Paul SCHIESCHKE vom 15.11.1968 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 6-7 | Protokoll der Konstituierung des Tierschutzbeirates Berlin vom 18.11.1968, aufgesetzt von W. FRITZENWANKER am 21.11.1968 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 14-15 | Protokoll über die Arbeitsberatung des Tierschutzbeirates Berlin am 06.05.1969 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 17-18 | Protokoll des Tierschutzbeirates Berlin vom 04.03.1969 |

| | | |
|----------------------------|--------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 19-24 | Protokoll der Jahrestagung des Tierschutzbeirates von Berlin am 07.12.1971 |
| LAB C Rep. 112-02, Nr. 237 | 29-32 | Protokoll der Jahrestagung 1973 des Tierschutzbeirates von Berlin am 07.02.1974 |
| LAB C. Rep. 101 Nr. 2140 | o. Bl. | Planziele der Tierproduktion laut XI. Parteitag der SED 1986/1987. Aus: Entwurf der Arbeitsentschließung der Bauernkonferenz Berlin vom 16.03.1985 |

7.1.2.1.4 Archivalien der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

| <u>Signatur</u> | <u>Blatt-Nr.</u> | <u>Inhalt</u> |
|-------------------------------|------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BStU MfS ZAIG Nr. 386, 123/61 | 1-19 | Die Situation im Offenstallbauprogramm der DDR und über Auswirkungen des Ministerratsbeschlusses vom 5.1.61 sowie seiner Ergänzung vom 26.1.1961 |
| BStU MfS ZAIG Nr. 413, 243/61 | 1-4 | Viehverluste in der LPG "Einheit" in Kremmen/Oranienburg |
| BStU MfS ZAIG Nr. 758, 313/63 | 1-13 | Bericht über einige Ursachen der Viehverendungen in der Landwirtschaft der DDR und einige Fragen des Veterinärwesens (Mai 1963) |
| BStU MfS ZAIG Nr. 758, 348/63 | 14-25 | Bericht über ablehnende Auffassungen führender Veterinär-Mediziner gegenüber Vorstellungen unserer Partei über die weitere Entwicklung des Veterinärwesens in der DDR (Mai 1963) |
| BStU MfS ZAIG Nr. 758, 490/62 | 26-40 | Bericht über die Einstellung einer Reihe von Tierärzten zu einigen aktuellen Problemen des Veterinärwesens der DDR (August 1963) |
| BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64 | 1-4 | Bericht über einige Ursachen der Viehverluste in der Landwirtschaft der DDR |

| | | |
|----------------------------------------------------------|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BStU MfS ZAIG Nr. 20623, 2651/88 | 17 | Information über Probleme der Umweltbelastung durch den VEB Schweinezucht und-mast Neustadt/Orla und in diesem Zusammenhang gegenwärtig anstehender Probleme |
| BStU MfS HA XX, Nr. 10327, Teil 1 von 3 | 70-98 | Einschätzung der Vereinigungen in der DDR unter besonderer Berücksichtigung des "Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (ZV KSK)" vom 02.06.1966 |
| BStU MfS HA XX Nr. 12261 | 62-64 | Aufstellung von Vereinen und Organisationen, die ihren zentralen Sitz in Westdeutschland haben vom 20.07.1961; Vereine und Organisationen der DDR |
| BStU MfS HA XX Nr. 12261 | 439-449 | Bericht über die Tierschutzvereinigungen in der DDR vom 10.08.1962 |
| BStU MfS BV Swn AOPK 649/89, Bd. 1 | 14-17 | Bericht: Einige Probleme der Produktion und Leitung in der Mastanlage Wanzlitz. |
| BStU MfS BV Swn, Reg.-Nr. II/352/80, 215/94, Bd. 2 | 19-20 | Information des IM "Becker" zur Situation bei Ferkelverlusten im Bereich Warnow |
| BStU MfS BV Swn, Reg.-Nr. II/352/80, 215/94, Bd. 2 | 108 | Information zu Tierverlusten in der LPG (T) Warnow |
| BStU MfS BV Swn AU 14/62, Bd. 1 | 193 | Protokoll über die Leitungssitzung am 31.8.1961- Auswertung der Ursachen der hohen Rinderverluste |
| BStU MfS BV Swn Abt. IX, 232 | 1-4a | Fernschreiben über Vererdungen von Kühen durch Pansenazidose vom 02.11.1982 - Information zum Verdacht der Schädigung des Tierbestandes gem. Paragraph 168 STGB |

| | | |
|------------------------------------------------------------------------|---------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Bd. 1 | 4-199* | Akte OPK "Halbleiter" |
| BStU MfS BV Swn KD Bützow 10183 | 3-107* | Bericht über Vorkommnisse in der Vorstapelanlage in der LPG Kurzen-Trechow |
| BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1077 | 90 104-108, 113-114 | Operative Information über Disziplinlosigkeiten, Schlendrian und andere Mißstände in der LPG Tierproduktion Blumenthal, Kreis Pritzwalk, im Sinne der Sachverhaltsart 5.6. |
| BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1128 | 22-26 | Lageeinschätzung, Verlustgeschehen in den LPG (P) und (T) unter Beachtung der Vorbereitung der Getreide- und Hackfruchternte |
| BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1302 | 74 | Morbiditätsursachen Kälber Bez. Potsdam 1984 und 1985 |
| BStU MfS BVfS Potsdam, Abt. XVIII 1386, | 3-5 | Bericht zum Verlauf der Nitrat-Nitrit-Vergiftung im VEG Gemshagen, BT Rindermast Friederikenhof/Birkholz |
| BStU MfS BVfS Pdm KD PW 121, Band I | 37-144* | IM-Vorgang "Wehner", Misstände in der Bullenmastanlage der LPG (T) Seefeld |
| BStU BVfS Potsdam, AKG 399 | 267-269 | LPG ISZ Frankenförde, LPG Felgentreu: Bericht über das Fütterungsexperiment "Faulschlamm" |
| BStU MfS BVfS Potsdam, KD Pw 160, Bd. 8 | 42-162* | Bericht des IMS "K. Wolf" über den Tierarzt xy, LPG (T) Gr. Pankow |
| BStU MfS BV Magdeburg KD Saldwedel, Reg.-Nr. VII, 312/65, Nr. 27 | 392 | Bericht des "Werner Holldorf" vom 6.1.1979 |
| BStU MfS BV Rostock, AKG Nr. 173, Band 1, Teil 1 | 116-122 | Information über Mängel und Mißstände in der tierischen Produktion der LPG Lassan, Kr. Wolgast sowie in einigen Landwirtschaftsbetrieben des Kreises Rügen |

BStU MfS BV Rostock
Ka 180 Seite 1-2

Tgb_12179_12Z
(Tonaufzeichnung einer Anhörung)

Hohe Tierverluste durch fehlende Ferkelwache,
Organisationsprobleme, Zustand Futtermittel,
Kritik
am LPG-Vorsitzenden, Vergütung Personal

BStU BV Lpz. KD Lpz.-Stadt Nr. 50913

Abschrift der Dienststelle Stollberg an den Rat
des Kreises Stollberg vom 22.07.1959 betreffs
Tendenzen zur Bildung von Tierschutzvereinen

* Es wurden einzelne Seiten der Akte, jedoch nicht alle Seiten, zur Verfügung gestellt und eingesehen. Die Angabe der Blattnummern dient dem Überblick des Aktenumfangs. Die genauen Blatt- bzw. Seitenangaben finden sich im Kurzbeleg der Publikation.

7.1.2.2 Selbsterzeugte Quellen

Persönliche Gespräche wurden geführt mit:

Dr. Bodo Busch - 19.03.2010, 28.05.2011, 15.06.2012, 16.06.2012, Frankfurt/Oder

Prof. Hans Wunderlich - 25.05.2011, Königs-Wusterhausen

Dr. Gisbert Paar - 17.06.2010, Erfurt

Dr. Gerd Möbius - 22.10.2010, Leipzig

Dr. Peer Zemke - 18.06.2010, Jena

Dr. Günther Lohrengel - 03.12.2010, Kölleda

Dr. Christian Rieger - 01.07.2013, Heiligengrabe

Dr. Helmut Schröder - 20.05.2011, Gotha

Dr. Ernst Woll - 17.06.2010, Erfurt

Dr. Gerhard Dannerbeck - 26.04.2010, Maxhütte-Haidhof

Dr. Burkhard Dittmann - 12.12.2013, Neubrandenburg

Dr. Ullrich Seidel - 09.04.2013, Brandis/Leipzig

Rolf Hähnlein - 20.05.2011, Georgenthal

Regina Krieg - 04.06.2013, Halle/Saale

Elisabeth Adam - 29.11.2010, Dresden

Sabine Krüger - 29.06.2010, Großschönau

Jutta Hinz - 29.05.2013, Fredersdorf

Josef Stock - 21.09.2012, Erbandorf

Annelies Krauss - 20.11.2010, Niederau

Ingrid Behrendt - 16.12.2010, Zeuthen

Schriftlich gaben Auskunft:

Dr. Bodo Busch - 24.08.2011, Frankfurt/Oder

Dr. Wolfgang Köpp - 04.07.2013, 08.07.2013, Alt-Rehse

Prof. Arnulf Burckhardt - 04.12.2010, Leipzig

Prof. Hartwig Prange - 10.02.2011, Halle/Saale

Prof. Rudolf Staufenbiel - 07.04.2011, Berlin

Dr. Rainer Struwe - 01.04.2011, Berlin

Dr. Gisbert Paar - 18.10.2013, Erfurt

Andreas Hinz - 29.06.2013, Petershagen/Eggersdorf

Sabine Krüger - 02.07.2010, Großschönau

Annelies Krauss - 03.12.2010, Niederau

Jutta Hinz - 29.05.2013, Fredersdorf

Patrick Kluge - 24.07.2013, Berlin

Karin Kleinwächter - 27.09.2013, Berlin

7.2 Literaturverzeichnis

- Abshagen, Hans; Beduhn, M. (1970): Einfluß von Haltung und Fütterung auf die Fruchtbarkeit von Kühen in Großanlagen. Monatshefte für Veterinärmedizin 25, S. 489-492.
- Adam, A.; Eschenbach, E.; Sommerfeld, R. (1969): Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus. Monatshefte für Veterinärmedizin 24, S. 648-654.
- Adam, Elisabeth (2010): Tierschutz und Kirche in der DDR. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010. Dresden.
- Ader, Werner (1978): Auswirkungen unterschiedlicher Umstellungsbedingungen von Kälbern bei der Einstallung in eine 1600er Kälberaufzuchtanlage des Kreises Bad Salzungen. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt für Rinderproduktion. HU Berlin 1978.
- Anonym (1958): Der Stall ist offen. Der Spiegel 10 1958, S. 38-39.
- Anonym (1972): Teil des Naturschutzes. Sächsische Zeitung vom 26.11.1976, ohne Seitenangabe
- Anonym (1988): Thesen zur Arbeit der Umweltgruppen. Kirchliches Forschungsheim Wittenberg und Hans Peter Gensichen (Hrsg.): Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, Nr. 17, S. 1-2
- Anonym (1990 a): Aus der DDR. DDR braucht Tierschutzrecht. Der praktische Tierarzt 71, Heft 5, S. 89.
- Anonym (1990 b): Aus der ehemaligen DDR. Der praktische Tierarzt 71, Heft 11, S. 108-114.
- Anonym (1991): Tierschutz. Kirchliches Forschungsheim Wittenberg und Hans Peter Gensichen (Hrsg.) Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, Nr. 23, S. 25.
- Anonym (2007): Editorial. Tierbefreiung. Das aktuelle Tierrechtsmagazin, S. 3.
- Azar, Julian (2000): Die Entwicklung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und Deutschen Demokratischen Republik 1945-65 unter besonderer Beachtung der Steuerung durch übergeordnete Leitungsebenen. Vet. med. Diss. Hannover, 2000.
- Azar, Julian (2001): Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945-65. In: Prange, Hartwig (Hrsg.) (2001): Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 6. Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte Dr. Michael Engel, Berlin. Halle/Saale.
- Azar, Julian; Prange, Hartwig (Hrsg.) (2004): Repression von Tierärzten im politischen System der DDR. Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 7. Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte Dr. Michael Engel, Berlin. Halle/Saale.

- Baranske, Heike (1995): Die Mensch-Tier-Beziehung in Kirche und Umweltbewegung in der DDR. Hintergründe zu einem vernachlässigtem Thema. Zeitschrift für evangelische Ethik 39, S. 65-74.
- Bartz, Thomas (1977): Untersuchungen zur Optimierung der Zwischenkalbezeit (ZKZ) in fünf Milchviehanlagen unserer Republik. Dipl. Berlin HU 1977
- Bauernkämper, Arnd (2007): Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft. Der Übergang zur industriellen Landwirtschaft in den 1960er und 1970er Jahren und die vorsichtige Korrektur der Agrarpolitik in den 1980er Jahren. In: Schultz, Helga und Wagener, Hans-Jürgen(Hrsg.) (2007), Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur.Christoph Links Verlag, Berlin.
- Baumgartner, G. (1991): Das Tierschutzgesetz in der Bundesrepublik Deutschland - seine Bedeutung und Umsetzung in den neuen Bundesländern. Tierzucht 45, Heft 5, S. 200-202.
- Becher, Jürgen; Fabiunke, Günter; Goder, Ernst; Hauk, Roland; Hoell, Günter; Hofmann, Peter; Jäger, Gerhard, Klein, Ingomar; Maiwald, Werner; Müller, Gerhard; Nick, Harry; Richter, Horst; Rößler, Hans; Schließer, Walfried; Schmidt, Hilmar; Schmidt, Wilhelm; Stingl, Kurt; Zoch, Klaus (1985) In: Becher, Jürgen et al. (Hrsg.) (1985): Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium.Dietz-Verlag, Berlin.
- Behrendt, Ingrid (2010): Organisation und Rechtliche Situation des Tierschutzes in der DDR. Behandlung des Themas Tierschutz im MLFN. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 16.10.2010. Zeuthen.
- Beleites, Michael (2008): Das sozialistische Dorf. Vorwort. In: Schöne, Jens (2008): Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetunion und DDR.(S. 9-17). Evangelische Verlagsanstalt Leipzig.
- Berger, G. (1979): Zum Einfluß verschiedener Haltungsformen in der Färsenaufzucht auf die Klauengesundheit von Kühen bei einstreuloser Laufstallhaltung. Monatshefte für Veterinärmedizin 34, S. 561-562.
- Bergfeld, Jost (1975): Fortpflanzung (S. 65-120). In: Prange, Hartwig und Bergfeld, Jost (Hrsg.) (1975):Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Bergner, H. (1978): Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen des Stroheinsatzes in der Rinderfütterung. Monatshefte für Veterinärmedizin 33, S. 844-846.
- Berlin, Bruno (1982): Projekt-Ist-Vergleich einer industriemäßig produzierenden Kälberaufzuchtanlage KAA 3200 - Landwirtschaftliche Bewirtschaftung - der ZBE Jungrinderaufzucht Neukloster.Abschlußarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt für Rinderproduktion. FTA Berlin HU 1982.
- Bornemann, Regina; Brumme, Martin Fritz und Schäffer, Johann (1994): Oral History. Zwischen Geschichtsschreibung und Quellenproduktion. Formen und Techniken mündlicher Geschichte. In: Brumme, Martin Fritz (Hrsg.) (1994):Veterinärmedizin im Sozialismus. Ein Beruf im politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld, S. 157-173. DVG-Verlag, Berlin.

- Brandenburger, Petra, Klett, Rolf und Lau, Gabriele (1994) In: Kreis Erfurter Land (Hrsg.) (1994): Der Landkreis Erfurt 1816-1994...keine unendliche Geschichte. Mediadesign Erfurt GmbH, Erfurt.
- Breitschuh, Gerhard; Egerer, Karl; Jäger, Georg; Köhler, Eberhard; Lämmerhirt, Karl; Rubach, Günter; Semisch, Harald; Unger, Horst (1999) In: Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e. V. (Hrsg.) (1999): Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung. Jena-Zwätzen.
- Brezan, Jurij (1964): Mannesjahre. Verlag Neues Leben, Berlin 1964.
- Brückmann, Anita (1977): Untersuchungen zur Normung und Vergütung der Arbeit in der Milchproduktion der LPG "Sieg des Sozialismus" Altlüdersdorf dargestellt am Beispiel des Milchviehkombinat Zabelsdorf. Dipl. HU Berlin 1977
- Brüggemeier, Franz Josef; Engels, Jens Ivo (Hrsg.) (2005): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen. Campus-Verlag, Frankfurt/Main.
- Brumme, Martin Fritz (1995): Standpunkt und Perspektive. Vierzig Jahre Veterinärmedizin in der DDR- Ein Überblick. In: Brumme, M. F. (Red.): Veterinärmedizin im Sozialismus. Ein Beruf im politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld. Fachtagung der DVG am 28. und 29.10.1994 in Berlin. DVG-Tagungsband 1994 "Geschichte der Veterinärmedizin im Sozialismus", S. 22-38. DVG-Verlag, Gießen.
- Brumme, Martin Fritz (1993): Tierschutz als Zivilisationskritik. Zur Politischen Qualität einer ethisch motivierten Bewegung. In: Loeffler, Klaus (Hrsg.) (1993): Tagung der Fachgruppe Tierschutzrecht und gerichtliche Veterinärmedizin der DVG am 04. und 05.03.1993 in Stuttgart/Hohenheim. Thema der Tagung: Tierschutzethik. Tagungsband, S. 31-46. DVG-Verlag, Gießen.
- Brumme, Martin Fritz (2001): Zwischen philosophischer Ethik und Kulturpessimismus. Über Schopenhauer und heutige Redeweisen vom Tierschutz. In: Schneider, Manuel (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden. Zur Ethik und Kultur der Mensch-Tier-Beziehung, S. 104-122. Universität GH Kassel/Witzenhausen.
- Brumme, Martin Fritz (1999): Zwischen philosophischer Ethik und Kulturpessimismus. Redeweisen über Tierschutz. In: Becker, Cornelia; Peters, Joris; Schibler, Jörg (Hrsg.) (1999): Internationae Archäologie. Studia honoraria-Band 8. Historia animalium ex ossibus. Beiträge zur Paläoanatomie, Archäologie, Ägyptologie, Ethnologie und Geschichte der Tiermedizin. Festschrift für Angela von den Driesch zum 65. Geburtstag, S. 91-107. Buchautoren: Dobiak, Claus und Leidorf, Klaus (1999). Verlag Marie Leidorf GmbH, Rahden/Westfalen.
- Brunner, Petra (1995): Tierschutz in Deutschland und im Vereinigten Königreich. Vet. med. Diss. München 1995.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (1980): DDR: industriemäßig betriebene tierische Agrarproduktion, Reihe A (Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft), Heft 241. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup.

- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (1982): DDR-Tierproduktion: Züchtungswesen und Hygiene. Autoren: Trapp, Barbara; Christian-Hees, Ursula; Kellner, Phillipp. Reihe A (Angewandte Wissenschaft), Heft 262. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster- Hilstrup.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (1991): Tierschutzbericht 1991. Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes. Unterrichtung durch die Bundesregierung, S. 11 -12. Bonn 1991.
- Burckhardt, Arnulf; Eschler, Erhard (1968): Philosophische und ökonomische Aspekte des Tierschutzes in der DDR. Monatshefte für Veterinärmedizin 23, Heft 20, S. 761-764.
- Burckhardt, Arnulf (1968): Juristische Probleme des Tierschutzes. Monatshefte für Veterinärmedizin 23, Heft 20, Sonderdruck , S. 764 - 769.
- Burckhardt, Arnulf (1969): Das Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - vom 12. Januar 1968. Monatshefte für Veterinärmedizin 24, Heft 6, Sonderdruck, S. 204 -209.
- Burckhardt, Arnulf (1973): Zur Anwendung des §168 (Schädigung des Tierbestandes) und des §167 des Strafgesetzbuches (StGB). Monatshefte für Veterinärmedizin 28, Heft 17, Sonderdruck , S. 672-674.
- Burckhardt, Arnulf; Lange, Monika (1985): Zur Anwendung des Ordnungsstrafrechts durch die Fachkräfte des Veterinärwesens. Monatshefte für Veterinärmedizin 40, S. 361-363.
- Burckhardt, Arnulf (1989): Analyse und vergleichende Wertung der Tierschutzgesetzgebung verschiedener europäischer Länder in Hinblick auf die Neufassung der Tierschutzgesetzgebung der DDR. Analyse der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin (Wissenschaftsbereich Staatsveterinärkunde) der Karl-Marx-Universität Leipzig im Auftrag des MLFN. Die Quelle wurde als Kopie zur Verfügung gestellt durch Dr. Gerd Möbius (Universität Leipzig) am 22.10.2010.
- Burckhardt, Arnulf; Behrendt, Ingrid; Schindler, Walter (1989): Konzeption und Grundsätze der Tierschutzgesetzgebung in der DDR. Zusammengestellt durch den Wissenschaftsbereich Staatsveterinärkunde der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin der Karl-Marx-Universität Leipzig, dem MLFN (HA Veterinärwesen) sowie dem Beirat für Tierschutz und Tierhygiene Berlin. Leipzig und Berlin 1989. Die Quelle wurde als Kopie zur Verfügung gestellt durch Dr. Gerd Möbius (Universität Leipzig) am 22.10.2010.
- Burckhardt, Arnulf (1990): Zur Übernahme der Tierschutzgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland für das Gebiet der ehemaligen DDR. Der Praktische Tierarzt 11, S. 12 - 15.
- Burckhardt, Arnulf (1997): Grundzüge der Entwicklung des Veterinärwesens der DDR. In: Brumme, Martin Fritz und Mickwitz, G. v. (Hrsg.): Das Berliner Colloquium 'Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte'. Eine Gegenüberstellung tierärztlicher Erfahrungen in DDR und Bundesrepublik. (= Brumme, M. F. und Prange, H. (Hrsg.): Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 2) S. 119. Berlin: Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte Dr. Michael Engel, Berlin, S. 119-123.

- Burckhardt, Arnulf (2010): Tierschutz und Recht in der DDR. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung vom vom 04.12.2010. Leipzig.
- Burckhardt, Arnulf; Kupper, Lars; Zinke, Gerd-Rainer (1987): Normen und Erfordernisse der Tierhaltung und Veterinärhygiene in Gemeinde- und Stadtordnungen. Empfehlungen. In: Landwirtschaftsausstellung der DDR (Hrsg.) (1987), agrabuch, Leipzig/Markkleeberg.
- Busch, Bodo (1975): Fütterung. Kapitel aus: Prange, Hartwig; Bergfeld, Jost(Hrsg.) (1975) Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion, S. 337-364. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Busch, Bodo und Jung, Horst (1977): Ferkelaufzucht bei unterschiedlicher Dauer der Säugezeit. Monatshefte für Veterinärmedizin 32, Heft 11, Sonderdruck, S. 405-408.
- Busch, Bodo (1987): Stellungnahme zu den Läuferverlusten 1986 in der LPG Wilmersdorf vom 08.01.1987. Aus: Busch, Bodo, Privataarchiv. Unterlagen wurden ausgehändigt am 28.05.2011. Frankfurt/Oder.
- Busch, Bodo (1987): Verpflichtung zur Senkung der Läuferverluste in der LPG (T) Wilmersdorf. Protokoll vom 16.06.1987. Aus: Busch, Bodo, Privataarchiv. Unterlagen wurden ausgehändigt am 28.05.2011. Frankfurt/Oder.
- Busch, Bodo (1993): Industriemäßige Tierproduktion - ethisch vertretbar? In: Loeffler, Klaus (Hrsg.) (1993): Tagung der Fachgruppe: "Tierschutzrecht und gerichtliche Veterinärmedizin". Thema: Tierschutzethik. Tagungsband, S. 98-115. Stuttgart/Hohenheim. DVG-Tagung.
- Busch, Bodo (1995): Tierschutz in der Tierproduktion der DDR. In: Brumme, Martin Fritz (Red.): Veterinärmedizin im Sozialismus. Ein Beruf im politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld. Fachtagung der DVG am 28. und 29.10.1994 in Berlin. DVG-Tagungsband 1994 "Geschichte der Veterinärmedizin im Sozialismus", S. 73-81. DVG-Verlag, Gießen.
- Busch, Bodo (2006): Schweinehaltung. Haltungsverfahren. Kapitel aus: Richter, Thomas (Hrsg.) (2006): Krankheitsursache Haltung,S. 112-151. Nürtingen. Enke Verlag Stuttgart.
- Busch, Bodo (2010): Tierschutz in der DDR. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 19.03.2010. Frankfurt/Oder.
- Busch, Bodo (2011): Tierschutz in der DDR. Industriemäßige Tierproduktion und Tierschutz. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 28.05.2011. Frankfurt/Oder.
- Busch, Bodo (2012): Industriemäßige Schweineproduktion. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 15.06.2012. Frankfurt/Oder.
- Dahlke, Ulrike (1993): Der theologische Hintergrund des Begriffes "Mitgeschöpf" in Paragraph 1 des Tierschutzgesetzes. In: Loeffler, Klaus (Hrsg.) (1993), Tagung der Fachgruppe Tierschutzrecht und gerichtliche Veterinärmedizin der DVG am 04. und 05.03.1993 in Stuttgart/Hohenheim. Thema der Tagung: Tierschutzethik. Tagungsband S. 7-17. DVG-Verlag, Gießen.

- Damm, Theo (1994): Umbau von Altgebäuden für die Tierhaltung. Ulmer Verlag, Stuttgart.
- Dannerbeck, Gerhard (2010): Tierschutz in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 26.04.2010. Maxhütte-Haidhof.
- Deisting, Horst (1974): Untersuchungen zur Intensivierung der Schweinemast durch Rationalisierung vorhandener Ställe und Planung industriemäßiger Anlagen im Einzugsgebiet des Schlachthofes Perleberg. Vet. med. Diss. HU Berlin.
- Diekmann, Uta (2003): Die Studenten der Fachrichtung Veterinärmedizin an der Universität Leipzig in den Jahren 1968 bis 1990. Vet. med. Diss. Leipzig.
- Dietz, Olof; Gängel, H.; Prenning, W.; Wangerin, G.; Schwarz, C. (1978): Erworbene Gliedmaßenschäden in der Endmastphase bei unterschiedlichen Haltungstechnologien. Monatshefte für Veterinärmedizin 33, S. 850-855.
- Dirksen, Gerrit; Gründer, Hans-Dieter; Stöber, Matthias (Hrsg.) (2006): Innere Medizin und Chirurgie des Rindes. 5. Auflage. Begründet von Gustav Rosenberger als "Krankheiten des Rindes". Parey-Verlag, Stuttgart.
- Dittmann, Burkhard (2013): Tierschutz in der industriellen Rindermast. Die Rindermastanlage Hohen-Wangelin. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 12.12.2013. Neubrandenburg.
- Duft, Heinz; Gerberding, Rolf; Pruss, Ursula; Teichler, Gert (Bearbeiterkollektiv) (1981): In: Ministerium der Justiz (Hrsg.) (1981): Strafgesetzbuch - StGB - sowie angrenzende Gesetze und Bestimmungen. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.
- Eckart, Karl (1989): DDR. Länderprofile - Geographische Strukturen, Daten, Entwicklungen. Klett Verlag, Stuttgart.
- Eller, Wolfgang (1999): Zeitzeugenbericht. Aus: Breitschuh, Gerhard et al. (1999) In: Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e.V. (Hrsg.) (1999): Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung, S. 152-155. Linden.
- Elze, K.; Schulz, J.; Wilhelm, J. (1979): Zur Senkung von Kälberverlusten. Monatshefte für Veterinärmedizin 35, S. 401-405.
- Fiegle, Michael (2010): Zeitungsartikel zum Jubiläum des Tierheimes Mühlhausen vom 18.08.2010. Website: muehlhausen.thueringer-allgemeine.de. Abgerufen am 15. Juni 2013 von: <http://muehlhausen.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Muehlhaeuser-Tierheim-feierte-sein-20-jaehriges-Jubilaeumsfest-855115805>.
- Fischer, Tina-Louise (2008): Menschen- und Personenwürde. Über die Notwendigkeit eines neuen Würdebegriffs. Philosophie Band 72, LIT Verlag Dr. W. Hopf, Berlin.
- Franz, H.; Schmidt, H. P. (1989): Durch Vollmilcheinsatz, Gruppenhaltung und gutes Grobfutter zur Verbesserung der Aufzuchtqualität in der Kälberhaltung. Tierzucht 43, Heft 9, S. 411-413.
- Franz, H.; Schmidt, H. P.; Drzimotta, M. (1989): Das Freßverhalten weiblicher Kälber des Schwarzbunten Milchrindes bei unterschiedlichen Haltungsformen. Tierzucht 43, Heft 9, S. 420-422.

- Freiberger, Dieter (1973): Zwei Varianten zur kontinuierlichen Kälberproduktion in der Kälberaufzuchtanlage der LPG "Fortschritt" Gerbisbach, Kreis Jessen. Dipl. HU Berlin.
- Fründt, Joachim (2001): Kaum zu glauben! Erstaunliches und auch Vergnügliches aus der Vorkriegs-, Kriegs-, und Nachkriegszeit in Nordostdeutschland. Bd. 2. Klein Görnow-Sternberg-Mecklenburg: Books on Demand GmbH.
- Gerber, Christian (1979): Erfahrungen bei der Rationalisierung von Milchviehanlagen am Beispiel der Milchviehanlage Wiegleben. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt für Rinderproduktion. HU Berlin.
- Giese, Clemens; Kahler, Waldemar (1951): Das deutsche Tierschutzrecht. Bestimmungen zum Schutze der Tiere. (Tierschutzgesetz, Schlachtgesetz, Eisenbahnverkehrsordnung, Reichsjagdgesetz, Reichsnaturschutzgesetz, Straßenverkehrsordnung mit den dazu ergangenen Verordnungen). Erläutert nach amtlichen Unterlagen. 4. Auflage, bearbeitet von C. Giese. 1. Auflage 1937 von Clemens Giese und Waldemar Kahler (Hrsg.). Verlag Duncker & Humblot, Berlin.
- Grabs, Jürgen (1985): Tiere halten verpflichtet. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.
- Grüneberg, Gerd (1991): Marktorientierte Tierhaltung, Tierschutz und Tiergesundheit - unvereinbar oder zwangsläufig notwendig? Tierzucht 45, Heft 8, S. 342 und 347.
- Grüneberg, Gerd; Schröder, G. (1991): Neue gesetzliche Bestimmungen - auch für Tierhaltung und Tiergesundheit. Tierzucht 45, Heft 3, S. 126-137.
- Hähnlein, Rolf (2011): Tierschutz in LPG. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011. Georghal.
- Händel, U. M. (1990): Tierschutz - in der DDR noch ein Fremdwort. Der Praktische Tierarzt 71, Heft 4, S. 48 - 50.
- Heidrich, H.-D.; Arcularis, K.; Günther, M.; Markau, W. und Woll, Ernst (1968): Zur Entstehung einiger Gesundheitsschäden bei Kühen in Kotrostanbindeställen. Monatshefte für Veterinärmedizin 23, S. 856-860.
- Heine, W.; Schrader, O. (1965): Veterinärhygiene im Verkehrswesen. Kapitel aus: Hussel, Lothar (Hrsg.) (1965): Tierarzt und Recht in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 142-151. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Heinicke, Wilfried (1967): Aufgaben und Perspektive für das Veterinärwesen der Deutschen Demokratischen Republik. Monatshefte für Veterinärmedizin 22, S. 242-250.
- Heinicke, Wilfried; Schwedler, Helmut; Brigulla, F.; Düngefeld, H. (1969): Die Entwicklung und die Rolle des staatlichen Veterinärwesens in der Landwirtschaft seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Monatshefte für Veterinärmedizin 24, S. 643-648.
- Heinz, Michael (2011): Von Mähdreschern und Musterdörfern. Metropolis Verlag, Berlin.
- Hiepe, Theodor (1992): Tierschutz - Lehrfach und zunehmende Bedeutung in der

- tierärztlichen Ausbildung. Vortrag aus: Pfeiffer, Martin (Hrsg.) (1992): Tierarzt. Berufener Tierschützer. Konsultation. Dokumentation einer Konsultation für Fachleute aus Forschung, Lehre und Praxis der Veterinärmedizin sowie aus Ethik, Politik und Recht vom 7. bis 9. Februar 1992 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, S. 129-136
- Hiepe, Theodor; Heinicke, Wilfried; Knoblauch, Horst; Pulst, Hans; Richter, W.; Wohlfahrt, Ernst (1962): Tierärztliche Empfehlungen zur Steigerung der tierischen Produktion. Ständiges Neuererzentrum des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, Abt. Agrarpropaganda (Hrsg.) (1962), Leipzig.
- Hinz, Andreas (2013): Rundschreiben des Andreas Hinz zum Thema "Vegetarische Ernährung". Privatarchiv Hinz, Andreas. Ausgehändigt am 29.06.2013. Fredersdorf.
- Hinz, Andreas (2013): Schreiben des Rates der Gemeinde Fredersdorf an Hinz, Andreas vom 31.10.1988. Privatarchiv Hinz, Andreas. Ausgehändigt am 29.06.2013. Fredersdorf.
- Hinz, Andreas (2013): Schreiben des Rates der Gemeinde Fredersdorf vom 11.10.1988. Privatarchiv Hinz, Andreas. Ausgehändigt am 29.06.2013. Fredersdorf.
- Hinz, Andreas (2013): Tierschutz in der DDR. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung (E-Mail) vom 29.06.2013.
- Hinz, Jutta (2013): Tierschutz, organisierter Tierschutz, Erlebnisse einer DDR-Tierschützerin. Telefonische Zeitzeugenbefragung vom 29.05.2013.
- Hoffmann, H. (1969): Entwicklung und Stand der Tierproduktion in der DDR im Vergleich zu anderen Ländern der Welt. In Rittenbach, P.; Schulze, E. (Red.): Industriemäßige Tierproduktion - Ausbildung und Forschung. Beitrag der wissenschaftlichen Tagung aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der landwirtschaftlichen Ausbildung an der Karl-Marx-Universität vom 29. bis 30. September 1969 in Leipzig. Leitung: Brandsch. Protokoll S. 17-26. H. Bezogen von Website: http://www.archiv.uni-leipzig.de/wp-content/uploads/wz-nawi/Mathematisch-Naturwissenschaftliche_Reihe/optWZ_Na_1970_Heft_01.pdf. Abgerufen am 17. Juni 2011
- Hohmann, Karl (1985): Agrarpolitik. DDR Handbuch. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.)(1985). Band 1: A-L, 3. Auflage. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln.
- Horzetzky, H.; Brehme, A. (1989): Tränkeangebot über Sauger im K0- Bereich - ein Weg zur weiteren Intensivierung der Kälberaufzucht. Tierzucht 43, Heft 11, S. 533-534.
- Hubrig, T. (1972): Veterinärmedizinische Probleme bei der weiteren Entwicklung der industriemäßigen Tierproduktion unter besonderer Berücksichtigung der Aufzuchtkrankheiten beim Rind. Monatshefte für Veterinärmedizin 27, S. 11-17.
- Hubrig, T. (1954): Zum Tieflaufstallproblem. Monatshefte für Veterinärmedizin 9, S. 397-400.
- Hussel, Lothar (1958): Veterinärhygienische Forderungen an den Bau von Offenställen für Jung- und Milchvieh. Monatshefte für Veterinärmedizin 13, S. 80-81.

- Hussel, Lothar (1960): Hochverehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Kollegen und Genossen!
In: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Sektor Agrarpropaganda
(Hrsg.): I. Zentrale Konferenz der Tierärzte der Deutschen Demokratischen Republik
am 11. und 12. September 1959 in Leipzig. Überarbeitetes Protokoll. Deutscher
Bauernverlag, Berlin (Ost), S. 155-160.
- Hussel, Lothar (1960): Die Aufgaben des Tierztes bei der Entwicklung der sozialistischen
Viehwirtschaft. Monatshefte für Veterinärmedizin 15, S. 73-81.
- Hussel, Lothar; Bauer, W. (1965): Veterinärhygiene in der sozialistischen Landwirtschaft.
Monatshefte für Veterinärmedizin 20, S. 281-287.
- Hutschenreuther, Günther (1960): Offenstall und Hygiene. Monatshefte für Veterinärmedizin
15, S. 469-477.
- Idel, Anita (2001): Vom Produkt-Design zur Designer Kuh. Die landwirtschaftliche
(Aus)Nutzung der Tiere. In: Schneider, Manuel (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht
werden. Zur Ethik und Kultur der Mensch-Tier-Beziehung, S. 33-51. Universität GH
Kassel/Witzenhausen.
- Inhetveen, Heide (2001): Zwischen Empathie und Ratio. Mensch und Tier in der modernen
Landwirtschaft. Rationalisierung der Nutztierhaltung als historisches Projekt. In:
Schneider, Manuel (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden. Zur Ethik und Kultur
der Mensch-Tier-Beziehung, S. 13-32. Universität GH Kassel/Witzenhausen.
- Jensch, D. (1967): Stallklimatische Untersuchungen in einer Milchviehanlage mit
Anbindehaltung und Staukanalentmistung für 420 Kühe. Monatshefte für
Veterinärmedizin 22, S. 801-813.
- Jentsch, D.; Schmoldt, P. (1986): Leistungen des Veterinärwesens bei der Erhöhung der
Aufzuchtergebnisse und der Senkung der Kälberverluste. Monatshefte für
Veterinärmedizin 41, S. 363-367.
- Jentzsch, Rupert (1998): Das rituelle Schlachten von Haustieren in Deutschland ab 1933.
Recht und Rechtssprechung. Vet. med. Diss. Hannover.
- Kaufhold, J.; Haasmann, S. (1964): Auf dem Wege zum optimalen Offenstallkombinat.
Monatshefte für Veterinärmedizin 19, S. 577-583.
- Kiupel, Kathrin (1996): Ein Beitrag zur Geschichte der industriemäßigen Tierproduktion in
der ehemaligen DDR. Der Schweinezucht- und Mastbetrieb Eberswalde unter
besonderer Berücksichtigung der tierärztlichen Betreuung. Vet. med. Diss. FU Berlin.
- Kleiber, Hans (1971): Ergebnisse zur einstreulosen Rinderhaltung. Monatshefte für
Veterinärmedizin 27, S. 265-269.
- Kleiner, W., Büniger, U., Schönfelder, E., Schmoldt, P., Pongé, J., Jentsch, D., et al. (1981):
Einfluß des Alters der Kälber bei der Umsetzung aus Milchproduktionsbetrieben in
spezialisierte Aufzuchtbetriebe auf das Verlustgeschehen. Monatshefte für
Veterinärmedizin 36, S. 48-52.
- Kleinwächter, Karin (2013): Schriftliche Mitteilung vom 27.09.2013. Thema:
Tierverluststatistiken der DDR. BStU Berlin.

- Klug, F.; Franz, H.; Jänsch, G. (1989): Der Einfluß der Grobfuttermittellversorgung auf die Gesundheit und Fruchtbarkeit von Kühen. *Tierzucht* 43, Heft 9, S. 419-420.
- Kluge, Patrick (2013): Die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin und der Tierschutz. Schriftliche Mitteilung vom 24.07.2013. Berlin.
- Kluge, Patrick (2014): Die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin der DDR (WGV). Kapitel: "Umwandlung der Fachsektionen in Fachkommissionen und die Bildung der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen". Vet. med. Diss. FU Berlin, (in Fertigstellung).
- Köpp, Wolfgang (2008): Von Tieren und anderen Menschen."Seht, was aus uns geworden ist!". Ein Tierarztleben zwischen Bauern und Sozialismus. In: cw Nordwest Media Verlagsgesellschaft mbH (Hrsg.). Grevesmühlen.
- Köpp, Wolfgang (2013): Tierschutz in der DDR. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung (E-Mail) vom 04.07.2013. Alt-Rehse.
- Köpp, Wolfgang (2013): Tierschutz in der DDR II. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung (E-Mail) vom 08.07.2013. Alt-Rehse.
- Kovács, F. (1973): Hygienische Grundlagen der Entwicklung moderner Haltungstechnologien für die industriemäßige Tierproduktion. Monatshefte für Veterinärmedizin 28, S. 764-767.
- Kramp, J.; Bock, H. D.; Wünsche, J. (1978): Gestaltung der Mischfütterrezeptur zur Regulierung der Futteraufnahme in der Schweinemast. *Tierzucht* 32, S. 73-76.
- Kraus, H. (1979): Zum Weideaustrieb aus industriemäßigen Jungrinderaufzuchtanlagen. Monatshefte für Veterinärmedizin 35, S. 332-334.
- Krauss, Annelies (2010): Antwortschreiben der Staatsanwaltschaft der Stadt Dresden vom 13.03.1967 an die Tierschutzbeauftragte des Rates der Stadt Dresden, Annelies Krauss. Betreff: Beschwerde gegen die Entscheidung der Volkspolizei wegen Tötung einer Katze. Privataarchiv Krauss, Annelies zum Thema Tierschutz in Dresden. Die Quelle wurde ausgehändigt am 03.12.2010. Dresden.
- Krauss, Annelies (2010): Berufungsschreiben der Kreisjagsbehörde des Rates des Kreises Dresden vom 29.05.1968. Privataarchiv Krauss, Annelies zum Thema Tierschutz in Dresden. Die Quelle wurde ausgehändigt am 03.12.2010. Dresden.
- Krauss, Annelies (2010): Tierschutzbeauftragte der Stadt Dresden von 1975 -1986. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 29.11.2010. Niederau bei Dresden.
- Krauß, Erich; Arlt, Reiner et al. (1985): Kommentar zum Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften - LPG- Gesetz - vom 2. Juli 1982. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.
- Krebs, Christian (1989): Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945-1960. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. Bonn.

- Kreuzig, Wolf-Christoph (1985): Ein Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Veterinärwesens im Kreis Bad Freienwalde von 1952 bis 1972. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt. HU Berlin.
- Krieg, Regina (2013): Tierschutz in der DDR, speziell in Halle/Saale. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 04.06.2013. Halle/Saale.
- Kriener, Arnolf; Spiekermann, Hans (1970): Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin (Hrsg.)(1970): LPG Bauer auf neue Art. Die moderne sozialistische Landwirtschaft in der DDR. Eine Information. Berlin.
- Krocker, Manfred (1984): Ein Beitrag zur technologischen Bewertung von Verfahren der Haltung güster und tragender Sauen. Diss. sc. agr., HU Berlin.
- Krüger, Sabine (1988): Natürlich liebe ich die Tiere... In: Kirchliches Forschungsheim Wittenberg; Gensichen, Hans-Peter (Hrsg.): Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr. 17, S. 6-10.
- Krüger, Sabine (2010): Schreiben der Sabine Krüger an Heike Baranske vom 31.03.1993. Privatarhiv Krüger, Sabine. Die Quelle wurde ausgehändigt am 02.07.2010. Großschönau.
- Krüger, Sabine (2010): Tierschutz in der DDR, speziell im Raum Dresden. Schriftliche Mitteilung vom 02.07.2010. Großschönau.
- Krüger, Sabine (2010): Tierschutz in der DDR. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 29.06.2010. Großschönau.
- Kühn, Michael (1997): Die Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig von 1961 bis 1968. Vet. med. Diss. Leipzig.
- Lambrecht, Horst (1977): Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.). Sonderheft 117. Verlag Duncker und Humblodt Berlin.
- Lamprecht, Wolfgang (1981): Die Stalltemperatur als ein Faktor im Ursachenkomplex der Enzootischen Pneumonie bei Kälbern. Monatshefte für Veterinärmedizin 37, S. 659-663.
- Landgraf, Gabriele (1976): Auswirkungen der Aufzuchtintensität auf das ökonomische Ergebnis der Jungrinderaufzucht, dargestellt an der 1.600er Kälberaufzuchtanlage Jüchsen und der LPG "Vereinte Kraft" Jungrinderaufzuchtbetrieb Oberweissbach. Dipl. HU Berlin.
- Lantermann, Werner (Dezember 1989): Bedrohtes Leben. Plädoyer für den Tierartenschutz. Evangelische Kommentare 12/1989, S. 9-11.
- Lehmann, E. (1965): Die beste Prophylaxe liegt im guten Stallbau. Monatshefte für Veterinärmedizin 20, Sonderdruck, S. 811-812.
- Lenk, T. (1981): Zum Wundinfektionsgeschehen in Bullenmastanlagen mit Laufstallhaltung unter Berücksichtigung prophylaktischer Schwanzamputationen. Monatshefte für Veterinärmedizin 36, S. 699-701.

- Loeffler, Klaus (1993): Ethische Probleme im Umgang mit Tieren. In: Loeffler, Klaus (Hrsg.) (1993): Tagung der Fachgruppe Tierschutzrecht und gerichtliche Veterinärmedizin der DVG am 04. und 05.03.1993 in Stuttgart/Hohenheim. Thema der Tagung: Tierschutzethik. Tagungsband, S. 2-5. DVG-Verlag, Gießen.
- Lohfink, Ingeborg (1991 a): Mein Pommernbuch. 1. Auflage 1991. Hirnstorff Verlag GmbH, Rostock.
- Lohfink, Ingeborg (1991 b): Vorpommern. Hinstorff Verlag GmbH, Rostock.
- Lohrengel, Günther (2010): Erfahrungen eines Praktischen Tierarztes in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 03.12.2010. Kölleda/Thüringen.
- Lorz, Albert (1979): Tierschutzgesetz. Kommentar. 2. Auflage. (1. Auflage 1976). C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.
- Lorz, Albert (1987): Tierschutzgesetz. Kommentar. 3. Auflage. (1. Auflage 1976). C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.
- Lötsch, Dieter; Pilz, H.; Heider, Günther (1971): Die führende Rolle der SED bei der Ausbildung und Erziehung von Tierärzten in der DDR. Monatshefte für Veterinärmedizin 26, S. 362-366.
- Lötsch, Dieter; Schulze, Dietrich (Hrsg.) (1975): Grundriß der Staatsveterinärkunde. 1. Auflage. VEB Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Lötsch, Dieter; Schulze, Dietrich; Burckhardt, Arnulf (Hrsg.) (1986): Grundriß der Staatsveterinärkunde. 3. Auflage. VEB Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Lötsch, Dieter; Struwe, Rainer; Burckhardt, Arnulf; Fischer, S. (1986): Von der Verordnung über die Rinderpflichtuntersuchung zum Gesetz über das Veterinärwesen - Ein Beitrag zur Entwicklung der staatlichen Tierarztpraxen in der Deutschen Demokratischen Republik. Monatshefte für Veterinärmedizin 41, S. 541- 545.
- Luy, Jörg (2005): Das ethische Mindestmaß beim Tierschutz – Eine Auswirkung des Staatsziels „ethischer Tierschutz“ auf die Legislative. Berliner und Münchener Tierärztliche Wochenschrift 118, Heft 3/4, S. 89-94.
- Maaß, Mareike (1999): Untersuchungen zur Arbeit des Schweinegesundheitsdienstes in der DDR- ein historischer Rückblick. Vet. med. Diss. FU Berlin.
- Mählert, Ulrich (1997) In: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.) (1997): Geschichte der DDR. Erfurt.
- Mahlich, Wolfgang (1999): Die Herausbildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR, dargestellt an der Entwicklung des Kreises Haldensleben, Bezirk Magdeburg (1952 bis 1960). Diss. sc. agr. HU Berlin.
- Markgraf, Günther; Wiesner, Ekkehard; Holzapfel, Gerhard (Hrsg.) (1978): Kleine Enzyklopädie: Land-, Forst-, Nahrungsgüterwirtschaft und Gartenbau. VEB Bibliographisches Institut, Leipzig.

- Martin, Madeleine (1989): Die Entwicklung des Tierschutzes und seiner Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und dem deutschsprachigen Ausland. Vet. med. Diss. FU Berlin.
- Mehlhorn, Günther (1979): Lehrbuch der Tierhygiene. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Mehlhorn, Günther (1991): Tierhygiene - Ein Erfordernis moderner Tierhaltung und Sicherung der öffentlichen Gesundheit. Tierzucht 45, Heft 11, S. 482-484.
- Methling, Wolfgang (2013): Tierschutz in der Ausbildung von Veterinärmedizinern und Veterinäringenieuren. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung (E-Mail) vom 30.10. 2013.
- Meyer, Heinz (2000): 9./20. Jahrhundert. In: Dinzelbacher, Peter (Hrsg.) (2000): Mensch und Tier in der Geschichte Europas. Kröner Verlag, Stuttgart.
- Meyer, Rolf (1990): Vom Umgang mit Tieren. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Mielke, H.; Ketz, H.-A.(1970): Tierische Produktion und Leistung in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR aus Sicht der Leistungsphysiologie landwirtschaftlicher Nutztiere. Monatshefte für Veterinärmedizin 25, S. 889-897.
- Mieth, Karl; Azar, Julian; Prange, Hartwig (2001): Der Veterinäringenieur und weitere Berufe im Umfeld der Tiermedizin in der DDR. In: Prange, Hartwig; Idel, Anita (Hrsg.) (2001): Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 5. Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte Dr. Michael Engel, Berlin. Halle/Saale.
- Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR (Hrsg.) (1972) : Veterinärhygienische Erfordernisse und Normen für die industriemäßige Kälber- und Jungrinderaufzucht sowie Rindermast. Verantwortlich: Institut für angewandte Tierhygiene Eberswalde Finow, Arbeitsgruppe Industriemäßige Kälber- und Jungrinderaufzucht. Eberswalde und Berlin.
- Möbius, Gerd (2010): Schriftliche Mitteilung vom 08.08.1995 zum Thema Tierversuche von Gerd Möbius an Andreas Seide (Promovend). Ausgehändigt von Gerd Möbius an Marianne Stock am 22.10.2010. Leipzig.
- Mothes, Eckhard (1972): Schlaraffenland für Tiere. Der Kinderbuchverlag Berlin.
- Mothes, Eckhard (1975): Stallklima. In: Prange, Hartwig und Bergfeld, Jost: Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion, S. 299-334. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Mothes, Eckhard (1976): Tiere am Fließband. Urania-Verlag, Leipzig, Jena, Berlin.
- Müller, M. (April 1976): Mastitiden in Anlagen der industriellen Tierproduktion. Monatshefte für Veterinärmedizin 31, S. 27.
- Müller, M. (1981): Veterinärmedizinische Aspekte der Weidehaltung in der Rinderproduktion. Monatshefte für Veterinärmedizin 36, S. 511-513.
- Müller, Paul (Federführer); Baran, Johanna; Ehwald, Ernst; Illner, Kurt; Metz, Reinhart; Klemm, Volker; Koitzsch, Rolf; Peschke, Heinz; Rogoll, Heinz; Schachschneider,

- Ralf; Wicke, Hans-Joachim et al. (1976): Biologische und agrotechnische Grundlagen der industriemäßigen Pflanzenproduktion. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Berlin.
- Nehring, K. (1961): Über Schadensfälle nach Verfütterung von Harnstoff-Futtergemischen. Monatshefte für Veterinärmedizin 16, S. 409-413.
- Neubert, Erhart (2009): Opposition in der DDR. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.), Erfurt.
- Noack, Ulrich (1970): Untersuchungen zur möglichen Größe, Technologie und baulichen Lösung von industriemäßigen Schweinemastanlagen auf Wirtschaftsfuttergrundlage im Bezirk Cottbus. Diss. agr. sc. HU Berlin.
- Nußhag, Wilhelm (1952): Die Hygiene der Tierunterkünfte. Schluß. Monatshefte für Veterinärmedizin 7, S. 450-456.
- Nußhag, Wilhelm (1951): Die Tierhaltung, hygienisch gesehen. Teil 1. Monatshefte für Veterinärmedizin 6, S. 449-454.
- Oberhofer, Elke (1996): Das Bild des Tierarztes in der deutschen Presse. Vet. med. Diss. München.
- Paar, Gisbert (2010): Tierschutz in der industriellen Tierproduktion der DDR, Schwerpunkt Bauhygiene. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Interview vom 17.06.2010.
- Paar, Gisbert (2010): Angebotsprojekte in der Viehwirtschaft auf dem Gebiet der neuen Bundesländer vor 1990. Tabelle. Unterlagen wurden ausgehändigt von Dr. Gisbert Paar am 17.06.2010. Erfurt.
- Paar, Gisbert (2013): Tierschutz in der DDR, speziell Bauhygiene. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung (E-Mail) vom 18.10.2013. Erfurt.
- Paar, Gisbert; Weinlich, P. (1994): Tierschutzrechtliche Anforderungen an die Kälber-, Schweine- und Legehennenhaltung - Erfahrungen aus Thüringen. Deutsche Tierärztliche Wochenschrift 101, Heft 3, S. 117-121.
- Paar, Gisbert; Bocklisch, Herbert; Blankenburg, J. (1990): Abschlußbericht zur F/E-Leistung. Untersuchungen zur Keim- und Schadgasbelastung der Stallluft bei Entmistung mittels Güllespülung sowie Wechselstaukanal mit Rohrentmistung. Bezirksinstitut für Veterinärwesen Bad Langensalza, Veterinärmedizinische Bauhygiene, Bad Langensalza.
- Penschuk, Peter (1978): Auswirkung verschiedener Formen der Umstallungstränke auf die gesundheitliche Entwicklung der Kälber im K 1- Bereich einer industriemäßig produzierenden Kälberaufzuchtanlage. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt für Rinderproduktion. HU Berlin.
- Peter, W. (1989): Stand und Probleme der Verfahrensentwicklung in der Kälberhaltung. Monatshefte für Veterinärmedizin 44, S. S. 108/109.
- Peter, W. (1973): Zur Verfahrensentwicklung der industriemäßigen Jungrinderaufzucht. Monatshefte für Veterinärmedizin 29, S. 85-89.

- Pfeiffer, Helmuth (Hrsg.) (1978): Schweinezucht. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag Berlin.
- Pfeiffer, Julius Ludwig (2004): Das Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972. Die Geschichte des deutschen Tierschutzrechts von 1950 bis 1972. In: Rechtshistorische Reihe, Bd. 294. Peter Lang Verlag, Kiel. Diss. jur. Frankfurt/Main, Bern. Betreuer: Schubert, Werner.
- Pfeiffer, Manuel (1992): Vorwort zur Konsultation Tierarzt - Berufener Tierschützer. In: Pfeiffer, Manuel (Hrsg.) (1992): Tierarzt. Berufener Tierschützer. Konsultation, S. 5-8. Evangelische Akademie Bad Boll.
- Piatkowski, Bernhard (1969): Ernährungsphysiologische Gesichtspunkte bei der Haltung der Milchkühe in großen Beständen. Monatshefte für Veterinärmedizin 24, S. 121-124.
- Piatkowski, Bernhard (2001): Vieles kam anders oder die aufschraubbare Kuh. Altstadt Verlag Rostock.
- Pilz, H.; Heider, Günther (1963): Der Tierarzt beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Monatshefte für Veterinärmedizin 18, S. 1-3.
- Pilz, K. (Federführender); Dannenberg, H.-D.; Eschenbach, E.; Fischer, W.-D.; Jentsch, W.; Kalbe, P.; Lüddecke, F.; Porzig, E.; Wünsche, J.; Zapf, G. (1978): Industriemäßige Tierproduktion. Grundlagen. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag Berlin.
- Pohlmann, Matthias (2013): Der Landes-Tierschutz-Verband Sachsen-Anhalt. Telefonische Anfrage. Mündliche Mitteilung vom 30.05.2013. Magdeburg.
- Pollack, Detlef (1994): Kirche zwischen inszenierter Öffentlichkeit und informellen Kommunikationszusammenhängen. Die Zeichen der Zeit 48/1994, S. 202-209.
- Polzenhagen, M. (1978): Umweltverschmutzung in Industriegebieten. Monatshefte für Veterinärmedizin 33, S. 843.
- Poutrus, Patrice G. (2002): Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR. Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien.
- Pragal, Peter (1988): Mit Gott gegen Giftschwaden. Der Stern vom 03.11.1988, S. 95-99.
- Prange, Hartwig (1971): Gliedmaßenerkrankungen bei Mastschweinen und der Einfluß unterschiedlicher Bodenausführungen auf ihre Entstehung. Monatshefte für Veterinärmedizin 26, S. 450-456.
- Prange, Hartwig (1972): Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR (Hrsg.) (1972): Veterinärmedizinische Erfordernisse und Normen der industriemäßigen Schweineproduktion. Institut für angewandte Tierhygiene beim MLFN der DDR.
- Prange, Hartwig (1975): Haltung. In: Prange, Hartwig; Bergfeld, Jost (Hrsg.) (1975): Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion, S. 227-296. Gustav Fischer Verlag, Jena.

- Prange, Hartwig (1975): Stand und Entwicklung der Schweineproduktion. In: Prange, Hartwig; Bergfeld, Jost (Hrsg.) (1975): Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion, S. 21-31. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Prange, Hartwig (1975): Tierhygienische Erfordernisse. In: Prange, Hartwig; Bergfeld, Jost (Hrsg.) (1975): Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion, S. 159-224. Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Prange, Hartwig (1999): Tierseuchen und Tierverluste im Blick des Staatssicherheitsdienstes der DDR. In: Schäffer, Johann (Hrsg.) (1999): Domestication of Animals. Interactions between Veterinary and Medical Sciences. Free Communications. Report of the 30th Congress of the WAHVM and the 6th Conference of the Historical division of the DVG in Munich 9-12 Sept., 1998, S. 198-216. DVG-Verlag, Gießen.
- Prange, Hartwig; Idel, Anita (Hrsg.) (2001): Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 5. Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte Dr. Michael Engel, Berlin. Halle/Saale.
- Prange, Hartwig (2004): Veterinärmedizin der DDR. Zwischen Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung. In: Deutsches Tierärzteblatt 52, Sonderausgabe 50 Jahre Bundestierärztekammer zum 01.10.2004, S. XXX-XXXII.
- Prange, Hartwig (2007): Bauernschicksale. Die Landwirtschaft im Osten Deutschlands seit dem zweiten Weltkrieg. 2. Auflage. (1. Auflage 2006). Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 8. Halle/Saale: Verlag Janos Stekovics.
- Prange, Hartwig et al. (2011): Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld. Der Beruf vor, während und nach der Vereinigung. In: Prange, Hartwig (Hrsg.) (2011): Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus - eine Dokumentation, Bd. 9. Verlag DVG Service GmbH Gießen. Halle/Saale.
- Preißler, K.; Wernicke, Rudolf (1971): Über die Arbeit des Veterinärhygienischen Verkehrsüberwachungsdienstes im Direktionstierarztbereich Greifswald. Monatshefte für Veterinärmedizin 27, S. 16-22.
- Rauchbach, K. (1962): Der Einfluß biogener Stimulatoren auf die Mastfähigkeit von Rindern. Monatshefte für Veterinärmedizin 17, S. 193-194.
- Rausch, Annika (2001): Nationalpreisträger, Ochsenkutscher, Wundertäter. Erwin Strittmatters autobiographische Romantrilogie "Der Wundertäter". Website: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=4332. Abgerufen am 11. Juni 2011.
- Reckling, Karl Friedrich (2006): Festansprache zum 50. Jubiläum veterinärmedizinischer Untersuchungstätigkeit in Stendal, Festakt im Rahmen des 4. Sachsen- Anhaltischen Tierärztetages im Hotel "Schwarzer Adler" in Stendal am 14. Oktober 2006. Website: <http://www.tieraerztekammer-sachsen-anhalt.de/downloads/festansprachedr.reckling.pdf>. Abgerufen am 22. Juni 2012 .
- Redel, Ursula (1975): Züchtung und Leistungsprüfung. In: Prange, Hartwig und Bergfeld, Jost: Veterinärmedizin und industriemäßige Schweineproduktion, S. 123-158. Gustav Fischer Verlag, Jena.

- Reichelt, Hans (1960): "Die Aufgaben der Tierärzte im Siebenjahrplan - dem Plan des Sieges des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik". In: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Sektor Agrarpropaganda (Hrsg.): I. Zenrale Konferenz der Tierärzte der Deutschen Demokratischen Republik am 11. und 12. September 1959 in Leipzig. Referat des Ministers für Land- und Forstwirtschaft . Überarbeitetes Protokoll, S. 16- 43. Deutscher Bauernverlag, Berlin (Ost).
- Renger, Julika (2008): Gesellschaftliche Debatten um die wirtschaftliche und psychosoziale Nutzung des Hundes von 1870 - 1945 in Deutschland. Vet. med. Diss. FU Berlin.
- Richter, W.; Grünbaum E.-G. (1978): Schlußfolgerungen und Erfahrungen bei der Entwicklung von Tierhygiene und Tierschutz in einer Bezirksstadt. Monatshefte für Veterinärmedizin 33, S. 768-771.
- Rieck, Hubert (1979): Tiergesundheitliche Parameter in einer Kälberaufzuchtanlage unter Berücksichtigung von Lieferbetrieben mit verschiedenen Haltungsbedingungen und Tränkeregimen. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt für Rinderproduktion. HU Berlin. Nauen.
- Rieger, Christian (2013): Tierschutz in der DDR, das Veterinärwesen in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Interview vom 01.07.2013. Heiligengrabe, Dahlhausen.
- Röhliger, Peter (1976): Die Aufgaben und Ziele der Abteilung Praktikum der Ingenieurschule für Veterinärmedizin "Kurt Neubert" Beichlingen bei der Ausbildung von Veterinäringenieuren für die sozialistische Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt für Rinderproduktion. Beichlingen. HU Berlin.
- Rösler, Gerhard (2010): Arbeiten in der DDR. Deutsches Tierärzteblatt 10/2010, S. 1314-1318.
- Rossow, N.; Czarnetzki, G. (1965): Geschlegeltes Zuckerrübenblatt als mögliche Krankheitsursache beim Rind. Monatshefte für Veterinärmedizin 20, S. 952 ff.
- Ruhtz, Annette (1981): Beurteilung und Messung der ökonomischen Effektivität industriemäßiger Schweinemastanlagen. Dipl. Berlin HU.
- Salomon, Franz Viktor; Brumme, Martin Fritz (2009): Veterinärmedizin. In: Hehl, Ulrich von; John, Uwe; Rudersdorf, Manfred (Hrsg.) (2009): Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Bd. 4/2, S. 1411-1469. Herausgegeben im Auftrag des Rektors der Universität Leipzig Dr. jur. Franz Häuser von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig.
- Sambraus, Hans Hinrich; Steiger, Andreas (1997): Das Buch vom Tierschutz. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.
- Sauer, Hildegund (1983): Über die Geschichte der Mensch-Tier-Beziehung und die historische Entwicklung des Tierschutzes in Deutschland. Vet. med. Diss. Gießen.
- Schacht (1960): Herr Minister! Meine Damen und Herren! In: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Sektor Agrarpropaganda (Hrsg.): I. Zenrale Konferenz der Tierärzte der Deutschen Demokratischen Republik am 11. und 12. September 1959 in

- Leipzig. Referat eines Tierarztes mit eigener Praxis. Überarbeitetes Protokoll, S. 130-131. Deutscher Bauernverlag, Berlin (Ost).
- Schacht, Karl-Heinz; Helbing, Hartmut; Doebel, Klaus; Gerisch, Volker (1989): 20 Jahre Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza. Die historisch-organisatorische und wissenschaftliche Entwicklung. Bezirksinstitut für Veterinärwesen Erfurt in Bad Langensalza (Hrsg.). Erfurt und Bad Langensalza.
- Schier, Barbara (2008): Die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft der DDR in Merxleben. In: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.) (2008): Blätter zur Landeskunde Thüringen, Heft 72. Erfurt.
- Schlegel, W. (1978): Biotechnische Maßnahmen der Schweineproduktion. In: Pfeiffer, Helmut (Hrsg.) (1978): Schweinezucht. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Berlin.
- Schmidt, H. G.; Deckert, Reinhard; Glende, Peter; Holke, R.; Keinert, Klaus; Maire, M.; Otto, Ewald; Pfeiffer, Helmut; Schremmer, Heinz (1970): Schweineproduktion. Lehrbuch für die sozialistische Berufsausbildung für Zootechniker. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Berlin.
- Schmoldt, P.; Heyden, H. (1973): Ursachen für das Auftreten von Bewegungsstörungen bei Jungrindern unter der Bedingung der Spaltenbodenhaltung. Monatshefte für Veterinärmedizin 20, S. 767-773.
- Schneider, Manuel (1992): Das Gleichheitsprinzip und seine Anwendung auf die Mensch-Tier-Beziehung. In: Pfeiffer, Martin (Hrsg.) (1992): Tierarzt. Berufener Tierschützer-Konsultation. Dokumentation einer Konsultation vom 07.-09.02.1992, S. 57-70. Evangelische Akademie Bad Boll.
- Schneider, Manuel (2001): Über die Würde des Tieres. Zur Ethik der Mensch-Tier-Beziehung. In: Schneider, Manuel (Hrsg.) (2001): Den Tieren gerecht werden. Zur Ethik und Kultur der Mensch-Tier-Beziehung, S. 227-238. Universität GH Kassel/Witzenhausen.
- Schöne, Jens (2008): Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR. In: Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (Hrsg.), Bd. 8. Evangelische Verlagsanstalt Leipzig.
- Schöne, Jens (2010): Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. 3. Auflage (1. Auflage 2005). Christoph Links Verlag, Berlin.
- Schönfelder, Jan (2006): Industrielle Tierproduktion bei Neustadt an der Orla (1978-1991). In: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.) (2008): Blätter zur Landeskunde Thüringen, Heft 64. Erfurt.
- Schremmer, H.; Klatt, G.; Klähn, J.; Lutter, K. (1971): Probleme der Haltung in industriemäßigen Schweineaufzuchtanlagen. Monatshefte für Veterinärmedizin 26, S. 766-769.
- Schröder, Barbara (1970): Das Tierschutzgesetz vom 24.11.1933. Vet. med. Diss. FU Berlin.
- Schröder, Helmut (2011): Tierschutz und Veterinärwesen in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 20.05.2011.

- Schubert, Stefan (1983): Technologische Untersuchungen zur Intensivierung der Bewirtschaftung von industriemäßig produzierenden Milchviehanlagen unter den Bedingungen eines Tier-Freßplatz-Verhältnisses von 3:1. Dipl. HU Berlin.
- Schultz, Undine (1971): Leistungsstand der Gebrauchszucht des VE-Kombinates Waßmannsdorf, Ursachen der verlustreichen Ferkelaufzucht und Maßnahmen zur Steigerung der Produktionsergebnisse. Dipl. HU Berlin.
- Schulze, Dietrich (1962): Vorwort. In: Hiepe, Theodor; Heinicke, Wilfried; Knoblauch; Pulst, H.; Richter, W.; Wohlfahrt (Hrsg.) (1962): Tierärztliche Empfehlungen zur Steigerung der tierischen Produktion, S. 3-7. Ständiges Neuererzentrum des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, Abt. Agrarpropaganda, Leipzig-Markkleeberg.
- Schulze, W. (1978): Zur Freilandmast von Rindern. Tierzucht 32, Heft 4, S. 148-150.
- Schwedler, Helmut (1972): Der Übergang zur industriemäßigen Tierproduktion und die Aufgaben der veterinärmedizinischen Forschung. Monatshefte für Veterinärmedizin 27, S. 370-373.
- Schwedler, Helmut (1975): Die Erfüllung der Beschlüsse des 8. Parteitages der SED. Monatshefte für Veterinärmedizin 30, S. 722 -727.
- Seidel, Stefan (2007): Ein Leben für die Tiere. Zum Tod des Leipziger Pfarrers und AKUT-Mitglieds Siegfried Wend (1915-2007). AKUTe Nachrichten 2/2007, S. 15.
- Seidel, Stefan (2007): Leiden im Verborgenen. Das Schicksal der Tiere in der DDR. Tierbefreiung. Das aktuelle Tierrichtsmagazin. Ausgabe 55, Juni 2007, S. 4-8.
- Seidel, Ulrich (2013): Tierschutz und Kirche in der DDR. Telefonische Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 09.04.2013. Brandis.
- Seite, Berndt (2009): Schneeengel frieren nicht. Eine Biographie. Verlag Theater der Zeit, Berlin.
- Seng, W.; Görsch, G.; Hilbig, W. (1986): Tiergesundheit und Aufzuchtleistung bei der Haltung von Kälbern auf ebenerdigen Rosten mit Einstreu. Monatshefte für Veterinärmedizin 41, S. 29-31.
- Siebert, Stefan (2002): Die Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig als Fachrichtung Veterinärmedizin der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin der Karl-Marx-Universität Leipzig von 1968-1990. Vet. med. Diss. Leipzig.
- Siegert (1960): Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! In: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Sektor Agrarpropaganda (Hrsg.): I. Zenrale Konferenz der Tierärzte der Deutschen Demokratischen Republik am 11. und 12. September 1959 in Leipzig. Referat eines Tierarztes mit eigener Praxis. Überarbeitetes Protokoll, S. 131-137. Deutscher Bauernverlag, Berlin (Ost).
- Singer, Peter (2008): Rassismus und Speziesismus. In: Wolf, Ursula (Hrsg.)(2008): Texte zur Tierethik, S. 25-32. Verlag Philipp Reclam jun., Stuttgart.

- Slucka, R.; Briesemeister, N.; Bruer, W. (1970): Auswertung bisheriger Erfahrungen bei der industriemäßigen Jungrinderaufzucht. Monatshefte für Veterinärmedizin 25, S. 46-49.
- Slucka, R.; Weida E. (1970): Studien über die veterinärmedizinische Tätigkeit in Jungrindergroßanlagen. Monatshefte für Veterinärmedizin 25, S. 50-52.
- Sommer, B.; Sambrans, H.; Osterkorn, K. et al. (1954): Rauscheverhalten, Geburt, Fruchtbarkeit sowie Abgangsursachen von Sauen in Kastenstand- und Gruppenhaltung. Züchtungskunde Ausgabe 54, S. 138.
- Sperlich, Michael (kein Datum): Aus der Leipziger Tierschutzgeschichte. Website: <http://www.tierheim-leipzig.de/>. Erster Freier Tierschutzverein Leipzig und Umgebung e.V . (Hrsg.). Abgerufen am 3. Juni 2013 von <http://www.tierheim-leipzig.de/Historik.aspx>.
- Staufenbiel, Rudolf (2011): Tierschutz in der Ausbildung. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung (E-Mail) vom 07.04.2011. Berlin.
- Steitmann, H.-W. (April 1976): Praktische Erfahrungen bei der Behandlung der Enzootischen Pneumonie in einem Färsenaufzuchtbetrieb. Monatshefte für Veterinärmedizin 31, S. 27-28.
- Stock, Josef (2012): Kälberfütterung in der BRD. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Mündliche Mitteilung vom 21.09.2012
- Stockmann, Ines (2003): Ein Beitrag zur Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät in Berlin (Mitte) unter besonderer Berücksichtigung der hochschulpolitischen Situation von der Nachkriegszeit 1945 bis in die 80er Jahre. Vet. med. Diss. FU Berlin 2003. Mensch und Buch Verlag, Berlin. 1. Auflage 2004.
- Stolpe, J. (1969): Die Bedeutung der Stallklimaoptimierung in Altbauten für die Kälberhaltung. Monatshefte für Veterinärmedizin 24, S. 924-925.
- Strittmatter, Erwin (1963): Ole Bienkopp. 1. Auflage. Aufbau-Verlag, Berlin.
- Strümpf, Karl-Heinz (1962): Die Aufgaben der Tierärzte bei der Erhöhung der Fleischproduktion und der Viehbestände. Monatshefte für Veterinärmedizin 17, S. 874 - 877.
- Struwe, Rainer (2011): Tierschutz im Rahmen der Ausbildung veterinärmedizinischer Fachkräfte. Schriftliche Zeitzeugenbefragung. Schriftliche Mitteilung vom 01.04.2011.
- Teutsch, Gotthard. M. (2001): Humanität ist unteilbar. In: Schneider, Manuel (Hrsg.)(2001): Den Tieren gerecht werden. Zur Ethik und Kultur der Mensch-Tier-Beziehung, S. 55-67. Universität GH Kassel/Witzenhausen.
- Teutsch, Gotthard M. (1987): Lexikon der Tierschutzethik. Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen.
- Thum, E.; Lehmann, R.; Lommatzsch, R. (1967): Mechanisiertes Entmisten von Rinderställen. Deutscher Landwirtschaftsverlag Berlin.

- Unterberg, C.; Röschke, C.; Wolf, J. (1981): Nutzungsdauer und Abgangsursachen bei Milchkühen in der DDR - Analyse und Schlußfolgerungen. Monatshefte für Veterinärmedizin 37, S. 41-44.
- Von der Aa, Rudolph (1968): Derzeitiger Stand und Prognose der Rinderhaltung in Großanlagen. Monatshefte für Veterinärmedizin 23, S. 841-848.
- Von der Aa, Rudolph (1958): Veterinärhygiene und sozialistischer Großbetrieb. Monatshefte für Veterinärmedizin 13, S. 577-579.
- Von der Lippe, Peter Michael (1996): Die politische Rolle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR. Website: <http://von-der-lippe.org/dokumente/DDR-SZS.pdf>. Abgerufen am 12. August 2013
- VVB Tierzucht Paretz und Institut für KB, Schönow (Hrsg.)(1986): Künstliche Besamung Schwein. Paretz und Schönow.
- Weber, Hermann (2012): Die DDR 1945-1990. 5. Auflage (1. Auflage 1988). In: Gall, Lothar; Hölkeskamp, Karl-Joachim; Jakobs, Hermann (Hrsg.): Grundriss der Geschichte. Bd. 20. Oldenbourg Verlag, München.
- Weber, Klaus (1994): Ich war Staatsbürger der DDR, Teil I. VetImpulse Nr. 3 1994, Ausgabe 2, S. 11.
- Weber, Klaus (1994): Ich war Staatsbürger der DDR, Teil II. VetImpulse Nr. 3 1994, Ausgabe 2, S. 13.
- Wehrhoff, Gudrun (1988): Untersuchungen zur Ökonomie in der Schweinemast unter besonderer Berücksichtigung der Tiergesundheit. Dipl. HU Berlin.
- Wels-Opel, Willfriede (1973): Die politische Führungstätigkeit des Kreistierarztes gegenüber mittleren veterinärmedizinischen Fachkräften. Abschlussarbeit im Rahmen der postgradualen Ausbildung zum Fachtierarzt. Tangerhütte. HU Berlin.
- Wenzel, H. (1960): Werte Kongreßteilnehmer! In: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Sektor Agrarpropaganda (Hrsg.): I. Zenrale Konferenz der Tierärzte der Deutschen Demokratischen Republik am 11. und 12. September 1959 in Leipzig. Referat des Vertreters der Tierkörperbeseitigungsanstalt Jenkwitz. Überarbeitetes Protokoll, S. 162-167. Deutscher Bauernverlag, Berlin (Ost).
- Wernicke, Rudolf (1992): Entstehung und Entwicklung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin (WGV) in der DDR. Beitrag zum Kolloquium "Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte" am 04.12.1991, S. 1-29. Humboldt Universität Berlin, Veterinärmedizinische Fakultät, Fachbereich Lebensmittelhygiene. Berlin.
- Wetzke, J. (1989): Freilufthaltung junger Kälber. Tierzucht 43, Heft 11, S. 530-532.
- Wiesemüller, W. (1983): Fütterungsregime für Schweine. In: Hoffmann, M.(Hrsg.): Tierfütterung, S. 190-240. Leipzig, Rostock, Dummerstorf. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag Berlin.
- Wiesner, E. (1959): Der Rinderoffenstall. Monatshefte für Veterinärmedizin 14, S. 161-169.

- Wiesner, Ekkehard; Ribbeck, Regine (Hrsg.) (1999): Lexikon der Veterinärmedizin. 4. Auflage. (1. Auflage 1978). Enke im Hippokrates Verlag GmbH, Stuttgart.
- Winkler, Gerhard (1969): Begrüßung. Festrede. In: Rittenbach, P.; Schulze, E. (Red.) Industriemäßige Tierproduktion - Ausbildung und Forschung. Beitrag der wissenschaftlichen Tagung aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der landwirtschaftlichen Ausbildung an der Karl-Marx-Universität vom 29. bis 30. September in Leipzig. 29.09.1969. Leitung: Brandsch, H. Protokoll S. 3-14. Bezogen von Website: http://www.archiv.uni-leipzig.de/wp-content/uploads/wz-nawi/Mathematisch-Naturwissenschaftliche%20Reihe/optWZ_Na_%201970_Heft%2001.pdf. Abgerufen am 17. Juni 2011.
- Wohjahn, E. (1984): Ausgewählte Probleme optimaler Grünlandnutzung. Monatshefte für Veterinärmedizin 39, S. 12-16.
- Wolf, J. (1976): Ergebnisse zur Leistungsreaktion von Milchkühen unter industriemäßigen Produktionsbedingungen. Monatshefte für Veterinärmedizin 31, S. 926-939.
- Wolf, Ursula (2008): Einleitung. In: Wolf, Ursula (Hrsg.) (2008): Texte zur Tierethik, S. 9-22. Verlag Philipp Reclam, Stuttgart.
- Woll, Ernst (2007): Nicht alltägliche Rinder-, Schweine- und Pferdegeschichten. Eigenverlag. Erfurt. Woll, Ernst: Tierschutz in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Interview vom 17.06.2010. Mündliche Mitteilung vom 17.06.2010. Erfurt.
- Woll, Ernst (2010): LPG- Gründung und Rindertuberkulosebekämpfung. Autobiographische Aufzeichnungen von Woll, Ernst. Ausgehändigt am 17.06.2010 im Rahmen eines Zeitzeugengesprächs. Erfurt.
- Wöller, Hans Dieter (1979): Möglichkeiten zur Erhöhung der Effektivität in der Schweinemast. Monographie HU Berlin, Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin, Fachbereich Sozialistische Betriebswirtschaft. Berlin.
- Wolter, F.; Siering, W. (1982): Zur Nutzungsdauer von Milchkühen im Bezirk Brandenburg. Monatshefte für Veterinärmedizin 37, S. 44-47.
- Wunderlich, Hans (1980): Zur veterinärmedizinischen Versorgung. Verantwortung, Aufgaben und Arbeitsweise des Veterinärwesens in Berlin, Hauptstadt der DDR. Vet. med. Diss. habil. Berlin. Unveröffentlicht. Ausgehändigt zur Einsicht am 25.05.2011.
- Wunderlich, Hans (2011): Tierschutz in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Interview vom 25.05.2011. Mündliche Mitteilung. Königs-Wusterhausen.
- Zagrodnik, G.; Wilhelm, B. (1988): Veterinärhygienische Verkehrsüberwachung in der DDR - Entwicklung und Aufgaben. Monatshefte für Veterinärmedizin 43, S. 442-446.
- Zemke, Peer (2010): Tierschutz in der DDR. Mündliche Zeitzeugenbefragung. Interview vom 18.06.2010. Mündliche Mitteilung. Jena.
- Zengerling, Lutz (2007): Struktur und Organisation des Veterinärwesens in Ostberlin 1970-1990. Vet. med. Diss. Hannover.
- Zeter, Kerstin (2010): Geschichte des Tierschutzes. Bezogen von Website: <http://www.planet->

wissen.de/natur-technik/tier_und_mensch/tiere_im_heim/geschichte.jsp. Abgerufen am 21. Februar 2011.

Zillig, Roland (1976): Einführung in die sozialistische Produktion.3. Auflage. Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin.

Zillmann, Peter (2002): Darstellung der Kirchengeschichte der DDR von 1945-1990 in 4 Teilen. Bezogen von Website: <http://www.seggeluchbecken.de/kirche/ddr-kirche-1.htm#121>. Abgerufen am 28. März 2013.

Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Anlagengrößen in der industriemäßigen Tierproduktion der DDR 1977²²⁷²
- Tabelle 2: Vergleich der Tierkonzentrationen in Anlagen der ITP 1971 und 1974²²⁷³
- Tabelle 3: Angebotsprojekte in der Viehwirtschaft auf dem Gebiet der neuen Bundesländer vor 1990²²⁷⁴
- Tabelle 4: Struktur der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe in der DDR 1981²²⁷⁵
- Tabelle 5: Untersuchungsergebnisse des IM „Heinz Schuster“ im Auftrag des Kreisstaatsanwaltes²²⁷⁶
- Tabelle 6: Viehverlustzahlen (gemeldet) der DDR von 1961-1963²²⁷⁷
- Tabelle 7: Vergiftungsursachen für Rinder in der DDR (Angaben in % der erfassten Schadensfälle)²²⁷⁸
- Tabelle 8: Einteilung der Kälber nach Altersstufen in Haltungsabschnitte²²⁷⁹
- Tabelle 9: Einteilung der Junginder nach Altersstufen in Haltungsabschnitte²²⁸⁰
- Tabelle 10: Geforderte Maße der Gruppenboxen in Abhängigkeit vom Altersabschnitt²²⁸¹
- Tabelle 11: Haltungsstufen und spezialisierte Stallarten in der industriemäßigen Schweineproduktion²²⁸²
- Tabelle 12: Bedarf an Liege- bzw. Buchtenfläche einzelner Produktions- bzw. Entwicklungsstufen in m² ²²⁸³
- Tabelle 13: Maße der gebräuchlichen Abferkelbuchten und täglicher Arbeitsaufwand je Tier²²⁸⁴
- Tabelle 14: Empfehlungen für den durchschnittlichen Flächenbedarf je Tier beim Transport²²⁸⁵

²²⁷² Aus: GERBER, C. (1979), Rationalisierung von Milchviehanlagen, S. 4

²²⁷³ Aus: ESCHENBACH, E. (1978) in: Industriemäßige Tierproduktion, S. 24 und AZAR, J. (2001) in: PRANGE, H., Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 6, S. 238-239

²²⁷⁴ PAAR, G. (2010), Tabelle wurde ausgehändigt am 17.06.2010

²²⁷⁵ Statistisches Jahrbuch der DDR 1982, S. 169, 175, 179

²²⁷⁶ BStU MfS BV Swn AOPK 741/89, Band 1, Bl. 7

²²⁷⁷ BStU MfS ZAIG Nr. 846, 112/64, Bl. 1

²²⁷⁸ Autorenkollektiv (1980), in: BMELF (Hrsg.) DDR: Agrarproduktion, S. 169, aus: MH 33 (Heft 4, 1978), S. 122

²²⁷⁹ TGL 22256/01 (Stand 1976, verbindlich geltend ab 1.1.1977)

²²⁸⁰ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 111

²²⁸¹ MLFN (Hrsg.) (1972): Veterinärhygienische Normen und Erfordernisse, S. 65

²²⁸² PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 234

²²⁸³ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 341

²²⁸⁴ BMELF (Hrsg.) (1980) DDR: Agrarproduktion, S. 122 aus: agrartechnik 2/79, S. 68 ff.

Abbildungen

- Abbildung 1: Übersicht über die Artikel 19 und Artikel 15, Absatz 2 der Verfassung der DDR
- Abbildung 2: Auszug aus dem Strafgesetzbuch der DDR²²⁸⁶
- Abbildung 3: Auszug aus der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten²²⁸⁷
- Abbildung 4: Mitgliedsausweis der Beiräte für Tierschutz und Tierhygiene Dresden²²⁸⁸
- Abbildung 5: Ausweis der Tierschutzbeauftragten Drsedens, A. KRAUSS
- Abbildung 6: Rundschreiben des Andreas HINZ an Berliner Gaststätten vom 02.07.1988²²⁸⁹
- Abbildung 7: Rinderoffenstall²²⁹⁰
- Abbildung 8: Industriemäßiger Kälberaufzuchtstall der DDR²²⁹¹
- Abbildung 9: Füllung der Tränkeimer aus dem Tankwagen²²⁹²
- Abbildung 10: Bullenmaststall. Innenansicht.²²⁹³
- Abbildung 11: Verletzungen im Zehenbereich bei Vollspaltenbodenhaltung²²⁹⁴
- Abbildung 12: Käfighaltung von Läufern²²⁹⁵
- Abbildung 13: Gruppenaufzuchtstall, Typ „Dummerstorf“²²⁹⁶
- Abbildung 14: Anbindevorrichtung für Sauen²²⁹⁷
- Abbildung 15: Anbindehaltung mit Halsbügeln auf Teilspaltenboden²²⁹⁸
- Abbildung 16: Anbindehaltung im Wartestall mit kurzen Standtrenngittern²²⁹⁹
- Abbildung 17: Anbindehaltung auf Teilspaltenböden mit langen Standtrenngittern²³⁰⁰

²²⁸⁵ Autorenkollektiv: Pilz et al (1982), Industriemäßige Tierproduktion, S. 284, Tabelle 5/3

²²⁸⁶ GBl. I 1975, Nr.3, S. 13

²²⁸⁷ GBl. Teil II 1968, Nr. 62, S. 359

²²⁸⁸ Zur Verfügung gestellt von KRAUSS, A. (2010), Privataarchiv

²²⁸⁹ Zur Verfügung gestellt von HINZ, A. (2013), Privataarchiv

²²⁹⁰ Aus: Kreisverwaltung Erfurt Land (Hrsg.) (1994), Der Landkreis Erfurt 1816-1994, S. 87

²²⁹¹ LAB C Rep. 635 Nr. 129, S. 41

²²⁹² MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 905, Tafel 41

²²⁹³ MARKGRAF, G., WIESNER, E., HOLZAPFEL, G. (Hrsg.) (1978), Kleine Enzyklopädie, S. 905, Tafel 41

²²⁹⁴ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 277, Abb. 89

²²⁹⁵ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 357, Abb 7/25

²²⁹⁶ Prospekt des VEB Landtechnischer Anlagenbau Rostock (LTA), Sitz Sievershagen

²²⁹⁷ SCHMIDT, H.-G. et al. (1970), Schweineproduktion, S. 347, Abb. 7/13

²²⁹⁸ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 237, Abb. 62

²²⁹⁹ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975), Industriemäßige Schweineproduktion, S. 238, Abb. 63 a

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-------|----------------------------------------------------------------|
| Abt. | Abteilung |
| Abs. | Absatz |
| ACZ | Agrochemische Zentren |
| AP | Angebotsprojekt |
| Bd. | Band |
| Bl. | Blatt |
| BHG | Bäuerliche Handelsgesellschaft |
| BIV | Bezirksinstitut für Veterinärwesen |
| BRD | Bundesrepublik Deutschland |
| BMELF | Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten |
| BStGB | Bundesstrafgesetzbuch |
| BStU | Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen |
| BTA | Bezirkstierarzt |
| bzw. | beziehungsweise |
| ca. | circa |
| CCC | Chlorcholinchlorid |
| CDU | Christlich demokratische Union |
| cm | Zentimeter |
| DAL | Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften |
| DB | Durchführungsbestimmung |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DIN | Deutsche Industrienorm |
| Dr. | Doktor |

²³⁰⁰ PRANGE, H. (1975) in: PRANGE, H. und BERGFELD, J. (Hrsg.) (1975),
Industriemäßige Schweineproduktion, S. 236, Abb.63 b

| | |
|--------|--------------------------------------------------------------------|
| dt | Dezitonne |
| DVP | Deutsche Volkspolizei |
| et al. | et alii/aliae/alia (und andere) |
| etc. | et cetera (lat. „und die übrigen Dinge“) |
| evang. | evangelisch |
| GBL | Gesetzblatt |
| GMS | Gesellschaftlicher Mitarbeiter |
| GPG | Gärtnerische Produktionsgenossenschaft |
| GVD | Grenzveterinärdienst |
| GVE | Großvieheinheit(en) |
| HA | Hauptabteilung |
| HV DVP | Hauptvertretung Deutsche Volkspolizei |
| IAAPEA | „International Association Against Painful Experiments on Animals“ |
| IM | Inoffizieller Mitarbeiter |
| ITP | Industrielle Tierproduktion |
| JR | Jungrind |
| JRA | Jungrinderaufzuchtanlage |
| KAA | Kälberaufzuchtanlage |
| KAP | Kooperative Abteilung Pflanze |
| KB | Kulturbund |
| KB | Künstliche Besamung |
| KD | Kreisdienststelle |
| KIM | Kombinate industrielle Mast |
| KVA | Körperverwertungsanstalt (= Tierkörperverwertungsanstalt) |
| LPG | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft |
| LKW | Lastkraftwagen |
| m | Meter |
| MAS | Maschinen-Ausleih-Station |

| | |
|-------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| MAT | Milchaustauscher |
| MfS | Ministerium für Staatssicherheit |
| MTS | Maschinen-Traktor-Station |
| MLF | Ministerium für Land- und Forstwirtschaft |
| MLFN | Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft |
| MMA | Metritis-Mastitis-Agalaktiesyndrom (Sau) |
| MVA | Milchviehanlage(n) |
| MV-Betrieb | Milchviehbetrieb |
| NDPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| NPN | Nicht-Protein-Stickstoff |
| OA | Offene Arbeit |
| o. Bl. | ohne Blatt |
| OWG | Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten |
| OWVO | Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten |
| PGH | Produktionsgenossenschaft des Handels |
| Prof. | Professor |
| PVC | Polyvinylchlorid |
| PSE-Fleisch | Abkürzung für die Eigenschaften dieses Schweinefleisches: P (pale = blass), S (soft = weich), E (exsudative = wässrig) |
| RGBl. | Reichsgesetzblatt |
| RGW | Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe |
| RMA | Rindermastanlage |
| SA | Sturmabteilung |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SMA | Schweinemastanlage |

| | |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
| SMR | Schwarzbuntes Milchrind |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| STGP | Staatliche Tierärztliche Gemeinschaftspraxis |
| SZA | Sauenzuchtanlage |
| TBC | Tuberculose |
| TGA | Tiergesundheitsamt |
| TGL | Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen der DDR = Fachbereichsstandard |
| TKVB | Tierkörperverwertungsbetrieb |
| TÖZ | Technisch Ökonomische Zielstellungen |
| u. a. | unter anderem |
| UNO | United Nations Organisation |
| VdgB | Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe |
| VEB | Volkseigener Betrieb |
| VEG | Volkseigene Güter |
| VHVD | Veterinärhygienischer Verkehrsüberwachungsdienst |
| (V)KSK | (Verband der) Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter |
| VUTGÄ | Veterinär- und Tiergesundheitsämter |
| WGV | Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin |
| ZGE | Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen |
| z. B. | zum Beispiel |
| ZK der SED | Zentralkomitee der sozialistischen Einheitspartei Deutschland |
| ZKZ | Zwischenkalbezeit |
| z. T. | zum Teil |

z. Zt.

zur Zeit

ZV

Zentralvorstand

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mich bei der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt haben.

Ich danke zuerst Herrn Priv.-Doz. Dr. habil. Martin Fritz Brumme für die Überlassung des interessanten Themas und die kompetente wissenschaftliche Betreuung der Arbeit. Seine Unterstützung und die mir gewährte Freiheit bei der Wahl spezifischer inhaltlicher Schwerpunkte ermöglichten mir die individuelle Gestaltung der Dissertation. Weiterhin danke ich Herrn Dr. Brumme besonders für das großzügige Überlassen wichtiger Quellen aus seinem Privatarchiv.

Meinen Dank möchte ich ebenfalls Herrn Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon aussprechen, der mir den Kontakt zu Herrn Dr. Martin Fritz Brumme vermittelte.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. habil. Bodo Busch für die wertvollen Hinweise, jederzeit gewährte Hilfe, die Vermittlung von Zeitzeugen und für das Zurverfügungstellen diverser Quellen und Sekundärliteratur.

Für ihre Hilfsbereitschaft und für viele anregende Gespräche danke ich all meinen Interviewpartnern und befragten Zeitzeugen.

Den Mitarbeitern des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde, des Landesarchivs Berlin und der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, hier speziell Herrn Detlef Höhn, danke ich für die fortwährend freundliche und kompetente Hilfe bei der Recherche zum Thema.

Nicht zuletzt danke ich meiner Familie, ohne deren Unterstützung und Geduld ich die Arbeit nicht im geplanten Zeitraum hätte fertigstellen können. Allen voran danke ich meinem Mann Andreas für die Nachsicht, die er mir in der Zeit der Fertigstellung der Arbeit entgegengebracht hat und für seine Hilfe bei der Lösung computertechnischer Probleme sowie beim Korrekturlesen der Arbeit. Meiner Tochter Luisa danke ich für ihr fröhliches, unkompliziertes Wesen, das mir die Arbeit an meinem Werk auch während des Babyjahres ermöglichte. Meiner Schwiegermutter danke ich für ihre unbezahlbaren Dienste als Babysitter. Meinen Eltern danke ich für die moralische Unterstützung und die wertvollen Hinweise für die Arbeit an der Dissertation. Ihnen möchte ich auch dafür danken, dass sie es mir ermöglicht haben, Tierärztin zu werden.

Mein weiterer Dank gilt meinen Freunden, die mich durch das Korrekturlesen der Arbeit sehr unterstützt haben und die mir auch in schwierigen Zeiten Mut zugesprochen haben.

Meinem Opa Rolf (1933-2012) danke ich dafür, dass mir das Interesse an der Landwirtschaft und den Tieren bereits in die Wiege gelegt wurde.

Meiner Oma Renate danke ich dafür, dass sie immer an mich geglaubt hat und für alles, was sie für mich getan hat.

Selbständigkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig angefertigt habe.

Ich versichere, dass ich ausschließlich die hier angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

Erbendorf, den 08.05.2014

Marianne Stock